Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2013

Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2013 (Bundesfinanzgesetz 2013 - BFG 2013)

Der Nationalrat hat beschlossen:

Bewilligung

Artikel I. Der als Anlage I angeschlossene Bundesvoranschlag für das Finanzjahr 2013 wird nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes bewilligt. Die Auszahlungen und Einzahlungen des Bundesvoranschlages ergeben folgende Schlusssummen:

	Allgemeine Gebarung	Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit
	(Beträge in Millionen Euro)	
Auszahlungen:	75 005,806	89 403,074
Einzahlungen:	68 678,361	95 730,519
Nettofinanzierungsbedarf:	6 327,445	
Finanzierungsüberschuss:		6 327,445

Der Nettofinanzierungsbedarf der allgemeinen Gebarung vermindert sich um jene Beträge, die voraussichtlich während des Finanzjahres 2013 an Mehreinzahlungen und Minderauszahlungen anfallen und nicht für die Bedeckung von Mittelumschichtungen und Mittelverwendungsüberschreitungen gemäß Artikel IV und V herangezogen werden.

Ermächtigung zu Kreditoperationen

Artikel II. (1) Die Bundesministerin für Finanzen ist ermächtigt, nach den Bestimmungen des Bundeshaushaltsgesetzes 2013, BGBl. I Nr. 139/2009 (BHG 2013)

1. bis zur Höhe des sich aus Artikel I ergebenden Nettofinanzierungsbedarfes der allgemeinen Gebarung

2. zuzüglich der Auszahlungen aus dem Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit für die Tilgung von Schulden und von Kapitalrückzahlungen aus Währungstauschverträgen sowie Auszahlungen für die Tilgung kurzfristiger Verpflichtungen und für Kapitalzahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen (Untergliederung 58)

3. abzüglich der Einzahlungen im Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit von Kapitalforderungen aus Währungstauschverträgen sowie Einzahlungen aus der Aufnahme kurzfristiger Verpflichtungen und für Kapitalzahlungen aus dem Abgang von Finanzanlagen (Untergliederung 58)

Kreditoperationen durchzuführen.

Eine solche Kreditoperation darf im Einzelfall den Betrag (Gegenwert) in Höhe von 5 Milliarden Euro nicht übersteigen.

(2) Der Höchstbetrag, bis zu dem die Ermächtigung gemäß Abs. 1 ausgeübt werden kann, erhöht sich um jene Beträge, die sich aus der Inanspruchnahme der Ermächtigungen der Artikel III und VI ergeben.

(3) Zusätzlich zu den Bestimmungen des Abs. 1 und 2 ist die Bundesministerin für Finanzen ermächtigt, nach den Bestimmungen des BHG 2013 Kreditoperationen im Zusammenhang mit § 81 BHG 2013 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Z 10 und Abs. 4 des Bundesfinanzierungsgesetzes, BGBl. Nr. 763/1992, bis zu einem Betrag von insgesamt 20 vH der veranschlagten Auszahlungen der allgemeinen Gebarung durchzuführen.

Ermächtigung zu besonderen Finanzierungen

Artikel III. (1) Zeichnet sich im Laufe des Finanzjahres 2013 ein Zurückbleiben der tatsächlichen Einzahlungen gegenüber den veranschlagten Einzahlungen und dadurch ein höherer Nettofinanzierungsbedarf der allgemeinen Gebarung (Artikel I) ab, ist die Bundesministerin für Finanzen ermächtigt, diesen höheren Nettofinanzierungsbedarf der allgemeinen Gebarung bis zur Höhe des Differenzbetrages zwischen tatsächlichen und veranschlagten Einzahlungen (Artikel I), höchstens jedoch 10 vH der veranschlagten Einzahlungen der allgemeinen Gebarung, durch Einzahlungen aus Kreditoperationen zu bedecken und auszugleichen.

(2) Ergibt sich im Laufe des Finanzjahres auf Grund der Eigenmittelvorschriften der Europäischen Union die Verpflichtung, einen höheren Beitrag an den Gesamthaushalt der Europäischen Union gegenüber den bei der Voranschlagsstelle 16.01.04 veranschlagten Beiträgen zu leisten, ist die Bundesministerin für Finanzen ermächtigt, den sich dadurch ergebenden Mehrbedarf bis zu 25 vH des veranschlagten Betrages durch Einzahlungen und Mehrerträge aus Kreditoperationen zu bedecken und auszugleichen.

Umschichtungen finanzierungswirksamer Mittelverwendungen, die durchEinsparungen im Finanzierungshaushalt und im Ergebnishaushalt zu bedecken bzw. auszugleichen sind

Artikel IV. (1) Die Bundesministerin für Finanzen ist ermächtigt – soferne in den folgenden Artikeln (insbesondere in Artikel IX) nichts anderes bestimmt wird - im Finanzjahr 2013 die Zustimmung zu Umschichtungen von Mittelverwendungen des Finanzierungshaushaltes und des Ergebnishaushaltes zu geben

1. gemäß §§ 53 Abs. 1 Z 5 iVm § 54 Abs. 7 BHG 2013 zwischen Detailbudgets unterschiedlicher Globalbudgets derselben Untergliederung, wenn ein Antrag des haushaltsleitenden Organes vorliegt, der Jahresverfügungsrest (§ 64 Abs. 2 Bundeshaushaltsverordnung 2013, BGBl. II Nr. 266/2010 - BHV 2013) des Globalbudgets entweder zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht ausreicht oder bis zum Ende des laufenden Finanzjahres voraussichtlich nicht ausreichen wird, um die erforderliche Auszahlung durchzuführen, die Obergrenze der jeweiligen Untergliederung nicht überschritten wird und in den von der Überschreitung betroffenen Haushalten jeweils die Bedeckung (im Finanzierungshaushalt) und der Ausgleich (im Ergebnishaushalt) durch Mitteleinsparungen in einem Globalbudget der selben Untergliederung sichergestellt ist;

2. gemäß § 53 Abs. 1 Z 6 iVm § 54 Abs. 7 BHG 2013 zwischen Globalbudgets von Untergliederungen derselben Rubrik, wenn ein einvernehmlicher Antrag der betroffenen haushaltsleitenden Organe dieser Untergliederungen vorliegt, der Jahresverfügungsrest (§ 64 Abs. 2 Bundeshaushaltsverordnung 2013, BGBl. II Nr. 266/2010 - BHV 2013) des Globalbudgets entweder zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht ausreicht oder bis zum Ende des laufenden Finanzjahres voraussichtlich nicht ausreichen wird, um die erforderliche Auszahlung durchzuführen, die Obergrenze der jeweiligen Rubrik im Bundesfinanzrahmengesetz nicht überschritten wird und in den von der Überschreitung betroffenen Haushalten jeweils die Bedeckung (Finanzierungshaushalt) und der Ausgleich (Ergebnishaushalt) durch Mitteleinsparungen in einer anderen Untergliederung der selben Rubrik sichergestellt ist.

(2) Werden Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit sowie aus der Gewährung von Darlehen und rückzahlbaren Vorschüssen bei Umschichtungen gemäß Abs. 1 zur Bedeckung im Finanzierungshaushalt herangezogen, darf die Bundesministerin für Finanzen Überschreitungen der Obergrenzen nur zustimmen, wenn diese

1. Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit oder
2. Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen und rückzahlbaren Vorschüssen oder
3. den finanzierungswirksamen Aufwand (§ 31 Abs. 1 BHG 2013)

betreffen und jeweils die übrigen Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt sind, wobei im Falle von Umschichtungen in den finanzierungswirksamen Aufwand gemäß Z 3 der Ausgleich im Ergebnishaushalt nicht erforderlich ist.

Überschreitung fixer, finanzierungswirksamer Mittelverwendungen, die durch Mehreinzahlungen zu bedecken und durch finanzierungswirksame Mehrerträge auszugleichen sind (Abs. 1) sowie Ausnahmen davon (Abs. 2)

Artikel V. (1) Die Bundesministerin für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2013 die Zustimmung zur Überschreitung fixer, finanzierungswirksamer Mittelverwendungen des Finanzierungs- und Ergebnishaushaltes gemäß § 55 Abs. 3 BHG 2013 iVm § 54 Abs. 7 BHG 2013 zu geben

1. bis zur Höhe der tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträge einer Untergliederung, wenn

   a) dadurch die Obergrenze des dieser Untergliederung zuzuordnenden Globalbudgets überschritten wird,
   b) in den von der Überschreitung betroffenen Haushalten die Bedeckung (im Finanzierungshaushalt) durch diese, vor Ende des Finanzjahres 2013 einer Rücklage zugeführten fixen Mehreinzahlungen und/oder der Ausgleich (im Ergebnishaushalt) durch finanzierungswirksame Mehrerträge derselben Untergliederung sichergestellt ist,
   c) ein Antrag des haushaltsleitenden Organes vorliegt und
   d) es sich um keine Mehreinzahlungen und Mehrerträge gemäß Z 2 und 3 handelt;

2. in allen Fällen von Mittelverwendungsüberschreitungen zweckgebundener Gebarungen gemäß § 36 BHG 2013 bis zur Höhe der tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträge, wenn die Bedeckung im Finanzierungshaushalt durch vor Ende des Finanzjahres 2013 einer Rücklage zugeführte fixe Mehreinzahlungen und/oder der Ausgleich im Ergebnishaushalt durch finanzierungswirksame Mehrerträge mit dem jeweils entsprechenden, selben Verwendungszweck sichergestellt ist;

3. bei den Voranschlagsstellen und Budgetpositionen der lit. a bis o, wenn die Bedeckung durch vor Ende des Finanzjahres 2013 einer Rücklage zugeführte Mehreinzahlungen (im Finanzierungshaushalt) oder der Ausgleich durch Mehrerträge (im Ergebnishaushalt) bei den Voranschlagsstellen und Budgetpositionen der lit. a bis o sichergestellt ist, wobei diese Mehreinzahlungen nicht dem Verfahren zur Bildung von Rücklagen gemäß § 55 Abs. 1 BHG 2013 unterliegen, sondern gemäß Artikel IX Abs. 1 jedenfalls einer Rücklage zuzuführen sind:

   a) bei allen Budgetpositionen aller Untergliederungen für Auszahlungen von Pensionsbeiträgen (Dienstgeberbeiträgen) gemäß § 32 Abs. 4 Z 2 BHG 2013 in Verbindung mit Mehreinzahlungen und Mehrerträgen, die bei der jeweils korrespondierenden Budgetposition der Voranschlagsstellen 23.01.01 und 23.04.01 anfallen;

   b) bei allen Budgetpositionen der Voranschlagsstellen 11.02.01.01 bis 11.02.01.09 sowie 11.02.06 und 11.02.08 für Zahlungen an jene Beamten, die bis zu ihrer Versetzung in den Ressortbereich des Bundesministeriums für Inneres zur Dienstleistung gemäß § 17 des Poststrukturgesetzes, BGBl. Nr. 201/1996, zugewiesen werden, bis insgesamt in Höhe der tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträge bei den Budgetpositionen 11.02.01.01.8620.001, 11.02.01.02.8620.001, 11.02.01.03.8620.001, 11.02.01.04.8620.001, 11.02.01.05.8620.001, 11.02.01.06.8620.001, 11.02.01.07.8620.001, 11.02.01.08.8620.001, 11.02.01.09.8620.001, 11.02.06.8620.001 und 11.02.08.8620.001;

   c) bei allen Budgetpositionen der Untergliederung 12 in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen bei der Budgetposition 45.02.03.0001.012 aus der Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen (Liegenschaften und Hochbauten);

   d) bei allen Budgetpositionen der Untergliederung 13 in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen bei den Budgetpositionen 45.02.03.0002.013 und 45.02.03.0001.013 aus der Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen (Liegenschaften und Hochbauten), welches ausschließlich vom Bundesministerium für Justiz, Gerichten oder Justizanstalten genutzt und verwaltet wird, soferne diese Mehreinzahlungen nicht zur Bedeckung von Mehrauszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung dieses unbeweglichen Bundesvermögens benötigt werden;

   e) bei allen Budgetpositionen der Voranschlagsstellen 13.02.01, 13.02.02, 13.02.03, 13.02.04, 13.02.05 sowie 13.02.06 für Zahlungen an jene Beamten, die bis zu ihrer Versetzung in den Ressortbereich des Bundesministeriums für Justiz zur Dienstleistung gemäß § 17 des Poststrukturgesetzes, BGBl. Nr. 201/1996, zugewiesen werden, bis insgesamt in Höhe der tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträge bei den Budgetpositionen 13.02.06.8620.922 und 13.02.06.8620.923;

f) bei allen Budgetpositionen der Untergliederung 14 in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen bei den Budgetpositionen 45.02.03.0001.114 und 45.02.03.0001.000 aus der Veräußerung von ausschließlich militärisch genutzten Liegenschaften und Hochbauten, soferne diese nicht zur Bedeckung der damit zusammenhängenden Entgelte an die Strategische Immobilien-Verwertungs-, Beratungs- und EntwicklungsgesmbH (SIVBEG) benötigt werden; die Mehreinzahlungen dürfen im Finanzjahr 2013 nur insoweit zur Bedeckung herangezogen werden, als bei den beiden genannten Budgetpositionen insgesamt der Betrag der Einzahlungen von 16,5 Millionen Euro überschritten worden ist;

g) bei allen Budgetpositionen der Voranschlagsstellen 15.02 für Zahlungen an jene Beamten, die bis zu ihrer Versetzung in den Ressortbereich des Bundesministeriums für Finanzen zur Dienstleistung gemäß § 17 des Poststrukturgesetzes, BGBl. Nr. 201/1996, zugewiesen werden, bis insgesamt in Höhe der tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträge bei der Budgetposition 15.01.01.8620.001;

h) bei der Budgetposition 24.02.03.7310.000 für Transferzahlungen an den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträgen bei der Budgetposition 24.02.03.8262.024;

i) bei der Voranschlagsstelle 20.02.01 für Zahlungen an jene Beamten, die bis zu ihrer Versetzung in den Ressortbereich des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zur Dienstleistung gemäß § 17 des Poststrukturgesetzes, BGBl. Nr. 201/1996, zugewiesen werden, bis insgesamt in Höhe der tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträge bei der Budgetposition 20.02.01.00.8620.001;

j) bei allen Budgetpositionen der Untergliederung 41 in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträgen aus der Versteigerung der "Digitalen Dividende" und weiterer Funkfrequenzen bei der Budgetposition 41.02.07.8297.000, wobei diese Mehreinzahlungen und Mehrerträge – soweit sie den Betrag von 250 Millionen Euro übersteigen – je zur Hälfte zur Bedeckung von Mehrauszahlungen in der Untergliederung 41 einerseits und im Sinne von § 48 Abs. 1 BHG 2013 andererseits zu verwenden sind; Mindereinzahlungen bei der Budgetposition 41.02.07.8297.000 bleiben bei der Ermittlung der Rücklagen in der Untergliederung 41 außer Betracht;

k) bei der Voranschlagsstelle 41.01.01 für Zahlungen an jene Beamten, die bis zu ihrer Versetzung in den Ressortbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie gemäß § 17 des Poststrukturgesetzes, BGBl. Nr. 201/1996, zugewiesen werden, bis insgesamt in Höhe der tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträge bei der Budgetposition 41.01.01.8620.001;

l) bei allen Budgetpositionen der Voranschlagsstellen 42.03.01.01 sowie 42.03.02.01 für Auszahlungen in Höhe von insgesamt 25 Millionen Euro aus Mitteln des Katastrophenfonds in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen bei derselben Voranschlagsstelle;

m) bei allen Budgetpositionen der Voranschlagsstelle 44.02.01 für Zahlungen gemäß Katastrophenfondsgesetz 1996 in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträgen bei den Budgetpositionen 51.01.03.2981.134 und 51.01.03.2983.274;

n) bei allen Budgetpositionen der Voranschlagsstelle 45.02.03 für Zahlungen im Zusammenhang mit der Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte und unbeweglichen Bundesvermögens in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen bei der Voranschlagsstelle 45.02.03;

o) bei allen Budgetpositionen der Voranschlagsstelle 51.01.02 für Zahlungen gemäß Finanzausgleichsgesetz 2008 (Siedlungswasserwirtschaft) in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträgen bei der Budgetposition 51.01.03.2981.334.

p) bei allen Budgetpositionen der Untergliederung 12 für Mittelverwendungen zum Zwecke der Durchführung kultureller Veranstaltungen im In- und Ausland in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträgen bei den Budgetpositionen 12.01.01.8299.020, 12.01.02.8299.020 und 12.01.02.8299.040.

(2) Abweichend von Abs. 1 dürfen Mehreinzahlungen aus der Investitionstätigkeit sowie aus der Gewährung von Darlehen und rückzahlbaren Vorschüssen nur zur Bedeckung von

1. Mehrauszahlungen aus der Investitionstätigkeit oder

2. Mehrauszahlungen aus der Gewährung von Darlehen und rückzahlbaren Vorschüssen oder

3. Überschreitungen des finanzierungswirksamen Aufwandes (§ 31 Abs. 1 BHG 2013)

herangezogen werden, soferne jeweils die übrigen Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt sind, wobei im Falle von Überschreitungen des finanzierungswirksamen Aufwandes gemäß Z 3 der Ausgleich im Ergebnishaushalt nicht erforderlich ist.

Überschreitung finanzierungswirksamer Mittelverwendungen mit Bedeckung durch Kreditoperationen ohne Ausgleich im Ergebnishaushalt

Artikel VI. (1) Die Bundesministerin für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2013 die Zustimmung zur Überschreitung zu geben

1. gemäß § 54 Abs. 6 BHG 2013 bei variablen Mittelverwendungsobergrenzen einer Untergliederung, die aufgrund der Anwendung der Parameter gemäß § 12 Abs. 4 BHG 2013 den im Bundesvoranschlag vorgesehenen Betrag übersteigen, wenn zuvor alle Rücklagen des jeweiligen variablen Bereiches, der überschritten werden soll, entnommen wurden, und die Bedeckung im Finanzierungshaushalt durch Kreditoperationen sichergestellt ist;

2. gemäß § 56 Abs. 2 BHG 2013 bei finanzierungswirksamen Mittelverwendungsobergrenzen eines Globalbudgets in jener Höhe, in der bis zum Ende des Finanzjahres 2012 Rücklagen gebildet und gemäß § 121 Abs. 7 BHG 2013 aufgeteilt wurden, wenn

   a) der Jahresverfügungsrest (§ 64 Abs. 2 BHV 2013) im Detailbudget entweder zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht ausreicht oder bis zum Ende des laufenden Finanzjahres voraussichtlich nicht ausreichen wird, um die erforderliche Auszahlung durchzuführen,
   b) die Rücklagen gemäß § 56 Abs. 1 BHG 2013 nicht vorrangig zur Tilgung bestehender Verbindlichkeiten zu verwenden sind, und
   c) unter gleichzeitiger Reduzierung der dem jeweiligen Detail- oder Globalbudget zuzuordnenden Rücklage die Bedeckung im Finanzierungshaushalt durch Kreditoperationen sichergestellt ist;

3. gemäß § 54 Abs. 8 BHG 2013 bei fixen Mittelverwendungsobergrenzen einer Untergliederung jeweils bis zur Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Auszahlungsobergrenze einer Rubrik und der ihr zugehörigen Untergliederungen, wenn in der dieser Untergliederung zugehörigen Rubrik alle Umschichtungsmöglichkeiten ausgeschöpft worden sind, die jeweiligen, von der Überschreitung betroffenen haushaltsführenden Stellen im Zusammenwirken mit dem haushaltsleitenden Organ die bestehenden Rücklagen im höchstmöglichen Ausmaß bei den von ihnen bewirtschafteten Detailbudgets entnommen haben, die Auszahlungsobergrenzen der jeweiligen Rubrik im Bundesfinanzrahmengesetz nicht überschritten werden und die Bedeckung im Finanzierungshaushalt durch Kreditoperationen sichergestellt ist.

Überschreitung nicht finanzierungswirksamer Aufwendungen ohne Ausgleich im Ergebnishaushalt

Artikel VII. Die Bundesministerin für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2013 gemäß § 54 Abs. 9 BHG 2013 die Zustimmung zu Überschreitungen von nicht finanzierungswirksamen Aufwendungen gemäß § 32 Abs. 7 und 8 BHG 2013 ohne Ausgleich im Ergebnishaushalt zu genehmigen.

Gemeinsame Bestimmungen für Umschichtungen und Überschreitungen sowie Ausnahmen davon

Artikel VIII. (1) Den Mittelumschichtungen und Mittelverwendungsüberschreitungen gemäß Artikel IV bis VI darf nur zugestimmt werden, wenn über die im Finanzierungs- und/oder im Ergebnishaushalt veranschlagten Beträge hinausgehende, unvorhergesehene Mittelverwendungen dies erfordern, die jeweils verbindlich geltenden Obergrenzen des Bundesfinanzrahmengesetzes für das jeweilige Finanzjahr nicht überschritten werden und zu diesem Zeitpunkt

1. bei Umschichtungen gemäß Artikel IV Einsparungen von Mittelverwendungen im Finanzierungs- und/oder im Ergebnishaushalt sowie

2. bei Überschreitungen gemäß Artikel V und VI Mehreinzahlungen und Mehrerträge

in der zur Bedeckung und/oder zum Ausgleich der Überschreitung erforderlichen Höhe bereitgestellt werden können, wobei bei den Überschreitungen gemäß Artikel V zur Bedeckung nur Mehreinzahlungen und Mehrerträge der allgemeinen Gebarung herangezogen werden dürfen.

(2) Finanzierungswirksamen Mittelumschichtungen und Mittelverwendungsüberschreitungen fixer, variabler oder zweckgebundener Gebarungen sowie Überschreitung von Mitteln aufgrund spezieller Rechtsvorschriften darf die Bundesministerin für Finanzen nur zustimmen, wenn die Bedeckung und/oder der Ausgleich durch Mittel jeweils derselben Gebarung, desselben variablen Bereiches sowie desselben Verwendungszwecks sichergestellt ist.

(3) Umschichtungen innerhalb desselben Detailbudgets bedürfen nicht der Zustimmung der Bundesministerin für Finanzen; ungeachtet dessen sind dabei Artikel IV Abs. 2 sowie Artikel V Abs. 2 sinngemäß anzuwenden.

(4) Abweichend von Abs. 2 sind Umschichtungen gemäß § 36 Abs. 5 BHG 2013 jeweils bis 15. Jänner des nachfolgenden Finanzjahres in folgenden Fällen zulässig:

a) zwischen zweckgebundenen Mittelverwendungen (Budgetposition 20.01.03.02.7621.000) und nicht zweckgebundenen Mittelverwendungen (Budgetposition 20.01.03.03.7621.001) innerhalb der Gebarung Arbeitsmarktpolitik;

b) zwischen zweckgebundenen Mittelverwendungen (Budgetposition 41.02.02.7355.500) und nicht zweckgebundenen Mittelverwendungen (Budgetposition 41.02.02.7355.501) innerhalb der insgesamt für die U-Bahn vorgesehene Mittelverwendungen.

Ausnahmen von generellen Regelungen des Bundeshaushaltsgesetzes 2013 sowie Umschichtungs-, Bedeckungs- und Ausgleichsverbot

Artikel IX. (1) Tatsächliche Mehreinzahlungen gemäß Artikel V Abs. 1 Z 3, die im laufenden Finanzjahr nicht zur Bedeckung herangezogen wurden, sind jedenfalls einer Rücklage zuzuführen; § 55 Abs. 1 BHG 2013 ist nicht anzuwenden.

(2) Folgende Auszahlungseinsparungen und Mehreinzahlungen dürfen weder vor Ende des Finanzjahres 2013 einer Rücklage zugeführt noch bei der Ermittlung der Rücklage gemäß § 55 BHG 2013 berücksichtigt werden:

a) in allen Untergliederungen Auszahlungseinsparungen bei Dienstgeberbeiträgen gemäß dem Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz in der Fassung des Artikel 52 Z 1 und Z 3 des 2. Stabilitätsgesetzes 2012, BGBl. I Nr. 35/2012;
b) in allen Untergliederungen Auszahlungseinsparungen bei Pensionsbeiträgen (Dienstgeberbeiträgen) gemäß § 32 Abs. 4 Z 2 BHG 2013;
c) in der Untergliederung 16 alle nicht zweckgebundenen Mehreinzahlungen ;
d) Mehreinzahlungen bei allen Budgetpositionen der Unterliederung 22;
e) Mehreinzahlungen bei der Budgetposition 25.02.01.8530.145 (Rückzahlungen des Reservefonds);
f) Mehreinzahlungen bei der Budgetposition 43.01.04.8030.000 (Versteigerung von Emissionszertifikaten).

(3) Folgende Mindereinzahlungen bleiben bei der Ermittlung der Rücklage gemäß § 55 Abs. 1 BHG 2013 unberücksichtigt:

a) geringere Pensionsbeiträge (Dienstgeberbeiträge) gemäß § 32 Abs. 4 Z 2 BHG 2013, denen geringere Auszahlungen gemäß Abs. 2 lit. b gegenüberstehen, bleiben bei der Ermittlung der Rücklagen der Detailbudgets 23.01.01. und 23.04.01 unberücksichtigt;
b) Mindereinzahlungen gemäß Artikel V Abs. 1 Z 3 lit. j.
c) Mindereinzahlungen bei der Budgetposition 25.02.01.8530.145 (Rückzahlungen des Reservefonds);

d) Mindereinzahlungen bei der Budgetposition 43.01.04.8030.000 (Versteigerung von Emissionszertifikaten).

(4) Die Vollziehung für die Detailbudgets 30.02.02 und 30.02.04 hat gemeinsam im Detailbudget 30.02.02 zu erfolgen.

(5) Budgetmittel gemäß Abs. 2 dürfen weder für Umschichtungen gemäß Artikel IV noch zur Bedeckung bzw. zum Ausgleich von Überschreitungen gemäß Artikel V herangezogen werden, sondern sind vom jeweils zuständigen haushaltsleitenden Organ gemäß § 52 BHG 2013 bis zu einem, von der Bundesministerin für Finanzen zu bestimmenden Termin zu binden.

Haftungsübernahmen

Artikel X. (1) Die Bundesministerin für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2013 namens des Bundes gemäß § 82 BHG 2013

1. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 93a Abs. 3 des Bankwesengesetzes, BGBl. Nr. 532/1993, bis zu einem Gesamtbetrag von 7 Millionen Euro an Kapital und 7 Millionen Euro an Zinsen und Kosten zu übernehmen;

2. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für Schuldverschreibungen der Entschädigungseinrichtung gemäß § 76 Abs. 3 des Wertpapieraufsichtsgesetzes 2007 – WAG 2007, BGBl. I Nr. 60/2007, bis zu einem Gesamtbetrag von 7 Millionen Euro an Kapital und 7 Millionen Euro an Zinsen und Kosten zu übernehmen;

3. die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien für die von der ASFINAG durchzuführenden Kreditoperationen in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 2 300 Millionen Euro an Kapital und 2 300 Millionen Euro an Zinsen und Kosten und die Kreditoperation im Einzelfall 1 500 Millionen Euro an Kapital nicht übersteigt;

4. die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien für von der ÖBB-Infrastruktur AG zur Finanzierung der Infrastruktur gemäß § 47 Abs. 2 des Bundesbahngesetzes, BGBl. Nr. 825/1992, durchzuführenden Kreditoperationen in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 2 800 Millionen Euro an Kapital und 2 800 Millionen Euro an Zinsen und Kosten und die Kreditoperationen im Einzelfall 2 000 Millionen Euro an Kapital nicht übersteigt;

5. die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien für die von der Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH oder ihrer Tochtergesellschaft Rail Test & Research GmbH durchzuführenden Kreditoperationen gemäß § 5 Abs. 3 Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 22 Millionen Euro an Kapital und 22 Millionen Euro an Zinsen und Kosten nicht übersteigt;

6. die Haftung für Schäden an Objekten, die von Dritten den Bundesmuseen oder der Österreichischen Nationalbibliothek als Leihgabe für Ausstellungen gemäß § 2 des Bundesmuseen-Gesetzes, BGBl. I Nr. 14/2002, zur Verfügung gestellt werden, in jenem Ausmaß zu übernehmen, dass der jeweils ausstehende Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 1 000 Millionen Euro und im Einzelfall 100 Millionen Euro nicht überschritten wird.

(2) Die Bundesministerin für Finanzen darf Haftungen für Kreditoperationen gemäß Abs. 1 nur übernehmen, wenn die prozentuelle Gesamtbelastung bei Kreditoperationen in inländischer oder ausländischer Währung unter Berücksichtigung eventueller Währungstauschverträge unter Zugrundelegung der im § 79 Abs. 2 BHG 2013 umschriebenen finanzmathematischen Formel das im § 79 Abs. 1 Z 2 und 3 BHG 2013 bestimmte jeweilige Höchstausmaß einen Bankarbeitstag vor Festlegung der Konditionen nicht überschreitet.

(3) Auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 1, 2 und 6 ist § 82 Abs. 2 Z 5 BHG 2013 nicht anzuwenden. Auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 3, 4 und 5 ist § 82 Abs. 2 Z 5 BHG 2013 mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Höhe des Entgelts für die Übernahme von Haftungen unter Anwendung der EU-beihilfenrechtlichen Vorschriften zu bemessen ist.

Verfügungen über unbewegliches Bundesvermögen

Artikel XI. (1) Die Bundesministerin für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2013 über Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihr gemäß § 76 BHG 2013 übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen:

1. gemäß § 76 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG 2013 bis zu einem Entgelt (Preis, Wert) von 4 Millionen Euro für den einzelnen Bestandteil des unbeweglichen Bundesvermögens;
2. gemäß § 76 Abs. 6 BHG 2013 bis zu einem Schätzwert von 0,050 Millionen Euro im Einzelfall;
3. gemäß § 76 Abs. 7 BHG 2013 bis zu einem Schätzwert der Belastung von 0,025 Millionen Euro im Einzelfall.

Verfügungen über unbewegliches Bundesvermögen, bei denen die unter Z 1 bis 3 angeführten Wertgrenzen überschritten werden, bedürfen der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des Artikel 42 Abs. 5 B-VG, die von der Bundesministerin für Finanzen einzuholen ist.

(2) Die im laufenden Finanzjahr gemäß § 76 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG 2013 innerhalb des Ermächtigungsrahmens gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 getroffenen Verfügungen dürfen insgesamt den Wert von 36 Millionen Euro nicht übersteigen.

Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen

Artikel XII. (1) Die Bundesministerin für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2013 über Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihr gemäß §§ 74 und 75 BHG 2013 übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen.

(2) Übersteigt bei einer Verfügung gemäß §§ 74 und 75 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG 2013

1. die Forderung, auf die verzichtet wird, oder der Wert des einzelnen sonstigen Bestandteiles des beweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wird, 2,5 Millionen Euro oder
2. der Wert aller sonstigen Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens, über die durch das jeweilige Rechtsgeschäft gleichzeitig verfügt wird, insgesamt 11 Millionen

so bedarf eine solche Verfügung der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des Artikel 42 Abs. 5 B-VG, die von der Bundesministerin für Finanzen einzuholen ist. Hievon kann bei einem Verzicht auf eine Forderung des Bundes Abstand genommen werden, wenn dadurch aus wirtschafts- oder arbeitsmarktpolitischen Interessen die Einleitung oder Durchführung eines Konkurs- oder Sanierungsverfahrens mit und ohne Eigenverwaltung vermieden werden könnte, jedoch die Bewilligung des Nationalrates nicht mehr rechtzeitig eingeholt werden kann.

Personalplan

Artikel XIII. Die Regelungen über die höchstzulässige Personalkapazität und die Personalbewirtschaftung des Bundes für das Jahr 2013 werden im Personalplan 2013 festgelegt (Anlage IV).

Verweisungen

Artikel XIV. So weit in diesem Bundesgesetz auf andere Bundesgesetze verwiesen und nicht Abweichendes bestimmt ist, sind diese in ihrer jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

Inkrafttreten und Geltungsdauer

Artikel XV. Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Jänner 2013 in Kraft und gilt für die Zeit vom 1. Jänner 2013 bis 31. Dezember 2013.

Allgemeine Hinweise

Vergleichbarkeit zu den Vorjahren

Im Finanzierungsvoranschlag beziehen sich die Vergleichswerte für 2011 und 2012 auf die UG-Summen laut Erfolg 2011 beziehungsweise laut Bundesvoranschlag 2012 (i.d.g.F.). Diese Summen wurden allerdings in die neue Budgetstruktur übergeleitet und sind somit nur bedingt vergleichbar.

Für den Bundesvoranschlag 2011 und 2012 hat es den Ergebnisvoranschlag per Definition nicht gegeben. Daher gibt es auch keine Vergleichsspalten.

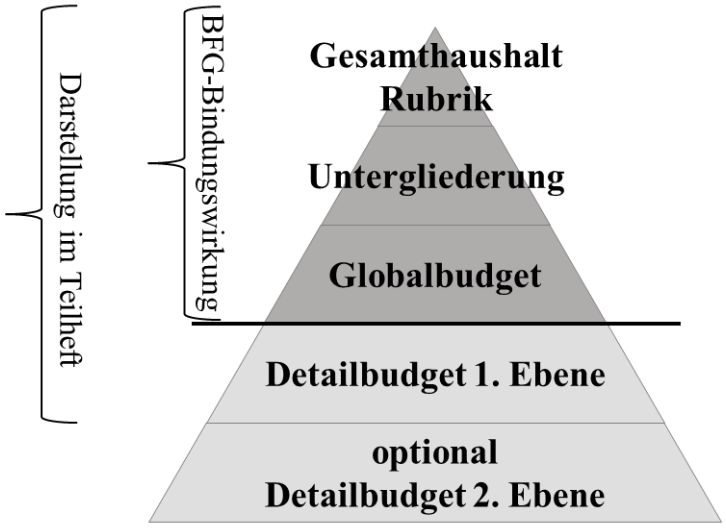
Die Haushaltsrechtsreform 2013 macht umfassende Änderungen der Budgetstruktur und der Struktur der Planstellenbereiche erforderlich; ein aussagekräftiger Vergleich des Finanzjahres 2013 mit den Vorjahren ist daher nicht möglich.

Hinweis:
Soweit im Folgenden personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise, es sei denn, dass ausdrücklich anderes angegeben ist. Bei der Anwendung auf bestimmte Personen wird die jeweils geschlechtsspezifische Form verwendet.

Gliederungselemente des Bundesvoranschlages

Budgetstruktur

Durch die Haushaltsrechtsreform hat sich die Darstellung des Bundesvoranschlages und somit die gesamte Budgetstruktur grundlegend verändert. Mit Inkrafttreten der 2. Etappe wird der Gesamthaushalt, der das gesamte Budget des Bundes darstellt, in Rubriken, Untergliederungen (UG), Globalbudgets (GB) und Detailbudgets (DB) unterteilt.



X	X	X	X	X	X	X	X
Rubrik & UG		GB		DB 1. Ebene		DB 2. Ebene	
V o r a n s c h l a g s s t e l l e							

Aufgabenbereiche

16 Allgemeine öffentliche Verwaltung
17 Staatsschuldentransaktionen
25 Verteidigung
31 Polizei
33 Gerichte
34 Justizvollzug
36 Öffentliche Ordnung und Sicherheit
42 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Jagd
45 Verkehr
49 Wirtschaftliche Angelegenheiten
56 Umweltschutz
61 Wohnungswesen
76 Gesundheitswesen
82 Kultur
84 Religiöse und andere Gemeinschaftsangelegenheiten
86 Sport
91 Elementar- und Primärbereich
92 Sekundarbereich
94 Tertiärbereich
98 Bildungswesen
99 Grundlagen-, angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung
09 Soziale Sicherung

Hinweis: Die Detailbudgets 2. Ebene sind nicht Bestandteil der gedruckten Budgetunterlagen (Bundesfinanzgesetz und Teilheft). Diese werden auf der Homepage des Bundesministeriums für Finanzen als Anhang zum Teilheft elektronisch bereitgestellt. Zu diesem Zwecke werden alle Detailbudgets 2. Ebene eines Detailbudgets 1. Ebene in einem eigenständigen Dokument zusammengefasst.

Bundesvoranschlag

Der Bundesvoranschlag (BVA) gliedert sich in den Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag:

Im Ergebnisvoranschlag werden Erträge und Aufwendungen periodengerecht abgegrenzt veranschlagt; die Aufwandsobergrenzen sind gesetzlich bindend für Globalbudgets.

Im Finanzierungsvoranschlag werden Einzahlungen und Auszahlungen veranschlagt; die Auszahlungsobergrenzen sind gesetzlich bindend für Gesamthaushalt, Rubriken, Untergliederungen und Globalbudgets.

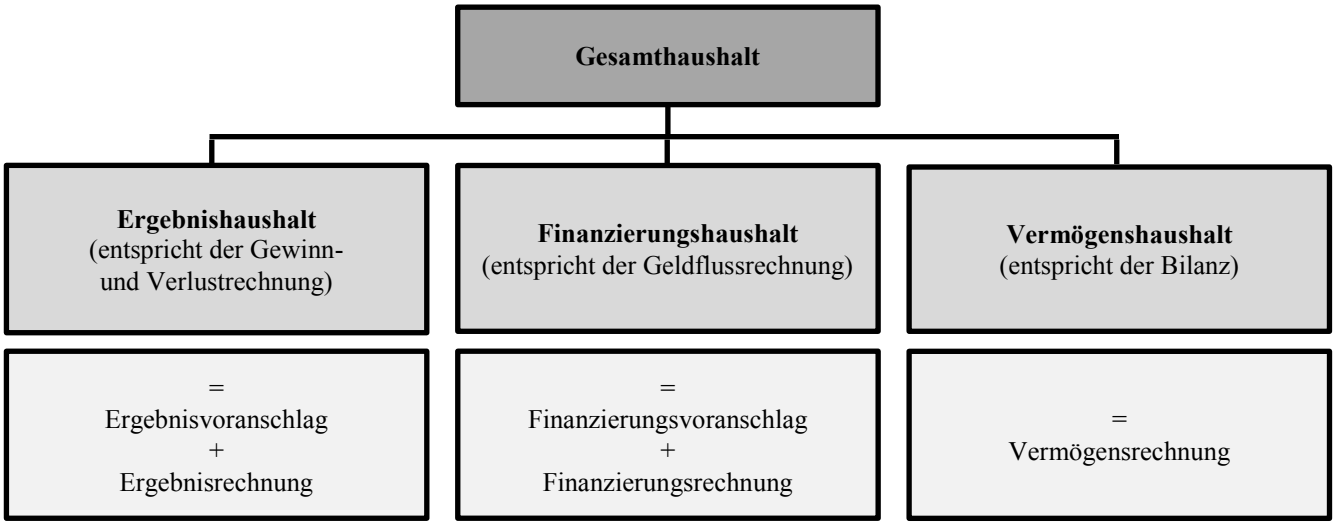
Der Vermögenshaushalt wird nicht budgetiert, er entspricht der Bilanz.

Die einzelnen Voranschläge sind in Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen gemäß §§ 30 und 33 BHG 2013 gegliedert.

Wirkungsorientierung im Budget

Erstmals wird systematisch dargestellt, was mit den Budgetmitteln an Ergebnissen erreicht werden soll. Jedes Ministerium legt Rechenschaft ab.
Weil neben liquiden Mitteln auch der Ressourcenverbrauch und die damit zu erreichenden Ziele dargestellt werden, verbessert sich die Aussagekraft des Budgets. Durch die neue Budgetgliederung mit Global- und Detailbudgets verbessert sich darüber hinaus auch die Übersichtlichkeit des Budgets.

Elemente des neuen Veranschlagungs- und Verrechnungssystems des Bundes



Mittelverwendungsgruppen:
- Personalaufwand
- Transferaufwand
- betrieblicher Sachaufwand
- Finanzaufwand

Mittelaufbringungsgruppen:
- Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers
- Finanzerträge

Mittelverwendungsgruppen:
Auszahlungen
- aus der operativen Verwaltungstätigkeit
- aus Transfers
- aus der Investitionstätigkeit
- aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen
- aus der Tilgung von Finanzschulden
- aus der Tilgung von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten
- infolge eines Kapitalaustausches bei Währungstauschverträgen
- für den Erwerb von Finanzanlagen

Mittelaufbringungsgruppen:
Einzahlungen
- aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers
- aus der Investitionstätigkeit
- aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen
- aus der Aufnahme von Finanzschulden
- aus der Aufnahme von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten
- infolge eines Kapitalaustausches bei Währungstauschverträgen
- aus dem Abgang von Finanzanlagen

Untergliederung 01 Präsidentschaftskanzlei

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Der Bundespräsident wird als einziges oberstes Vollzugsorgan vom Volk gewählt. Die Präsidentschaftskanzlei steht dem Bundespräsidenten zu Wahrnehmung seiner Kompetenzen und Aufgaben in organisatorischer und inhaltlicher Hinsicht zur Verfügung.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**0,028**	**0,026**	**0,056**
Auszahlungen fix	7,834	7,834	8,096	7,458
Summe Auszahlungen	**7,834**	**7,834**	**8,096**	**7,458**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-7,806**	**-8,070**	**-7,401**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	0,043		
Aufwendungen	7,886		
Nettoergebnis	**-7,843**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Die Kompetenzen des Bundespräsidenten sind verfassungsrechtlich festgelegt. Die Präsidentschaftskanzlei hat die Aufgabe, den Bundespräsidenten bei der Besorgung seiner Amtsgeschäfte zu unterstützen (Art. 67 a B-VG).
Warum dieses Wirkungsziel?
Der Bundespräsident ist eines der obersten Vollzugsorgane. Er ist aber auch Staatsoberhaupt im Sinne der allgemeinen Staatsrechtslehre, dem bestimmte typische, in der Verfassung festgelegte Funktionen übertragen sind (z.B. die völkerrechtliche Vertretung nach außen, die Ernennung von anderen Staatsorganen, Oberbefehl über das Heer, Gnadenrecht etc. – siehe Art. 65 B-VG).
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Aufbereitung und administrative Behandlung der mit den Amtsgeschäften verbundenen Rechtsakte (Ratifikation von Staatsverträgen, Beurkundung des verfassungsmäßigen Zustandekommens von Bundesgesetzen, Entschließungen betreffend die dem Bundespräsidenten zustehenden Ernennungsrechte etc.)
- Abwicklung der mit den Kompetenzen des Bundespräsidenten verbundenen erforderlichen Veranlassungen (z.B. bei der Ernennung bzw. Enthebung der Bundesregierung, bei der Angelobung der Landeshauptmänner etc.)
- Organisation von internationalen Begegnungen in Ausübung der Vertretung nach außen (Besuche ausländischer Staatsgäste, Besuche im Ausland) sowie sonstiger Veranstaltungen.
- Erstellung von Rechtsgutachten und Informationen zur Beratung des Bundespräsidenten bei Fragestellungen im Aufgabenbereich

Wie sieht Erfolg aus?
Aus der Summe der dem Bundespräsidenten verfassungsrechtlich zugewiesenen Aufgaben geht hervor, dass dieser Verantwortung für das reibungslose Zusammenwirken der obersten Staatsorgane wahrnimmt. Diesem Ziel dienen regelmäßige Kontakte mit den anderen obersten Staatsorganen.

Wirkungsziel 2:
Unterstützung bei der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Bedeutung demokratischer Prozesse, der sozialen Ausgewogenheit und der Gleichstellung von Frauen und Männern
Warum dieses Wirkungsziel?
Durch die Amtsführung des Bundespräsidenten soll in der Öffentlichkeit das Verständnis und das Interesse für die genannten Themen sowie für das Staatsganze gefördert werden. Der Bundespräsident soll nicht nur als Organ im juristischen Sinn sondern auch als Gesprächspartner erlebt werden. Dafür sind regelmäßige Kontakte mit ausgewählten Gruppen der Bevölkerung notwendig, insbesondere mit solchen, die sich in einer besonderen Situation befinden.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung von
- Begegnungsveranstaltungen des Bundespräsidenten in der Präsidentschaftskanzlei (SchülerInnentag, SeniorInnentag, Tag der offenen Tür etc.)
- öffentlichen Terminen (Reden etc.).

Wie sieht Erfolg aus?

- Anzahl solcher Veranstaltungen
  Zielzustand 2013: 32
  Istzustand 2011: 32

Berechnungsmethode: Erfassung der Anzahl der einschlägigen Veranstaltungen und öffentlichen Termine; Quelle: Präsidentschaftskanzlei

Wirkungsziel 3:

Unterstützung bei der Vertretung der Republik nach außen durch internationale Begegnungen und Kontakte auf hoher staatlicher Ebene

Warum dieses Wirkungsziel?

Das Zusammentreffen des Bundespräsidenten mit ausländischen EntscheidungsträgerInnen auf der obersten politischen und wirtschaftlichen, sowie auf wissenschaftlicher und kultureller Ebene unterstützt und fördert österreichische Interessen und RepräsentantInnen aus den genannten Bereichen in ihren internationalen Aktivitäten.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

Vorbereitung und Durchführung von internationalen Begegnungen des Bundespräsidenten, bei denen RepräsentantInnen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur Gelegenheit zu Kontakten mit geeigneten GesprächspartnerInnen geboten wird.

Wie sieht Erfolg aus?

- Anzahl der internationalen Begegnungen des Bundespräsidenten
  Zielzustand 2013: 34
  Istzustand 2011: 34

Bewertungsmethode: Erfassung der Anzahl der Begegnungen mit Staatoberhäuptern im In- und Ausland, Quelle: Präsidentschaftskanzlei

Untergliederung 01 Präsidentschaftskanzlei

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,043		
Erträge	**0,043**		
Personalaufwand	5,180		
Transferaufwand	0,001		
Betrieblicher Sachaufwand	2,705		
Aufwendungen	**7,886**		
Nettoergebnis	**-7,843**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,017	0,015	0,046
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,003	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,008	0,008	0,011
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,028**	**0,026**	**0,056**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	7,723	7,911	7,295
Auszahlungen aus Transfers	0,001	0,001	
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,096	0,170	0,149
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,014	0,014	0,013
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**7,834**	**8,096**	**7,458**
Nettogeldfluss	**-7,806**	**-8,070**	**-7,401**

Untergliederung 01 Präsidentschaftskanzlei
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 01 PräsKzl**	GB 01.01 PräsKzl
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,043	0,043
Erträge	**0,043**	**0,043**
Personalaufwand	5,180	5,180
Transferaufwand	0,001	0,001
Betrieblicher Sachaufwand	2,705	2,705
Aufwendungen	**7,886**	**7,886**
Nettoergebnis	**-7,843**	**-7,843**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 01 PräsKzl**	GB 01.01 PräsKzl
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,017	0,017
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,003
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,008	0,008
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,028**	**0,028**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	7,723	7,723
Auszahlungen aus Transfers	0,001	0,001
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,096	0,096
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,014	0,014
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**7,834**	**7,834**
Nettogeldfluss	**-7,806**	**-7,806**

Globalbudget 01.01 Präsidentschaftskanzlei

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,043		
Erträge	**0,043**		
Personalaufwand	5,180		
Transferaufwand	0,001		
Betrieblicher Sachaufwand	2,705		
Aufwendungen	**7,886**		
Nettoergebnis	**-7,843**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,017	0,015	0,046
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,003	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,008	0,008	0,011
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,028**	**0,026**	**0,056**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	7,723	7,911	7,295
Auszahlungen aus Transfers	0,001	0,001	
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,096	0,170	0,149
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,014	0,014	0,013
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**7,834**	**8,096**	**7,458**
Nettogeldfluss	**-7,806**	**-8,070**	**-7,401**

Globalbudget 01.01 Präsidentschaftskanzlei

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	- Administrative Behandlung der Rechtsakte sowie die Abwicklung der Veranlassungen , die sich aus den Kompetenzen des Bundespräsidenten ergeben. - Organisation von internationalen Begegnungen in Ausübung der Vertretung nach außen (Besuche ausländischer Staatsgäste, Besuche im Ausland) sowie sonstiger Veranstaltungen. - Erstellung von Rechtsgutachten und Informationen zur Beratung des Bundespräsidenten bei Fragestellungen im Aufgabenbereich	Aus der Summe der dem Bundespräsidenten verfassungsrechtlich zugewiesenen Aufgaben geht hervor, dass dieser Verantwortung für das reibungslose Zusammenwirken der obersten Staatsorgane wahrnimmt. Diesem Ziel dienen regelmäßige Kontakte mit den anderen obersten Staatsorganen.	
WZ 2	- Begegnungsveranstaltungen des Bundespräsidenten in der Präsidentschaftskanzlei (SchülerInnentag, SeniorInnentag, Tag der offenen Tür, öffentliche Termine etc.).	- Anzahl solcher Veranstaltungen Zielzustand 2013: 32 Berechnungsmethode: Erfassung der Anzahl der genannten Veranstaltungen und öffentlichen Termine	Istzustand 2011: 32
WZ 3	- Vorbereitung und Durchführung von internationalen Begegnungen des Bundespräsidenten, bei denen RepräsentantInnen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur Gelegenheit zu Kontakten mit geeigneten GesprächspartnerInnen geboten wird.	- Anzahl der internationalen Begegnungen des Bundespräsidenten Zielzustand 2013: 34 Berechnungsmethode: Erfassung der Anzahl der Begegnungen mit Staatsoberhäuptern im In- und Ausland;	Istzustand 2011: 34

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Globalbudget 01.01 Präsidentschaftskanzlei
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 01.01 PräsKzl**	DB 01.01.01 PräsKzl
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,043	0,043
Erträge	**0,043**	**0,043**
Personalaufwand	5,180	5,180
Transferaufwand	0,001	0,001
Betrieblicher Sachaufwand	2,705	2,705
Aufwendungen	**7,886**	**7,886**
Nettoergebnis	**-7,843**	**-7,843**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 01.01 PräsKzl**	DB 01.01.01 PräsKzl
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,017	0,017
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,003
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,008	0,008
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,028**	**0,028**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	7,723	7,723
Auszahlungen aus Transfers	0,001	0,001
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,096	0,096
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,014	0,014
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**7,834**	**7,834**
Nettogeldfluss	**-7,806**	**-7,806**

Untergliederung 02 Bundesgesetzgebung

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Das Parlament ist der zentrale Ort jeder Demokratie. Zur Unterstützung der parlamentarischen Aufgaben und zur Besorgung der Verwaltungsangelegenheiten der Organe der Bundesgesetzgebung ist die Parlamentsdirektion berufen. Sie garantiert den reibungslosen Ablauf des parlamentarischen Geschehens und versteht sich als serviceorientiertes Dienstleistungsunternehmen für Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates und des Europäischen Parlaments sowie für Institutionen und alle am parlamentarischen Geschehen Interessierten.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**2,301**	**2,498**	**3,581**
Auszahlungen fix	136,329	136,329	173,029	136,269
Summe Auszahlungen	**136,329**	**136,329**	**173,029**	**136,269**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-134,028**	**-170,531**	**-132,688**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	2,310		
Aufwendungen	136,628		
Nettoergebnis	**-134,318**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Sicherung der hohen Servicequalität für MandatarInnen und Klubs zur Schaffung von Gestaltungsräumen für die Politik im parlamentarischen Verfahren.

Warum dieses Wirkungsziel?
Kernaufgabe der Parlamentsdirektion (Art. 30/3 B-VG) ist die Gewährleistung bestmöglicher Rahmenbedingungen für die VolksvertreterInnen zur Unterstützung ihres verfassungsmäßigen Auftrages (Gesetzgebung und Kontrolle) im Interesse der BürgerInnen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Betreuung von Plenar- und Ausschusssitzungen des Nationalrates und des Bundesrates;
- Aufbereitung parlamentarischer Materialien;
- Bereitstellung von Infrastruktur sowie personellen und finanziellen Ressourcen für die VolksvertreterInnen und die Parlamentsklubs;
- Rechtsgutachten;
- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit;
- Aufbereitung von EU-Vorlagen;
- Organisation von Veranstaltungen und Konferenzen;
- Aufbau des Budgetdienstes;
- Betreuung internationaler Kontakte

Wie sieht Erfolg aus?
- Informationsbereitstellung: Portalverfügbarkeit (Zugang zu elektronischen Daten). Zielzustand 2013: > 99,5 %. Istzustand 2011: > 99,5%. (Quelle: Parlamentsdirektion / interne Auswertung Server-Protokolle)
- Informationsverteilung am Beispiel Bereitstellungsdauer für Stenographische Protokolle: Zielzustand 2013: 90% sind innerhalb von 3h nach einer Sitzung online und innerhalb von 48h in Druck; Istzustand: 2011: 90% sind innerhalb von 3h nach einer Sitzung online und 48h danach in Druck. (Berechnungsmethode: Bereitstellung aller Stenographischen Protokolle nach Sitzungen innerhalb eines Jahres; Quelle: Parlamentsdirektioin / interne Aufzeichnungen)
- Facility Management: Zufriedenheit mit den Serviceleistungen der Parlamentsdirektion: Zielzustand 2013: 80 % Beurteilungen mit sehr gut oder gut; Istzustand 2011: 80% Beurteilungen mit sehr gut oder gut. (Berechnungsmethode: Anteil der positiven Bewertungen entsprechend dem Schulnotensystem, Quelle: jährliche Umfrageauswertung der Parlamentsdirektion)

Wirkungsziel 2:
Ausbau der Parlamentsdirektion zum Kompetenz- und Kommunikationszentrum für Parlamentarismus und Demokratie für die interessierte Öffentlichkeit.
Warum dieses Wirkungsziel?
Wesentliche Voraussetzung einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie sind Transparenz über Entscheidungsprozesse und freier Zugang zu Informationen für interessierte BürgerInnen. Für die Bevölkerung soll das Parlament zentraler Ort für Fragen zu Parlamentarismus und Demokratie sein, nicht zuletzt ein aus der Gewaltentrennung abgeleiteter Anspruch und ein klares Signal der Aufgaben des Parlaments im demokratischen Gefüge und der Abgrenzung zur Regierungstätigkeit.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Ausrichtung der Parlamentsdirektion als zentrale Einrichtung mit öffentlich wahrnehmbarer Kompetenz durch:

- Ausbau des Informations- und Bildungsangebotes im Internet für BürgerInnen;
- "Demokratiewerkstatt" und "Jugendparlament" für jugendliche BesucherInnen;
- Teilnahme an fachspezifischen Konferenzen und Forschungsprojekten;
- Förderung der wissenschaftlichen Publikationstätigkeit der MitarbeiterInnen der Parlamentsdirektion

Wie sieht Erfolg aus?
- Anzahl der Zugriffe auf die Homepage des Parlaments: Zielzustand 2013: über 165 Millionen externe Zugriffe; Istzustand 2011: 162.663.557 externe Zugriffe; (Berechnungsmethode: Anzahl der "Klicks" auf der Website; Quelle: Parlamentsdirektion / interne IT-Auswertung)
- Anzahl der jugendlichen TeilnehmerInnen an der Demokratiewerkstatt: Zielzustand 2013: über 11.000 jugendliche BesucherInnen trotz Einsparungserfordernisse; Istzustand 2011: 11.041 jugendliche BesucherInnen (Quelle: interne Aufzeichnungen / Parlamentsdirektion)
- Anzahl der jugendlichen TeilnehmerInnen an der Demokratiewerkstatt nach Geschlecht: Zielzustand 2013: 50% junge Frauen und 50% junge Männer; Istzustand 2011: 0, keine Angaben verfügbar, da Ersterhebung ab 2012 (Quelle: interne Aufzeichnungen / Parlamentsdirektion)
- Anzahl der Publikationen in anerkannten Fachmedien (in Medien mit hohem Impactfaktor), : Zielzustand 2013: zumindest 2 Publikation; Istzustand 2011: 1 Publikation (Berechnungsmethode: Gesamtsumme aller Publikationen innerhalb eines Jahres; Quelle: interne Aufzeichnungen / Parlamentsdirektion)
- Vorträge in Fachkonferenzen: Zielzustand 2013: mindestens 3 Vorträge; Istzustand: 0, keine Angaben verfügbar, da Ersterhebung ab 2012; (Quelle: interne Aufzeichnungen / Parlamentsdirektion)
- Forschungsprojekte (darunter auch wissenschaftliche Arbeiten zu Grundlagenfragen, die den Abgeordneten zur Verfügung gestellt werden); Zielzustand 2013: 2 pro Jahr; Istzustand: 0, keine Angaben verfügbar, da Ersterhebung ab 2012 (Quelle: interne Aufzeichnungen / Parlamentsdirektion)

Wirkungsziel 3:
Förderung der Public Awareness (= Schaffung einer möglichst breiten Öffentlichkeit) für die Bedeutung der Partizipiation in einer Demokratie unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechterdemokratie.

Warum dieses Wirkungsziel?
Eine langfristige Verankerung der Notwendigkeit gleichberechtigter Partizipation und Repräsentation beider Geschlechter in demokratischen Gesellschaften wird nur über das Bewusstmachen des Zieles zu erreichen sein. Insbesondere zeigen Untersuchungen, dass die Thematik auch bei Jugendlichen in letzter Zeit eine geringere Rolle zu spielen scheint als noch vor einigen Jahren, als „emanzipatorische“ Themen vermehrt in der öffentlichen Diskussion standen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Schwerpunktsetzung zum Begriff Geschlechterdemokratie bzw. zur Erhöhung des Genderbewusstseins im Rahmen der Aktivitäten der Parlamentsdirektion zur Demokratievermittlung, besonders beim Bildungsangebot für Kinder und Jugendliche in der "Demokratiewerkstatt".

Wie sieht Erfolg aus?

- Anzahl der Veranstaltungen mit genderspezifischem Bezug: Zielzustand 2013: mindestens 5 Veranstaltungen; Istzustand 2011: 3 Veranstaltungen; (Quelle: interne Aufzeichnungen / Parlamentsdirektion);
- Anzahl der Artikel zu genderspezifischen Themen in der von den Kindern und Jugendlichen erstellten Zeitschrift „Demokratiewerkstatt aktuell"; Zielzustand 2013: mindestens 3 Artikel; Istzustand 2011: 0, keine Angabe verfügbar, da Ersterhebung ab 2012; (Quelle: interne Aufzeichnungen / Parlamentsdirektion)

Wirkungsziel 4:
Europäisierung des österreichischen Parlaments durch Schaffung optimaler Voraussetzungen für ein aktives Mitwirken von Nationalrat und Bundesrat in EU-Angelegenheiten und Intensivierung der Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen und den anderen nationalen Parlamenten in der Union.
Warum dieses Wirkungsziel?
Der Bedeutung Europas und des Zusammenspiels nationaler und überregionaler Institutionen wird Rechnung getragen, über den Austausch mit anderen Parlamenten wird ein Know-how-Transfer auch im Hinblick auf Verwaltungsführung (best practice) erreicht.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Entwicklung der EU-Datenbank "neu"
- Förderung von EU-Kompetenzen bei MitarbeiterInnen der Parlamentsdirektion durch Teilnahme an fachspezifischen Konferenzen

Wie sieht Erfolg aus?

- Zeitspanne bis zur Verfügbarkeit von EU-Ratsdokumenten: Zielzustand 2013: innerhalb eines Tages; Istzustand 2011: innerhalb zweier Tage (Quelle: interne Aufzeichnungen / Parlamentsdirektion)
- Organisation/Teilnahme an EU-Konferenzen: Zielzustand 2013: mindestens 4 Veranstaltungen; Istzustand 2011: 0, keine Angaben verfügbar, da Ersterhebung ab 2012 (Quelle: interne Aufzeichnungen / Parlamentsdirektion)

Wirkungsziel 5:
Entwicklung der Parlamentsdirektion zur Vorbildverwaltung (good practice) auch im internationalen Vergleich durch Erhöhung der Kostentransparenz und Effizienz durch Stärkung von Kosten- und Leistungsbewusstsein auf allen Ebenen der Parlamentsdirektion.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Grundsätze moderner Verwaltungsführung werden in der Parlamentsdirektion im Hinblick auf KundInnenorientierung und IT-Unterstützung seit längerem verfolgt, Potenzial besteht bei betriebswirtschaftlichen Instrumenten, die zur Verfolgung strategischer Ziele notwendige Grundlage bieten. Die dadurch angestrebte Effizienzsteigerung liegt im Interesse der SteuerzahlerInnen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Aufbau eines KLR-basierten Controllingsystems und Berichtswesens
- Etablierung von Wissensmanagementinstrumenten
- Effizienzsteigerung durch Performance Management/Einführung wirkungsorientierter Steuerung

Wie sieht Erfolg aus?

- Anzahl der Controllingberichte, die einen Beitrag zur Effizienzsteigerung leisten sollen; Zielzustand 2013: 4 Berichte; Istzustand 2011: 0, keine Angaben verfügbar, da Ersterhebung ab 2012 (Quelle: interne Aufzeichnungen) / Parlamentsdirektion)
- Anzahl der MitarbeiterInnen, die den Wissensmanagementprozess vorantreiben: Zielzustand 2013: 12 MitarbeiterInnen; Istzustand 2011: 4 MitarbeiterInnen (Quelle: interne Aufzeichnungen / Parlamentsdirektion)

Untergliederung 02 Bundesgesetzgebung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,290		
Finanzerträge	0,020		
Erträge	**2,310**		
Personalaufwand	29,523		
Transferaufwand	42,205		
Betrieblicher Sachaufwand	64,897		
Finanzaufwand	0,003		
Aufwendungen	**136,628**		
Nettoergebnis	**-134,318**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,219	2,416	3,517
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,007	0,007	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,075	0,075	0,064
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,301**	**2,498**	**3,581**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	92,400	101,512	92,476
Auszahlungen aus Transfers	42,205	69,302	42,080
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,634	2,125	1,650
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,090	0,090	0,064
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**136,329**	**173,029**	**136,269**
Nettogeldfluss	**-134,028**	**-170,531**	**-132,688**

Untergliederung 02 Bundesgesetzgebung
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 02 Bundesgesetzgebung**	GB 02.01 Bundesgesetzgebung
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,290	2,290
Finanzerträge	0,020	0,020
Erträge	**2,310**	**2,310**
Personalaufwand	29,523	29,523
Transferaufwand	42,205	42,205
Betrieblicher Sachaufwand	64,897	64,897
Finanzaufwand	0,003	0,003
Aufwendungen	**136,628**	**136,628**
Nettoergebnis	**-134,318**	**-134,318**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 02 Bundesgesetzgebung**	GB 02.01 Bundesgesetzgebung
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,219	2,219
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,007	0,007
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,075	0,075
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,301**	**2,301**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	92,400	92,400
Auszahlungen aus Transfers	42,205	42,205
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,634	1,634
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,090	0,090
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**136,329**	**136,329**
Nettogeldfluss	**-134,028**	**-134,028**

Globalbudget 02.01 Bundesgesetzgebung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,290		
Finanzerträge	0,020		
Erträge	**2,310**		
Personalaufwand	29,523		
Transferaufwand	42,205		
Betrieblicher Sachaufwand	64,897		
Finanzaufwand	0,003		
Aufwendungen	**136,628**		
Nettoergebnis	**-134,318**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,219	2,416	3,517
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,007	0,007	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,075	0,075	0,064
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,301**	**2,498**	**3,581**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	92,400	101,512	92,476
Auszahlungen aus Transfers	42,205	69,302	42,080
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,634	2,125	1,650
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,090	0,090	0,064
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**136,329**	**173,029**	**136,269**
Nettogeldfluss	**-134,028**	**-170,531**	**-132,688**

Globalbudget 02.01 Bundesgesetzgebung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1, 2, 4 und 5	- Einrichtung eines Budgetdienstes zur Unterstützung der MandatarInnen. - Ausbau der EU-Datenbank.	- Der Budgetdienst im Parlament ist konform der im Budgetausschuss vom 10.11.2011 festgehaltenen Ausschussfeststellung im Umfang der 2. Ausbauphase eingerichtet. - 2. Projektmodul (automatisierte Übernahme aller EU-Dokumente) ist abgeschlossen.	- Leitungsfunktion ist ausgeschrieben. - 1. Projektmodul ist abgeschlossen (automatisierte Übernahme der Ratsdokumente).
WZ 1	- Vorbereitung einer Gesamtsanierung des Parlamentsgebäudes. - Maßnahmen im Bereich der Gebäudeinstandhaltung. - Aufrechterhaltung der Infrastuktur.	- Projektablauf erfolgt gemäß Organisations- und Projekthandbuch. - Vergabe an GeneralplanerIn, begleitende Kontrolle und Projektsteuerung ist erfolgt.	- Projekthandbuch ist in Ausarbeitung. - Ausschreibungen GeneralplanerIn, begleitende Kontolle und Projektsteuerung sind in Ausarbeitung.
WZ 5	- Weiterentwicklung der Kosten- und Leistungsrechnung. - Weiterentwicklung eines Controllings.	- Evaluierung des Leistungskatalogs ist erfolgt. - Controllingsystem ist aufgebaut und evaluiert.	- KLR ist im Testbetrieb. - Controllingkonzept ist in Ausarbeitung.
WZ 1, 2, 3, 4 und 5	- Umsetzung des Konzepts "Personalentwicklung (PE) neu". - Ausbau von Instrumenten des Wissensmanagements.	- Führungskräftecurriculum ist entwickelt. - Rekrutierungsprozess "neu" ist implementiert.	- PE-Konzept ist genehmigt. - Kick-off hat stattgefunden.
WZ 2, 3 und 4	- Veranstaltungskonzept mit Schwerpunkten Demokratie, Parlamentarismus, gleichberechtigte Partizipation und Europa.	- Veranstaltungskonzept liegt vor. - Modul "gleichberechtigte Partizipation und Repräsentation beider Geschlechter" ist ausgearbeitet und im Einsatz.	- Konzept ist in Ausarbeitung. - Modul "gleichberechtigte Partizipation und Repräsentation beider Geschlechter" in der Demokratiewerkstatt ist in Planung.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Abwicklung von komplexen und kostenintensiven Vorhaben in Projektform (Bund 2011/10)
2. Langfristiger Ausbau der Internetseiten in Richtung aktive Bürger/innen-beteiligung auf der Basis von Kosten–Nutzen–Überlegungen (Bund 2011/10)
3. Überprüfung und schrittweise Umsetzung von kostensenkenden Maßnahmen bei der Erbringung von EDV-Dienstleistungen (Bund 2011/10)
4. Vornahme einer umfassenden Planung zur Vermeidung späterer Zusatzaufträge, Mehraufwendungen oder Zeitverzögerungen festgestellt bei Relaunch des Webauftritts des Parlaments (Bund 2011/10)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
Ad 1: Ist umgesetzt – Beispiele: Projekt "Sanierungsplanung Parlament"; IT-Projektmanagement-Handbuch
Ad 2: Ist in Umsetzung – Online-Zustimmung zu Petitionen und Bürgerinitiativen ist bereits ermöglicht. Weitere interaktive Elemente befinden sich in Planung.
Ad 3: Ist in Umsetzung – Die EDV–Abteilung forciert - wie schon bisher - den Einsatz moderner und kostensparender Technologien. Eine allfälllige Kostenersparnis durch ein erarbeitetes Insourcing-Konzept steht im Widerspruch zum derzeitigen Aufnahmestopp in der öffentlichen Verwaltung.
Ad 4: Ist umgesetzt – Wird durch Projektorganisation gewährleistet (siehe ad 1)

Globalbudget 02.01 Bundesgesetzgebung
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 02.01 Bundesgesetzgebung**	DB 02.01.01 Nationalrat	DB 02.01.02 Bundesrat	DB 02.01.03 Klubf.u.gem Ausg.f.M	DB 02.01.04 Parlamentsdirektion
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,290	1,266	0,176	0,029	0,819
Finanzerträge	0,020	0,020			
Erträge	**2,310**	**1,286**	**0,176**	**0,029**	**0,819**
Personalaufwand	29,523				29,523
Transferaufwand	42,205	15,478	1,996	20,120	0,011
Betrieblicher Sachaufwand	64,897	34,850	5,325	0,681	24,041
Finanzaufwand	0,003	0,001	0,001	0,001	
Aufwendungen	**136,628**	**50,329**	**7,322**	**20,802**	**53,575**
Nettoergebnis	**-134,318**	**-49,043**	**-7,146**	**-20,773**	**-52,756**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 02.01 Bundesgesetzgebung**	DB 02.01.01 Nationalrat	DB 02.01.02 Bundesrat	DB 02.01.03 Klubf.u.gem Ausg.f.M	DB 02.01.04 Parlamentsdirektion
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,219	1,286	0,176	0,029	0,728
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,007				0,007
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,075				0,075
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,301**	**1,286**	**0,176**	**0,029**	**0,810**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	92,400	34,851	5,326	0,682	51,541
Auszahlungen aus Transfers	42,205	15,478	1,996	20,120	0,011
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,634	0,001			1,633
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,090				0,090
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**136,329**	**50,330**	**7,322**	**20,802**	**53,275**
Nettogeldfluss	**-134,028**	**-49,044**	**-7,146**	**-20,773**	**-52,465**

DB 02.01.05 Nationalfonds
4,600
4,600
-4,600

DB 02.01.05 Nationalfonds
4,600
4,600
-4,600

Untergliederung 03 Verfassungsgerichtshof

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Der Verfassungsgerichtshof ist zur Sicherung der Verfassungsmäßigkeit staatlichen Handelns in Gesetzgebung und Vollziehung berufen. Im Besonderen obliegt ihm die Garantie der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Gesetzgeber und der Verwaltung. Mit seinen Entscheidungen bietet der Verfassungsgerichtshof dem Gesetzgeber Orientierungssicherheit bei seinen rechtspolitischen Entscheidungen.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**0,396**	**0,579**	**0,430**
Auszahlungen fix	12,805	12,805	12,630	11,753
Summe Auszahlungen	**12,805**	**12,805**	**12,630**	**11,753**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-12,409**	**-12,051**	**-11,323**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	0,410		
Aufwendungen	12,780		
Nettoergebnis	**-12,370**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Gewährleistung der Verfassungsmäßigkeit des staatlichen Handelns.
Warum dieses Wirkungsziel?
Der moderne demokratische Verfassungsstaat beruht auf dem Grundgedanken des Vorrangs der Verfassung. Das bedeutet, dass jegliches Staatshandeln in der Verfassung seine Grundlage finden und mit der Verfassung übereinstimmen muss. Das gilt für die Gesetzgebung ebenso wie für Regierung und Verwaltung sowie für die Gerichtsbarkeit. Damit dieser Vorrang auch praktisch wirksam wird, braucht der demokratische Verfassungsstaat Institutionen, die die Einhaltung der Verfassung tatsächlich gewährleisten. Die wichtigste dieser Einrichtungen ist der Verfassungsgerichtshof. Insofern ist er der "Hüter der Verfassung".
Die Erreichung dieses Ziels erfordert eine in jeder Hinsicht unabhängige und unparteiische Entscheidungsfindung und ein Höchstmaß an Effizienz bei der Besorgung der dem Verfassungsgerichtshof übertragenen Aufgaben, also die Erfüllung höchster Ansprüche an die inhaltliche, formale und sprachliche Qualität der Entscheidungen, möglichst rasche Entscheidungen und einen möglichst einfachen Zugang der Bürgerinnen und Bürger zum Verfassungsgerichtshof und zu den von ihm getroffenen Entscheidungen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation
- Ausbau des Qualitäts- und Wissensmanagements
- Einsatz des „Elektronischen Rechtsverkehr – ERV“ und des elektronischen Gebührenservices

Wie sieht Erfolg aus?
- Verfahrensdauer: Zielzustand 2013: < 245 Tage; Istzustand 2011: 229 Tage; [Berechnungsmethode: Erledigungsdauer aller Verfahren ab dem Tag des Einlangens der Beschwerde bis zum Tag der Abfertigung des Erkenntnisses/der Entscheidung; Quelle: VfGH/Auswertung aus Verfahrensstatistik]
- Relation der eingegangenen zu den erledigten Fällen: Zielzustand 2013: < 1,0; Istzustand 2011: 0,78; [Berechnungsmethode: Anzahl der im Kalenderjahr eingegangenen Fälle durch die Anzahl der erledigten Fälle; Quelle: VfGH/Auswertung aus Tätigkeitsbericht]
- Anteil der Berichtigungen bei Erkenntnissen/Entscheidungen: Zielzustand 2013: < 0,5 % der Gesamterledigungszahlen; Istzustand 2011: 0,5 % der Gesamterledigungszahlen; [Berechnungsmethode: Anzahl der im Kalenderjahr berichtigten Erkenntnisse/Entscheidungen durch die Anzahl der erledigten Erkenntnisse/Entscheidungen; Quelle: VfGH/Auswertung aus Verfahrensstatistik]
- Elektronische Abwicklung des Schriftverkehrs und des Gebühreneinzugs mit Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten: Zielzustand 2013: 90%; Istzustand 2011: 0 %; [Berechnungsmethode: Anzahl der Beschwerden, die im Kalenderjahr elektronisch eingebracht werden durch die Gesamtanzahl der eingelangten Beschwerden; Quelle: VfGH/Auswertung aus dem Elektronischen Akt Gericht – ELAK Gericht]

Wirkungsziel 2:

Stärkung des Bewusstseins für die besondere rechtsstaatliche Bedeutung, für die Leistungen und die Arbeitsweise des Verfassungsgerichtshofs sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

Warum dieses Wirkungsziel?

Im modernen demokratischen Rechtsstaat bedarf eine Institution wie der Verfassungsgerichtshof eines Höchstmaßes an Akzeptanz in der Bevölkerung, und zwar sowohl die Institution als solche als auch seine Entscheidungen. Die Bevölkerung soll daher durch alle in Betracht kommenden Maßnahmen, insbesondere durch entsprechende Medienarbeit über die Leistungen, die Funktionsweise und die Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes informiert werden. Als dem ältesten (spezifischen) Verfassungsgericht der Welt kommt dem österreichischen Verfassungsgerichtshof eine besondere Verantwortung für die "Idee" der Verfassungsgerichtsbarkeit zu, die mittlerweile weltweite Verbreitung erfahren hat. Neben systematischen und gezielten bilateralen Kontakten mit anderen Verfassungsgerichten, insbesondere jenen der Nachbarstaaten, und der Zusammenarbeit mit den Verfassungsgerichten anderer deutschsprachiger Staaten, wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Pflege der multilateralen Kontakte im Rahmen der Konferenz der europäischen Verfassungsgerichte gelegt.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Erweitertes Informationsangebot für die Bevölkerung
- Ausrichtung des Kongresses der Europäischen Verfassungsgerichte in Wien im Jahr 2014

Wie sieht Erfolg aus?

- Zugriffe auf die Homepage: Zielzustand 2013: > 300.000; Istzustand 2011: 280.000; [Berechnungsmethode: Anzahl der im Kalenderjahr getätigten Zugriffe; Quelle: Austria Presse Agentur/Auswertung über Zugriffsabfrage auf die Homepage]
- Quote der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Kongress: Zielzustand 2014: > 210 Teilnehmerinnen und Teilnehmer; Istzustand Kongress 2011 (Bukarest): 198 Teilnehmerinnen und Teilnehmer; [Berechnungsmethode: Gesamtanzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer; Quelle: VfGH/Konferenzstatistik]

Wirkungsziel 3:

Umfassende Modernisierung des Verfassungsgerichtshofs zu einem Vorzeigemodell für andere Gerichte und vergleichbare Institutionen.

Warum dieses Wirkungsziel?

Der Verfassungsgerichtshof fühlt sich zur Effektivität, zur Effizienz, zur Bürgernähe und zur Serviceorientierung besonders verpflichtet und unternimmt den Versuch, durch Modernisierungsmaßnahmen zu einem Vorzeigemodell für andere Gerichtshöfe und vergleichbare Institutionen zu werden.

Der Verfassungsgerichtshof will jungen juristischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch sehr gute Ausbildungsmaßnahmen Karrieremöglichkeiten eröffnen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Einsatz der Elektronischen Aktenführung
- Verständliche Gestaltung des Layouts zur besseren Lesbarkeit der Entscheidungen
- Weiterentwicklung des bestehenden Ausbildungs- und Karrieremodells

Wie sieht Erfolg aus?

- Vollelektronische interne Aktenbearbeitung: Zielzustand 2013: > 85 %; Istzustand 2011: 0 %; [Berechnungsmethode: Anzahl der im Kalenderjahr über den elektronischen Akt bearbeiteten Bechwerden durch die Gesamtanzahl an eingelangten Beschwerden; Quelle: VfGH/Prozessauswertung aus dem Elektronischen Akt Gericht – ELAK Gericht]
- Anwendbarkeit der standardisierten Formatvorlage: Zielzustand 2013: auf ≥ 85% aller Fälle anwendbar; Istzustand 2011: auf 80% aller Fälle anwendbar; [Berechnungsmethode: Anzahl der Erkenntnisse/Entscheidungen, die im Kalenderjahr die Kriterien der standardisierten Formatvorlage erfüllen durch die Gesamtanzahl der Erkenntnisse/Entscheidungen; Quelle: VfGH/Prozessauswertung aus dem Elektronischen Akt Gericht – ELAK Gericht]
- Absolvierung des Ausbildungs- und Karriereprogramms durch juristische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Zielzustand 2013: > 5; Istzustand 2011: 3; [Berechnungsmethode: Anzahl der juristischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Kalenderjahr das Ausbildungs- und Karriereprogramm absolviert haben; Quelle: VfGH/Ausbildungsstatistik]

Wirkungsziel 4:

Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen und Männern.

Warum dieses Wirkungsziel?

Selbstbestimmte Arbeitsflexibilität für Frauen und Männer ist wesentlich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Telearbeit ermöglicht eine flexible zeitliche und örtliche Anpassung der beruflichen Erfordernisse an die Bedürfnisse der Familie. Der Verfassungsgerichtshof möchte mit der Einführung der Telearbeit eine Vorbildwirkung auf vergleichbare Institutionen im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erzeugen und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die passenden Rahmenbedingungen schaffen, um Telearbeit qualitätsvoll ausüben zu können; insbesondere soll die Telearbeit im Verfassungsgerichtshof dazu beitragen, das Erwerbseinkommen (Vollzeitbeschäftigung) zu sichern und die berufliche Qualifikation aufrecht zu erhalten.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Evaluierung der bestehenden Telearbeitsplätze nach ihrer gleichstellungsfördernden Wirkung
- Erstellen eines Kriterienkatalogs für qualitätsvoll gestaltete Telearbeitsplätze, insbesondere im Hinblick auf Arbeitsinhalte, Anwesenheitserfordernisse, Fahrzeiten, Informationstechnologie-Anwendungen (IT-Anwendungen) und Ausbildungsmöglichkeiten
- Erhöhen der Anzahl an Telearbeitsplätzen und Telearbeitsstunden unter Berücksichtigung der Qualitätskriterien

Wie sieht Erfolg aus?

- Steigerung der Anzahl der Telearbeitsplätze unter Berücksichtigung der Qualitätskriterien: Zielzustand 2013: 4; Istzustand 2011: 3; [Berechnungsmethode: Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Kalenderjahr mit Telearbeitsplätzen ausgestattet sind; Quelle: VfGH/Auswertung über MIS PTA100Z; An-/Abwesenheitsstatistik]
- Steigerung der Anzahl der Telearbeitsstunden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Zielzustand 2013: 1.000; Istzustand 2011: 700; [Berechnungsmethode: Anzahl der Telearbeitsstunden aller Telearbeitsplätze im Kalenderjahr; Quelle: VfGH/Auswertung über MIS PTA100Z; An-/Abwesenheitsstatistik]

Untergliederung 03 Verfassungsgerichtshof

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,410		
Erträge	**0,410**		
Personalaufwand	6,421		
Transferaufwand	2,017		
Betrieblicher Sachaufwand	4,342		
Aufwendungen	**12,780**		
Nettoergebnis	**-12,370**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,372	0,555	0,412
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,004	0,004	0,000
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020	0,017
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,396**	**0,579**	**0,430**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	10,614	10,512	10,015
Auszahlungen aus Transfers	2,017	1,944	1,656
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,154	0,154	0,062
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020	0,020
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**12,805**	**12,630**	**11,753**
Nettogeldfluss	**-12,409**	**-12,051**	**-11,323**

Untergliederung 03 Verfassungsgerichtshof
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 03 VfGH**	GB 03.01 VfGH
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,410	0,410
Erträge	**0,410**	**0,410**
Personalaufwand	6,421	6,421
Transferaufwand	2,017	2,017
Betrieblicher Sachaufwand	4,342	4,342
Aufwendungen	**12,780**	**12,780**
Nettoergebnis	**-12,370**	**-12,370**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 03 VfGH**	GB 03.01 VfGH
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,372	0,372
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,004	0,004
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,396**	**0,396**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	10,614	10,614
Auszahlungen aus Transfers	2,017	2,017
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,154	0,154
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**12,805**	**12,805**
Nettogeldfluss	**-12,409**	**-12,409**

Globalbudget 03.01 Verfassungsgerichtshof

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,410		
Erträge	**0,410**		
Personalaufwand	6,421		
Transferaufwand	2,017		
Betrieblicher Sachaufwand	4,342		
Aufwendungen	**12,780**		
Nettoergebnis	**-12,370**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,372	0,555	0,412
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,004	0,004	0,000
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020	0,017
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,396**	**0,579**	**0,430**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	10,614	10,512	10,015
Auszahlungen aus Transfers	2,017	1,944	1,656
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,154	0,154	0,062
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020	0,020
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**12,805**	**12,630**	**11,753**
Nettogeldfluss	**-12,409**	**-12,051**	**-11,323**

Globalbudget 03.01 Verfassungsgerichtshof

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	- Schulungen für mit verfassungsrechtlicher Materie betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Schulungen für Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter	- Juristische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Ausmaß von 60% geschult - Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter sind im Ausmaß von 90% geschult	- Schulungskonzept für juristische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist zu 100% erarbeitet - Schulungskonzept für Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter ist zu 100% erarbeitet
WZ 2	- Ausarbeiten des Programms der Konferenz 2014 in inhaltlicher und organisatorischer Hinsicht - Redesign und Ausbau der Homepage sowie Ausbau des Intranets zur internen Informationsplattform	- Verträge sind zu 80% abgeschlossen - Inhalte des Redesign sind im Ausmaß von 60% im Internet verfügbar - Inhalte sind im Ausmaß von 70% im Intranet verfügbar	- Projektplan ist zu 100% abgestimmt - Konzept und Inhalte des Redesign sind zu 100% abgestimmt - Inhalte der Informationsplattform sind zu 100% abgestimmt
WZ 3 und 1	- Analyse und Neugestaltung der Abläufe im Aktenwesen	- Neugestaltung der Abläufe ist zu 90% umgesetzt	- Abläufe sind zu 100% analysiert und Neugestaltung der Abläufe ist zu 80% definiert
WZ 4	- Evaluierung der Telearbeitsplätze nach der gleichstellungsfördernden Wirkung	- Telearbeitsplätze (> 4) erfüllen im Ausmaß von > 90% alle Qualitätskriterien	- Telearbeitsplätze (> 3) erfüllen im Ausmaß von > 80% alle Qualitätskriterien

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Schaffung geeigneter Grundlagen zur Messung der Arbeitsbelastung (Bund 2009/11)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
Durch die Einführung der Zeitaufzeichnung (ESS) mit 1. Oktober 2010 und die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung mit 1. Februar 2012 wurde die Grundlage für ein Controlling- und Steuerungssystem geschaffen.

Globalbudget 03.01 Verfassungsgerichtshof
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 03.01 VfGH**	DB 03.01.01 VfGH
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,410	0,410
Erträge	**0,410**	**0,410**
Personalaufwand	6,421	6,421
Transferaufwand	2,017	2,017
Betrieblicher Sachaufwand	4,342	4,342
Aufwendungen	**12,780**	**12,780**
Nettoergebnis	**-12,370**	**-12,370**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 03.01 VfGH**	DB 03.01.01 VfGH
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,372	0,372
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,004	0,004
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,396**	**0,396**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	10,614	10,614
Auszahlungen aus Transfers	2,017	2,017
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,154	0,154
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**12,805**	**12,805**
Nettogeldfluss	**-12,409**	**-12,409**

Untergliederung 04 Verwaltungsgerichtshof

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Nach Art. 129 der Österreichischen Bundesverfassung ist der Verwaltungsgerichtshof in Wien zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung berufen. Er überprüft die Gesetzmäßigkeit von Bescheiden und bietet Rechtsschutz bei Verletzung der Entscheidungspflicht von Verwaltungsbehörden.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**0,105**	**0,106**	**0,084**
Auszahlungen fix	18,146	18,146	16,940	15,686
Summe Auszahlungen	**18,146**	**18,146**	**16,940**	**15,686**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-18,041**	**-16,834**	**-15,602**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	0,119		
Aufwendungen	17,686		
Nettoergebnis	**-17,567**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Steigerung der Effizienz des Rechtsschutzes
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Verkürzung der Verfahrensdauer bringt rascher Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltung. Der Verwaltung werden rascher Leitlinien für ihr Handeln zur Verfügung gestellt und dadurch Rechtsstreitigkeiten vorgebeugt.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Bedarfsgerechter Personaleinsatz in jenen Bereichen, in denen es durch Überlastung in einer großen Anzahl von Fällen zu langer Verfahrensdauer gekommen ist, insbesondere in den Angelegenheiten der Fremdenpolizei
- Optimierung der Ablauforganisation

Wie sieht Erfolg aus?
- Reduktion der Zahl der länger als ein Jahr anhängigen Verfahren: Zielzustand 2013: 3500 Verfahren; Istzustand 2011: 4000 Verfahren
  [Berechnungsmethode: Gesamtsumme aller anhängigen Verfahren mit Jahresende; Quelle: Geschäftsausweis des Verwaltungsgerichtshofes]
- Reduktion der Zahl der anhängigen Verfahren in Angelegenheiten der Fremdenpolizei: Zielzustand 2013: 800 Verfahren; Istzustand 2011: 1500 Verfahren
  [Berechnungsmethode: Gesamtsumme aller anhängigen Verfahren mit Jahresende; Quelle: Geschäftsausweis des Verwaltungsgerichtshofes]

Wirkungsziel 2:
Erleichterung der Kommunikation der Verfahrensparteien mit dem Verwaltungsgerichtshof
Warum dieses Wirkungsziel?
Für Bürgerinnen und Bürger wird der Zugang zum Recht erleichert. Derzeit können Eingaben an den Verwaltungsgerichtshof in elektronischer Form nicht rechtswirksam eingebracht werden. Darüber hinaus sollen bestehende Unsicherheiten betreffend die Wirksamkeit unstrukturierter elektronischer Übermittlung beseitigt werden.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs am Verwaltungsgerichtshof
- Bereitstellung eines elektronischen Mediums, mit dem Eingaben an den Verwaltungsgerichtshof in rechtskonformer elektronischer Form möglich sind
- Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingen für den elektronischen Rechtsverkehr

Wie sieht Erfolg aus?
- Steigerung des Anteils der elektronisch abgewickelten Eingaben und Zustellungen: Zielzustand 2013: 90% ; Istzustand 2011: 0%
  [Berechnungsmethode: Anteil der elektronisch Eingaben und Zustellungen gemessen am Gesamtwert mit Jahresende; Quelle: Tätigkeitnachweis des Verwaltungsgerichtshofes]

Wirkungsziel 3:
Erhöhung der Effizienz bei der Gebührenentrichtung
Warum dieses Wirkungsziel?
Die bestehende Regelung für den Nachweis der Gebührenentrichtung (§ 24 Abs. 3 Verwaltungsgerichtshofgesetz) wurde mit BGBl I Nr 89/2004 erlassen und stammt in Grundzügen aus dem Jahr 1997. Diese Bestimmung nimmt auf moderne Zahlungmodalitäten nicht hinreichend Bedacht. Die Einführung der Abbuchung und Einziehung der Eingabengebühr nach dem Muster des Gerichtsgebührengesetzes bedeutet eine wesentliche Erleichterung der Gebührenentrichtung für die Parteien. Die Kontrolle der Gebührenentrichtung durch die Abgabenbehörde wird durch die nicht automatisierte Einhebung erschwert.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen für die bargeldlose Abbuchung und Einziehung der Eingabengebühr
- Technische und organisatorische Umsetzung für die Abbuchung und Einziehung der Gebühren

Wie sieht Erfolg aus?
- Steigerung der Anzahl von Fällen automatisierter Gebührenentrichtung durch berufsmäßige Parteienvertreter: Zielzustand 2013: 4000 Fälle; Istzustand 2011: 0 Fälle
  [Berechnungsmethode: Anzahl der bargeldlosen Gebührenentrichtung mit Jahresende; Quelle: Statistik Verwaltungsgerichtshof]

Wirkungsziel 4:
Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen und Männern
Warum dieses Wirkungsziel?
Selbstbestimmung bei der Gestaltung von Arbeitszeit und -umfeld wirkt leistungssteigernd. Motivation und Bereitschaft zum Erwerb von beruflicher Qualifikation werden dadurch gefördert.
Mit der Umsetzung dieses Wirkungszieles soll ein nachhaltiger Beitrag mit Vorbildwirkung zur Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht werden.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Ausbau der technischen Infrastruktur für Richterinnen und Richter; Verbesserung der externen Nutzung des elektronischen Arbeitsplatzes
Das Projekt Telearbeit wird nun auch bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des nichtrichterlichen Bereiches praktisch erprobt. Die Anordnung von Telearbeit erfolgt unter Bedachtnahme von Qualitätskriterien, wie insbesondere
- das Ausmaß der Telearbeitsstunden,
- der Festlegung der Anwesenheitspflicht und
- Reduktion von Fahrtzeiten durch die Telearbeit
- Gleichstellungsfördernde Wirkung (Arbeitszeit, Einkommen, Wiedereinstieg)

Wie sieht Erfolg aus?
- Erhöhung der Anzahl von Telearbeitsplätzen unter angestrebter Berücksichtigung der gleichmäßigen Aufteilung zwischen Frauen und Männern, Beachtung von Betreuungspflichten und Qualitätskriterien: Zielzustand 2013: 4 Telearbeitsplätze (Frauen: 50%, Männer 50%); Istzustand 2011: 1 Telearbeitsplatz (Frauen: 0%, Männer: 100%)
  [Berechnungsmethode: Anzahl der Telearbeitsplätze mit Jahresende sowie die prozentuelle Aufteilung zwischen Frauen und Männern; Quelle:Statistik Verwaltungsgerichtshof]

Untergliederung 04 Verwaltungsgerichtshof

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,119		
Erträge	**0,119**		
Personalaufwand	15,933		
Transferaufwand	0,004		
Betrieblicher Sachaufwand	1,749		
Aufwendungen	**17,686**		
Nettoergebnis	**-17,567**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,087	0,092	0,067
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001	0,001	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,017	0,013	0,016
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,105**	**0,106**	**0,084**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	17,752	16,678	15,540
Auszahlungen aus Transfers	0,004	0,005	0,003
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,368	0,235	0,132
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,022	0,022	0,011
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**18,146**	**16,940**	**15,686**
Nettogeldfluss	**-18,041**	**-16,834**	**-15,602**

Untergliederung 04 Verwaltungsgerichtshof
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 04 VwGH**	GB 04.01 VwGH
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,119	0,119
Erträge	**0,119**	**0,119**
Personalaufwand	15,933	15,933
Transferaufwand	0,004	0,004
Betrieblicher Sachaufwand	1,749	1,749
Aufwendungen	**17,686**	**17,686**
Nettoergebnis	**-17,567**	**-17,567**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 04 VwGH**	GB 04.01 VwGH
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,087	0,087
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,017	0,017
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,105**	**0,105**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	17,752	17,752
Auszahlungen aus Transfers	0,004	0,004
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,368	0,368
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,022	0,022
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**18,146**	**18,146**
Nettogeldfluss	**-18,041**	**-18,041**

Globalbudget 04.01 Verwaltungsgerichtshof

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,119		
Erträge	**0,119**		
Personalaufwand	15,933		
Transferaufwand	0,004		
Betrieblicher Sachaufwand	1,749		
Aufwendungen	**17,686**		
Nettoergebnis	**-17,567**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,087	0,092	0,067
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001	0,001	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,017	0,013	0,016
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,105**	**0,106**	**0,084**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	17,752	16,678	15,540
Auszahlungen aus Transfers	0,004	0,005	0,003
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,368	0,235	0,132
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,022	0,022	0,011
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**18,146**	**16,940**	**15,686**
Nettogeldfluss	**-18,041**	**-16,834**	**-15,602**

Globalbudget 04.01 Verwaltungsgerichtshof

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Bedarfsgerechter Personaleinsatz in jenen Bereichen, in denen es durch Überlastung in einer großen Anzahl von Fällen zu langer Verfahrensdauer gekommen ist, insbesondere in den Angelegenheiten der Fremdenpolizei sowie durch Optimierung der Ablauforganisation;	- Reduktion der länger als ein Jahr anhängigen Verfahren: Zielzustand 2013: 3500 Verfahren; - Reduktion der anhängigen Verfahren in Angelegenheiten der Fremdenpolizei: Zielzustand 2013: 800 Verfahren;	- Istzustand 2011: 4000 Verfahren - Istzustand 2011: 1500 Verfahren;
WZ 2	Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs am Verwaltungsgerichtshof durch die Bereitstellung eines elektronischen Mediums, mit dem Eingaben an den Verwaltungsgerichtshof in rechtskonformer elektronischer Form möglich sind;	- Steigerung des Anteils der elektronisch abgewickelten Eingaben und Zustellungen: Zielzustand 2013: 90%;	- Istzustand 2011: 0%;
WZ 3	Schaffung von rechtlichen und technischen Rahmenbedingung für die bargeldlose Abbuchung und Einziehung der Eingabengebühr;	- Steigerung der Anzahl von Fällen automatisierter Gebührenentrichtung durch berufsmäßige Parteienvertreter: Zielzustand 2013: 4000 Fälle;	- Istzustand 2011: 0 Fälle;
WZ 4	Das Projekt Telearbeit wird nun auch bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des nichtrichterlichen Bereiches praktisch erprobt;	- Erhöhung der Anzahl von Telearbeitsplätzen unter angestrebter Berücksichtigung der gleichmäßigen Aufteilung zwischen Frauen und Männern und Beachtung von Betreuungspflichten und Qualitätskriterien: Zielzustand 2013: 4 Telearbeitsplätze (Frauen: 50%, Männer 50%);	- Istzustand 2011: 1 Telearbeitsplatz (Frauen: 0%, Männer: 100%);

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Globalbudget 04.01 Verwaltungsgerichtshof
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 04.01 VwGH**	DB 04.01.01 VwGH
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,119	0,119
Erträge	**0,119**	**0,119**
Personalaufwand	15,933	15,933
Transferaufwand	0,004	0,004
Betrieblicher Sachaufwand	1,749	1,749
Aufwendungen	**17,686**	**17,686**
Nettoergebnis	**-17,567**	**-17,567**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 04.01 VwGH**	DB 04.01.01 VwGH
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,087	0,087
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,017	0,017
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,105**	**0,105**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	17,752	17,752
Auszahlungen aus Transfers	0,004	0,004
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,368	0,368
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,022	0,022
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**18,146**	**18,146**
Nettogeldfluss	**-18,041**	**-18,041**

Untergliederung 05 Volksanwaltschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Die Volksanwaltschaft - Ihr Recht auf gute Verwaltung

Die Volksanwaltschaft kontrolliert die öffentliche Verwaltung in Österreich, denn alle Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht auf eine transparente und faire Verwaltung.

Die Volksanwaltschaft ist mit den von ihr eingesetzten Kommissionen nationaler Mechanismus zur Verhütung von Folter.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**0,147**	**0,191**	**0,156**
Auszahlungen fix	10,209	10,209	7,331	6,316
Summe Auszahlungen	**10,209**	**10,209**	**7,331**	**6,316**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-10,062**	**-7,140**	**-6,161**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	0,130		
Aufwendungen	10,115		
Nettoergebnis	**-9,985**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Erhöhung des Informationsstandes über die geschlechterbezogenen Besonderheiten bei Verwaltungsmissständen.

Warum dieses Wirkungsziel?
Da derzeit keine genderrelevanten Daten über die Betroffenheit von Verwaltungsmissständen vorliegen, soll durch Datenauswertung und anschließende Darstellungen in den Berichten der Volksanwaltschaft eine solche ableitbar gemacht werden. Diese Daten sollen die Grundlage dafür sein in weiterer Folge möglicherweise erkennbaren Benachteiligungen entgegenwirken zu können.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Erhebung des Genderbezugs bei allen Beschwerden und amtswegigen Prüfverfahren in der Volksanwaltschaft entsprechende Anpassung der Informationstechnologie.

Wie sieht Erfolg aus?
Genderbezogene Darstellungen zur Verwaltungskontrolle in den jährlichen Berichten an die allgemeinen Vertretungskörper.
Zielzustand 2013: fünf Berichte (Nationalrat und Bundesrat sowie die Landtage von Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Wien);
Zielzustand 2014: fünf Berichte (Nationalrat und Bundesrat sowie die Landtage von Niederösterreich, Kärnten, Steiermark, Wien);
Istzustand 2011: jeweils fünf Berichte pro Jahr ohne genderbezogene Darstellung.
[Berechnungsmethode: Anzahl der Berichte an die allgemeinen Vertretungskörper mit genderbezogener Darstellung der Verwaltungskontrolle; Quelle: Volksanwaltschaft]

Wirkungsziel 2:
Intensivierung der unabhängigen Verwaltungskontrolle im internationalen Bereich.

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Volksanwaltschaft ist als Sitz des Generalsekretariats des Internationalen Ombudsman Instituts (unabhängig und unpolitisch agierende internationale Organisation und einzige globale Interessensvertretung für unabhängige Verwaltungskontrollorgane) gemäß internationaler Verpflichtung gebunden Personal- und Sachmittel einzusetzen.

Durch diese Tätigkeit fördert die Volksanwaltschaft den Austausch von Informationen und Erfahrungen zwischen Ombudsman-Einrichtungen weltweit.
Nicht nur der informelle Meinungsaustausch zwischen Ombudsman-Einrichtungen soll intensiviert werden, sondern auch verstärkt gemeinsame Best-Practice Modelle und Benchmarks für einen fairen Umgang der Verwaltung mit den Bürgern sowohl in Österreich als auch auf internationaler Ebene entwickelt werden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Bereitstellung von verständlichen und relevanten Informationen als Generalsekretariat des Internationalen Ombudsman Instituts an seine Mitglieder und interessierte Institutionen die diesen Status noch anstreben [z. B. El Diputado del Comun – Kanarische Inseln (Spanien), Ombudsperson Kosovo, Commission on Human Rights and Administrative Justice Ghana], zum Beispiel durch Entsendung von Expertinnen und Experten, durch Erstellung und Veröffent-lichung des Jahresberichtes in den drei Sprachen Englisch, Französisch und Spanisch, sowie durch Information der nationalen und internationalen Öffentlichkeit (Medien).
- Ausrichtung von Schulungen für Mitarbeiter-innen und Mitarbeiter der Mitgliedseinrichtungen wie z.B. Sharpening Your Teeth Trainings, in denen das alltägliche Handwerk von Verwaltungskontrolleinrichtungen wie richtige Interviewtechnik, das Erstellen von Berichten etc. vermittelt wird.

Wie sieht Erfolg aus?
Anzahl der I.O.I Mitglieder
Zielzustand 2013: 147 Mitglieder;
Zielzustand bis 2016: 154 Mitglieder;
Istzustand 2011: 140 Mitglieder
[Berechnungsmethode: Gesamtsumme der I.O.I Mitglieder zu Jahresende 2011; Quelle: I.O.I. annual report]

Wirkungsziel 3:
Sicherstellung eines wirksamen und unabhängigen Überwachungs- und Präventionsmechanismus zur Verhinderung jeder Form von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch in allen Situationen der Freiheitsentziehung (z.B. Strafhaft, Psychiatrie) im Rahmen des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OPCAT) vom 18. Dezember 2002 und des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention) im Einklang mit internationalen Standards.

Warum dieses Wirkungsziel?
Das 8. Hauptstück der Bundesverfassung und das Volksanwaltschaftsgesetz sehen für die Durchführung des OPCAT eine Zuständigkeit der Volksanwaltschaft vor.
Die Volksanwaltschaft mit den von ihr eingesetzten Kommissionen ist mit den Aufgaben als nationaler Präventionsmechanismus sowie als Kontrolleinrichtung von Einrichtungen und Programmen für Menschen mit Behinderungen betraut und hat die Verpflichtung, einen wirksamen und unabhängigen Überwachungs- und Präventionsmechanismus zur Verhinderung jeder Form von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch in Einrichtungen und Programmen, umzusetzen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Einrichtung von mindestens sechs Kommissionen;
- Erarbeitung und Aufbau von nationalen Standards zur Umsetzung des OPCAT und der UN- Behindertenrechtskonvention im Einklang mit internationalen Standards
- regelmäßige Beratung durch den Menschenrechtsbeirat
- Vorortprüfungen von ca. 4000 öffentlichen und privaten Einrichtungen (Justizanstalten, Kasernen, psychiatrische Einrichtungen, Alten- und Pflegeheime, Krisenzentren, Wohngemeinschaften für Jugendliche, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung etc.);
- Darstellung der Ergebnisse in den Berichten an die allgemeinen Vertretungskörper.

Wie sieht Erfolg aus?
Zielzustand 2013: 700 Leistungsprozesse (Visitationen, Demonstrationsbegleitungen, Prüfverfahren)
Istzustand 2011: keine Kennzahl für 2011 verfügbar, da die Kommissionen erst 2012/2013 ihre Tätigkeit aufnehmen.
[Berechnungsmethode: Gesamtsumme der Visitationen, Demonstrationsbegleitungen, Prüfverfahren; Quelle: Bericht der Volksanwaltschaft an den Nationalrat und an den Bundesrat]

Wirkungsziel 4:
Beibehaltung der hohen Qualität der Prüftätigkeit der Volksanwaltschaft sowie des formlosen, kostenlosen und einfachen Zugangs in die Volksanwaltschaft.

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Menschen fragen den unmittelbaren Kontakt mit den Mitgliedern der Volksanwaltschaft nach und erwarten von diesen rasche und kompetente Auskünfte und Informationen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Abhaltung von Sprechtagen in allen Bundesländern von den Mitgliedern der Volksanwaltschaft;
- Möglichkeit persönlicher Vorsprachen ohne Voranmeldung im barrierefrei zugänglichen Infocenter der Volksanwaltschaft Montag bis Freitag ist von 8:00 bis 16:00 Uhr;
- Möglichkeit zur Einbringung von Beschwerden schriftlich per Post, Fax, E-Mail mittels online Beschwerdeformular oder durch persönliche Abgabe;
- Neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Infocenters sind rechtskundige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den Öffnungszeiten der Volksanwaltschaft erreichbar.

Wie sieht Erfolg aus?
- Zielzustand 2013: 7.600 persönliche oder telefonische Kontakte durch den Auskunftsdienst; 273 Sprechtage der Mitglieder der Volksanwaltschaft mit rund 1.800 Vorsprachen;
  6.613 eingeleitete Prüfverfahren.
  Istzustand 2011: 7.933 persönliche oder telefonische Kontakte durch den Auskunftsdienst; 276 Sprechtage der Mitglieder der Volksanwaltschaft mit rund 1.800 Vorsprachen; 7.287eingeleitete Prüfverfahren.

[Berechnungsmethode: Anzahl der Kontakte, Sprechtage und eingeleiteten Prüfverfahren; Quelle: Bericht der Volksanwaltschaft an den Nationalrat und an den Bundesrat]

Untergliederung 05 Volksanwaltschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,130		
Erträge	**0,130**		
Personalaufwand	5,579		
Transferaufwand	0,868		
Betrieblicher Sachaufwand	3,668		
Aufwendungen	**10,115**		
Nettoergebnis	**-9,985**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,130	0,172	0,139
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,015	0,017	0,016
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,147**	**0,191**	**0,156**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	9,220	6,438	5,512
Auszahlungen aus Transfers	0,868	0,808	0,761
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,095	0,065	0,026
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,026	0,020	0,018
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**10,209**	**7,331**	**6,316**
Nettogeldfluss	**-10,062**	**-7,140**	**-6,161**

Untergliederung 05 Volksanwaltschaft
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 05 Volksan-waltschaft**	GB 05.01 Volksan-waltschaft
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,130	0,130
Erträge	**0,130**	**0,130**
Personalaufwand	5,579	5,579
Transferaufwand	0,868	0,868
Betrieblicher Sachaufwand	3,668	3,668
Aufwendungen	**10,115**	**10,115**
Nettoergebnis	**-9,985**	**-9,985**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 05 Volksan-waltschaft**	GB 05.01 Volksan-waltschaft
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,130	0,130
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,015	0,015
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,147**	**0,147**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	9,220	9,220
Auszahlungen aus Transfers	0,868	0,868
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,095	0,095
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,026	0,026
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**10,209**	**10,209**
Nettogeldfluss	**-10,062**	**-10,062**

Globalbudget 05.01 Volksanwaltschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,130		
Erträge	**0,130**		
Personalaufwand	5,579		
Transferaufwand	0,868		
Betrieblicher Sachaufwand	3,668		
Aufwendungen	**10,115**		
Nettoergebnis	**-9,985**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,130	0,172	0,139
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,015	0,017	0,016
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,147**	**0,191**	**0,156**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	9,220	6,438	5,512
Auszahlungen aus Transfers	0,868	0,808	0,761
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,095	0,065	0,026
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,026	0,020	0,018
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**10,209**	**7,331**	**6,316**
Nettogeldfluss	**-10,062**	**-7,140**	**-6,161**

Globalbudget 05.01 Volksanwaltschaft

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Programmierung eines Auswertungstools, um den Genderbezug bei allen Beschwerden und amtswegigen Prüfverfahren zu erheben;	Beginn der Datenerhebung mit spätestens 01.01.2013 und Vorlage von mindestens fünf Berichten an allgemeine Vertretungskörper mit genderbezogener Darstellung bis 31.12.2013;	Istzustand 2011: Im Jahr 2011 erfolgte noch keine Datenerhebung. Jeweils fünf Berichte pro Jahr ohne genderbezogene Darstellung.
WZ 2	Bereitstellung von verständlichen und relevanten Informationen als Generalsekretariat des Internationalen Ombudsman Instituts an seine Mitglieder und interessierte Institutionen, die diesen Status noch anstreben, sowie Ausrichtung von Schulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mitgliedseinrichtungen.	Erhöhung der Anzahl der I.O.I Mitgliederanzahl auf 147 bis Ende 2013	Istzustand 2011: 140 I.O.I Mitglieder
WZ 3	Einrichtung von mindestens sechs Kommissionen zur Vorortprüfungen von ca. 4000 öffentlichen und privaten Einrichtungen (Justizanstalten, Kasernen, psychiatrische Einrichtungen, Alten- und Pflegeheime, Krisenzentren, Wohngemeinschaften für Jugendliche, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung etc.) und Darstellung der Ergebnisse in den Berichten an die allgemeinen Vertretungskörper.	Einrichtung von mind. 6 Kommissionen, die rund 700 Leistungsprozesse (Visitationen, Demonstrationsbegleitungen, Prüfverfahren) im Jahr 2013 durchführen.	Istzustand 2011: Im Jahr 2011 ist noch keine Kennzahl verfügbar, weil die Kommissionen erst 2012/2013 ihre Tätigkeit aufnehmen
WZ 4	Abhaltung von Sprechtagen in allen Bundesländern von den Mitgliedern der Volksanwaltschaft und Möglichkeit persönlicher Vorsprachen ohne Voranmeldung im barrierefrei zugänglichen Infocenter der Volksanwaltschaft wie auch die Möglichkeit zur Einbringung von Beschwerden schriftlich per Post, Fax, E-Mail mittels online Beschwerdeformular oder durch persönliche Abgabe.	- 7.600 persönliche oder telefonische Kontakte durch den Auskunftsdienst; - 273 Sprechtage der Mitglieder der Volksanwaltschaft mit rund 1.800 Vorsprachen; - 6.613 eingeleitete Prüfver-fahren.	Istzustand 2011: - 7.933 persönliche oder telefonische Kontakte durch den Auskunftsdienst; - 276 Sprechtage der Mitglieder der Volksanwaltschaft mit rund 1.800 Vorsprachen; - 7.287eingeleitete Prüfverfahren.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Globalbudget 05.01 Volksanwaltschaft
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 05.01 Volksan-waltschaft**	DB 05.01.01 Volksan-waltschaft
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,130	0,130
Erträge	**0,130**	**0,130**
Personalaufwand	5,579	5,579
Transferaufwand	0,868	0,868
Betrieblicher Sachaufwand	3,668	3,668
Aufwendungen	**10,115**	**10,115**
Nettoergebnis	**-9,985**	**-9,985**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 05.01 Volksan-waltschaft**	DB 05.01.01 Volksan-waltschaft
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,130	0,130
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,015	0,015
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,147**	**0,147**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	9,220	9,220
Auszahlungen aus Transfers	0,868	0,868
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,095	0,095
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,026	0,026
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**10,209**	**10,209**
Nettogeldfluss	**-10,062**	**-10,062**

Untergliederung 06 Rechnungshof

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Der Rechnungshof überprüft auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene im Rahmen der ihm verfassungsgemäß zukommenden Unabhängigkeit, ob die zur Verfügung gestellten Mittel sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig eingesetzt werden. Seine Kernaufgabe ist das Prüfen und Beraten. Er trägt dazu bei, das Vertrauen in die Demokratie und in ihre Einrichtungen zu untermauern, Transparenz über den Einsatz der öffentlichen Mittel zu schaffen und damit Effizienz und Effektivität im öffentlichen Bereich zu steigern. Er schafft so einen wesentlichen Mehrwert und Nutzen für die Gesellschaft. Als wichtigstes Ziel strebt er den bestmöglichen Einsatz der öffentlichen Mittel im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung an, das heißt, eine Verringerung der Kosten bzw. eine Erhöhung des Nutzens beim Einsatz der öffentlichen Mittel.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**0,086**	**0,092**	**0,117**
Auszahlungen fix	30,622	30,622	30,885	27,371
Summe Auszahlungen	**30,622**	**30,622**	**30,885**	**27,371**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-30,536**	**-30,793**	**-27,253**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	0,118		
Aufwendungen	30,902		
Nettoergebnis	**-30,784**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Verstärkung der gesamtstaatlichen Betrachtungsweise insbesondere hinsichtlich des öffentlichen Mitteleinsatzes durch Prüfen und Beraten

Warum dieses Wirkungsziel?
Bund, Länder und Gemeinden haben gemäß einer verfassungsrechtlichen Vorgabe bei ihrer Haushaltsführung die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes und nachhaltig geordnete Haushalte anzustreben. Probleme, Ineffizienzen und Doppelgleisigkeiten treten insbesondere an den Schnittstellen von Gebietskörperschaften, Sozialversicherungsträgern, ausgegliederten Rechtsträgern oder Ressortzuständigkeiten in Verwaltungsbereichen auf, bei denen Finanzierungs-, Aufgaben- und Ausgabenverantwortung auf mehrere Akteure verteilt sind. Nur der Rechnungshof kann durch seine Prüfungstätigkeit auf allen Gebietskörperschaftsebenen als föderatives Bund–Länder–Organ eine den Bund, die Länder und die Gemeinden umfassende Gesamtsicht anbieten.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Verankerung von gebietskörperschaftenübergreifenden Querschnittsprüfungen als Prüfungsschwerpunkt in der Strategie des Rechnungshofs und der jährlichen Prüfungsplanung;
- Durchführung von gebietskörperschaftenübergreifenden Prüfungen in den Bereichen Finanzausgleich, Bildung, Soziales und Gesundheit

Wie sieht Erfolg aus?
- Anzahl der in Rechnungshof-Ausschüssen behandelten Querschnittsprüfungen: Zielzustand 2013: 30 Prüfungen; Istzustand 2011: 27 Prüfungen [Berechnungsmethode: Gesamtsumme der in einem Jahr inhaltlich behandelten gebietskörperschaftenübergreifenden Prüfungen; Quelle: Rechnungshof (RH), Nationalrat]

Wirkungsziel 2:
Erhöhung der Transparenz für Bürgerinnen und Bürger über die sparsame, wirtschaftliche und zweckmäßige Verwendung öffentlicher Mittel

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Kernaufgabe des Rechnungshofs ist das Prüfen und Beraten. Der Rechnungshof überprüft auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene im Rahmen der ihm verfassungsgemäß zukommenden Unabhängigkeit, ob die zur Verfügung gestellten Mittel sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig eingesetzt werden. Der Rechnungshof versteht sich als Garant für die erforderliche

Transparenz, indem er die Bürgerinnen und Bürger sowie die allgemeinen Vertretungskörper über die Effizienz und Effektivität des Mitteleinsatzes informiert.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Darstellung komplexer Sachverhalte in den Berichten des Rechnungshofs in allgemein verständlicher Form;
- Bereitstellung zusätzlicher fundierter und transparenter Entscheidungsgrundlagen an Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf parlamentarischer Ebene als Grundlage für eine sachliche öffentliche Diskussion;
- Bereitstellung sämtlicher Berichte auf der Homepage des Rechnungshofs;
- sachgerechte Information der Medien

Wie sieht Erfolg aus?
- Einladung des Rechnungshofs zu Ausschüssen der allgemeinen Vertretungskörper: Zielzustand 2013: 70 Einladungen; Istzustand 2011: 67 Einladungen [Berechnungsmethode: Gesamtsumme der in einem Jahr erfolgten Einladungen; Quelle: RH, Nationalrat, Landtage];
- Pressemeldungen über den Rechnungshof: Zielzustand 2013: 5.950 Pressemeldungen; Istzustand 2011: 5.911 Pressemeldungen [Berechnungsmethode: Gesamtsumme der in einem Jahr erfolgten Pressemeldungen; Quelle: RH];
Zugriffe auf die Homepage des Rechnungshofs: Zielzustand 2013: 196.000 Zugriffe; Istzustand 2011: 195.508 Zugriffe [Berechnungsmethode: Gesamtsumme der in einem Jahr erfolgten Hits auf die Homepage; Quelle: RH]

Wirkungsziel 3:
Erhöhung der Wirksamkeit der Prüfungs- und Beratungstätigkeit

Warum dieses Wirkungsziel?
Der Rechnungshof versteht sich als Partner bei der Erarbeitung von Lösungsansätzen. Durch überzeugende Empfehlungen und das Aufzeigen von Verbesserungen trägt der Rechnungshof zur Steigerung der Effizienz und Effektivität im öffentlichen Bereich bei und erbringt so einen Mehrwert für die Gesellschaft. Um die Verantwortlichkeit der überprüften Stelle gegenüber den allgemeinen Vertretungskörpern und damit die Chancen der Umsetzung zu erhöhen, befragt der Rechnungshof im Jahr nach der Berichtsveröffentlichung die überprüften Stellen nach dem Umsetzungsstand (Nachfrageverfahren) und überprüft auch vor Ort die Realisierung der Empfehlungen (Follow-Up-Überprüfung). Damit kann der Rechnungshof seine Wirkung erhöhen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Durchführung eines jährlichen Nachfrageverfahrens durch Befragung der überprüften Stellen zum Umsetzungsstand der konkreten Empfehlungen aus den Berichten des Rechnungshofs;
- Durchführung von Follow-Up-Überprüfungen vor Ort, im Rahmen derer der Rechnungshof sich von der tatsächlichen Durchführung der Maßnahmen überzeugt

Wie sieht Erfolg aus?
- Anteil der umgesetzten bzw. sich in Umsetzung befindlichen Empfehlungen: Zielzustand 2013: 80 %; Istzustand 2010: 79 % [Berechnungsmethode: Anteil der aus dem Jahr 20XX umgesetzten bzw. sich in Umsetzung befindlichen Empfehlungen; Quelle: Nachfrageverfahren RH];
- Durchgeführte Follow-Up-Überprüfungen: Zielzustand 2013: 20; Istzustand 2011: 18 [Berechnungsmethode: Gesamtsumme der in einem Jahr durchgeführten Follow-Up-Überprüfungen; Quelle: Follow-Up-Überprüfungen RH];
- Parlamentarische Anfragen mit Rechnungshof-Bezug: Zielzustand 2013: 200 Anfragen; Istzustand 2011: 194 Anfragen [Berechnungsmethode: Gesamtsumme der parlamentarischen Anfragen in einem Jahr; Quelle: Nationalrat]

Wirkungsziel 4:
Erhöhung des Informationsstandes über die Verteilungswirkung öffentlicher Mittel im Bezug auf Frauen und Männer

Warum dieses Wirkungsziel?
Der Rechnungshof misst dem die Gleichstellung fördernden Einsatz öffentlicher Mittel einen besonderen Stellenwert bei und sieht es als eine wesentliche Aufgabe, mit zielgerichteten Gebarungsüberprüfungen die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängige Orientierung in den Staatsaufgaben (Gender Mainstreaming) und bei der Erstellung des Staatshaushaltes (Gender Budgeting) voranzutreiben. Da die derzeitigen Daten nicht durchgängig vorliegen und eine Analyse der Mittelverteilung oftmals unterbleibt, möchte der Rechnungshof durch seine Empfehlungen auf eine Verbesserung der Datenqualität hinwirken.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Festlegung der Themen Gender Mainstreaming und Gender Budgeting als Indikatoren im Rahmen der Prüfungsplanung;
- Verstärkte Berücksichtigung des Aspektes der Gleichstellung im Rahmen ausgewählter Gebarungsüberprüfungen zur Steigerung der Anzahl genderrelevanter Empfehlungen

Wie sieht Erfolg aus?
- Genderrelevante Themen in Berichten des Rechnungshofs: Zielzustand 2013: 5; Istzustand 2011: 4 [Berechnungsmethode: Gesamtsumme der in einem Jahr in den Berichten des Rechnungshofs veröffentlichten genderrelevanten Themen; Quelle: RH]

Wirkungsziel 5:
Erhöhung der Transparenz in der Haushaltsführung und Rechnungslegung des Bundes durch die Neugestaltung des Bundesrechnungsabschlusses zur Bewusstseinsschaffung in der Öffentlichkeit über die finanzielle Lage des Bundes sowie des Gesamtstaates Österreich

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Abschlussrechnungen liefern ab 2013 aufgrund der Haushaltrechtsreform 2013 insbesondere der in der Rechnungslegungsverordnung geregelten Gliederung und der im Anhang verpflichtend anzugebenden weiteren Angaben zu der Vermögens-, Erfolgs- und Finanzierungsrechnung umfangreichere Informationen. Auf deren Grundlage kann der Rechnungshof im Textteil des Bundesrechnungsabschlusses umfangreichere Analysen durchführen und so eine transparentere Darstellung der Verwendung öffentlicher Mittel erstellen.
Dies soll dazu führen, dass in der Öffentlichkeit ein ausreichendes Problembewusstsein über den Einsatz öffentlicher Mittel sowie die Finanzierung öffentlicher Leistungen und die damit verbundenen langfristigen Verpflichtungen geschaffen werden kann.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Neugestaltung des Bundesrechnungsabschlusses im Rahmen der 2. Etappe der Haushaltsrechtsreform;
- Erhöhung der Verständlichkeit des Bundesrechnungsabschlusses;
- permanente Weiterentwicklung des Bundesrechnungsabschlusses;
- Schwerpunktsetzung der Berichterstattung aufgrund aktueller wirtschaftlicher Entwicklungen

Wie sieht Erfolg aus?
- Anzahl der Meldungen (z.B. Presse, Radio) zum Bundesrechnungsabschluss: Zielzustand 2013: 200; Istzustand 2011: 189 [Berechnungsmethode: Gesamtsumme der in einem Jahr erfolgten Pressemeldungen mit Bezug zum Bundesrechnungsabschluss; Quelle: RH]

Untergliederung 06 Rechnungshof

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,118		
Erträge	**0,118**		
Personalaufwand	25,940		
Transferaufwand	0,235		
Betrieblicher Sachaufwand	4,727		
Aufwendungen	**30,902**		
Nettoergebnis	**-30,784**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,061	0,065	0,094
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005	0,005	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,022	0,024
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,086**	**0,092**	**0,117**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	30,219	30,354	26,920
Auszahlungen aus Transfers	0,235	0,269	0,233
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,133	0,202	0,200
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,035	0,060	0,018
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**30,622**	**30,885**	**27,371**
Nettogeldfluss	**-30,536**	**-30,793**	**-27,253**

Untergliederung 06 Rechnungshof
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 06 Rechnungs-hof**	GB 06.01 Rechnungs-hof
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,118	0,118
Erträge	**0,118**	**0,118**
Personalaufwand	25,940	25,940
Transferaufwand	0,235	0,235
Betrieblicher Sachaufwand	4,727	4,727
Aufwendungen	**30,902**	**30,902**
Nettoergebnis	**-30,784**	**-30,784**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 06 Rechnungs-hof**	GB 06.01 Rechnungs-hof
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,061	0,061
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005	0,005
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,086**	**0,086**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	30,219	30,219
Auszahlungen aus Transfers	0,235	0,235
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,133	0,133
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,035	0,035
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**30,622**	**30,622**
Nettogeldfluss	**-30,536**	**-30,536**

Globalbudget 06.01 Rechnungshof

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,118		
Erträge	**0,118**		
Personalaufwand	25,940		
Transferaufwand	0,235		
Betrieblicher Sachaufwand	4,727		
Aufwendungen	**30,902**		
Nettoergebnis	**-30,784**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,061	0,065	0,094
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005	0,005	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,022	0,024
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,086**	**0,092**	**0,117**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	30,219	30,354	26,920
Auszahlungen aus Transfers	0,235	0,269	0,233
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,133	0,202	0,200
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,035	0,060	0,018
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**30,622**	**30,885**	**27,371**
Nettogeldfluss	**-30,536**	**-30,793**	**-27,253**

Globalbudget 06.01 Rechnungshof

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Verankerung von gebietskörperschaftenüber-greifenden Querschnitts-prüfungen als Prüfungs-schwerpunkt in der Strategie des Rechnungshofs und der jährlichen Prüfungsplanung	Anteil der Querschnittsprüfungen an der Gesamtprüfleistung in Höhe von 30%	31.12.2011: 21,4%
WZ 2	Bereitstellung sämtlicher Berichte auf der Homepage des Rechnungshofs	Veröffentlichung von 95 Prüfungen (= 100%)	31.12.2011: 94 veröffentlichte Prüfungen
WZ 3	Durchführung von Follow-Up-Überprüfungen vor Ort, im Rahmen derer der Rechnungshof sich von der tatsächlichen Durchführung der Maßnahmen überzeugt	Durchführung von 20 Follow-Up-Überprüfungen	31.12.2011: 18
WZ 4	Verstärkte Berücksichtigung des Aspekts der Gleich-stellung im Rahmen ausgewählter Gebarungs-überprüfungen zur Steigerung der Anzahl genderrelevanter Empfehlungen	5 Gebarungsüberprüfungen mit genderrelevanten Empfehlungen	31.12.2011: 4
WZ 5	Schwerpunktsetzung der Berichterstattung aufgrund aktueller wirtschaftlicher Entwicklungen	20 Vorträge und Publikationen zu budgetären Rahmenbe-dingungen und Reformbedarf	31.12.2011: 15

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Globalbudget 06.01 Rechnungshof
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 06.01 Rechnungs-hof**	DB 06.01.01 Rechnungs-hof
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,118	0,118
Erträge	**0,118**	**0,118**
Personalaufwand	25,940	25,940
Transferaufwand	0,235	0,235
Betrieblicher Sachaufwand	4,727	4,727
Aufwendungen	**30,902**	**30,902**
Nettoergebnis	**-30,784**	**-30,784**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 06.01 Rechnungs-hof**	DB 06.01.01 Rechnungs-hof
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,061	0,061
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005	0,005
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,086**	**0,086**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	30,219	30,219
Auszahlungen aus Transfers	0,235	0,235
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,133	0,133
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,035	0,035
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**30,622**	**30,622**
Nettogeldfluss	**-30,536**	**-30,536**

Untergliederung 10 Bundeskanzleramt

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Das Bundeskanzleramt koordiniert die allgemeine Regierungspolitik und die gesamte Verwaltung des Bundes, vertritt die Republik Österreich bzw. den Bund gegenüber den Ländern, den obersten Verfassungsorganen und vor Gerichtshöfen. Das Bundeskanzleramt trägt für eine effektive und effiziente Verwaltung – insbesondere in Bezug auf Personal, E-Government, und Verwaltungsinfrastruktur – Verantwortung, besorgt grundsätzliche Angelegenheiten der Mitgliedschaft Österreichs bei der EU (einschließlich des Europäischen Rats) und Angelegenheiten der Fachbereiche wie öffentlicher Dienst, Verwaltungsreform, Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung, Frauen und Gleichstellungspolitik, Medien-, Volksgruppen-, Archivangelegenheiten und Datenschutz. In den Ressortbereich gehören die amtliche Statistik und der Asylgerichtshof.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**3,836**	**5,030**	**3,478**
Auszahlungen fix	254,259	247,323	248,343	231,760
Auszahlungen variabel	88,500	88,500	95,200	94,558
Summe Auszahlungen	**342,759**	**335,823**	**343,543**	**326,319**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-331,987**	**-338,513**	**-322,841**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	3,688		
Aufwendungen	327,343		
Nettoergebnis	**-323,655**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Sicherstellung der ressortübergreifenden Koordination und Strategie in den Bereichen der allgemeinen Regierungspolitik sowie in den grundsätzlichen Angelegenheiten der EU-Mitgliedschaft inklusive der EU-Regionalpolitik und effektive Vertretung der Interessen Österreichs im internationalen und europäischen Rahmen, vor allem im Europäischen Rat und in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Hohes Vertrauen der NutzerInnen in die von der Statistik Österreich publizierten Ergebnisse.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die ressortübergreifende Koordination und Strategie dient der effizienten Erfüllung des jeweiligen Regierungsprogramms und sonstiger Vorhaben der Bundesregierung, was die Wohlfahrt der BürgerInnen steigert und stellt eine der Kernaufgaben des Bundeskanzleramtes (BKA) gemäß dem Bundesministeriengesetz dar. Die Statistik Österreich bekennt sich vollinhaltlich zum Verhaltenskodex für Europäische Statistiken. In der Einleitung zu den Grundsätzen 11 bis 15, die die Qualitätsdimensionen für statistische Produkte abdecken, heißt es: „Die vorhandenen Statistiken müssen dem NutzerInnenbedarf entsprechen“.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Erarbeitung und ressortübergreifende Abstimmung von Strategien und Positionen und effiziente, zeitgerechte, situationsadäquate Vorlage von Unterlagen an die politische Ebene in den Bereichen der EU, Europäische Räte, EU-Kohäsionspolitik, Regionalpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Sozialpolitik und Arbeitsmarkt, umfassende Sicherheitsvorsorge, Forschung, Technologie und Innovation, Umwelt, Klimaschutz und Energie sowie OECD-Angelegenheiten;
- Effiziente Koordination der (EU-)Regionalpolitik inkl. administrativer Abwicklung des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE);
- Maßnahmen der Statistik Österreich: Einrichtung eines IT-unterstützten Monitoring im Rahmen des Internen Kontrollsystems (IKS) zur laufenden Qualitätssicherung; Optimierung des Produktnutzens durch Standard-Dokumentationen und Feedback-Gesprächen mit den NutzerInnen.

Wie sieht Erfolg aus?
- Effiziente Koordination der (EU-)Regionalpolitik - Ausschöpfungsgrad der EU-Regionalförderungen; Minimierung der Verluste durch automatische Mittelbindungsaufhebung der Europäischen Kommission gemäß Artikel 93 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006: Zielzustand 2013: Ausschöpfungsgrad von mindestens 95%; Istzustand 2011: 100% [Berechnungsmethode: Auszahlungsstand Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Phasing Out Programme 2007-2013, Verordnung (EG) 1083/2006; Quelle: Europäische Kommission];
- Statistik Österreich - Abdeckung der statistischen Produkte durch das 2010 eingeführte, neue Schema der Standarddokumentationen (Detailinfos zu Standarddokumentationen, siehe http://www.statistik.at/web_de/dokumentationen/index.html): Zielzustand 2013: mindestens 50%; Istzustand 2011: 35%

[Berechnungsmethode: Anteil jener statistischen Produkte, für die die Standarddokumentation in das neue Schema übergeführt wurde; Quelle: Statistik Österreich]

Wirkungsziel 2:
Sicherstellung einer umfassenden Information der BürgerInnen über Staat, Verwaltung und Regierungsarbeit sowie von elektronischen Verwaltungsservices. Gewährleistung der langfristigen Nachvollziehbarkeit und Transparenz des Verwaltungshandelns.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die BürgerInnen erwarten von der Politik und Verwaltung eine aktive Informationspolitik, kompetente Auskünfte sowie rasche Erledigungen. Zusätzlich fordern sie einen offenen, dauerhaften Zugang zu den Verwaltungsinformationen, damit transparentes, nachvollziehbares Verwaltungshandeln für Generationen gewährleistet ist. Die verstärkte Hinwendung der Verwaltung zu den BürgerInnen gilt es zu forcieren. Im Sinne der Gender-Gerechtigkeit ist die Reichweite frauenspezifischer Informationsangebote auszudehnen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Durchführung von Informationsmaßnahmen und -kampagnen unter besonderer Berücksichtigung des Gender-Aspektes;
- Bereitstellung einer zentralen Ansprechstelle für die Fragen und Anliegen der Bevölkerung an Politik und Verwaltung (Betrieb des BürgerInnenservice);
- Bereitstellung von elektronischen Verwaltungsservices (E-Government-Anwendungen);
- Serviceleistungen für andere Ressorts (z.B. Reformprojekte im Bereich Benchmarking, Sicherheit);
- Gestaltung der Webauftritte des Bundeskanzleramtes und des Österreichischen Staatsarchivs;
- bereichsübergreifende Kooperation des Österreichischen Staatsarchivs mit musealen Einrichtungen, die ebenfalls einen Gedächtnis- und Bildungsauftrag zu erfüllen haben;
- Erschließung und Nutzbarmachung von Verwaltungsinformationen (Archivgut des Bundes).

Wie sieht Erfolg aus?
- rasche Beantwortung von BürgerInnenanfragen aller Art durch das BürgerInnenservice: Zielzustand 2013: Beantwortung von 80% der Anfragen innerhalb von 3 Werktagen; Istzustand 2011: keine Daten verfügbar, da Ersterhebung 2012 [Berechnungsmethode: durchschnittliche Erstbeantwortungszeit innerhalb der Sektion VII; Quelle: BKA, interne Datenbank des BürgerInnenservice];
- rasche Bereitstellung von Archivalien an BürgerInnen durch das Österreichische Staatsarchiv: Zielzustand 2013: binnen 24 Stunden; Istzustand 2011: binnen 48 Stunden [Berechnungsmethode: Gesamtdauer zwischen Anforderung und Bereitstellung von Archivalien; Quelle: BKA, interne Datenbank des Österreichischen Staatsarchivs];
- Nutzung des Social-Media-Angebotes des Bundeskanzleramtes: Zielzustand 2013: Steigerung um 10% gegenüber 2012; Istzustand 2011: keine Daten verfügbar, da Ersterhebung 2012 [Berechnungsmethode: Anzahl der Kontakte; Quelle: BKA, registrierte Kontakte im Social-Media].

Wirkungsziel 3:
Sicherung der Rechtsstaatlichkeit im Wege von Legistik, Rechtsberatung und –vertretung sowie Dokumentation. Weiterentwicklung der Verwaltungsgerichtsbarkeit und qualitätsgesicherte Arbeitsabläufe des Asylgerichtshofes im Beschwerdeverfahren.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Rechtsstaatlichkeit ist ein Baugesetz der österreichischen Verfassung. Rechtsstaatlichkeit setzt auch Rechtsschutz-einrichtungen voraus, die die Akte der Verwaltung nachprüfen und somit die Bindung der Verwaltung an Gesetz und Verfassung effektiv gewährleisten. Das gut ausgebaute österreichische Rechtsschutzsystem soll verbessert werden, indem die rechtliche Basis für eine „Zweistufige Verwaltungsgerichtsbarkeit“ geschaffen wird. Insbesondere sollen dadurch mittelfristig die Verfahren beschleunigt, die Bürgernähe verstärkt und der Verwaltungsgerichtshof entlastet werden. Im Bereich des Asylgerichtshofes ist die Optimierung der Arbeitsabläufe sicherzustellen, um eine zeitnahe Entscheidung im Beschwerdeverfahren zu ermöglichen. Eine weitere Anforderung der Rechtsstaatlichkeit besteht im einfachen, aktuellen und kostenlosen Zugang zu den Rechtsquellen für alle BürgerInnen im Wege des Rechtsinformationssystems (RIS) des Bundeskanzleramtes.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Optimierung bei der Aktualisierung des elektronischen Rechtsinformationssystems des Bundes (RIS);
- gezielter Einsatz des nichtrichterlichen Personals und optimiertes Ablaufmanagementsystem im Bereich des Asylgerichtshofes (AsylGH);
- Vorbereitung des Organisationsrechts des Bundesverwaltungsgerichts (BVwG) sowie des Verfahrensrechts des BVwG und der Landesverwaltungsgerichte zur Einrichtung der „Zweistufigen Verwaltungsgerichtsbarkeit“ in Österreich;
- Abstimmung des Verfahrensrechtes mit den Bundesländern;
- Vorbereitung der Integration des AsylGH in das BVwG.

Wie sieht Erfolg aus?

- Einarbeitungsdauer konsolidierter Rechtstexte in das RIS: Zielzustand 2013: ehestmögliche Einarbeitung, höchstens jedoch innerhalb von 14 Tagen im Durchschnitt; Istzustand 2010 bzw. 2011: durchschnittlich innerhalb von 24 Tagen bzw. 8 Tagen [Berechnungsmethode: Vergleich der durchschnittlichen Einpflegezeit neuer Gesetze und Verordnungen des Bundes; Quelle: BKA-Auswertungen];
- Beschwerdeverfahren des AsylGH sind mehrheitlich innerhalb der gesetzlichen Entscheidungsfrist abgewickelt worden: Zielzustand 2013: mindestens 75% der Verfahren; Istzustand 2011: keine Daten verfügbar, da Ersterhebung 2013 [Berechnungsmethode: Anzahl und Dauer der anhängig gewordenen Verfahren; Quelle: Tätigkeitsbericht AsylGH];
- Behebungen des Verfassungsgerichtshofes: Zielzustand 2013: Anteil der Behebungen ist kleiner als 3%; Istzustand 2011: 0,8% [Berechnungsmethode: Behebungen im Verhältnis zu abgeschlossenen Beschwerdeverfahren; Quelle: Tätigkeitsbericht AsylGH]

Wirkungsziel 4:

Weiterentwicklung und Modernisierung des öffentlichen Personal-, Organisations- und Verwaltungsmanagements zur Sicherstellung einer effektiven und effizienten Erbringung der öffentlichen Leistungen im Interesse des Gemeinwohls.

Warum dieses Wirkungsziel?

MitarbeiterInnen im öffentlichen Dienst sind eine wesentliche Ressource zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. Sie müssen entwickelt, motiviert und zielgerichtet eingesetzt werden. Weiters soll die Mobilität erhöht werden. Den Bediensteten der österreichischen Verwaltung muss darüber hinaus eine bessere Vernetzung mit der Verwaltung der Europäischen Union ermöglicht werden. Der öffentliche Dienst benötigt zudem Rahmenbedingungen für die öffentlich Bediensteten, Strukturen und Managementinstrumente, durch die öffentliche Leistungen qualitativ hochwertig, effektiv und effizient erbracht werden, gesellschaftliche Herauforderungen, wie die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern im Dienstrecht, erkannt und bewältigt werden, der Rechtsstaat garantiert wird und Stakeholder-gerechte Lösungen (d.h. für BürgerInnen, Abgeordnete, Politik, Unternehmen, Nicht-Regierungs-Organisationen) geboten werden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Jährliche Erarbeitung einer Dienstrechtsnovelle, unter besonderer Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, um ein zeitgemäßes und flexibles Dienst- und Besoldungsrecht für den Bundesdienst sicherzustellen;
- Umsetzung des „Personalplan NEU“, um eine effiziente Personalbewirtschaftung des Bundes zu gewährleisten;
- Neukonzeption der Jobbörse des Bundes zur Aktivierung des bundesinternen Arbeitsmarktes und dessen Förderung;
- Bereitstellung bedarfsorientierter Aus- und Weiterbildungsprogramme sowie die Durchführung ressortübergreifender strategischer Personalentwicklungsprojekte für den gesamten Bund;
- Durchführung von Mobilitätsprogrammen sowie Information über Jobs bei der Europäischen Union sowie über mögliche Praktika (EU-Job Information);
- Durchführung von ressort- und gebietskörperschaftsübergreifenden Verwaltungsreformprojekten.

Wie sieht Erfolg aus?

- Beruflicher Nutzen der Seminare an der Verwaltungsakademie des Bundes (VAB): Zielzustand 2013: Beruflicher Nutzen liegt bei 1,0 bis 1,5; Istzustand 2011: Beruflicher Nutzen liegt bei 1,7. Die Bewertungsbandbreite liegt für die unterschiedlichen Programmfelder der VAB zwischen 1,4 (Sprachen) und 2,1 (Grundausbildungsseminare). [Berechnungsmethode: durchschnittliche Bewertung der Seminare durch TeilnehmerInnen hinsichtlich des beruflichen Nutzens nach dem Schulnotensystem; Datenquelle: Evaluierung durch VAB];
- Beibehaltung des Anteils österreichischer MitarbeiterInnen in der Europäischen Kommission: Zielzustand 2013: nicht unter 1,7%; Istzustand 2011: nicht unter 1,7% [Berechnungsmethode: Anteil österreichischer MitarbeiterInnen in der EU-Kommission/Bevölkerungsanteil Österreichs an der Gesamtbevölkerung der EU; Datenquelle: Publikation des BKA „Das Personal des Bundes“]

Wirkungsziel 5:

Forcierung der umfassenden Gleichstellung, Weiterentwicklung der Antidiskriminierung und Eindämmung von Gewalt durch Entwicklung, Umsetzung und Koordination frauen- und gleichstellungspolitischer Strategien der Bundesregierung.

Warum dieses Wirkungsziel?

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist noch immer nicht erreicht. Geschlechtsspezifische Rollenmuster werden immer noch beibehalten. Der Verdienst von Frauen liegt weiter um 25,5 % unter jenem der Männer. Frauen sind in den unteren Einkommensgruppen überrepräsentiert. Vier von zehn Frauen arbeiten Teilzeit. Jede 5. Frau in Österreich ist laut einer Studie von Gewalt in der Familie betroffen. Die Zahl der Frauen, die Unterstützung in den Gewaltschutzzentren / Interventionsstellen suchen, steigt jährlich.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Verbesserung des Zugangs zu Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen;
- Sicherstellung der Beratung und Betreuung von gewaltbetroffenen Frauen;

- Unterstützung der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans (NAP) zur Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt;
- rechtliche Beratung und Unterstützung der von Diskriminierung betroffenen Menschen im Bereich der Gleichbehandlung ohne Unterschied nach Religion oder Weltanschauung, Alter und der sexuellen Orientierung;
- Weiterentwicklung des bundesweiten Gendercontrolling und Implementierung einer genderbezogenen Folgenabschätzung von Gesetzen und Vorhaben.

Wie sieht Erfolg aus?

- Abweisungsrate von Frauen in den Interventionsstellen gegen Gewalt in der Familie: Zielzustand 2013: 0%, Istzustand 2011: 0% [Berechnungsmethode: Abweisungsrate von hilfesuchenden Frauen; Quelle: BKA-Sektion II];
- Umsetzungsgrad des NAP zur Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt: Zielzustand 2013: > 60%, Istzustand Ende Februar 2012: 45% [Berechnungsmethode: Anteil der umgesetzten Maßnahmen; Quelle: BKA-Bericht zur Umsetzung des NAP Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt];
- Steigerung des Frauenanteils in Aufsichtsgremien von Unternehmen, an denen der Bund mit 50% und mehr beteiligt ist: Zielzustand 2013: 25% ; Istzustand 2008: laut Bericht des Rechnungshofs über die durchschnittlichen Einkommen und zusätzlichen Leistungen für Pensionen der öffentlichen Wirtschaft des Bundes 2007 und 2008 lag der Frauenanteil in Aufsichtsräten per 2008 bei 16,1% [Berechnungsmethode: Frauenanteil in Aufsichtsgremien von Unternehmen, an denen der Bund mit 50% und mehr beteiligt ist; Quelle: Bericht des Rechnungshofs über die durchschnittlichen Einkommen und zusätzlichen Leistungen für Pensionen der öffentlichen Wirtschaft des Bundes, Ministerratsbeschluss 139/11 vom 24.4.2012].;
- flächendeckende Versorgung mit niederschwelligen Frauen- und Mädchenberatungsangeboten: Zielzustand 2013: Zielzustand erst ab 2014 nach Vorliegen der standardisierten Tätigkeitsberichte festlegbar, siehe Maßnahme 1, Globalbudget 10.02; Istzustand 2011: keine standardisierten Daten verfügbar, da Ersterhebung 2013 [Berechnungsmethode: Anteil der im Wirkungsfeld der Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen liegenden Bezirke/Gemeinden unter Berücksichtigung der Einwohnerinnenanzahl; Quelle: BKA-Sektion II]

Untergliederung 10 Bundeskanzleramt

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,685		
Finanzerträge	0,003		
Erträge	**3,688**		
Personalaufwand	59,660		
Transferaufwand	211,938		
Betrieblicher Sachaufwand	55,745		
Aufwendungen	**327,343**		
hievon variabel	*88,500*		
Nettoergebnis	**-323,655**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,688	4,908	3,335
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,003	0,014
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,146	0,119	0,129
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,836**	**5,030**	**3,478**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	114,139	130,640	111,951
Auszahlungen aus Transfers	218,874	210,782	212,752
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2,635	1,941	1,487
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,175	0,180	0,129
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**335,823**	**343,543**	**326,319**
hievon variabel	*88,500*	*95,200*	*94,558*
Nettogeldfluss	**-331,987**	**-338,513**	**-322,841**

Untergliederung 10 Bundeskanzleramt
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 10 Bundes-kanzleramt**	GB 10.01 Steuerg/Koord/Serv	GB 10.02 Frauen u. Gleichste.	GB 10.03 EFRE (var)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,685	3,684		0,001
Finanzerträge	0,003	0,001	0,001	0,001
Erträge	**3,688**	**3,685**	**0,001**	**0,002**
Personalaufwand	59,660	59,660		
Transferaufwand	211,938	118,096	5,342	88,500
Betrieblicher Sachaufwand	55,745	50,937	4,808	
Aufwendungen	**327,343**	**228,693**	**10,150**	**88,500**
hievon variabel	*88,500*			*88,500*
Nettoergebnis	**-323,655**	**-225,008**	**-10,149**	**-88,498**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 10 Bundes-kanzleramt**	GB 10.01 Steuerg/Koord/Serv	GB 10.02 Frauen u. Gleichste.	GB 10.03 EFRE (var)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,688	3,685	0,001	0,002
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002		
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,146	0,146		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,836**	**3,833**	**0,001**	**0,002**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	114,139	109,331	4,808	
Auszahlungen aus Transfers	218,874	125,032	5,342	88,500
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2,635	2,635		
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,175	0,175		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**335,823**	**237,173**	**10,150**	**88,500**
hievon variabel	*88,500*			*88,500*
Nettogeldfluss	**-331,987**	**-233,340**	**-10,149**	**-88,498**

Globalbudget 10.01 Steuerung, Koordination und Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,684		
Finanzerträge	0,001		
Erträge	**3,685**		
Personalaufwand	59,660		
Transferaufwand	118,096		
Betrieblicher Sachaufwand	50,937		
Aufwendungen	**228,693**		
Nettoergebnis	**-225,008**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,685	4,905	3,335
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,003	0,014
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,146	0,119	0,129
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,833**	**5,027**	**3,478**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	109,331	125,832	107,384
Auszahlungen aus Transfers	125,032	110,240	112,851
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2,635	1,941	1,487
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,175	0,180	0,129
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**237,173**	**238,193**	**221,851**
Nettogeldfluss	**-233,340**	**-233,166**	**-218,373**

Globalbudget 10.01 Steuerung, Koordination und Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 2	Ausweitung der Handy-Signatur	Per 12/2013 soll bei insgesamt 77.000 Mobiltelefonen die Funktion zur Handy-Signatur freigeschaltet sein	Per 12/2011 wurde bei 47.000 Mobiltelefonen die Funktion zur Handy-Signatur freigeschaltet
WZ 2	Anpassung des Webauftritts des Bundeskanzleramtes und der Redaktionsstandards, um barrierefreie und gendergerechte Inhalte sicherzustellen.	- Anteil barrierefreier Inhalte und Sprache des Web-Auftritts > 20%; - Anteil gendergerechter Inhalte und Sprache des Web-Auftritts > 20%	Keine Daten verfügbar, da Ersterhebung per 12/2012
WZ 3	Einführung der zweistufigen Verwaltungsgerichtsbarkeit	1. Mittelfristige Verfahrensbe-schleunigung gegenüber 2010: durchschnittliche Verfahrensdauer bei Bescheidbeschwerden < 23 Monate; 2. Mittelfristige Entlastung des Verwaltungsgerichtshofes gegenüber 2010: Anzahl neuer Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof ohne AsylGH < 4.851	1. Durchschnittliche Verfahrensdauer 2010: 23 Monate bei Bescheidbeschwerden; 2. Anzahl neuer Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof 2010: 4.851 ohne AsylGH
WZ 3	Organisatorische Vorbereitung zur Umwandlung des AsylGH zum Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	- Vorliegen der gesetzlichen Grundlagen (Organisations-, Verfahrens-, Materiengesetze etc.) bis 12/2013; - Personalüberleitungen und –aufnahmen sind bis 12/2013 abgeschlossen; - infrastrukturelle Voraussetzungen sind bis 12/2013 geschaffen (Räumlichkeiten, EDV etc.); - BVwG ist operativ mit 01.01.2014	Die Regierungsvorlage betreffend die Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 wurde im Ministerrat beschossen (12/2011)
WZ 4	Förderung der internen Mobilität des Bundes und Aufbau eines bundesinternen Arbeitsmarkts	Anzahl der Such- und Vermittlungsaufträge der Ressorts an das Mobilitätsmanagement des Bundeskanzleramtes > 900	Keine Daten verfügbar, da Ersterhebung ab 2013

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Ressortvereinbarungen für Transfer von Bediensteten; ressortübergreifende Vorgehensweise bei Personalaufnahmen (Bund 2012/5)
2. Dateninkonsistenzen feststellen, Abläufe zur Richtigstellung definieren, dafür gesetzliche Grundlagen ausarbeiten und verstärkte Koordination der Register durch das BKA (Bund 2012/5)
3. Novellierung der Vertragschablonenverordnung des Bundes unter Berück-sichtigung der best practice jener Bundesländer,

die bereits Richtwerte für Obergrenzen der Manager/innengehälter festgelegt haben und Sicherstellung der Transparenz der Bezüge (Bund 2011/7)
4. Erarbeitung einer Regierungsvorlage für ein Revisionsgesetz des Bundes (Bund 2010/1)
5. Einleitung einer neuen Initiative zur Neuordnung und Harmonisierung des Raumordnungsrechtes in Österreich (Bund 2011/8)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
ad 1., Bund 2012/5:
Es wurde ein Verwaltungsübereinkommen zwischen dem Bundeskanzleramt (BKA) und dem Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) über die Tätigkeit des „Personalproviders“ des BMLVS für das „Mobilitätsmanagement“ des BKA abgeschlossen, das am 01.04.2012 in Kraft trat.
ad 2., Bund 2012/5:
Einige Maßnahmen sind bereits im Laufen (z.B. wird das Ergänzungsregister derzeit neu aufgesetzt; die Synergien mit dem Unternehmensregister werden dabei bestmöglich genutzt).
ad 3., Bund 2011/7:
Eine Änderung des § 7 Stellenbesetzungsgesetzes zur Präzisierung der Regelung über die Bezugsfindung für Geschäftsführer konnte erreicht werden. Darüber hinausgehende Änderungen waren jedoch nicht möglich.
ad 4., Bund 2010/1:
Da eine gesetzliche Regelung nicht möglich ist, wurden in dem vom BKA erstellten Public Corporate Governance Kodex Revisionsregelungen aufgenommen. Eine Beschlussfassung in der Bundesregierung erfolgte bisher nicht.
ad 5., Bund 2011/8: Die Umsetzung erfolgte durch das Österreichische Raumentwicklungskonzept (ÖREK 2011), einer nominellen Bundes-Rahmenkompetenz für Raumordnung stehen die Bundesländer weiterhin ablehnend gegenüber.

Globalbudget 10.01 Steuerung, Koordination und Services
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 10.01 Steuerg/Koord/Serv**	DB 10.01.01 Ressortübergr. Vorh.	DB 10.01.02 Zentralstelle	DB 10.01.03 Infotätigkeit	DB 10.01.04 DS/ausgegl. Ber.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,684	1,525	1,359	0,010	0,762
Finanzerträge	0,001		0,001		
Erträge	**3,685**	**1,525**	**1,360**	**0,010**	**0,762**
Personalaufwand	59,660	0,260	42,883		6,473
Transferaufwand	118,096	56,815	1,887		59,394
Betrieblicher Sachaufwand	50,937	10,162	23,880	3,940	1,777
Aufwendungen	**228,693**	**67,237**	**68,650**	**3,940**	**67,644**
Nettoergebnis	**-225,008**	**-65,712**	**-67,290**	**-3,930**	**-66,882**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 10.01 Steuerg/Koord/Serv**	DB 10.01.01 Ressortübergr. Vorh.	DB 10.01.02 Zentralstelle	DB 10.01.03 Infotätigkeit	DB 10.01.04 DS/ausgegl. Ber.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,685	1,525	1,360	0,010	0,762
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002		0,002		
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,146		0,133		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,833**	**1,525**	**1,495**	**0,010**	**0,762**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	109,331	10,422	65,833	3,940	8,004
Auszahlungen aus Transfers	125,032	63,751	1,887		59,394
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2,635		1,065		0,330
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,175		0,145		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**237,173**	**74,173**	**68,930**	**3,940**	**67,728**
Nettogeldfluss	**-233,340**	**-72,648**	**-67,435**	**-3,930**	**-66,966**

DB 10.01.05 AsylGH
0,028
0,028
10,044
11,178
21,222
-21,194

DB 10.01.05 AsylGH
0,028
0,013
0,041
21,132
1,240
0,030
22,402
-22,361

Globalbudget 10.02 Frauenangelegenheiten und Gleichstellung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Finanzerträge	0,001		
Erträge	**0,001**		
Transferaufwand	5,342		
Betrieblicher Sachaufwand	4,808		
Aufwendungen	**10,150**		
Nettoergebnis	**-10,149**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001	0,001	0,000
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,001**	**0,001**	**0,000**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	4,808	4,808	4,568
Auszahlungen aus Transfers	5,342	5,342	5,342
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**10,150**	**10,150**	**9,910**
Nettogeldfluss	**-10,149**	**-10,149**	**-9,910**

Globalbudget 10.02 Frauenangelegenheiten und Gleichstellung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 5	Erstellung von standardisierten Tätigkeitsberichten durch die Frauen- und Mädchen-beratungseinrichtungen (FMBE):	- Standardisierte Tätigkeitsberichte über das Förderjahr 2012 liegen von den am Probebetrieb teilnehmenden FMBE vor; - alle vom BKA geförderten FMBE erfassen 2013 ihre Daten in standardisierter Form (Basis für UG-Kennzahl)	alle vom BKA geförderten FMBE sind über die Einführung standardisierter Tätigkeitsberichte (ab 2012 auf freiwilliger Basis und ab 2013 verpflichtend) informiert
WZ 5	Sicherstellung der Beratung und Betreuung von gewaltbetroffenen Frauen in den Interventionsstellen gegen Gewalt/Gewaltschutzzentren (ISTen)	Neues Finanzierungsmodell für die ISTen gegen Gewalt in der Familie ist ausgearbeitet und findet Anwendung	Beginn der Konzeption eines neuen Finanzierungsmodells und Beginn der Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Inneres
WZ 5	Erstellung des Berichts zur Umsetzung des NAP Gleichstellung im Rahmen des Berichts 2011/2012 betreffend den Abbau von Benachteili-gungen von Frauen (Bundesgesetzblatt 837/1992)	Bericht 2011/2012 betreffend den Abbau von Benachteiligungen von Frauen liegt dem Parlament im 2. Quartal 2013 vor	Bericht 2009/2010 betreffend den Abbau von Benachteiligungen von Frauen wurde im Parlament behandelt
WZ 5	Koordination des jährlichen Girls´ Day im Bundesdienst zur Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen und zum Abbau von Rollen-Stereotypen	Girls´ Day im Bundesdienst 2013 wird am 4. Donnerstag im April abgehalten	Internet-Publikation „Girls´Day im Bundesdienst – Evaluierung 2011“ ist verfügbar auf: http://www.frauen.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=44138

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Implementierung einer Datenbanklösung zur Verringerung von manipulativen Tätigkeiten und Ermöglichung ressourcenschonender Auswertungen unter Berücksichtigung einer Kompatibilität mit bundesweiten Systemen im Bereich der Frauenförderung (Bund 2008/4)
2. Vereinheitlichung der Förderungsgrundlagen und Abstimmung mit anderen Förderungsstellen im Bereich der Frauenförderung; Förderung von Gehältern aus öffentlichen Mitteln maximal bis zur Höhe des Bezugs eines vergleichbaren Bundesbediensteten (Bund 2008/4)
3. Konkrete Zielvereinbarungen mit den Förderungsnehmerinnen und Förderungsnehmern im Bereich der Frauenförderung (Bund 2008/4)
4. Festlegung von operativen Zielen und Erstellen eines mittelfristigen Förderungskonzepts im Bereich der Frauenförderung, das konkrete und messbare operative Ziele umfasst (Bund 2008/4)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

ad 1, Bund 2008/4:
Die Empfehlung des Rechnungshofs betreffend die „Implementierung einer Datenbanklösung für die Förderabwicklung“ wird vom Bundeskanzleramt bei den aktuellen gebietskörperschaftsübergreifenden Bemühungen für die Gestaltung eines effizienten Förderungswesens berücksichtigt.
ad 2, Bund 2008/4:
Das Bundeskanzleramt wird der Empfehlung des Rechnungshofs nachkommen und die Arbeiten zur Festlegung der Obergrenzen von Personalkosten in Abstimmung der förderbaren Kosten mit anderen beteiligten Förderstellen vorantreiben.

ad 3, Bund 2008/4:
In die Rahmenförderverträge werden ab 2012 konkrete Zielvereinbarungen aufgenommen.
ad 4, Bund 2008/4:
Für das Globalbudget „Frauen und Gleichstellung“ 2013 wurde bei den Wirkungs- und Leistungsangaben die Einführung standardisierter Tätigkeitsberichte im Echtbetrieb festgeschrieben.

Globalbudget 10.02 Frauenangelegenheiten und Gleichstellung
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 10.02 Frauen u. Gleichste.**	DB 10.02.01 Frauen u. Gleichste.
Finanzerträge	0,001	0,001
Erträge	**0,001**	**0,001**
Transferaufwand	5,342	5,342
Betrieblicher Sachaufwand	4,808	4,808
Aufwendungen	**10,150**	**10,150**
Nettoergebnis	**-10,149**	**-10,149**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 10.02 Frauen u. Gleichste.**	DB 10.02.01 Frauen u. Gleichste.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001	0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,001**	**0,001**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	4,808	4,808
Auszahlungen aus Transfers	5,342	5,342
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**10,150**	**10,150**
Nettogeldfluss	**-10,149**	**-10,149**

Globalbudget 10.03 Europ.Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), variabel

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001		
Finanzerträge	0,001		
Erträge	**0,002**		
Transferaufwand	88,500		
Aufwendungen	**88,500**		
hievon variabel	*88,500*		
Nettoergebnis	**-88,498**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,002	0,002	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,002**	**0,002**	
Auszahlungen aus Transfers	88,500	95,200	94,558
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**88,500**	**95,200**	**94,558**
hievon variabel	*88,500*	*95,200*	*94,558*
Nettogeldfluss	**-88,498**	**-95,198**	**-94,558**

Globalbudget 10.03 Europ.Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), variabel

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Koordination der innerösterreichischen Rahmenbedingungen; Abstimmungsgespräche und Info-Transfer zu den Programm-partnerInnen (national und international), administrative Abwicklung des Europäischen Regionalfonds	Ausschöpfungsgrad der EU-Regionalförderungen - Minimierung der Verluste durch automatische Mittel-bindungsaufhebung der Europäischen Kommission gemäß Artikel 93 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006: Ausschöpfungsgrad mindestens 95%	100% (per 12/2011)
WZ 1	Ex-Post Prüftätigkeit im Rahmen der Abwicklung des Europäischen Regionalfonds und Abgabe von jährlichen Prüfmeinungen sowie Jahresberichten	- Erstellung von mindestens 75 Projektprüfberichten in Abhängigkeit der Vorgaben der Europäischen Kommission; - Erstellung von 15 Jahreskontrollberichten sowie entsprechender Prüfmeinungen in Abhängigkeit der Anzahl der zu prüfenden Programme	99 Projektprüfberichte und 15 Jahreskontrollberichte (per 12/2011)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Sicherstellung der Wirksamkeit der vorgesehenen Verwaltungs- und Kontrollsysteme bei der Abwicklung von Förderprogrammen der EU (Bund 2008/3)
2. Ergreifen von Maßnahmen, damit die von der EU bzw. durch Kofinanzierung der öffentlichen Hand bereitgestellten Mittel sowohl wirtschaftlich und zweckmäßig als auch nachhaltig eingesetzt werden (Bund 2008/3)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

ad 1. und 2., Bund 2008/3:
Die Empfehlungen des Rechnungshofs betrafen die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A Österreich-Ungarn 2000 bis 2006 und wurden bereits umgesetzt. Das Programm ist mittlerweile abgeschlossen.

Globalbudget 10.03 Europ.Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), variabel
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 10.03 EFRE (var)**	DB 10.03.01 EFRE (var)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001	0,001
Finanzerträge	0,001	0,001
Erträge	**0,002**	**0,002**
Transferaufwand	88,500	88,500
Aufwendungen	**88,500**	**88,500**
hievon variabel	*88,500*	*88,500*
Nettoergebnis	**-88,498**	**-88,498**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 10.03 EFRE (var)**	DB 10.03.01 EFRE (var)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,002	0,002
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,002**	**0,002**
Auszahlungen aus Transfers	88,500	88,500
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**88,500**	**88,500**
hievon variabel	*88,500*	*88,500*
Nettogeldfluss	**-88,498**	**-88,498**

Untergliederung 11 Inneres

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir tragen dazu bei, Österreich zum sichersten Land der Welt zu machen. Wir bieten den Menschen Sicherheit, Hilfe und Dienstleistungen der staatlichen Verwaltung. Unsere Kernleistungen in den Bereichen öffentliche Ordnung und Sicherheit, bedarfsorientierte Zuwanderung, Asyl und Integration sind ein maßgeblicher Beitrag zu Freiheit, Wohlstand und sozialem Frieden.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**114,879**	**111,987**	**126,032**
Auszahlungen fix	2.505,026	2.505,026	2.470,161	2.294,927
Summe Auszahlungen	**2.505,026**	**2.505,026**	**2.470,161**	**2.294,927**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-2.390,147**	**-2.358,174**	**-2.168,895**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	112,191		
Aufwendungen	2.518,401		
Nettoergebnis	**-2.406,210**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Beibehaltung des hohen Niveaus der Inneren Sicherheit in Österreich, insbesondere durch Kriminalitätsbekämpfung, Terrorismusbekämpfung und Verkehrsüberwachung.
Warum dieses Wirkungsziel?
Zur Sicherung des sozialen Friedens ist die Gewährleistung der Inneren Sicherheit in und für Österreich ein zentraler Beitrag. Positive Wirkungen für die Lebensqualität der Menschen in Österreich und für die Sicherung des sozialen Friedens werden mit diesem Ziel konsequent weiterverfolgt.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Bekämpfung der Kriminalität insbesondere durch Optimierung der Tatortarbeit und bedarfsorientierte sichtbare polizeiliche Präsenz;
- Fremdenpolizeiliche Maßnahmen zielgerichtet gestalten (siehe Detailbudgets 02.01. Landespolizeidirektionen; 02.04. Grenz-, Visa- und Rückführungswesen);
- Weitere Optimierung der internationalen Vernetzung und Intensivierung des grenzüberschreitenden Sicherheitsmanagements (siehe Detailbudgets 01.01. Steuerung; 02.02. Auslandseinsätze; 02.07. Flugpolizei);
- Zum Schutz vor weltanschaulich und politisch motivierter Kriminalität werden detaillierte Gefährderanalysen, Gefährder bezogene Lagebilder und Maßnahmenkataloge erstellt;
- Die im „Österreichischen Verkehrssicherheitsprogramm 2011 - 2020“ das Bundesministerium für Inneres (BM.I) betreffenden Maßnahmen zur Verkehrserziehung und Verkehrsüberwachung werden konsequent umgesetzt

Wie sieht Erfolg aus?
- Subjektives Sicherheitsgefühl: Zielzustand 2013: Über 80% der österreichischen Bevölkerung fühlt sich im Jahr 2013 sehr sicher oder eher sicher; Istzustand 2011: 96% - männlich 97%, weiblich 95% [Berechnungsmethode: Fragestellung: „Wie sicher fühlen Sie sich an dem Ort, an dem Sie leben?“; Skala: 1 – 5 (1 = sehr sicher, 5 = gar nicht sicher); repräsentative Stichprobe der österreichischen Gesamtbevölkerung (1.200, davon männlich 581, davon weiblich 619); Quelle: Umfrage zur subjektiven Sicherheit des BM.I]; Anmerkung: Änderung der Erhebungsmethodik im Jahr 2011;
- Better Life Index – Kategorie Sicherheit: Zielzustand 2013: Platzierung Österreichs unter den 10 sichersten Ländern der Europäischen Union (EU); Istzustand 2011: 4. Platz [Berechnungsmethode: Mordrate und Übergriffsrate, Vergleich der EU-Mitgliedsstaaten; Quelle: Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) Better Life Index];
- Gesamtkriminalität pro 100.000 EinwohnerInnen: Zielzustand 2013: Unter 7.900; Istzustand Durchschnitt der letzten 10 Jahre (2002 – 2011): 7.174 [Berechnungsmethode: Anzahl angezeigter strafbarer Handlungen (inklusive Straßenverkehr) * 100.000 / Anzahl der EinwohnerInnen; Quelle: Kriminalstatistik des BM.I]

Wirkungsziel 2:
Sicherstellung eines geordneten, rechtsstaatlichen Vollzugs und eines qualitativ hochwertigen Managements in den Bereichen Asyl, der legalen Migration und der Integration.
Warum dieses Wirkungsziel?

Personen, die in ihrer Heimat verfolgt werden oder Tod, Folter oder unmenschliche Behandlung befürchten müssen, sollen so rasch wie möglich Schutz und Aufnahme finden können. Gleichzeitig ist aber auch dem Missbrauch des Asylsystems wirksam entgegenzutreten.
Durch eine geordnete Zuwanderung, die sich am Bedarf und den konkreten Notwendigkeiten der österreichischen Gesellschaft und Wirtschaft orientiert, soll die gegenseitige Akzeptanz sowohl seitens der österreichischen Bevölkerung, als auch bei jenen, die nach Österreich kommen wollen, erhöht werden. Durch Integration soll das Zusammenleben aller in Österreich aufhältigen Menschen, ungeachtet ihrer Migrationsgeschichte, bis hin zur Bildung eines umfassenden Wir-Gefühls, sichergestellt werden.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Vollzug Asylwesen weiter optimieren (siehe Detailbudgets 03.03. Bundesasylamt; 03.01. Betreuung / Grundversorgung);
- Asylmissbrauch noch weiter zurückdrängen (siehe Detailbudgets 03.03. Bundesasylamt; 03.01. Betreuung / Grundversorgung);
- Bedarfsorientierung bei Migration weiter erhöhen (siehe Detailbudget 03.05. Legistik und rechtliche Angelegenheiten);
- Integration zielgerichtet weiter verbessern (siehe Detailbudget 03.02. Integration)

Wie sieht Erfolg aus?
- Bestätigungsquote bei inhaltlichen Asylverfahren: Zielzustand 2013: ≥ 90%; Istzustand 2011: 88% [Berechnungsmethode: Anteil an Bescheidbestätigungen (bei inhaltlichen Verfahren) an der Zahl der Entscheidungen (inhaltliche Verfahren) des Asylgerichtshofs; Quelle: Asylgerichtshof];
- Anteil der kriteriengesteuerten Zuwanderung an der Gesamtzuwanderung nach Österreich: Zielzustand 2013: > 2,9%; Istzustand 2010: 2,72% [Berechnungsmethode: Anteil der vergebenen „Rot-Weiß-Rot – Karten“ gemäß § 41 Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG - in der Fassung des Fremdenrechtsänderungsgesetzes 2011; bis 1.7.2011: Niederlassungsbewilligung Schlüsselkraft) und „Blauen Karten EU“ gemäß § 42 NAG an allen erteilten Erstaufenthaltstiteln für Drittstaatszugehörige; Quelle: Fremdeninformationssystem];
- Subjektives Integrationsklima: Zielzustand 2013: Mehr als 36,4% der Bevölkerung sind der Meinung, dass Integration in Österreich sehr gut oder eher gut funktioniert; Istzustand 2011: 35,5% [Berechnungsmethode: Umfrage mit Stichprobe (Gesamtbevölkerung); Fragestellung: „Ganz allgemein: Glauben Sie, dass die Integration von MigrantInnen in Österreich…funktioniert?“; Skala: 1 – 4 (1 = sehr gut, 2 = eher gut, 3 = eher schlecht, 4 = sehr schlecht); Auswertung der Antwortmöglichkeiten „funktioniert sehr gut“ und „funktioniert eher gut“; Quelle: GfK Austria]

Wirkungsziel 3:
Verbesserter Schutz vor Gewalt, insbesondere gegen Frauen, Minderjährige und SeniorInnen.
Warum dieses Wirkungsziel?
Gewalt in all ihren Ausprägungen nimmt in unserer Gesellschaft zu. Überwiegend Frauen, Minderjährige und SeniorInnen sind Opfer von physischer und psychischer Gewalt im sozialen Naheverhältnis. Ziel ist es durch Präventionsmaßnahmen aufzuklären, Gewaltsituationen zu verhindern und Lösungen anzubieten.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Effektive und zielgruppenorientierte Maßnahmen der Gewaltprävention werden mit Fokus „Gewalt gegen Frauen“ umgesetzt (siehe Detailbudgets 02.01. Landespolizeidirektionen; 02.06. Bundeskriminalamt);
- Schutz der Risikogruppen (Minderjährige, SeniorInnen) vor Gewalt (siehe Detailbudget 02.01. Landespolizeidirektionen)

Wie sieht Erfolg aus?
- Wirksamkeit Betretungsverbot: Zielzustand 2013: ≤ 10%; Istzustand 2011: 10,5% [Berechnungsmethode: Anzahl der Kontrollen, bei denen die durch Betretungsverbot gemäß § 38a Sicherheitspolizeigesetz (SPG) Weggewiesenen in der Wohnung angetroffen werden im Verhältnis zur Anzahl der Gesamtkontrollen; Quelle: Auswertungen Elektronische Dienstdokumentation (EDD), Protokollierungs-, Anzeigen- und Datenmodul (PAD), BM.I]

Wirkungsziel 4:
Förderung des Vertrauens der BürgerInnen in die Leistungen der Sicherheitsexekutive. Sicherheitsdienstleistungen sollen transparent, bedarfsgerecht und zielgruppenorientiert erbracht werden.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die hohe Qualität unserer Leistungen sowie eine transparente Leistungserbringung fördern das Vertrauen der BürgerInnen zur Sicherheitsexekutive. Das Vertrauen der BürgerInnen stärkt den Informationstransfer zwischen Bevölkerung und Sicherheitsexekutive und ermöglicht dieser, Maßnahmen noch rascher und zielgerichteter umsetzen zu können.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Miteinbeziehung der Zivilgesellschaft in die Gestaltung der Inneren Sicherheit. Der Informationstransfer zu den BürgerInnen soll verstärkt werden (siehe Detailbudgets 02.01. Landespolizeidirektionen; 02.08. Zentrale Sicherheitsaufgaben);
- Optimierung und Entwicklung zeitgemäßer Zugangsmöglichkeiten zu den Leistungen des BM.I für BürgerInnen (siehe Detailbudgets 02.05. Katastrophen- und Krisenmanagement; 04.01. Gedenkstättenwesen; 04.03. Bau-/Liegenschaften [zentrale Dienste]; 04.04. KIT [zentrale Dienste])

Wie sieht Erfolg aus?

- Zufriedenheitsindex mit den Leistungen des BM.I: Zielzustand 2013: Über 75% der Bevölkerung beurteilt die Kompetenz / das Auftreten / die Serviceorientierung von MitarbeiterInnen des BM.I bei der Leistungserbringung mit „sehr gut“ oder „eher gut“; Istzustand 2011: 83% - männlich 81%, weiblich 85% [Berechnungsmethode: Fragestellungen: Wie beurteilen Sie die Kompetenz / das Auftreten / die Serviceorientierung von MitarbeiterInnen des BM.I bei der Leistungserbringung Ausstellen Führerscheine / Aufnahme Diebstahlsanzeige / Durchführung Präventionsveranstaltungen?; Skala: 1 – 4 (1 = sehr gut, 2 = eher gut, 3 = eher schlecht, 4 = sehr schlecht; Stichprobe LeistungsempfängerInnen (373, davon männlich 176, davon weiblich 197); Quelle: Umfrage zur subjektiven Sicherheit des BM.I];
- Nutzung Webauftritte BM.I: Zielzustand 2013: Die Anzahl der BesucherInnen der vom BM.I betriebenen Homepages liegt über 85.000 pro 100.000 EinwohnerInnen; Istzustand 2011: 82.870 [Berechnungsmethode: Anzahl BesucherInnen der Seiten www.bmi.gv.at, www.epac.at, www.bundespolizei.gv.at, www.bak.gv.at *100.000 / Anzahl der EinwohnerInnen; Quelle: Aufzeichnungen BM.I]

Wirkungsziel 5:
Erhöhung der Nachhaltigkeit der Organisation und der Produktivität des Sicherheitsdienstleisters BM.I durch qualitativ gut ausgebildete und motivierte MitarbeiterInnen.
Warum dieses Wirkungsziel?
Eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Organisation soll beste Voraussetzungen für effiziente und flexible Arbeitsabläufe und Prozesse bilden. MitarbeiterInnenengagement und –motivation sind entscheidend für eine bestmögliche Dienstleistung und die Basis für alle erbrachten internen und externen Leistungen. Personalentwicklung und Anreizsysteme sind bedarfsgerecht und sozialverträglich zu gestalten: Leistung soll sich lohnen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Konsolidierung der zentralen Arbeits- und Aufgabenorganisation (siehe Detailbudgets 01.01. Steuerung; 03.04. Zivildienst);
- Technologie des BM.I effizient und nachhaltig gestalten (siehe Detailbudget 04.04. KIT [zentrale Dienste]);
- Ressourcenbereitstellung bedarfsgerecht gestalten (siehe Detailbudgets 04.03. Bau-/Liegenschaften [zentrale Dienste]; 04.05. Sonstige Serviceleistungen);
- Erhöhung der Praxisorientierung in Aus- und Fortbildung für Bedienstete des BM.I zur weiteren Professionalisierung der Leistungserbringung (siehe Detailbudgets 01.02. Sicherheitsakademie; 04.02. BAK);
- Vorbereitungen für das neue Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)
Wie sieht Erfolg aus?
- MitarbeiterInnenengagement: Zielzustand 2013: Der MitarbeiterInnenengagementindex des BM.I liegt nicht unter 65; Istzustand 2011: 77 - männlich 77, weiblich 77 [Berechnungsmethode: Auswertung Fragestellungen: „Ich fühle mich mit meiner Dienststelle sehr verbunden“, Es liegt mir viel an der Zukunft meiner Dienststelle“, „Ich setze mich gerne über das von mir erwartete Maß ein, um eine Aufgabe erfolgreich zu erledigen“, „Auch wenn mir jemand ein gutes Jobangebot machen würde, bliebe ich zum derzeitigen Zeitpunkt im BM.I“; Skala: 0% – 100% Zustimmung; Berechnung des arithmetischen Mittelwerts, Vollerhebung MitarbeiterInnen des BM.I (5.533 Antworten, davon männlich 4.497, davon weiblich 1.036); Quelle: MitarbeiterInnenbefragung des Bundes 2011, Sonderteil des BM.I];
- Direktleistungen für BürgerInnen: Zielzustand 2013: Die MitarbeiterInnen des BM.I erbringen mindestens 80% ihrer Leistungen direkt für die BürgerInnen; Istzustand 2011: 81,7% [Berechnungsmethode: Beschäftigungsausmaß in Vollbeschäftigungsäquivalenten (VBÄ) in externen Leistungen gemäß der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) zur Gesamtbeschäftigung in VBÄ; Quelle: KLR, BM.I];
- Frauenanteil in der Sicherheitsexekutive: Zielzustand 2013: Der Anteil weiblicher Bediensteter an der Gesamtanzahl der MitarbeiterInnen innerhalb der Sicherheitsexekutive liegt bei 14%; Istzustand 2011: 12,9% (Istzustand 2011 Anteil weibliche Vertragsbedienstete mit Sondervertrag (VBS – vormals AspirantInnen) an Gesamtanzahl der VBS: 28,4%) [Berechnungsmethode: Durchschnittlicher Anteil weiblicher VBÄ an Gesamtanzahl VBÄ innerhalb der Sicherheitsexekutive; Quelle: BM.I]

Untergliederung 11 Inneres

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	112,191		
Erträge	**112,191**		
Personalaufwand	1.892,788		
Transferaufwand	122,173		
Betrieblicher Sachaufwand	503,440		
Aufwendungen	**2.518,401**		
Nettoergebnis	**-2.406,210**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	112,191	109,294	121,928
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,066	1,069	2,410
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,622	1,624	1,695
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**114,879**	**111,987**	**126,032**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2.364,471	2.309,457	2.154,038
Auszahlungen aus Transfers	122,173	139,289	127,814
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	16,456	19,948	11,062
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,926	1,467	2,014
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.505,026**	**2.470,161**	**2.294,927**
Nettogeldfluss	**-2.390,147**	**-2.358,174**	**-2.168,895**

Untergliederung 11 Inneres
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 11 Inneres**	GB 11.01 Steuerung	GB 11.02 Sicherheit	GB 11.03 Recht/Asyl/ Integr.	GB 11.04 Services/ Kontrolle
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	112,191	1,194	89,439	16,085	5,473
Erträge	**112,191**	**1,194**	**89,439**	**16,085**	**5,473**
Personalaufwand	1.892,788	45,207	1.781,645	29,336	36,600
Transferaufwand	122,173	0,720	20,390	100,554	0,509
Betrieblicher Sachaufwand	503,440	15,851	230,582	83,922	173,085
Aufwendungen	**2.518,401**	**61,778**	**2.032,617**	**213,812**	**210,194**
Nettoergebnis	**-2.406,210**	**-60,584**	**-1.943,178**	**-197,727**	**-204,721**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 11 Inneres**	GB 11.01 Steuerung	GB 11.02 Sicherheit	GB 11.03 Recht/Asyl/ Integr.	GB 11.04 Services/ Kontrolle
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	112,191	1,194	89,439	16,085	5,473
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,066	0,005	1,047	0,007	0,007
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,622	0,085	1,416	0,040	0,081
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**114,879**	**1,284**	**91,902**	**16,132**	**5,561**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2.364,471	59,999	1.985,936	112,745	205,791
Auszahlungen aus Transfers	122,173	0,720	20,390	100,554	0,509
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	16,456	0,310	9,325	0,191	6,630
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,926	0,085	1,714	0,037	0,090
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.505,026**	**61,114**	**2.017,365**	**213,527**	**213,020**
Nettogeldfluss	**-2.390,147**	**-59,830**	**-1.925,463**	**-197,395**	**-207,459**

Globalbudget 11.01 Steuerung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,194		
Erträge	**1,194**		
Personalaufwand	45,207		
Transferaufwand	0,720		
Betrieblicher Sachaufwand	15,851		
Aufwendungen	**61,778**		
Nettoergebnis	**-60,584**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,194	1,181	1,630
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005	0,005	0,022
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,085	0,085	0,601
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,284**	**1,271**	**2,254**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	59,999	59,517	202,957
Auszahlungen aus Transfers	0,720	0,820	1,694
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,310	0,347	1,185
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,085	0,079	0,330
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**61,114**	**60,763**	**206,166**
Nettogeldfluss	**-59,830**	**-59,492**	**-203,912**

Globalbudget 11.01 Steuerung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Weitere Optimierung der internationalen Vernetzung und Intensivierung des grenzüberschreitenden Sicherheitsmanagements (siehe Detailbudgets 01.01. Steuerung; 02.02. Auslandseinsätze; 02.07. Flugpolizei).	Anzahl laufende Kooperationen mit Drittstaaten: 2013 liegt die Gesamtanzahl von Abkommen und Kooperationsformen Österreichs mit Staaten der EU, Drittstaaten, der UNO und dem EUROPARAT bei 420. Anteil Kooperationen in Schwerpunktregionen: Der Anteil von Kooperationen in Schwerpunktregionen (Westbalkan, Südosteuropa, östliche Nachbarstaaten der Europäischen Union, sowie Partnerländer des Forum Salzburg) gemäß jährlicher internationaler Strategie des BM.I liegt 2013 über 56%.	419 (Stichtag 31.12.2011) 55,4% (Stichtag 31.12.2011)
WZ 5	Konsolidierung der zentralen Arbeits- und Aufgabenorganisation (siehe Detailbudgets 01.01. Steuerung; 03.04. Zivildienst).	Anteil Kernleistungen an den Gesamtleistungen: Im Jahr 2013 liegt der Anteil der durch MitarbeiterInnen des BM.I erbrachten Leistungsstunden für Kernleistungen an der Gesamtanzahl der Leistungsstunden bei zumindest 91%. Anteil Steuerungsleistungen an operativen Leistungen: Im Jahr 2013 liegt der Anteil von Steuerungsleistungen (entspricht der internen Leistung „Leitung“ gemäß KLR) an den operativen Leistungen (entspricht der Summe der externen Leistungen gemäß KLR) nicht über 7,5%.	90% (Jahr 2011) 8% (Jahr 2011)
WZ 5	Erhöhung der Praxisorientierung in Aus- und Fortbildung für Bedienstete des BM.I zur weiteren Professionalisierung der Leistungserbringung (siehe Detailbudgets 01.02. Sicherheitsakademie; 04.02. BAK).	Bewertung der Praxistauglichkeit durch Vorgesetzte: Die seitens der Sicherheitsakademie angebotenen Kurse (Grundausbildungen Verwaltung und Exekutive sowie Seminare zwecks beruflicher Weiterbildung) werden im Jahr 2013 seitens der Vorgesetzten von Kurs- beziehungsweise SeminarabsolventInnen hinsichtlich ihrer Praxistauglichkeit nicht schlechter als mit 2,0 (Schulnote) bewertet. Bewertung der Praxisorientierung durch AbsolventInnen:	Aufgrund des derzeitigen Systemaufbaus sind für das Jahr 2011 keine Daten verfügbar. 2,4 (Schulnote)

		Die seitens der Sicherheitsakademie angebotenen Kurse (Grundausbildungen Verwaltung und Exekutive sowie Seminare zwecks beruflicher Weiterbildung) werden im Jahr 2013 seitens der Kurs- beziehungsweise SeminarabsolventInnen hinsichtlich ihrer Praxistauglichkeit nicht schlechter als mit 2,2 (Schulnote) bewertet.	

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Dienstzuteilungen nur im unbedingt notwendigen Ausmaß (Bund 2008/3)
2. Entwurf und Umsetzung eines strategischen Konzepts für das Wissensmanagement (Bund 2011/8)
3. Bündelung der Verantwortlichkeit für die Organisation des Wissensmanagements in der Zentralleitung bei einer Stelle (Bund 2011/8)
4. Evaluierung der Tätigkeit der Verbindungsbeamten sowie der Zweckmäßigkeit der Destinationen nach einem Jahr im Empfangsstaat sowie nach Ende jeder Entsendungsperiode (Bund 2007/16)
5. Entwicklung eines Konzepts über Rückkehrperspektiven von Verbindungsbeamten unter Einbeziehung der erworbenen Erfahrungen und Kenntnisse (Bund 2007/16)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu Empfehlung 1: Die im BM.I verfügten Dienstzuteilungen sind Teil eines Systems, dass die Bewältigung der sich ständig ändernden Kriminalitätslagebilder sicherstellt, ohne dabei ausschließlich auf den Personalstand der örtlichen Kräfte zurückzugreifen. Damit wird das verfügbare Personal zielgerichtet und bedarfsangepasst eingesetzt, wobei jede erforderliche Dienstzuteilung selbstverständlich auf ihre dienstliche Notwendigkeit geprüft wird.
Zu Empfehlung 2: Ein Konzept für eine ressortweite Wissensstrategie mit Terminologie, Vorgehensweisen und Methoden zur Formulierung strategischer Ziele bzw. von Wissenszielen wurde entwickelt und befindet sich derzeit in Umsetzung.
Zu Empfehlung 3: Die Kompetenzen für Wissensmanagement wurden der Sicherheitsakademie (SIAK) mittels Geschäftseinteilung übertragen; im SIAK / Zentrum für Unterrichtsmedien (ZUM) wird eine koordinierende Stelle für Wissensmanagement eingerichtet; in den Landespolizeidirektionen werden Büros für Wissensmanagement eingerichtet.
Zu Empfehlung 4: Empfehlung wurde umgesetzt. Die Tätigkeit der VerbindungsbeamtInnen wird jeweils nach dem ersten und dem dritten Jahr evaluiert, die Zweckmäßigkeit der Destination generell jährlich.
Zu Empfehlung 5: Das Rückkehrkonzept wurde insoweit umgesetzt als rückkehrenden VerbindungsbeamtInnen Einzelfalllösungen angeboten werden.

Globalbudget 11.01 Steuerung
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 11.01 Steuerung**	DB 11.01.01 Zentralstelle	DB 11.01.02 SIAK
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,194	0,194	1,000
Erträge	**1,194**	**0,194**	**1,000**
Personalaufwand	45,207	22,939	22,268
Transferaufwand	0,720	0,038	0,682
Betrieblicher Sachaufwand	15,851	9,834	6,017
Aufwendungen	**61,778**	**32,811**	**28,967**
Nettoergebnis	**-60,584**	**-32,617**	**-27,967**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 11.01 Steuerung**	DB 11.01.01 Zentralstelle	DB 11.01.02 SIAK
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,194	0,194	1,000
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005		0,005
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,085	0,061	0,024
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,284**	**0,255**	**1,029**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	59,999	32,080	27,919
Auszahlungen aus Transfers	0,720	0,038	0,682
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,310	0,010	0,300
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,085	0,057	0,028
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**61,114**	**32,185**	**28,929**
Nettogeldfluss	**-59,830**	**-31,930**	**-27,900**

Globalbudget 11.02 Sicherheit

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	89,439		
Erträge	**89,439**		
Personalaufwand	1.781,645		
Transferaufwand	20,390		
Betrieblicher Sachaufwand	230,582		
Aufwendungen	**2.032,617**		
Nettoergebnis	**-1.943,178**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	89,439	86,533	104,552
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,047	1,050	2,388
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,416	1,418	0,938
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**91,902**	**89,001**	**107,878**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.985,936	1.925,547	1.801,062
Auszahlungen aus Transfers	20,390	21,110	21,239
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	9,325	11,573	8,905
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,714	1,255	1,671
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.017,365**	**1.959,485**	**1.832,877**
Nettogeldfluss	**-1.925,463**	**-1.870,484**	**-1.725,000**

Globalbudget 11.02 Sicherheit

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Bekämpfung der Kriminalität insbesondere durch Optimierung der Tatortarbeit und bedarfsorientierte sichtbare polizeiliche Präsenz.	AFIS, DNA Spuren: Im Jahr 2013 liegt der Anteil der verwertbaren Spuren an der Gesamtzahl der gesicherten (Fingerabdrücke aus automatisierten Fingerabdruckidentifizierungs-system, AFIS) und ausgewerteten Spuren (DNA) bei bekannt gewordenen gerichtlich strafbaren Handlungen (Eigentumsdelikte) bei zumindest 33%. Fußstreifen und Kontrollen: Die Summe der für Fußstreifen und Kontrollen verwendeten Arbeitsstunden liegt im Jahr 2013 bei 3,8 Millionen. „Kriminalstatistik Neu“ (Projekt): Bis zum 31.12.2013 ist die Vereinheitlichung des Schlagwortkataloges für die Erfassungssysteme (Protokollierungs-, Anzeigen- und Datenmodul, Sicherheitsmonitor, Kriminalpolizeilicher Aktenindex und Kriminalstatistik) abgeschlossen. „Cyber Crime Competence Centre“ (C4) [Projekt: Das C4 wird als Zentralstelle für die koordinierte Bekämpfung von Internetkriminalität im Bundeskriminalamt eingerichtet]. Bis September 2013 wird der Probebetrieb des C4 mit einer Meldestelle für Internetkriminalität eingerichtet.	AFIS, DNA Spuren: 33% (Jahr 2011) Fußstreifen und Kontrollen: 3,7 Millionen (Jahr 2011) „Kriminalstatistik Neu“ (Projekt): Die Pilotstudie betreffend die Kommunikations- und Medienstrategie für die Kriminalstatistik Neu ist in Zusammenarbeit mit der Universität Wien abgeschlossen. „Cyber Crime Competence Centre“ (Projekt): Die Projektplanung ist abgeschlossen und das Projekt befindet sich in der Umsetzungsphase.
WZ 1	Fremdenpolizeiliche Maßnahmen zielgerichtet gestalten (siehe Detailbudgets 02.01. Landespolizeidirektionen; 02.04. Grenz-, Visa- und Rückführungswesen).	Freiwillige Rückkehren: Der Anteil der freiwilligen Rückkehren an der Gesamtzahl der Außerlandesbringungen (exklusive Dublinüberstellungen) liegt im Jahr 2013 bei 60%.	55% (Jahr 2011)
WZ 4	Miteinbeziehung der Zivilgesellschaft in die Gestaltung der Inneren Sicherheit. Der Informationstransfer zu den BürgerInnen soll verstärkt werden (siehe Detailbudgets 02.01. Landespolizeidirektionen; 02.08. Zentrale Sicherheitsaufgaben).	„Bürgerbeteiligung Next Generation“ (Projekt): Bis 31.12.2013 wird die Homepage „Sichere Gemeinde“ erstellt. „Polizei.Macht. Menschen.Rechte“ (Projekt): Bis 31.12.2013 wird ein	„Bürgerbeteiligung Next Generation“ (Projekt): Die Projektplanung ist abgeschlossen. „Polizei.Macht. Menschen.Rechte“ (Projekt): Entwicklungsteams zur

		Kompetenzentwicklungsmodell für die MitarbeiterInnen der Exekutive zur Sensibilisierung in Hinblick auf die Menschenrechte erarbeitet.	Evaluierung und Weiterentwicklung menschenrechtsrelevanter Themenkreise sind eingerichtet.
WZ 3	Effektive und zielgruppenorientierte Maßnahmen der Gewaltprävention werden mit Fokus „Gewalt gegen Frauen“ umgesetzt (siehe Detailbudgets 02.01. Landespolizeidirektionen; 02.06. Bundeskriminalamt).	Anzahl der erreichten TeilnehmerInnen bei Präventions-veranstaltungen mit dem Themenbereich „Gewalt gegen Frauen“: Die Anzahl erreichter TeilnehmerInnen liegt im Jahr 2013 über 3.000. Anzahl Präventions – veranstaltungen: Die Anzahl der Präventionsveranstaltungen mit Fokus „Gewalt gegen Frauen“ liegt im Jahr 2013 über 120.	2.877 (Jahr 2011) 113 (Jahr 2011)
WZ 3	Schutz der Risikogruppen (Minderjährige, SeniorInnen) vor Gewalt (siehe Detailbudget 02.01. Landespolizeidirektionen).	Kinderpolizei (http://www.kinderpolizei.at) – Anzahl (neuer) KinderpolizistInnen pro Kalenderjahr: Die Anzahl neuer KinderpolizistInnen liegt im Jahr 2013 bei 32.000. Anzahl spezifischer Präventions-veranstaltungen: Die Anzahl der Präventionsveranstaltungen mit Fokus „Gewalt gegen Minderjährige und SeniorInnen“ liegt im Jahr 2013 nicht unter dem Ausgangswert von 2011 (zumindest 2.041).	32.000 (Jahr 2011 - Hochrechnung auf Basis der Daten 01.04.2011 – 31.12.2011) 2.041 (Jahr 2011)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Rückführung der ausbildungsfremd verwendeten Exekutivbeamtinnen und Exekutivbeamten in den exekutiven Außendienst; Realisierung eines Personaleinsatzkonzeptes (Bund 2008/3)
2. Entwicklung eines Einsatzleitsystems mit integriertem Digitalfunk (Bund 2010/6)
3. Überprüfung der Dienstzeitsysteme auf Flexibilität und Bedarfsgerechtigkeit der Dienstplanung (Bund 2010/6)
4. Einrichtung einer zentralen Leitstelle pro Bundesland (Bund 2010/6)
5. Zusammenführung der Polizeiinspektionen in Wien zu je einer Zentralinspektion pro Gemeindebezirk (Bund 2010/11)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
Zu Empfehlung 1: Der Empfehlung wurde durch entsprechende Organisationsmaßnahmen nachgekommen. Insbesondere darf auf die erfolgte Reorganisation des Büros für Budget, Logistik und Infrastruktur der BPD Wien - verwendungs-gruppenkonforme Ausrichtung der Arbeitsplatzstruktur, wesentliche Reduzierung der Arbeitsplätze - und die Neuausrichtung der sicherheitsbehördlichen Strukturen (Landespolizeidirektionen) verwiesen werden.
Zu Empfehlung 2, 4: Maßnahmen – Umsetzung einer bundesweit einheitlichen Leitstellenstruktur; 1 Leitstelle pro Bundesland ist eingeleitet. In diesem Zusammenhang ist das BM.I bestrebt, die Einführung eines bundesweit einheitlichen Einsatzleitsystems auf Basis des neuen TETRA-Digitalfunknetzes voranzutreiben.
Zu Empfehlung 3: Das BM.I ist grundsätzlich bestrebt, im Sinne einer flexiblen und bedarfsgerechten Dienstplanung Optimierungsmaßnahmen im Rahmen des Dienstzeitmanagements in noch höherem Ausmaß voranzutreiben.
Zu Empfehlung 5: Das seitens des BM.I vertretene Konzept basiert auf einer, den laufenden Entwicklungen und Anforder-ungen gerecht werdenden, sukzessiven Umsetzung stimmiger und vorausblickend tatsächlich realisierbarer Optimierungs-maßnahmen. Das BM.I wird daher, den Intentionen der Anregungen des RH grundsätzlich folgend, diesen Anpassungsprozess mit entsprechender Ausrichtung der Organisation, der dienstbetrieblichen Abläufe, der infrastrukturellen und personellen

Dimensionierung sowie des Führungsaufbaues unter sorgfältiger Abwägung der bereits dargelegten maßgeblichen Kriterien einerseits und den externen Anforderungen bzw. sonstigen kommunalpolitischen Faktoren andererseits vorantreiben.

Globalbudget 11.02 Sicherheit
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 11.02 Sicherheit**	DB 11.02.01 LPDionen	DB 11.02.02 AE	DB 11.02.03 EKO-Cobra	DB 11.02.04 Grenz/Visa/ Rück
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	89,439	76,603	0,013	0,290	2,889
Erträge	**89,439**	**76,603**	**0,013**	**0,290**	**2,889**
Personalaufwand	1.781,645	1.642,680	3,077	32,919	3,950
Transferaufwand	20,390	9,288	0,003	0,035	4,230
Betrieblicher Sachaufwand	230,582	183,482	0,104	5,798	4,580
Aufwendungen	**2.032,617**	**1.835,450**	**3,184**	**38,752**	**12,760**
Nettoergebnis	**-1.943,178**	**-1.758,847**	**-3,171**	**-38,462**	**-9,871**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 11.02 Sicherheit**	DB 11.02.01 LPDionen	DB 11.02.02 AE	DB 11.02.03 EKO-Cobra	DB 11.02.04 Grenz/Visa/ Rück
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	89,439	76,603	0,013	0,290	2,889
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,047	1,010	0,001	0,008	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,416	1,211	0,001	0,023	0,009
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**91,902**	**78,824**	**0,015**	**0,321**	**2,898**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.985,936	1.807,091	3,178	37,554	8,475
Auszahlungen aus Transfers	20,390	9,288	0,003	0,035	4,230
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	9,325	6,895	0,017	0,143	0,003
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,714	1,514	0,002	0,033	0,008
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.017,365**	**1.824,788**	**3,200**	**37,765**	**12,716**
Nettogeldfluss	**-1.925,463**	**-1.745,964**	**-3,185**	**-37,444**	**-9,818**

DB 11.02.05 SKKM	DB 11.02.06 BK	DB 11.02.07 Flupo	DB 11.02.08 Zentr. SAufg.
3,637	0,040	0,010	5,957
3,637	**0,040**	**0,010**	**5,957**
1,086	49,051	6,384	42,498
4,652	1,250	0,020	0,912
1,196	17,455	8,590	9,377
6,934	**67,756**	**14,994**	**52,787**
-3,297	**-67,716**	**-14,984**	**-46,830**

DB 11.02.05 SKKM	DB 11.02.06 BK	DB 11.02.07 Flupo	DB 11.02.08 Zentr. SAufg.
3,637	0,040	0,010	5,957
0,001	0,011	0,002	0,014
0,002	0,092	0,011	0,067
3,640	**0,143**	**0,023**	**6,038**
2,227	64,405	12,240	50,766
4,652	1,250	0,020	0,912
0,009	0,940	0,358	0,960
0,001	0,069	0,005	0,082
6,889	**66,664**	**12,623**	**52,720**
-3,249	**-66,521**	**-12,600**	**-46,682**

Globalbudget 11.03 Recht/Asyl/Integration

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	16,085		
Erträge	**16,085**		
Personalaufwand	29,336		
Transferaufwand	100,554		
Betrieblicher Sachaufwand	83,922		
Aufwendungen	**213,812**		
Nettoergebnis	**-197,727**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	16,085	16,087	10,353
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,007	0,007	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,040	0,040	0,009
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**16,132**	**16,134**	**10,362**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	112,745	103,429	90,272
Auszahlungen aus Transfers	100,554	116,860	104,155
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,191	0,198	0,077
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,037	0,037	0,013
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**213,527**	**220,524**	**194,517**
Nettogeldfluss	**-197,395**	**-204,390**	**-184,155**

Globalbudget 11.03 Recht/Asyl/Integration

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 2	Vollzug Asylwesen weiter optimieren (siehe Detailbudgets 03.03. Bundesasylamt; 03.01. Betreuung / Grundversorgung).	Verfahrensdauer Bundesasylamt: 2013 werden 80% der Verfahren innerhalb von 6 Monaten erledigt (Dauer „Antragstellung“ bis „Bescheidexpedierung“ beziehungsweise „Einstellung des Verfahrens“). Durchschnittliche Dauer in der Grundversorgung (GVS): Die durchschnittliche Anzahl der Versorgungstage aller zum Stichtag 31.12.2013 grundversorgten Personen liegt unter 800 Tagen.	82,2% (Jahr 2011) 936 (Jahr 2011)
WZ 2	Asylmissbrauch noch weiter zurückdrängen (siehe Detailbudgets 03.03. Bundesasylamt; 03.01. Betreuung / Grundversorgung).	Identifizierte Leistungsmissbrauchsfälle - Grundversorgung: Der Anteil der im Zuge des Missbrauchscontrollings identifizierten Leistungsmissbrauchsfälle an der im Jahr 2013 durchschnittlichen Anzahl grundversorgter Personen liegt zwischen 3,5% und 4%. Verfahrensdauer Bundesasylamt - Sichere Herkunftsstaaten: Die Dauer von „Asylantragstellung“ bis „Bescheidexpedierung“ bei negativen inhaltlichen Entscheidungen der I. Instanz betreffend Personen aus sicheren Herkunftsstaaten beträgt im Jahr 2013 höchstens 48 Tage.	3,93% (Jahr 2011) 43,2 Tage (Stand: Jänner – September 2011)
WZ 2	Bedarfsorientierung bei Migration weiter erhöhen (siehe Detailbudget 03.02. Integration).	Anteil erteilte „Rot-Weiß-Rot – Karten plus“ an ehemalige InhaberInnen einer „Rot-Weiß-Rot – Karte“: Anteil jener Personen, welchen im Jahr 2013 eine „Rot-Weiß-Rot – Karte plus“ ausgestellt wurde (kann erteilt werden, wenn die/der MigrantIn mindestens 10 Monate nach Erteilung der „Rot-Weiß-Rot - Karte“ qualifiziert tätig war) an der Anzahl der im Jahr 2012 ausgegebenen „Rot-Weiß-Rot – Karten“ (Aufenthaltstitel für hochqualifizierte MigrantInnen, Fachkräfte in Mangelberufen und sonstige Schlüsselkräfte). Aufgrund des Inkrafttretensdatums (01.07.2011) sind für das Jahr 2013 derzeit	Aufgrund des Inkrafttretensdatums (01.07.2011) sind für das Jahr 2011 keine Daten verfügbar.

		noch keine Daten abschätzbar.	
WZ 2	Integration zielgerichtet weiter verbessern (siehe Detailbudget 03.02. Integration).	Evaluierung „Nationaler Aktionsplan für Integration“ (NAP.I): Bis zum 31.12.2013 wird der 3. Integrationsbericht inklusive dem dazugehörigen statistischen Jahrbuch (entspricht der Evaluierung des NAP.I) veröffentlicht.	Veröffentlichung des Maßnahmenkatalogs (entspricht den Empfehlungen des Expertenrates für die weitere Umsetzung der Handlungsfelder des Nationalen Aktionsplans für Integration) und des ersten Integrationsberichts.
		Anteil der „Förderungen für den Spracherwerb“ an den „Förderungen für Integration gesamt“: Der Anteil der spezifischen Förderungen zur Verbesserung des Spracherwerbs von MigrantInnen an den Gesamtfördermitteln für Integration liegt im Jahr 2013 zumindest bei 36%.	29,7% (Jahr 2011)
		Anteil „Förderungen Integration“ an „Förderungen gesamt“ der Sektion III: Der Anteil der „Förderungen für Integration“ am „Gesamtvolumen an Förderungen“ der Sektion III (Recht/Asyl/Integration) des Bundesministeriums für Inneres beträgt 2013 zumindest 62%.	60,2% (Jahr 2011)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Definition des zentralen Melderegisters als führendes Register für Personalstammdaten; andere Register sollten zumindest bei jeder Neuanlage und Änderung von Personendaten einen Abgleich mit den Daten des ZMR vornehmen. (Bund 2012/5)
2. Schaffung der Möglichkeit mittels eines entsprechenden Gesetzesvorschlags im Meldegesetz, sich im behördlichen Verfahren auf bestehende Eintragungen im Zentralen Melderegister berufen zu können. (Bund 2012/5)
3. Verpflichtende Abfrage im Personenstandsregister für Behörden, um Bürger künftig von einer Vorlage von Personenstandsdokumenten im Zuge von Behördenverfahren zu entlasten. (Bund 2012/5)
4. Einigung über Durchführungsbestimmungen zur Abrechnung von Grundversorgungskosten im Bereich der Flüchtlingsbetreuung (Bund 2007/01)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu Empfehlung 1, 2, 3: Das BM.I verfolgt die Strategie, das Zentrale Personenstandsregister (ZPR) als führendes Register für Personenstammdaten zu definieren. Um über § 17 E-Government-Gesetz hinausgehende Verpflichtungen zum Abgleich von Personendaten durch registerführende Stellen bzw. Ermächtigungen zur Berufung auf bestehende Eintragungen im ZPR und im Zentralen Melderegister (ZMR) zu schaffen, wird es einer Änderung der gesetzlichen Grundlagen bedürfen. Dies wird mittelfristig im Projekt „Zentrales Personenstandsregister“ zu berücksichtigen sein. Das ZPR wird voraussichtlich mit 01.04.2013 zur Verfügung stehen.

Zu Empfehlung 4: Die elektronische Abrechnung hat sich eingespielt und erfolgt programmtechnisch einwandfrei. Somit wird der bestehende Entwurf der Durchführungsbestimmungen (DFB) in der Praxis bereits funktionierend umgesetzt. Der RH Empfehlung wurde demnach nachgekommen. Eine formelle Einigung über die DFB wird weiterhin wegen zwei inhaltlichen Auffassungsunterschieden mit den Ländern zur Abrechnungslogik (Kostentragung und Kostenteilung) behindert. Fortschritte konnten dahingehend erzielt werden, dass mittlerweile in einer inhaltlichen Frage Einigung gefunden werden konnte. Derzeitiger Stand ist, dass das Abrechnungsmodul der Grundversorgungs-Datenbank gemäß dieser Einigung neu aufgesetzt

wird und die entsprechende Programmierung in vollem Gange ist. Die verbleibende Frage hat keine Auswirkungen auf die gut funktionierende elektronische Abrechnung. Deren Behandlung wurde für die Zukunft vertagt.

Globalbudget 11.03 Recht/Asyl/Integration
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 11.03 Recht/Asyl/ Integr.**	DB 11.03.01 Betr./GV	DB 11.03.02 Integration	DB 11.03.03 BAA	DB 11.03.04 ZD
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	16,085	4,856	8,173	0,009	3,033
Erträge	**16,085**	**4,856**	**8,173**	**0,009**	**3,033**
Personalaufwand	29,336	3,464	1,424	15,037	1,711
Transferaufwand	100,554	57,300	32,256	0,026	3,847
Betrieblicher Sachaufwand	83,922	23,237	3,724	6,803	48,290
Aufwendungen	**213,812**	**84,001**	**37,404**	**21,866**	**53,848**
Nettoergebnis	**-197,727**	**-79,145**	**-29,231**	**-21,857**	**-50,815**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 11.03 Recht/Asyl/ Integr.**	DB 11.03.01 Betr./GV	DB 11.03.02 Integration	DB 11.03.03 BAA	DB 11.03.04 ZD
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	16,085	4,856	8,173	0,009	3,033
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,007	0,003		0,001	0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,040	0,006	0,010	0,011	0,004
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**16,132**	**4,865**	**8,183**	**0,021**	**3,039**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	112,745	26,613	5,086	21,635	49,979
Auszahlungen aus Transfers	100,554	57,300	32,256	0,026	3,847
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,191	0,173		0,014	0,003
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,037	0,003	0,019	0,006	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**213,527**	**84,089**	**37,361**	**21,681**	**53,829**
Nettogeldfluss	**-197,395**	**-79,224**	**-29,178**	**-21,660**	**-50,790**

DB 11.03.05 Legistik
0,014
0,014
7,700
7,125
1,868
16,693
-16,679

DB 11.03.05 Legistik
0,014
0,001
0,009
0,024
9,432
7,125
0,001
0,009
16,567
-16,543

Globalbudget 11.04 Services/Kontrolle

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5,473		
Erträge	**5,473**		
Personalaufwand	36,600		
Transferaufwand	0,509		
Betrieblicher Sachaufwand	173,085		
Aufwendungen	**210,194**		
Nettoergebnis	**-204,721**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5,473	5,493	5,392
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,007	0,007	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,081	0,081	0,147
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**5,561**	**5,581**	**5,539**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	205,791	220,964	59,747
Auszahlungen aus Transfers	0,509	0,499	0,725
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	6,630	7,830	0,895
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,090	0,096	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**213,020**	**229,389**	**61,367**
Nettogeldfluss	**-207,459**	**-223,808**	**-55,828**

Globalbudget 11.04 Services/Kontrolle

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 4	Optimierung und Entwicklung zeitgemäßer Zugangsmöglichkeiten zu den Leistungen des BM.I für BürgerInnen (siehe Detailbudgets 02.05. Katastrophen- und Krisenmanagement; 04.01. Gedenkstättenwesen; 04.03. Bau-/Liegenschaften [zentrale Dienste]; 04.04. KIT [zentrale Dienste]).	Anzahl BusinesskundInnen des Zentralen Melderegisters: 2013 liegt die Anzahl der BusinesskundInnen des zentralen Melderegisters (KundInnen welche gemäß § 16 Meldegesetz Onlineabfragen im Register durchführen dürfen) bei zumindest 4.250. „Zentrales Personenstandsregister“ (Projekt): Bis 01.04.2013 ist die technische Umsetzung des Zentralen Personenstandsregisters abgeschlossen.	Anzahl BusinesskundInnen des Zentralen Melderegisters: 4.183 (Stand: November 2011) „Zentrales Personenstandsregister“ (Projekt): Bis 31.01.2012 wurde das Lastenheft fertiggestellt.
WZ 5	Technologie des BM.I effizient und nachhaltig gestalten (siehe Detailbudget 04.04. KIT [zentrale Dienste]).	„AIX HOST“ (Projekt): Bis 31.12.2013 sind die zwei Systemplattformen des BM.I konsolidiert und eine Evaluierung der anfallenden Kosten zu den Leistungen wurde durchgeführt. Durchschnittliche Betriebskosten je PC: Im Jahr 2013 liegen die jährlichen Betriebskosten pro im BM.I betriebenen PC weiterhin unter € 1.910; Quelle SAP und KLR, BM.I.	Die zwei bestehenden Leistungspartnerschafts-verträge betreffend die Systemplattformen AIX und HOST sind konsolidiert. € 1.905 (Jahr 2011)
WZ 5	Ressourcenbereitstellung bedarfsgerecht gestalten (siehe Detailbudgets 04.03. Bau-/Liegenschaften [zentrale Dienste]; 04.05. Sonstige Serviceleistungen).	Fuhrparkkennzahl: Die durchschnittlichen Kosten pro gefahrenem Kilometer liegen im Jahr 2013 nicht über € 0,415; Quelle SAP und KLR, BM.I.	€ 0,410 (Jahr 2011)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Im Sonderfall einer laufenden IT–Applikationsentwicklung jährliche Erhebung der Anforderungen und kostenmäßige Bewertung sowie Sicherstellung der Kontinuität einer mehrjährigen Entwicklung im Wege eines Rahmenvertrags mit einer Unternehmung (Bund 2011/9)
2. Eine elektronische Schnittstelle zwischen PAD und ELAK wäre einzurichten. (Bund 2011/9)
3. Vor der Neueintragung eines Personenstammdatensatzes wäre ein Suchlauf in der IT–Applikation PAD bzw. eine automatisierte Abfrage des Zentralen Melderegisters durchzuführen, um Fehler bei der Schreibweise bzw. Mehrfacherfassungen von Personenstammdatensätzen zu verhindern. (Bund 2011/9)
4. IT-mäßige Vernetzung von BMI und BMJ (Bund 2011/6)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu Empfehlung 1: Dieser Empfehlung wurde im Rahmen des Vergabeverfahrens VStV-neu (Verwaltungsstrafverfahren-neu) / PAD-NG (Protokollierungs-, Anzeige-, und Datenmodul New Generation) voll Rechnung getragen.
Zu Empfehlung 2: Als Basistechnologie für PAD-NG wird der im Rahmen des Projekts EDIS II (Erkennungsdienstliches Informationssystem) entwickelte BM.I-Layer eingesetzt, der bereits eine Schnittstelle zum ELAK hat.
Zu Empfehlung 3: Im BM.I-Layer ist eine direkte Abfragemöglichkeit im ZMR berücksichtigt.
Zu Empfehlung 4: Die Vernetzung BM.I/BMJ wird ein wesentlicher Bestandteil des ersten Moduls von PAD-NG sein.

Globalbudget 11.04 Services/Kontrolle
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 11.04 Services/ Kontrolle**	DB 11.04.01 Gedenkst.	DB 11.04.02 BAK	DB 11.04.03 Bau/Liegensch.	DB 11.04.04 KIT
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5,473	0,227	0,001	0,150	4,965
Erträge	**5,473**	**0,227**	**0,001**	**0,150**	**4,965**
Personalaufwand	36,600	1,107	6,793	1,101	14,672
Transferaufwand	0,509	0,057	0,003	0,001	0,058
Betrieblicher Sachaufwand	173,085	1,898	1,014	74,593	87,949
Aufwendungen	**210,194**	**3,062**	**7,810**	**75,695**	**102,679**
Nettoergebnis	**-204,721**	**-2,835**	**-7,809**	**-75,545**	**-97,714**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 11.04 Services/ Kontrolle**	DB 11.04.01 Gedenkst.	DB 11.04.02 BAK	DB 11.04.03 Bau/Liegensch.	DB 11.04.04 KIT
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5,473	0,227	0,001	0,150	4,965
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,007	0,002			0,004
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,081	0,002	0,011	0,002	0,028
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**5,561**	**0,231**	**0,012**	**0,152**	**4,997**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	205,791	2,866	7,714	75,679	100,101
Auszahlungen aus Transfers	0,509	0,057	0,003	0,001	0,058
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	6,630	0,099	0,054	0,003	6,203
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,090		0,009		0,048
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**213,020**	**3,022**	**7,780**	**75,683**	**106,410**
Nettogeldfluss	**-207,459**	**-2,791**	**-7,768**	**-75,531**	**-101,413**

DB 11.04.05 Sonst. Serviceleist.
0,130
0,130
12,927
0,390
7,631
20,948
-20,818

DB 11.04.05 Sonst. Serviceleist.
0,130
0,001
0,038
0,169
19,431
0,390
0,271
0,033
20,125
-19,956

Untergliederung 12 Äußeres

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir unterstützen ÖsterreicherInnen, die im Ausland in Notsituationen geraten, vertreten die österreichischen Interessen in der EU und in der Welt, stärken Österreich als Amtssitz und Konferenzort, vermitteln ein zeitgemäßes Österreichbild im Ausland und leisten unseren Beitrag zur Bekämpfung von Armut sowie zur Festigung von Frieden und Sicherheit.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**3,664**	**3,667**	**4,725**
Auszahlungen fix	402,645	402,645	422,815	416,564
Summe Auszahlungen	**402,645**	**402,645**	**422,815**	**416,564**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-398,981**	**-419,148**	**-411,838**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	3,995		
Aufwendungen	407,315		
Nettoergebnis	**-403,320**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Optimierung der Hilfestellung für in Not geratene ÖsterreicherInnen im Ausland sowie der Betreuung der ständig im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen
Warum dieses Wirkungsziel?
Das Motto „Weltweit für Sie da“ entspricht dem Selbstverständnis über zu erbringende Leistungen und den steigenden Erwartungen der BürgerInnen. Der Schutz österreichischer StaatsbürgerInnen sowie ihres Vermögens im Ausland und die Vermittlung von Rechts- und Amtshilfe sind dabei vorrangig. Vor dem Hintergrund, dass ÖsterreicherInnen in der globalisierten Welt immer mobiler werden, steigt die konsularische Arbeit und die Notwendigkeit der konsularischen Präsenz ständig. Die ÖsterreicherInnen unternehmen im Jahr ca. 10 Millionen Auslandsreisen; über 450.000 österreichische StaatsbürgerInnen halten sich für einen längeren Zeitraum im Ausland auf. Krisen- und Katastrophenszenarien betreffen immer mehr ÖsterreicherInnen im Ausland. Aufgrund des geltenden Völkerrechts und der bestehenden EU-Verträge liegt die Wahrnehmung konsularischer Tätigkeiten weiterhin vorrangig in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
-Verbesserung der für die AuslandsösterreicherInnen sowie die österreichischen Reisenden relevanten Informationen (Inhalt ebenso wie Kommunikationsfluss), u.a. durch Nutzung neuer Medien und Technologien;
-Betreuung von österreichischen StaatsbürgerInnen, die in ausländischen Haftanstalten inhaftiert sind (Erhöhung der Anzahl von Haftbesuchen, Errichtung von Haftdepots, Weiterleiten von Haftpaketen);
-Optimierung des konsularischen Krisen- und Katastrophenmanagements; dies betrifft z.B. die Zusammenarbeit mit EU-Partnern, die Ausweitung des Schulungsangebotes im konsularischen Bereich oder die Optimierung der Krisenvorsorgepläne.
Wie sieht Erfolg aus?
Anzahl der Internetaufrufe betreffend die für AuslandsösterreicherInnen (AÖ) sowie österreichische Reisende relevanten Webinhalte:
Zielzustand 2013: 1.128.000 Zugriffe, Istzustand 2011 1.415.833 Zugriffe [Berechnungsmethode: Anzahl der Zugriffe betreffend die für AÖ und österreichische Reisende relevanten Webinhalte; Quelle: BMeiA] **Anmerkung:** Der Istzustand 2011 mit rund 1,42 Mio. Zugriffen liegt statistisch auf Grund mehrerer außergewöhnlicher konsularischer Krisensituationen (Nordafrika, Japan) über der Norm. Die Zielvorgabe orientiert sich daher an der Anzahl der Zugriffe aus dem Jahr 2010.
Anzahl der von der Bürgerservice-Hotline betreuten Anrufe
Zielzustand 2013: 13.000 Istzustand 2011: 14.805
[Berechnungsmethode: Anzahl der von der Hotline des Bürgerservice betreuten Anrufe; Quelle: BMeiA.]
Anmerkung: Der Istzustand 2011 mit rund 15.000 Anrufen liegt statistisch auf Grund mehrerer außergewöhnlicher konsularischer Krisensituationen (Nordafrika, Japan) über der Norm. Die Zielvorgabe orientiert sich daher an der Anzahl der Anrufe aus dem Jahr 2010.

Wirkungsziel 2:

Sicherstellung der außen- und sicherheitspolitischen sowie der europa- und wirtschaftspolitischen Interessen Österreichs in Europa und in der Welt. Umfassende Stärkung der Rechte von Frauen und Kindern durch geeignete internationale Instrumente.

Warum dieses Wirkungsziel?

Österreich versteht sich als aktives Mitglied der internationalen Gemeinschaft, das im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Weiterentwicklung von Frieden, Sicherheit, sowie der Wahrung von Menschenrechten und Rechtssicherheit in Europa und in der Welt beiträgt. Die aktive Mitwirkung im multilateralen Kontext ist dabei wesentlicher Bestandteil. Österreich bekennt sich zum europäischen Einigungswerk, zur Mitgliedschaft in der EU und zu einer aktiven Rolle Österreichs bei der Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses. Die Mitgliedschaft Österreichs in der EU hat sich als wertvoller und positiver Faktor für die erfolgreiche Entwicklung Österreichs bewährt. Dies soll Fortbestand haben, weshalb es gilt, Österreichs Position in der EU weiter zu stärken und die Möglichkeiten und Chancen, die die EU bietet, optimal zu nützen. Darüber hinaus soll dazu beigetragen werden, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Österreich abzusichern. Der Einsatz für Menschenrechte, die Stärkung der Rechte von Frauen und Kindern und die gezielte Förderung von Frauen in Friedensprozessen stellt eine langjährige Priorität der österreichischen Außenpolitik dar und ist im aktuellen Regierungsprogramm festgelegt.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

-Pflege und Weiterentwicklung der bilateralen und multilateralen Beziehungen Österreichs, inkl. der Vertragsbeziehungen sowie Umsetzung europa-, außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischer Interessen, wie etwa durch die Durchführung regelmäßiger Treffen auf politischer und BeamtInnenenebene;

-Aktive Teilnahme an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Betreuung außenpolitischer Aspekte der Beteiligung an friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen und im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden;

-Koordinierung und Vertretung der Interessen Österreichs auf allen Ebenen des diesbezüglichen europäischen Entscheidungs- und Rechtssetzungsprozesses, insbesondere in den relevanten Formationen des Rates der EU sowie Fortsetzung und Ausbau der Informationsarbeit und des Dialogs mit den österreichischen BürgerInnen zur EU;

-Einbringen/Förderung des Zustandekommens von Initiativen (z.B. Resolutionen, Erklärungen, Schlussfolgerungen, Leitlinien, Richtlinien, Verordnungen) zur Stärkung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Kindern auf bilateraler Ebene sowie im Rahmen der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen (Vereinte Nationen, OSZE, Europarat etc.) und der EU

- Förderung von Institutionen und Projekten zur Umsetzung europa-, außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischer Interessen

Wie sieht Erfolg aus?

Anzahl der unter inhaltlicher Federführung des BMeiA vorbereiteten Staatsbesuche und Arbeitstreffen oberster Staatsorgane

Geschätzter Zielzustand 2013: 335; Istzustand 2011: 305. [Berechnungsmethode: Anzahl der jährlich unter inhaltlicher Federführung des BMeiA vorbereiteten Staatsbesuche, Arbeitstreffen etc. des Herrn Bundespräsidenten, des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Vizekanzlers und des Herrn Staatssekretärs, sowie anderer Regierungsmitglieder im Inland wie im Ausland; Quelle: BMeiA] **Anmerkung:** Teilweise abhängig von den Staatsbesuchen und Arbeitstreffen des Herrn Bundespräsidenten und anderer Fachressorts.

Anzahl der Initiativen zur Umsetzung des Wirkungszieles im Rahmen von europäischen und internationalen Foren, wie z.B. EU-Ministerräte sowie sonstige multilaterale Treffen auf MinisterInnenebene im Zuständigkeitsbereich des BMeiA

Geschätzter Zielzustand 2013: 235; Istzustand 2011: 233. [Berechnungsmethode: Ermittlung der Gesamtzahl; Quelle: Statistik des BMeiA]

Anzahl der Initiativen zur Stärkung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Kindern, die Österreich eingebracht oder an denen Österreich aktiv mitgearbeitet hat

Geschätzter Zielzustand 2013: 29, davon 5, die insbesondere die Rechte von Frauen und 5 die insbesondere die Rechte von Kindern stärken; Istzustand 2011: 29, davon 5, die insbesondere die Rechte von Frauen und 5 die insbesondere die Rechte von Kindern stärken. [Berechnungsmethode: Ermittlung der Gesamtzahl; Quelle: Statistik des BMeiA, Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der VN-SR-Resolution 1325]

Anzahl von Maßnahmen zur Förderung österreichischer Wirtschaftsinteressen gegenüber Drittländern (zB. Vorsprache bei Behörden, Beratung von Firmen)

Geschätzter Zielzustand 2013: 1300; Istzustand 2011: 1052. [Berechnungsmethode: Ermittlung der Gesamtzahl; Quelle: Statistik des BMeiA]

Zielgerichtete Vergabe der für das Finanzjahr budgetierten operativen Fördermittel im Einklang mit der außenpolitischen Schwerpunktsetzung, Zielzustand 2013: 100%; Istzustand 2011: 100% [Berechnungsmethode: Ermittlung der im Einklang mit den Qualitätskriterien umgesetzten Fördermittel im Verhältnis zu den budgetierten Mitteln. Quelle: BMeiA].

Wirkungsziel 3:

Weiterer Ausbau des Standortes Österreich als Amtssitz und Konferenzort sowie der Beziehungen zu den Internationalen Organisationen und Institutionen sowie deren RepräsentantInnen in Österreich

Warum dieses Wirkungsziel?
Der Amtssitz Österreich soll zur weiteren Festigung der internationalen Rolle Österreichs und auch im Interesse der lokalen Wirtschaft gestärkt werden.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
-Aktive Vertretung der Gastlandinteressen hinsichtlich Zurverfügungstellung von Konferenzräumlichkeiten, Instandhaltung des Vienna International Center sowie diverser Forderungen und Erwartungen seitens der int. Organisationen an das Gastland;
-Betreibung von Neuansiedlungen von internationalen Institutionen zwecks Entwicklung Wiens zu einem globalen Kompetenzzentrum mit Schwerpunkt in den Bereichen Abrüstung und nukleare Sicherheit, Energie und interreligiöser Dialog. Stärkung des Amtssitzes Wien durch die Unterstützung der Errichtung diplomatischer Vertretungen von Entwicklungsländern;
-Organisation und Unterstützung von Konferenzen zur Weiterentwicklung außenpolitischer Prioritäten mit Schwerpunkt Abrüstung und nukleare Sicherheit, Energie, Schutz der Menschenrechte und dem interreligiösen Dialog
Wie sieht Erfolg aus?
Anzahl der Internationalen Organisationen und Institutionen mit Sitz in Österreich
Zielzustand 2013: Internationale Organisationen: 36; Institutionen mit speziellem Status: 14 und Istzustand 2011: Internationale Organisationen: 36; Institutionen mit speziellem Status: 14. [Berechnungsmethode: Auswertung der Gesamtheit der Internationalen Organisationen und Institutionen mit Sitz in Österreich; Quelle: BMeiA]
Anzahl der im Rahmen des Ansiedlungsprojekts unterstützten Botschaften aus Entwicklungsländern
Zielzustand 2013: 8 und Istzustand 2011: 8. [Berechnungsmethode: Auswertung der Gesamtheit der im Rahmen des Ansiedlungsprojekts unterstützten Botschaften aus Entwicklungsländern; Quelle: BMeiA]
Anzahl der Konferenztage der in Österreich ansässigen Internationalen Organisationen
Zielzustand 2013: 6.220; Istzustand 2011: 6.220. [Berechnungsmethode: Auswertung der Gesamtheit der Konferenztage der in Österreich ansässigen Internationalen Organisationen; Quelle: BMeiA]
Anzahl der organisierten bzw. unterstützten internationalen Konferenzen in Österreich
Zielzustand 2013: 29 und Istzustand 2011: 29. [Berechnungsmethode: Auswertung der Gesamtheit der organisierten bzw. unterstützten internationalen Konferenzen; Quelle: BMeiA]

Wirkungsziel 4:
Nachhaltige Verringerung der Armut, Festigung von Frieden und menschlicher Sicherheit, sowie Erhaltung der Umwelt in den Partnerländern im Rahmen der bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie den Bedürfnissen von Kindern und Menschen mit Behinderung wird dabei in besonderer Weise Rechnung getragen.
Warum dieses Wirkungsziel?
Österreich engagiert sich in Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft solidarisch in der Bekämpfung der Armut, für Frieden und Demokratie und für den Erhalt der Umwelt und der natürlichen Ressourcen. Österreich leistet mit seiner vorhandenen Expertise und langjährigen Erfahrung einen effektiven Beitrag zum Erreichen der Milleniums-Entwicklungsziele (MDGs) der Vereinten Nationen. Insbesondere wird dabei die gleichberechtigte Teilhabe und Mitsprache von Frauen und Männern am Entwicklungsprozess gefördert. Dies ist für die Armutsbekämpfung in den Partnerländern wesentlich und trägt auch zu geschlechtersensiblen Lösungen bei der Anpassung an und beim Umgang mit dem Klimawandel bei. Dabei können Synergien mit den Zielen und Bemühungen anderer Stakeholder (z.B. Finanzministerium, Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst, Parlament; Nichtregierungsorganisationen; Privatwirtschaft) hergestellt werden.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
-Durchführung und Förderung von Projekten und Programmen der Armutsminderung in den Schwerpunktländern der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA);
-Ausbau von Gender Expertise bei Führungskräften und MitarbeiterInnen im Programmbereich sowie in den Kooperationsbüros der österr. Entwicklungszusammenarbeit und systematische Verankerung der Dimension Gleichstellung in strategischen Dokumenten und Projekten und Programmen der OEZA;
-Förderung von Projekten für Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderungen durch die OEZA;
-Einbeziehung der Partnerländer der OEZA in die Erstellung von Landesstrategien, um ihre Mitverantwortung für die Umsetzung dieser Strategien sicherzustellen.
Wie sieht Erfolg aus?
Prozentsatz der Vorhaben, die Zugang zu Wasser, Land, sowie Basisdienstleistungen (Gesundheits- und Rechtsdienste, Bildung) ermöglichen, Einkommen schaffen und Armut verringern.
Zielzustand 2013: 60%; Istzustand 2011: 51%. [Berechnungsmethode: Prozentanteil der Vorhaben an den Gesamtvorhaben; Quelle: ADA-Statistik].

Anteil der Programme/Projekte der OEZA zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern

Zielzustand 2013: Projekte/Programme mit OECD Gender Marker 1 (Gender als wichtiger Aspekt im Projekt integriert) oder Gender Marker 2 (Gender-spezifisches Projekt) auf 75 % erhöht; Istzustand 2011: 41%. [Berechnungsmethode: Projekte entsprechend OECD Gender Equality Policy Marker 1 oder 2; Quelle: ADA-Statistik - Jahresmeldung an den Entwicklungshilfeausschuss der OECD].

Die für die Finanzierung von neuen und laufenden Projekten im Jahr 2013 budgetierten operativen Mittel sind in Übereinstimmung mit den für die OEZA gültigen Qualitätskriterien zum Jahresende umgesetzt.

Zielzustand 2013: 93%; Istzustand 2011: 93%. [Berechnungsmethode: Jahresabschluss und Jahresbericht der ADA; Quelle: ADA-Statistik].

Die Landesstrategien für Kosovo, Georgien und Armenien stimmen nachvollziehbar mit den Entwicklungsplänen dieser Partnerländer überein.

Istzustand 2011: Drei Erstentwürfe der Strategien als Verhandlungsbasis mit den drei Partnerländern liegen vor.

[Quelle: BMeiA/ADA: Unterzeichnung der Strategie durch das Partnerland bestätigt Übereinstimmung.]

Wirkungsziel 5:
Prägung eines innovativ-kreativen Österreichbildes im Rahmen der Auslandskulturpolitik. Dem europäischen Grundsatz „Einheit in der Vielfalt“ sowie dem interkulturellen und interreligiösen Dialog wird dabei in besonderer Weise Rechnung getragen.
Warum dieses Wirkungsziel?
Es ist vor allem die Kultur, die das Bild Österreichs in der Welt prägt. Der Fokus der Auslandskulturarbeit liegt auf der Vermittlung der zeitgemäßen Aspekte des kulturellen und wissenschaftlichen Schaffens. Damit soll erreicht werden, dass Österreich mit seiner reichen Geschichte international auch als zukunftsweisendes Land wahrgenommen wird. Die mit Tradition und Innovation verbundenen Wertigkeiten und Leistungen sind in Österreich identitätsstiftend und geeignet für den Export und den internationalen Dialog. Österreich hat ein vitales Interesse an einer gedeihlichen Weiterentwicklung der europäischen Integration, daher auch die Mitwirkung der österreichischen Auslandskultur an partnerschaftlichen EU-Kulturprojekten, die das europäische Bewusstsein stärken sollen. Im Hinblick auf die Vermittlung von Frieden und Sicherheit leistet die österreichische Auslandskultur mit Initiativen zu Themen des interkulturellen und interreligiösen Dialogs Beiträge zur Erweiterung des Wissens über andere Kulturen und zum Abbau von Stereotypen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
-Pflege und Weiterentwicklung effizienter Netzwerke der österreichischen Auslandskulturinstitutionen;
-Durchführung und Unterstützung kultureller und wissenschaftlicher Projekte weltweit und in Österreich mittels der Kulturpolitischen Sektion des BMeiA, der Kulturforen, der Botschaften und Konsulate, der Österreich-Bibliotheken und der Österreich-Institute;
-Darstellung der Schwerpunktthemen: Österreich als innovativ-kreatives Land, Betonung des europäischen Grundsatzes „Einheit in der Vielfalt“ und mit Beiträgen zum interkulturellen und interreligiösen Dialog;
-Ab 2011 Setzung der geographischen Schwerpunkte: Donauraum, Schwarzmeerregion und Westbalkan. Sektorielle Schwerpunkte: Tanz und Architektur.
Wie sieht Erfolg aus?
Anzahl der Veranstaltungen der österreichischen Auslandskulturinstitutionen (Kulturpolitische Sektion des BMeiA, Kulturforen, Botschaften, Konsulate, Österreich-Bibliotheken, Österreich-Institute), die unterstützt oder organisiert werden. Zielzustand 2013: 5000; Istzustand 2011: 4.644 [Berechnungsmethode: Auswertung Veranstaltungsberichte, Quelle: BMeiA].
Anzahl der KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen, die im Ausland präsentiert werden. Zielzustand 2013 Steigerung des Frauenanteils um 10% oder mehr bis Ende 2013; Istzustand 2011: 6.708 Männer, 2.565 Frauen. [Berechnungsmethode: Auswertung der Veranstaltungsberichte, Quelle: BMeiA]

Anzahl der Orte, an denen Veranstaltungen durchgeführt werden. Zielzustand 2013: 800; Istzustand 2011: 800. [Berechnungsmethode: Auswertung der Veranstaltungsberichte, Quelle: BMeiA]

Anzahl der Kooperationspartner für kulturelle und wissenschaftliche Projekte im Ausland
Zielzustand 2013: 3.420 und Istzustand 2011: 3.420 . [Berechnungsmethode: Auswertung der Veranstaltungsberichte, Quelle: BMeiA]

Untergliederung 12 Äußeres

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,835		
Finanzerträge	0,160		
Erträge	**3,995**		
Personalaufwand	124,111		
Transferaufwand	173,340		
Betrieblicher Sachaufwand	109,864		
Aufwendungen	**407,315**		
Nettoergebnis	**-403,320**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,478	3,482	4,525
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,101	0,100	0,126
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,085	0,085	0,074
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,664**	**3,667**	**4,725**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	222,318	234,490	212,199
Auszahlungen aus Transfers	173,340	181,080	198,471
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	6,889	7,147	5,815
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,098	0,098	0,079
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**402,645**	**422,815**	**416,564**
Nettogeldfluss	**-398,981**	**-419,148**	**-411,838**

Untergliederung 12 Äußeres
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 12 Äußeres**	GB 12.01 Außenpol. Planung	GB 12.02 Außenpol. Maßn.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,835	3,834	0,001
Finanzerträge	0,160	0,160	
Erträge	**3,995**	**3,994**	**0,001**
Personalaufwand	124,111	124,111	
Transferaufwand	173,340	7,054	166,286
Betrieblicher Sachaufwand	109,864	109,864	
Aufwendungen	**407,315**	**241,029**	**166,286**
Nettoergebnis	**-403,320**	**-237,035**	**-166,285**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 12 Äußeres**	GB 12.01 Außenpol. Planung	GB 12.02 Außenpol. Maßn.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,478	3,477	0,001
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,101	0,101	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,085	0,085	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,664**	**3,663**	**0,001**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	222,318	222,318	
Auszahlungen aus Transfers	173,340	7,054	166,286
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	6,889	6,889	
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,098	0,098	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**402,645**	**236,359**	**166,286**
Nettogeldfluss	**-398,981**	**-232,696**	**-166,285**

Globalbudget 12.01 Außenpolitische Planung, Infrastruktur u. Koordination

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,834		
Finanzerträge	0,160		
Erträge	**3,994**		
Personalaufwand	124,111		
Transferaufwand	7,054		
Betrieblicher Sachaufwand	109,864		
Aufwendungen	**241,029**		
Nettoergebnis	**-237,035**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,477	3,481	4,525
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,101	0,100	0,126
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,085	0,085	0,074
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,663**	**3,666**	**4,725**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	222,318	233,363	211,241
Auszahlungen aus Transfers	7,054	7,301	6,948
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	6,889	7,147	5,815
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,098	0,098	0,079
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**236,359**	**247,909**	**224,082**
Nettogeldfluss	**-232,696**	**-244,243**	**-219,357**

Globalbudget 12.01 Außenpolitische Planung, Infrastruktur u. Koordination

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Optimierung des konsularischen Krisen- und Katastrophenmanagements; dies betrifft z.B. die Zusammenarbeit mit EU-Partnern, die Ausweitung des Schulungsangebotes im konsularischen Bereich oder die Optimierung der Krisenvorsorgepläne.	Anzahl der von der Bürgerservice-Hotline betreuten Anrufe Zielzustand 2013: 13.000	Istzustand 2011: 14.805 Anmerkung: Der Istzustand 2011 mit rund 15.000 Anrufen liegt statistisch auf Grund mehrerer außergewöhnlicher konsularischer Krisensituationen (Nordafrika, Japan) über der Norm. Die Zielvorgabe orientiert sich daher an der Anzahl der Anrufe aus dem Jahr 2010.
WZ 2	Pflege und Weiterentwicklung der bilateralen und multilateralen Beziehungen Österreichs, inkl. der Vertragsbeziehungen sowie Umsetzung europa-, außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischer Interessen, wie etwa durch die Durchführung regelmäßiger Treffen auf politischer und BeamtInnenenebene	Anzahl der unter inhaltlicher Federführung des BMeiA vorbereiteten Staatsbesuche und Arbeitstreffen oberster Staatsorgane Zielzustand 2013: 335 Anmerkung: Teilweise abhängig von den Staatsbesuchen und Arbeitstreffen des Herrn Bundespräsidenten und anderer Fachressorts.	Istzustand 2011: 305
WZ 2	Einbringen/Förderung des Zustandekommens von Initiativen (z.B. Resolutionen, Erklärungen, Schlussfolgerungen, Leitlinien, Richtlinien, Verordnungen) zur Stärkung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Kindern auf bilateraler Ebene sowie im Rahmen der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen (Vereinte Nationen, OSZE, Europarat etc.) und der EU	Anzahl der Initiativen zur Stärkung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Kindern, die Österreich eingebracht oder an denen Österreich aktiv mitgearbeitet hat Zielzustand 2013: 29, davon 5, die insbesondere die Rechte von Frauen und 5 die insbesondere die Rechte von Kindern stärken.	Istzustand 2011: 29, davon 5, die insbesondere die Rechte von Frauen und 5 die insbesondere die Rechte von Kindern stärken.
WZ 3	Organisation und Unterstützung von Konferenzen zur Weiterentwicklung außenpolitischer Prioritäten mit Schwerpunkt Abrüstung und nukleare Sicherheit, Energie, Schutz der Menschenrechte und dem interreligiösen Dialog	Anzahl der unterstützten bzw. organisierten internationalen Konferenzen in Österreich Zielzustand 2013: 29	Istzustand 2011: 29
WZ 5	Durchführung und Unterstützung kultureller und wissenschaftlicher Projekte weltweit und in Österreich	Anzahl der Veranstaltungen der österreichischen Auslandskulturinstitutionen (Kulturpolitische Sektion des BMeiA, Kulturforen, Botschaften, Konsulate, Österreich-Bibliotheken, Österreich-Institute), die unterstützt oder	Istzustand 2011: 4.644

		organisiert werden Zielzustand 2013: 5000	

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Einheitliche und überprüfbare Standards für die Verwendung der Zuschläge für Öffentlichkeitsarbeit und Kontaktpflege an allen Österreichischen Vertretungen im Ausland (Bund 2008/5)
2. Hinwirken auf Reduzierung des Personalstands und Zusammenlegung von Fachbereich bei der ständigen Vertretung Österreichs bei der EU in Brüssel (Bund 2010/9)
3. Nutzung gemeinsamer Infrastruktur bei österreichischen Vertretungen im Ausland, z.B. Österreichische Botschaft in Belgien und die Ständige Vertretung Österreichs bei der EU (Bund 2010/9)
4. Klare und einheitliche Regelung der Zusammenarbeit mit allen Institutionen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die Ständige Vertretung Österreichs bei der EU entsenden (Bund 2010/9)
5. Errichtung weiterer gemeinsamer Schengen–Visa–Stellen (Bund 2011/5)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
Zu 1: Das im Gegenstand zuständige BKA erachtet die Schaffung einer ges. Grundlage für nicht erforderlich
Zu 2: Personalverringerung/Zusammenlegung Fachbereiche:
- Das BMeiA wird die Empfehlung umsetzen
- Kritik im Hinblick auf den Personalstand trifft nicht auf BMeiA zu
- Es besteht laut BMG Ressortprinzip, damit Materientrennung
- Fraglich wegen unterschiedlicher Expertise, Qualifikation, Zuständigkeit, Weisungsbefugnis und Fachaufsicht

Zu 3: Im Lichte der aktuellen Einsparungsdebatte (Stabilitätspaket 2012 – 2016) wird derzeit seitens des BMeiA die Möglichkeit geprüft, ob eine Eingliederung der Botschaft in das Gebäude der Ständigen Vertretung technisch machbar wäre und welche Synergien dabei erzielt werden könnten.
Zu 4: Die Empfehlung wird umgesetzt
Zu 5: Verstärkte Kooperationen mit Schengenpartnern werden diskutiert. Mangels Budgetmittel kann Ö dzt. selbst keine Projekte initiieren. Dem BE „Schengen House“ Kinshasa ist Ö beigetreten. Weitere Angebote gibt es momentan nicht.

Globalbudget 12.01 Außenpolitische Planung, Infrastruktur u. Koordination
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 12.01 Außenpol. Planung**	DB 12.01.01 Zentralstelle	DB 12.01.02 Vertretungs behörden
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,834	0,677	3,157
Finanzerträge	0,160		0,160
Erträge	**3,994**	**0,677**	**3,317**
Personalaufwand	124,111	37,750	86,361
Transferaufwand	7,054	5,067	1,987
Betrieblicher Sachaufwand	109,864	26,216	83,648
Aufwendungen	**241,029**	**69,033**	**171,996**
Nettoergebnis	**-237,035**	**-68,356**	**-168,679**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 12.01 Außenpol. Planung**	DB 12.01.01 Zentralstelle	DB 12.01.02 Vertretungs behörden
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,477	0,444	3,033
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,101	0,010	0,091
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,085	0,065	0,020
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,663**	**0,519**	**3,144**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	222,318	62,371	159,947
Auszahlungen aus Transfers	7,054	5,067	1,987
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	6,889	0,266	6,623
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,098	0,068	0,030
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**236,359**	**67,772**	**168,587**
Nettogeldfluss	**-232,696**	**-67,253**	**-165,443**

Globalbudget 12.02 Außenpolitische Maßnahmen im europ. und intern. Rahmen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001		
Erträge	**0,001**		
Transferaufwand	166,286		
Aufwendungen	**166,286**		
Nettoergebnis	**-166,285**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001	0,001	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,001**	**0,001**	
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit		1,127	0,958
Auszahlungen aus Transfers	166,286	173,779	191,523
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**166,286**	**174,906**	**192,482**
Nettogeldfluss	**-166,285**	**-174,905**	**-192,482**

Globalbudget 12.02 Außenpolitische Maßnahmen im europ. und intern. Rahmen

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 4	Durchführung und Förderung von Projekten und Programmen der Armutsminderung in den Schwerpunktländern der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA).	Prozentsatz der Vorhaben, die Zugang zu Wasser, Land, sowie Basisdienstleistungen (Gesundheits- und Rechtsdienste, Bildung) ermöglichen, Einkommen schaffen und Armut verringern. Zielzustand 2013: 60%	Istzustand 2011: 51%.
WZ 4	Einbeziehung der Partnerländer der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) in die Erstellung von Landesstrategien, um ihre Mitverantwortung für die Umsetzung dieser Strategien sicherzustellen.	Die Landesstrategien für Kosovo, Georgien und Armenien stimmen nachvollziehbar mit den Entwicklungsplänen dieser Partnerländer überein.	Istzustand 2011: Erstentwürfe der Strategien als Verhandlungsbasis mit den drei Partnerländern liegen vor.
WZ 4	Förderung von Projekten für Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderungen durch die OEZA	Anteil der Programme/Projekte der OEZA zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Zielzustand 2013: Projekte/Programme mit OECD Gender Marker 1 (Gender als wichtiger Aspekt im Projekt integriert) oder Gender Marker 2 (Gender-spezifisches Projekt) auf 75 % erhöht.	Istzustand 2011: 41%.
WZ 2	Förderung von Institutionen und Projekten zur Umsetzung europa-, außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischer Interessen	Zielgerichtete Vergabe der für das Finanzjahr budgetierten operativen Fördermittel im Einklang mit der außenpolitischen Schwerpunktsetzung, Zielzustand: 100%	Istzustand 2011: 100%

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Räumliche Eingliederung von Koordinationsbüros der Austrian Development Agency in Österreichische Vertretungen an gleichen Standorten (Bund 2009/11)
2. Finanzierung administrativer Aufgaben der Austrian Development Agency aus der Basisabgeltung und nicht aus dem operativen Budget (Bund 2009/11)
3. Regelmäßige Rotation bei für Förderungsvergaben zuständigem Personal der Austrian Development Agency (Bund 2009/11)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu 1: Die Anzahl der Büros wurde in den letzten Jahren durch Schließungen stark reduziert (2008: 16 Büros, 2 Außenstellen, 2012: 9 Büros, 1 Außenstelle). Geschlossen wurden Dakar (2009), Praia (2010), Podgorica (2010), Skopje (2010), Sarajewo (2011), Belgrad (2012) und Managua (2012).

Zu 2: Die administrativen Kosten der ADA wurden 2011 und 2012 um jeweils 10% auf Basis Vorjahr gekürzt, für 2013 und 2014 sind Kürzungen im vergleichbaren Ausmaß vorgesehen.

Zu 3: Abteilungsübergreifende Vergabe- und Bewertungskommissionen, deren Zusammensetzung sich gemäß erforderlichem Fachwissen ändert, sind eingerichtet.

Globalbudget 12.02 Außenpolitische Maßnahmen im europ. und intern. Rahmen
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 12.02 Außenpol. Maßn.**	DB 12.02.01 EZA u. AKF	DB 12.02.02 Beitr. an Int. Org.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001	0,001	
Erträge	**0,001**	**0,001**	
Transferaufwand	166,286	82,025	84,261
Aufwendungen	**166,286**	**82,025**	**84,261**
Nettoergebnis	**-166,285**	**-82,024**	**-84,261**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 12.02 Außenpol. Maßn.**	DB 12.02.01 EZA u. AKF	DB 12.02.02 Beitr. an Int. Org.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001	0,001	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,001**	**0,001**	
Auszahlungen aus Transfers	166,286	82,025	84,261
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**166,286**	**82,025**	**84,261**
Nettogeldfluss	**-166,285**	**-82,024**	**-84,261**

Untergliederung 13 Justiz

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir stehen für die Wahrung von Rechtsfrieden und Rechtssicherheit, gewährleisten eine unabhängige Rechtsprechung, handeln unter Achtung der Grund- und Menschenrechte in sozialer Verantwortung und sichern durch unsere Leistungen den Rechts- und Wirtschaftsstandort Österreich

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**921,577**	**812,909**	**901,506**
Auszahlungen fix	1.289,152	1.289,152	1.181,782	1.198,122
Summe Auszahlungen	**1.289,152**	**1.289,152**	**1.181,782**	**1.198,122**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-367,575**	**-368,873**	**-296,616**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	921,162		
Aufwendungen	1.424,719		
Nettoergebnis	**-503,557**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Gewährleistung der Rechtssicherheit und des Rechtsfriedens (durch Vorschläge zur Anpassung und Weiterentwicklung des Rechtssystems im Hinblick auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse).
Warum dieses Wirkungsziel?
Zur Sicherung des Rechtsfriedens und der Rechtssicherheit und damit des Wohlstandes und der Zufriedenheit der Rechtsuntergebenen ist es notwendig, den Rechtsbestand regelmäßig zu bereinigen und den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechend zu überarbeiten. Die Justiz kann dazu das in der Praxis erworbene Fachwissen nutzen, um Gesetzesentwürfe vorzubereiten und Fachexpertise anderen öffentlichen Körperschaften und Institutionen zur Verfügung zu stellen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Erarbeitung von Gesetzesentwürfen und Bereitstellung von Fachexpertise, welche den Anforderungen und Bedürfnissen der Gesellschaft an das Rechtssystem entsprechen, wie die Reform des ABGB und des sonstigen Zivilrechts im Bereich des Erb- und Pflichtteilsrecht
- Erarbeitung von Gesetzesentwürfen in den Bereichen Obsorge-, Besuchs- und Verfahrensrechts in Pflegschaftssachen
- Erarbeitung einer Reform des ABGB im Bereich der Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Wie sieht Erfolg aus?
- Verurteilungsquote Österreichs beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Zivil- und Strafsachen: Zielzustand 2013: 0.00019%; Istzustand 2011: 0.00021% [Berechnungsmethode: Zählung der jährlichen rechtskräftigen Verurteilungen beim EGMR geteilt durch jährlichen innerstaatlichen Gesamtanfall im Justizressort; Quelle: ECHR, Bundesministerium für Justiz, Verfahrensautomation Justiz (VJ)]

Wirkungsziel 2:
Sicherstellung des Zuganges zu Leistungen der Gerichtsbarkeit durch Ausgleich von einkommensmässigen, sozialen und sonstigen Benachteiligungen.
Warum dieses Wirkungsziel?
In Wahrung der Grundrechte und zur Umsetzung der internationalen Verpflichtung, allen Rechtssuchenden „access to justice“, also möglichst uneingeschränkten Zugang zu den Leistungen der Justiz, zu gewähren und der Wahrnehmung der Jus-tiz als Serviceeinrichtung, ist es notwendig, baulich, organisatorisch und inhaltlich die Leistungen der Justiz für alle zugänglich und verständlich zu machen. Auch die durch die zunehmenden internationalen Verflechtungen des täglichen Lebens entstehenden neuen Herausforderungen sollten dabei berücksichtigt werden.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Bauliche Maßnahmen, wie kundenfreundliche und barrierefreie Adaptierung der öffentlichen Räume in Gerichtsgebäuden und zentrale erster Anlaufstellen für Informationen („Servicecenter“, „Infopoint“),
- Abbau von Sprachbarrieren durch verständliche – auch fremdsprachige – Formulare und Gerichtsentscheidungen

- Ausbau/Abbau des Konzeptes der angestellten DolmetscherInnen („Amtsdolmetsch“) entsprechend einer im 2. Hj 2012 durchzuführenden Evaluierung des Pilotbetriebs

Wie sieht Erfolg aus?
- Anzahl der Gerichtsgebäude mit zentraler erster Anlaufstelle für Informationen („Servicecenter“, „Infopoint“): Zielzustand 2013: 22 der genannten Einrichtungen; Istzustand: 11 [Berechungsmethode: Zählung; Quelle: BMJ);
- Inanspruchnahme der elektronischen Formulare unter www.justiz.gv.at: Zielzustand 2013: 1,020.000 jährliche Zugriffe; Istzustand 2011: 969.578 jährliche Zugriffe; [Berechnungsmethode: Zählung der jährlichen Zugriffe auf den Bereich „Formulare“ unter www.justiz.gv.at; Quelle: BMJ]

Wirkungsziel 3:
Objektive, faire und unabhängige Führung und Entscheidung von Verfahren durch Gerichte und Staatsanwaltschaften in angemessener Dauer.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die angemessene Verfahrensdauer bei der Klärung von Konfliktsituationen im zivilrechtlichen Bereich und die strafrechtliche Abklärung von Sachverhalten ist unter Einhaltung der genannten Verfahrensgrundsätze in der öffentlichen Meinung als auch gesellschaftspolitisch von besonderem Interesse für die Wirtschaft und die BürgerInnen Österreichs. Das Vertrauen in eine funktionierende Justiz führt zu Rechtssicherheit, Rechtsfrieden und Stabilität in der Gesellschaft.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Ausbau der Messung und fortlaufende Optimierung der Verfahrensdauer und -abwicklung durch Analyse der Abläufe an Gerichten, die über- oder unterdurchschnittlich lange Verfahrensdauern in streitigen Zivilverfahren aufweisen
- Ausbau der elektronischen Einbringungsmöglichkeit für BürgerInnen, Sachverständige und DolmetscherInnen sowie der elektronischen Zustellungen von Gerichtsentscheidungen

Wie sieht Erfolg aus?
- Position Österreichs im europäischen Vergleich der Verfahrensdauer „streitiger Scheidungssachen“: Zielzustand 2013 : Position 10 von 47; Zielzustand 2014: Position ≤ 10 von 47; Istzustand 2010: Position 10 von 47 [Berechnungsmethode: Evaluierung durch die Kommission für Effizienz der Justiz des Europarates; Quelle: Veröffentlichung des Europarates];
- Anteil der auf elektronischem Weg eingebrachten Exekutionsanträge: Zielzustand 2013: 73%; Zielzustand 2015: 80%; Istzustand 2010: 69% [Berechnungsmethode: Zählung der in einem Jahr elektronisch eingebrachten Anträge im Verhältnis zum Gesamtanfall; Quelle: VJ];
- Anzahl der von Gerichtssachverständigen und -dolmetscher/innen im elektronischen Weg eingebrachten Dokumente: Zielzustand 2013: 3000 Dokumente; Istzustand 2011: 1500 Dokumente [Berechnungsmethode: Zählung der in einem Jahr elektronisch eingebrachten Dokumente; Quelle: VJ);]
- Beschwerdequote bei den Justizombudsstellen: Zielzustand 2013: 0,130%; Istzustand 2010: 0,137% [Berechnungsmethode: jährliche Beschwerden geteilt durch jährlichen Gesamtanfall; Quelle: Betriebliches Informationssystem BIS-Justiz]

Wirkungsziel 4:
Sicherstellung der organisatorischen, personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine geordnete Rechtsverfolgung und –durchsetzung durch die Justizverwaltung
Warum dieses Wirkungsziel?
Eine nachhaltige Gestaltung der Organisation, die den unterschiedlichen Anforderungen der Gesellschaft gerecht wird und die MitarbeiterInnen bei den Anforderungen ihrer Tätigkeit bestmöglich unterstützt, ist für die Erfüllung des Auftrages der Justiz unerlässlich.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Evaluierung und allenfalls Einrichtung der Familiengerichtshilfe, welche die schnelle und nachhaltige Konfliktlösung in Obsorge- und Besuchsrechtsverfahren unterstützen sollen, zur Stärkung der Familiengerichtsbarkeit
- Zielgerichtete und bedarfsmotivierte Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, insbesondere im Bereich der Stärkung der fachlichen und sozialen Kompetenz von MitarbeiterInnen
- Strukturoptimierung in der österreichischen Gerichtsorganisation (Bezirksgericht-Organisationsreform)

Wie sieht Erfolg aus?
- Verfahrensdauer in den Bereichen Obsorge und Besuchsrecht an Standorten mit Familiengerichtshilfe: Zielzustand 2013: Istzustand minus 3.5 % (in Tagen); Istzustand 2012: Zahl Anfang 2013 verfügbar [Berechnungsmethode: Zählung der durchschnittlichen Verfahrensdauer bezogen auf ein Kalenderjahr vom Tag der Antragstellung bis zur Erledigung; Quelle: VJ];

- Beschwerdequote bei den Justizombudsstellen: Zielzustand 2013: 0,130%; Istzustand 2010: 0,137% [Berechnungsmethode: jährliche Beschwerden geteilt durch jährlichen Gesamtanfall; Quelle: Betriebliches Informationssystem BIS-Justiz];
- Anzahl der Bezirksgerichte mit weniger als vier RichterInnen;-Vollzeitäquivalenten; Zielzustand 2013: 128; Istzustand 2011: 141 [Zählung der Gerichte zum 31. Dezember; Quelle: BMJ]

Wirkungsziel 5:
Effektive Durchsetzung von Entscheidungen durch zivil- und strafgerichtlichen Vollzug letzterer unter besonderer Berücksichtigung der Reintegration und Rückfallsprävention sowie der Lebenssituation weiblicher Insassen im Straf- und Maßnahmenvollzug.
Warum dieses Wirkungsziel?
Für einen hohen Grad an Akzeptanz der geltenden Rechtslage und der Verwirklichung der spezial- und generalpräventiven Wirkung von Entscheidungen der Gerichte ist eine rasche und effektive Umsetzung unabdingbar. Der Straf- und Maßnahmenvollzug hat unter Wahrung der sicheren, grund- und menschenrechtskonformen Anhaltung der InsassInnen zu erfolgen. In vier Landesgerichtssprengeln besteht für Frauen im Gegensatz zu Männern nicht die Möglichkeit, im Untersuchungs- bzw. Strafhaft genommen zu werden. Die Haftverbüßung in der Nähe des Lebensmittelpunktes fördert den Erhalt der sozialen Bindungen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Optimierung der Prozesse und Ausbau der IT-Unterstützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Exekutionsverfahren in der Verfahrensautomation Justiz (VJ), mobilen GerichtsvollzieherInnen, und der Integrierten Vollzugsverwaltung (IVV) zur Beschleunigung der Durchsetzung gerichtlicher Entscheidungen.
- Ausbau des Arbeitswesens im Strafvollzug durch verstärkte Orientierung der Arbeitsleistungen an den Bedürfnissen möglicher LeistungsabnehmerInnen
- Schaffung von Haftplätzen für Frauen in Landesgerichtlichen Gefangenenhäusern einschließlich von Beschäftigungsmöglichkeiten und Mutter-Kind-Haftplätzen.

Wie sieht Erfolg aus?
- Effizienter Vollzug von Exekutionsanträgen: Zielzustand 2013: Istzustand minus 3,5 % in Tagen; Istzustand 2011: X Tage – Indikator im Aufbau begriffen [Berechnungsmethode: Zählung der Tage zwischen Einbringung eines Exekutionsantrages und der ersten Vollzugshandlung; Quelle: VJ]
- Beschäftigungsquote Strafhäftlinge: Zielzustand 2013: 2,676 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling; Istzustand 2011: 2,569 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling] [Berechnungsmethode: durchschnittliche tägliche Arbeitszeit pro Häftling, Zeitraum; Quelle: Integrierte Vollzugsverwaltung (IVV)]
- Beschäftigungsquote Untersuchungshäftlinge: Zielzustand 2013: 1,182 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling, Istzustand 2011: 1.135 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling] Berechnungsmethode: durchschnittliche tägliche Arbeitszeit pro Häftling, Quelle: Integrierte Vollzugsverwaltung (IVV)]
- Anzahl der Abteilungen für weibliche Insassen in Hafteinrichtungen der mit Strafsachen befassten Landesgerichte; Zielzustand: 2013: 14 von 16; Istzustand 2011: 12 von 16 [Berechnungsmethode: Zählung der Abteilungen für Frauenvollzug in den Hafteinrichtungen der mit Strafsachen befassten Landesgerichte; Quelle: Vollzugsdirektion]

Untergliederung 13 Justiz

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	921,158		
Finanzerträge	0,004		
Erträge	**921,162**		
Personalaufwand	666,857		
Transferaufwand	64,777		
Betrieblicher Sachaufwand	693,085		
Aufwendungen	**1.424,719**		
Nettoergebnis	**-503,557**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	921,162	812,462	900,771
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,019	0,046	0,047
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,396	0,401	0,688
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**921,577**	**812,909**	**901,506**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.210,591	1.102,660	1.116,873
Auszahlungen aus Transfers	64,777	59,761	59,416
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	13,779	19,345	21,832
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,005	0,016	0,001
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.289,152**	**1.181,782**	**1.198,122**
Nettogeldfluss	**-367,575**	**-368,873**	**-296,616**

Untergliederung 13 Justiz
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 13 Justiz**	GB 13.01 Steuerung u.Services	GB 13.02 Recht-sprechung	GB 13.03 Straf-vollzug
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	921,158	0,086	875,193	45,879
Finanzerträge	0,004			0,004
Erträge	**921,162**	**0,086**	**875,193**	**45,883**
Personalaufwand	666,857	17,694	451,779	197,384
Transferaufwand	64,777	37,968	19,021	7,788
Betrieblicher Sachaufwand	693,085	16,994	441,651	234,440
Aufwendungen	**1.424,719**	**72,656**	**912,451**	**439,612**
Nettoergebnis	**-503,557**	**-72,570**	**-37,258**	**-393,729**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 13 Justiz**	GB 13.01 Steuerung u.Services	GB 13.02 Recht-sprechung	GB 13.03 Straf-vollzug
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	921,162	0,086	875,193	45,883
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,019	0,002	0,012	0,005
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,396	0,002	0,282	0,112
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**921,577**	**0,090**	**875,487**	**46,000**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.210,591	34,214	756,281	420,096
Auszahlungen aus Transfers	64,777	37,968	19,021	7,788
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	13,779	0,342	3,506	9,931
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,005		0,005	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.289,152**	**72,524**	**778,813**	**437,815**
Nettogeldfluss	**-367,575**	**-72,434**	**96,674**	**-391,815**

Globalbudget 13.01 Steuerung und Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,086		
Erträge	**0,086**		
Personalaufwand	17,694		
Transferaufwand	37,968		
Betrieblicher Sachaufwand	16,994		
Aufwendungen	**72,656**		
Nettoergebnis	**-72,570**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,086	0,131	0,192
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,002	0,007	0,022
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,090**	**0,140**	**0,214**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	34,214	26,512	27,849
Auszahlungen aus Transfers	37,968	37,968	36,896
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,342	0,427	0,246
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**72,524**	**64,907**	**64,991**
Nettogeldfluss	**-72,434**	**-64,767**	**-64,777**

Globalbudget 13.01 Steuerung und Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Erarbeitung einer Regierungsvorlage für den Bereich des Erb- und Pflichtteilsrechtes, insbesondere im Bereich der Zahlungsmodalitäten des Pflichtteils, der Zuwendungsanrechnung, der Erbunwürdigkeit und der Testamentsformen, der Lebensversicherung sowie der erbrechtlichen Berücksichtigung von Pflegeleistungen.	Erarbeitung einer Regierungsvorlage bis 30.6.2013 unter Beiziehung von UniversitätsprofessorenInnen, ExpertenInnen aller Rechtsberufe und RechtspflegerInnen	Das Testamentsrecht nimmt auf Vorgänge wie Scheidung oder Änderung der Abstammung nicht ausreichend Bedacht. Verbesserungspotential besteht u.a. bei den Regelungen für die Zahlung des Pflichtteils und zur Anrech-nung auf den Pflichtteil
WZ 1	Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs für die Reform des ABGB im Bereich der Gesellschaft bürgerlichen Rechtes (GesbR) samt Implementierung zur Harmonisierung mit dem Recht der eingetragenen Personengesellschaften	Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs samt Implementierung bis 30.6.2013 unter Beiziehung von UniversitätsprofessorenInnen, ExpertenInnen aller Rechtsberufe und RechtspflegerInnen	Es bestehen Rechtsunsicherheiten im Rechts- und Geschäftsverkehr in Zusammenhang mit einer GesbR. Gleichzeitig findet eine Erneuerung des Rechts der Personengesellschaften statt.
WZ 1	Erarbeitung eines Gesetzesentwurfes für den Bereich der Obsorge, Besuchs- und Verfahrensrechtes in Pflegschaftssachen zur Förderung der gemeinsamen Obsorge, verstärkten Rechtssicherheit und Ausbau der „Familiengerichtshilfe“ zur Unterstützung der Gerichte bei der Sachverhaltsklärung	Bis 30.6.2013 Erarbeitung eines Gesetzesentwurfes unter Beiziehung von ExpertenInnen der aus dem Bereich Richterschaft, Rechtsanwaltschaft , UniversitätsprofessorenInnen, VertreterInnen von Organisationen für Väter und Frauen, Kinder- und Jugendanwaltschaft und Sachverständige aus dem Bereich Psychologie und Pädagogik	Die Obsorge geschiedener oder getrennt lebender Elternteile hat sich bewährt; Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte beanstandet die Regelung uneheliche Kinder betreffend. Die Gerichte sind angewiesen auf die jetzt fehlenden Ressourcen im Bereich der Jugendwohlfahrtsträger und Sachverständigen.
WZ 2	Bauliche Maßnahmen zur kundenfreundlichen und barrierefreien Adaptierung der öffentlichen Räume in Gerichtsgebäuden und Einrichtung zentraler erster Anlaufstellen für Informationen („Servicecenter“, „Infopoint“)	Anzahl der Gerichtsgebäude mit zentraler erster Anlaufstelle für Informationen („Servicecenter“, „Infopoint“): Zielzustand 2013: 22 der genannten Einrichtungen; [Berechungsmethode: Zählung; Quelle: BMJ)]	Istzustand 2012: 11
WZ 2	Abbau von Sprachbarrieren durch verständliche – auch fremdsprachige – Formulare und Gerichtsentscheidungen und Evaluierung des Konzeptes der fix angestellten DolmetscherInnen („Amtsdolmetsch“)	Umsetzung der Empfehlungen der im 2. Hj. 2012 durchzuführenden Evaluierung des Konzeptes der angestellten DolmetscherInnen („Amtsdolmetsch“); - Inanspruchnahme der elektronischen Formulare unter www.justiz.gv.at: Zielzustand 2013: 1,020.000 jährliche Zugriffe; [Berechnungsmethode: Zählung der jährlichen Zugriffe auf den Bereich „Formulare“ unter www.justiz.gv.at; Quelle:BMJ]	Istzustand 2012: 2 Gerichtsstandorte mit 6,37 Dolmetsch-Vollzeitkräften Istzustand 2011 969.578 jährliche Zugriffe

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Ermittlung systematischer Kennzahlen hinsichtlich der Erledigungsdauer von Straf- und Zivilverfahren auf Grundlage der automationsunterstützt erfassten Daten (Bund 2011/5)
2. IT-mäßige Vernetzung von BMI und BMJ (Bund 2011/6)
3. Entwicklung eines an die speziellen Erfordernisse der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit ausgerichteten Revisionssystems (Bund 2011/5)
4. Klare Vorgaben und Maßnahmen zur Qualitätssicherung für einheitliche und richtige Erfassung der Daten in der Verfahrensautomation Justiz und Maßnahmen zur Qualitätssicherung sowie verstärkte Plausibilitätsprüfungen (Bund 2008/10)
5. Evaluierung der Verfahrensautomation Justiz im Hinblick auf Ermöglichung unmittelbar weiterführender Analysen; Augenmerk wäre auch auf anwenderfreundlichere Gestaltung zu legen (Bund 2009/12)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu 1. Eine Verfahrensdauerstatistik liegt inzwischen für Zivil- und Strafverfahren vor.
Zu 2. Als verbindendes Glied zwischen den Staatsanwaltschaften und den Gerichten dient die Verfahrensautomation Justiz (JV). Eine Verbindung zwischen den IT-Systemen des BMJ (VJ) und des BMI (PAD) wurde ebenfalls bereits hergestellt. Die Einbindung des Bundeskriminalamts liegt nicht im Zuständigkeitsbereich des BMJ.
Zu 3. Die Umsetzung der Empfehlung erfolgt im derzeit laufenden Projekt „Neuordnung der Einschau- und Revisionstätigkeit für Staatsanwaltschaften – Projekt zur Neukonzeption eines effizienten Kontrollsystem (IRStA)“
Zu 4. Durch die fortschreitende Verlagerung von Statistikbereichen auf die Plattform des Datawarehouses ergeben sich laufend verbesserte Auswertungsmöglichkeiten.
Zu 5. Wesentliche Statistikprodukte werden den Justizanwendern durch die Statistikdatenbank im Intranet zur Verfügung gestellt. Diese basieren auf den Daten im Datawarehouse. Der eigentliche Zweck der VJ ist die elektronische Registerführung.

Globalbudget 13.01 Steuerung und Services
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 13.01 Steuerung u.Services**	DB 13.01.01 Strategie, Legistik	DB 13.01.02 Sachw.&Patientenanw.	DB 13.01.03 Opferhilfe
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,086	0,086		
Erträge	**0,086**	**0,086**		
Personalaufwand	17,694	17,694		
Transferaufwand	37,968	0,095	32,284	5,589
Betrieblicher Sachaufwand	16,994	16,994		
Aufwendungen	**72,656**	**34,783**	**32,284**	**5,589**
Nettoergebnis	**-72,570**	**-34,697**	**-32,284**	**-5,589**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 13.01 Steuerung u.Services**	DB 13.01.01 Strategie, Legistik	DB 13.01.02 Sachw.&Patientenanw.	DB 13.01.03 Opferhilfe
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,086	0,086		
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002		
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,002	0,002		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,090**	**0,090**		
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	34,214	34,214		
Auszahlungen aus Transfers	37,968	0,095	32,284	5,589
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,342	0,342		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**72,524**	**34,651**	**32,284**	**5,589**
Nettogeldfluss	**-72,434**	**-34,561**	**-32,284**	**-5,589**

Globalbudget 13.02 Rechtsprechung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	875,193		
Erträge	**875,193**		
Personalaufwand	451,779		
Transferaufwand	19,021		
Betrieblicher Sachaufwand	441,651		
Aufwendungen	**912,451**		
Nettoergebnis	**-37,258**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	875,193	763,477	844,986
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,012	0,012	0,021
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,282	0,282	0,433
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**875,487**	**763,771**	**845,440**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	756,281	695,789	704,824
Auszahlungen aus Transfers	19,021	18,419	19,321
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	3,506	5,200	5,021
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,005	0,016	0,001
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**778,813**	**719,424**	**729,166**
Nettogeldfluss	**96,674**	**44,347**	**116,274**

Globalbudget 13.02 Rechtsprechung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 3	Optimierung der Verfahrens-abläufe durch Analyse der Abläufe an Bezirksgerichten, die über- oder unterdurchschnittlich lange Verfahrensdauern in streitigen Zivilverfahren aufweisen	- Senkung der Anzahl der bei Säumigkeit des Entschei-dungsträgers am Bezirksgericht eingebrachten Fristsetzungsanträge; Zielzustand 2013: 322 Beschwerden - Position Österreichs im Vergleich der Verfahrensdauer „streitiger Scheidungssachen“: Zielzustand 2013 :Position 10 von 47; Zielzustand 2014: Position ≤10 von 47;	Istzustand 2012: 328 Beschwerden (hochgerechnet anhand der Zahlenwerte des 1. Halbjahres 2012) Istzustand 2010: Position 10 von 47
WZ 3	Ausbau der elektronischen Einbringungsmöglichkeiten für BürgerInnen, Sachverständige und DolmetscherInnen sowie der elektronischen Zustellungen von Gerichtsentscheidungen	- Anteil der auf elektronischem Weg eingebrachten Exekutionsanträge: Zielzustand 2013: 73%; Zielzustand 2015: 80%; -Anzahl der von Gerichts-sachverständigen und -dolmetscherInnen im elekt-ronischen Weg eingebrachten Dokumente: Zielzustand 2013: 3000 Dokumente; - Anzahl der elektronischen Zustellungen; Zielzustand 2013: 7 Mio. jährliche Zustellungen; [Berechnungsmethode: Zählung; Quelle: BMJ]	Istzustand 2010: 69% Istzustand 2011: 1500 Do-kumente Istzustand 2011: 6,5 Mio. jährliche Zustellungen;
WZ 5	Optimierung der Prozesse und Ausbau der IT-Unterstützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Exekutionsverfahren in der Verfahrensautomation Justiz (VJ), mobilen GerichtsvollzieherInnen, und der Integrierten Vollzugsverwaltung (IVV) zur Beschleunigung der Durchsetzung gerichtlicher Entscheidungen	Zeitraum zwischen der Ein-bringung eines Exekutionsan-trages und der ersten Voll-zugshandlung: Zielzustand 2013: Istzustand minus 3,5 % in Tagen; [Berechnungsmethode: Zählung; Quelle: BMJ]	Istzustand 2011: X Tage - Indikator im Aufbau begriffen
WZ 4	Evaluierung und allenfalls Einrichtung der Familienge-richtshilfe, welche die schnelle und nachhaltige Konfliktlösung in Obsorge- und Besuchsrechtsverfahren unterstützen soll, zur Stärkung der Familiengerichtsbarkeit	Verkürzung der Verfahrens-dauer in den Bereichen Obsorge und Besuchsrecht an Standorten mit Familiengerichtshilfe: Zielzustand 2013: Istzustand minus 3,5 % in Tagen;	Istzustand 2012: Indikator im Aufbau begriffen (Zahlenwert für 2012 ist Anfang 2013 verfügbar)
WZ 4	Zielgerichtete und bedarfs-motivierte Aus- und Fortbil-dungsveranstaltungen, ins-besondere im Bereich der Stärkung der fachlichen und sozialen Kompetenz von	- Evaluierung des Justizmanagement-Lehrganges bis Ende 2013 - Jährliche Anzahl an Personentagen von RichterInnen, StaatsanwältInnen und	Bei der Evaluierung werden 5 Jahrgänge mit je 20 TeilnehmerInnen berücksichtigt Istzustand 2011: 10529 Personentage

	itarbeiterInnen	RichteramtsanwärterInnen bei Fortbildungsveranstaltungen; Zielwert 2013: 10529 Tage [Zählung; Quelle: BMJ]	

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Detaillierte Erfassung der Gründe für Richterwechsel (Bund 2009/12)
2. Ermittlung der Verfahrensdauer auch unter Herausrechnung verfahrensneutraler Zeiten wie Ruhen oder Unterbrechung; entsprechende Gestaltung der Datenerfassung in der Verfahrensautomation Justiz (Bund 2009/12)
3. Analyse der Ursachen für den Anstieg der Bearbeitungszeiten; Ermittlung von Kennzahlen zur Erledigungsdauer im strafprozessualen Verfahren (Bund 2010/3)
4. Schaffung einer Verpflichtung zur Darlegung der Einstellungsgründe (Bund 2011/5)
5. Verstärkung der Zusammenarbeit vor allem in komplexen und ermittlungs-technisch anspruchsvollen Fällen zwischen Ermittlungsbehörden und Staatsanwaltschaften (Bund 2011/5)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
Zu 1. Mit § 33 RStDG existiert eine Regelung, die – sofern Alternativen vorhanden sind – dafür sorgt, dass häufige Richterwechsel hinangehalten werden können.
Zu 2. Die Ressourcen im Statistikbereich sind begrenzt, weshalb eine Umsetzung der Empfehlung bisher nicht möglich war.
Zu 3. Die Verfahrensdauerstatistik für Strafsachen ist inzwischen umgesetzt und bereits in der Statistik-Datenbank abrufbar.
Zu 4. Opfer können binnen einer Frist von 14 Tagen nach der Verständigung von der Einstellung des Verfahrens eine Begründung verlangen (§ 194 Abs. 2 StPO). Durch den mit dem 2. Stabilitätsgesetz 2012 (2. StabG 2012) in die StPO eingefügten § 70 Abs. 1a können Opfer nun in jeder Lage des Verfahrens erklären, auf weitere Verständigungen und Ladungen zu verzichten. Opfer haben daher nun maximale Wahlmöglichkeiten.
Zu 5. Auf der Ebene der StA und der Kriminalpolizei haben sich „Gesprächsplattformen“ bewährt. Auf der Ebene der Zentralstellen hat sich ein „Runder Tisch“ mit Vertretern des BMJ und des BMI etabliert.

Globalbudget 13.02 Rechtsprechung
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 13.02 Recht-sprechung**	DB 13.02.01 OGH + GP	DB 13.02.02 OLG Wien	DB 13.02.03 OLG Linz	DB 13.02.04 OLG Graz
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	875,193	0,056	386,481	166,242	153,510
Erträge	**875,193**	**0,056**	**386,481**	**166,242**	**153,510**
Personalaufwand	451,779	13,878	207,433	86,875	85,303
Transferaufwand	19,021				
Betrieblicher Sachaufwand	441,651	2,143	194,962	76,776	74,463
Aufwendungen	**912,451**	**16,021**	**402,395**	**163,651**	**159,766**
Nettoergebnis	**-37,258**	**-15,965**	**-15,914**	**2,591**	**-6,256**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 13.02 Recht-sprechung**	DB 13.02.01 OGH + GP	DB 13.02.02 OLG Wien	DB 13.02.03 OLG Linz	DB 13.02.04 OLG Graz
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	875,193	0,056	386,481	166,242	153,510
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,012	0,002	0,003	0,001	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,282	0,007	0,128	0,054	0,057
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**875,487**	**0,065**	**386,612**	**166,297**	**153,568**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	756,281	15,803	335,011	136,627	132,905
Auszahlungen aus Transfers	19,021				
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	3,506	0,023	0,501	0,255	0,301
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,005		0,001	0,001	0,001
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**778,813**	**15,826**	**335,513**	**136,883**	**133,207**
Nettogeldfluss	**96,674**	**-15,761**	**51,099**	**29,414**	**20,361**

DB 13.02.05 OLG Innsbruck	DB 13.02.06 Zentr. Ressourcen
119,856	49,048
119,856	**49,048**
56,861	1,429
	19,021
43,060	50,247
99,921	**70,697**
19,935	**-21,649**

DB 13.02.05 OLG Innsbruck	DB 13.02.06 Zentr. Ressourcen
119,856	49,048
0,001	0,004
0,036	
119,893	**49,052**
86,232	49,703
	19,021
0,151	2,275
0,001	0,001
86,384	**71,000**
33,509	**-21,948**

Globalbudget 13.03 Strafvollzug

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	45,879		
Finanzerträge	0,004		
Erträge	**45,883**		
Personalaufwand	197,384		
Transferaufwand	7,788		
Betrieblicher Sachaufwand	234,440		
Aufwendungen	**439,612**		
Nettoergebnis	**-393,729**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	45,883	48,854	55,593
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005	0,032	0,026
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,112	0,112	0,233
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**46,000**	**48,998**	**55,852**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	420,096	380,359	384,200
Auszahlungen aus Transfers	7,788	3,374	3,199
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	9,931	13,718	16,566
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**437,815**	**397,451**	**403,965**
Nettogeldfluss	**-391,815**	**-348,453**	**-348,113**

Globalbudget 13.03 Strafvollzug

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 5	Ausbau des Arbeitswesens im Strafvollzug durch verstärkte Orientierung der Arbeitsleistungen an den Bedürfnissen möglicher LeistungsabnehmerInnen	Beschäftigungsquote der - Strafhäftlinge: Zielzustand 2013: 2,7 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling - Untersuchungshäftlinge: Zielzustand 2013: 1,2 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling	Istzustand 2011 Strafhaft: 2,569 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling Istzustand 2011 Untersuchungshaft:1,135 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling
WZ 5	Schaffung von Haftplätzen für Frauen in Landesgerichtlichen Gefangenenhäusern einschließlich von Beschäftigungsmöglichkeiten und Mutter-Kind-Haftplätzen	Anzahl der Abteilungen für weibliche Insassen in Hafteinrichtungen der mit Strafsachen befassten Landesgerichte; Zielzustand: 2013: 14 von 16; -Einrichtung der Haftplätze für weibliche Insassen im LG Korneuburg: Zielzustand 2013: 15 - Einrichtung der Haftplätze für weibliche Insassen im LG Eisenstadt: Zielzustand 2013: 15	Istzustand 2011: 12 von 16 Istzustand 2011: 0 Istzustand 2011: 0
WZ 5	Ausbau der justizeigenen Kapazitäten für den Maßnahmenvollzug gemäß § 21 Abs. 1 Strafgesetzbuch (Unterbringung in einer Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher)	Entwicklung eines Konzeptes zum Ausbau der justizeigenen Kapazitäten für den Maßnahmenvollzug gemäß § 21 Abs. 1 Strafgesetzbuch bis 30.6.2013	Der Ausbau der justizeigenen Plätze für den Maßnahmenvollzug ist notwendig um einerseits den steigenden Bedarf an diesen Plätzen abzudecken und um Mehrkosten einer Fremdunterbringung zu vermeiden.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Ausarbeitung einer Strategie für den Maßnahmenvollzug mit überprüfbaren Zielen (Bund 2010/11)
2. Schaffung von ausreichenden Kapazitäten für bedarfsgerechte und gesetzmäßige Unterbringung von geistig abnormen zurechnungsfähigen Rechtsbrecherinnen und Rechtsbrechern (Bund 2010/11)
3. Schaffung einer ausreichenden Versorgungsstruktur und Kostenbeteiligung für die Nachbetreuung durch die Bundesländer (Bund 2010/11)
4. Anpassung der Pauschalvergütung der Länder im Bereich der medizinischen Versorgung im Strafvollzug (Bund 2012/3)
5. Etablierung einer bundesweit vernetzten Medikamentendepotverwaltung bei der medizinischen Versorgung im Strafvollzug (Bund 2012/3)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu 1. Es wurden bereits Workshops veranstaltet, um die weitere Vorgangsweise festzulegen. Teil der Neuaufstellung sind die Definition von Benchmarks für die Betreuung, eine Standardisierung der Berichte und der Aufbau einer spezifischen Rückfallsstatistik. Umfassende Kennzahlenberichte zum Maßnahmenvollzug wurden bereits erstellt.
Zu 2. Es wird trotz nach wie vor angespannter Auslastungssituation im Rahmen der faktischen Möglichkeiten weiterhin danach getrachtet, geistig abnorme zurechnungsfähige Rechtsbrecher in gesonderten Anstalten oder Abteilungen unterzubringen.
Zu 3. Die Bundesländer sind nicht bereit, sich an den Kosten für die Nachbetreuung zu beteiligen.
Zu 4. Das BMJ würde Leistungssteigerungen der Länder begrüßen. Bisherige Initativen des BMJ sind jedoch immer am Widerstand der Länder gescheitert.

Zu 5. Die IWV (Integrierte Wirtschaftsverwaltung) stellt mit dem Modul MED (Medikamentenverwaltung) bereits eine elektronische Verwaltungsbasis zur bundesweit einheitlichen Medikamentenverwaltung zur Verfügung.

Globalbudget 13.03 Strafvollzug
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 13.03 Straf-vollzug**	DB 13.03.01 Justizan-stalten	DB 13.03.02 Bewährungs hilfe
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	45,879	45,878	0,001
Finanzerträge	0,004	0,004	
Erträge	**45,883**	**45,882**	**0,001**
Personalaufwand	197,384	197,362	0,022
Transferaufwand	7,788	1,373	6,415
Betrieblicher Sachaufwand	234,440	203,006	31,434
Aufwendungen	**439,612**	**401,741**	**37,871**
Nettoergebnis	**-393,729**	**-355,859**	**-37,870**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 13.03 Straf-vollzug**	DB 13.03.01 Justizan-stalten	DB 13.03.02 Bewährungs hilfe
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	45,883	45,882	0,001
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005	0,005	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,112	0,112	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**46,000**	**45,999**	**0,001**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	420,096	388,640	31,456
Auszahlungen aus Transfers	7,788	1,373	6,415
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	9,931	9,931	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**437,815**	**399,944**	**37,871**
Nettogeldfluss	**-391,815**	**-353,945**	**-37,870**

Untergliederung 14 Militärische Angelegenheiten und Sport

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Das Österreichische Bundesheer (ÖBH) steht ständig für Hilfs- und Katastropheneinsätze für die Bevölkerung sowie für den Schutz der strategischen Infrastruktur Österreichs zur Verfügung.
Das ÖBH leistet im Rahmen der militärischen Landesverteidigung mit bestens ausgebildeten SoldatInnen und modern ausgestattet einen Beitrag zu internationalen Maßnahmen der Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und Katastrophenhilfe, vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union.
Mit einem modernen Sportmanagement auf Bundesebene wollen wir einen Beitrag zur Volksgesundheit leisten, die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Ausübung von sportlichen Aktivitäten nachhaltig sicher stellen und den heimischen Spitzensport dahingehend fördern, dass dieser in der Lage ist, Höchstleistungen zu erbringen die internationale Anerkennung und Achtung finden.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**48,538**	**49,621**	**54,113**
Auszahlungen fix	2.149,352	2.149,352	2.232,344	2.158,243
Summe Auszahlungen	**2.149,352**	**2.149,352**	**2.232,344**	**2.158,243**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-2.100,814**	**-2.182,723**	**-2.104,130**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	45,008		
Aufwendungen	2.058,098		
Nettoergebnis	**-2.013,090**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Sicherstellung einer angemessenen Reaktionsfähigkeit auf sich ändernde sicherheitspolitische Verhältnisse unter Gewährleistung der staatlichen Souveränität.
Warum dieses Wirkungsziel?
Dem ÖBH obliegt als Kernaufgabe die Gewährleistung der staatlichen Souveränität. Das bedeutet auch die Sicherstellung einer angemessenen Reaktionsfähigkeit auf sich ändernde sicherheitspolitische Verhältnisse.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- 1.1. Optimierung der Verwaltung und Effizienzsteigerung beim Betrieb im ÖBH im Sinne des Konsolidierungspaketes 2012-2016 und einer prioritären Zuordnung von Ressourcen auf die Waffengattungen, die vor dem Hintergrund der geänderten sicherheitspolitischen Verhältnisse die staatliche Souveränität am besten gewährleisten können;
- 1.2. Intensivierung internationaler Kooperationen.

Wie sieht Erfolg aus?
- 1.1.1. Verbesserung des Verhältnisses zwischen Truppe (z.B. Brigaden) und Grundorganisation (z.B. Militärkommanden, Ämter) zu Gunsten der Truppe (Zielzustand 2013: 1/1,17 %; Istzustand 2011: 1/1,19 %; Berechnungsmethode: Gegenüberstellung der Arbeitsplatzbesetzungsgrade bei der Truppe bzw. Grundorganisation; Quelle: Standesübersicht BMLVS);
- 1.1.2. Steigerung des durchschnittlichen Besetzungsgrades bei den Waffengattungen (Organisationselementen), die vor dem Hintergrund der geänderten sicherheitspolitischen Verhältnisse die staatliche Souveränität am besten gewährleisten können (Zielzustand 2016: 82 %; Istzustand 2011: 75%; Berechnungsmethode: Verhältnis der systemisierten Arbeitsplätze in den Organisationsplänen zu den tatsächlich besetzten Arbeitsplätzen; Quelle: Personalinformationssystem);
- 1.2. DionSihPol Steigerung der Kooperationsabkommen (Zielzustand 2013: 200; Istzustand 2011: 194; Berechnungsmethode: Anzahl der Kooperationen; Quelle: Abkommensdatenbank BMLVS).

Wirkungsziel 2:
Gewährleistung der unmittelbaren Hilfestellung für die österreichische Bevölkerung im Katastrophenfall und des der Bedrohungslage angepassten Schutzes der strategischen Infrastruktur des Landes.
Warum dieses Wirkungsziel?
Ein rasches und professionelles Wirksamwerden des ÖBH im Anlassfall im Inland, die Mitwirkung bei der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der strategischen Infrastruktur sowie Schutz und Hilfe für die Bevölkerung sind Voraussetzungen für einen lebenswerten Staat.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- 2.1. Bereithalten von rasch verfügbaren Kräften für Katastrophenhilfeeinsätze im Inland sowie zum Schutz der strategischen Infrastruktur;
- 2.2. Verwendung von militärischen Gütern auch für Katastrophenhilfeeinsätze.

Wie sieht Erfolg aus?

- 2.1. Permanent wirksames Alarmierungs- und Aufbietungssystem zur Bereitstellung von zumindest 12.500 Personen, davon 1.000 Personen mit 24-stündiger Marschbereitschaft bei Bedarf, für Katastrophenhilfeeinsätze im Inland und zum Schutz strategischer Infrastruktur (Zielzustand 2013: 12.500/1.000; Istzustand 2012: 10.800/1.000; Berechnungsmethode: Anzahl der für den Einsatz bereitgestellten SoldatInnen; Quelle: Einsatzbereitschaftsmeldung);
- 2.2. Erhöhung des Anteils des Vermögenswertes von militärischen Gütern im Verhältnis zum Gesamtvermögen, die auch für Katastrophenhilfeeinsätze verwendbar sind (Zielzustand: Steigerung wird angestrebt. Werte sind erst mit Einführung der Vermögensveranschlagung ab 2013 möglich; Istzustand 2011: Vermögenswerte sind erst mit der Eröffnungsbilanz 2013 verfügbar; Berechnungsmethode: Anteil der Vermögenswerte, die auch für Katastrophenhilfeeinsätze verwendbar sind am Gesamtvermögen in %; Quelle: Vermögensrechnung).

Wirkungsziel 3:

Gewährleistung eines solidarischen Beitrages zur internationalen Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe.

Warum dieses Wirkungsziel?

Österreich bekennt sich zu einer aktiven, kontinuierlichen Sicherheits- und Entwicklungshilfepolitik. Dies umfasst die Teilnahme an Maßnahmen der Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe sowie der Such- und Rettungsdienste im Ausland durch Bereitstellung von militärischen Kräften bei erhöhter Qualität und reduzierter Quantität.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- 3.1. Bereithalten von rasch verfügbaren Kräften für Einsätze zur internationalen Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und Katastrophenhilfe;
- 3.2. Begleitende Öffentlichkeitsarbeit, um die österreichische Bevölkerung von der Sinnhaftigkeit, Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Leistungen des ÖBH im Ausland zu überzeugen;
- 3.3. Umsetzung der das BMLVS betreffenden Teile des Nationalen Aktionsplanes zur United Nations Security Council Resolution 1325 (Ausbildung, Bereithaltung und Entsendung von Gender Adviser und Gender Field Adviser) und Einrichtung eines ExpertInnen-Pool‘s für Gender Adviser sowie Aufnahme des Genderaspektes in das Führungsverfahren.

Wie sieht Erfolg aus?

- 3.1. Permanent wirksames Alarmierungs- und Aufbietungssystem zur Bereitstellung von mindestens 1.100 SoldatInnen im Jahresschnitt im Rahmen von Einsätzen im Ausland (Zielzustand 2013: 1.400 ; Istzustand 2011: 1.300 SoldatInnen im Ausland; Berechnungsmethode: Summe der für den Einsatz bereitgestellten SoldatInnen; Quelle: Einsatzbereitschaftsmeldung);
- 3.2. Steigerung des Anteils der österreichischen Bevölkerung, der dem Auslandseinsatz positiv gegenüber steht (Zielzustand 2014: Steigerung um mindestens 2 %; Istzustand 2012: Erhebung erfolgt Ende Oktober/November; Berechnungsmethode: Primärforschung mittels der empirischen Methode der Befragung mit einer Medienanalyse periodisch im Zwei-Jahres-Rhythmus; Quelle: Auswertung des Befragungsergebnisses sowie der Medienanalyse);
- 3.3. Erfüllung der Vorgaben des Nationalen Aktionsplanes (Zielzustand 2016: 26; Istzustand 2011: 8; Berechnungsmethode: Anzahl ausgebildeter Gender Adviser und Gender Field Adviser; Quelle: Personalinformationssystem BMLVS).

Wirkungsziel 4:

Positionierung des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) und des ÖBH als attraktiven Dienstgeber für Frauen und Männer und Gewährleistung einer einsatzorientierten Ausbildung für alle SoldatInnen und Zivilbediensteten.

Warum dieses Wirkungsziel?

Das BMLVS und das ÖBH müssen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben für alle Menschen gleichermaßen wirksame Lösungsansätze und Maßnahmen gewährleisten – dies gilt insbesondere im Einsatz des ÖBH. Internationale Vergleichswerte und Studien zeigen: Gemischte Teams sind effektiver und entwickeln umfassendere Lösungen. Die verstärkte Einbindung von Frauen auf allen Ebenen soll dazu beitragen, eine ganzheitliche, zielgruppenorientierte Aufgabenerfüllung zu gewährleisten.

Eine einsatzorientierte und attraktive Ausbildung beim ÖBH ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg bei Einsätzen im In- und Ausland. Mit einer engagierten Ausbildung wird der Sinn und Zweck des ÖBH besser vermittelt, sowie das Vertrauen in die Einsatzbereitschaft nach innen und außen gestärkt. Damit werden auch wesentliche Voraussetzungen für die Personalgewinnung geschaffen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- 4.1. Personalentwicklungsmaßnahmen auf allen Ebenen und für alle Funktionen, welche die besonderen geschlechter- und diversitätsbezogenen Entwicklungspotenziale und Fähigkeiten sowie die Lebensumstände aller Ressortangehörigen berücksichtigt;
- 4.2. Zeitgemäße und insbesondere einsatzorientierte Ausbildung hinsichtlich Inhalten, Methoden, Didaktik und Qualitätssicherung.

Wie sieht Erfolg aus?

- 4.1. Konkrete Personalentwicklungs-Maßnahmen mit Priorität zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen sind festgelegt und die Implementierung ist eingeleitet (Zielzustand 2015: A1/4-6: 5,5 %; A2/5-8: 9,5 %; A3/5-8: 9,6 %; Istzustand 2011: A1/4-6: 6,6 %; A2/5-8: 10,1 %; A3/5-8: 9,2 %; Berechnungsmethode: Ministerratsbeschluss 145/29 vom 30.Mai 2012; Quelle: Gendercontrolling);
- 4.2.1. Akkreditierung gemäß dem Hochschulqualitätssicherungsgesetz zur Sicherstellung der Nachhaltigkeit der Offiziersausbildung im tertiären Bildungssystem (Zielzustand 2013: 2 Akkreditierungen; Istzustand 2011: 2 befristete Akkreditierungen bis 2012; Berechnungsmethode: Anzahl der Akkreditierungen; Quelle: Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria);
- 4.2.2. Erwachsenengerechte Ausbildung mit zeitgemäßen Lehr- und Lernmethoden kommen zur Anwendung (Zielzustand 2013: 3 Lehrgänge mit Fernausbildungsanteilen; Istzustand 2011: 0 Lehrgänge mit Fernausbildungsanteilen; Berechnungsmethode: Anzahl der Fernausbildungsveranstaltungen; Quelle: Curricula).

Wirkungsziel 5:

Durch gezielte Aufklärung und Förderung von geeigneten Maßnahmen sollen mehr Menschen in Österreich zur Ausübung gesundheitsfördernder Bewegung animiert und unter Nutzung bestehender und zu entwickelnder Möglichkeiten sollen sich österreichische SpitzensportlerInnen in so vielen Sportdisziplinen wie möglich als Weltklasse positionieren.

Warum dieses Wirkungsziel?

Die Senkung der sportlich inaktiven Bevölkerung erscheint im Hinblick auf den allgemeinen Gesundheitszustand der Gesamtbevölkerung in Österreich und die damit verbundenen volkswirtschaftlichen Auswirkungen insbesondere im Bereich des Gesundheitswesens und des Arbeitsmarktes, als erstrebenswert. Spitzensportleistungen der Weltklasse sind als unverzichtbarer Bestandteil einer hoch entwickelten Kultur und des Ansehens in der Welt zu sehen und daher in ausreichendem Maße sicher zu stellen. Das Bundes-Sportförderungsgesetz sieht daher die Förderung des Sports aus Bundesmitteln vor, soweit es sich um Vorhaben von internationaler oder gesamtösterreichischer Bedeutung handelt. Dies beinhaltet auch die Schaffung und nachhaltige Festigung von sportrelevanten chancengleichern Strukturen in Österreich und ein professionelles Management zur Umsetzung von Maßnahmen im Breiten- und Spitzensport.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- 5.1. Umsetzung im Rahmen von strategischen Entwicklungskonzepten (nationale Aktionspläne Integration, Bewegung, Behinderte, Sportstättenentwicklungsplan etc.);
- 5.2. Synchronisation bestehender Förder- und Abrechnungsleitlinien.

Wie sieht Erfolg aus?

- 5.1. Steigerung der internationalen Topplatzierungen von österreichischen SportlerInnen. (Zielzustand 2013: 208 Topplazierungen; Istzustand 2011: 203 Topplazierungen; Berechnungsmethode: Gesamtsumme der Topplatzierungen (1. bis 3. Platz bei Weltmeisterschaften; 1. Platz bei Europameisterschaften) von österreichischen SportlerInnen; Quelle: Bundessportorganisationen-Erfolgsbilanz des österreichischen Sports);
- 5.2. Prozentsatz der sportlich inaktiven Bevölkerung ist gesunken (Zielzustand 2015: maximal 74,2 % der Frauen und 65,7 % der Männer sind sportlich inaktiv; Istzustand 2009: 76,7 % der Frauen und 68,2 % der Männer sind sportlich inaktiv; Berechnungsmethode: Getrennte Erhebung von Frauen und Männern ab dem 15. Lebensjahr; Quelle: Auswertung Gesundheitsbefragung durch Statistik Austria).

Untergliederung 14 Militärische Angelegenheiten und Sport

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	45,008		
Erträge	**45,008**		
Personalaufwand	1.111,555		
Transferaufwand	146,850		
Betrieblicher Sachaufwand	799,693		
Aufwendungen	**2.058,098**		
Nettoergebnis	**-2.013,090**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	45,008	45,801	50,734
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,022	0,024	0,014
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,508	3,796	3,365
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**48,538**	**49,621**	**54,113**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.743,802	2.086,489	2.035,087
Auszahlungen aus Transfers	146,850	142,353	118,933
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	256,697	1,499	2,269
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,003	2,003	1,954
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.149,352**	**2.232,344**	**2.158,243**
Nettogeldfluss	**-2.100,814**	**-2.182,723**	**-2.104,130**

Untergliederung 14 Militärische Angelegenheiten und Sport
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 14 Milit. Ang. u. Sport**	GB 14.01 Steuerung u. Service	GB 14.02 Streitkräfte	GB 14.03 Sport
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	45,008	13,832	31,081	0,095
Erträge	**45,008**	**13,832**	**31,081**	**0,095**
Personalaufwand	1.111,555	120,945	987,994	2,616
Transferaufwand	146,850	9,577	1,488	135,785
Betrieblicher Sachaufwand	799,693	55,271	738,846	5,576
Aufwendungen	**2.058,098**	**185,793**	**1.728,328**	**143,977**
Nettoergebnis	**-2.013,090**	**-171,961**	**-1.697,247**	**-143,882**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 14 Milit. Ang. u. Sport**	GB 14.01 Steuerung u. Service	GB 14.02 Streitkräfte	GB 14.03 Sport
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	45,008	13,832	31,081	0,095
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,022	0,001	0,015	0,006
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,508	3,500		0,008
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**48,538**	**17,333**	**31,096**	**0,109**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.743,802	170,046	1.565,656	8,100
Auszahlungen aus Transfers	146,850	9,577	1,488	135,785
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	256,697	0,924	255,647	0,126
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,003	2,000		0,003
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.149,352**	**182,547**	**1.822,791**	**144,014**
Nettogeldfluss	**-2.100,814**	**-165,214**	**-1.791,695**	**-143,905**

Globalbudget 14.01 Steuerung und Service

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	13,832		
Erträge	**13,832**		
Personalaufwand	120,945		
Transferaufwand	9,577		
Betrieblicher Sachaufwand	55,271		
Aufwendungen	**185,793**		
Nettoergebnis	**-171,961**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	13,832	15,722	13,823
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001	0,003	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,500	1,018	0,837
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**17,333**	**16,743**	**14,661**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	170,046	219,770	374,700
Auszahlungen aus Transfers	9,577	1,826	1,004
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,924	0,810	0,342
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,000	2,000	0,486
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**182,547**	**224,406**	**376,532**
Nettogeldfluss	**-165,214**	**-207,663**	**-361,872**

Globalbudget 14.01 Steuerung und Service

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Optimierung der Verwaltung hinsichtlich der Ablauforganisation, Verkleinerung der Strukturen und Effizienzsteigerung beim Betrieb im Sinne des Konsolidierungspaketes 2012-2016.	- 31.12.2013: 8 % Reduzierung der systemisierten Arbeitsplätze (2.218 systemisierte Arbeitsplätze). - 31.12.2013: Projektplan für verstärkte Kooperationen für das Heeresgeschichtliche Museum liegt vor.	- 31.12.2011: 2.411 systemisierte Arbeitsplätze. - 31.12.2011: Es ist noch keine Kennzahl verfügbar, da mit der Erstellung des Projektplanes erst 2012 begonnen wurde.
WZ 3	Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Auslandseinsätze.	Von 6 Plakatserien des Bundesheeres haben zumindest 2 das Thema Auslandseinsatz als Schwerpunkt.	2011: Eine von 6 Plakatserien des Bundesheeres haben das Thema Auslandseinsatz als Schwerpunkt.
WZ 3	Umsetzung des Nationalen Aktionsplanes zur UNSCR 1325 (United Nations Security Council resolution).	31.12.2013: 14 Gender Adviser und Gender Field Adviser sind ausgebildet.	31.12.2011: 8 Gender Adviser und Gender Field Adviser sind ausgebildet.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Nachdrückliche Ermittlung von Einsparungsmöglichkeiten insbesondere bei Logistikleistungen betreffend das System Eurofighter (Bund 2008/9)
2. Realistische Festlegung des Gesamtbedarfs an stationären Kapazitäten; Definition von Kriterien und Umfang von notwendigen Fort– und Weiterbildungsmaßnahmen in zivilen Einrichtungen für das Sanitätspersonal (Bund 2009/13)
3. Rasche Fertigstellung und ressortübergreifende Abstimmung sicherheitspolitischer Konzepte (Bund 2011/4)
4. Regelmäßige Evaluierung der Struktur der militärischen Auslandsvertretungen auf Basis einer Kosten–Nutzen–Analyse; Berücksichtigung von Änderungen der Rahmenbedingungen (Bund 2011/4)
5. Anpassung der Anzahl von Kasernen und Betriebsgebäuden an die militärischen Erfordernisse fortsetzen (Bund 2012/5)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu 1. Umgesetzte Maßnahmen wurden im Rahmen der Eurofighter Follow-up-Überprüfung 2012 durch den Rechnungshof verifiziert. Es wird jedoch angemerkt, dass es sich hier um einen dauerhaften Prozess handelt.
Zu 2. Die Detailplanung zur „Sanitätsorganisation 2013“ sowie das Konzept zur „Fort- und Weiterbildung des Sanitätspersonals“ befinden sich derzeit in Bearbeitung.
Zu 3. Die Kernkompetenz für die Staatsaufgabe „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ liegt beim BMeiA. Das BMLVS werde aber auch in Zukunft unterstützend zur Verfügung stehen.
Zu 4. Die Ausrichtung der Auslandsdienste wurde den aktuellen internationalen Erfordernissen angepasst. Die Attachébüros in den Nachbarländern Österreichs (mit Ausnahme von Deutschland, Italien und der Schweiz) wurden geschlossen. Die Struktur der militärischen Auslandsverwendungen wird einer ständigen Evaluierung unterzogen.
Zu 5. Die geplante Zielinfrastruktur befindet sich in Umsetzung.

Globalbudget 14.01 Steuerung und Service
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 14.01 Steuerung u. Service**	DB 14.01.01 strat.Ltg/ Plan/Info	DB 14.01.02 Service
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	13,832	12,051	1,781
Erträge	**13,832**	**12,051**	**1,781**
Personalaufwand	120,945	107,090	13,855
Transferaufwand	9,577	1,123	8,454
Betrieblicher Sachaufwand	55,271	32,520	22,751
Aufwendungen	**185,793**	**140,733**	**45,060**
Nettoergebnis	**-171,961**	**-128,682**	**-43,279**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 14.01 Steuerung u. Service**	DB 14.01.01 strat.Ltg/ Plan/Info	DB 14.01.02 Service
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	13,832	12,051	1,781
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001		0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,500	3,500	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**17,333**	**15,551**	**1,782**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	170,046	133,801	36,245
Auszahlungen aus Transfers	9,577	1,123	8,454
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,924	0,370	0,554
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,000	2,000	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**182,547**	**137,294**	**45,253**
Nettogeldfluss	**-165,214**	**-121,743**	**-43,471**

Globalbudget 14.02 Streitkräfte

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	31,081		
Erträge	**31,081**		
Personalaufwand	987,994		
Transferaufwand	1,488		
Betrieblicher Sachaufwand	738,846		
Aufwendungen	**1.728,328**		
Nettoergebnis	**-1.697,247**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	31,081	29,975	36,851
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,015	0,015	0,014
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen		2,760	2,519
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**31,096**	**32,750**	**39,384**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.565,656	1.859,951	1.654,194
Auszahlungen aus Transfers	1,488	9,742	8,625
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	255,647	0,566	1,796
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen			1,468
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.822,791**	**1.870,259**	**1.666,083**
Nettogeldfluss	**-1.791,695**	**-1.837,509**	**-1.626,699**

Globalbudget 14.02 Streitkräfte

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Optimierung der Ablauforganisation, Strukturen und Effizienzsteigerungen beim Betrieb im ÖBH im Sinne des Konsolidierungspaketes 2012-2016 sowie eine prioritäre Zuordnung von Ressourcen auf jene Waffengattungen, die vor dem Hintergrund der geänderten sicherheitspolitischen Verhältnisse die staatliche Souveränität am Besten gewährleisten können.	- 31.12.2013: 6 % Reduzierung der systemisierten Arbeitsplätze (21.872 systemisierte Arbeitsplätze). - 31.12.2013: 78% durchschnittlicher Besetzungsgrad bei den betroffenen Waffengattungen. - 31.12.2013: zumindest 200 systemisierte Arbeitsplätze weniger in der neuen Sanitätsstruktur (1.248 systemisierte Arbeitsplätze in der neuen Sanitätsstruktur). - 31.12.2013: Einstellung der militärischen Nutzung in 2 Kasernen gemäß Verwertungsübersicht.	- 31.12.2011: 23.268 systemisierte Arbeitsplätze. - 31.12.2011: 75% durchschnittlicher Besetzungsgrad bei den betroffenen Waffengattungen. - 31.12.2011: 1.448 systemisierte Arbeitsplätze in der Sanitätsstruktur. - 31.12.2011: betroffene Kasernen befinden sich noch in militärischer Nutzung.
WZ 2 und 3	Ausbildung und Ausrüstung von militärischen Kräften und Bereitstellung für Einsätze im Inland und Ausland.	- 2013: 12.500 Personen für Inlandseinsätze. - 2013: Von den 12.500 Personen sind 1.000 mit 24-stündiger Marschbereitschaft. - 2013: 1.400 Personen für Auslandseinsätze.	- 2012: 10.800 Personen für Inlandseinsätze. -2012: Von den 10.800 Personen sind 1.000 mit 24-stündiger Marschbereitschaft. - 2011: 1.300 Personen für Auslandseinsätze.
WZ 4	Zeitgemäße und insbesondere einsatzorientierte Ausbildung hinsichtlich Inhalten, Methoden, Didaktik und Qualitätssicherung.	- 31.12.2013: 2 akkreditierte (zertifizierte) Studiengänge gemäß dem Hochschulqualitätssicherungs-gesetz - 2013: je 1 Lehrgang mit Fernausbildungsanteilen wird an den 3 Akademien angeboten.	- 2011: 2 befristete Zertifizierungen bis Ende 2012. - 2011: Es werden keine Lehrgänge mit Fernausbildungsanteilen angeboten.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Zügige Fertigstellung der Konzepte für das Sanitätswesen und Planung für den Sanitätsdienst außerhalb der Einsätze nach Wirtschaftlichkeitskriterien (Bund 2009/13)
2. Einführung einer Vollkostenrechnung für Auslandseinsätze (Bund 2011/11)
3. Erstellung und ressortübergreifende Abstimmung eines gesamtstaatlichen Auslandseinsatzkonzepts (Bund 2011/11)
4. Berücksichtigung finanzieller Auswirkungen vor Strukturänderungen des Bundesheers (Bund 2012/3)
5. Verhältnis militärische Führungskräfte und Größe der Streitkräfte festlegen und Aufnahmekontingente rechtzeitig anpassen (Bund 2012/5

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu 1. Die Überleitung in die „Sanitätsorganisation 2013“ ist bis Ende 2013 beabsichtigt.
Zu 2. Beginn mit 01.01.2013 mit SAP/CO im Rahmen der Haushaltsrechtsreform.
Zu 3. Die Kernkompetenz für die Staatsaufgabe „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ liegt im Kompetenzbereich des BMeiA. Das BMLVS werde aber auch in Zukunft unterstützend zur Verfügung stehen. Diese

Stellungnahme wäre heraus zu nehmen, da die Konzepterstellung dem GB 1 zuzuordnen wäre. Kann jedoch beim GB 1 nicht aufgenommen werden, da schon 5 Empfehlungen des RH vorliegen.
Zu 4. Die Empfehlung des Rechnungshofes wird im derzeit geführten Reformprozess berücksichtigt.
Zu 5. Die Empfehlung des Rechnungshofes befindet sich in Verwirklichung. Die Offiziersaufnahmequoten wurden um 60 % reduziert.

Globalbudget 14.02 Streitkräfte
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 14.02 Streitkräfte**	DB 14.02.01 Streitkräfte-bereit	DB 14.02.02 SK-Unth/EVb/ Eins
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	31,081	8,179	22,902
Erträge	**31,081**	**8,179**	**22,902**
Personalaufwand	987,994	51,830	936,164
Transferaufwand	1,488	0,760	0,728
Betrieblicher Sachaufwand	738,846	153,420	585,426
Aufwendungen	**1.728,328**	**206,010**	**1.522,318**
Nettoergebnis	**-1.697,247**	**-197,831**	**-1.499,416**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 14.02 Streitkräfte**	DB 14.02.01 Streitkräfte-bereit	DB 14.02.02 SK-Unth/EVb/ Eins
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	31,081	8,179	22,902
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,015		0,015
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**31,096**	**8,179**	**22,917**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.565,656	188,232	1.377,424
Auszahlungen aus Transfers	1,488	0,760	0,728
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	255,647	238,462	17,185
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.822,791**	**427,454**	**1.395,337**
Nettogeldfluss	**-1.791,695**	**-419,275**	**-1.372,420**

Globalbudget 14.03 Sport

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,095		
Erträge	**0,095**		
Personalaufwand	2,616		
Transferaufwand	135,785		
Betrieblicher Sachaufwand	5,576		
Aufwendungen	**143,977**		
Nettoergebnis	**-143,882**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,095	0,104	0,060
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,006	0,006	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,008	0,018	0,009
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,109**	**0,128**	**0,069**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	8,100	6,768	6,193
Auszahlungen aus Transfers	135,785	130,785	109,304
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,126	0,123	0,130
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,003	0,003	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**144,014**	**137,679**	**115,627**
Nettogeldfluss	**-143,905**	**-137,551**	**-115,559**

Globalbudget 14.03 Sport

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 5	Schaffung von Instrumenten für ein transparentes Fördermanagement.	10 % aller Förderfälle sind transparent (gemäß Transparenzdatenbank).	Ist 31.12.2012: Entwicklung der Transparenzdatenbank abgeschlossen.
WZ 5	Vertiefung des Abstimmungsprozesses zwischen dem Bund und den Ländern.	2 neue Projekte abgeschlossen (Fördermechanismen sind zwischen Bund und Ländern harmonisiert).	Ist 2011: 9 Projekte wurden harmonisiert abgewickelt.
WZ 5	Intensivierung der Partnerschaften zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Stellen (z.B. mit NGO`s, Ministerien, organisierter Sport).	230 bestehende Partnerschaften.	Ist 2011: 220 bestehende Partnerschaften.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Festlegung konkreter operativer Ziele und Indikatoren sowie gezielte Evaluierungen anhand der festgelegten Kriterien (Bund 2009/12)
2. Zusammenführen der Allgemeinen und Besonderen Bundessportförderung; Erhöhung des Wettbewerbs um Fördermittel (Bund 2009/12)
3. Neuordnung der Förderungskompetenzen zwischen den Gebietskörperschaften und Vermeidung von überschneidenden Förderungsbereichen (Bund 2009/12)
4. Erstellung einer zwischen allen Förderungsgeberinnen undd Förderungsgebern vernetzten Sportförderungsdatenbank (Bund 2009/12)
5. Förderung des Spitzensports nur über ein spezielles Förderprogramm (Bund 2012/1)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

zu 1. bis 5. Basierend auf einen Expert/inn/envorschlag wurde ein Reformprozess eingeleitet. Die Neuordnung der Bundes-Sportförderung stellt den Kern des Reformprozesses dar. Ein Gesetzesentwurf für das „Bundessportförderungsgesetz 2013“ wurde erstellt und wird derzeit mit dem organisierten Sport abgestimmt. Parallel zum politischen Prozess der Reformulierung der gesetzlichen Bestimmungen erfolgt auch die Umsetzung der notwendigen administrativen Maßnahmen.

Globalbudget 14.03 Sport
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 14.03 Sport**	DB 14.03.01 Steuerung u. Service	DB 14.03.02 Allg. Sportförd.	DB 14.03.03 Bes. Sportförd.	DB 14.03.04 Sportgroß-projekte
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,095	0,094			
Erträge	**0,095**	**0,094**			
Personalaufwand	2,616	2,616			
Transferaufwand	135,785		49,836	80,000	0,003
Betrieblicher Sachaufwand	5,576	1,386	4,190		
Aufwendungen	**143,977**	**4,002**	**54,026**	**80,000**	**0,003**
Nettoergebnis	**-143,882**	**-3,908**	**-54,026**	**-80,000**	**-0,003**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 14.03 Sport**	DB 14.03.01 Steuerung u. Service	DB 14.03.02 Allg. Sportförd.	DB 14.03.03 Bes. Sportförd.	DB 14.03.04 Sportgroß-projekte
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,095	0,094			
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,006	0,006			
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,008	0,002	0,006		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,109**	**0,102**	**0,006**		
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	8,100	3,910	4,190		
Auszahlungen aus Transfers	135,785		49,836	80,000	0,003
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,126	0,126			
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,003	0,002	0,001		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**144,014**	**4,038**	**54,027**	**80,000**	**0,003**
Nettogeldfluss	**-143,905**	**-3,936**	**-54,021**	**-80,000**	**-0,003**

DB 14.03.05 Bundessport einr.GmbH
0,001
0,001
5,946
5,946
-5,945

DB 14.03.05 Bundessport einr.GmbH
0,001
0,001
5,946
5,946
-5,945

Untergliederung 15 Finanzverwaltung

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir sind eine leistungsorientierte, effiziente und innovative Organisation und tragen die Mitverantwortung für die Sicherung der finanziellen Interessen der Republik Österreich.
Strategieorientierung aber auch Motivation und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie selbstverständliche Beachtung von Gleichbehandlung betonen unsere offensive Vorbildrolle.
Als lernende Organisation soll die Qualität unserer Arbeit Maßstab unserer Tätigkeit sein.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**156,701**	**157,420**	**231,910**
Auszahlungen fix	1.193,784	1.193,784	1.219,015	1.099,362
Summe Auszahlungen	**1.193,784**	**1.193,784**	**1.219,015**	**1.099,362**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-1.037,083**	**-1.061,595**	**-867,452**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	154,764		
Aufwendungen	1.197,220		
Nettoergebnis	**-1.042,456**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Stabilität durch langfristig nachhaltig konsolidierte öffentliche Finanzen für künftige Herausforderungen, wie z.B. die Stärkung des Wirtschaftsstandorts und die Gewährleistung der sozialen Sicherheit

Warum dieses Wirkungsziel?
Budgetkonsolidierung ist eine entscheidende Voraussetzung für die Fortsetzung der positiven wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs und für die Bewältigung der Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise
Der Abbau der Neuverschuldung verringert mittelfristig den Aufwand für Zinszahlungen und erweitert damit den Budgetspielraum für künftige Herausforderungen, wie z.B. die Standortsicherung oder die ausgewogene Sicherung des Sozialsystems
Ein konsolidiertes Budget stärkt die Kreditwürdigkeit Österreichs auf den internationalen Finanzmärkten und festigt die sehr gute Bonitätsbeurteilung, wovon der Standort Österreich u.a. im Wege niedriger Zinsen profitiert

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Jährliche Erstellung eines stabilitäts- und wachstumsorientierten mittelfristigen Finanzrahmens
- Sicherstellung der Einhaltung der Budgetziele durch Controlling und entsprechende Gegensteuerungsmaßnahmen bei drohenden Defizit-Überschreitungen
- Mitwirkung des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) an (Verwaltungs)Reformvorhaben mit entsprechenden budgetären Auswirkungen wie beispielsweise „Effizientes Förderwesen“, „Effizienz der Verwaltung“, „Bürgerorientierung und Deregulierung“, „Harmonisierung der Pensionssysteme“

Wie sieht Erfolg aus?
- Gesamtstaatliches Maastricht-Defizit: Zielzustand 2013: -2,3 %; Istzustand 2011: -2,5 %
[Berechnungsmethode: Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG);
Quelle: Statistik Austria]
- Maastricht Defizit Bund: Zielzustand 2013: -2,0 %, Istzustand 2011: -2,4 %
[Berechnungsmethode: Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG);
Quelle: Statistik Austria]
- Staatsschuldenquote: Zielzustand 2013: 75,4 %; Istzustand 2011: 72,4 %
[Berechnungsmethode: Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG);
Quelle: Statistik Austria]

Wirkungsziel 2:
Sicherstellung der Gleichmäßigkeit der Abgabenerhebung und Stärkung der Abgabenmoral

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Gleichmäßigkeit der Abgabenerhebung, die Abgabenmoral, die Bekämpfung der Schattenwirtschaft und der Schutz der redlichen Wirtschaftstreibenden wird durch eine einheitliche, risikoorientierte Prüfungs- und Kontrolltätigkeit sowie eine gesetzeskonforme und faire Gestaltung der Beziehungen zu Kundinnen und Kunden gewährleistet

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Generalpräventive Prüfungs- und Kontrollmaßnahmen durch Erhöhung der Prüfungsvielfalt
- Ganzheitliche Betrugsbekämpfung durch behördenübergreifende Zusammenarbeit
- Flächendeckende Umsetzung von Glücksspielkontrollen, und sonstigen finanzpolizeilichen Kontrollen
- Generalpräventive Kontrollmaßnahmen im Güterverkehr Import
- Einhaltung der Qualitäts- und Leistungsstandards der Charta der Steuer- und Zollverwaltung
- Weiterentwicklung von Good Governance Initiativen (insbesondere Entwicklung und Ausbau von Netzwerken mit anderen Verwaltungen, Interessenvertretungen, der Bevölkerung und Unternehmen unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen von Steuerzahlerinnen)

Wie sieht Erfolg aus?
- Zeitgerechte Abgabenentrichtung: Zielzustand 2013: 97 %; Zielzustand 2015: 97 %; Istzustand 2011:97 %
[Berechnungsmethode: Berechnung des Verhältnisses der am 15. des auf die Fälligkeit folgenden Monats nicht entrichteten Abgaben zu den im Vormonat fälligen Abgaben. Für die Jahresbetrachtung wird der jährliche Mittelwert herangezogen; Quelle: Kennzahlenabfrage; BMF/Leistungsorientierte Steuerung (LoS)]
- Die Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden hinsichtlich der Qualität der Leistungen der Finanzverwaltung: Zielzustand 2013: 76 %; Zielzustand 2015: 76 %; Istzustand 2011: Wert wurde nicht erhoben
[Berechnungsmethode: Berechnung eines gewichteten Mittelwertes der Zustimmung in Bezug auf jene Fragen die eine Beurteilung der Qualität der Leistungen der Finanzverwaltung zum Inhalt haben. Referenzwert: Die Zustimmung wird auf eine Skala von 0 % - 100 % gemessen, wobei 0 % die geringste und 100 % die höchste Zustimmung darstellt; Quelle: Gesamtbericht BMF/Kundenbefragung 2012]

Wirkungsziel 3:
Sicherstellung der langfristigen und nachhaltigen Aufgabenbewältigung des Ressorts durch motivierte, leistungsfähige und leistungsbereite Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Warum dieses Wirkungsziel?
Personal unter Beachtung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern als wichtigste Ressource zur optimalen Erfüllung der, dem Finanzressort übertragenen Aufgaben:
Der demographische Wandel bringt neue Herausforderungen, insbesondere die Notwendigkeit zu neuen Vereinbarkeitsformen: Die Arbeitsorganisation wird sich in Richtung „alter(n)sgerechten Arbeiten“ weiterentwickeln müssen, d. h. insbesondere Maßnahmen zur Arbeits(zeit)flexibilisierung und Verminderung gesundheitlicher Risken müssen verstärkt werden.
Frauen sind für die Bewältigung des demographischen Wandels eine wichtige Mitarbeiter/innengruppe (Bewerbungszahlen der Frauen höher, jüngere Altersstruktur der Frauen im Finanzressort). Unterschiede in der Gleichbehandlung - wie etwa beim Weiterbildungsverhalten – stellen eine Bedrohung für die nachhaltige Leistungsfähigkeit der Finanzverwaltung dar.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Ausweitung der Nutzung flexibler Arbeits(zeit)modelle:
- Erweiterung des Kreises der Nutzerinnen und Nutzer für mobile Arbeitsgeräte (IT-Ausstattung)
- Sensibilisierung der Führungskräfte auf die Möglichkeiten zu Teleworking (Richtlinie Telearbeit)
Eindämmung der Gesundheitsrisiken durch gezielte Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM):
- Erstellung und Durchführung des Maßnahmenprogrammes 2011 des BGM auf Basis der Evaluierung des Vorjahres
Reduktion der unterschiedlichen Beteiligung von Frauen und Männern bei Fortbildungsmaßnahmen:
- Maßnahmen zur Sensibilisierung der Führungskräfte für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern
- Vermehrte Bereitstellung gendergerecht organisierter Fortbildungsmaßnahmen
- Motivation von Frauen zur Bewerbung als Führungskraft, Ermöglichung von Führung in Teilzeit
- Motivation/Leistungsfähigkeit: bedarfsoorientierte Bildung, Schwerpunkt Führungskräfteentwicklung

Wie sieht Erfolg aus?
- Flexible Arbeits(zeit)modelle – Teleworkingquote: Zielzustand 2013: 17 %; Zielzustand 2015: 20 %; Istzustand 2011: 15 %
[Berechnungsmethode: Quotient der Anzahl der aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Eintragung „Teleworking“ in elektronische Zeitkarte im Zeitraum von 1 Jahr (exkl. Vorruhestände und Karenzen) durch die durchschnittliche Anzahl aktiver Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; Quelle: BMF/Personalmanagement Systeme Anwendungen Programme (PM SAP)]

- Betriebliches Gesundheitsmanagement – work ability index (WAI) in ausgewählten Dienststellen. Der WAI ist ein international anerkanntes wissenschaftliches Messverfahren der individuellen Arbeitsfähigkeit und umschreibt , inwieweit eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer in der Lage ist , ihre oder seine Arbeit angesichts der Arbeitsanforderungen, Gesundheit und mentallen Ressourcen zu erfüllen: Zielzustand 2013: 38,45 Punkte; Zielzustand 2015: 39,58 Punkte; Istzustand 2011: 37,7 von max. 49 Punkten (WAI)
[Berechnungsmethode: Ergebnis WAI; Quelle: ressortinterne Aufzeichnungen]
- Gender-Gap bei Fortbildungsmaßnahmen – Verringerung der Differenz der durchschnittlichen Weiterbildungsstunden (exklusive Grundausbildung) zwischen Männer und Frauen: Zielzustand 2013: 5 Stunden; Zielzustand 2015: 4 Stunden; Istzustand 2011: durchschnittlich 6 Stunden mehr Weiterbildung bei Männern
[Berechnungsmethode: Anzahlabfrage; Quelle: BMF/PM-SAP]

Wirkungsziel 4:
Erweiterung der elektronischen Serviceleistungen der Finanzverwaltung für Bürgerinnen, Bürger, Wirtschaft und die Verwaltung durch Ausbau des IT-unterstützten Serviceangebotes (E-Government)

Warum dieses Wirkungsziel?
E-Government macht elektronische Anbringen und elektronische Zustellung von Bescheiden und sonstigen Erledigungen möglich. Einhergehende Effizienzsteigerungen in der Verwaltung beschleunigen zusätzlich die Antragsbearbeitung und –erledigung für Bürgerinnen, Bürger und die Wirtschaft. Die papierlose Antragsabwicklung leistet weiters einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Nachprüfung des Nutzens aus den Kosten- und Nutzenanalysen, die vor Projektbeginn als Entscheidungsgrundlage für die Projektdurchführung erstellt wurden
- Beobachtung, Forcierung und aktive Förderung der Annahme des E-Government-Angebotes der Verwaltung anhand von Nutzungsstatistiken (z.B. durch Entwicklung eines Maßnahmenkatalogs zur Förderung der elektronischen Zustellung)

Wie sieht Erfolg aus?
- Der laut Kosten-/Nutzenanalyse prognostizierte Nutzen von Projekten wird im ersten vollen Betriebsjahr nachgeprüft: Zielzustand 2013: 15 – 25 % der fertiggestellten Projekte; Zielzustand 2015: 25 – 35% der fertiggestellten Projekte; Istzustand 2011: Tool noch nicht im Einsatz
[Berechnungsmethode: Soll-Ist-Vergleich; Quelle: BMF-internes Berechnungsprogramm zur Kosten-/Nutzenanalyse]
- Papierloses Finanzamt - Scannen von Papieranträgen: Zielzustand 2013: 4 Mio. A4-Blätter; Zielzustand 2015: 7,5 Mio. A4-Blätter; Istzustand 2011: 1 Mio. A4-Blätter
[Berechnungsmethode: Zählen der gescannten Seiten; Quelle: Verarbeitungsstatistik der Scan-Funktion]
- Finanz-Online-Benutzer/innen; Zielzustand 2013: 3 Mio; Zielzustand 2015: 3,3 Mio.; Istzustand 2011: 2,8 Mio.
[Berechnungsmethode: Zählung der registrierten Benutzerinnen und Benutzer; Quelle: Verarbeitungsstatistik von FinanzOnline]
- Elektronische Steuererklärungen im „Privaten Bereich“: Zielzustand 2013; 55 %; Zielzustand 2015: 60 %; Istzustand 2011: 50 %; im „Betrieblichen Bereich“: Zielzustand 2013: 85 %; Zielzustand 2015: 89 %; Istzustand 2011: 83 %
[Berechnungsmethode: Zählung der elektronisch eingegangenen Erklärungen; Quelle: Verarbeitungsstatistik von FinanzOnline]
- Elektronische Zustellungen insbesondere von Steuerbescheiden: Zielzustand 2013: 4,5 Mio.; Zielzustand 2015: 5 Mio.; Istzustand 2011: 4,1 Mio.
[Berechnungsmethode: Zählung des Anteils der elektronischen Zustellung; Quelle: Verarbeitungsstatistik der elektronischen Zustellung]

Untergliederung 15 Finanzverwaltung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	154,126		
Finanzerträge	0,638		
Erträge	**154,764**		
Personalaufwand	667,483		
Transferaufwand	148,444		
Betrieblicher Sachaufwand	381,292		
Finanzaufwand	0,001		
Aufwendungen	**1.197,220**		
Nettoergebnis	**-1.042,456**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	154,754	155,425	230,046
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,084	0,038	0,445
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,863	1,957	1,419
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**156,701**	**157,420**	**231,910**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.039,154	1.054,899	983,049
Auszahlungen aus Transfers	148,444	153,397	111,432
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	4,352	8,482	3,721
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,834	2,237	1,159
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.193,784**	**1.219,015**	**1.099,362**
Nettogeldfluss	**-1.037,083**	**-1.061,595**	**-867,452**

Untergliederung 15 Finanzverwaltung
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 15 Finanzver-waltung**	GB 15.01 Steuerung & Services	GB 15.02 Steuer- & Zollverw.	GB 15.03 Rechtsv.& Rechtsinst
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	154,126	141,979	10,342	1,805
Finanzerträge	0,638	0,630		0,008
Erträge	**154,764**	**142,609**	**10,342**	**1,813**
Personalaufwand	667,483	67,762	565,926	33,795
Transferaufwand	148,444	141,943	6,501	
Betrieblicher Sachaufwand	381,292	264,858	112,379	4,055
Finanzaufwand	0,001		0,001	
Aufwendungen	**1.197,220**	**474,563**	**684,807**	**37,850**
Nettoergebnis	**-1.042,456**	**-331,954**	**-674,465**	**-36,037**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 15 Finanzver-waltung**	GB 15.01 Steuerung & Services	GB 15.02 Steuer- & Zollverw.	GB 15.03 Rechtsv.& Rechtsinst
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	154,754	142,627	10,314	1,813
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,084	0,008	0,071	0,005
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,863	0,857	0,975	0,031
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**156,701**	**143,492**	**11,360**	**1,849**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.039,154	330,940	670,721	37,493
Auszahlungen aus Transfers	148,444	141,943	6,501	
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	4,352	1,130	3,074	0,148
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,834	0,556	1,202	0,076
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.193,784**	**474,569**	**681,498**	**37,717**
Nettogeldfluss	**-1.037,083**	**-331,077**	**-670,138**	**-35,868**

Globalbudget 15.01 Steuerung & Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	141,979		
Finanzerträge	0,630		
Erträge	**142,609**		
Personalaufwand	67,762		
Transferaufwand	141,943		
Betrieblicher Sachaufwand	264,858		
Aufwendungen	**474,563**		
Nettoergebnis	**-331,954**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	142,627	143,518	216,442
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,008	0,008	0,075
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,857	0,974	0,380
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**143,492**	**144,500**	**216,896**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	330,940	356,236	362,233
Auszahlungen aus Transfers	141,943	146,896	106,525
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,130	2,073	0,547
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,556	0,900	0,123
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**474,569**	**506,105**	**469,427**
Nettogeldfluss	**-331,077**	**-361,605**	**-252,532**

Globalbudget 15.01 Steuerung & Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 3	Eindämmung der Gesundheitsrisiken durch gezielte Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements, unterstützt durch die Förderung von flexiblen Arbeitszeitmodellen	- WAI-Ergebnisse (work ability index) 2013 38,45 Punkte - Teleworkingquote 2013: 17 %	- WAI-Ergebnis 2011: 37,7 von max. 49 Punkten - Teleworkingquote 2011: 17 %
WZ 1	Erstellung des Bundesfinanzrahmens 2014-2017 sowie einer langfristigen Budgetprognose für einen Zeitraum von mindestens 30 Jahren inkl. daraus abgeleiteten Handlungsvorschlägen für die Jahre 2014 ff.	- Der Bundesfinanzrahmengesetzesentwurf 2014 – 2017 liegt nach Beschluss der Bundesregierung dem Nationalrat bis 30. April 2013 vor. - Die langfristige Budgetprognose inkl. Handlungsvorschlägen für die Jahre 2014 ff. liegt am 31.12.2013 vor	Ein integriertes Makro-Budget-Modell, das langfristige Prognosen ermöglicht, wurde erstellt; gewisse Ausgabenbereiche müssen noch detaillierter dargestellt werden
WZ 4	Einführung eines standardisierten Tools für ex-ante sowie ex-post Kosten- und Nutzenanalysen	Der prognostizierte Nutzen von Projekten wird entsprechend der Prognose erreicht: Zielzustand 2013: - Tool für Kosten- und Nutzenanalyse ist eingeführt - Nutzen von 15 – 25 % der fertiggestellten Projekte wird nachgeprüft	Tool für Kosten- und Nutzenanalyse wird derzeit eingeführt.
WZ 4	FinanzOnline ist als IT-Verfahren eingerichtet; die Akzeptanz des Verfahrens wird über die Benutzer/innen/anzahl, die Anzahl der elektronischen Steuererklärungen und die elektronischen Zustellungen mittels Nutzungsstatistiken beobachtet	- Benutzer/innen/anzahl: 3 Mio. (2013) - Elektronische Steuererklärungen: im „Privaten Bereich“: 55% (2013) im „Betrieblichen Bereich“: 85% (2013) - Elektronische Zustellungen: 4,5 Mio. p.a. (2013)	- Benutzer/innen/anzahl: 2,8 Mio. (2011) - Elektronische Steuererklärungen: im „Privaten Bereich“: 50% (2011) im „Betrieblichen Bereich“: 83% (2011) - Elektronische Zustellungen: 3,9 Mio. p.a. (2011)
WZ 4	Umstellung auf das papierlose Finanzamt – Scannen von Papieranträgen	Scannen aller Papieranträge: 4 Mio. A4-Blätter (2013)	Scannen der „Jahresveranlagung privat“ in einem Pilotbetrieb: 1 Mio. A4-Blätter (2011)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Leistungsabgeltung der Buchhaltungsagentur ausschließlich durch das BMF. Periodische Evaluierung der Leistungszeiten zur Festlegung der Preise der BHG auf Grundlage von Echtzeiten (Bund 2011/1)
2. Transparente Gestaltung der Abrechnungsgrundlagen für Leistungen der Buchhaltungsagentur des Bundes (Bund 2011/1)
3. Gesamtstaatliche Sicht der ab dem Jahr 2013 vom Bundesminister für Finanzen zu erstellenden Berichte über die langfristige Entwicklung der öffentlichen Haushalte (Bund 2011/5)
4. Heranziehung der durchschnittlichen tatsächlichen Besoldungskosten für Rückforderungsanspruch bei Stellenplanüberschreitung (Bund 2012/4)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Die Leistungsabgeltung der Buchhaltungsagentur (BHAG) durch das BMF wird jedoch nicht weiterverfolgt (Bund 2011/1, S 65). Die BHAG weist auf die gesetzlich zustehende Vollkostendeckung hin, die Abrechnunglogik ist Basis für die Ermittlung der Produktivität. Die BHAG sagte die Durchführung von Zeitevaluierungen in regelmäßigen Abständen zu (Bund 2011/1, S 76).
2. Die Flexibiliserung der Akontovorschreibungen ist erfolgt (Bund 2011/1, S 65).
3. Der ab 2013 erscheinende „Bericht über die langfristige Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Österreich“ lt. § 15 (2) BHG 2013 wird eine gesamtstaatliche Sicht auf wichtige budgetpolitische Indikatoren und relevante Ausgabenbereiche haben.
4. Das BMF begrüßte die Empfehlung des Rechnungshofs, weil diese zu einer größeren Kostenwahrheit und zu einem effizienteren Ressourceneinsatz beitragen kann (Bund 2012/4, S 67).

Globalbudget 15.01 Steuerung & Services
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 15.01 Steuerung & Services**	DB 15.01.01 Zentralstelle	DB 15.01.02 Einhebungs vergütung	DB 15.01.03 Personal Dritter	DB 15.01.04 BFA
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	141,979	85,847	56,100		0,032
Finanzerträge	0,630	0,630			
Erträge	**142,609**	**86,477**	**56,100**		**0,032**
Personalaufwand	67,762	63,325			4,437
Transferaufwand	141,943	101,682	1,500	38,761	
Betrieblicher Sachaufwand	264,858	256,439			8,419
Aufwendungen	**474,563**	**421,446**	**1,500**	**38,761**	**12,856**
Nettoergebnis	**-331,954**	**-334,969**	**54,600**	**-38,761**	**-12,824**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 15.01 Steuerung & Services**	DB 15.01.01 Zentralstelle	DB 15.01.02 Einhebungs vergütung	DB 15.01.03 Personal Dritter	DB 15.01.04 BFA
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	142,627	86,495	56,100		0,032
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,008	0,005			0,003
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,857	0,109		0,744	0,004
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**143,492**	**86,609**	**56,100**	**0,744**	**0,039**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	330,940	318,209			12,731
Auszahlungen aus Transfers	141,943	101,682	1,500	38,761	
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,130	0,445			0,685
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,556	0,150		0,388	0,018
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**474,569**	**420,486**	**1,500**	**39,149**	**13,434**
Nettogeldfluss	**-331,077**	**-333,877**	**54,600**	**-38,405**	**-13,395**

Globalbudget 15.02 Steuer- & Zollverwaltung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	10,342		
Erträge	**10,342**		
Personalaufwand	565,926		
Transferaufwand	6,501		
Betrieblicher Sachaufwand	112,379		
Finanzaufwand	0,001		
Aufwendungen	**684,807**		
Nettoergebnis	**-674,465**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	10,314	10,095	11,559
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,071	0,025	0,370
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,975	0,961	1,004
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**11,360**	**11,081**	**12,933**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	670,721	663,524	590,592
Auszahlungen aus Transfers	6,501	6,501	4,907
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	3,074	6,350	3,090
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,202	1,213	1,016
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**681,498**	**677,588**	**599,605**
Nettogeldfluss	**-670,138**	**-666,507**	**-586,672**

Globalbudget 15.02 Steuer- & Zollverwaltung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 3	Eindämmung der Gesundheitsrisiken durch gezielte Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements, unterstützt durch die Förderung von flexiblen Arbeitszeitmodellen	- WAI-Ergebnisse (work ability index) 2013: 38,45 Punkte - Teleworkingquote 2013: 17 %	- WAI-Ergebnis 2011: 37,7 von max. 49 Punkten - Teleworkingquote 2011: 15 %
WZ 2	Aufrechterhaltung der abgabenrechtlichen Prüfungs- und Kontrollmaßnahmen Steuer und Zoll im Außendienst	- Püfungs- u. Kontrollmaßnahmen Steuer im Außendienst 80.000 Fälle - Neben den zu verpflichtend zu prüfenden „Rot-Fällen“ ist ein Anteil von 3% der mittels innerer Beschau zu kontrollierenden „Grün-Fälle“ zu überprüfen	- Ca. 80.000 Fälle - Ca. 3,5 %
WZ 2	Flächendeckende Umsetzung von Glücksspielkontrollen, Schwarzarbeitskontrollen und sonstigen finanzpolizeilichen Kontrollen	Beibehaltung der Anzahl der kontrollierten Betriebe auf Grund finanzpolizeilicher Befugnisse: 30.000 Fälle 2013	Ca. 30.000 Fälle
WZ 2	Gestaltung der Beziehungen zu Kundinnen und Kunden und Weiterentwicklung der Finanzverwaltung nach den Grundsätzen von Good Public Governance	Verbesserung der durchschnittlichen Wartezeit der Telefonanrufe: - Jänner bis Juni: max. durchschnittliche monatliche Wartezeit: 50 Sek; - Juli bis Dezember: max. durchschnittliche monatliche Wartezeit: 40 Sek	Ist für 2011 nicht durchgängig messbar
WZ 2	Weiterentwicklung von Good Governance Initiativen durch Ausbau von Netzwerken unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen von Steuerzahlerinnen	Konzept bis 28.2.2013, Pilotierung bis 31.12.2013	Analysephase

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Aufhebung der Betragsgrenze, ab der Umsatzsteuergutschriften in die Überprüfung einbezogen werden (Bund 2009/13)
2. Erhebung jener Daten bei der erstmaligen steuerlichen Erfassung eines ausländischen Unternehmers, die auch bei der Neuaufnahme eines inländischen Unternehmers festgestellt werden (Bund 2009/13)
3. Vervollständigung und Vereinheitlichung der im Stabilitätspakt vorge-sehenen Berichte über die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung (Bund 2011/5)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Die Empfehlung des Rechnungshofs, angesichts der hohen Umsatzsteuerguthaben, die zur Auszahlung gelangen, eine treffsichere Risikoauswahl für die Kontrolle der Rückzahlungen zu entwickeln, wurde umgesetzt (Follow-up-Überprüfung 2012).
2. Die Empfehlung wurde durch ein umfangreiches Maßnahmenpaket (Überarbeitung Fragebogen ausländischer Unternehmer, Einrichtung eines speziellen Infocenters, Ausstattung der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Zugriffs-

berechtigungen auf internationale Unternehmensdatenbanken, restriktivere Vergabe von Steuern- und UID-Nummern an ausländische Unternehmer auf Basis der rechtlichen Rahmenbedingungen) umgesetzt (Follow-up-Überprüfung 2012).
3. Im Bundes-Koordinationskomitee konnte bisher kein Konsens über Form und Umfang einer verbesserten Berichterstattung erzielt werden (Bund 2011/5, S 64).

Globalbudget 15.02 Steuer- & Zollverwaltung
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 15.02 Steuer- & Zollverw.**	DB 15.02.01 HHfStell.St &Zollverw	DB 15.02.02 Steuer- & Zollkoord.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	10,342	9,881	0,461
Erträge	**10,342**	**9,881**	**0,461**
Personalaufwand	565,926	524,895	41,031
Transferaufwand	6,501	6,500	0,001
Betrieblicher Sachaufwand	112,379	103,784	8,595
Finanzaufwand	0,001	0,001	
Aufwendungen	**684,807**	**635,180**	**49,627**
Nettoergebnis	**-674,465**	**-625,299**	**-49,166**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 15.02 Steuer- & Zollverw.**	DB 15.02.01 HHfStell.St &Zollverw	DB 15.02.02 Steuer- & Zollkoord.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	10,314	9,858	0,456
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,071	0,070	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,975	0,897	0,078
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**11,360**	**10,825**	**0,535**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	670,721	621,826	48,895
Auszahlungen aus Transfers	6,501	6,500	0,001
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	3,074	2,671	0,403
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,202	1,089	0,113
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**681,498**	**632,086**	**49,412**
Nettogeldfluss	**-670,138**	**-621,261**	**-48,877**

Globalbudget 15.03 Rechtsvertretung & Rechtsinstanz

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,805		
Finanzerträge	0,008		
Erträge	**1,813**		
Personalaufwand	33,795		
Betrieblicher Sachaufwand	4,055		
Aufwendungen	**37,850**		
Nettoergebnis	**-36,037**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,813	1,812	2,045
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005	0,005	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,031	0,022	0,035
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,849**	**1,839**	**2,080**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	37,493	35,139	30,225
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,148	0,059	0,085
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,076	0,124	0,020
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**37,717**	**35,322**	**30,329**
Nettogeldfluss	**-35,868**	**-33,483**	**-28,249**

Globalbudget 15.03 Rechtsvertretung & Rechtsinstanz

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 3	Förderung von flexiblen Arbeitszeitmodellen durch Erweiterung des Kreises der Nutzerinnen und Nutzer mobiler Arbeitsgeräte;	Beibehaltung der ausgewogenen Teleworkingquote beim Unabhängigen Finanzsenat (UFS): 34,91 %	Teleworkingquote UFS 2011: 34,91 %
WZ 2	Gewährleistung der Qualität der Rechtssprechung des UFS durch zeitnahe Finanzdokumentation (FINDOK)-Erfassung und Kontakt zu den Verfahrens-parteien, Höchstgerichten, zur Wissenschaft sowie instanzenübergreifend	Aufrechterhaltung des hohen Rechtsschutzniveaus durch Beibehaltung der Haltbarkeit von Entscheidungen: 98,02 %	Aufrechterhaltung des hohen Rechtsschutzniveaus durch Haltbarkeit der Entscheidungen 2011: 98,02%
WZ 1	Rechtliche Vertretung des Bundes und der weiteren vom Finanzprokuraturgesetz umfassten Rechtsträger; sowie frühzeitige beratende Einbindung im Vorfeld grundlegender strategischer Entscheidungsfindungen	Aufrechterhaltung und gegebenenfalls weitere Verbesserung der anwaltlichen Erfolgsquote von 65 %	65% aller von der Finanzprokuratur geführter Prozesse enden in einer zehnjährigen Betrachtungs-weise mit einem für die Mandantschaft positiven Ergebnis.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Erfassung sämtlicher Zeiten bei der Ressourcenerfassung in der Kosten– und Leistungsrechnung (Bund 2010/4)
2. Sicherstellung eines mängelfreien Einsatzes des IT–Systems (Bund 2010/4)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Im Hinblick auf die noch ausstehende Schnittstellenanbindung von „wincaus.net“ (WCN) an HV-SAP wurde dieses Vorhaben zeitlich im Einvernehmen mit der Finanzprokuratur zurückgestellt. In einem ersten Schritt werden längere Zeitausfälle bedingt durch Ausbildungen manuell in der Kosten- und Leistungsrechnung neutralisiert (Bund 2011/13, Nachfrageverfahren 2010).
2. Im 4. Quartal 2009 wurde die Kosten- und Leistungsrechnung in der Anwaltssoftware „wincaus.net“ (WCN) implantiert. WCN wurde im Oktober 2010 abgenommen (Bund 2011/13, Nachfrageverfahren 2010)

Globalbudget 15.03 Rechtsvertretung & Rechtsinstanz
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 15.03 Rechtsv.& Rechtsinst**	DB 15.03.01 UFS	DB 15.03.02 Finanz-prokuratur
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,805	0,114	1,691
Finanzerträge	0,008		0,008
Erträge	**1,813**	**0,114**	**1,699**
Personalaufwand	33,795	25,914	7,881
Betrieblicher Sachaufwand	4,055	3,240	0,815
Aufwendungen	**37,850**	**29,154**	**8,696**
Nettoergebnis	**-36,037**	**-29,040**	**-6,997**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 15.03 Rechtsv.& Rechtsinst**	DB 15.03.01 UFS	DB 15.03.02 Finanz-prokuratur
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,813	0,114	1,699
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005	0,002	0,003
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,031	0,024	0,007
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,849**	**0,140**	**1,709**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	37,493	29,098	8,395
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,148	0,044	0,104
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,076	0,066	0,010
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**37,717**	**29,208**	**8,509**
Nettogeldfluss	**-35,868**	**-29,068**	**-6,800**

Untergliederung 16 Öffentliche Abgaben

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Der Staatshaushalt bedarf einer tragfähigen Finanzierung, die durch ein angemessenes Abgabenaufkommen zu sichern ist. Die Steuergesetze sollen Beschäftigung, Investitionen und Innovationen fördern, den Standort sichern, sowie einfach und leistungsgerecht sein. Die Besteuerung erfolgt effizient, fair und gleichmäßig.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**46.426,214**	**44.879,002**	**41.934,549**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**46.426,214**	**44.879,002**	**41.934,549**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	46.426,214		
Aufwendungen			
Nettoergebnis	**46.426,214**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs durch eine einfache, schlanke und leistungsgerechte Gestaltung des Steuersystems im internationalen Kontext unter Wahrung eines angemessenen Abgabenaufkommens

Warum dieses Wirkungsziel?
Das Abgabenaufkommen zu sichern, ist für eine tragfähige Finanzierung des Staatshaushaltes unerlässlich. Das Steuersystem ist stabil und nachhaltig zu gestalten und muss Beschäftigung von Frauen und Männern und Investitionen stärken. Eine gesunde und wettbewerbsfähige Wirtschaft ist die Garantie für eine niedrige Arbeitslosenquote und steigende Einkommen. Je mehr Menschen in Beschäftigung sind, desto höher ist auch das Aufkommen an lohnabhängigen Abgaben und Umsatz- und Konsumsteuern.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Bestmögliche Gestaltung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und deren Beschäftigte aus steuerlicher Sicht. Niedrige Steuersätze und die Vermeidung von Ausnahmen führen zu einer Erhöhung der Akzeptanz bei den Steuerpflichtigen und zu einer dynamischen Aufkommensentwicklung
- Schließung von Steuerlücken führt nicht nur zu mehr Steuergerechtigkeit, sondern auch zu einem Mehr an Abgabenaufkommen.
- Überprüfung des österreichischen Steuersystems auf seine internationale Wettbewerbsfähigkeit. Durch entsprechenden Austausch von „Best Practices“ mit anderen Ländern können auch neue steuerpolitische Ideen gewonnen werden.
- Die Anzahl an Doppelbesteuerungsabkommen soll erhöht werden.

Wie sieht Erfolg aus?
- Platzierung Österreichs im Weltbank-Ranking: Zielzustand 2013: 99; Zielzustand 2015:94; Istzustand 2011: 104 [Berechnungsmethode und Quelle: „Paying Taxes 2011“ – PricewaterhouseCoopers (PwC) in Kooperation mit der Weltbank und der International Finance Corporation (IFC)]

Wirkungsziel 2:
Bessere Verteilung der Erwerbsarbeit wie auch der unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern wird durch das Abgabensystem unterstützt.

Warum dieses Wirkungsziel?
Wie durch zahlreiche Studien (beispielsweise Einhaus, Geschlecht und Steuerwirkung, working paper 3, BMF, 2010) belegt, wird in Österreich die unbezahlte Arbeit und auch Teilzeitarbeit großteils von Frauen erledigt. Verstärkt durch ein „klassisches“ Rollenbild und Berufe, welche nach wie vor insbesondere Frauen annehmen, führt dies zu einem „gender pay gap“ im Vergleich Frau zu Mann. Gender pay gap versteht sich als prozentueller Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttoverdiensten von Frauen gemessen an jenen der Männer.
Dieser Entwicklung soll durch genderorientierte Anreize im Abgabensystem entgegengesteuert werden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Abbau von negativen Erwerbsanreizen im Abgabensystem (bspw. Senkung des Eingangssteuersatzes, um einen Anreiz zur Vollerwerbstätigkeit zu bilden).

Wie sieht Erfolg aus?
- „gender pay gap“: Zielzustand 2013: 22%; Zielzustand 2015: 18 %; Istzustand 2011: 25%
[Berechnungsmethode und Quelle: Bundeskanzleramt, Frauenbericht 2010, Teil II, Kapitel 3, Seite 473f]
- Verhältnis Vollzeit zu Teilzeit von Frauen und Männern: Zielzustand 2013: 81 %;
Zielzustand 2015: 75 %; Istzustand 2011: 87 % aller ganzjährig Teilzeitbeschäftigten sind weiblich
[Berechnungsmethode und Quelle: Bericht des Rechnungshofes, Reihe Einkommen, 2010/1, Seite 9]

Untergliederung 16 Öffentliche Abgaben

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	46.426,214		
Erträge	**46.426,214**		
Nettoergebnis	**46.426,214**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	46.426,214	44.879,002	41.934,549
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**46.426,214**	**44.879,002**	**41.934,549**
Nettogeldfluss	**46.426,214**	**44.879,002**	**41.934,549**

Untergliederung 16 Öffentliche Abgaben
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 16 Öffentliche Abgaben**	GB 16.01 Öffentliche Abgaben
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	46.426,214	46.426,214
Erträge	**46.426,214**	**46.426,214**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 16 Öffentliche Abgaben**	GB 16.01 Öffentliche Abgaben
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	46.426,214	46.426,214
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**46.426,214**	**46.426,214**

Globalbudget 16.01 Öffentliche Abgaben

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	46.426,214		
Erträge	**46.426,214**		
Nettoergebnis	**46.426,214**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	46.426,214	44.879,002	41.934,549
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**46.426,214**	**44.879,002**	**41.934,549**
Nettogeldfluss	**46.426,214**	**44.879,002**	**41.934,549**

Globalbudget 16.01 Öffentliche Abgaben

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ1	Beibehaltung der Anzahl der jährlichen Voll-Doppel-besteuerungsabkommen (DBA), wobei ein Voll-DBA ein DBA sein kann, das einen bisher abkommenslosen Zustand ändert oder ein DBA, das ein altes, bisher bestehendes DBA zur Gänze ablösen soll	2 Voll-DBA im Jahr 2013	2 Voll-DBA im Jahr 2011
WZ 1	Erarbeitung eines neuen Einkommensteuergesetzes (EStG)	Ein diesbezüglicher Entwurf wird von der großen Steuerreform umfasst sein	Das bereits seit 1988 geltende EStG 1988 ist aufgrund der Vielzahl von Novellen in seiner Gesamtheit unübersichtlich und bedingt eine strukturelle und zeitgemäße Neuausrichtung
WZ 2	Berücksichtigung im Rahmen der Neufassung des EStG	Durchforstung des EStG nach gender pay gap relevanten Bestimmungen und Beseitigung dieser, damit folgende Entwicklung realisiert werden kann: von 25% gender pay gap (2011) auf 22 % (2013)	25 % gender pay gap im Jahr 2011

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Verstärkte Kontrolle von Löschungen und Nachsichten durch die Vorgesetzten (Bund 2007/14)
2. Der Verhinderung der Entstehung von Abgabenrückständen besondere Bedeutung einräumen (Bund 2009/13)
3. Abschaffung der Topf–Sonderausgaben (Bund 2010/2)
4. Verhandlungen mit den Ländern über den Kofinanzierungsanteil des Bundes an den Beihilfen für private Geschädigte (Bund 2011/3)
5. Zu finanzierende Verkehrsinfrastruktur definieren, abgrenzen und Umsetzung laufend überprüfen, wie Z.B. im Bereich der Wiener Linien (Bund 2012/1)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Umsetzung durch Neugestaltung (26.5.2008) des Verfahrens E 13 (Löschungen, Nachsichten, Aussetzung der Einbringung und deren Widerruf) und Filterung in den statistischen Auswertungen [Bund 2008/13, Nachfrageverfahren (NV) 2007]. Weiters wurden zur Sicherstellung bundeseinheitlicher Qualitätsstandards sowie zur Weiterentwicklung des internen Kontrollsystems (IKS) mit Erlass des BMF (6.3.2010) hinsichtlich der Löschungen (§ 235 Bundesabgabenordnung) ein Berichtswesen (Managementreporting) und eine nachträgliche Qualitätskontrolle (Löschungskontrolle) eingeführt.
2. Die zu den einzelnen Punkten angeführten Maßnahmen (bspw. Risikomanagement) sollten diesbezüglich Wirkung zeigen. Vereinzelt werden sich Betrugsfälle trotz Präventivmaßnahmen nicht vermeiden lassen (z.B. Aufgriff von Karussell-betrugsfällen durch UMA-Prüfungen (Prüfungen von ausländischen Unternehmen) (Bund 2010/14, NV 2009).
3. Die Abzugsfähigkeit der Topfsonderausgaben wurde zum Teil ausgeweitet (europarechts-konforme Ausgestaltung). Der Sonderausgabenabzug für junge Aktien iSd § 18 Abs. 1 Z 4 EStG 1988 entfällt ab 2011 (Bund 2011/13, NV 2010).
4. Eine akkordierte Stellungnahme der Länder zum Vorschlag des Rechnungshofes steht noch aus (NV 2011).
5.Die Fragen wurde zwischen BMF, BMVIT, Land Wien und Wiener Linien erörtert und protokolliert. Dieses Gremium bespricht anlassbezogen (mindestens 1xjährlich) Fragen zu bspw. Baukostenplan, Rechnungsabschluss (Bund 2012/1 S 294).

Globalbudget 16.01 Öffentliche Abgaben
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 16.01 Öffentliche Abgaben**	DB 16.01.01 Brutto-steuern	DB 16.01.02 FinAusgl.A büberw.I	DB 16.01.03 Sonst. Abüberw. I	DB 16.01.04 EU Abüberw. II
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	46.426,214	76.901,501	-24.479,670	-3.395,617	-2.600,000
Erträge	**46.426,214**	**76.901,501**	**-24.479,670**	**-3.395,617**	**-2.600,000**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 16.01 Öffentliche Abgaben**	DB 16.01.01 Brutto-steuern	DB 16.01.02 FinAusgl.A büberw.I	DB 16.01.03 Sonst. Abüberw. I	DB 16.01.04 EU Abüberw. II
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	46.426,214	76.901,501	-24.479,670	-3.395,617	-2.600,000
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**46.426,214**	**76.901,501**	**-24.479,670**	**-3.395,617**	**-2.600,000**

Untergliederung 20 Arbeit

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir betreiben aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verhütung und Beseitigung von Arbeitslosigkeit sowie Förderung von Beschäftigung und sichern die Existenz der Arbeitslosen. Wir verbessern Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz durch Bewusstseinsbildung und effiziente Durchsetzung des ArbeitnehmerInnenschutzes.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**5.351,819**	**5.003,052**	**5.191,960**
Auszahlungen fix	1.441,704	1.441,704	1.427,991	1.610,826
Auszahlungen variabel	4.964,089	4.964,089	4.763,300	4.423,415
Summe Auszahlungen	**6.405,793**	**6.405,793**	**6.191,291**	**6.034,241**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-1.053,974**	**-1.188,239**	**-842,282**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	5.352,301		
Aufwendungen	6.490,095		
Nettoergebnis	**-1.137,794**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Verbesserung der Arbeits- und Erwerbsfähigkeit älterer ArbeitnehmerInnen (50+).
Warum dieses Wirkungsziel?
Ältere, erfahrene ArbeitnehmerInnen sind nicht zuletzt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung für Österreichs Wirtschaft unverzichtbar, sie tragen durch ihr Wissen und Know-how substanziell zu Wirtschaftswachstum und Produktivitätsentwicklung bei; zur langfristigen Finanzierbarkeit der Systeme der sozialen Sicherheit ist das faktische an das gesetzliche Pensionsantrittsalter heranzuführen. Die nationalen Zielvorgaben sollten sich an den auf EU-Ebene angestrebten Ergebnissen orientieren und spezielle nationale Umstände berücksichtigen. (Datenbasis: WIFO-Prognose Sept. 2011)
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Schaffung/Bereitstellung eines flächendeckenden niederschwelligen (d.h. freiwilliger, kostenloser Zugang; jederzeitige Inanspruchnahme der Angebote innerhalb der Öffnungszeiten; Angebote für jede Lebensphase) Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebots zum dauerhaften Erhalt der Arbeits- und Erwerbsfähigkeit erwerbstätiger Personen (Programm „fit2work“);
- Forcierung der Re-Integration von gesundheitlich beeinträchtigten Personen in den Arbeitsmarkt durch eine einheitliche Begutachtungsstelle „Arbeitsfähigkeit“ von Pensionsversicherungsanstalt und Arbeitsmarktservice (Gesundheitsstraße);
- Sicherstellung der Verfügbarkeit einer ausreichenden Anzahl an arbeitsmarktpolitischen Angeboten zur Erleichterung der (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt (Qualifizierung und Eingliederung)
Wie sieht Erfolg aus?
- Beschäftigungsquote Ältere: Zielzustand 2013: ≥ 51,5 %; Istzustand 2011: 51,3 % [Berechnungsmethode: Verhältnis von erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 50 und 64 Jahren zu der Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse; Quelle: BALI-Web des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BALI=Beschäftigung : Arbeitsmarkt : Leistungsbezieher : Informationen)]
- Arbeitslosenquote Ältere 50+: Zielzustand 2013: ≤ 7,2 %; Istzustand 2011: 7,1 % [Berechnungsmethode: Verhältnis von beim Arbeitsmarktservice registrierten arbeitslosen Personen zum unselbständigen Arbeitskräftepotential (beim Arbeitsmarktservice vorgemerkte arbeitslose Personen und beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger erfasste unselbständig Beschäftigte); Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice]

Wirkungsziel 2:
Frauen und Wiedereinsteigerinnen werden nach Erwerbsunterbrechung verstärkt am Erwerbsleben beteiligt (Zielzustand: Verringerung der Ungleichheit im Bereich Erwerbstätigkeit).
Warum dieses Wirkungsziel?
Der EU 2020 Strategie folgend, sind als nationales Ziel Maßnahmen zur Erreichung der Beschäftigungsquote von 77-78 % notwendig. Eine besondere Zielgruppe sind Frauen – hier wäre darauf zu achten, dass für die Arbeitnehmerinnen Wahlfreiheit hinsichtlich des Beschäftigungsausmaßes besteht. Beschäftigung ist individuell der wichtigste Beitrag zur Vermeidung von

Armut, deshalb ist ein existenzsicherndes Einkommen notwendig. Ein mehr an Beschäftigung schöpft die Ressource Qualifikation besser aus und sichert durch die vermehrten Sozialversicherungs- und Steuerbeiträge die Systeme der sozialen Sicherheit ab. Als Folge der vertikalen (unterschiedliche Hierarchieebenen, z.B. Anteil von Frauen in Führungspositionen) und horizontalen (nach Branchen, z.B. Anteil der Frauen in techn. Berufen) Segregation auf dem Arbeitsmarkt ist es für Frauen ungleich schwerer eine ihrer Ausbildung und Interesse adäquate Beschäftigung zu finden. Dadurch wächst der Gender Gap (Lohndifferenzen) weiter, Diskriminierung durch die Entlohnungssysteme sowie die ungleiche Verteilung der Versorgungsarbeit führt zu mangelnder Mobilisierung des weiblichen Arbeitskräftepotenzials.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Weiterführung des Programms FIT (Frauen in Handwerk und Technik);
- Qualifizierung für Frauen und Wiedereinsteigerinnen (Bildungsmaßnahmen, Kurskosten, Arbeitsstiftungen; vorbereitende und unterstützende Maßnahmen wie Berufsorientierung, Beratung z.B. hinsichtlich Kinderbetreuung, Begleitung während der Ausbildung, Kurse etc.);
- arbeitsmarktbezogene Angebote von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen für Frauen und Wiedereinsteigerinnen

Wie sieht Erfolg aus?

- Beschäftigungsquote Frauen: Zielzustand 2013: ≥ 61,5 %; Istzustand 2011: 61,8 % [Berechnungsmethode: Verhältnis von beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger registrierten unselbständig und selbständig beschäftigten Frauen zwischen 15 und 64 Jahren zu der Wohnbevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren; Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice]
- Arbeitslosenquote Frauen: Zielzustand 2013: ≤ 6,5 %; Istzustand 2011: 6,3 % [Berechnungsmethode: Verhältnis von beim Arbeitsmarktservice registrierten arbeitslosen Personen zwischen 15 und 64 Jahren zum unselbständigen Arbeitskräftepotential zwischen 15 und 64 Jahren (beim Arbeitsmarktservice vorgemerkte arbeitslose Personen und beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger erfasste unselbständige Beschäftigte); Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice]

Wirkungsziel 3:

Dämpfung negativer Auswirkungen einer abgeschwächten Konjunktur auf die Arbeitslosigkeit und in weiterer Folge langfristige Senkung der Arbeitslosigkeit.

Warum dieses Wirkungsziel?

Arbeitslosigkeit hat sowohl auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene als auch auf der individuellen Ebene negative Folgen und verursacht erhebliche Kosten. Eine niedrige Arbeitslosigkeit generiert Volkseinkommen und ermöglicht den Einzelnen, ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbsarbeit zu bestreiten. Ohne Einsatz der Arbeitsmarktförderung wäre die Arbeitslosigkeit um jeweils 1,6 Prozentpunkte höher. Der EU 2020-Strategie folgend sollen im Bereich Beschäftigung 75 % der 20- bis 64-Jährigen in Arbeit gebracht werden (eines von fünf EU-Kernzielen für das Jahr 2020).

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Arbeitsmarktförderung und Beihilfen zur Beschäftigungsförderung, Qualifizierung und Unterstützung von Arbeitslosen und Beschäftigten

Wie sieht Erfolg aus?

- Arbeitslosenquote Männer: Zielzustand 2013: ≤ 7,4 %; Istzustand 2011: 7,1 % [Berechnungsmethode: Verhältnis von arbeitslosen Personen zum Arbeitskräftepotential (arbeitslose Personen plus unselbständig Beschäftigte lt. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger); Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice];
- Arbeitslosenquote Frauen: Zielzustand 2013: ≤ 6,5 %; Istzustand 2011: 6,3 % [Berechnungsmethode: Verhältnis von arbeitslosen Personen zum Arbeitskräftepotential (arbeitslose Personen plus unselbständig Beschäftigte lt. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger); Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice];
- Arbeitslosenquote 15-64 Jahre (m+w): Zielzustand 2013: ≤ 7,0 %; Istzustand 2011: 6,7 % [Berechnungsmethode: Verhältnis von arbeitslosen Personen zum Arbeitskräftepotential (arbeitslose Personen plus unselbständig Beschäftigte lt. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger); Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice];
- Arbeitslosenquote 15-24 Jahre **(m+w):** Zielzustand 2013: ≤ 7,0 %; Istzustand 2011: 7,3 % [Berechnungsmethode: Verhältnis von arbeitslosen Personen zum Arbeitskräftepotential (arbeitslose Personen plus unselbständig Beschäftigte lt. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger); Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice];
- Arbeitslosenquote Ältere 50+: Zielzustand 2013: ≤ 7,2 %; Istzustand 2011: 7,1 % [Berechnungsmethode: Verhältnis von arbeitslosen Personen zum Arbeitskräftepotential (arbeitslose Personen plus unselbständig Beschäftigte lt. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger); Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice];

Wirkungsziel 4:
Gewährleistung eines garantierten Lehr- oder Ausbildungsplatzes für Jugendliche an der Schnittstelle Schule/Arbeitsmarkt (… zur Absicherung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt).
Warum dieses Wirkungsziel?
Jugendliche sollen rasch Erfahrungen am Arbeitsmarkt sammeln, ihre erworbenen Kenntnisse anwenden und ausbauen. Die Jugend braucht Chancen und Perspektiven. Daher ist eine stabile, frei gewählte, zukunftssichere Berufswahl von besonderer Bedeutung.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Ausbildungsgarantie: Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Ausbildungsplätzen für Jugendliche und junge Erwachsene, die nicht am regulären Lehrstellenmarkt teilnehmen können
Wie sieht Erfolg aus?
- Anzahl Lehrstellensuchende: Zielzustand 2013: ≤ 5.700; Istzustand 2011: 5.504 [Berechnungsmethode: Anzahl der bei den regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice zur Lehrstellenvermittlung registrierten Personen, für die noch keine erfolgreiche Vermittlung zustande gekommen ist (ohne Einstellungszusage); Quelle: Arbeitsmarktservice];
- Anzahl gemeldete offene Lehrstellen: Zielzustand 2013 ≥ 3.400; Istzustand 2011: 3.650 [Berechnungsmethode: Anzahl der sich aus den Vermittlungsaufträgen der Betriebe ergebenden freien Lehr- oder Ausbildungsstellen, für die noch keine erfolgreiche Vermittlung zustande gekommen ist (ohne Einstellungszusage); Quelle: Arbeitsmarktservice];
- Arbeitslosenquote Jugendliche (15-24 Jahre): Zielzustand 2013: ≤ 7 %; Istzustand 2011: 7,3 % [Berechnungsmethode: Verhältnis von arbeitslosen Personen zum Arbeitskräftepotential (arbeitslose Personen plus unselbständig Beschäftigte lt. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger); Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice]

Wirkungsziel 5:
Schutz der Gesundheit und Sicherheit der ArbeitnehmerInnen.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Arbeitsinspektion hat durch ihre Tätigkeit dazu beizutragen, dass Gesundheit und Sicherheit der ArbeitnehmerInnen sichergestellt und durch geeignete Maßnahmen ein wirksamer ArbeitnehmerInnenschutz gewährleistet wird. D.h. die Arbeitsinspektion wirkt an der Verbesserung von Arbeitsbedingungen zur Prävention von Arbeitsunfällen, Erkrankungen und Berufskrankheiten mit. Für die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen werden Maßnahmen der Prävention mit dem Ziel angewandt, die Zahl von Arbeitsunfällen, arbeitsbedingten Erkrankungen und Berufskrankheiten möglichst gering zu halten. Dabei werden insbesondere der rasante technologische und arbeitsmedizinische Fortschritt sowie die Trends von Arbeitsunfällen, arbeitsbedingten Erkrankungen und Berufskrankheiten berücksichtigt.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Entwicklung der Arbeitsschutzstrategie 2013 – 2020 in Kooperation mit Partnerorganisationen (z.B. Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, Interessensvertretungen) mit dem Ziel der Reduktion von Arbeitsunfällen, arbeitsbedingten Erkrankungen und Berufskrankheiten;
- Entwicklung einer neuen Strategie zur zielorientierten Planung von Schwerpunktaktionen für Branchen mit Prognose der erwarteten Wirkung (Verbesserung des Grades der Rechtsumsetzung vor Ort);
- Entwicklung eines neuen Modells zur Steuerung der Tätigkeit der Arbeitsinspektorate basierend auf objektiven Kennzahlen und standardisierten Qualitätskriterien zur Optimierung der Wirkung der Tätigkeit durch Steigerung der Effizienz der Kontrollen;
- Bereitstellung von fachspezifischen Informationen, insbesondere auch über aktuelle Entwicklungen in rechtlicher, technischer und arbeitsmedizinischer Hinsicht, auf der Website der Arbeitsinspektion
Wie sieht Erfolg aus?
- Krankenstandsquote: Zielzustand 2013: < 3,5 %; Istzustand 2011: 3,6 % [Berechnungsmethode: Krankenstandstage gesamt * 100/Anzahl der Krankenversicherten (= nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz krankenversicherte ArbeiterInnen und Angestellte und bei der BVA versicherte Vertragsbedienstete des Bundes) * 365; Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger];
- Quote der Arbeitsunfälle: Zielzustand 2013: ≤ 350; Istzustand 2011: 325 [Berechnungsmethode: Verhältnis der von der Allgemeinen Unvallversicherungsanstalt anerkannten Arbeitsunfälle unselbständig Erwerbstätiger im engeren Sinn (ohne Wegunfälle) bezogen auf 10.000 ArbeitnehmerInnen; Quelle: Allgemeine Unfallversicherungsanstalt]

Untergliederung 20 Arbeit

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5.352,300		
Finanzerträge	0,001		
Erträge	**5.352,301**		
Personalaufwand	83,635		
Transferaufwand	5.910,540		
Betrieblicher Sachaufwand	495,920		
Aufwendungen	**6.490,095**		
hievon variabel	*4.966,809*		
Nettoergebnis	**-1.137,794**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5.351,667	5.002,900	5.191,792
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001	0,001	0,003
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,151	0,151	0,165
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**5.351,819**	**5.003,052**	**5.191,960**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	495,002	452,217	495,658
Auszahlungen aus Transfers	5.910,540	5.738,773	5.538,046
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,100	0,150	0,395
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,151	0,151	0,142
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.405,793**	**6.191,291**	**6.034,241**
hievon variabel	*4.964,089*	*4.763,300*	*4.423,415*
Nettogeldfluss	**-1.053,974**	**-1.188,239**	**-842,282**

Untergliederung 20 Arbeit
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 20 Arbeit**	GB 20.01 Arbeits-markt	GB 20.02 Arbeits-inspektion
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5.352,300	5.351,241	1,059
Finanzerträge	0,001	0,001	
Erträge	**5.352,301**	**5.351,242**	**1,059**
Personalaufwand	83,635	57,114	26,521
Transferaufwand	5.910,540	5.910,540	
Betrieblicher Sachaufwand	495,920	491,033	4,887
Aufwendungen	**6.490,095**	**6.458,687**	**31,408**
hievon variabel	*4.966,809*	*4.966,809*	
Nettoergebnis	**-1.137,794**	**-1.107,445**	**-30,349**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 20 Arbeit**	GB 20.01 Arbeits-markt	GB 20.02 Arbeits-inspektion
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5.351,667	5.351,242	0,425
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001		0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,151	0,095	0,056
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**5.351,819**	**5.351,337**	**0,482**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	495,002	464,397	30,605
Auszahlungen aus Transfers	5.910,540	5.910,540	
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,100		0,100
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,151	0,095	0,056
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.405,793**	**6.375,032**	**30,761**
hievon variabel	*4.964,089*	*4.964,089*	
Nettogeldfluss	**-1.053,974**	**-1.023,695**	**-30,279**

Globalbudget 20.01 Arbeitsmarkt

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5.351,241		
Finanzerträge	0,001		
Erträge	**5.351,242**		
Personalaufwand	57,114		
Transferaufwand	5.910,540		
Betrieblicher Sachaufwand	491,033		
Aufwendungen	**6.458,687**		
hievon variabel	*4.966,809*		
Nettoergebnis	**-1.107,445**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5.351,242	5.002,597	5.191,311
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,095		0,125
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**5.351,337**	**5.002,597**	**5.191,436**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	464,397	426,230	468,514
Auszahlungen aus Transfers	5.910,540	5.738,773	5.538,046
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,095		0,084
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.375,032**	**6.165,003**	**6.006,645**
hievon variabel	*4.964,089*	*4.763,300*	*4.423,415*
Nettogeldfluss	**-1.023,695**	**-1.162,406**	**-815,209**

Globalbudget 20.01 Arbeitsmarkt

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Schaffung/Bereitstellung eines flächendeckenden niederschwelligen (d.h. freiwilliger, kostenloser Zugang; jederzeitige Inanspruchnahme der Angebote innerhalb der Öffnungszeiten; Angebote für jede Lebensphase) Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebots zum dauerhaften Erhalt der Arbeits- und Erwerbsfähigkeit erwerbstätiger Personen (Programm „fit2work“) und Forcierung der Re-Integration von gesundheitlich beeinträchtigten Personen in den Arbeitsmarkt durch eine einheitliche Begutachtungsstelle „Arbeitsfähigkeit“ von Pensionsversicherungsanstalt und Arbeitsmarktservice (Gesundheitsstraße)	- Anzahl der beratenen ArbeitnehmerInnen: 18.000 (Programm „fit2work“); - Vollausbau des Programms „fit2work“ in ganz Österreich; - Anzahl der Untersuchungen (insgesamt): ≥ 4.600 (Gesundheitsstraße); - Anzahl der Untersuchungen (50+): ≥ 1.600 (Gesundheitsstraße)	- Anzahl der beratenen ArbeitnehmerInnen: 389 (Programm „fit2work“); - das Programm „fit2work“ wurde in 3 Bundesländern gestartet; - Anzahl der Untersuchungen (insgesamt): 4.443 (Gesundheitsstraße); - Anzahl der Untersuchungen (50+): 1.526 (Gesundheitsstraße)
WZ 1	Sicherstellung der Verfügbarkeit einer ausreichenden Anzahl an arbeitsmarktpolitischen Angeboten zur Erleichterung der (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt (Qualifizierung und Eingliederung)	- Anzahl der geförderten Personen in Eingliederungsbeihilfen (EB) 50+: 8.500; - Anzahl der geförderten Personen in Sozialökonomischen Betrieben und gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten 50+: 7.000	- Anzahl der geförderten Personen in Eingliederungsbeihilfen (EB) 50+: 8.216; - Anzahl der geförderten Personen in Sozialökonomischen Betrieben und gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten 50+: 6.612
WZ 2	Weiterführung des Programms FIT (Frauen in Handwerk und Technik) und Qualifizierung für Frauen und Wiedereinsteigerinnen (Bildungsmaßnahmen, Kurskosten, Arbeitsstiftungen; vorbereitende und unterstützende Maßnahmen wie Berufsorientierung, Beratung z.B. hinsichtlich Kinderbetreuung, Begleitung während der Ausbildung, Kurse etc.) und Arbeitsmarktbezogene Angebote von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen für Frauen und Wiedereinsteigerinnen	- Anzahl der geförderten Frauen inkl. Wiedereinsteigerinnen: 6.200 (Programm FIT); - Anzahl der geförderten Frauen inkl. Wiedereinsteigerinnen: 132.000 (Qualifizierung); - Anzahl der geförderten Frauen inkl. Wiedereinsteigerinnen: 40.000 (Beratungs- und Betreuungseinrichtungen)	- Anzahl der geförderten Frauen inkl. Wiedereinsteigerinnen: 6.044 (Programm FIT); - Anzahl der geförderten Frauen inkl. Wiedereinsteigerinnen: 112.862 (Qualifizierung); - Anzahl der geförderten Frauen inkl. Wiedereinsteigerinnen: 36.503 (Beratungs- und Betreuungseinrichtungen)
WZ 3	Arbeitsmarktförderung und Beihilfen zur Beschäftigungsförderung; Qualifizierung und Unterstützung von Arbeitslosen und Beschäftigten	- Anzahl der geförderten Personen: 410.000	- Anzahl der geförderten Personen: 377.869
WZ 4	Ausbildungsgarantie: Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Ausbildungsplätzen für Jugendliche und junge	- Anzahl der geförderten Jugendlichen in Lehrgängen: ≤ 12.300	- Anzahl der geförderten Jugendlichen in Lehrgängen: ≤ 11.183

	Erwachsene, die nicht am regulären Lehrstellenmarkt teilnehmen können		

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Zielgruppenorientierte Betreuung der jungen Erwachsenen im Hinblick auf deren hohe Betroffenheit von Arbeitslosigkeit (Bund 2011/10)
2. Anstreben einer betriebswirtschaftlich ausgerichteten Finanzierung der mehrjährigen Kursmaßnahmen des AMS (Bund 2011/10)
3. Einheitliche Vergabestrategie sowie möglichst einfache Gestaltung der internen Abwicklung bei Kursvergaben des AMS (Bund 2011/10)
4. Kosten–Nutzen–Überlegungen zu einer Umschichtung bzw. Erhöhung eigener Ressourcen, um eingekaufte Leistungen selbst zu erbringen (Bund 2011/3)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Betreuung im AMS auf Zielgruppe ausgerichtet; Zielgruppenorientierung so gewährleistet; durch ständige Weiterentwicklung der Organisation passgenaue Ausrichtung gewährleistet.

2. Problematik ergibt sich aus der Einbindung des AMS in das Bundeshaushaltsrecht. Dadurch fallen die notwendige Planung der Maßnahmen und die tatsächliche Budgetierung weit auseinander. Was die Abwicklung der Kursmaßnahmen selbst betrifft, arbeitet das AMS derzeit an einer grundlegenden Überarbeitung der entsprechenden Richtlinie.

3. Mit Inkraftsetzen der AMS-Vorstandsrichtlinie zur Vergabe von Bildungsmaßnahmen bereits realisiert.

4. Mangels Personalressourcen (Aufnahmestopp des Bundes) Eigenleistungen nicht möglich.

Globalbudget 20.01 Arbeitsmarkt
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 20.01 Arbeits-markt**	DB 20.01.01 AMadmin BMASK	DB 20.01.02 Aktive AMP	DB 20.01.03 Leist/Beitr	DB 20.01.04 AMadmin AMS
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5.351,241	5,004	0,001	5.346,236	
Finanzerträge	0,001		0,001		
Erträge	**5.351,242**	**5,004**	**0,002**	**5.346,236**	
Personalaufwand	57,114				57,114
Transferaufwand	5.910,540	416,771	568,949	4.924,820	
Betrieblicher Sachaufwand	491,033		489,990	0,720	0,323
Aufwendungen	**6.458,687**	**416,771**	**1.058,939**	**4.925,540**	**57,437**
hievon variabel	*4.966,809*		*77,002*	*4.889,807*	
Nettoergebnis	**-1.107,445**	**-411,767**	**-1.058,937**	**420,696**	**-57,437**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 20.01 Arbeits-markt**	DB 20.01.01 AMadmin BMASK	DB 20.01.02 Aktive AMP	DB 20.01.03 Leist/Beitr	DB 20.01.04 AMadmin AMS
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5.351,242	5,004	0,002	5.346,236	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,095				0,095
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**5.351,337**	**5,004**	**0,002**	**5.346,236**	**0,095**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	464,397		407,990		56,407
Auszahlungen aus Transfers	5.910,540	416,771	568,949	4.924,820	
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,095				0,095
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.375,032**	**416,771**	**976,939**	**4.924,820**	**56,502**
hievon variabel	*4.964,089*		*75,002*	*4.889,087*	
Nettogeldfluss	**-1.023,695**	**-411,767**	**-976,937**	**421,416**	**-56,407**

Globalbudget 20.02 Arbeitsinspektion

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,059		
Erträge	**1,059**		
Personalaufwand	26,521		
Betrieblicher Sachaufwand	4,887		
Aufwendungen	**31,408**		
Nettoergebnis	**-30,349**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,425	0,303	0,480
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001	0,001	0,003
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,056	0,151	0,040
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,482**	**0,455**	**0,524**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	30,605	25,987	27,144
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,100	0,150	0,395
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,056	0,151	0,058
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**30,761**	**26,288**	**27,597**
Nettogeldfluss	**-30,279**	**-25,833**	**-27,072**

Globalbudget 20.02 Arbeitsinspektion

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 5	Entwicklung der Arbeitsschutzstrategie 2013 – 2020 in Kooperation mit Partnerorganisationen (z.B. Allgemeine Unfallversicherungs-anstalt, Interessensvertretungen) mit dem Ziel der Reduktion von Arbeitsunfällen, arbeitsbedingten Erkrankungen und Berufskrank-heiten.	- Die Arbeitsschutzstrategie 2013 – 2020 ist fertiggestellt und läuft organisiert ab dem 2. Halbjahr 2013	- Die Arbeitsschutzstrategie 2007 – 2012 ist in Umsetzung; Start der Planung der Arbeitsschutzstragie 2013 – 2020 im Jahr 2012
WZ 5	Entwicklung einer neuen Strategie zur zielorientierten Planung von Schwerpunktak-tionen (SPA) für Branchen mit Prognose der erwarteten Wirkung (Verbesserung des Grades der Rechtsumsetzung vor Ort)	- Mindestens 50% aller Betriebe der Branche Bergbau sind Ende 2013 beraten und kontrolliert; die Planung einer Schwerpunktaktion in einer weiteren festzulegenden Branche ist bis Ende 2013 abgeschlossen	- Planung der Schwerpunk-taktion in der Branche Bergbau ist erfolgt
WZ 5	Entwicklung eines neuen Modells zur Steuerung der Tätigkeit der Arbeitsinspektorate basierend auf objektiven Kennzahlen und standardisierten Qualitätskriterien zur Optimierung der Wirkung der Tätigkeit durch Steigerung der Effizienz der Kontrollen	- 2013 erfolgt in den Arbeitsins-pektoraten wirkungsorientierte Steuerung auf Basis von Mindeststandards für Besichtig-ungen (Kontrollen), praktische Aus- und Weiterbildung vor Ort und Wirkungszielen mittels Ressourcen-, Ziel- und Leistungsplanung	- 1. Rahmenvereinbarung mit den Arbeitsinspektoraten auf Grundlage durchzuführender Maßnahmen (z.B. Kontrollen) liegt vor
WZ 5	Bereitstellung von fachspezifi-schen Informationen, insbe-sondere auch über aktuelle Entwicklungen in rechtlicher, technischer, arbeitsmedizinischer Hinsicht für die Anspruchs-gruppen der Arbeitsinspektion auf der Website der Website der Arbeitsinspektion (ArbeitgeberInnen, ArbeitnehmerInnen, Präventivfachkräfte, Sicherheits-vertrauenspersonen, Betriebsräte, Interessenvertretungen etc.)	- Anzahl der Zugriffe auf die Website der Arbeitsinspektion: ≥ 1.150.000	- Anzahl der Zugriffe auf die Website der Arbeitsinspektion: 1.061.122

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Globalbudget 20.02 Arbeitsinspektion
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 20.02 Arbeits-inspektion**	DB 20.02.01 Arbeits-inspektion
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,059	1,059
Erträge	**1,059**	**1,059**
Personalaufwand	26,521	26,521
Betrieblicher Sachaufwand	4,887	4,887
Aufwendungen	**31,408**	**31,408**
Nettoergebnis	**-30,349**	**-30,349**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 20.02 Arbeits-inspektion**	DB 20.02.01 Arbeits-inspektion
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,425	0,425
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,056	0,056
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,482**	**0,482**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	30,605	30,605
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,100	0,100
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,056	0,056
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**30,761**	**30,761**
Nettogeldfluss	**-30,279**	**-30,279**

Untergliederung 21 Soziales und Konsumentenschutz

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir sorgen für die Verfügbarkeit eines vielfältigen und bedarfsgerechten Angebots an Pflege und Betreuung und für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung – insbesondere durch berufliche Integration. Wir unterstützen VerbraucherInnen, indem wir ihre Rechtsposition gegenüber Unternehmen stärken und ihre Rechte durchsetzen. Wir arbeiten für eine gerechte Teilhabe von armutsgefährdeten und von Ausgrenzung bedrohter Menschen.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**210,414**	**100,417**	**16,613**
Auszahlungen fix	2.900,775	2.900,775	3.005,351	2.454,307
Summe Auszahlungen	**2.900,775**	**2.900,775**	**3.005,351**	**2.454,307**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-2.690,361**	**-2.904,934**	**-2.437,694**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	210,551		
Aufwendungen	2.903,663		
Nettoergebnis	**-2.693,112**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Stärkung der Rechtsposition der VerbraucherInnen und Sicherstellung einer effektiven Durchsetzung.
Warum dieses Wirkungsziel?
Das strukturelle Ungleichgewicht bewirkt, dass KonsumentInnen ohne ausreichend zwingende (d.h. nicht abdingbare) Rechte, ihre Anliegen und Interessen gegenüber UnternehmerInnen kaum durchsetzen können. Für den Fall, dass UnternehmerInnen diese Rechte nicht beachten, ist es notwendig, die Durchsetzung dieser Rechte sicherzustellen. Da der Zugang zum Recht für KonsumentInnen einerseits in Folge der Geringfügigkeit des Geschäfts und andererseits des Prozesskostenrisikos häufig ökonomisch nicht sinvoll ist, muss die Rechtsdurchsetzung gefördert und unterstützt werden.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- konsumentInnenfreundliche Umsetzung der EU-Richtlinie über Rechte der VerbraucherInnen (Nützen der nationalen Spielräume);
- Weiterentwicklung des Produktsicherheitsrechts (v.a. durch Verordnungen zum Produktsicherheitsgesetz);
- Verhandlung des Richtlinien-Vorschlags und des Verordnungs-Vorschlags über außergerichtliche Streitbeilegung und anschließende Umsetzung;
- konsumentInnenfreundliche Gestaltung des Reiserechts im Rahmen der Änderung der Pauschalreise-Richtlinie (Anpassung an neue Buchungsformen [„dynamic packaging“], Verbesserung Insolvenzabsicherung für den Fall der Insolvenz des Reisevermittlers/-veranstalters und Ausdehnung der Absicherung auf Fluglinien)
Wie sieht Erfolg aus?
- Durchsetzung: Zielzustand 2013: 62 %; Istzustand 2011: 50 % [Berechungsmethode: Verhältnis von umgesetzten Vorschlägen/Maßnahmen zu innerstaatlichen und europäischen Rechtsvorhaben/Maßnahmen zur Anzahl der eingebrachten/geplanten Vorschlägen/Maßnahmen (Die Kennzahl bezieht sich auf die auf Globalbudgetebene dargestellten Maßnahmen und deren Meilensteine; Quelle: Statistik Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz];
- Erfolgsquote der VKI-Verfahren: Zielzustand 2013: 90%; Istzustand 2011: 94,5 % [Berechnungsmethode: Verhältnis von abgeschlossenen zu gewonnenen Verfahren; Quelle: Berichte des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) über Klagstätigkeit)]

Wirkungsziel 2:
Erhöhung der ökonomischen und gesellschaftlichen Beteiligung von armutsgefährdeten und von Ausgrenzung bedrohten Personen, die nur begrenzt am ökonomischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die von sozialer Ausgrenzung und Armut am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen (z.B. arbeitslose Personen, Personen mit sehr geringer Erwerbseinbindung, Personen mit sehr niedrigem Bildungsabschluss, stark gesundheitlich beeinträchtigte Personen, AlleinerzieherInnen – 2010 ca. 1,4 Mio. Menschen) sollen durch unterstützende Maßnahmen zur besseren Teilhabe an Beschäftigung und gesellschaftlichen Prozessen unterstützt werden. Dadurch leistet Österreich einen Beitrag zum EU-Ziel,

in den nächsten 10 Jahren mindestens 20 Millionen Menschen aus Armut und sozialer Ausgrenzung zu befreien. Die Armutsbekämpfung nimmt in der Strategie Europa 2020 einen Schwerpunkt ein.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Festlegung der Schwerpunkte des Beitrags des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zum Nationen Reformprogramm (NRP) im Rahmen der EU 2020 Strategie v.a. zur Verringerung der Armutsgefährdung;
- Gezielte Information von ExpertInnen und Öffentlichkeit über Armutsbekämpfung;
- kostenlose Inanspruchnahme der Besuchsbegleitung für armutsgefährdete und von sozialer Ausgrenzung bedrohte besuchsberechtigte Personen;
- Energieberatungen für armutsgefährdete und von sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen

Wie sieht Erfolg aus?

- Anzahl Armutsgefährdete, Erwerbslose, materiell besonders benachteiligte Menschen („Deprivierte"): Zielzustand 2013: minus 117.500 Betroffene gegenüber 2008 (Gemäß EU 2020 Strategie sind Ausgangswert die Daten aus 2008; Istzustand 2008: rd. 1.500.000 Personen); Istzustand 2011: rd. 1.400.000 Personen [Berechnungsmethode: Anzahl Armutsgefährdete, Erwerbslose und materiell besonders benachteiligte Menschen („Deprivierte"); Quelle:EU-SILC (= Community Statistics on Incom an Living Conditions)

Wirkungsziel 3:

Sicherung der Pflege für pflegebedürftige Menschen und Unterstützung von deren Angehörigen.

Warum dieses Wirkungsziel?

Aufgrund der demografischen Entwicklung steigt die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen. Ihnen und ihren Angehörigen soll die Möglichkeit gegeben werden, ein selbstbestimmtes und bedürfnisorientiertes Leben zu führen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Sicherstellung einer raschen Verfahrensdauer bei Pflegegeldverfahren;
- Weitere Reduktion der Entscheidungsträger im Pflegegeldverfahren;
- für die Pflegebedürftigen gibt es österreichweit ein bedarfsorientiertes Angebot an Pflegeleistungen;
- Erarbeitung eines Konzepts zur Sicherstellung der Pflegevorsorge ab 2015 – Überführung des Pflegefondsgesetzes in den nächsten Finanzausgleich;
- Erstellung einer adäquaten österreichweiten Pflegedienstleistungsdatenbank als Grundlage zur strategischen Entwicklung;
- die Berechtigten für Entschädigungsansprüche in den verschiedenen Bereichen der Sozialentschädigung erhalten ihre gesetzlichen Ansprüche

Wie sieht Erfolg aus?

- durchschnittliche Verfahrensdauer zur Gewährung von Pflegegeld: Zielzustand 2013: < als 60 Tage; Istzustand 2011: 58,3 Tage [Berechnungsmethode: Anzahl der Tage bei Neuanträgen; Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungtsräger]
- Anzahl der pflegenden Angehörigen, die eine Unterstützung gem. § 21a Bundespflegegeldgesetz erhalten, weil sie an der Erbringung der Pflege einer pflegebedürftigen Person verhindert sind: Zielzustand 2013: 7.200; Istzustand 2011: 6.740 [Anzahl der unterstützten Personen; Quelle: Statistik des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz]
- Anzahl der DauerbezieherInnen einer Unterstützung zur 24-Stunden-Betreuung gem. § 21b Bundespflegegeldgesetz: Zielzustand 2013: < 15.000; Istzustand 2011: 11.200 [Anzahl der untersützten Personen; Quelle: Statistik des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz]

Wirkungsziel 4:

Weitere Verbesserung der Gleichstellung der Menschen mit Behinderung in allen Bereichen des Lebens, insbesondere durch berufliche Eingliederung.

Warum dieses Wirkungsziel?

Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen ist noch nicht erreicht. Neben unmittelbaren Diskriminierungen sind es vor allem Barrieren, die Menschen mit Behinderungen an der gleichberechtigten Teilhabe hindern. Solche bestehen vor allem auch in der Berufswelt.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Erstellung eines Nationalen Aktionsplans (NAP) für Menschen mit Behinderung;
- Erhöhung des Anteils der Menschen mit Behinderung bei sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen;
- begleitende Evaluierung der Novelle zum Behinderteneinstellungsgesetz (BGBI. I Nr. 111/2010) (Verlängerung der „Probezeit" von bisher 6 Monaten auf nunmehr 4 Jahre und Staffelung der Ausgleichstaxe nach Betriebsgröße);
- Neukonzeption der Förderprogramme, insbesondere zur stärkeren Ausrichtung auf den Übergang „Schule-Beruf" bzw. auf Programme zum späteren Pensionsantritt für Menschen mit Behinderung

Wie sieht Erfolg aus?

- Anteil der Einigungen im Schlichtungsverfahren (Bund): Zielzustand 2013: 50%; Istzustand 2011: 45 %
[Berechungsmethode: Verhältnis von Einigungen im Schlichtungsverfahren zu Gesamtzahl der Schlichtungsverfahren; Quelle: Statistik des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz]

Wirkungsziel 5:
Verbesserung der Chancen von Frauen mit Behinderung auf Einstellung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.
Warum dieses Wirkungsziel?
Frauen mit Behinderung sind am Arbeitsmarkt nach wie vor mehrfach benachteiligt. Die Erhöhung des Anteils der in sozialversicherungsrechtlichen Beschäftiungsverhältnissen stehenden weiblichen begünstigten Behinderten ist daher geboten.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Neugestaltung der Förderungsmaßnahmen in Richtung besonderer Förderung für Frauen mit Behinderung
Wie sieht Erfolg aus?
- Differenz zwischen dem Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der beschäftigten begünstigten Behinderten und dem Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der begünstigten Behinderten: Zielzustand 2013: 0,00 %; Istzustand 2011: 1,9 %
[Berechnungsmethode: Differenz zwischen dem Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der beschäftigten begünstigten Behinderten und dem Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der begünstigten Behinderten; Quelle: Statistik des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz]

Untergliederung 21 Soziales und Konsumentenschutz

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	210,534		
Finanzerträge	0,017		
Erträge	**210,551**		
Personalaufwand	80,421		
Transferaufwand	2.774,167		
Betrieblicher Sachaufwand	49,073		
Finanzaufwand	0,002		
Aufwendungen	**2.903,663**		
Nettoergebnis	**-2.693,112**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	210,244	100,247	16,339
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,016	0,016	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,154	0,154	0,274
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**210,414**	**100,417**	**16,613**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	125,607	120,622	109,511
Auszahlungen aus Transfers	2.772,167	2.881,728	2.342,207
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,300	0,200	0,443
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,701	2,801	2,147
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.900,775**	**3.005,351**	**2.454,307**
Nettogeldfluss	**-2.690,361**	**-2.904,934**	**-2.437,694**

Untergliederung 21 Soziales und Konsumentenschutz
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 21 Soz. Kons.-Schutz**	GB 21.01 Steuerung u.Services	GB 21.02 Pflege	GB 21.03 Versorg. u. Entschäd	GB 21.04 Maßn. f. Behinderte
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	210,534	3,320	202,970	4,241	0,003
Finanzerträge	0,017	0,002		0,014	0,001
Erträge	**210,551**	**3,322**	**202,970**	**4,255**	**0,004**
Personalaufwand	80,421	80,421			
Transferaufwand	2.774,167	11,462	2.532,827	169,678	60,200
Betrieblicher Sachaufwand	49,073	41,180	0,220	6,769	0,904
Finanzaufwand	0,002	0,002			
Aufwendungen	**2.903,663**	**133,065**	**2.533,047**	**176,447**	**61,104**
Nettoergebnis	**-2.693,112**	**-129,743**	**-2.330,077**	**-172,192**	**-61,100**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 21 Soz. Kons.-Schutz**	GB 21.01 Steuerung u.Services	GB 21.02 Pflege	GB 21.03 Versorg. u. Entschäd	GB 21.04 Maßn. f. Behinderte
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	210,244	3,015	202,970	4,255	0,004
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,016	0,016			
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,154	0,100		0,054	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**210,414**	**3,131**	**202,970**	**4,309**	**0,004**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	125,607	117,784	0,220	6,699	0,904
Auszahlungen aus Transfers	2.772,167	11,462	2.532,827	167,678	60,200
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,300	0,300			
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,701	0,100		2,601	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.900,775**	**129,646**	**2.533,047**	**176,978**	**61,104**
Nettogeldfluss	**-2.690,361**	**-126,515**	**-2.330,077**	**-172,669**	**-61,100**

Globalbudget 21.01 Steuerung und Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,320		
Finanzerträge	0,002		
Erträge	**3,322**		
Personalaufwand	80,421		
Transferaufwand	11,462		
Betrieblicher Sachaufwand	41,180		
Finanzaufwand	0,002		
Aufwendungen	**133,065**		
Nettoergebnis	**-129,743**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,015	3,017	2,974
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,016	0,016	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,100	0,100	0,100
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,131**	**3,133**	**3,075**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	117,784	112,487	102,566
Auszahlungen aus Transfers	11,462	11,494	12,541
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,300	0,200	0,443
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,100	0,100	0,089
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**129,646**	**124,281**	**115,638**
Nettogeldfluss	**-126,515**	**-121,148**	**-112,564**

Globalbudget 21.01 Steuerung und Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	konsumentInnenfreundliche Umsetzung der EU-Richtlinie über Rechte der VerbraucherInnen in nationales Recht (Nützen der nationalen Spielräume)	- planmäßiges Inkrafttreten des Umsetzungsgesetzes (Verbraucherrechte-Richtlinie-Umsetzungsgesetz)	- Die Richtlinie wurde am 25.10.2011 beschlossen und muss bis 13.12.2013 umgesetzt sein (anwendbar ab 14.6.2014); im Mai 2012 starten die Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Justiz
WZ 1	Weiterentwicklung des Produktsicherheitsrechts (v.a. durch Verordnungen zum Produktsicherheitsgesetz)	- In Kraft treten der Verordnung Tätowierfarben	- Das Vorhaben (Rückruf-Verordnung) wurde angesichts der bevorstehenden Änderung der Produktsicherheitsrichtlinie zurückgestellt. Der Produktsicherheitsbeirat verhandelte 2 Empfehlungen zu polizyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in Verbraucherprodukten (beschlossen Mai 2011) und Blei im Kinderschmuck. Begutachtung zu Softgun-Verordnung wurde durchgeführt; weitere Gespräche mit betroffenen Ministerien und Sozialpartnern notwendig
WZ 1	Verhandlung des Richtlinien-Vorschlags und des Verordnungs-Vorschlags über außergerichtliche Streitbeilegung und anschließende Umsetzung	- Start der Umsetzungsverhandlung zur Richtlinie	- Richtlinien-Vorschlag und Verordnung-Vorschlag über außergerichtliche Streitbeilegung werden seit November 2011 im EU Rat verhandelt. Ziel ist es, die Voraussetzungen für ein funktionierendes Schlichtungssystem zu schaffen, das eine sinnvolle Ergänzung zum Gerichtssystem darstellt
WZ 1	konsumentInnenfreunliche Gestaltung des Reiserechts im Rahmen der Änderung der Pauschalreise-Richtlinie (Anpassung an neue Buchungsformen [„dynamic packaging“], Verbesserung Insolvenzabsicherung für den Fall der Insolvenz des Reisevermittlers/-veranstalters und Ausdehnung der Absicherung auf Fluglinien)	- Mitwirkung an österreichischer Positionierung und Verhandlungen der Richtlinie in Brüssel	- die von der Europäischen Kommission angekündigte Änderung der Pauschalreise-Richtlinie liegt nicht vor
WZ 2	Festlegung der Schwerpunkte des Beitrags des Bundesminsteriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) zum Nationalen Reformprogramm (NRP) v.a. zur Verringerung der Armutsgefährdung und gezielte Information von ExpertInnen und Öffentlichkeit	- BMASK-Beitrag zum NRP fristgerecht im 1. Quartal erstellt; - Anzahl der Veranstaltungen mit jeweils 50 bis 100 TeilnehmerInnen: 3; - Anzahl der Energieberatungen in Haushalten: 420; - Betreuungsquotient (Anteil der durch die Besuchsbegleitung betreuten besuchsberechtigten	- BMASK-Beitrag fristgerecht im 1. Quartal erstellt und an das Bundeskanzleramt übermittelt; - Anzahl der Veranstaltungen mit jeweils 50 bis 100 TeilnehmerInnen: 2; - Anzahl der Energieberatungen in Haushalten: 148; - Betreuungsquotient: Kennzahl erstmalig für das Jahr 2011

	über Armutsbekämpfung und Energieberatungen für armutsgefährdete und von sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen und kostenlose Inanspruchnahme der Besuchsbegleitung für armutsgefährdete und von sozialer Ausgrenzung bedrohte besuchsberechte Personen	sozial benachteiligten Personen an den grundsätzlich anspruchsberechtigten nicht sozial benachteiligten besuchsberechtigten Personen): 90%; - Betreuungsinstensität (Durchschnittliche Zahl der geförderten Besuchsbegleitungsstunden pro betreuter besuchsberechtigter Person: ≤ 40 Stunden/Jahr; Härtefälle ≤ 80 Stunden/2 Jahre	erhoben; Daten für 2011 liegen noch nicht vor, Istzustand 2010: - Betreuungsinstensität: 10,5 Stunden

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Globalbudget 21.01 Steuerung und Services
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 21.01 Steuerung u.Services**	DB 21.01.01 Zentralstelle	DB 21.01.02 Bundes-sozialamt	DB 21.01.03 KonsumentInnenschutz	DB 21.01.04 EU, Internat.Soz. Sen
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,320	3,104	0,205	0,001	0,010
Finanzerträge	0,002	0,001	0,001		
Erträge	**3,322**	**3,105**	**0,206**	**0,001**	**0,010**
Personalaufwand	80,421	44,945	35,476		
Transferaufwand	11,462	3,476	0,003	2,200	5,783
Betrieblicher Sachaufwand	41,180	18,943	17,726	1,100	3,411
Finanzaufwand	0,002	0,001	0,001		
Aufwendungen	**133,065**	**67,365**	**53,206**	**3,300**	**9,194**
Nettoergebnis	**-129,743**	**-64,260**	**-53,000**	**-3,299**	**-9,184**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 21.01 Steuerung u.Services**	DB 21.01.01 Zentralstelle	DB 21.01.02 Bundes-sozialamt	DB 21.01.03 KonsumentInnenschutz	DB 21.01.04 EU, Internat.Soz. Sen
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,015	2,983	0,021	0,001	0,010
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,016	0,006	0,010		
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,100	0,055	0,045		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,131**	**3,044**	**0,076**	**0,001**	**0,010**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	117,784	61,267	52,006	1,100	3,411
Auszahlungen aus Transfers	11,462	3,476	0,003	2,200	5,783
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,300	0,200	0,100		
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,100	0,055	0,045		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**129,646**	**64,998**	**52,154**	**3,300**	**9,194**
Nettogeldfluss	**-126,515**	**-61,954**	**-52,078**	**-3,299**	**-9,184**

Globalbudget 21.02 Pflege

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	202,970		
Erträge	**202,970**		
Transferaufwand	2.532,827		
Betrieblicher Sachaufwand	0,220		
Aufwendungen	**2.533,047**		
Nettoergebnis	**-2.330,077**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	202,970	92,971	10,850
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**202,970**	**92,971**	**10,850**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,220	0,221	0,098
Auszahlungen aus Transfers	2.532,827	2.621,085	2.064,129
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.533,047**	**2.621,306**	**2.064,227**
Nettogeldfluss	**-2.330,077**	**-2.528,335**	**-2.053,376**

Globalbudget 21.02 Pflege

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 3	Sicherstellung einer raschen Verfahrensdauer bei Pflegeldverfahren	- durchschnittliche Verfahrensdauer zur Gewährung von Pflegegeld: < als 60 Tage	- durchschnittliche Verfahrensdauer zur Gewährung von Pflegegeld: 58,3 Tage
WZ 3	Weitere Reduktion der Entscheidungsträger im Pflegegeldverfahren	- Entwurf einer Novelle zum Bundespflegegeldgesetz, mit dem die Entscheidungsträger im Pflegegeldverfahren reduziert werden, ist geplant	- Anzahl der derzeitigen Entscheidungsträger: 7
WZ 3	Für die Pflegebedürftigen gibt es Österreichweit ein bedarfsorientiertes Angebot an Pflegeleistungen	- Eine Verordnung hinsichtlich eines Richtversorgungsgrades gem. § 3 Abs. 3 Pflegefondsgesetz liegt vor	- Verordnung liegt nicht vor
WZ 3	Erarbeitung eines Konzepts zur Sicherstellung der Pflegevorsorge ab 2015 – Überführung des Pflegefondsgesetzes in den nächsten Finanzausgleich	- Legistische Vorbereitung der Umsetzung	- Pflegefondsgesetz liegt vor
WZ 3	Erstellung einer adäquaten österreichweiten Pflegedienstleistungsdatenbank als Grundlage zur strategischen Entwicklung	- Einfließen der ersten Datenbankauswertungen in die Verhandlungen zum Finanzausgleich zur Feststellung des Leistungsspektrums und der Kosten	- die Pflegedienstleistungsstatistikverordnung wird derzeit erstellt

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Sicherstellung der langfristigen Finanzierbarkeit des Systems der Pflegevorsorge (Bund 2008/10)
2. Deutliche Verringerung der Anzahl der Entscheidungsträgerinnen/Entscheidungsträger und der bescheiderlassenden Stellen beim Vollzug des Pflegegeldes (Bund 2010/3)
3. Strategische Entscheidung über den Anteil öffentlich finanzierter Kosten der Pflegevorsorge sowie die Verteilung von Geld– und Sachleistungen (Bund 2010/3)
4. Durch ein ausreichendes Controlling wäre dafür zu sorgen, dass die durchschnittliche Verfahrendsdauer nicht mehr als 60 Tagen beträgt und mind. 80% der Verfahren innerhalb von 90 Tage erledigt werden (Bund 2010/3)
5. Ergänzung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B–VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen (Bund 2011/2)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Das Thema „Finanzierung der Pflege“ ist einer der zentralen Punkte der Arbeitsgruppe Strukturreform Pflege. Mit dem Pflegefondsgesetz wird den Ländern für die Jahre 2011 bis 2014 ein Gesamtbetrag in Höhe von € 685 Mio. zur teilweisen Abdeckung des Aufwands der Sicherung und des bedarfsgerechten Ausbaus des Pflegesystems zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2012 wurde zudem eine Verlängerung der Laufzeit des Pflegefonds bis 2016 vereinbart, in welchen den Ländern für die Jahre 2015 und 2016 zusätzlich in Summe € 650 Mio. zur Verfügung gestellt werden.

2. umgesetzt mit dem Pflegegeldreformgesetz 2012, BGBl. I Nr. 58/2011.

3. siehe Punkt 1

4. Ein Controlling über die durchschnittliche Dauer der Pflegegeldverfahren wurde umgesetzt.

5. wird auch im Rahmen der Arbeitsgruppe Strukturreform Pflege verhandelt

Globalbudget 21.02 Pflege
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 21.02 Pflege**	DB 21.02.01 Pflegegeld
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	202,970	202,970
Erträge	**202,970**	**202,970**
Transferaufwand	2.532,827	2.532,827
Betrieblicher Sachaufwand	0,220	0,220
Aufwendungen	**2.533,047**	**2.533,047**
Nettoergebnis	**-2.330,077**	**-2.330,077**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 21.02 Pflege**	DB 21.02.01 Pflegegeld
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	202,970	202,970
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**202,970**	**202,970**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,220	0,220
Auszahlungen aus Transfers	2.532,827	2.532,827
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.533,047**	**2.533,047**
Nettogeldfluss	**-2.330,077**	**-2.330,077**

Globalbudget 21.03 Versorgungs- und Entschädigungsgesetze

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	4,241		
Finanzerträge	0,014		
Erträge	**4,255**		
Transferaufwand	169,678		
Betrieblicher Sachaufwand	6,769		
Aufwendungen	**176,447**		
Nettoergebnis	**-172,192**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	4,255	4,255	2,513
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,054	0,054	0,174
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**4,309**	**4,309**	**2,687**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	6,699	7,009	6,846
Auszahlungen aus Transfers	167,678	193,449	189,977
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,601	2,701	2,058
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**176,978**	**203,159**	**198,882**
Nettogeldfluss	**-172,669**	**-198,850**	**-196,194**

Globalbudget 21.03 Versorgungs- und Entschädigungsgesetze

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 3	Die Berechtigten für Entschädigungsansprüche in den verschiedenen Bereichen der Sozialentschädigung erhalten ihre gesetzlichen Ansprüche	- Anzahl der Berufungen im Verhältnis zu den erstinanstanzlichen Entscheidungen: < 1% - Anzahl der erfolgreichen Berufungen im Verhältnis zu den erstinstanzlichen Entscheidungen: < 1% - Anzahl der berechtigten Devolutionsanträge: < 5	- Anzahl der Berufungen im Verhältnis zu den erstinanstanzlichen Entscheidungen: 0,17 % - Anzahl der erfolgreichen Berufungen im Verhältnis zu den erstinstanzlichen Entscheidungen: 0,03 % - Anzahl der berechtigten Devolutionsanträge: 0

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Globalbudget 21.03 Versorgungs- und Entschädigungsgesetze
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 21.03 Versorg. u. Entschäd**	DB 21.03.01 Kriegsopfer versorg.	DB 21.03.02 Heeresvers., Impfsch.	DB 21.03.03 Opferfür-sorge	DB 21.03.04 VOG
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	4,241	4,221	0,002	0,015	0,003
Finanzerträge	0,014	0,001		0,001	0,012
Erträge	**4,255**	**4,222**	**0,002**	**0,016**	**0,015**
Transferaufwand	169,678	140,556	12,667	15,663	0,792
Betrieblicher Sachaufwand	6,769	2,696	3,798	0,086	0,189
Aufwendungen	**176,447**	**143,252**	**16,465**	**15,749**	**0,981**
Nettoergebnis	**-172,192**	**-139,030**	**-16,463**	**-15,733**	**-0,966**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 21.03 Versorg. u. Entschäd**	DB 21.03.01 Kriegsopfer versorg.	DB 21.03.02 Heeresvers., Impfsch.	DB 21.03.03 Opferfür-sorge	DB 21.03.04 VOG
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	4,255	4,222	0,002	0,016	0,015
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,054				0,054
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**4,309**	**4,222**	**0,002**	**0,016**	**0,069**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	6,699	2,696	3,798	0,086	0,119
Auszahlungen aus Transfers	167,678	138,556	12,667	15,663	0,792
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,601				2,601
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**176,978**	**141,252**	**16,465**	**15,749**	**3,512**
Nettogeldfluss	**-172,669**	**-137,030**	**-16,463**	**-15,733**	**-3,443**

Globalbudget 21.04 Maßnahmen für Behinderte

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,003		
Finanzerträge	0,001		
Erträge	**0,004**		
Transferaufwand	60,200		
Betrieblicher Sachaufwand	0,904		
Aufwendungen	**61,104**		
Nettoergebnis	**-61,100**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,004	0,004	0,000
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,004**	**0,004**	**0,000**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,904	0,905	
Auszahlungen aus Transfers	60,200	55,700	75,560
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**61,104**	**56,605**	**75,560**
Nettogeldfluss	**-61,100**	**-56,601**	**-75,560**

Globalbudget 21.04 Maßnahmen für Behinderte

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 4	Erstellung eines Nationalen Aktionsplans (NAP) für Menschen mit Behinderung	- Beginn der Umsetzung der im NAP vorgeschlagenen Maßnahmen	- Erarbeitung des NAP
WZ 4	Erhöhung des Anteils der Menschen mit Behinderung bei sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen	- Quote der besetzten Pflichtstellen (Vorschreibungsperiode 2011): 68 % - Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen an den Gesamtarbeitslosen: 14,5 % - Anteil der weiblichen / männlichen Arbeitslosen mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen an den weiblichen / männlichen Gesamtarbeitslosen: 12,5% / 15,5%	- Quote der besetzten Pflichtstellen (Vorschreibungsperiode 2011): 65 % - Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen an den Gesamtarbeitslosen: 15 % - Anteil der weiblichen / männlichen Arbeitslosen mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen an den weiblichen / männlichen Gesamtarbeitslosen: 13% / 16%
WZ 4	Begleitende Evaluierung der Novelle zum Behinderteneinstellungsgesetz (BGBl. I Nr. 111/2010) (Verlängerung der „Probezeit“ von bisher 6 Monaten auf nunmehr 4 Jahre und Staffelung der Ausgleichstaxe nach Betriebsgröße)	- hinsichtlich der Anzahl der beschäftigten begünstigten Behinderten: Beurteilung der Wirksamkeit der Novelle und bei Bedarf Ableitung notwendiger Maßnahmen - Zuwachs der beschäftigten begünstigten Behinderten um 0,5 %	- Anzahl der beschäftigten begünstigten Behinderten: Gesamt 61.281 (Frauen 24.028 (39,2 %); Männer 37.253 (60,8 %))
WZ 4	Neukonzeption der Förderprogramme, insbesondere zur stärkeren Ausrichtung auf den Übergang „Schule-Beruf“ bzw. auf Programme zum späteren Pensionsantritt für Menschen mit Behinderung	- Umsetzung des Schwerpunkts Jugendliche und Übergangsmanagement; - Ausrollung des Jugendcoachings auf alle Bundesländer (Ende 2013)	- Beginn 1. Jänner 2012
WZ 5	Neugestaltung der Förderungsmaßnahmen in Richtung besonderer Förderung für Frauen mit Behinderung	- Evaluierung - Steigerung des Anteils der Frauen an den Förderungsmaßnahmen für die berufliche Eingliederung von Menschen mit Behinderung um 3 %	- Anteil der Frauen an den Förderungsmaßnahmen für die berufliche Eingliederung von Menschen mit Behinderung: 40 %

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Globalbudget 21.04 Maßnahmen für Behinderte
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 21.04 Maßn. f. Behinderte**	DB 21.04.01 M.f.Behind, spez.FP
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,003	0,003
Finanzerträge	0,001	0,001
Erträge	**0,004**	**0,004**
Transferaufwand	60,200	60,200
Betrieblicher Sachaufwand	0,904	0,904
Aufwendungen	**61,104**	**61,104**
Nettoergebnis	**-61,100**	**-61,100**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 21.04 Maßn. f. Behinderte**	DB 21.04.01 M.f.Behind, spez.FP
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,004	0,004
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,004**	**0,004**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,904	0,904
Auszahlungen aus Transfers	60,200	60,200
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**61,104**	**61,104**
Nettogeldfluss	**-61,100**	**-61,100**

Untergliederung 22 Sozialversicherung

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir sorgen für die Sicherung des staatlichen Pensionssystems und damit für den Erhalt des Lebensstandards im Alter.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**35,903**	**22,003**	**508,211**
Auszahlungen fix				
Auszahlungen variabel	9.966,200	9.966,200	10.024,000	9.113,775
Summe Auszahlungen	**9.966,200**	**9.966,200**	**10.024,000**	**9.113,775**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-9.930,297**	**-10.001,997**	**-8.605,563**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	35,903		
Aufwendungen	9.966,200		
Nettoergebnis	**-9.930,297**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Nachhaltige Sicherung des staatlichen Pensionssystems für die Sozialversicherten.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Leistungen (Pensionen, Rehabilitation) des staatlichen Pensionsversicherungssystems werden aus Beiträgen (Input) finanziert. Besteht eine Finanzierungslücke, gibt es die gesetzliche Verpflichtung des Bundes diese zu 100 % auszugleichen. Auch unter geänderten demografischen und ökonomischen Rahmenbedingungen soll das Leistungsniveau der staatlichen Pensionsversicherung erhalten und finanzierbar bleiben. Dies bedingt einen stabilen Bundesbeitrag, um ein ausgeglichenes Beitrags- und Leistungsverhältnis in der Pensionsversicherung zu erzielen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters insbesondere durch berufliche Rehabilitation vor Pension sowie durch die „Gesundheitsstraße“ und durch das flächendeckende Betreuungsangebot „fit2work“;
- Entwicklung von gezielten Informationsmaßnahmen, die den Versicherten eine klare Sicht auf die finanziellen Auswirkungen der individuellen Entscheidung ihrer Pensionierung (vor dem Regelpensionsalter) eröffnen;
- Stabilisierung des Verhältnisses von Dienstgeberbeitrag und Bundeszuschuss zum Sonderruhegeld
Wie sieht Erfolg aus?
- Anteil der Bundesbeiträge am Bruttoinlandsprodukt: Zielzustand 2013: 3,2 %; Istzustand 2010: 2,9 % [Berechnungsmethode: Verhältnis von Bundesbeiträgen zum Bruttoinlandsprodukt; Quelle: Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger; Statistik Austria; WIFO];
- Beitragsdeckungsquote: Zielzustand 2013: 72,2 % (Verbesserung der Beitragsdeckungsquote durch die gesetzten Maßnahmen um +0,3 %); Istzustand 2010: 74,7 % [Berechnungsmethode: Verhältnis von Erträgen der Pensionsversicherungsträger (ohne Bundesbeitrag, Partnerleistungen und Ausgleichszulagen) zu den Aufwendungen der Pensionsversicherungsträger (ohne Ausgleichszulagen); Quelle: Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger]

Wirkungsziel 2:
BürgerInnen – insbesondere die erwerbstätige Bevölkerung – sind in der Pension (durch Alters-, Invaliditäts-, Hinterbliebenenpension) ausreichend finanziell versorgt und weniger armutsgefährdet.
Warum dieses Wirkungsziel?
Ein angemessener Lebensstandard im Alter ist Voraussetzung für sozialen Frieden, Wohlstand und Solidarität innerhalb der Gesellschaft. Für eine adäquate finanzielle Versorgung im Alter und bei Invalidität sind mehrere Aspekte maßgeblich: einerseits die Pensionshöhe bei Pensionsantritt (bzw. deren Relation zu den letzten Aktiveinkommen vor Pensionsantritt) und andererseits die Werterhaltung dieser Pension während ihrer gesamten Laufzeit. Mit dem Instrument der Ausgleichszulage wird sichergestellt, dass auch PensionistInnen mit geringeren Pensionshöhen ein bestimmtes Mindestmaß an finanzieller Versorgung garantiert wird.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Umsetzung der bestehenden Gesetzeslage (Allgemeines Sozialversicherungsgesetz; Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz, Bauern-Sozialversicherungsgesetz)
Wie sieht Erfolg aus?

- Armutsgefährdungsquote in PensionistInnenhaushalten der älter als 65-jährigen: Zielzustand 2013: < 16 %; Istzustand 2010: 16 % [Berechnungsmethode: Verhältnis von armutsgefährdeten Personen) zur Gesamtbevölkerung (älter als 65 Jahre); Quelle: EU-SILC (= Community Statistics on Income an Living Conditions)]

Wirkungsziel 3:
Verringerung des Frauenanteils bei AusgleichszulagenbezieherInnen.
Warum dieses Wirkungsziel?
Geringeres Einkommen, vermehrte Teilzeitbeschäftigung und geringere Versicherungszeiten führen dazu, dass Frauen vermehrt Bezieherinnen der Ausgleichszulage sind. Ein späterer Pensionsantritt bedeutet eine höhere Pension. Durch gezielte Maßnahmen ist eine vorzeitige Inanspruchnahme zu verhindern.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Gezielte berufliche Rehabilitation um die Notwendigkeit der Pension zu verhindern;
- Durchführung einer vertiefenden Gender Analyse: Die nach Geschlecht erhobenen Daten werden dahingehend aufbereitet, dass damit gezielte Maßnahmen zur Verringerung der geschlechtsspezifischen Disparitäten abgeleitet werden können.
Wie sieht Erfolg aus?
- Anteil der Frauen an AusgleichszulagenbezieherInnen: Zielzustand 2013: 67,4%; Istzustand 2010: 68,1 % [Berechnungsmethode: Verhältnis von Anzahl der weiblichen Bezieherinnen der Ausgleichszulage zur Gesamtzahl der AusgleichszulagenbezieherInnen; Quelle: Pensionsstatistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und der Pensionsversicherungsträger];
- Anteil der Männer an AusgleichszulagenbezieherInnen: Zielzustand 2013: 32,6 %; Istzustand 2010: 31,9 % [Berechnungsmethode: Verhältnis von Anzahl der männlichen Bezieher der Ausgleichszulage zur Gesamtzahl der AusgleichszulagenbezieherInnen; Quelle: Pensionsstatistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und der Pensionsversicherungsträger]
- Anzahl der Ausgleichszulagenbezieherinnen: Zielzustand 2013: 158.788; Istzustand 2010: 163.304 Berechnungsmethode: Anzahl; Quelle: Pensionsstatistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und der Pensionsversicherungsträger]
- Anzahl der Ausgleichszulagenbezieher: Zielzustand 2013: 76.802; Istzustand 2010: 76.496 Berechnungsmethode: Anzahl; Quelle: Pensionsstatistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und der Pensionsversicherungsträger]

Untergliederung 22 Sozialversicherung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	35,903		
Erträge	**35,903**		
Transferaufwand	9.966,200		
Aufwendungen	**9.966,200**		
hievon variabel	*9.966,200*		
Nettoergebnis	**-9.930,297**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	35,903	22,003	508,211
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**35,903**	**22,003**	**508,211**
Auszahlungen aus Transfers	9.966,200	10.024,000	9.113,775
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**9.966,200**	**10.024,000**	**9.113,775**
hievon variabel	*9.966,200*	*10.024,000*	*9.113,775*
Nettogeldfluss	**-9.930,297**	**-10.001,997**	**-8.605,563**

Untergliederung 22 Sozialversicherung
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 22 Sozialver-sicherung**	GB 22.01 BB und PL (var)	GB 22.02 Ausgleichs zul.(var)	GB 22.03 Sonst.Leist. PV (var)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	35,903	0,006	0,004	35,893
Erträge	**35,903**	**0,006**	**0,004**	**35,893**
Transferaufwand	9.966,200	8.916,351	1.001,478	48,371
Aufwendungen	**9.966,200**	**8.916,351**	**1.001,478**	**48,371**
hievon variabel	*9.966,200*	*8.916,351*	*1.001,478*	*48,371*
Nettoergebnis	**-9.930,297**	**-8.916,345**	**-1.001,474**	**-12,478**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 22 Sozialver-sicherung**	GB 22.01 BB und PL (var)	GB 22.02 Ausgleichs zul.(var)	GB 22.03 Sonst.Leist. PV (var)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	35,903	0,006	0,004	35,893
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**35,903**	**0,006**	**0,004**	**35,893**
Auszahlungen aus Transfers	9.966,200	8.916,351	1.001,478	48,371
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**9.966,200**	**8.916,351**	**1.001,478**	**48,371**
hievon variabel	*9.966,200*	*8.916,351*	*1.001,478*	*48,371*
Nettogeldfluss	**-9.930,297**	**-8.916,345**	**-1.001,474**	**-12,478**

Globalbudget 22.01 Bundesbeitrag und Partnerleistung, variabel

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,006		
Erträge	**0,006**		
Transferaufwand	8.916,351		
Aufwendungen	**8.916,351**		
hievon variabel	*8.916,351*		
Nettoergebnis	**-8.916,345**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,006	0,001	491,722
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,006**	**0,001**	**491,722**
Auszahlungen aus Transfers	8.916,351	8.977,890	8.071,505
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**8.916,351**	**8.977,890**	**8.071,505**
hievon variabel	*8.916,351*	*8.977,890*	*8.071,505*
Nettogeldfluss	**-8.916,345**	**-8.977,889**	**-7.579,783**

Globalbudget 22.01 Bundesbeitrag und Partnerleistung, variabel

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters insbesondere durch berufliche Rehabilitation vor Pension sowie durch die „Gesundheitsstraße“ und durch das flächendeckende Betreuungsangebot „fit2work“	- faktisches Pensionsantrittsalter Männer: um mindestens 1 Monat höher als im Vorjahr; - faktisches Pensionsantrittsalter Frauen: um mindestens 1 Monat höher als im Vorjahr	- faktisches Pensionsantritts-alter Männer: 59,1 Jahre - faktisches Pensionsantritts-alter Frauen: 57,1 Jahre
WZ 1	Entwicklung von gezielten Info-Maßnahmen, die den Versicherten eine klare Sicht auf die finanziellen Auswirkungen der individuellen Entscheidung ihrer Pensionierung (vor dem Regelpensionsalter) eröffnen	- flächendeckende Information durch die Pensionsversicherungs-träger auf Antrag der Versicherten	- Implementierung bei den Pensionsversicherungsträgern

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Klare Festlegung des Handlungsbedarfs für die nachhaltige Sicherung des Pensionssystems im Hinblick auf die langfristige Entwicklung der Pensionsausgaben und den voraussichtlichen Mehrbedarf an Bundesmitteln (Bund 2011/5)
2. Anhebung des tatsächlichen Antrittsalter der Pensionen auf das Regelpensionsalter (Bund 2011/8)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Mangels Zuständigkeit und Verfügbarkeit von Daten ist es dem BMASK nicht möglich im Rahmen der Kommission zur langfristigen Pensionssicherung Prognosen auch für Beamtenpensionssysteme zu erstellen. Der Bericht 5/2011 des Rechnungshofes wurde dem BMASK vermutlich aus eben diesem Grund nicht zur Stellungnahme vorgelegt.
2. Mit dem Budgetbegleitgesetz 2011 und dem Stabilitätsgesetz 2012 wurden bereits zahlreiche Gesetzesänderungen beschlossen, um das faktische Pensionsantrittsalter näher an das Regelpensionsalter heranzuführen. Dazu zählen unter anderem die Änderung der Bestimmungen für die Langzeitversichertenpension, die Verstärkung des Grundsatzes „Rehabilitation vor Pension“, sowie Modifikationen bei Tätigkeits- und Berufsschutz und bei den Anspruchsvoraussetzungen.

Globalbudget 22.01 Bundesbeitrag und Partnerleistung, variabel
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 22.01 BB und PL (var)**	DB 22.01.01 BB PVA (var)	DB 22.01.02 BB VAEB (var)	DB 22.01.03 BB SVA (var)	DB 22.01.04 BB SVB (var)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,006	0,001	0,001	0,001	0,001
Erträge	**0,006**	**0,001**	**0,001**	**0,001**	**0,001**
Transferaufwand	8.916,351	5.649,213	352,141	1.005,922	1.412,975
Aufwendungen	**8.916,351**	**5.649,213**	**352,141**	**1.005,922**	**1.412,975**
hievon variabel	*8.916,351*	*5.649,213*	*352,141*	*1.005,922*	*1.412,975*
Nettoergebnis	**-8.916,345**	**-5.649,212**	**-352,140**	**-1.005,921**	**-1.412,974**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 22.01 BB und PL (var)**	DB 22.01.01 BB PVA (var)	DB 22.01.02 BB VAEB (var)	DB 22.01.03 BB SVA (var)	DB 22.01.04 BB SVB (var)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,006	0,001	0,001	0,001	0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,006**	**0,001**	**0,001**	**0,001**	**0,001**
Auszahlungen aus Transfers	8.916,351	5.649,213	352,141	1.005,922	1.412,975
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**8.916,351**	**5.649,213**	**352,141**	**1.005,922**	**1.412,975**
hievon variabel	*8.916,351*	*5.649,213*	*352,141*	*1.005,922*	*1.412,975*
Nettogeldfluss	**-8.916,345**	**-5.649,212**	**-352,140**	**-1.005,921**	**-1.412,974**

DB 22.01.05 PL SVA (var)	DB 22.01.06 PL SVB (var)
0,001	0,001
0,001	**0,001**
337,900	158,200
337,900	**158,200**
337,900	*158,200*
-337,899	**-158,199**

DB 22.01.05 PL SVA (var)	DB 22.01.06 PL SVB (var)
0,001	0,001
0,001	**0,001**
337,900	158,200
337,900	**158,200**
337,900	*158,200*
-337,899	**-158,199**

Globalbudget 22.02 Ausgleichszulagen, variabel

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,004		
Erträge	**0,004**		
Transferaufwand	1.001,478		
Aufwendungen	**1.001,478**		
hievon variabel	*1.001,478*		
Nettoergebnis	**-1.001,474**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,004	0,001	0,880
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,004**	**0,001**	**0,880**
Auszahlungen aus Transfers	1.001,478	999,639	997,666
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.001,478**	**999,639**	**997,666**
hievon variabel	*1.001,478*	*999,639*	*997,666*
Nettogeldfluss	**-1.001,474**	**-999,638**	**-996,786**

Globalbudget 22.02 Ausgleichszulagen, variabel

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 2	Umsetzung der bestehenden Gesetzeslage (Allgemeines Sozialversicherungsgesetz; Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz, Bauern-Sozialversicherungsgesetz)	- Anzahl der Ausgleichszulagenbezieherinnen: 158.788; - Anzahl der Ausgleichszulagenbezieher: 76.802	- Anzahl der Ausgleichszulagenbezieherinnen: 163.304 - Anzahl der Ausgleichszulagenbezieher: 76.496
WZ 3	Gezielte berufliche Rehabilitation um die Notwendigkeit der Pension zu verhindern	- Evaluierung der Wirksamkeit der Maßnahmen durch jährlichen Rehabilitationsbericht des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger an das BMASK (§ 79c ASVG)	- Umsetzung der Maßnahmen gem. Budgetbegleitgesetz 2011 (BGBl. I Nr. 111/2010) durch betroffene Institutionen
WZ 3	Durchführung einer vertiefenden Gender Analyse: Die nach Geschlecht erhobenen Daten werden dahingehend aufbereitet, dass damit gezielte Maßnahmen zur Verringerung der geschlechtsspezfischen Disparitäten abgeleitet werden können	- Aufbereitung und Analyse der Daten der Pensionsversicherungsträger auf Basis ihrer Erfolgsrechnungen	- Aufbereitung und Analyse der Daten der Pensionsversicherungsträger auf Basis ihrer Erfolgsrechnungen

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Einbeziehung der Aufwendungen für Ausgleichszulagen auf nationaler Ebene in die Langfristbetrachtung der Pensionen zur umfassenden und gesamthaften Darstellung der langfristigen Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für die Pensionen (Bund 2011/5)
2. Intensivierung der Bemühungen zur Anhebung des Pensionsalters sowie verstärktes Ergreifen von Maßnahmen der Prävention und Rehabilitation (Bund 2011/8)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Die Schätzung des Aufwands für Ausgleichszulagen stellt ein technisches Problem dar (Anrechnung anderer Einkünfte, Haushaltsbetrachtung), welches vor allem längerfristige Prognosen äußerst unsicher macht.

2. Mit dem Budgetbegleitgesetz 2011 und dem Stabilitätsgesetz 2012 wurden bereits zahlreiche Gesetzesänderungen beschlossen, um das faktische Pensionsantrittsalter näher an das Regelpensionsalter heranzuführen. Darüber hinaus wird mit dem Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2012 durch die „Systemumstellung Invaliditätspension unter 50“ ein weiterer Schritt zur Eindämmung frühzeitiger Pensionsantritte gesetzt.

Globalbudget 22.02 Ausgleichszulagen, variabel
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 22.02 Ausgleichs zul.(var)**	DB 22.02.01 AZ PVA (var)	DB 22.02.02 AZ VAEB (var)	DB 22.02.03 AZ SVA (var)	DB 22.02.04 AZ SVB (var)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,004	0,001	0,001	0,001	0,001
Erträge	**0,004**	**0,001**	**0,001**	**0,001**	**0,001**
Transferaufwand	1.001,478	684,281	7,836	66,448	242,913
Aufwendungen	**1.001,478**	**684,281**	**7,836**	**66,448**	**242,913**
hievon variabel	*1.001,478*	*684,281*	*7,836*	*66,448*	*242,913*
Nettoergebnis	**-1.001,474**	**-684,280**	**-7,835**	**-66,447**	**-242,912**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 22.02 Ausgleichs zul.(var)**	DB 22.02.01 AZ PVA (var)	DB 22.02.02 AZ VAEB (var)	DB 22.02.03 AZ SVA (var)	DB 22.02.04 AZ SVB (var)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,004	0,001	0,001	0,001	0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,004**	**0,001**	**0,001**	**0,001**	**0,001**
Auszahlungen aus Transfers	1.001,478	684,281	7,836	66,448	242,913
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.001,478**	**684,281**	**7,836**	**66,448**	**242,913**
hievon variabel	*1.001,478*	*684,281*	*7,836*	*66,448*	*242,913*
Nettogeldfluss	**-1.001,474**	**-684,280**	**-7,835**	**-66,447**	**-242,912**

Globalbudget 22.03 Sonstige Leistungen zur PV, variabel

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	35,893		
Erträge	**35,893**		
Transferaufwand	48,371		
Aufwendungen	**48,371**		
hievon variabel	*48,371*		
Nettoergebnis	**-12,478**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	35,893	22,001	15,609
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**35,893**	**22,001**	**15,609**
Auszahlungen aus Transfers	48,371	46,471	44,604
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**48,371**	**46,471**	**44,604**
hievon variabel	*48,371*	*46,471*	*44,604*
Nettogeldfluss	**-12,478**	**-24,470**	**-28,995**

Globalbudget 22.03 Sonstige Leistungen zur PV, variabel

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Stabilisierung des Verhältnsisses von Dienstgeberbeitrag und Bundeszuschuss zum Sonderruhegeld	- Deckungsgrad der Ersatzleistung des Bundes durch Beiträge der Dienstgeber: ≥ 35 %	- Deckungsgrad der Ersatzleistung des Bundes durch Beiträge der Dienstgeber: 38,5 %

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Globalbudget 22.03 Sonstige Leistungen zur PV, variabel
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 22.03 Sonst.Leist. PV (var)**	DB 22.03.01 Nachtschwerarb.(var)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	35,893	35,893
Erträge	**35,893**	**35,893**
Transferaufwand	48,371	48,371
Aufwendungen	**48,371**	**48,371**
hievon variabel	*48,371*	*48,371*
Nettoergebnis	**-12,478**	**-12,478**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 22.03 Sonst.Leist. PV (var)**	DB 22.03.01 Nachtschwerarb.(var)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	35,893	35,893
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**35,893**	**35,893**
Auszahlungen aus Transfers	48,371	48,371
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**48,371**	**48,371**
hievon variabel	*48,371*	*48,371*
Nettogeldfluss	**-12,478**	**-12,478**

Untergliederung 23 Pensionen

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Sicherung einer eigenständigen und angemessenen Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten, die sich an den Entwicklungen der gesetzlichen Pensionsversicherung orientiert, wobei Angelegenheiten des Pensionsrechts von öffentlich Bediensteten in den Wirkungsbereich des BKA fallen.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**2.350,178**	**1.588,982**	**1.485,874**
Auszahlungen fix	8.693,866	8.693,866	9.017,256	8.007,556
Summe Auszahlungen	**8.693,866**	**8.693,866**	**9.017,256**	**8.007,556**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-6.343,688**	**-7.428,274**	**-6.521,682**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	2.350,159		
Aufwendungen	8.673,556		
Nettoergebnis	**-6.323,397**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Das BMF stellt sicher, dass die Ruhe- und Versorgungsgenüsse sowie die Pflegegelder fristgerecht und im vollen Umfang ausbezahlt werden können, damit den Beamtinnen und Beamten im Ruhestand eine angemessene Altersversorgung bzw. eine finanzielle Absicherung bei Pflegebedürftigkeit zu Teil wird.
Warum dieses Wirkungsziel?
Aufgrund der Kompetenzverteilung gem. Bundesministeriengesetz 1986 liegt die materiell-rechtliche Gestaltung der Beamtenpensionen (BKA), der Pensionen für Landeslehrer (BKA), der ÖBB-Pensionen (BKA/BMVIT) und des Pflegegelds (BMASK) nicht in der Zuständigkeit des BMF. In den Verantwortungsbereich des BMF fällt die Besoldung und damit die Aufgabe, die aufgrund der einschlägigen Gesetzeslage den Anspruchsberechtigten gebührenden Mittel bereit zu stellen. Für die Empfängerinnen und Empfänger der Ruhe- und Versorgungsgenüsse sowie der Pflegegelder ist die fristgerechte und vollumfängliche Auszahlung von hoher Bedeutung, um die Bedürfnisse des täglichen Lebens abdecken zu können.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Durch entsprechend geschultes und qualifiziertes Personal im BMF und in den zuständigen administrativen Institutionen.
Wie sieht Erfolg aus?
Das BMF stellt den für die Auszahlung an die Empfängerinnen und Empfänger zuständigen Institutionen, nämlich den Ämtern der Landesregierungen, den ÖBB, den Unternehmen gemäß Poststrukturgesetz, der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau sowie dem BVA-Pensionsservice, die Mittel so zeitgerecht und in jener Höhe zur Verfügung, dass diese sowohl die vorgesehenen Fristen zu 100 % einhalten als auch die Leistungen in voller Höhe (100 %) auszahlen können.
(Berechnungsmethode: Vergleich der erforderlichen Mittel mit den angewiesenen Mitteln unter Berücksichtigung der Fristigkeit; Datenquelle: Haushaltsinformationssystem)

Wirkungsziel 2:
Das BMF stärkt das Vertrauen der Beamtinnen und Beamten in die gesetzmäßige Anwendung der pensionsrechtlichen Bestimmungen im Wege des Instanzenzugs und trägt so im Bereich der Vollziehung des Pensionsgesetzes zur Rechtssicherheit bei.
Warum dieses Wirkungsziel?
Das BMF ist die sachlich in Betracht kommende Oberbehörde in Pensionsangelegenheiten der Bundesbeamten, ihrer Hinterbliebenen und Angehörigen. Eine verlässliche und objektiver Überprüfung Stand haltende Entscheidungspraxis ist für die Beamtinnen und Beamten im Ruhestand, insbesondere auch im Hinblick auf eine Gleichbehandlung von Frauen und Männern, sichert das Vertrauen in die Pensionsbehörden.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Durch in allen oben genannten Erfordernissen entsprechend geschultes und qualifiziertes Personal im BMF und in den zuständigen administrativen Institutionen.
Wie sieht Erfolg aus?
Die Bescheide werden fristgerecht nach den verfahrensrechtlichen Vorschriften erlassen. Die Bescheide des BMF verfügen, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Gleichstellung von Frauen und Männern, über eine hohe rechtliche Haltbarkeit.

Die Haltbarkeit der Bescheide vor den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts liegt im Jahr 2011 bei 75% und im Jahr 2013 bei 80%. Es wird kein Bescheid wegen einer Verletzung der Gleichbehandlung auf Grund des Geschlechts aufgehoben.
(Berechnungsmethode: Anteil der beeinspruchten Bescheide innerhalb eines Jahres, deren Rechtskonformität bestätigt wird; Datenquelle: BMF-interne Aufzeichnungen)

Untergliederung 23 Pensionen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2.350,159		
Erträge	**2.350,159**		
Transferaufwand	8.673,176		
Betrieblicher Sachaufwand	0,380		
Aufwendungen	**8.673,556**		
Nettoergebnis	**-6.323,397**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2.350,159	1.588,967	1.485,857
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,019	0,015	0,017
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.350,178**	**1.588,982**	**1.485,874**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,380	0,350	0,327
Auszahlungen aus Transfers	8.693,461	9.016,881	8.007,197
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,025	0,025	0,032
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**8.693,866**	**9.017,256**	**8.007,556**
Nettogeldfluss	**-6.343,688**	**-7.428,274**	**-6.521,682**

Untergliederung 23 Pensionen
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 23 Pensionen**	GB 23.01 HV u. ausgegl. Inst.	GB 23.02 Post	GB 23.03 ÖBB	GB 23.04 Landes-lehrer
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2.350,159	1.343,668	237,631	426,860	342,000
Erträge	**2.350,159**	**1.343,668**	**237,631**	**426,860**	**342,000**
Transferaufwand	8.673,176	3.887,884	1.253,923	2.124,918	1.406,451
Betrieblicher Sachaufwand	0,380	0,275	0,105		
Aufwendungen	**8.673,556**	**3.888,159**	**1.254,028**	**2.124,918**	**1.406,451**
Nettoergebnis	**-6.323,397**	**-2.544,491**	**-1.016,397**	**-1.698,058**	**-1.064,451**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 23 Pensionen**	GB 23.01 HV u. ausgegl. Inst.	GB 23.02 Post	GB 23.03 ÖBB	GB 23.04 Landes-lehrer
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2.350,159	1.343,668	237,631	426,860	342,000
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,019	0,009	0,010		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.350,178**	**1.343,677**	**237,641**	**426,860**	**342,000**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,380	0,275	0,105		
Auszahlungen aus Transfers	8.693,461	3.896,548	1.255,761	2.129,713	1.411,439
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,025	0,010	0,015		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**8.693,866**	**3.896,833**	**1.255,881**	**2.129,713**	**1.411,439**
Nettogeldfluss	**-6.343,688**	**-2.553,156**	**-1.018,240**	**-1.702,853**	**-1.069,439**

Globalbudget 23.01 Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.343,668		
Erträge	**1.343,668**		
Transferaufwand	3.887,884		
Betrieblicher Sachaufwand	0,275		
Aufwendungen	**3.888,159**		
Nettoergebnis	**-2.544,491**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.343,668	856,168	777,653
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,009	0,010	0,008
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.343,677**	**856,178**	**777,660**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,275	0,251	0,246
Auszahlungen aus Transfers	3.896,548	4.006,155	3.518,724
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,010	0,010	0,026
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**3.896,833**	**4.006,416**	**3.518,996**
Nettogeldfluss	**-2.553,156**	**-3.150,238**	**-2.741,335**

Globalbudget 23.01 Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Das BMF sichert durch die korrekte Erstellung des Monatsvoranschlags, dass ausreichend Mittel für die Auszahlung an die Leistungs-empfängerinnen und Leistungsempfänger zur Verfügung stehen.	Das Pensionsservice der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter kann die Auszahlungen zeitgerecht und in der gebührenden Höhe in die Wege leiten. 100 % der finanziellen Leistungen werden fristgerecht und in der gebührenden Höhe angewiesen (Datenquelle: Haushaltsinformationssystem)	100% der finanziellen Leistungen werden fristgerecht und in der gebührenden Höhe angewiesen (Datenquelle: Haushaltsinformationssystem)
WZ 2	Entscheidung über Berufungen innerhalb offener Fristen und Ermittlung von Ruhe- und Versorgungsbezügen entsprechend den geltenden Rechtsgrundlagen.	- Es werden keine Säumnisbeschwerden erhoben. - 80% der angefochtenen Bescheide des BMF halten vor den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts. - Es gibt keine Aufhebungen wegen einer Verletzung der Gleichbehandlung auf Grund des Geschlechts.	- Im Jahr 2011 wurde keine Säumnisbeschwerde erhoben. - Die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts haben in acht anhängigen Rechtssachen entschieden, das BMF wurde in sechs Fällen bestätigt (75%). - Es gibt keine Aufhebungen wegen einer Verletzung der Gleichbehandlung auf Grund des Geschlechts.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Bei vorzeitiger Versetzung in den Ruhestand im Rahmen der Korridorpension Abschläge von 3,36 Prozentpunkten pro Jahr für die Geburtsjahrgänge bis 1953 vorsehen (Bund 2009/8)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Die Legistik in Angelegenheiten des Pensionsrechts öffentlich Bediensteter obliegt dem Bundeskanzleramt.

Globalbudget 23.01 Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 23.01 HV u. ausgegl. Inst.**	DB 23.01.01 HV Pensionen	DB 23.01.02 HV Pflegegeld	DB 23.01.03 Ausgegl. Pensionen	DB 23.01.04 Ausgegl. Pflegegeld
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.343,668	1.224,580		119,088	
Erträge	**1.343,668**	**1.224,580**		**119,088**	
Transferaufwand	3.887,884	3.657,124	103,548	124,167	3,045
Betrieblicher Sachaufwand	0,275	0,001		0,274	
Aufwendungen	**3.888,159**	**3.657,125**	**103,548**	**124,441**	**3,045**
Nettoergebnis	**-2.544,491**	**-2.432,545**	**-103,548**	**-5,353**	**-3,045**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 23.01 HV u. ausgegl. Inst.**	DB 23.01.01 HV Pensionen	DB 23.01.02 HV Pflegegeld	DB 23.01.03 Ausgegl. Pensionen	DB 23.01.04 Ausgegl. Pflegegeld
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.343,668	1.224,580		119,088	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,009	0,009			
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.343,677**	**1.224,589**		**119,088**	
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,275	0,001		0,274	
Auszahlungen aus Transfers	3.896,548	3.665,331	103,843	124,322	3,052
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,010	0,010			
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**3.896,833**	**3.665,342**	**103,843**	**124,596**	**3,052**
Nettogeldfluss	**-2.553,156**	**-2.440,753**	**-103,843**	**-5,508**	**-3,052**

Globalbudget 23.02 Post

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	237,631		
Erträge	**237,631**		
Transferaufwand	1.253,923		
Betrieblicher Sachaufwand	0,105		
Aufwendungen	**1.254,028**		
Nettoergebnis	**-1.016,397**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	237,631	258,011	239,728
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,010	0,005	0,009
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**237,641**	**258,016**	**239,737**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,105	0,099	0,081
Auszahlungen aus Transfers	1.255,761	1.319,563	1.197,592
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,015	0,015	0,007
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.255,881**	**1.319,677**	**1.197,680**
Nettogeldfluss	**-1.018,240**	**-1.061,661**	**-957,943**

Globalbudget 23.02 Post

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Das BMF stellt durch korrekte Erstellung des Monatsvoranschlages sicher, dass die Leistungen an die Empfängerinnen und Empfänger in der erforderlichen Höhe ausbezahlt werden können	Die Österreichische Post AG kann die Abbuchung zeitgerecht und in der vorgesehenen Höhe vom Bundeskonto vornehmen. - 100 % der finanziellen Leistungen werden fristgerecht und in der gebührenden Höhe angewiesen (Datenquelle: Haushaltsinformationssystem).	100 % der finanziellen Leistungen werden fristgerecht und in der gebührenden Höhe angewiesen (Datenquelle: Haushaltsinformationssystem).

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Globalbudget 23.02 Post
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 23.02 Post**	DB 23.02.01 Post Pensionen	DB 23.02.02 Post Pflegegeld
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	237,631	234,631	3,000
Erträge	**237,631**	**234,631**	**3,000**
Transferaufwand	1.253,923	1.218,107	35,816
Betrieblicher Sachaufwand	0,105	0,105	
Aufwendungen	**1.254,028**	**1.218,212**	**35,816**
Nettoergebnis	**-1.016,397**	**-983,581**	**-32,816**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 23.02 Post**	DB 23.02.01 Post Pensionen	DB 23.02.02 Post Pflegegeld
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	237,631	234,631	3,000
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,010	0,010	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**237,641**	**234,641**	**3,000**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,105	0,105	
Auszahlungen aus Transfers	1.255,761	1.219,844	35,917
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,015	0,015	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.255,881**	**1.219,964**	**35,917**
Nettogeldfluss	**-1.018,240**	**-985,323**	**-32,917**

Globalbudget 23.03 ÖBB

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	426,860		
Erträge	**426,860**		
Transferaufwand	2.124,918		
Aufwendungen	**2.124,918**		
Nettoergebnis	**-1.698,058**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	426,860	429,921	429,374
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**426,860**	**429,921**	**429,374**
Auszahlungen aus Transfers	2.129,713	2.329,937	2.088,923
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.129,713**	**2.329,937**	**2.088,923**
Nettogeldfluss	**-1.702,853**	**-1.900,016**	**-1.659,550**

Globalbudget 23.03 ÖBB

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Monatliche Überweisung der Ruhe- und Versorgungsgenüsse vom BMF an das Unternehmen sowie an die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (Pflegegeld).	Die Ruhe- und Versorgungsgenüsse sowie die Pflegegelder werden zu den vorgegebenen Terminen und im vollen Umfang überwiesen. 100 % der finanziellen Leistungen werden fristgerecht und in der gebührenden Höhe angewiesen (Datenquelle: Haushaltsinformationssystem).	100 % der finanziellen Leistungen werden fristgerecht und in der gebührenden Höhe angewiesen (Datenquelle: Haushaltsinformationssystem).

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Abwehr drohender Mehrkosten von 1,2 Mrd. EUR bei ÖBB-Pensionsleistungen statt Einbeziehung des allgemeinen Nebenbezugspauschales in die Gehaltsansätze der Bundesbahnbediensteten (Bund 2007/15)
2. Einbeziehung der tatsächlich ausbezahlten Nebengebühren in die Pensionsbemessungsgrundlage anstelle des gesetzlich festgelegten Nebengebührendurchschnittssatzes (Bund 2007/15)
3. Konzernweite Prüfung der Weiterverwendungsmöglichkeiten von ÖBB-Bediensteten vor organisatorisch- oder krankheitsbedingten Ruhestandversetzungen (Bund 2007/4)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Keine der angeführten Empfehlungen fällt in den Vollzugsbereich des BMF.

Globalbudget 23.03 ÖBB
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 23.03 ÖBB**	DB 23.03.01 ÖBB Pensionen	DB 23.03.02 ÖBB Pflegegeld
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	426,860	384,860	42,000
Erträge	**426,860**	**384,860**	**42,000**
Transferaufwand	2.124,918	2.072,294	52,624
Aufwendungen	**2.124,918**	**2.072,294**	**52,624**
Nettoergebnis	**-1.698,058**	**-1.687,434**	**-10,624**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 23.03 ÖBB**	DB 23.03.01 ÖBB Pensionen	DB 23.03.02 ÖBB Pflegegeld
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	426,860	384,860	42,000
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**426,860**	**384,860**	**42,000**
Auszahlungen aus Transfers	2.129,713	2.076,940	52,773
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.129,713**	**2.076,940**	**52,773**
Nettogeldfluss	**-1.702,853**	**-1.692,080**	**-10,773**

Globalbudget 23.04 Landeslehrer

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	342,000		
Erträge	**342,000**		
Transferaufwand	1.406,451		
Aufwendungen	**1.406,451**		
Nettoergebnis	**-1.064,451**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	342,000	44,867	39,103
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**342,000**	**44,867**	**39,103**
Auszahlungen aus Transfers	1.411,439	1.361,226	1.201,957
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.411,439**	**1.361,226**	**1.201,957**
Nettogeldfluss	**-1.069,439**	**-1.316,359**	**-1.162,854**

Globalbudget 23.04 Landeslehrer

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Das BMF ersetzt den Ländern monatlich jenen Teils des Pensionsaufwandes für die Landeslehrer, der nicht durch entsprechende von den Ländern vereinnahmte Pensions- und Überweisungsbeiträge gedeckt ist. Das BMF ersetzt der BVA (Versicherungsanstalt öffentlicher Bediensteter) monatlich den Pflegegeldaufwand für die Landeslehrer.	Der Ersatz für die Ruhe- und Versorgungsgenüsse sowie die Pflegegelder werden zu den vorgegebenen Terminen und im vollen Umfang überwiesen. Zielzustand 2013: 100 % der finanziellen Leistungen werden fristgerecht angewiesen (Datenquelle: Haushaltsinformationssystem).	Istzustand 2011: 100 % der finanziellen Leistungen werden fristgerecht angewiesen (Datenquelle: Haushaltsinformationssystem).

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Verbesserung der Datenqualität für die Berechnung der langfristigen Entwicklung der Pensions-ausgaben der Landesbeamtinnen und Landesbeamten unter Mitwirkung der Länder (Bund 2011/5)
2. Weiterverfolgung eines vom BMF verfassten Gesetzesentwurfes über Pensionsmonitoring, das alle Gebietskörperschaften sowie den privaten und öffentlichen Bereich der Pensionsausgaben erfassen soll (Bund 2011/5)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Im Rahmen der langfristigen Pensionsprojektionen auf EU-Ebene (Ageing-Report 2012 der Europäischen Kommission und EU-Wirtschaftspolitischen Ausschusses) werden auch Projektionen zu den Beamtenpensionen des Gesamtstaates übermittelt. Im Vergleich zum EU Ageing-Bericht des Jahres 2009 wurden seitens STAT.AT und des BMF erhebliche Anstrengungen unternommen, die Datengrundlage weiter zu verbessern. Dies hat zur Folge, dass nunmehr alle Beamtenpensionen, auch jene ausgegliederter Einheiten, in diesen Projektionen abgebildet sind. Somit wird dieser Empfehlung durch die aktuelle Methode, die für den EU Ageing Bericht zur Anwendung kommt, zu 100% Rechnung getragen.

2. Die Einrichtung eines umfassenden Pensionsmonitoring erfordert eine gemeinsame Anstrengung der gesamten Bundesregierung. In diesem Sinne strebt die Bundesregierung an, das Regierungsprogramm im Punkt „Nachhaltige Sicherung der staatlichen Altersvorsorge“ legistisch bis Jahresende umzusetzen. Wenn die diesbezüglichen Arbeiten aufgenommen werden, wird das BMF entsprechende Vorschläge aus seinem Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich einbringen.

Globalbudget 23.04 Landeslehrer
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 23.04 Landes-lehrer**	DB 23.04.01 LL Pensionen	DB 23.04.02 LL Pflegegeld
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	342,000	342,000	
Erträge	**342,000**	**342,000**	
Transferaufwand	1.406,451	1.384,095	22,356
Aufwendungen	**1.406,451**	**1.384,095**	**22,356**
Nettoergebnis	**-1.064,451**	**-1.042,095**	**-22,356**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 23.04 Landes-lehrer**	DB 23.04.01 LL Pensionen	DB 23.04.02 LL Pflegegeld
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	342,000	342,000	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**342,000**	**342,000**	
Auszahlungen aus Transfers	1.411,439	1.389,020	22,419
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.411,439**	**1.389,020**	**22,419**
Nettogeldfluss	**-1.069,439**	**-1.047,020**	**-22,419**

Untergliederung 24 Gesundheit

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Unser Ziel ist es, der gesamten Bevölkerung ein Leben in Gesundheit zu ermöglichen. Dabei verstehen wir Gesundheit als Zustand körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein als Fehlen von Krankheit und Gebrechen. Dies streben wir unter Wahrung des Solidaritätsprinzips, unter Berücksichtigung des Alters und Geschlechts, ohne Unterscheidung nach Bildung, Status sowie unabhängig vom Wohnort und ethnischer Zugehörigkeit in Zusammenarbeit mit allen PartnerInnen des Gesundheitswesens an. Um dieses Ziel zu erreichen, sorgen wir für eine auf hohem Niveau qualitätsgesicherte, flächendeckende, leicht zugängliche und finanzierbare Gesundheitsförderung, -vorsorge und -versorgung für die gesamte Bevölkerung. Wirkungsvolle Gesundheitsförderung und -vorsorge beruht auch auf der Vermeidung von Gesundheitsrisiken und dem Schutz der VerbraucherInneninteressen sowie der Gewährleistung der Tiergesundheit und des Tierschutzes.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**44,782**	**44,286**	**88,226**
Auszahlungen fix	318,830	318,830	340,630	336,442
Auszahlungen variabel	607,000	607,000	573,359	554,542
Summe Auszahlungen	**925,830**	**925,830**	**913,989**	**890,983**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-881,048**	**-869,703**	**-802,758**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	44,706		
Aufwendungen	925,549		
Nettoergebnis	**-880,843**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Im Rahmen der Gesundheitsstrukturpolitik Sicherstellung einer auf höchstem Niveau qualitätsgesicherten, flächendeckenden, leicht zugänglichen und solidarisch finanzierten integrierten Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung, ohne Unterscheidung nach Bildung, Status und Geschlecht.
Warum dieses Wirkungsziel?
Im Interesse der BürgerInnen bzw. PatientInnen sind die Qualität, die Wirksamkeit und die Wirtschaftlichkeit in der Gesundheitsversorgung für die Zukunft nachhaltig sicherzustellen. Aufgrund verschiedener Kompetenzen und Finanziers im Gesundheitssystem sind Parallelstrukturen, Über- und Unterversorgungen, Barrieren an den Schnittstellen, intransparente Finanzierungsströme und damit Effizienzverluste entstanden. Um dem entgegenzusteuern und eine bedarfsgerechte, flächendeckende Gesundheitsversorgung für alle BürgerInnen auch weiterhin gewährleisten zu können, bedarf es auf der Basis transparenter und vergleichbarer Informationen verstärkt wechselseitiger Abstimmungen, Anpassungen und koordinierter Zusammenarbeit innerhalb des Systems (integrierte Gesundheitsversorgung).
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Erreichung einer ausgeglichenen Gebarung der Krankenversicherungsträger sowie die Entschuldung der Gebietskrankenkassen (GKK) insbesondere durch verbindliche Vereinbarungen von Finanzzielen;
- Herstellung einer höheren Transparenz in der Gesundheitssystemperformance durch rechtliche, organisatorische und technische Voraussetzungen (Vereinbarung Art. 15a BV-G, Prozessoptimierung in den Behandlungsabläufen und ELGA);
- Weiterentwicklung und Umsetzung von Konzepten und Modellen für wirksamkeits- und wirtschaftlichkeitsorientierte Systemanpassungen, insbesondere Planung aufeinander abgestimmter Leistungsangebote;
- Weiterentwicklung von Qualitätssicherungssystemen, Systemen für die Dokumentation valider Daten und von leistungsgerechten, sektorenübergreifenden Finanzierungsmodellen;
- Verbesserung des Wissens- und Informationsmanagements im Gesundheitssystem durch Einführung technischer Hilfsmittel (zB. ELGA).

Wie sieht Erfolg aus?
Kennzahl: Krankenhausaufenthalte (stationäre Aufnahmen ohne tagesklinische Aufenthalte) je 100 EinwohnerInnen
Zielzustand 2013: 25 (Senkung um 7%);
Istzustand 2010: 27 [Berechnungsmethode: Anteil bezogen auf 100 EinwohnerInnen; Quelle: Dokumentationssystem und Informationssystem für Analysen im Gesundheitswesen (DIAG)];

Kennzahl: Anteil ausgewählter tagesklinisch erbrachter Leistungen
Zielzustand 2013: 25% (Erhöhung um 4,3 %-Punkte);

Istzustand 2010: 20,7% [Berechnungsmethode: Durchschnittlicher Anteil der in Krankenanstalten tagesklinisch erbrachten Leistungen (Auswahl von 68 typischen Leistungen); Quelle: DIAG].

Wirkungsziel 2:
Im Rahmen des Gleichstellungsziels Gewährleistung des gleichen Zugangs von Frauen und Männern zur Gesundheitsversorgung mit speziellem Fokus auf genderspezifische Vorsorge- und Präventionsprogramme. Prioritär ist die Verbesserung der Gesundheit beider Geschlechter unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede in der Gesundheitsversorgung und des Gesundheitsverhaltens.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Gesundheitsdaten und Zielsetzungen der WHO und des Frauengesundheitsberichtes zeigen, dass zur Verbesserung der Gesundheit von Frauen und Männern zweifach anzusetzen ist: Zum einen dort, wo ein Geschlecht aufgrund traditioneller Zuschreibungen gegenüber dem anderen Geschlecht in der Gesundheitsvorsorge bzw. Gesundheitsversorgung benachteiligt ist, wie zB. Frauen bei den Herz-Kreislauferkrankungen, die lange als „typische“ Männerkrankheit galten. Zum zweiten dort, wo aufgrund biologischer Faktoren das Erkrankungsrisiko von Männern oder Frauen besonders hoch ist, oder ausschließlich ein Geschlecht betrifft, und es vor allem um die Verbesserung der Gesundheit des betroffenen Geschlechts geht, zB. Prostatakrebs oder Brustkrebs bei Frauen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Erhöhung der Transparenz im Hinblick auf die geschlechtsspezifische Verteilung der Krankheiten durch Auswertung der Daten betreffend Herzinfarkt und Krebs;
- Wesentlicher Schwerpunkt: Implementierung des Nationalen Brustkrebs-Früherkennungsprogramms (Früherkennung durch Mammographie).
Wie sieht Erfolg aus?
Kennzahl: Teilnahmerate von Frauen und Männern an der Vorsorgeuntersuchung NEU
Zielzustand 2013: 939.813 Personen (483.754 Frauen und 456.059 Männer) (Erhöhung um 85.400 Personen bzw. 10 %, das bedeutet eine Erhöhung um 25.620 Frauen und 59.780 Männer);
Istzustand: 2010: 854.413 Personen (458.134 Frauen und 396.279 Männer) [Berechnungsmethode: Anteil der Personen, die eine Vorsorgeuntersuchung innerhalb eines Jahres in Anspruch nehmen, an der anspruchsberechtigten Bevölkerung (aufgeschlüsselt nach Frauen und Männern); Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger];

Kennzahl: Teilnahmerate der Frauen zwischen 45 und 70 Jahren am bundesweiten Brustkrebs-Screening
Zielzustand 2013: 45% (Erhöhung um 5 %-Punkte);
Istzustand 2010: 40% [Berechnungsmethode: Anteil der 45- bis 70 jährigen Frauen, die innerhalb eines Jahres an einem Programm zur Brustkrebs-Früherkennung teilgenommen haben; Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger];

Wirkungsziel 3:
Sicherstellung der Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit der gesamten Bevölkerung unter besonderer Berücksichtigung von Infektionskrankheiten, chronischen und psychischen Erkrankungen sowie unter Bedachtnahme auf spezielle Zielgruppen (zB. Kinder).
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Gesundheit der Bevölkerung stellt ein verfassungsrechtlich verankertes, hohes Gut dar und ist die Basis für einen funktionierenden Sozialstaat und für persönliche Zufriedenheit.
Speziell Infektionskrankheiten, chronische und psychische Erkrankungen sind mit einem erheblichen Verlust an Lebensqualität, an in Gesundheit verbrachten Lebensjahren sowie an Lebenszeit und beeinträchtigter Erwerbsfähigkeit verbunden. Bei Kindern kann durch ein flächendeckendes Basisimpfprogramm die Morbidität und Mortalität durch Infektionskrankheiten effizient gesenkt werden.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Gewährleistung der Versorgung der Bevölkerung mit sicheren, wirksamen, effizient eingesetzten und leistbaren Arzneimitteln und Gesundheitstechnologien durch Mitgestaltung von rechtlichen Grundlagen auf EU- und nationaler Ebene für Arzneimittel (einschließlich Blut- und Gewebeprodukte), Medizinprodukte und Strahlenschutz in der Medizin;
- Sicherstellung und Ausbau des öffentlichen Kinderimpfkonzepts sowie eines kostenlosen Zugangs für alle Kinder und Jugendliche zu Basisimpfungen;
- Verbesserung des Ernährungsverhaltens der österreichischen Bevölkerung durch bundesweite Bündelung ernährungspolitischer Maßnahmen und Strategien: Umsetzung des nationalen Aktionsplanes Ernährung (NAP.e) htttp://www.bmg.gv.at;
- Verbesserung des Bewegungsverhaltens im Rahmen des nationalen Aktionsplans Bewegung (NAP.b)
- Umsetzung der Ergebnisse der Kindergesundheitsstrategie basierend auf dem Kindergesundheitsdialog.
Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl: Verbrauch von Obst und Gemüse
Zielzustand 2013: Obst: 97,08 kg (Erhöhung um 0,48 kg); Gemüse: 110,55 kg (Erhöhung um 0,55 kg);
Istzustand 2010: Obst: 96,6 kg; Gemüse: 110 kg [Berechnungsmethode: Jährlicher Pro-Kopf Verbrauch an Ost und Gemüse; Quelle: Versorgungsbilanzen für den pflanzlichen Sektor, Statistik Austria];
Kennzahl: Zuckerverbrauch
Zielzustand 2013: 36,82 kg (Senkung um 0,18 kg);
Istzustand 2010: 37 kg [Berechnungsmethode: Jährlicher Pro-Kopf Verbrauch an Zucker; Quelle: Versorgungsbilanzen für den pflanzlichen Sektor, Statistik Austria];
Kennzahl: Erhöhung der Impfbeteiligung für Masern, Mumps und Röteln (MMR)
Zielzustand 2013: 95% Kinder mit 2 Teilimpfungen jeweils pro Bundesland;
Istzustand 2010: 85% Kinder mit 2 Teilimpfungen Österreich-Durchschnitt, 95% Kinder mit nur 1 Teilimpfung Österreich-Durchschnitt [Berechnungsmethode: Anzahl der im jeweiligen Bundesland dokumentierten Impfungen bei Kindern getrennt nach 1. und 2. Teilimpfung im Verhältnis zu den Geburtsjahrgängen; Quelle: Impfberichte der Bundesländer];
Kennzahl: Spezielle Qualitätskontrolle der Zulassungen von Arzneispezialitäten für Kinder
Zielzustand 2013: 90% (Erhöhung um 2 %-Punkte);
Istzustand 2011: 88% [Berechnungsmethode: Anteil der speziellen Qualitätskontrollen an den Zulassungen von Arzneispezialitäten für Kinder im gegenseitigen Anerkennungsverfahren in der EU und an den nationalen Zulassungen; Quelle: Life Cycle Management (LCM) der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES)/Medizinmarktaufsicht].

Wirkungsziel 4:
Vorsorgender Schutz der VerbraucherInnengesundheit insbesondere durch sichere Lebensmittel, Gebrauchsgegenstände und kosmetische Mittel sowie durch ausreichende klare Informationen zur Lebensmittelqualität und Ernährung.
Warum dieses Wirkungsziel?
Hohe Qualitätsstandards bezüglich Lebensmittel stellen einen entscheidenden Beitrag zur Gesundheitsvorsorge und zum VerbraucherInnenschutz dar, wodurch auch das Vertrauen in die Kontrollsysteme gestärkt wird. Dies sichert in weiterer Folge die Marktanteile heimischer Produkte national und international und ist damit auch ein wichtiger Beitrag für die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Lebensmittelwirtschaft.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Mitgestaltung rechtlicher Regelungen auf europ. Ebene (zB. Novelle der europ. Hygienevorschriften im Lebensmittelbereich sowie des allgemeinen europ. Lebensmittelrechts), Verankerung im nationalen Recht (insb. Umsetzung der Verbraucherinformationsverordnung sowie die Implementierung der europ. Spielzeugrichtlinie im Vollzug);
- Information der KonsumentInnen, UnternehmerInnen, Fachkreise, nationalen/internationalen Gremien und Öffentlichkeit mit dem Ziel, die Transparenz zu verbessern und Eigenverantwortung zu stärken;
- Effizientes, mit ausreichenden Ressourcen ausgestattetes Kontrollsystem, welches aufbauend auf einer geeigneten Kontrollstrategie die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben durch die UnternehmerInnen durchsetzt. Siehe „Lebensmittelsicherheitsbericht“,
- Abklärung der lebensmittelbedingten Ausbrüche.
Wie sieht Erfolg aus?
Kennzahl: Reaktionsfähigkeit des Überwachungssystems zur Abklärung von lebensmittelbedingten Krankheitsausbrüchen
Zielzustand 2013: zwischen 3,6 und 4,0 Erkrankte pro lebensmittelbedingtem Krankheitsausbruch;
Istzustand: Mittelwert der Jahre 2009, 2010 und 2011: 4 Erkrankte pro lebensmittelbedingtem Krankheitsausbruch [Berechnungsmethode: Verhältnis Anzahl Erkrankter zu Anzahl lebensmittelbedingter Ausbrüche (lebensmittelbedingter Ausbruch bedeutet, dass mindestens zwei Erkrankungsfälle auf eine Ursache zurückgeführt werden können); Quelle: „Zoonosebericht“: http://www.ages.at/ages/gesundheit/mensch/zoonosenberichte/].

Wirkungsziel 5:
Sicherstellung der Tiergesundheit und des Tierschutzes, um den VerbraucherInnenerwartungen gerecht zu werden und den Tier- und Warenverkehr zu gewährleisten.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Sicherstellung eines guten Tiergesundheitsstatus und die Einhaltung der Tierschutzvorschriften entsprechen den ethischen Grundsätzen einer aufgeklärten Zivilgesellschaft. Dadurch werden in weiterer Folge die Marktanteile heimischer Produkte national und international gesichert und ein wichtiger Beitrag für die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Lebensmittelwirtschaft geleistet.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Mitgestaltung der rechtlichen Grundlagen für eine neue Tiergesundheitspolitik und Tierschutzstrategie auf europäischer Ebene sowie Implementierung im nationalen Recht;

- Aufrechterhaltung eines effizienten, mit ausreichenden Ressourcen ausgestatteten Kontroll- und Überwachungssystems, welches anhand von risikobasierten Tiergesundheitsüberwachungsprogrammen die Freiheit von Tierkrankheiten nachweist und allfällige Neueinträge umgehend aufzeigt;
- Förderung des Wissenstransfers im Bereich Tierschutz und Tiergesundheit in alle Gruppen der Gesellschaft.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl: Tiergesundheitsstatus Österreichs
Zielzustand 2013: Beibehaltung der amtlich anerkannten Freiheit und von amtlichen Zusatzgarantien für mindestens 6 der unten angeführten 7 Tierkrankheiten;
Istzustand 2011: Österreich ist amtlich anerkannt frei von Rindertuberkulose (M. bovis), Rinderbrucellose, Enzootischen Rinderleukose sowie Brucellose der kleinen Wiederkäuer (Brucella melitensis). Zusätzlich hat Österreich europäische anerkannte Zusatzgarantien für Infektiöse Bovine Rhinothracheitis, Aujescky'sche Krankheit und Scrapie [Quelle: Veterinärjahresbericht, siehe auch http://bmg.gv.at/home/Schwerpunkte/Tiergesundheit/Publikationen/];

Kennzahl: Anteil von Schulen am Aktionsprogramm „Tierschutz macht Schule"
Zielzustand 2013: 14;
Istzustand 2011: 12 [Berechnungsmethode: Anteil bezogen auf 100 Schulen; Quelle: Jahresbericht „Tierschutz macht Schule"; Grundgesamtheit: 6178 Schulen].

Untergliederung 24 Gesundheit

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	44,705		
Finanzerträge	0,001		
Erträge	**44,706**		
Personalaufwand	27,359		
Transferaufwand	841,290		
Betrieblicher Sachaufwand	56,899		
Finanzaufwand	0,001		
Aufwendungen	**925,549**		
hievon variabel	*607,000*		
Nettoergebnis	**-880,843**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	44,702	44,206	88,172
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005	0,005	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,075	0,075	0,054
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**44,782**	**44,286**	**88,226**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	84,140	87,344	83,752
Auszahlungen aus Transfers	841,290	826,241	806,777
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,322	0,322	0,397
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,078	0,082	0,057
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**925,830**	**913,989**	**890,983**
hievon variabel	*607,000*	*573,359*	*554,542*
Nettogeldfluss	**-881,048**	**-869,703**	**-802,758**

Untergliederung 24 Gesundheit
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 24 Gesundheit**	GB 24.01 Steuerg. u. Services	GB 24.02 Gesundheits finanzg.	GB 24.03 Gesundheits vorsorge
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	44,705	8,420	0,001	36,284
Finanzerträge	0,001	0,001		
Erträge	**44,706**	**8,421**	**0,001**	**36,284**
Personalaufwand	27,359	27,359		
Transferaufwand	841,290	58,964	738,553	43,773
Betrieblicher Sachaufwand	56,899	32,763		24,136
Finanzaufwand	0,001	0,001		
Aufwendungen	**925,549**	**119,087**	**738,553**	**67,909**
hievon variabel	*607,000*		*607,000*	
Nettoergebnis	**-880,843**	**-110,666**	**-738,552**	**-31,625**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 24 Gesundheit**	GB 24.01 Steuerg. u. Services	GB 24.02 Gesundheits finanzg.	GB 24.03 Gesundheits vorsorge
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	44,702	8,419	0,001	36,282
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005	0,002		0,003
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,075	0,075		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**44,782**	**8,496**	**0,001**	**36,285**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	84,140	60,014		24,126
Auszahlungen aus Transfers	841,290	58,964	738,553	43,773
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,322	0,302		0,020
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,078	0,078		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**925,830**	**119,358**	**738,553**	**67,919**
hievon variabel	*607,000*		*607,000*	
Nettogeldfluss	**-881,048**	**-110,862**	**-738,552**	**-31,634**

Globalbudget 24.01 Steuerung und Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	8,420		
Finanzerträge	0,001		
Erträge	**8,421**		
Personalaufwand	27,359		
Transferaufwand	58,964		
Betrieblicher Sachaufwand	32,763		
Finanzaufwand	0,001		
Aufwendungen	**119,087**		
Nettoergebnis	**-110,666**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	8,419	8,404	8,167
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,075	0,075	0,054
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**8,496**	**8,481**	**8,221**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	60,014	59,233	56,762
Auszahlungen aus Transfers	58,964	59,167	37,318
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,302	0,302	0,397
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,078	0,082	0,057
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**119,358**	**118,784**	**94,535**
Nettogeldfluss	**-110,862**	**-110,303**	**-86,314**

Globalbudget 24.01 Steuerung und Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 2	Genderdifferenzierte Datenerhebung und Aufbereitung, damit eine verstärkte Ausrichtung auf die unterschiedlichen Belange von Männern und Frauen im SeniorInnenalter im Rahmen von Forschung, Diagnostik und Therapie erfolgen kann.	Bericht „Gesundheit und Krankheit der älteren Generation in Österreich“ liegt vor. Alle verwendeten Daten aus unterschiedlichen Datenquellen sind gegendert.	Konzept für Bericht „Gesundheit und Krankheit der älteren Generation in Österreich“ ist 2012 erarbeitet.
WZ 3, 4 und 5	Umsetzung einer kennzahlenbasierten Steuerung der Leistungen AGES, um zur effizienten und effektiven Minimierung von bekannten und zu erwartenden Risiken beizutragen.	Im IV. Quartal 2013 ist die strategische Ausrichtung und das Arbeitsprogramm abgestimmt.	Veränderte Leistungserwartungen erfordern eine effiziente, wirkungsorientierte Steuerung der AGES. Die derzeitigen Vorbereitungsarbeiten für ein wirkungsorientiertes Unternehmenskonzept werden im III. Quartal 2012 abgeschlossen sein.
WZ 1	Weiterentwicklung von wissenschaftlich abgesicherten Methoden und Modellen zur Entwicklung von operativen Kennzahlen für die Gesundheitsökonomie, Planung und Qualitätserfassung.	- Verankerung eines partnerschaftlichen (Bund, Länder, Sozialversicherung) Zielsteuerungssystems für das Gesundheitswesen; - Entwicklung von Key-Performance-Indikatoren zur Effizienzsteigerung der Krankenanstalten ist erfolgt	Ein Rechenwerk (Tool) zur Prognose der Entwicklung der öffentlichen Gesundheitsausgaben und zur Darstellung möglicher Ausgabendämpfungspotenziale in Bezug auf den angestrebten Ausgabendämpfungspfad steht zur Verfügung.
WZ 3	Medizinmarktaufsicht: Durch ein auf Leistungsindikatoren basierendes, wirkungsorientiertes Steuerungskonzept werden wirk-same Leistungen/Prozesse entlang des Lebenszyklus von Arzneimitteln, Medizin-, Blut- und Gewebeprodukten sichergestellt, um die Sicherheit, Qualität und Wirksamkeit dieser medizinischen Produkte in Österreich zu gewährleisten.	- Mindestens 98% der Einzelfallmeldungen/ Pharmakovigilanz (kontinuierliche Sammlung und Evaluierung von Meldungen über Arzneimittelzwischenfälle und Korrekturmaßnahmen einschließlich Rückrufe) werden innerhalb von 15 Tagen an die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) übermittelt. - Alle ordnungsgemäßen Meldungen klinischer Prüfungen von Hochrisiko-Medizinprodukten werden innerhalb von 60 Tagen begutachtet.	- 97% der Einzelfallmeldungen/Pharmakovigilanz wurden 2011 innerhalb von 15 Tagen an die EMA übermittelt. - Alle ordnungsgemäßen Meldungen klinischer Prüfungen von Hochrisiko-Medizinprodukten wurden 2011 innerhalb von 60 Tagen begutachtet.
WZ 1	eHealth: Entwicklung eines elektronischen Systems für das Wissens- und Informationsmanagement im Gesundheitswesen, um den PatientInnen und	Die Ausrollung der ersten ELGA-NutzerInnenanwendung „e-Medikation“ und andere Piloten kann beginnen, weil bis Ende 2013 ein elektronisches System flächendeckend zum Einsatz	Die Vorarbeiten für ein Berechtigungs- und Protokollierungssystem sind soweit abgeschlossen, dass eine zügige Ausschreibung und Errichtung erfolgen kann.

	Gesundheitsdienstleistern orts- und zeitunabhängig Zugang zu Gesundheitsdaten zu ermöglichen (ELGA).	kommt, mit dem die ÖsterreicherInnen ihre Rechte im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen zur Verwendung von ELGA wahrnehmen können (Berechtigungs- und Protokollierungssystem).	

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Änderung der Vorgaben für die Kostenrechnung in Fondskrankenanstalten, um vergleichende Kostenanalysen zu ermöglichen (Bund 2010/13)
2. Methodische und inhaltliche Vereinheitlichung der Regionalen Strukturpläne Gesundheit im Rahmen des Österreichischen Strukturplans Gesundheit; Vereinbarung einheitlicher Planungshorizonte zur Erleichterung des bundesländerübergreifenden Vergleichs (Bund 2010/5)
3. Entwicklung eines systematischen, kennzahlenbasierten Vergleichs der Krankenanstalten (Bund 2010/5)
4. Einheitliche Regelung der Mittelverteilung zwischen Kern– und Steuerungsbereich und der Gewichtungsfaktoren im Steuerungsbereich (Bund 2010/5)
5. Ausreichende Definition von Einsparungszielen und klare Festlegung der Methode zur Quantifizierung der erzielten Effekte bei der Erarbeitung von Maßnahmen zur Kostendämpfung im Rahmen der Gesundheitsreform (Bund 2010/5)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu 1.-5.:

Die Empfehlungen betreffen weitgehend Maßnahmen, die in den derzeit laufenden Verhandlungen zur Gesundheitsreform thematisiert werden. So werden zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung (SV) Maßnahmen zur Gesundheitsausgabendämpfung verhandelt. Die geplante gemeinsame Finanzzielsteuerung wird in einer Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG festgelegt und in der Folge in Zielvereinbarungen (Verträge zwischen SV und Land) operationalisiert. Eine Methode zur Quantifizierung der erzielten Effekte wurde entwickelt. Unter der Voraussetzung eines Einvernehmens zwischen allen Systempartnern kann auch die Vereinheitlichung der Regionalen Strukturpläne Gesundheit (RSG) vereinbart sowie ein kennzahlenbasierter Vergleich der Krankenanstalten entwickelt werden. Änderungen der Vorgaben für die Kostenrechnung in Fondskrankenanstalten sowie für die Mittelverteilung und Gewichtungsfaktoren im System der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung (LKF-System) wurden von den Ländern bisher strikt abgelehnt und werden daher voraussichtlich keine zentralen Themen der Gesundheitsreform darstellen können und in der Folge daher nur in der bisher praktizierten Form angewendet bzw. zur Verfügung stehen können.

Globalbudget 24.01 Steuerung und Services
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 24.01 Steuerg. u. Services**	DB 24.01.01 Zentralstelle	DB 24.01.02 Beteiligungen
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	8,420	1,170	7,250
Finanzerträge	0,001		0,001
Erträge	**8,421**	**1,170**	**7,251**
Personalaufwand	27,359	27,359	
Transferaufwand	58,964	5,945	53,019
Betrieblicher Sachaufwand	32,763	19,011	13,752
Finanzaufwand	0,001		0,001
Aufwendungen	**119,087**	**52,315**	**66,772**
Nettoergebnis	**-110,666**	**-51,145**	**-59,521**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 24.01 Steuerg. u. Services**	DB 24.01.01 Zentralstelle	DB 24.01.02 Beteiligungen
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	8,419	1,169	7,250
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,075	0,075	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**8,496**	**1,246**	**7,250**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	60,014	46,262	13,752
Auszahlungen aus Transfers	58,964	5,945	53,019
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,302	0,300	0,002
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,078	0,078	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**119,358**	**52,585**	**66,773**
Nettogeldfluss	**-110,862**	**-51,339**	**-59,523**

Globalbudget 24.02 Gesundheitssystemfinanzierung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001		
Erträge	**0,001**		
Transferaufwand	738,553		
Aufwendungen	**738,553**		
hievon variabel	*607,000*		
Nettoergebnis	**-738,552**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001	0,001	40,000
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,001**	**0,001**	**40,000**
Auszahlungen aus Transfers	738,553	722,912	725,323
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**738,553**	**722,912**	**725,323**
hievon variabel	*607,000*	*573,359*	*554,542*
Nettogeldfluss	**-738,552**	**-722,911**	**-685,323**

Globalbudget 24.02 Gesundheitssystemfinanzierung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens: Sicherstellung der finanziellen Nachhaltigkeit des Gesundheitswesens durch Konsolidierung der finanziellen Leistungsfähigkeit, u.a. durch verbindliche Vereinbarungen von Finanzzielen (Kostendämpfungsmaßnahmen) und deren Umsetzung sowie unter Berücksichtigung der gesetzlich beschlossenen Bundesmittel.	- Zum Jahresende 2013 liegt keine Verschuldung der Gebietskrankenkassen vor. - Die Krankenversicherungsträger weisen im Geschäftsjahr 2013 keinen Gebarungsabgang auf.	Laut Rechnungsabschluss 2009 betrug die Verschuldung der Gebietskrankenkassen € 692 Mio. Laut Rechnungsabschluss 2011 weisen die Gebietskrankenkassen keine Verschuldung auf. Das Reinvermögen beträgt € 120 Mio.
WZ 2 und 3	Genderdifferenzierte Auswertung von Ergebnisqualitätsdaten als Grundlage dafür, dass für Frauen und Männer eine vergleichbare Ergebnisqualität erreicht wird und Entwicklung eines Ergebnisqualitätsmonitorings auf der Grundlage von Routinedaten, die in den Krankenanstalten erhoben werden: Austrian Inpatient Quality Indicators (A-IQI).	Bis Ende 2013 liegt ein Instrument für ein Ergebnisqualitätsmonitoring vor, das eine bundesweit einheitliche Messung in den Krankenanstalten ermöglicht. Diese sollen vorerst statistische Auffälligkeiten analysieren und Gründe für die Abweichung von Zielbereichen suchen. Daraufhin folgt allenfalls eine externe Qualitätssicherung. Genderdifferenzierte Auswertungen in der Kardiologie liegen 2013 vor.	Die technische Implementierung ist abgeschlossen, damit vorhandenes Datenmaterial zum Monitoring herangezogen werden kann.
WZ 1	Bund-Länder-Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens ab dem Jahr 2013.	- Umsetzung der Zielvereinbarung hinsichtlich Versorgungsziele, Planungswerken, Versorgungsstrukturen, Prozess-, Ergebnis- und Qualitätsparametern erstmals im Jahr 2013 - Erstellung von Finanzrahmenverträgen für die Jahre 2014 bis 2016.	Ein partnerschaftliches Zielsteuerungssystem für das österreichische Gesundheitswesen und einen Ausgabendämpfungspfad für die öffentlichen Gesundheitsausgaben wurden im Juni 2012 politisch vereinbart.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1.Einführung eines einheitlichen Modells zur ambulanten Leistungsabgeltung (Bund 2010/13)
2. Festlegung eines zeitlich angemessenen Planungshorizonts im Großgeräteplan (Bund 2010/13)
3. Zügige Einführung einer bundesweit einheitlichen, leistungsorientierten und sektorübergreifenden Finanzierung ambulanter Leistungen (Bund 2011/10)
4. Anpassung der Finanzziele des Konsolidierungspakets und Überarbeitung der Kompensationsmöglichkeiten (Bund 2011/12)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu 1.-3.:

Bestehende Planungs-, Steuerungs- und Finanzierungsinstrumente werden für die Gesundheitsausgabendämpfung im Zuge der geplanten neuen Zielsteuerungsprozesse genutzt und modifiziert. Einheitliche sektorenübergreifende Finanzierungsmodelle sowie ein zeitlich angemessener Planungshorizont im Großgeräteplan werden vorbereitet, müssen aber von den Systempartnern konsensual beschlossen und in den Finanzrahmenverträgen umgesetzt werden.

Zu 4.:

Die Maßnahmen des Konsolidierungspakets wurden erfolgreich umgesetzt und entfalten nachhaltige finanzielle Wirkung (zu Bund 2011/12).

Zur Umsetzung der Empfehlung des Rechnungshofes wurde das Instrument der Vertragspartneranalyse entwickelt (zu Bund 2012/6).

Globalbudget 24.02 Gesundheitssystemfinanzierung
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 24.02 Gesundheitsfinanzg.**	DB 24.02.01 KAKuG (var)	DB 24.02.02 Mehraufwand FLAF	DB 24.02.03 Leistungen an SV
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001			0,001
Erträge	**0,001**			**0,001**
Transferaufwand	738,553	607,000	66,700	64,853
Aufwendungen	**738,553**	**607,000**	**66,700**	**64,853**
hievon variabel	*607,000*	*607,000*		
Nettoergebnis	**-738,552**	**-607,000**	**-66,700**	**-64,852**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 24.02 Gesundheitsfinanzg.**	DB 24.02.01 KAKuG (var)	DB 24.02.02 Mehraufwand FLAF	DB 24.02.03 Leistungen an SV
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001			0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,001**			**0,001**
Auszahlungen aus Transfers	738,553	607,000	66,700	64,853
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**738,553**	**607,000**	**66,700**	**64,853**
hievon variabel	*607,000*	*607,000*		
Nettogeldfluss	**-738,552**	**-607,000**	**-66,700**	**-64,852**

Globalbudget 24.03 Gesundheitsvorsorge u. Verbrauchergesundheit

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	36,284		
Erträge	**36,284**		
Transferaufwand	43,773		
Betrieblicher Sachaufwand	24,136		
Aufwendungen	**67,909**		
Nettoergebnis	**-31,625**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	36,282	35,801	40,005
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,003	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**36,285**	**35,804**	**40,005**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	24,126	28,111	26,989
Auszahlungen aus Transfers	43,773	44,162	44,137
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,020	0,020	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**67,919**	**72,293**	**71,126**
Nettogeldfluss	**-31,634**	**-36,489**	**-31,121**

Globalbudget 24.03 Gesundheitsvorsorge u. Verbrauchergesundheit

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 3	NAP.e: Bundesweite Bündelung ernährungspolitischer Maßnahmen und Strategien mit dem Ziel, das Ernährungsverhalten der österreichischen Bevölkerung zu verbessern. Der NAP.e ist ein rollierender Handlungskatalog, der jährlich aktualisiert wird. Die Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, die Inzidenz von Übergewicht und Adipositas und der damit einhergehenden chronischen Erkrankungen zu reduzieren, zB. mit dem Projekt „Unser Schulbuffet“ als Optimierung der Schulverpflegung.	Akkordierte Ernährungs-empfehlungen für die Zielgruppen Kinder, Schwangere, Stillende sowie für SeniorInnen unter Berücksichtigung von sozioökonomischen Faktoren sind bis Ende 2013 fertiggestellt.	- Die Vorbereitungsarbeiten für die Optimierung der Schulverpflegung als Voraussetzung für die Ausrollung im Jahre 2012 sind abgeschlossen. - Die Grundlagen für die adäquate Ernährung von SeniorInnen sind erstellt. - Mit der Sozialversicherung wurde im Rahmen des Projektes „Richtig Essen von Anfang an (REVAN)“ eine Kooperation eingegangen.
WZ 3	Der Nationale Aktionsplan Bewegung (NAP.b) soll eine Verbesserung des Bewegungsverhaltens der österreichischen Bevölkerung und eine Veränderung der Gesellschaft in Richtung einer ganzheitlichen Bewegungs- und Sportkultur bewirken.	Der NAP.b fungiert als Leitlinie, anhand derer partnerschaftlich Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden.	Auf Initiative des BMG und des BMLVS wurde ein breit abgestimmter Konsultations-entwurf zum NAP.b. erarbeitet. Dieser schlägt insgesamt 25 Ziele für mehr Bewegung in allen gesellschaftlichen Bereichen vor.
WZ 3	Kindergesundheitsdialog: Umsetzung der Ergebnisse der entwickelten Kindergesundheitsstrategie basierend auf dem Kindergesundheits-dialog.	- Die Koordinationsstelle für Kindergesundheit im BMG ist eingerichtet. - Das intersektoral besetzte Advisory Board für Kindergesundheit 2013 ist etabliert und operativ.	- Vorarbeiten für die Einrichtung einer Koordinationsstelle für Kindergesundheit im BMG sind abgeschlossen. - Bestellung eines intersektoral besetzten Advisory Boards für Kinder-gesundheit
WZ 2 und 3	Berücksichtigung der gender-spezifischen Aspekte im Rahmen des nationalen Krebsprogrammes, damit die gesundheitsbezogenen Unterschiede zwischen Frauen und Männern evaluiert und eine geschlechterspezifische Prävention umgesetzt werden kann. Durch zielgruppenspezifische Kampagnen für Frauen im Alter zwischen 45 und 70 Jahren soll die angestrebte Erhöhung der Teilnahmerate der Frauen an einem Programm zur Brustkrebs-früherkennung erreicht werden.	Kennzahl: Steigerung der Inanspruch-nahme der Vorsorgeuntersuchung NEU um 10%. Das entspricht einer Teilnahmesteigerung von 85.400 Personen bzw. 13,75 % der anspruchsberechtigten Bevölkerung. Dabei soll insbesondere die Teilnahmerate der Männer erhöht werden, weil Männer Vorsorgeuntersuchungen weniger in Anspruch nehmen als Frauen. Ziel ist daher die 10% Steigerung der Inanspruchnahme in einem Verhältnis 7:3 zugunsten der Männer zu erzielen. Steigerung: 59.780 Männer und	Kennzahl: Vorsorgeuntersuchung: 2010 haben insgesamt 854.413 Personen, das entspricht 12,5% der anspruchsberechtigten Bevölkerung, an Vorsorge-untersuchungen teilgenommen. Darunter 458.134 Frauen und 396.279 Männer. Kennzahl: Bundesweites Brustkrebs-screening: 40% der Frauen im Alter zwischen 45 und 70 Jahren haben im Jahr 2010 an einem Programm zur Brustkrebs-

		25.620 Frauen. Kennzahl: Bundesweites Brustkrebs-screening. 45% der Frauen im Alter zwischen 45 und 70 Jahren nehmen im Rahmen eines Jahres an einem Programm zur Brustkrebs-Früherkennung teil. Das entspricht einer Erhöhung um 5 %-Punkte.	Früherkennung teilgenommen.
WZ 5	Aktionsprogramm „Tierschutz macht Schule“ Zur Verstärkung des Verständnisses des Tier-schutzgedankens bei jungen Menschen wird das Aktions-programm „Tierschutz macht Schule“ weiter ausgebaut.	Von 100 Schulen nehmen 14 an dem Projekt „Tierschutz macht Schule“ teil.	Im Jahr 2011 nahmen 12 von 100 Schulen am Projekt „Tierschutz macht Schule“ teil. Grundgesamtheit: 6178 Schulen.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Erstellung eines österreichweiten Förderungskonzepts und verstärkte Wahrnehmung der Steuerfunktion des Gesundheitsressorts (Bund 2008/10)
2. Erstellung und regelmäßige Evaluierung eines mit anderen Förderungsgeberinnen und Förderungsgebern abgestimmten Gesundheitsförderungskonzepts (Bund 2008/10)
3. Einhaltung der gesetzlich vorgesehenen Prüfintervalle bei allen Blutspendeeinrichtungen und der Blutversorgung involvierten Betrieben (Bund 2011/8)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
Zu 1. und 2.:
Die mit der GÖG/FGÖ abgestimmte, jährliche Festsetzung von Förderungsschwerpunkten stellt ein eigenes Förderungs-konzept dar. Eine verbesserte Abstimmung mit anderen Gebietskörperschaften und mit SV-Trägern gestaltet sich aber schwierig.
Jede Förderung wird auf ihre widmungsgemäße Verwendung hin überprüft; Evaluierungen werden durchgeführt, wenn es aufgrund der Fördermaßnahme sinnvoll erscheint.
Zu 3.:
Sämtliche Blutbanken befinden sich im gesetzmäßigen Inspektionsintervall, Datenbank wurde diesbezüglich angepasst, Website des Bundesamtes für Sicherheit im Gesundheitswesen (BASG) betreffend Hämovigilanzmeldungen wurde insbesondere übersichtlicher gestaltet und inhaltlich gestrafft. Seit Anfang 2011 wird in periodisch durchgeführter Kunden-befragung u.a. die Zufriedenheit mit der elektronischen Abwicklung der Meldungen abgefragt.

Globalbudget 24.03 Gesundheitsvorsorge u. Verbrauchergesundheit
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 24.03 Gesundheitsvorsorge**	DB 24.03.01 Gesundheitsförderung	DB 24.03.02 Verbraucher gesundh.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	36,284	35,700	0,584
Erträge	**36,284**	**35,700**	**0,584**
Transferaufwand	43,773	42,744	1,029
Betrieblicher Sachaufwand	24,136	18,077	6,059
Aufwendungen	**67,909**	**60,821**	**7,088**
Nettoergebnis	**-31,625**	**-25,121**	**-6,504**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 24.03 Gesundheitsvorsorge**	DB 24.03.01 Gesundheitsförderung	DB 24.03.02 Verbraucher gesundh.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	36,282	35,699	0,583
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003		0,003
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**36,285**	**35,699**	**0,586**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	24,126	18,075	6,051
Auszahlungen aus Transfers	43,773	42,744	1,029
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,020		0,020
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**67,919**	**60,819**	**7,100**
Nettogeldfluss	**-31,634**	**-25,120**	**-6,514**

Untergliederung 25 Familie und Jugend

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Familien sind das feste Fundament unserer Gesellschaft und werden in all' ihren vielfältigen Formen von uns respektiert und unterstützt. Familien erbringen mit ihren Erziehungs- und Betreuungsaufgaben für Kinder und pflegebedürftige Familienmitglieder für den Zusammenhalt der Gesellschaft und der Generationen wichtige und wertvolle Leistungen. Daher hat gerade auch in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft die Familienpolitik einen zentralen Stellenwert. Schwerpunkte sind:
- Lastenausgleich im Interesse der Familie,
- Verbesserung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien mit nicht selbsterhaltungsfähigen Kindern und betreuungspflichtigen Angehörigen,
- Finanzielle und ideelle Unterstützung bzw. Anerkennung der Familien in ihrer Aufgabenstellung,
- Einbindung junger Menschen in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**6.638,448**	**6.394,279**	**6.085,079**
Auszahlungen fix	6.566,380	6.566,380	6.405,596	6.293,909
Summe Auszahlungen	**6.566,380**	**6.566,380**	**6.405,596**	**6.293,909**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**72,068**	**-11,317**	**-208,830**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	6.571,887		
Aufwendungen	6.468,382		
Nettoergebnis	**103,505**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Leistungsausgleich zwischen kinderlosen Personen und Eltern mit Unterhaltspflichten
Warum dieses Wirkungsziel?
Der finanzielle Leistungsausgleich zwischen kinderlosen Personen und Eltern schafft die Grundlagen für ein stabiles Familienleben und macht Familie auch finanziell "leistbar".
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Bereitstellung von finanziellen Transferleistungen zum Ausgleich der Unterhaltslasten für noch nicht selbsterhaltungsfähige Kinder durch den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), dazu zählen u.a. die Familienbeihilfe, die Fahrtenbeihilfen, das Kinderbetreuungsgeld (mit dem u.a. das System des Lastenausgleichs zum Leistungsausgleich weiterentwickelt wurde) sowie die Aufrechterhaltung der Einnahmenseite des FLAF, wobei die Finanzierung der Leistungen aus dem FLAF nachhaltig sichergestellt werden soll.
Wie sieht Erfolg aus?
- FLAF - Die Finanzierungsfähigkeit vom FLAF erhalten: Zielzustand 2013: Verringerung des Schuldenstandes; Istzustand 2011: - € 3.823,796 Millionen (Berechnungsmethode/Quelle: BMWFJ/Bundesrechnungsabschluss - https://www.bmf.gv.at/)
- FLAF - Jährlicher Abgang/Überschuss: Zielzustand 2013: Erzielung von Überschüssen; Istzustand 2011: - € 128,051 Millionen (Berechnungsmethode/Quelle: BMWFJ/Bundesrechnungsabschluss - https://www.bmf.gv.at/)
- Gesamtfertilitätsrate bleibt gleich hoch bzw. steigt: Zielzustand 2013: 1,44 oder mehr; Istzustand 2010: 1,44 [Berechnungsmethode: Gesamtfertilitätsrate; Quelle: Demographische Indikatoren, Statistik Austria]

Wirkungsziel 2:
Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Gleichstellungsziel)
Warum dieses Wirkungsziel?
Damit Eltern besser am Arbeitsmarkt teilnehmen können und nach der Familiengründung rasch in den Beruf zurückkehren, müssen die Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und der Anteil der Väter, die sich aktiv an der Familienarbeit beteiligen, erhöht werden.
Wirkungsziel 2 ist zugleich das Gleichstellungsziel, weil durch die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch die Gleichstellung vom Männern und Frauen am Arbeitsmarkt unterstützt wird.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Durch Umsetzung der 15a-Vereinbarung betreffend die Kinderbetreuung sollen bundesweit hochqualitative und bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote geschaffen werden.
- Durch Gewährung von Kinderbetreuungsgeld und verstärkte Bewerbung des Bezugs von Vätern und Information über die verschiedenen Bezugsvarianten soll die Väterbeteiligung erhöht werden.

Wie sieht Erfolg aus?

- Gesamtfertilitätsrate bleibt gleich hoch bzw. steigt: Zielzustand 2013: 1,44 oder mehr; Istzustand 2010: 1,44 [Berechnungsmethode: Gesamtfertilitätsrate; Quelle: Demographische Indikatoren, Statistik Austria]
- Väterbeteiligung am Kinderbetreuungsgeldbezug steigt: Zielzustand 2013: Variante 30+6 (Geburten ab 2007) 13%; Variante 20+4 (Geburten ab 2008) 20%; Variante 15+3 (Geburten ab 2008) 28%; Variante 12+2 (Geburten ab 2009) 36%; Variante einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld (Geburten ab 2009) 28%, Summe aller Varianten: 18 %; Istzustand 2011: Variante 30+6 12,71%; Variante 20+4 18,68%; Variante 15+3 27,02%; Variante 12+2 31,57%; Variante einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld 26,93%, Summe aller Varianten 17,23%; [Berechnungsmethode: Väterbeteiligung bei entsprechender Variante; Quelle: Kinderbetreuungsgeldstatistik/BMWFJ]
- Wiedereinstiegsrate steigt: Zielzustand 2013: 66,3%; Istzustand 2011: 65,8%; [Berechnungsmethode: Erwerbsquote von 15- bis 64-jährigen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren; Quelle: Familien und Haushaltsstatistik/Statistik Austria]
- Kinderbetreuungsquoten für Kinder bis zum Schuleintritt steigen: Zielzustand 2013: 0-3 Jahre: 25%; 3-6 Jahre: 96%; Istzustand 2010: : 0-3 Jahre: 19%; 3-6 Jahre: 93,4% [Berechnungsmethode: Anteil der 0-3-jährigen bzw. 3-6-jährigen Kinder in Kinderbetreuungsangeboten im Vergleich zur gleichaltrigen Wohnbevölkerung; Quelle: Kinderheimtagesstatistik, Statistik Austria]

Wirkungsziel 3:

Verringerung von familiären Notlagen und Unterstützung von Familien bei der Krisenbewältigung, Vermeidung innerfamiliärer Konflikte bei Trennung und Scheidung

Warum dieses Wirkungsziel?

Die einkommensabhängige Unterstützung in der Familienhospizkarenz ermöglicht auch finanziell schwächeren Personen die Inanspruchnahme (2011: € 805,73 per Monat (max. € 2,967,09) (Quelle: BMWFJ), im Familienhärteausgleich werden Familien in einer finanziellen Notsituation unterstützt, wenn das soziale Netz für die Bewältigung des Problems nicht ausreicht (2011 durchschnittlich € 2.085,86; Quelle: BMWFJ). Die Kompetenz von Familien in ihrer Zuständigkeit für den Erhalt von Humanvermögen wird durch professionelle Beratung gestärkt. Können Familien ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen, sind - ohne Gegensteuerung durch Unterstützungsmaßnahmen der Gesellschaft - im Bereich Gesundheit, Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeit u.a. Kosten von rd. € 2 Mio. pro Kind im Lebensverlauf zu erwarten. (Quelle: Prüfbericht über den Vollzug der Jugendwohlfahrt in Vorarlberg des Landes-Rechnungshofes Vorarlberg vom Juni 2009). Von einer Trennung oder Scheidung betroffene Eltern und Kinder sollen bei der Lösung von Konflikten im Zusammenhang mit Scheidung, Trennung, Obsorge- und Besuchsrechtsfragen unterstützt werden, um negative Trennungsfolgen zu vermeiden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Finanzielle Unterstützungen in Härtefällen (z.B. Todesfall, Behinderung in der Familie, Naturkatastrophe)
- Vermeidung von finanziellen Notsituationen infolge Inanspruchnahme der Familienhospizkarenz durch finanzielle Zuwendungen, wenn dadurch das gesamte Erwerbseinkommen wegfällt
- Förderung der Beratung von Familien in Krisensituationen (z.B. Schwangerschaftskonfliktberatung, Schwangerenberatung, Kinderwunschberatung, Scheidungsberatung, Beratung bei Erziehungsproblemen, Beratung von Familien mit behinderten Angehörigen, Beratung von Familien mit Migrationshintergrund)
- Förderung von Angeboten der Eltern-/Kinderbegleitung bei Trennung und Scheidung (insbesondere pädagogische und therapeutische Gruppen)
- Förderung von Angeboten der Familienmediation bei Trennung und Scheidung

Wie sieht Erfolg aus?

- Rasche Erledigung der Unterstützungsansuchen im Rahmen der Familienhospizkarenz: Zielzustand 2013: Senkung der Erledigungsdauer bei Zuwendungen auf unter 10 Kalendertage, Istzustand 2011: 11,7 Tage [Berechnungsmethode: Erledigungsdauer der Unterstützungsansuchen; Quelle: Statistik des BMWFJ]
- Halten der Inanspruchnahme der Familienberatungsstellen: Zielzustand 2013: 226.500 Klient/innen und 479.000 Beratungen, Istzustand 2011: 226.252 Klient/innen und 478.800 Beratungen [Berechnungsmethode: Anzahl Klient/innen und der Beratungen in den geförderten Familienberatungsstellen; Quelle: BMWFJ jährliche Beratungsstatistik der Familienberatungsstellen]

Wirkungsziel 4:

Stärkung beider Elternteile in der gewaltfreien Erziehung, Vermeidung von physischer, psychischer und sexueller Gewalt an Kindern, Jugendlichen und Frauen

Warum dieses Wirkungsziel?

Gewalt ist ein schwerwiegender Eingriff in die Integrität von Kindern, Jugendlichen, Frauen und Männern und muss möglichst weitgehend verhindert werden. Ist dies nicht möglich sollen Gewalthandlungen aufgedeckt und den Opfern geholfen werden. Das Thema Gewalt wird enttabuisiert, was zu einer Steigerung der Aufdeckungsquote und zur Abschreckung der Täter/innen führt. Eltern, die Elternbildung in Anspruch nehmen, meistern die Herausforderungen der Kindererziehung und erkennen, dass Gewalt kein Erziehungsmittel ist.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Reform des Jugendwohlfahrtsrechts (insbesondere Einführung von Gefährdungsabklärung, Hilfeplanung und Vier-Augen-Prinzip, Klarstellung der Mitteilungspflichten, weitere Professionalisierung der Fachkräfte)
- Förderung von Angeboten der Elternbildung (Seminare, Vorträge, Eltern-Kind-Gruppe zu Erziehungsthemen)
- Förderung von Mitgliedern der Plattform gegen Gewalt in der Familie, Projekten zur Gewaltprävention, Täterarbeit
- Förderung von Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung im Internet und als Print (z.B. www.eltern-bildung.at, www.gewaltinfo.at, Elternbriefe, CDs, Tipps für Eltern, Leitfaden für Gesundheitsberufe)

Wie sieht Erfolg aus?

- Inanspruchnahme von Elternbildungsangeboten (z.B.: Seminare, Vorträge): Zielzustand 2013: 125.000 Teilnehmer/innen in Elternbildungsangeboten; Istzustand 2010: 125.000 Teilnehmer/innen, [Berechnungsmethode: Fallzahlen der Inanspruchnahme, Quelle: Statistik des BMWFJ]
- Erhaltung der Besucher/innenzahlen auf www.eltern-bildung.at: Zielzustand 2013: 334.000 Zugriffe, Istzustand 2011: 334.000 Zugriffe, [Berechnungsmethode: Besucher/innenzahlen der Homepage, Quelle: BMWFJ]
- Stabile Verteilungszahlen der Elternbriefe: Zielzustand 2013: 140.000 Exemplare, Istzustand 2011: 140.000 Exemplare [Berechnungsmethode: Versandzahlen der Elternbriefe, Quelle: Statistik des BMWFJ]
- Steigerung der Besucher/innenzahlen auf www.gewaltinfo.at, Zielzustand 2013: 30.000 Besuche, Istzustand 2011: (erst seit 21.11.2011 online), [Berechnungsmethode: Besucher/innenzahlen der Homepage, Quelle: BMWFJ]
- Steigerung der Beratungen bei der Hotline für gewaltbetroffene Kinder und Jugendliche 0800 240 268: Zielzustand 2013: 1.500 Beratungen bei der Hotline (erst seit 1.12.2011 in Betrieb) [Berechnungsmethode: Anrufzahlen bei der Hotline, Quelle: BMWFJ]
- Stabile Inanspruchnahme von Familienberatung bei Gewalt: Zielzustand 2013: 15.200 Klient/innen und 39.000 Beratungen, Istzustand 2010: 15.208 Klient/innen und 39.065 Beratungen [Berechnungsmethode: Anzahl Klient/innen und der Beratungen zu den Beratungsinhalten "Kindesmissbrauch, sexuelle Gewalt gegen Kinder, Gewalt gegen Frauen, sexuelle Gewalt gegen Frauen, Gewalt gegen andere Familienangehörige"; Quelle: BMWFJ jährliche Beratungsstatistik der Familienberatungsstellen]

Wirkungsziel 5:

Schutz von Kindern und Jugendlichen und Förderung ihrer Entwicklung als eigenständige Persönlichkeiten, um ein selbständiges und eigenverantwortliches Leben zu führen und ihre produktiven und kreativen Potentiale für gemeinschaftliches und gesellschaftliches Engagement zu nutzen

Warum dieses Wirkungsziel?

Gesellschaftliche Veränderungen samt deren Chancen und Gefahren erfordern, dass junge Menschen befähigt werden ihr Potential voll auszuschöpfen. Dazu gehören neben der Bildung und einem gesundheitsfördernden Lebensstil auch die Entwicklung von soft skills, wie Kommunikations- oder Teamfähigkeit, und der Erwerb von Kompetenzen, die für neue Berufe - insbesondere im Technologiebereich - erforderlich sind, wie zum Beispiel Medienkompetenz. Als Querschnittsmaterie erfordert Jugendpolitik eine kontinuierliche Abstimmung mit anderen Politikbereichen, wie beispielsweise dem Bildungs- oder Sozialbereich.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Erstellung der "Jugendpolitischen Strategie 2012 - 2020" zur Schaffung einer koordinierten Jugendpolitik in Abstimmung mit anderen Politikfeldern - unter Sicherstellung und Gewährleistung von Chancengleichheit und gesellschaftlichem Engagement Jugendlicher
- Förderung der außerschulischen Jugenderziehung und Jugendarbeit gemäß Bundes-Jugendförderungsgesetz und Durchführung umfassender Informations- und Schulungsangebote für Kinder, Jugendliche und Multiplikator/innen
- Kontinuierliche Erhebung von Daten durch Jugendforschung wie u.a. dem Jugendbericht
- Ausbau der bundesweiten Vernetzungs- und Koordinationsstrukturen der Jugendarbeit und Jugendinformation mit der Bundes-Jugendvertretung und den Bundesnetzwerken für offene Jugendarbeit und Jugendinformation

Wie sieht Erfolg aus?

- Aktive Nachfrage von Informationsangeboten: Zielzustand 2013: Erhaltung der Fallzahlen der Inanspruchnahme; Istzustand 2010 (Stichtag: 31.12.2010): 95.417 weibliche (59,69%) und 64.450 männliche (40,31%) Personen [Berechnungsmethode: Fallzahlen der Inanspruchnahme der Angebote an Informations- und Weiterbildungsleistungen der Jugendeinrichtungen; Quelle: jährliche Abfrage der Fallzahlen mittels Statistiktool des Bundesnetzwerkes Österreichische Jugendinfos , sowie der Fallzahlen der Medien-Jugend-Infostelle des BMWFJ]
- Anzahl der Mitglieder in Bundes-Jugendorganisationen: Zielzustand 2013: Erhaltung der Mitgliederzahlen; Istzustand 2010 (Stichtag: 31.12.2010): 703.249 weibliche (48,79%) und 738.177 männliche (51,21%) Mitglieder [Berechnungsmethode:

Anzahl der weiblichen und männlichen Mitglieder in den Bundes-Jugendorganisationen; Quelle: Jugendorganisationen/BMWFJ]
- Partizipation Jugendlicher an der Entwicklung und Durchführung von ho. Ressort geförderten (B-JFG) Projekten: Zielzustand 2013: Erhaltung der Anzahl der beteiligten Jugendlichen; Istzustand 2010 (Stichtag: 31.12.2010): 689.127 weibliche (51,71%) und 643.520 männliche (48,29%) Personen [Berechnungsmethode: Anzahl der weiblichen und männlichen Projektteilnehmenden der geförderten Jugendorganisationen; Quelle: Jugendorganisationen/BMWFJ]
- Ausgewogenheit des Geschlechterverhältnisses von Jugendarbeitsfachpersonen (zB. Pfadfinderführer/in, Jugendleiter/in, etc.): Zielzustand 2013: Erhaltung des Geschlechterverhältnisses der Jugendarbeitsfachpersonen; Istzustand 2010 (Stichtag: 31.12.2010): 41.713 weibliche (55,63%) und 33.265 männliche (44,37%) Personen [Berechnungsmethode: Anzahl der weiblichen und männlichen Jugendarbeitsfachpersonen; Quelle: Jugendorganisationen/BMWFJ]

Untergliederung 25 Familie und Jugend

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.571,884		
Finanzerträge	0,003		
Erträge	**6.571,887**		
Transferaufwand	5.884,906		
Betrieblicher Sachaufwand	583,476		
Aufwendungen	**6.468,382**		
Nettoergebnis	**103,505**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.571,887	6.330,278	6.021,743
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	66,561	64,001	63,335
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.638,448**	**6.394,279**	**6.085,079**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	570,214	553,897	513,574
Auszahlungen aus Transfers	5.867,165	5.734,398	5.662,414
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	129,001	117,301	117,921
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.566,380**	**6.405,596**	**6.293,909**
Nettogeldfluss	**72,068**	**-11,317**	**-208,830**

Untergliederung 25 Familie und Jugend
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 25 Familie und Jugend**	GB 25.01 FLAF	GB 25.02 Familie / Jugend
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.571,884	6.414,125	157,759
Finanzerträge	0,003	0,003	
Erträge	**6.571,887**	**6.414,128**	**157,759**
Transferaufwand	5.884,906	5.802,157	82,749
Betrieblicher Sachaufwand	583,476	580,535	2,941
Aufwendungen	**6.468,382**	**6.382,692**	**85,690**
Nettoergebnis	**103,505**	**31,436**	**72,069**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 25 Familie und Jugend**	GB 25.01 FLAF	GB 25.02 Familie / Jugend
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.571,887	6.414,128	157,759
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	66,561	66,561	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.638,448**	**6.480,689**	**157,759**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	570,214	567,273	2,941
Auszahlungen aus Transfers	5.867,165	5.784,416	82,749
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	129,001	129,001	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.566,380**	**6.480,690**	**85,690**
Nettogeldfluss	**72,068**	**-0,001**	**72,069**

Globalbudget 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.414,125		
Finanzerträge	0,003		
Erträge	**6.414,128**		
Transferaufwand	5.802,157		
Betrieblicher Sachaufwand	580,535		
Aufwendungen	**6.382,692**		
Nettoergebnis	**31,436**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.414,128	6.255,727	6.021,741
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	66,561	64,001	63,335
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.480,689**	**6.319,728**	**6.085,077**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	567,273	550,955	511,648
Auszahlungen aus Transfers	5.784,416	5.651,473	5.583,558
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	129,001	117,301	117,921
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.480,690**	**6.319,729**	**6.213,128**
Nettogeldfluss	**-0,001**	**-0,001**	**-128,051**

Globalbudget 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Bereitstellung von finanziellen Transferleistungen zum Ausgleich der Unterhaltslasten für noch nicht selbsterhaltungsfähige Kinder durch den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), dazu zählen u.a. die Familienbeihilfe, die Fahrtenbeihilfen, das Kinderbetreuungsgeld (mit dem das System des Lastenausgleichs zum Leistungsausgleich weiterentwickelt wurde) sowie die Aufrechterhaltung der Einnahmenseite des FLAF, wobei die Finanzierung der Leistungen aus dem FLAF nachhaltig sichergestellt werden soll.	- Die Finanzierungsfähigkeit des FLAF erhalten - Sicherstellung der Mittel für Transferleistungen durch Senkung des Schuldenstandes des FLAF - FLAF - Jährlicher Abgang/Überschuss; Zielzustand 2013: Erzielung von Überschüssen - Gesamtfertilitätsrate; Zielzustand 2013: 1,44 oder mehr.	- FLAF - Schuldenstand; Istzustand 2011: - € 3.823,796 Millionen - FLAF - Jährlicher Abgang/Überschuss; Istzustand 2011: - € 128,051 Millionen - Gesamtfertilitätsrate; Istzustand 2010: 1,44
WZ 2	Steigerung der Väterbeteiligung beim Kinderbetreuungsgeld	Zielzustand 2013: - Variante 30+6 (Geburten ab 2007) 13%; - Variante 20+4 (Geburten ab 2008) 20%; - Variante 15+3 (Geburten ab 2008) 28%; - Variante 12+2 (Geburten ab 2009) 36%; - Variante ein-kommensabhängiges Kinderbe-treuungsgeld (Geburten ab 2009) 28%; - Summe aller Varianten: 18 %	Istzustand 2011: - Variante 30+6 12,71%; - Variante 20+4 18,68%; - Variante 15+3 27,02%; - Variante 12+2 31,57%; - Variante einkommensab-hängiges Kinderbe-treuungsgeld 26,93%, - Summe aller Varianten 17,23%; [Quelle: BMWFJ, Sonderauswertung der Kinderbetreuungsgeldstatistik]
WZ 3	Rasche Erledigung der Unterstützungsansuchen im Rahmen der Familienhospizkarenz	Zielzustand 2013: Senkung der Erledigungsdauer bei Zuwendungen auf unter 10 Kalendertage [Berechnungsmethode: Erledigungsdauer der Unterstützungsansuchen, Quelle: Statistik des BMWFJ]	Istzustand 2011: 11,7 Tage, [Berechnungsmethode: Erledigungsdauer der Unterstützungsansuchen, Quelle: Statistik des BMWFJ]
WZ 3	Förderung der Beratung von Familien in Krisensituationen	Zielzustand 2013: 226.500 Klient/innen und 479.000 Beratungen [Berechnungsmethode: Anzahl Klient/innen und der Beratungen in den geförderten Familienberatungsstellen; Quelle: BMWFJ jährliche Beratungsstatistik der Familienberatungsstellen]	Istzustand 2011: 226.252 Klient/innen und 478.800 Beratungen [Berechnungsmethode: Anzahl Klient/innen und der Beratungen in den geförderten Familienberatungsstellen; Quelle: BMWFJ jährliche Beratungsstatistik der Familienberatungsstellen]
WZ 4	Förderung von Elternbildungs-angeboten Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung zur	- Erhaltung der Inanspruchnahme von Elternbildungsangeboten (125.000 Teilnehmer/innen)	- Inanspruchnahme von Elternbildungsangeboten 2010: 125.000 Teilnehmer/innen

	Elternbildung im Internet und als Print	- Erhaltung der Besucher/innenzahlen auf www.eltern-bildung.at (334.000) Stabile Verteilungszahlen der Elternbriefe (140.000)	- Besucher/innenzahlen auf www.eltern-bildung.at 2011: 334.000 Verteilungszahlen der Elternbriefe 2011: 140.000

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Erarbeitung einer einheitlichen und verwaltungsökonomischen Berücksichtigung schulautonomer Tage bei der Berechnung der Vergütungen von Schüler- und Lehrlingsfreifahrten (Bund 2009/2)
2. Vorgabe von Schwerpunkten für die Kontrolle der Schulbuchaktion durch die Finanzämter (Bund 2010/10)
3. Kosteneinsparungen durch IT–Verbesserungen im Bereich der Schulbuchaktion (Bund 2010/10)
4. Evaluierung der Leistungen des Familienlastenausgleichsfonds auf ihren unmittelbaren Familienbezug hin und Vorbereitung von Maßnahmen zur Sicherung der finanziellen Nachhaltigkeit des Finanzierungsinstruments (Bund 2011/6)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu 1.: Eine bundesweit einheitliche Berücksichtigung schulautonomer Tage wurde den für die Administrierung der Schülerfreifahrten im Gelegenheitsverkehr zuständigen Kundenteams/Freifahrten im Erlassweg bereits angeordnet.
Zu 2.: Im Prüfungszeitraum hat es anlassbezogene Kontrollaufträge an die Finanzämter betr. Schulprüfungen, Selbstbehalts-Prüfungen und Rückforderungen gegeben.
Zu 3.: Seit der Schulbuchaktion 2009/10 ist im Programm SBA-Online der elektronische Zahlungsverkehr implementiert, der neben administrativen Vereinfachungen auch Einsparungen bewirkt (keine Schulbuchanweisungen mehr).
Zu 4. Im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2011 wurden im Bereich des FLAF Konsolidierungsmaßnahmen getroffen, die zu seiner nachhaltigen Finanzierung beitragen werden. Das Institut für höhere Studien hat mit einer Studie im September 2011 die Familienrelevanz der Leistungen des FLAF analysiert. Dementsprechend soll der Fokus auf die Kernaufgaben erhöht werden und mehr Transparenz und Kostenwahrheit geschaffen werden. Die weiteren Schritte bedürfen aber auch Überlegungen, die das Gesamtbudget des Bundes mitberücksichtigen.

Globalbudget 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 25.01 FLAF**	DB 25.01.01 Familienbeihilfe	DB 25.01.02 Kinderbetreuungsgeld	DB 25.01.03 Bildungsleistungen	DB 25.01.04 Transfer SV
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.414,125			14,801	
Finanzerträge	0,003		0,001		
Erträge	**6.414,128**		**0,001**	**14,801**	
Transferaufwand	5.802,157	3.210,220	1.075,303	11,065	1.256,825
Betrieblicher Sachaufwand	580,535	2,500	19,110	544,690	
Aufwendungen	**6.382,692**	**3.212,720**	**1.094,413**	**555,755**	**1.256,825**
Nettoergebnis	**31,436**	**-3.212,720**	**-1.094,412**	**-540,954**	**-1.256,825**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 25.01 FLAF**	DB 25.01.01 Familienbeihilfe	DB 25.01.02 Kinderbetreuungsgeld	DB 25.01.03 Bildungsleistungen	DB 25.01.04 Transfer SV
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.414,128		0,001	14,801	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	66,561				
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.480,689**		**0,001**	**14,801**	
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	567,273	2,400	18,950	544,689	
Auszahlungen aus Transfers	5.784,416	3.210,220	1.075,303	11,065	1.256,825
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	129,001				
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.480,690**	**3.212,620**	**1.094,253**	**555,754**	**1.256,825**
Nettogeldfluss	**-0,001**	**-3.212,620**	**-1.094,252**	**-540,953**	**-1.256,825**

DB 25.01.05 Sonstige Maßnahmen	DB 25.01.06 Unterhaltsv orschüsse	DB 25.01.07 Einnahmen FLAF
		6.399,324
0,002		
0,002		**6.399,324**
231,004	17,740	
1,234	0,001	13,000
232,238	**17,741**	**13,000**
-232,236	**-17,741**	**6.386,324**

DB 25.01.05 Sonstige Maßnahmen	DB 25.01.06 Unterhaltsv orschüsse	DB 25.01.07 Einnahmen FLAF
0,002		6.399,324
0,001	66,560	
0,003	**66,560**	**6.399,324**
1,234		
231,003		
0,001	129,000	
232,238	**129,000**	
-232,235	**-62,440**	**6.399,324**

Globalbudget 25.02 Familienpolitische Maßnahmen und Jugend

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	157,759		
Erträge	**157,759**		
Transferaufwand	82,749		
Betrieblicher Sachaufwand	2,941		
Aufwendungen	**85,690**		
Nettoergebnis	**72,069**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	157,759	74,551	0,002
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**157,759**	**74,551**	**0,002**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2,941	2,942	1,925
Auszahlungen aus Transfers	82,749	82,925	78,856
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**85,690**	**85,867**	**80,781**
Nettogeldfluss	**72,069**	**-11,316**	**-80,780**

Globalbudget 25.02 Familienpolitische Maßnahmen und Jugend

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 2	Ausweitung des Kinderbetreuungsangebots für Kinder bis zum Schuleintritt durch Kostenbeteiligung des Bundes	Zielzustand der Kinderbetreuungsquoten: - 0-3 Jahre: 25% - 3-6 Jahre: 96%	Istzustand 2010: - 0-3 Jahre: 19% - 3-6 Jahre: 93,4 % [Quelle: Kindertagesheimstatistik 2010/11 der Statistik Austria]
WZ 4	Förderung von - Mitgliedern der Plattform gegen Gewalt in der Familie - Projekten zur Gewaltprävention - Täterarbeit sowie Bewusstseinsbildung gegen Gewalt im Internet und als Print - telefonischer Erstberatung für gewaltbetroffene Kinder und Jugendliche	- Steigerung der Besucherzahlen auf www.gewaltinfo.at (30.000) - Steigerung der Beratungen an der Hotline 0800 240 268 (1.500)	- www.gewaltinfo.at ist erst seit 21.11.2011 online, daher keine Vergleichszahlen für 1 Kalenderjahr; - Hotline 0800 240 268 ist seit 1.12.2011 in Betrieb, daher keine Vergleichszahlen für 1 Kalenderjahr
WZ 5	Förderung der außerschulischen Jugenderziehung und Jugendarbeit gemäß Bundes-Jugendförderungsgesetz	- Erhaltung der Anzahl der Mitglieder in Bundes-Jugendorganisationen - Erhaltung des Geschlechterverhältnisses der Jugendarbeitsfachpersonen der Bundes-Jugendorganisationen	Istzustand 2010 (Stichtag 31.12.2010): - 689.127 weibliche (51,71%) und 643.520 männliche (48,29%) Mitglieder; - 41.713 weibliche (55,63%) und 33.265 männliche (44,37%) Jugendarbeitsfachpersonen
WZ 5	Umsetzung und Weiterentwicklung der "Jugendpolitischen Strategie 2012 - 2020", zur Schaffung einer koordinierten Jugendpolitik in Abstimmung mit anderen Politikfeldern - unter Sicherstellung und Gewährleistung von Chancengleichheit und gesellschaftlichem Engagements Jugendlicher	- Einrichtung einer "Koordinationsstelle Jugendpolitik" zur Umsetzung der "Jugendpolitischen Strategie 2012 - 2020" bis 30. September 2013 - Direkte Einbindung von zumindest 500 weiblichen und 500 männlichen Jugendlichen in die Entwicklung und Umsetzung der "Jugendpolitischen Strategie 2012 - 2020"	Istzustand 2012: Konzeptionierung und Erstellung der "Jugendpolitischen Strategie 2012 - 2020" sowie der damit verbundenen Maßnahmen

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Beseitigung von sachlich nicht begründbaren Aufteilungen der Vollzugskompetenzen und Bündelung der Vollziehung im Bereich der familienbezogenen Leistungen (Bund 2011/6)
2. Einrichtung einer gemeinsamen Plattform von Bund und Ländern zum Informationsaustausch über geplante Vorhaben und zur Abstimmung ihrer familienbezogenen Leistungen (Bund 2011/6)
3. Elektronische Erfassung aller zu berücksichtigenden familienbezogenen Leistungen in einer gebietskörperschaftenübergreifenden Datenbank auf Ebene der Einzelfamilien (Bund 2011/6)
4. Festlegung von flächendeckenden Wirkungsziele und darauf aufbauenden konkreten messbaren Zielsetzungen sowie gesamthafte Evaluierung der Zielerreichung (Bund 2011/6)
5. Gebietskörperschaftenübergreifende Prüfung des Spektrums der familien-bezogenen Leistungen (Bund 2011/6)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu 1., 2. und 5.: Auf Bundesseite gibt es klare sachliche Begründungen für die Kompetenzaufteilung. Beispielsweise ist der Vollzug der Studienförderung im BMWF oder des Steuerbereiches im BMF zweckmäßig und wegen seines inhaltlichen Konnexes dort richtig zugeordnet.
Zu 3.: Das ÖIF erstellt eine Datenbank, die familienpolitische Maßnahmen des Bundes und der Länder erfasst. Ein besonderer Fokus der Datenbank liegt auf dem wissenschaftlichen Nutzen sowie der strategischen Weiterentwicklung von Familienleistungen.
Zu 4.: Das BMWFJ erarbeitet derzeit gemeinsam mit dem ÖIF ein Konzept, womit Wirkungsziele und darauf aufbauende, aussagekräftige und konkrete Zielsetzungen mit messbaren Indikatoren festgelegt werden sollen.

Globalbudget 25.02 Familienpolitische Maßnahmen und Jugend
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 25.02 Familie / Jugend**	DB 25.02.01 Familien-politik	DB 25.02.02 Jugend
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	157,759	157,754	0,005
Erträge	**157,759**	**157,754**	**0,005**
Transferaufwand	82,749	75,193	7,556
Betrieblicher Sachaufwand	2,941	1,338	1,603
Aufwendungen	**85,690**	**76,531**	**9,159**
Nettoergebnis	**72,069**	**81,223**	**-9,154**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 25.02 Familie / Jugend**	DB 25.02.01 Familien-politik	DB 25.02.02 Jugend
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	157,759	157,754	0,005
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**157,759**	**157,754**	**0,005**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2,941	1,338	1,603
Auszahlungen aus Transfers	82,749	75,193	7,556
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**85,690**	**76,531**	**9,159**
Nettogeldfluss	**72,069**	**81,223**	**-9,154**

Untergliederung 30 Unterricht, Kunst und Kultur

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur gestaltet die Rahmenbedingungen für umfassende Bildung und für das Schaffen und Vermitteln von Kunst und Kultur. Die wesentlichen strategischen Handlungsfelder sind dabei das Bildungsniveau, die Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit sowie die Verankerung von Kunst- und Kultur in der Gesellschaft.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**80,081**	**90,149**	**98,631**
Auszahlungen fix	8.502,864	8.502,864	8.316,926	7.847,830
Summe Auszahlungen	**8.502,864**	**8.502,864**	**8.316,926**	**7.847,830**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-8.422,783**	**-8.226,777**	**-7.749,198**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	77,946		
Aufwendungen	8.493,911		
Nettoergebnis	**-8.415,965**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Erhöhung des Bildungsniveaus der Schülerinnen und Schüler
Warum dieses Wirkungsziel?
Eine gut ausgebildete und qualifizierte Bevölkerung ist für das soziale und wirtschaftliche Wohl eines Landes von grundlegender Bedeutung. Bildung ist ein entscheidender Faktor, damit der Einzelne bzw. die Einzelne über das Wissen, die Kenntnisse, die Fähigkeiten und die Kompetenzen zur effektiven Teilnahme am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben verfügt. Die Steigerung des Bildungsniveaus der Schülerinnen und Schüler muss daher ein prioritäres Ziel des österreichischen Bildungssystems sein.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Umsetzung des Projekts Lehre mit Reifeprüfung
- Umsetzung der Bildungsstandards in den 4. und 8. Schulstufen
- Zurverfügungstellung von Vorbereitungslehrgängen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses
- Implementierung der standardisierten kompetenzorientierten Reifeprüfung
- Ausbau der schulischen Tagesbetreuung an Pflichtschulen und der AHS-Unterstufe
- flächendeckende Einführung der Neuen Mittelschule an allen Hauptschulen
- Modularisierung der Schullaufbahn ab der 10. Schulstufe
- Abschluss der Schulpflicht von SchülerInnen mit sonderpädagogischen Förderbedarf auf der 9. Schulstufe
- Ausbau der Berufsorientierung und Blidungsberatung auf der Sekundarstufe I

Wie sieht Erfolg aus?
- Abschlussquote in der Sekundarstufe II: Zielzustand Schuljahr 2012/13: Beibehaltung der Abschlussquote von 87,1%, Istzustand Schuljahr 2008/09: 87,1% [Berechnungsmethode: Alle Personen, die erstmals einen Abschluss einer Schulform der Sekundarstufe II erreicht haben ÷ Altersgleiche Wohnbevölkerung, berechnet als durchschnittliche Größe eines Altersjahrgangs der 18-20-jährigen Wohnbevölkerung; Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Bildungsdokumentation, Bildungsstandregister]
- Anteil der Jugendlichen, welche sich im Schuljahr nach Erfüllung der Schulpflicht in einer weiteren Ausbildung befinden: Zielzustand Schuljahr 2012/13: Erhöhung des Anteils auf 93,0%; Istzustand Schuljahr 2009/10: 92,8% [Berechnungsmethode: Jugendliche, die im Vorjahr zum Vergleichsjahr ihre Schulpflicht erfüllt haben und im Vergleichsjahr einen Schulbesuch aufweisen ÷ Alle Jugendliche, die im Vorjahr des Vergleichjahres die Schulpflicht erfüllt haben; Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Bildungsdokumentation]
- Quote der Aufstiegsberechtigten: Zielzustand Schuljahr 2012/13: Erhöhung der Quote auf 94,2%; Istzustand Schuljahr 2009/10: 93,9% [Berechnungsmethode: Summe aller SchülerInnen ab der 5. Schulstufe, die beim Abschluss des Vergleichs-Schuljahres eine Aufstiegsberechtigung bzw. einen erfolgreichen Abschluss einer Schulform aufwiesen ÷ Summe aller SchülerInnen ab der 5.Schulstufe im Vergleichsjahr; Quelle: BMUKK, STATISTIK AUSTRIA Bildungsdokumentation]

Wirkungsziel 2:
Verbesserung der Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit im Bildungswesen
Warum dieses Wirkungsziel?
Das Humankapital der österreichischen Bevölkerung ist nur dann voll entfaltbar, wenn Bildungschancen fair verteilt sind. Das betrifft sowohl Einzelpersonen als auch unterschiedliche Gruppen in der Bevölkerung. Dabei kommt der Förderung der individuellen Begabungen, Leistungen und Anstrengungen in allen Bildungsgängen, der Möglichkeit zum Nachholen von Bildungsabschlüssen, der Diversifizierung der Ausbildungswege der Geschlechter und dem Aufbau von Gender- und Diversitätskompetenz in der Lehrer/innenbildung und bei Führungskräften eine besondere Bedeutung zu.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Umsetzung des Projekts Lehre mit Reifeprüfung
- Zurverfügungstellung von Vorbereitungslehrgängen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses
- Ausbau von qualifizierungsmaßnahmen im Hinblick auf Gender- und Diversitykompetenz in der LehrerInnenbildung und bei Führungskräften
- Ausbau der schulischen Tagesbetreuung an Pflichtschulen und der AHS-Unterstufe
- flächendeckende Einführung der Neuen Mittelschule an allen Hauptschulen
- Abschluß der Schulpflicht von SchülerInnen mit sonderpädagogischen Förderbedarf auf der 9. Schulstufe
- Ausbau der Berufsorientierung und Blidungsberatung auf der Sekundarstufe I

Wie sieht Erfolg aus?
- Anteil der StudienanfängerInnen an Hochschulen (Univ., FH, PH) mit Berufsreifeprüfung: Zielzustand Studienjahr 2012/13: Erhöhung des Anteils auf 2,27%; Istzustand Studienjahr 2010/11: 2,07% [Berechnungsmethode: StudienanfängerInnen an Hochschulen (Univ., FH, PH) mit Berufsreifeprüfung ÷ Altersgleiche Wohnbevölkerung, berechnet als durchschnittliche Größe eines Alters-jahrgangs der 18-22-jährigen Wohnbevölkerung am Beginn des 4. Quartals; Quelle: STATISTIK AUSTRIA, BMWF, Datenmeldung der Universitäten, Fachhochschulrat, Pädagogische Hochschulen]
- Zahl der Personen, die einen Pflichtschulabschluss nachgeholt haben (Veränderung ggü. dem Vorjahr): Zielzustand Kalenderjahr 2013: Erhöhung des Anzahl auf 1.600 Personen; Istzustand Kalenderjahr 2011: 1.400 Personen [Berechnungsmethode: absolute Zahl; Quelle: Monitoringdatenbank, die entsprechend den Bestimmungen in Art. 12 und 13 der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung von Lehrgängen für Erwachsene im Bereich Basisbildung/ Grundkompetenzen sowie von Lehrgängen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses mit 1. Jänner 2012 eingerichtet ist]
- Anteil der SchülerInnen in geschlechtsuntypischen Schulformen (10. Schulstufe): Zielzustand Schuljahr 2012/13: Erhöhung des Anteils auf 10,6%; Istzustand 2009/10: 10,0% [Berechnungsmethode: Jene SchülerInnen, die in der 10. Schulstufe in einer „geschlechtsuntypischen“ Schulform unterrichtet werden ÷ Alle SchülerInnen der 10. Schulstufe; Quelle: BMUKK, STATISTIK AUSTRIA, Bildungsdokumentation]

Wirkungsziel 3:
Stärkere Verankerung der Kunst und Kultur in der Gesellschaft
Warum dieses Wirkungsziel?
Die aktive und passive Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur ist ein wesentlicher Faktor für die hohe Lebensqualität einer Gesellschaft. Kunst und Kultur sind Teil des österreichischen Selbstverständnisses und darüber hinaus bedeutende Wirtschaftsfaktoren. Neben der intensiven Vermittlung kultureller materieller und immaterieller Werte und der Möglichkeit der Teilhabe möglichst breiter Bevölkerungsschichten an Kunst und Kultur sind daher vor allem die Rahmenbedingungen der Kunst- und Kulturarbeit laufend abzusichern und zu verbessern.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Sichtbarmachung der Sammlung der Artothek des Bundes im 21er Haus der Galerie Belvedere;
- Umsetzung des Förderschwerpunkts „Zeitgenössische Kunst“ durch die Zurverfügungstellung von Startstipendien, Mehrjahresförderungen und einem Mentoringprogramm für Künstlerinnen;
- Verankerung des Genderschwerpunkts in der Musikförderung;
- Eröffnung der Kunstkammer des Kunsthistorischen Museums;
- Fortführung des Gratis-Eintritts für Jugendliche an Bundesmuseen

Wie sieht Erfolg aus?
- Anteil der jugendlichen BesucherInnen in Bundesmuseen: Zielzustand Kalenderjahr 2013: Erhöhung des Anteils auf 51,2%; Istzustand Kalenderjahr 2011: 21,5% [Berechnungsmethode: Jugendliche BesucherInnen an Bundesmuseen pro Jahr ÷ Altersgleiche Wohnbevölkerung, berechnet als durchschnittliche Größe eines Altersjahrgangs der unter 19-jährigen Wohnbevölkerung; Quelle: Quartalsmeldungen der Bundesmuseen, BMUKK]
- Anteil von Frauen an der Einzelpersonenförderung des Bundes im Kunstbereich: Zielzustand Kalenderjahr 2013: Erhöhung des Anteils auf 47,0%; Istzustand Kalenderjahr 2011: 46,0% [Berechnungsmethode: Das an weibliche

FörderwerberInnen ausbezahlten Förderungsvolumen pro Jahr ÷ Das gesamte Förderungsvolumen der Kunstsektion pro Jahr; Quelle: Kunstbericht 2011, Kapitel „Kunstförderung und Gender Budgeting“]

- Zugriffe auf den Kunst- und Kulturnewsletter; Berechnungsmethode: Zielzustand Kalenderjahr 2013: Erhöhung der Anzahl auf 11.000 Zugriffe; Istzustand Kalenderjahr 2011: 10.540 Zugriffe [Berechnungsmethode: absolute Anzahl; Quelle: Zugriffsstatistikauswertung mittels Google Analytics durch BMUKK]

Untergliederung 30 Unterricht, Kunst und Kultur

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	77,946		
Erträge	**77,946**		
Personalaufwand	3.502,283		
Transferaufwand	3.909,537		
Betrieblicher Sachaufwand	1.082,082		
Finanzaufwand	0,009		
Aufwendungen	**8.493,911**		
Nettoergebnis	**-8.415,965**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	77,946	87,974	96,368
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,053	0,067	0,031
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,082	2,108	2,232
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**80,081**	**90,149**	**98,631**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	4.552,992	4.101,844	3.851,541
Auszahlungen aus Transfers	3.910,817	4.176,024	3.959,138
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	36,791	36,794	35,308
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,264	2,264	1,843
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**8.502,864**	**8.316,926**	**7.847,830**
Nettogeldfluss	**-8.422,783**	**-8.226,777**	**-7.749,198**

Untergliederung 30 Unterricht, Kunst und Kultur
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 30 Unterr.,Kunst,Kultur**	GB 30.01 Steuerung u.Services	GB 30.02 Schule/ Lehrpersonal	GB 30.03 Kunst und Kultur	GB 30.04 Kulturein richtungen
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	77,946	26,386	41,388	10,171	0,001
Erträge	**77,946**	**26,386**	**41,388**	**10,171**	**0,001**
Personalaufwand	3.502,283	239,777	3.249,805	12,701	
Transferaufwand	3.909,537	187,249	3.325,882	117,719	278,687
Betrieblicher Sachaufwand	1.082,082	721,778	327,364	32,632	0,308
Finanzaufwand	0,009		0,009		
Aufwendungen	**8.493,911**	**1.148,804**	**6.903,060**	**163,052**	**278,995**
Nettoergebnis	**-8.415,965**	**-1.122,418**	**-6.861,672**	**-152,881**	**-278,994**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 30 Unterr.,Kunst,Kultur**	GB 30.01 Steuerung u.Services	GB 30.02 Schule/ Lehrpersonal	GB 30.03 Kunst und Kultur	GB 30.04 Kulturein richtungen
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	77,946	26,386	41,388	10,171	0,001
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,053	0,018	0,030	0,005	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,082	2,080		0,002	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**80,081**	**28,484**	**41,418**	**10,178**	**0,001**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	4.552,992	1.024,707	3.483,192	44,785	0,308
Auszahlungen aus Transfers	3.910,817	187,249	3.327,162	117,719	278,687
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	36,791	4,496	31,260	1,035	
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,264	2,239		0,025	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**8.502,864**	**1.218,691**	**6.841,614**	**163,564**	**278,995**
Nettogeldfluss	**-8.422,783**	**-1.190,207**	**-6.800,196**	**-153,386**	**-278,994**

Globalbudget 30.01 Steuerung und Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	26,386		
Erträge	**26,386**		
Personalaufwand	239,777		
Transferaufwand	187,249		
Betrieblicher Sachaufwand	721,778		
Aufwendungen	**1.148,804**		
Nettoergebnis	**-1.122,418**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	26,386	24,564	29,660
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,018	0,025	0,000
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,080	2,108	2,232
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**28,484**	**26,697**	**31,892**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.024,707	973,036	838,130
Auszahlungen aus Transfers	187,249	185,913	170,458
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	4,496	4,573	3,595
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,239	2,264	1,843
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.218,691**	**1.165,786**	**1.014,027**
Nettogeldfluss	**-1.190,207**	**-1.139,089**	**-982,134**

Globalbudget 30.01 Steuerung und Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1 und 2	Zurverfügungstellung von Vorbereitungslehrgängen zur Ablegung der Berufsreifeprüfung insbesondere für Jugendliche aus dem Dualen System (Förderprogramm: Berufsmatura: Lehre mit Reifeprüfung)	- Anzahl der TeilnehmerInnen an den Vorbereitungslehrgängen: 10.500 - Anzahl der abgelegten Teilprüfungen: 3.700 - Vorlage eines abgestimmten Entwurfs für eine Art. 15a-Vereinbarung zum Förderprogramm für Erwachsene bis zum Jahresende 2013	- Anzahl der TeilnehmerInnen an den Vorbereitungslehrgängen: 9.484 (Stichtag Ende 2011) - Anzahl der abgelegten Teilprüfungen: 3.297 (Stichtag Ende 2011) - Verlängerung des Förderprogramms für Lehrlinge (Lehre mit Reifeprüfung) um 3 Jahre
WZ 1	Flächendeckende Testung der Erreichung der verordneten Bildungsstandards in den 4. und 8. Schulstufen (Volksschule, Hauptschule/Neue Mittelschule, Allgemein bildende höhere Schule) und Nutzung der Ergebnisse als Anstoß für die Qualitätsentwicklung der Schulen bzw. des Schulsystems	- Anteil der Schulen, die die optionale Möglichkeit einer Unterstützung durch RückmeldemoderatorInnen zur Auswertung und Nutzung der Ergebnisse in Anspruch nehmen: 20% der getesteten Schulen (Schuljahr 2012/13) - Testungen Mathematik 4. und Englisch 8. Schulstufe (Schuljahr 2012/13) - Ergebnisrückmeldung Mathematik 8. Schulstufe	- Anteil der Schulen, die die optionale Möglichkeit einer Unterstützung durch RückmeldemoderatorInnen zur Auswertung und Nutzung der Ergebnisse in Anspruch nehmen: 0% der getesteten Schulen (Schuljahr 2011/12) - Testungen Mathematik 8. Schulstufe (Schuljahr 2011/12)
WZ 1 und 2	Zurverfügungstellung von Vorbereitungslehrgängen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses und von Lehrgängen im Bereich Basisbildung/Grundkompetenzen.	- Anzahl TeilnehmerInnen am Programm "Nachholen desPflichtschulabschlusses": 1.600 Personen - Anzahl der TeilnehmerInnen am Modul "Basisbildung": 2.300 Personen	- Anzahl TeilnehmerInnen am Programm "Nachholen des Pflichtschulabschlusses": 1.500 Personen (2011) - Anzahl der TeilnehmerInnen am Modul "Basisbildung": 1.300 Personen (2011)
WZ 1	Implementierung und flächendeckende Umsetzung der standardisierten kompetenzorientierten Reifeprüfung	- Abschluss der Vorbereitungsarbeit (Kompetenzcheck, Probematura, Feldtestungen für Aufgabenabwicklung), - Durchführung des Matura-Schulversuchs an allgemein bildenden höheren Schulen und berufsbildenden höheren Schulen in Deutsch, lebender Fremdsprache und angewandter Mathematik (Schuljahr 2012/13)	- Abschluss der Vorbereitungsarbeit (Kompetenzcheck, Probematura, Feldtestungen für Aufgabenabwicklung), - Durchführung des Matura-Schulversuchs in lebender Fremdsprache an allgemein bildenden höheren Schulen (Schuljahr 2011/12)
WZ 2	Ausbau von Qualifizierungsmaßnahmen im Hinblick auf Gender- und Diversitykompetenz in der LehrerInnenbildung und bei Führungskräften	- Zahl der TeilnehmerInnen bei Qualifizierungsmaßnahmen für Gender- und Diversitykompetenz: 250 Personen - Grundmodul (Ausbildung) zur Gender- und Diversitykompetenz wird erprobt und evaluiert - Installierung des Aufgabenfeldes „Geschlechterforschung, Gender Mainstreaming und genderkompetente Lehre“ an den	- Zahl der TeilnehmerInnen bei Qualifizierungsmaßnahmen für Gender- und Diversitykompetenz: 150 Personen (Studienjahr 2011/12) - Entwurf eines Curriculum für das Grundmodul (Ausbildung) „Gender- und Diversitykompetenz“ liegt vor (2012) - Erarbeitung von Eckpunkten durch ExpertInnengruppe

		ädagogischen Hochschulen und Abbildung in den Ziel- und Leistungsplänen der Pädagogischen Hochschulen	(Grundsatzpapier) zur Installierung des Aufgabenfeldes „Geschlechterforschung, Gender Mainstreaming und genderkompetente Lehre“ an den Pädagogischen Hochschulen (2012)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs
1.Festlegung eines bundeseinheitlichen jährlichen Höchstmaßes je Lehrer/in für die Fortbildung während der Unterrichtszeit. Klarstellen, dass die Dienstpflicht der Bundes– und Landeslehrer/innen auch einen Fortbildungsanteil in der unterrichtsfreien Zeit umfasst (Bund 2008/11)
2. Definierung und regelmäßige Evaluierung von überprüfbaren Bildungsstandards, festgestellt beim Unterrichtsgegenstand Bewegung und Sport (Bund 2008/9)
3. Weiterentwicklung der Schulaufsicht zu einer einheitlich geführten, wirkungsvollen Kontroll– und Controllingorganisation (Bund 2009/13)
4. Abschluss von jährlichen detaillierten Ziel– und Leistungsvereinbarungen mit den zuständigen Verantwortungsträgerinnen und Verwaltungsträger in der Verwaltung (Bund 2011/1)
5. Einführung eines einheitlichen Qualitätsmanagementsystems auch für die allgemein bildenden höheren Schulen und Nutzung der Erkenntnisse aus dem Qualitätsmanagement im Berufschulwesen (Bund 2011/1)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
Zu 1: Im Zuge der derzeitigen Arbeiten an einem neuen LehrerInnendienstrecht wird auch die Frage der Fort- und Weiterbildung entsprechend den zukünftigen Anforderungen geregelt
Zu 2: Die Umsetzung der flächendeckende Überprüfung der Bildungsstandards im österreichischen Schulwesen ist derzeit im Gange (vgl. auch GB-Maßnahme)
Zu 3: In Umsetzung der Novellierung des § 18 BundesschulaufsichtsG erfolgt derzeit die Weiterentwicklung der Schulaufsicht zu einem regionalen Qualitätsmanagement
Zu 4: Der Abschluss von Vereinbarungen in Form von Ressourcen-, Ziel- und Leistungsplänen ist Teil der 2. Etappe der Haushaltsrechtsreform und wird ab 1.1.2013 im BMUKK konsequent umgesetzt
Zu 5: Mit der Initiative SQA „Schulqualität in der Allgemeinbildung“ wird derzeit im allgemein bildenden Schulwesen ein umfassendes Qualitätsmanagementsystem eingeführt (vgl. auch DB-Maßnahmen in DB 300101 und DB 300102)

Globalbudget 30.01 Steuerung und Services
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 30.01 Steuerung u.Services**	DB 30.01.01 Zentralstelle	DB 30.01.02 Regionale Verwaltung	DB 30.01.03 Infrastruktur	DB 30.01.04 Qualitätsentwicklung
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	26,386	0,077	20,996	0,010	0,139
Erträge	**26,386**	**0,077**	**20,996**	**0,010**	**0,139**
Personalaufwand	239,777	44,757	80,304		0,004
Transferaufwand	187,249	0,029	0,003	0,031	25,386
Betrieblicher Sachaufwand	721,778	29,100	27,248	551,216	41,275
Aufwendungen	**1.148,804**	**73,886**	**107,555**	**551,247**	**66,665**
Nettoergebnis	**-1.122,418**	**-73,809**	**-86,559**	**-551,237**	**-66,526**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 30.01 Steuerung u.Services**	DB 30.01.01 Zentralstelle	DB 30.01.02 Regionale Verwaltung	DB 30.01.03 Infrastruktur	DB 30.01.04 Qualitätsentwicklung
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	26,386	0,077	20,996	0,010	0,139
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,018	0,003	0,004		0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,080	0,279	1,800		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**28,484**	**0,359**	**22,800**	**0,010**	**0,141**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.024,707	72,583	105,737	620,407	41,267
Auszahlungen aus Transfers	187,249	0,029	0,003	0,031	25,386
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	4,496	1,081	1,663		0,033
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,239	0,600	1,639		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.218,691**	**74,293**	**109,042**	**620,438**	**66,686**
Nettogeldfluss	**-1.190,207**	**-73,934**	**-86,242**	**-620,428**	**-66,545**

DB 30.01.05 Lehrer/Innenbildung	DB 30.01.06 LLL	DB 30.01.07 Förderungen
0,658	4,506	
0,658	**4,506**	
113,376	1,336	
2,872	37,643	121,285
70,529	2,410	
186,777	**41,389**	**121,285**
-186,119	**-36,883**	**-121,285**

DB 30.01.05 Lehrer/Innenbildung	DB 30.01.06 LLL	DB 30.01.07 Förderungen
0,658	4,506	
0,007	0,002	
		0,001
0,665	**4,508**	**0,001**
181,090	3,623	
2,872	37,643	121,285
1,662	0,057	
185,624	**41,323**	**121,285**
-184,959	**-36,815**	**-121,284**

Globalbudget 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	41,388		
Erträge	**41,388**		
Personalaufwand	3.249,805		
Transferaufwand	3.325,882		
Betrieblicher Sachaufwand	327,364		
Finanzaufwand	0,009		
Aufwendungen	**6.903,060**		
Nettoergebnis	**-6.861,672**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	41,388	39,551	48,926
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,030	0,035	0,030
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**41,418**	**39,586**	**48,956**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	3.483,192	3.073,048	2.961,706
Auszahlungen aus Transfers	3.327,162	3.597,455	3.402,387
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	31,260	31,186	30,753
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.841,614**	**6.701,689**	**6.394,845**
Nettogeldfluss	**-6.800,196**	**-6.662,103**	**-6.345,889**

Globalbudget 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1 und 2	Ausbau der schulischen Tagesbetreuung an Pflichtschulen und der Unterstufe der allgemein bildenden höheren Schulen	- Anzahl der Betreuungsplätze an allgemein bildenden Pflichtschulen im Schuljahr 2012/13: 78.800 - Anzahl der Betreuungsplätze an der Unterstufe der allgemein bildenden höheren Schulen (inkl. Mittagsbetreuung) im Schuljahr 2013/14: 37.950 - Verleichung des Gütesiegels für Qualität in der schulischen Tagesbetreuung (für 3. Durchgang)	- Anzahl der Betreuungsplätze an allgemein bildenden Pflichtschulen im Schuljahr 2011/12: 73.056 - Anzahl der Betreuungsplätze an der Unterstufe der allgemein bildenden höheren Schulen (inkl. Mittagsbetreuung) im Schuljahr 2011/12: 36.075 - Durchführung des 3. Durchgangs „Aktion: Qualität in der schulischen Tagesbetreuung“
WZ 1 und 2	Flächendeckende Einführung der neuen Mittelschule an allen Hauptschulen	- Neue Klassen an Standorten der Neuen Mittelschule: +698 im Schuljahr 2012/13 (insgesamt 4.369 Klassen) - Anzahl der LerndesignerInnen an allen Standorten der Neuen Mittelschule: +225 im Schuljahr 2012/13 (insgesamt 923) - Curriculum zur Ausbildung zum LerndesignerIn an der Pädagogischen Hochschule ist ausgearbeitet	- Neue Klassen an Standorten der Neuen Mittelschule: +434 im Schuljahr 2011/12 (insgesamt 2.796 Klassen) - Anzahl der LerndesignerInnen an allen Standorten der Neuen Mittelschule: insgesamt 698 (im Schuljahr 2011/12 - Beginn der Erarbeitung eines Curriculum zur Ausbildung zum LerndesignerIn an der Pädagogischen Hochschule (2012)
WZ 1	Neugestaltung der Schullaufbahn ab der 10. Schulstufe durch ein Modularisierungsmodell	- Anzahl der SchülerInnen an allgemein bildenden und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen, die im Schuljahr 2012/13 in der neuen Form der Individuellen Lernbegleitung betreut werden: 200 - Zusätzliche SchülerInnen im Förderunterricht an allgemein bildenden und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen im Schuljahr 2012/13: 2.000 - Anzahl der Lehrpläne der allgemein bildenden und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen mit Umsetzung des Semestrierung für die 10.-12. Schulstufe: 10 (Schuljahr 2012/13)	- Anzahl der SchülerInnen an allgemein bildenden und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen, die im Schuljahr 2011/12 in der neuen Form der Individuellen Lernbegleitung betreut werden: 0 - Zusätzliche SchülerInnen im Förderunterricht an allgemein bildenden und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen im Schuljahr 2011/12: 1.600 - Anzahl der Lehrpläne der allgemein bildenden und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen mit Umsetzung des Semestrierung für die 10.-12. Schulstufe: 0 (Schuljahr 2011/12)
WZ 1 und 2	Abschluss der Schulpflicht von SchülerInnen mit Sonderpädagogischen Förderbedarf auf der 9. Schulstufe an Polytechnischen Schulen und einjährigen Haushaltungsschulen in integrativ geführten Klassen.	- Anzahl der Polytechnischen Schulen, an denen im Schuljahr 2013/14 SchülerInnen mit Sonderpädagogischem Förderbedarf integrativ unterrichtet werden: 140 - Anzahl der SchülerInnen mit Sonderpädagogischem	- Anzahl der Polytechnischen Schulen, an denen im Schuljahr 2010/11 SchülerInnen mit Sonderpädagogischem Förderbedarf integrativ unterrichtet werden: 136 - Anzahl der SchülerInnen mit Sonderpädagogischem

		Förderbedarf, die im Schuljahr 2012/13 an Polytechnischen Schulen integrativ unterrichtet werden: 750 - Anzahl der Haushaltungsschulen, an denen im Schuljahr 2012/13 SchülerInnen mit Sonderpädagogischem Förderbedarf integrativ unterrichtet werden: 5 - Anzahl der SchülerInnen mit Sonderpädagogischem Förderbedarf, die im Schuljahr 2012/13 an Haushaltungsschulen Schulen integrativ unterrichtet werden: 35	Förderbedarf, die im Schuljahr 2010/11 an Polytechnischen Schulen integrativ unterrichtet werden: 646 - Anzahl der Haushaltungsschulen, an denen im Schuljahr 2011/12 SchülerInnen mit Sonderpädagogischem Förderbedarf integrativ unterrichtet werden: 0 - Anzahl der SchülerInnen mit Sonderpädagogischem Förderbedarf, die im Schuljahr 2011/12 an Haushaltungsschulen Schulen integrativ unterrichtet werden: 0
WZ 1 und 2	Ausbau der Berufsorientierung und Bildungsberatung auf der Sekundarstufe I unter besonderer Berücksichtigung geschlechtssensibler Berufsorientierung	- Anteil der Schülerinnen und Schüler in geschlechtsuntypischen Schulformen (10.Schst.) im Schuljahr 2012/13: 10,6%; Erhebung erfolgt nach Geschlecht differenziert - Vorlage einer Bilanz des Aktionszeitraums 2009-2013 zur Berufsorientierung - In allen Bundesländern finden Lehrgänge für jene Personen statt, die die Berufsorientierung an der jeweiligen Schule koordinieren (BO-Koordinationslehrgänge) - Gründung einer Arbeitsgruppe aus Personen, die an den Pädagogischen Hochschulen und an den Landesschulräten für Berufsorientierung zuständig sind (Erfahrungsaustausch, Entwicklung von Angeboten für die Schulen)	- Anteil der Schülerinnen und Schüler in geschlechtsuntypischen Schulformen (10.Schst.): 10% (Schuljahr 2009/10) - Vorlage einer Zwischenbilanz zur Berufsorientierung im Jahr 2012: Fertigstellung der qualitativen und quantitativen Evaluation zum Rundschreiben 17/2009 des BMUKK (Katalog verbindlicher Maßnahmen im Bereich Information, Beratung, Orientierung) - Schaffung von Grundlagen (Rahmencurriculum) zum Ausbau von Qualifizierungsangeboten an den Pädagogischen Hochschulen im Jahr 2012 für jene Personen, die die Berufsorientierung an der jeweiligen Schule koordinieren (BO-Koordinationslehrgänge) - Etablierung einer Arbeitsgruppe im Jahr 2012 mit Ansprechpersonen für Berufsorientierung an den Pädagogischen Hochschulen

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Erarbeitung eines einheitlichen und für alle Ebenen verbindlichen Controllingsystems (Bund 2011/1)
2. Periodische Durchführung der Lehrerbedarfsplanung zusammen mit den Landesschulrätinnen und Landesschulräten (Bund 2011/1)
3. Entwicklung aussagekräftiger Benchmarks und Kenndaten für die Bildungsausgaben der verschiedenen Schulsysteme (Bund 2011/9)
4. Berücksichtigung der geltenden Maßzahl für sonderpädagogischen Förderbedarf im Rahmen einer Evaluierung der bestehenden Verhältniszahlen (Bund 2012/4)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu 1:Im Zuge der Umsetzung der 2. Etappe der Haushaltsrechtsreform wird derzeit an der Einführung eine umfassenden Controllingsystems gearbeitet;
Zu 2: Eine laufende und abgestimmte Vorgehensweise des BMUKK und der Landesschulräte hinsichtlich des LehrerInnenbedarfs erfolgt im Rahmen einer gemeinsamen Arbeitsgruppe
Zu 3: Die Empfehlung des RH stammt aus einer Prüfung des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens. Mangels Zuständigkeit und daher mangels Datengrundlagen kann das BMUKK keine Kennzahlen für diesen Schulbereich ermitteln.
Zu 4: Die Maßzahl für den sonderpädagogischen Förderbedarf ist im derzeit geltenden FAG fixiert. Etwaige Änderungen wären bei den nächsten FAG-Verhandlungen zu berücksichtigen.

Globalbudget 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 30.02 Schule/ Lehrpersonal**	DB 30.02.01 Pflicht schulenSek I	DB 30.02.02 AHS Sek I	DB 30.02.03 Pflichtsch. Sek II	DB 30.02.04 AHS Sek II
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	41,388	0,413	4,854	0,001	4,054
Erträge	**41,388**	**0,413**	**4,854**	**0,001**	**4,054**
Personalaufwand	3.249,805	312,125	481,258	2,180	712,001
Transferaufwand	3.325,882	3.163,390	0,003	152,430	0,003
Betrieblicher Sachaufwand	327,364	17,263	58,110	0,155	63,400
Finanzaufwand	0,009	0,001	0,001		0,001
Aufwendungen	**6.903,060**	**3.492,779**	**539,372**	**154,765**	**775,405**
Nettoergebnis	**-6.861,672**	**-3.492,366**	**-534,518**	**-154,764**	**-771,351**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 30.02 Schule/ Lehrpersonal**	DB 30.02.01 Pflicht schulenSek I	DB 30.02.02 AHS Sek I	DB 30.02.03 Pflichtsch. Sek II	DB 30.02.04 AHS Sek II
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	41,388	0,413	4,854	0,001	4,054
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,030	0,003	0,007		0,005
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**41,418**	**0,416**	**4,861**	**0,001**	**4,059**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	3.483,192	327,461	526,653	0,153	760,224
Auszahlungen aus Transfers	3.327,162	3.164,616	0,003	152,484	0,003
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	31,260	0,200	3,521		2,939
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.841,614**	**3.492,277**	**530,177**	**152,637**	**763,166**
Nettogeldfluss	**-6.800,196**	**-3.491,861**	**-525,316**	**-152,636**	**-759,107**

DB 30.02.05 BMHS	DB 30.02.06 BAKIP/BA SOP	DB 30.02.07 Zweckgeb. Gebarung	DB 30.02.08 Auslands-schulen	DB 30.02.09 Heime & Sonstige	DB 30.02.10 Private Träger
0,802	0,599	23,558	0,100	7,007	
0,802	**0,599**	**23,558**	**0,100**	**7,007**	
1.201,993	53,703		24,969	15,268	446,308
0,001	0,003		0,264	0,014	9,774
125,105	7,931	24,519	3,600	6,565	20,716
0,003	0,001			0,002	
1.327,102	**61,638**	**24,519**	**28,833**	**21,849**	**476,798**
-1.326,300	**-61,039**	**-0,961**	**-28,733**	**-14,842**	**-476,798**

DB 30.02.05 BMHS	DB 30.02.06 BAKIP/BA SOP	DB 30.02.07 Zweckgeb. Gebarung	DB 30.02.08 Auslands-schulen	DB 30.02.09 Heime & Sonstige	DB 30.02.10 Private Träger
0,802	0,599	23,558	0,100	7,007	
0,007	0,002			0,006	
0,809	**0,601**	**23,558**	**0,100**	**7,013**	
1.279,369	60,260	19,607	28,268	21,222	459,975
0,001	0,003		0,264	0,014	9,774
19,610	0,551	3,951		0,488	
1.298,980	**60,814**	**23,558**	**28,532**	**21,724**	**469,749**
-1.298,171	**-60,213**		**-28,432**	**-14,711**	**-469,749**

Globalbudget 30.03 Kunst und Kultur

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	10,171		
Erträge	**10,171**		
Personalaufwand	12,701		
Transferaufwand	117,719		
Betrieblicher Sachaufwand	32,632		
Aufwendungen	**163,052**		
Nettoergebnis	**-152,881**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	10,171	10,694	8,487
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005	0,007	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,002		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**10,178**	**10,701**	**8,488**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	44,785	45,750	42,534
Auszahlungen aus Transfers	117,719	113,258	107,780
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,035	1,035	0,960
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,025		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**163,564**	**160,043**	**151,274**
Nettogeldfluss	**-153,386**	**-149,342**	**-142,786**

Globalbudget 30.03 Kunst und Kultur

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 3	Sichtbarmachung der Sammlung der Artothek des Bundes im 21er Haus der Galerie Belvedere	- Anzahl der Ausstellungen der Galerie Belvedere, in denen Werke aus der Sammlung der Artothek des Bundes beteiligt sind: 2	- Anzahl der Ausstellungen der Galerie Belvedere, in denen Werke aus der Sammlung der Artothek des Bundes beteiligt sind: 0 (2012)
WZ 3	Umsetzung des Förderschwerpunkts „Zeitgenössische Kunst“ durch Zurverfügungstellung von Startstipendien, Mehrjahresförderung und einem Mentoringprogramm für Künstlerinnen	- Anzahl der neu vergebenen Startstipendien für den künstlerischen Nachwuchs: 90 - Betragsmäßiger Anteil der Mehrjahresförderungen an den Kunstförderungen: 30% - Fortsetzung des Mentoringprogramm für Künstlerinnen	- Anzahl der neu vergebenen Startstipendien für den künstlerischen Nachwuchs: 90 - Betragsmäßiger Anteil der Mehrjahresförderungen an den Kunstförderungen: 30% - Mentoringprogramm für Künstlerinnen findet statt
WZ 3	Verankerung des Genderschwerpunkts in der Musikförderung	- Durchführung einer Veranstaltung zum Informationsaustausch zwischen EnsembleleiterInnen und Komponistinnen	- Informationsaustausch der Komponistinnen mit EnsembleleiterInnen findet statt

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Abstimmung der kulturpolitischen Ziele, die mit der Gewährung einer Förderung erreicht werden sollen, zwischen dem Bund und den Ländern (Bund 2008/10)
2. Einheitliche Festlegung von Art und Höhe der förderbaren Kosten (Bund 2011/2)
3. Definition messbarer Förderungsziele und -schwerpunkte zur Steuerung des Förderungswesens im Bereich der Filmförderung (Bund 2011/2)
4. Bei der Gestaltung der Konstruktion der Salzburger Festspiele Unvereinbarkeitsrisiken vermeiden, Organe mit klaren Befugnissen ausstatten, auf Behördeneigenschaften acht nehmen, das Direktorium als kollegiales Leistungsorgan als Vertretung der Festspiele nach außen vorsehen (Bund 2012/1)
5. Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Salzburger Festspiele, die geeignet ist, ein Kulturunternehmen mit einem Gebarungsumfang von rd. 50 Mill. EUR zu führen (Bund 2012/1)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu 1: Kulturpolitische Ziele sind zwischen Bund und Ländern insofern abgestimmt, als sie im Kunstförderungsgesetz und in den Landesgesetzes festgelegt sind.
Zu 2: Die Empfehlung bezieht sich auf die Filmförderung und wird in den Förderrichtlinien hinsichtlich einzlener Förderkategorien umgesetzt.
Zu 3: Die grundsätzlichen Förderungsziele sind im Filmförderungsgesetz sowie im Kunstförderungsgesetz festgelegt. Weitergehende Ziele/Strategien werden im Aufsichtsrat bzw. auf politischer Ebene (Regierungsprogramm u.ä.) vereinbart.
Zu 4: Für das Rechnungsjahr 2011/2012 wird erstmals ein Jahresabschluss nach dem UGB erstellt werden. Organisatorische und strukturelle Änderungen des Unternehmens wurden im Rahmen der derzeitigen gesetzlichen Regelungen berücksichtigt.
Zu 5: Die kulturellen und wirtschaftlichen Erfolge der Salzburger Festspiele belegen, dass einer Gesetzesänderung keine Priorität zukommt.

Globalbudget 30.03 Kunst und Kultur
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 30.03 Kunst und Kultur**	DB 30.03.01 Steuerung Kultur	DB 30.03.02 Förderungen Kunst	DB 30.03.03 Denkmal-schutz	DB 30.03.04 Kultur: Sonstige
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	10,171		0,012	5,409	4,750
Erträge	**10,171**		**0,012**	**5,409**	**4,750**
Personalaufwand	12,701			10,413	2,288
Transferaufwand	117,719		94,473	19,969	3,277
Betrieblicher Sachaufwand	32,632	1,150	2,653	4,282	24,547
Aufwendungen	**163,052**	**1,150**	**97,126**	**34,664**	**30,112**
Nettoergebnis	**-152,881**	**-1,150**	**-97,114**	**-29,255**	**-25,362**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 30.03 Kunst und Kultur**	DB 30.03.01 Steuerung Kultur	DB 30.03.02 Förderungen Kunst	DB 30.03.03 Denkmal-schutz	DB 30.03.04 Kultur: Sonstige
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	10,171		0,012	5,409	4,750
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005			0,003	0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,002			0,002	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**10,178**		**0,012**	**5,414**	**4,752**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	44,785	1,150	2,653	14,232	26,750
Auszahlungen aus Transfers	117,719		94,473	19,969	3,277
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,035		0,680	0,317	0,038
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,025			0,025	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**163,564**	**1,150**	**97,806**	**34,543**	**30,065**
Nettogeldfluss	**-153,386**	**-1,150**	**-97,794**	**-29,129**	**-25,313**

Globalbudget 30.04 Ausgegliederte Kultureinrichtungen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001		
Erträge	**0,001**		
Transferaufwand	278,687		
Betrieblicher Sachaufwand	0,308		
Aufwendungen	**278,995**		
Nettoergebnis	**-278,994**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001	13,165	9,295
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,001**	**13,165**	**9,295**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,308	10,010	9,172
Auszahlungen aus Transfers	278,687	279,398	278,513
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**278,995**	**289,408**	**287,684**
Nettogeldfluss	**-278,994**	**-276,243**	**-278,389**

Globalbudget 30.04 Ausgegliederte Kultureinrichtungen

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 3	Eröffnung der Kunstkammer des Kunsthistorischen Museums	- Eröffnung der Kunstkammer des Kunsthistorischen Museums	- Volle Umsetzung der Vorbereitungsarbeiten zur Eröffnung der Kunstkammer des Kunsthistorischen Museums im Jahr 2012 gem. Projektplan
WZ 3	Fortführung des Gratis-Eintritts für Jugendliche an Bundesmuseen	- Anteil der jugendlichen BesucherInnen in Bundesmuseen: 51,2%	- Anteil der jugendlichen BesucherInnen in Bundesmuseen: 49,8% (Ist-Wert 2011)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Einrichtung einer einheitlichen Bilddatenbank für alle Bundesmuseen; verpflichtende Erfassung von Sammlungsgut (Bund 2010/2)
2. Nichtversicherung des Sammlungsguts des Bundes (Bund 2010/2)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
Zu 1: Bilddatenbanken- und systeme müssen zum Zeitpunkt der Anschaffung den neuesten technischen Anforderungen und int. Standards entsprechen. Eine einheitliche Bilddatenbank wird als nicht sinnvoll erachtet. Aufgrund des technischen Fortschrittes ist relevant, dass Datenformate generiert werden, die den internationalen Informationsaustausch und die Teilnahme an nationalen und europäischen Portalen gewährleisten.
Zu 2: Das BMUKK hat die Bundesmuseen/die Österreichische Nationalbibliothek mehrmals auf den Grundsatz der Nichtversicherung von bundeseigenem Sammlungsvermögen hingewiesen. Auf Grund der knapper werdenden Ressourcen der ausgegliederten Kultureinrichtungen ist davon auszugehen, dass sich die Einrichtungen daran halten, wenngleich nicht auszuschließen ist, dass einzelne, besonders wertvolle Objekte noch immer zusätzlich versichert werden.

Globalbudget 30.04 Ausgegliederte Kultureinrichtungen
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 30.04 Kulturein richtungen**	DB 30.04.01 Museen & ÖNB	DB 30.04.02 Theater
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001		0,001
Erträge	**0,001**		**0,001**
Transferaufwand	278,687	129,316	149,371
Betrieblicher Sachaufwand	0,308	0,308	
Aufwendungen	**278,995**	**129,624**	**149,371**
Nettoergebnis	**-278,994**	**-129,624**	**-149,370**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 30.04 Kulturein richtungen**	DB 30.04.01 Museen & ÖNB	DB 30.04.02 Theater
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001		0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,001**		**0,001**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,308	0,308	
Auszahlungen aus Transfers	278,687	129,316	149,371
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**278,995**	**129,624**	**149,371**
Nettogeldfluss	**-278,994**	**-129,624**	**-149,370**

Untergliederung 31 Wissenschaft und Forschung

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir tragen Verantwortung für Wissenschaft, Forschung und Hochschulbildung als unverzichtbare Basis des Gemeinwohls, der Leistungs- und Zukunftsfähigkeit in Österreich und gestalten maßgeblich die Rahmenbedingungen für wissenschaftliche und künstlerische Kreativität und Ideenreichtum, erfolgreiche Forschung und gesellschaftliche Innovation.
Wir leisten wichtige Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung des nationalen wie europäischen Hochschul- und Forschungsraums und positionieren Österreich international im Kreis der aufstrebenden Forschungsnationen.
Nachwuchsförderung und die Förderung von wissenschaftlichen Karrieren haben für uns höchste Priorität.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**0,640**	**6,875**	**3,519**
Auszahlungen fix	4.022,015	4.022,015	3.847,532	3.632,275
Summe Auszahlungen	**4.022,015**	**4.022,015**	**3.847,532**	**3.632,275**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-4.021,375**	**-3.840,657**	**-3.628,756**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	0,326		
Aufwendungen	4.022,456		
Nettoergebnis	**-4.022,130**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Erhöhung der Anzahl der Bildungsabschlüsse an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten, unter Berücksichtigung der Kapazitäten in den Studien, wobei die soziale Herkunft der Studierenden die soziale Struktur der Bevölkerung widerspiegeln soll
Warum dieses Wirkungsziel?
In einer Wissensgesellschaft, in der die Faktoren Bildung und Wissen zu immer wichtigeren Produktions- und Standortfaktoren werden, können das volkswirtschaftliche Niveau und der soziale Wohlstand nur durch eine beständige Ausweitung dieser Größen gehalten werden. Dazu sind, wie schon im Regierungsprogramm angeführt, Regelungen zum Hochschulzugang und eine gezielte Studienwahl vorzusehen. So können gute Studienbedingungen und letztlich auch gute Berufschancen erreicht werden. Schließlich muss auch wie schon in der EU-Strategie Europa 2020 gefordert sichergestellt sein, dass quer durch alle sozialen Bereiche Chancen, Begabungen und Ideen zur Bildung aktiviert werden, um gesamtgesellschaftlich sowohl von Bildung und Wissen als auch dem technologischen und sozialen Fortschritt gemeinsam zu profitieren.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Stärkung der Studienberatung durch den Ausbau der Projekte „Studienchecker“ und „ÖH-MaturantInnenberatung“ (ÖH: Österreichische HochschülerInnenschaft), sowie „Studieren Probieren“, wobei die Internetplattform www.studienwahl.at das Beratungsangebot komplettiert, Forcierung der MINT-Aktivitäten (MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik)
- Weiterer Ausbau des Programmes Sparkling Science zur voruniversitären Förderung von Kindern bzw. Jugendlichen (auch im Hinblick auf wissenschaftliche und akademische Berufskarrieren)
Wie sieht Erfolg aus?
- Abschlüsse an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten: Zielzustand Studienjahr 2012/2013: 46.000 (24.000 Frauen, 22.000 Männer); Istzustand Studienjahr 2010/11: 44.059 (23.621 durch Frauen, 20.438 durch Männer) [Berechnungsmethode: Absolute Zahl; Quelle: uni:data]
- AkademikerInnenquote: Zielzustand 2013: 38,3% (42,1% Frauen, 34,5% Männer); Istzustand 2011: 38,2% (42,1% bei Frauen, 34,4% bei Männern) [Berechnung: Anteil der 30-34jährigen mit einem tertiären oder gleichwertigen Bildungsabschluss an der Gesamtbevölkerung; Quelle: Statistik Austria (Mikrozensus)]
- Anteil der StudienbeihilfebezieherInnen an Universitäten, die zumindet zwei Semester Studienbeihilfe bezogen haben im Verhältnis zu den AbsolventInnen desselben Wintersemesters: Zielwert 2013: mind. 30%; Istzustand Studienjahr 2009/10: 32,1% [Berechnung: StudienbeihilfebezieherInnen an Universitäten, die zumindest zwei Semester Studienbeihilfe bezogen haben : AbsolventInnen desselben Wintersemesters; Quelle: Hochschulstatistik]
- AnfängerInnenzahl für die 20 frequentiertesten Studienrichtungen: Zielzustand 2013: 39.700 (23.700 Studentinnen, 16.000 Studenten); Istzustand 2011: 39.709 (23.699 Studentinnen, 16.010 Studenten) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data]

- Bildungsabschluss der Eltern von StudienanfängerInnen: Zielzustand WS 2012/13: 22,8%; Istzustand WS2010/11: 23% [Berechnung: Erstimmatrikulierte inländische ordentliche Studierende an öffentlichen Universitäten, wo zumindest ein Elternteil einen Universitätsabschluss hat; Quelle: Statistik Austria, USTAT 1, Berechnung BMWF]

Wirkungsziel 2:
Schaffung eines in Lehre und Forschung abgestimmten Hochschul- und Forschungsraumes durch Umsetzung des österreichischen Hochschulplanes
Warum dieses Wirkungsziel?
Der Wissenschafts- und Forschungsbetrieb muss durch gezielte Koordinierung und vorausschauende Steuerung zu einem gesamtheitlichen System hin abgestimmt werden, um international wettbewerbsfähig zu sein. Der Abbau von unnötigen Doppelgleisigkeiten, die koordinierte Steuerung des Wissenschaftssystems, die Generierung von Synergieeffekten durch gemeinsame Nutzung von Forschungsinfrastrukturen und die Konzentration der Forschung, insbesondere auf die globalen Herausforderungen unter besonderer Berücksichtigung der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung, sollen dazu beitragen, dass Österreich nicht nur ein attraktiver Forschungs- und Wirtschaftsstandort bleibt, sondern auch dafür sorgen, dass die nachhaltig organisierte Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Österreich weiterhin sowohl ein zielgerichtetes, schnelles und erfolgreiches Studieren, ein modernes, innovatives Arbeiten und ein Leben in Wohlstand ermöglichen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Entwicklung und Umsetzung eines umfassenden Hochschulplanes
- Initiierung von universitären Kooperationen mit Universitäten und außeruniversitären Institutionen auf nationaler Ebene
- Abschließen von Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten
- Leistungsübereinkommen mit dem Institute of Science and Technology Austria (ISTA) und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW)
Wie sieht Erfolg aus?
- Anzahl der universitären Kooperationen mit Universitäten und außeruniversiären Institutionen national: Zielzustand 2013: 2.500; Istzustand 2010: 2.343 [Berechung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data (Wissensbilanz 1.C.1)]
- Höhe der studienrelevanten Mobilität der AbsolventInnen (USTAT 2): Zielzustand 2012/13: 27,4% (30% Frauen, 25% Männer); Istzustand 2009/2010: 27,2% (30,1% Frauen, 24% Männer) [Berechnung: Anzahl der AbsolventInnen, die einen studienrelevanten Auslandsaufenthalt absolviert haben an allen AbsolventInnen des selben Jahres; Quelle: Statistik Austria)]
- Zahl der genehmigten EU-Forschungsrahmenprogramm-Projekte für Universitäten und außeruniversitäre Institutionen in der Säule „Grand Challenges“: Zielzustand 2013: 800; Istzustand 2011: 778 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: PROVISO, vgl. http://www.bmwf.gv.at/fileadmin/user_upload/proviso/PROVISO_UB7rp2875eha141211_WEB.pdf]
- Betreuungsrelation (Lehrende – Studierende): Zielzustand 2013: 12,5; Istzustand 2011: 12,5 [Berechnung: VZÄ (ProfessorInnen + DozentInnen + Assoziierte ProfessorInnen) : Prüfungsaktive Studierende; Quelle: UniStEV/BidokVUni]
- Incoming / Outgoing Mobilität beim wissenschaftlich-künstlerischen Universitätspersonal: Zielzustand 2013: Incoming: 3.500 (1.200 Frauen, 2.300 Männer), Outgoing: 3.800 (1.350 Frauen, 2.450 Männer); Istzustand 2010: Incoming: 2.982 (davon 1.019 Frauen, 1.963 Männer), Outgoing: 3.687 (davon 1.266 Frauen, 2.421 Männer) [Berechung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data (Wissensbilanz 1.B.1 und 1.B.2)]

Wirkungsziel 3:
Schaffung einer möglichst breiten Öffentlichkeit mit Bewusstsein für die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung sowie die Entwicklung und Erschließung der Künste
Warum dieses Wirkungsziel?
Die wissenschaftliche und wirtschaftliche Attraktivität Österreichs, die künstlerische Vielfalt und der soziale Wohlstand können in einer Situation des internationalen Wettbewerbs nur mit der Aktivierung des gesamten intellektuellen Potentials der Gesellschaft abgesichert werden, denn Wissen ist die wichtigste Ressource einer Gesellschaft. Daher müssen eine Kultur der Wertschätzung von Wissenschaft, Forschung, Technologie, Kunst und Innovation gefördert und das öffentliche Interesse daran gesteigert werden. Nur bei Vorliegen eines breiten Verständnisses dafür, dass diese die Basis für die Steigerung von Lebensqualität und das Gemeinwohl sind, kann die österreichische Wissenschafts- und Forschungslandschaft einen wichtigen Beitrag leisten, um auch für künftige Generationen ein Leben in sozialem Wohlstand zu ermöglichen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Vertiefung des Austausches zwischen Wissenschaft und Wirtschaft mit der Zielsetzung, die Public Awareness für Wissenschaft und Forschung zu erhöhen
- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft über die nationale Kontaktstelle für Geistiges Eigentum
Wie sieht Erfolg aus?
Stellenwert von Wissenschaft und Forschung in der Gesellschaft [Berechnung:statistische Erhebung, Quelle: eigene Erhebung BMWF, diese wird 2013 erstmals durchgeführt]

Wirkungsziel 4:
Ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in Führungspositionen und Gremien sowie beim wissenschaftlichen/künstlerischen Nachwuchs
Warum dieses Wirkungsziel?
Im Bereich von Wissenschaft und Forschung sind ausgeglichene Geschlechterverhältnisse wichtig, so auch bei der Besetzung von Führungspositionen, Entscheidungs- und Beratungsgremien. Nicht zuletzt internationale Beispiele aus der Privatwirtschaft zeigen, dass Organisationen mit ausbalancierten Führungsgremien besonders erfolgreich sind. Datenanalysen (Gender Monitoring), strategische Dokumente (Regierungsprogramm, Nationaler Aktionsplan Gleichstellung, EU-Übereinkommen) und gesetzliche Vorgaben (B-GlBG, UG 2002 – z.B. 40% Frauenquote in universitären Gremien, Qualitätssicherungsrahmengestz) legen nahe, dass im Bereich Wissenschaft und Forschung speziell ab dem Doktorat ein spezifischer Förderungsbedarf gegeben ist, der bei den Führungspositionen und Gremien deutlich ausgeprägt ist (2011 in VZÄ: 20,6% Professorinnen, 21,3% Dozentinnen, 39% wissenschaftliche/künstlerische Mitarbeiterinnen).
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Umsetzung der geschlechtergerechten Aufteilung bei der Beschickung von Gremien im kompetenzrechtlichen Bereich des Ressorts: Universitätsräte, Aufsichtsrat der Österreichische Mensen Betriebsgesellschaft mbH (ÖMBG), Organe der Agentur für Qualitätssicherung (AQ Austria)
- Anstreben eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses in Führungspositionen und Gremien sowie beim wissenschaftlichen/künstlerischen Nachwuchs und Schließen der Einkommensschere als Gleichstellungsziel in der Leistungsvereinbarung 2013-2015
- Trainingsmaßnahmen für Gremienmitglieder und Vorsitzende von Gremien an Universitäten zur Unterstützung erwünschter Entwicklungen
- Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben für Fachhochschulen und Privatuniversitäten
- Erarbeitung eines Frauenförderplanes an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW)
Wie sieht Erfolg aus?
- Professorinnenanteil; Zielzustand 2013: 20%; Istzustand WS 2011/12: 19,6% [Berechnung: Frauenanteil in Köpfen bei den unbefristeten Professuren gemäß §98 UG 2002 an allen Professuren gem. §98 UG 2002; Quelle: uni:data]
- Anzahl der Universitätsräte, die <40% Frauenanteil haben: Zielzustand 2013: 0 von 22; Istzustand 2011: 1 von 22 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data]
- Anzahl der Universitätssenate, die <40% Frauenanteil haben: Zielzustand 2013: 14 von 22; Istzustand 2011: 14 von 22
- Frauenanteil im Aufsichtsrat der Österreichische Mensen Betriebsgesellschaft mbH (ÖMBG): Zielzustand 2013: mind. 40%; Istzustand 2011: 22% [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF]
- Frauenanteil in den Organen der Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria (AQ Austria): Kuratorium, Board, Generalversammlung): Zielzustand 2013: Kuratorium: mind. 40%, Board mind. 40%, Generalversammlung mind. 40%; Istzustand 2012: Kuratorium 80%, Board 50%, Generalversammlung 48%;[Berechnung: Anzahl der Frauen im entsprechenden Gremium : Gesamtzahl der Mitglieder im entsprechenden Gremium; Quelle: www.akkreditierungsrat.at]

Wirkungsziel 5:
Sicherstellung eines hohen Grads an Spitzenforschung sowie einer aktiven Teilnahme am europäischen Forschungsraum durch Einwerbung von Forschungsmitteln aus dem Forschungsrahmenprogramm
Warum dieses Wirkungsziel?
Spitzenforschung ist ein langfristiger Garant für Wohlstand, Wirtschaftswachstum und sozialen Frieden. Die erfolgreiche Teilnahme an europäischen Forschungsprogrammen ist nicht nur im internationalen Wissenswettbewerb unerlässlich sondern ermöglicht auch hohe finanzielle Rückflüsse.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Forcierung von weiteren exzellenzbezogenen Forschungsaktivitäten durch Einbau in die Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten
- Schaffung eines Beratungssystems für Horizon 2020 durch die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und eines Anreizsystems im Wege der Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten (vgl. http://www.bmwf.gv.at/startseite/forschung/europaeisch/rahmenprogramme/horizon_2020/)
Wie sieht Erfolg aus?
- Anzahl der erfolgreich eingeworbenen „Grants“ im Programm IDEEN, das unter Regie des Europäischen Forschungsrates (ERC) exzellente grundlagenorientierte Pionierforschung fördert: Zielzustand 2013: 70; Istzustand 2011: 68 (10 Frauen, 58 Männer) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: http://www.bmwf.gv.at/startseite/forschung/europaeisch/proviso/publikationen/]
- Anzahl der ForscherInnen, die in der international anerkannten Datenbank von ICI Thomson als Highly Cited Scientists geführt werden und in Österreich forschen: Zielzustand 2013: 12; Istzustand 2010: 12 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: A. Schibany, H. Gassler (Joanneum Research): Nutzen und Effekte der Grundlagenforschung, Wien, Juli 2010]]
- Anzahl der BMWF-Mitgliedschaften in europäischen und internationalen Forschungsorganisationen und –infrastrukturen: Zielzustand 2013: 27; Istzustand 2011: 26 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF]

- EU-Rückfluss-Indikator: Zielzustand 2013: mind. 2,5%; Istzustand 2011: 2,67% [Berechnung: vertraglich gebundene Förderungen für österreichische FörderwerberInnen / Gesamte vertraglich gebundene Förderung; Quelle: PROVISO, vgl. http://www.bmwf.gv.at/fileadmin/user_upload/proviso/PROVISO_UB7rp2875eha141211_WEB.pdf]

Untergliederung 31 Wissenschaft und Forschung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,311		
Finanzerträge	0,015		
Erträge	**0,326**		
Personalaufwand	51,145		
Transferaufwand	3.899,941		
Betrieblicher Sachaufwand	71,369		
Finanzaufwand	0,001		
Aufwendungen	**4.022,456**		
Nettoergebnis	**-4.022,130**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,326	5,853	3,187
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,010	0,010	0,022
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,304	1,012	0,310
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,640**	**6,875**	**3,519**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	117,580	125,824	105,975
Auszahlungen aus Transfers	3.899,941	3.717,411	3.522,217
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	4,099	3,902	3,898
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,395	0,395	0,185
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**4.022,015**	**3.847,532**	**3.632,275**
Nettogeldfluss	**-4.021,375**	**-3.840,657**	**-3.628,756**

Untergliederung 31 Wissenschaft und Forschung
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 31 Wissensch. u.Forsch.**	GB 31.01 Steuerung u.Services	GB 31.02 Tertiäre Bildung	GB 31.03 Forsch. u. Entwickl.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,311	0,164	0,005	0,142
Finanzerträge	0,015		0,015	
Erträge	**0,326**	**0,164**	**0,020**	**0,142**
Personalaufwand	51,145	23,668	7,446	20,031
Transferaufwand	3.899,941	5,193	3.592,977	301,771
Betrieblicher Sachaufwand	71,369	32,728	12,591	26,050
Finanzaufwand	0,001			0,001
Aufwendungen	**4.022,456**	**61,589**	**3.613,014**	**347,853**
Nettoergebnis	**-4.022,130**	**-61,425**	**-3.612,994**	**-347,711**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 31 Wissensch. u.Forsch.**	GB 31.01 Steuerung u.Services	GB 31.02 Tertiäre Bildung	GB 31.03 Forsch. u. Entwickl.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,326	0,164	0,020	0,142
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,010	0,003	0,001	0,006
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,304	0,300	0,004	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,640**	**0,467**	**0,025**	**0,148**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	117,580	55,599	19,788	42,193
Auszahlungen aus Transfers	3.899,941	5,193	3.592,977	301,771
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	4,099	0,930	0,225	2,944
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,395	0,395		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**4.022,015**	**62,117**	**3.612,990**	**346,908**
Nettogeldfluss	**-4.021,375**	**-61,650**	**-3.612,965**	**-346,760**

Globalbudget 31.01 Steuerung und Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,164		
Erträge	**0,164**		
Personalaufwand	23,668		
Transferaufwand	5,193		
Betrieblicher Sachaufwand	32,728		
Aufwendungen	**61,589**		
Nettoergebnis	**-61,425**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,164	0,831	0,696
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,007	0,016
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,300	0,993	0,310
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,467**	**1,831**	**1,021**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	55,599	58,649	47,197
Auszahlungen aus Transfers	5,193	2,532	3,405
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,930	0,233	0,637
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,395	0,395	0,185
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**62,117**	**61,809**	**51,424**
Nettogeldfluss	**-61,650**	**-59,978**	**-50,403**

Globalbudget 31.01 Steuerung und Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 3	Vertiefung des Austausches zwischen Wissenschaft und Wirtschaft mit der Zielsetzung, die Public Awareness für Wissenschaft und Forschung zu erhöhen	- Anzahl der Bewerbungen für den JungunternehmerInnenpreis Phoenix: 30 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF] - Zahl der TeilnehmerInnen an Veranstaltungen im Rahmen von Science Goes Public (Science Brunch, Science Fun, Science Talk): 2.000 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF] - Anzahl der Beteiligten an der Abstimmung zum Wissenschaftsbuch des Jahres: 25.000 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF] - Anzahl der Beteiligten am Programm „Wissenschaft für Kinder“: 14 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF] - Anzahl der WissenschafterInnen, die ein Medientraining absolviert haben: 40 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF]	- Anzahl der Bewerbungen für den JungunternehmerInnenpreis Phoenix: 30 (9 durch Frauen, 21 durch Männer) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF] - Zahl der TeilnehmerInnen an Veranstaltungen im Rahmen von Science Goes Public (Science Brunch, Science Fun, Science Talk): 1.380 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF] - Anzahl der Beteiligten an der Abstimmung zum Wissenschaftsbuch des Jahres: rd. 20.000 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF] - Anzahl der Beteiligten am Programm „Wissenschaft für Kinder“: das Programm findet 2012 erstmals statt, weswegen kein Istzusand vorliegt [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF] - Anzahl der WissenschafterInnen, die ein Medientraining absolviert haben: 25 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF]
WZ 3	Stärkung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft über die gemeinsam mit den BMWFJ und BMVIT eingerichtete nationale Kontaktstelle für Geistiges Eigentum(www.ncp-ip.at) durch die Abhaltung von Workshops und die Zurverfügungstellung von Vertragsmustern und Unterstützung der Hochschulen sowie von öffentlichen Forschungseinrichtungen beim professionellen Umgang mit geistigen Eigentumsrechten (insbesondere im Wege der AG IPAG – Intellectual Property Agreement Guide)	- Anzahl der Veranstaltungen der Nationalen Kontaktstelle für Geistiges Eigentum (NCP-IP) zur Stärkung der Kommunikation Wissenschaft-Wirtschaft: 4 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF] - Zahl der Zugriffe auf die IPAG-Homepage betreffend Vertragsmuster im Wissens- und Technologietransfer: da die Website erst Mitte 2012 in Betrieb genommen wird können keine validen Zielwerte angegeben werden [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF]	- Anzahl der Veranstaltungen der Nationalen Kontaktstelle für Geistiges Eigentum (NCP-IP) zur Stärkung der Kommunikation Wissenschaft-Wirtschaft: 4 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF] - Zahl der Zugriffe auf die IPAG-Homepage betreffend Vertragsmuster im Wissens- und Technologietransfer: da die Website erst Mitte 2012 in Betrieb genommen wird können keine Istwerte angegeben werden [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF]
WZ 4	Umsetzung der geschlechtergerechten Aufteilung bei der Beschickung von Gremien im kompetenzrechtlichen Bereich des Ressorts: Universitätsräte, Aufsichtsrat der Österreichischen	- Anzahl der Universitätsräte, die <40% Frauenanteil haben: 0 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data] - Frauenanteil im Aufsichtsrat der Österreichischen Mensen	- Anzahl der Universitätsräte, die <40% Frauenanteil haben: 1 von 22 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data] - Frauenanteil im Aufsichtsrat der Österreichischen Mensen

	Mensen Betriebsgesellschaft mbH (ÖMBG), Organe der AQ Austria	Betriebsgesellschaft mbH (ÖMBG): mind. 40% [Berechnung: Anzahl der Frauen : Gesamtzahl der Mitglieder; Quelle: BMWF] - Frauenanteil im Board der AQ Austria: mind. 40% [Berechnung: Anzahl der Frauen: Gesamtzahl der Mitglieder; Quelle: www.akkreditierungsrat.at] - Frauenanteil im Kuratorium der AQ Austria: mind. 40% [Berechnung: Anzahl der Frauen : Gesamtzahl der Mitglieder; Quelle: www.akkreditierungsrat.at] - Frauenanteil in der Generalversammlung der AQ Austria: mind. 40% [Berechnung: Anzahl der Frauen : Gesamtzahl der Mitglieder; Quelle: www.akkreditierungsrat.at]	Betriebsgesellschaft mbH (ÖMBG): 22% [Berechnung: Anzahl der Frauen : Gesamtzahl der Mitglieder; Quelle: BMWF] - Frauenanteil im Board der AQ Austria: 50% [Berechnung: Anzahl der Frauen : Gesamtzahl der Mitglieder; Quelle: www.akkreditierungsrat.at] - Frauenanteil im Kuratorium der AQ Austria: 80% [Berechnung: Anzahl der Frauen : Gesamtzahl der Mitglieder; Quelle: www.akkreditierungsrat.at] - Frauenanteil in der Generalversammlung der AQ Austria: 48% [Berechnung: Anzahl der Frauen : Gesamtzahl der Mitglieder; Quelle: www.akkreditierungsrat.at]

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Erarbeitung einer Gesamtstrategie für die Universitäten (Bund 2009/2)
2. Festlegung exakter und nachvollziehbarer Strategieziele zur Ermöglichung einer Aussage über den Zielerreichungsgrad (Bund 2009/9)
3. Aufnahme von Zielsetzungen zur Erhöhung des Student/innen– und Absol-venten/innenanteils in die Leistungsvereinbarung, festgestellt bei TU Wien und Universität Linz (Bund 2011/8)
4. Verstärkung der Bemühungen zur Erreichung der im Universitätsgesetz 2002 geforderten Frauenquoten in bestimmten Leitungs- und Kollegial-organen u.a. in den Universitäten Linz, Graz und Wien (Bund 2011/8)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
Zu Empfehlung 1: Aufbauend auf einer Reihe von Analysen und Empfehlungen zum österreichischen Hochschulraum hat das BMWF in Diskussion mit den zum BMWF ressortierenden Hochschulsektoren im Herbst 2011 das Dokument „Österreichischer Hochschulplan. Der Gestaltungsprozess zur Weiterentwicklung des österreichischen Hochschulraums“ erarbeitet und im Frühjahr 2012 die „Österreichische Hochschulkonferenz“ eingerichtet (siehe auch http://hochschulplan.at).
Zu Empfehlungen 2-4: Das BMWF nimmt die Empfehlung zur Kenntnis und arbeitet im Zuge der laufenden Leistungsvereinbarungsverhandlungen für die Leistungsvereinbarungsperiode 2013-2015 weiter an der Umsetzung.

Globalbudget 31.01 Steuerung und Services
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 31.01 Steuerung u.Services**	DB 31.01.01 Zen. u. Serviceeinr.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,164	0,164
Erträge	**0,164**	**0,164**
Personalaufwand	23,668	23,668
Transferaufwand	5,193	5,193
Betrieblicher Sachaufwand	32,728	32,728
Aufwendungen	**61,589**	**61,589**
Nettoergebnis	**-61,425**	**-61,425**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 31.01 Steuerung u.Services**	DB 31.01.01 Zen. u. Serviceeinr.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,164	0,164
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,003
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,300	0,300
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,467**	**0,467**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	55,599	55,599
Auszahlungen aus Transfers	5,193	5,193
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,930	0,930
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,395	0,395
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**62,117**	**62,117**
Nettogeldfluss	**-61,650**	**-61,650**

Globalbudget 31.02 Tertiäre Bildung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,005		
Finanzerträge	0,015		
Erträge	**0,020**		
Personalaufwand	7,446		
Transferaufwand	3.592,977		
Betrieblicher Sachaufwand	12,591		
Aufwendungen	**3.613,014**		
Nettoergebnis	**-3.612,994**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,020	4,771	1,973
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001	0,001	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,004	0,019	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,025**	**4,791**	**1,973**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	19,788	19,681	15,760
Auszahlungen aus Transfers	3.592,977	3.406,013	3.194,962
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,225	0,280	0,055
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**3.612,990**	**3.425,974**	**3.210,776**
Nettogeldfluss	**-3.612,965**	**-3.421,183**	**-3.208,803**

Globalbudget 31.02 Tertiäre Bildung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Stärkung der Studienberatung durch den Ausbau der Projekte „Studienchecker“ und „ÖH-MaturantInnenberatung“ (ÖH: Österreichische HochschülerInnenschaft) sowie „Studieren probieren“	- Anzahl der am Projekt „Studienchecker“ teilnehmenden SchülerInnen: 22.000 [Berechnung: Absolute Zahl, keine Aufteilung nach Geschlechtern verfügbar; Quelle: BMWF, BMUKK] - Anzahl der durch die ÖH betreuten Personen im Rahmen der „ÖH-MaturantenInnenberatung“ und „Studieren probieren“: insgesamt 15.000 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: Bericht der Österreichischen HochschülerInnenschaft]	- Anzahl der am Projekt „Studienchecker“ teilnehmenden SchülerInnen: 7.000 [Berechnung: Absolute Zahl, keine Aufteilung nach Geschlechtern verfügbar; Quelle: BMWF, BMUKK] - Anzahl der durch die ÖH betreuten Personen im Rahmen der „ÖH-MaturantenInnenberatung“: 13.243 (7.782 Schülerinnen, 5.461 Schüler) bzw. „Studieren probieren“): 1.105 (Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: Bericht der Österreichischen HochschülerInnenschaft]
WZ 1	Vertiefung der Studienberatung durch Aktualisierung und weiteren Ausbau der Internetplattform www.studienwahl.at	- Anzahl der Zugriffe auf www.studienwahl.at: durchschnittlich 10.000 Zugriffe / Monat [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF]	- Anzahl der Zugriffe auf www.studienwahl.at: zwischen 10.200 und 12.100 Zugriffe / Monat [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF]
WZ 2	Entwicklung und Umsetzung eines umfassenden Hochschulplanes und Abschließen von Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten und Leistungsübereinkommen mit ÖAW und ISTA	- 2013 ist eine Hochschulkonferenz eingerichtet - 2013 liegt ein Bauleitplan (Teil des Hochschulplanes) vor - 2013 liegt ein Großforschungsinfrastrukturplan vor - 2013 befindet sich ein Modell für die Kapazitätsorientierte Universitätsfinanzierung in Umsetzung - Abbau von Doppelgleisigkeiten: Gesamtzahl der angebotenen Studien an öffentlichen Universitäten: insgesamt 1.050 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data (Wissensbilanz 2.A.2)]	- 2011 ist noch keine Hochschulkonferenz eingerichtet - 2011 liegt noch kein Bauleitplan (als Teil des Hochschulplanes) vor - 2011 liegt noch kein Großforschungsinfrastrukturplan vor - 2011 befindet sich noch kein Modell für die Kapazitätsorientierte Universitätsfinanzierung in Umsetzung - Abbau von Doppelgleisigkeiten: Gesamtzahl der angebotenen Studien an öffentlichen Universitäten: insgesamt 1.058, davon 327 Bachelorstudien, 564 Masterstudien, 61 Diplomstudien, 106 Doktoratsstudien [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data (Wissensbilanz 2.A.2)]
WZ 4	Abschließen von Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten unter Einschluss zweier	- 2013 sind Leistungsübereinkommen mit dem Institute of Science and Technology Austria	- 2011 sind noch keine Leistungsübereinkommen mit dem Institute of Science and

	strategischer Gleichstellungsziele (Erhöhung der Frauenanteile, Schließung der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern auf Null) und Leistungsübereinkommen mit dem Institute of Science and Technology Austria (ISTA) und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) bei gleichzeitiger Erarbeitung eines auf die ÖAW zugeschnittenen Frauenförderplanes	(ISTA) und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) abgeschlossen - 2013 hat die Erarbeitung eines Frauenförderplanes mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) begonnen - 2013 sind Leistungsverein-barungen mit den Universitäten abgeschlossen - Gender Pay Gap: 91% [Berechnung: Durchschnittlicher Lohn einer Professorin nach §98 UG 2002 : Durchschnittlicher Lohn eines Professors nach §98 UG 2002; Quelle: uni:data (Wissensbilanz 1.A.5)]	Technology Austria (ISTA) und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) abgeschlossen - 2011 hat die Erarbeitung eines Frauenförderplanes mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) noch nicht begonnen - 2011 sind Leistungsverein-barungen mit den Universitäten abgeschlossen - Gender Pay Gap: 90,6% [Berechnung: Durchschnittlicher Lohn einer Professorin nach §98 UG 2002 : Durchschnittlicher Lohn eines Professors nach §98 UG 2002; Quelle: uni:data (Wissensbilanz 1.A.5)]
WZ 4	Umsetzung der 40%-Frauenquote durch die Leistungsverein-barungen mit den Universitäten und Trainingsmaßnahmen für Gremienmitglieder	- Anzahl der Universitätsräte, die <40% Frauenanteil haben: 0 von 22 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data] - Anzahl der Universitätssenate, die <40% Frauenanteil haben: 14 von 22 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data] - Anzahl an durchgeführten Trainings für die Gremienarbeit: 60 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF]	- Anzahl der Universitätsräte, die <40% Frauenanteil haben: 1 von 22 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data] - Anzahl der Universitätssenate, die <40% Frauenanteil haben: 14 von 22 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data] - 2011 wurden noch keine Trainings für die Gremienarbeit abgehalten

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1.Stärkere Berücksichtigung der Kosten der Leistungserbringung durch die Universitäten beim Abschluss künftiger Leistungsvereinbarungen (Bund 2009/2)
2. Berücksichtigung der Anzahl der Studierenden als wesentliche Planungsgröße beim Abschluss künftiger Leistungsvereinbarungen (Bund 2009/2)
3. Erarbeitung einer von Wirtschaftlichkeitskriterien geleiteten Patent– und Verwertungsstrategie (Bund 2009/9)
4. Umfassende Bedarfserhebung der österreichweit bzw. regional benötigten Heimplätze; Erstellung eines Förderungskonzepts (Bund 2010/8)
5. Vereinbarung von ambitionierten Zielsetzungen im Bereich der Universitätslehrgänge (Bund 2011/11)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu Empfehlungen 1-3: Das BMWF nimmt die Empfehlung zur Kenntnis und arbeitet im Zuge der laufenden Leistungsvereinbarungsverhandlungen für die Leistungsvereinbarungsperiode 2013-2015 weiter an der Umsetzung.
Zu Empfehlung 4: Investitionsförderungen nach den bisherigen Grundsätzen und Förderrichtlinien des BMWF werden daher bis auf weiteres nicht mehr vergeben. Eine allfällige Neuordnung der Unterstützung der Studierenden im Bereich des Studentischen Wohnens und die sich daraus ergebenden Umsetzungsschritte sind daher abzuwarten.
Zu Empfehlung 5: Das BMWF nimmt die Empfehlung zur Kenntnis und arbeitet im Zuge der laufenden Leistungsvereinbarungsverhandlungen für die Leistungsvereinbarungsperiode 2013-2015 an der Umsetzung.

Globalbudget 31.02 Tertiäre Bildung
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 31.02 Tertiäre Bildung**	DB 31.02.01 Univer-sitäten	DB 31.02.02 Fachhoch-schulen	DB 31.02.03 Serv.u.Förd. f.Stud.	DB 31.02.04 Studienbeihilfenbeh.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,005	0,003		0,001	0,001
Finanzerträge	0,015			0,015	
Erträge	**0,020**	**0,003**		**0,016**	**0,001**
Personalaufwand	7,446			2,727	4,719
Transferaufwand	3.592,977	3.133,114	245,834	214,028	0,001
Betrieblicher Sachaufwand	12,591	0,300		9,458	2,833
Aufwendungen	**3.613,014**	**3.133,414**	**245,834**	**226,213**	**7,553**
Nettoergebnis	**-3.612,994**	**-3.133,411**	**-245,834**	**-226,197**	**-7,552**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 31.02 Tertiäre Bildung**	DB 31.02.01 Univer-sitäten	DB 31.02.02 Fachhoch-schulen	DB 31.02.03 Serv.u.Förd. f.Stud.	DB 31.02.04 Studienbeihilfenbeh.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,020	0,003		0,016	0,001
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001				0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,004			0,004	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,025**	**0,003**		**0,020**	**0,002**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	19,788	0,300		12,122	7,366
Auszahlungen aus Transfers	3.592,977	3.133,114	245,834	214,028	0,001
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,225			0,135	0,090
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**3.612,990**	**3.133,414**	**245,834**	**226,285**	**7,457**
Nettogeldfluss	**-3.612,965**	**-3.133,411**	**-245,834**	**-226,265**	**-7,455**

Globalbudget 31.03 Forschung und Entwicklung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,142		
Erträge	**0,142**		
Personalaufwand	20,031		
Transferaufwand	301,771		
Betrieblicher Sachaufwand	26,050		
Finanzaufwand	0,001		
Aufwendungen	**347,853**		
Nettoergebnis	**-347,711**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,142	0,251	0,519
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,006	0,002	0,006
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,148**	**0,253**	**0,525**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	42,193	47,494	43,018
Auszahlungen aus Transfers	301,771	308,866	323,850
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2,944	3,389	3,207
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**346,908**	**359,749**	**370,075**
Nettogeldfluss	**-346,760**	**-359,496**	**-369,550**

Globalbudget 31.03 Forschung und Entwicklung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Ausbau des Programms Sparkling Science zur voruniversitären Förderung von Kindern bzw. Jugendlichen (auch im Hinblick auf wissenschaftliche und akademische Berufskarrieren)	- Anzahl der Jugendlichen, die an Sparkling Science teilgenommen haben: 29.000 (16.000 Schülerinnen, 13.000 Schüler) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: www.sparklingscience.at/_downloads/facts_figures.pdf)] - Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die an Kinderuniversitäten teilgenommen haben: 28.000 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: www.youngscience.at/kinder_und_junioruniversitaeten/)]	- Anzahl der Jugendlichen, die an Sparkling Science teilgenommen haben: 24.100 (13.280 Schülerinnen, 10.820 Schüler) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: www.sparklingscience.at/_downloads/facts_figures.pdf)] - Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die an Kinderuniversitäten teilgenommen haben: 26.600 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: www.youngscience.at/kinder_und_junioruniversitaeten/)]
WZ 2	Initiierung von universitären Kooperationen mit Universitäten und außeruniversitären Institutionen auf nationaler Ebene	- Anzahl der genehmigten EU-Rahmenprogramm-Projekte für Universitäten und außeruniversitäre Institutionen in der Säule „Grand Challenges“: 800 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: PROVISO, vgl. http://www.bmwf.gv.at/fileadmin/user_upload/proviso/PROVISO_UB7rp2875eha141211_WEB.pdf] - Anzahl der universitären Kooperationen mit Universitäten und außeruniversiären Institutionen national: 2.500 [Berechung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data (Wissensbilanz 1.C.1)]	- Anzahl der genehmigten EU-Rahmenprogramm-Projekte für Universitäten und außeruniversitäre Institutionen in der Säule „Grand Challenges“: 778 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: PROVISO, vgl. http://www.bmwf.gv.at/fileadmin/user_upload/proviso/PROVISO_UB7rp2875eha141211_WEB.pdf] - Anzahl der universitären Kooperationen mit Universitäten und außeruniversiären Institutionen national: 2.343 [Berechung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data (Wissensbilanz 1.C.1)]
WZ 2 und 4	Abschließen von Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten unter Einschluss zweier strategischer Gleichstellungsziele (Erhöhung der Frauenanteile, Schließung der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern auf Null) und Leistungsübereinkommen mit dem Institute of Science and Technology Austria (ISTA) und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) bei gleichzeitiger Erarbeitung eines auf die ÖAW zugeschnittenen	- 2013 sind Leistungsübereinkommen mit dem Institute of Science and Technology Austria (ISTA) und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) abgeschlossen - 2013 hat die Erarbeitung eines Frauenförderplanes mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) begonnen - 2013 sind Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten abgeschlossen - Gender Pay Gap: 91%	- 2011 sind noch keine Leistungsübereinkommen mit dem Institute of Science and Technology Austria (ISTA) und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) abgeschlossen - 2011 hat die Erarbeitung eines Frauenförderplanes mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) noch nicht begonnen - 2011 sind Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten

	Frauenförderplanes	[Berechnung: Durchschnittlicher Lohn einer Professorin nach §98 UG 2002 : Durchschnittlicher Lohn eines Professors nach §98 UG 2002; Quelle: uni:data (Wissensbilanz 1.A.5)]	abgeschlossen - Gender Pay Gap: 90,6% [Berechnung: Durchschnittlicher Lohn einer Professorin nach §98 UG 2002 : Durchschnittlicher Lohn eines Professors nach §98 UG 2002; Quelle: uni:data (Wissensbilanz 1.A.5)]
WZ 5	Forcierung von weiteren exzellenzbezogenen Forschungsaktivitäten durch Einbau in die Leistungsverein-barungen mit den Universitäten	- Anzahl der erfolgreich eingeworbenen „Grants“ im Programm IDEEN, das unter Regie des Europäischen Forschungsrates (ERC) exzellente grundlagenorientierte Pionierforschung fördert: 70 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: http://www.bmwf.gv.at/startseite/forschung/europaeisch/proviso/publikationen/] - Anzahl der ForscherInnen, die in der international anerkannten Datenbank von ICI Thomson als Highly Cited Scientists geführt werden und in Österreich forschen: 12 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: ICI Thomson] - Anzahl der BMWF-Mitgliedschaften in europäischen und internationalen Forschungsorganisationen und –infrastrukturen: 27 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF]	- Anzahl der erfolgreich eingeworbenen „Grants“ im Programm IDEEN, das unter Regie des Europäischen Forschungsrates (ERC) exzellente grundlagenorientierte Pionierforschung fördert: 68 (10 Frauen, 58 Männer) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: http://www.bmwf.gv.at/startseite/forschung/europaeisch/proviso/publikationen/] - Anzahl der ForscherInnen, die in der international anerkannten Datenbank von ICI Thomson als Highly Cited Scientists geführt werden und in Österreich forschen: 12 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: A. Schibany, H. Gassler (Joanneum Research): Nutzen und Effekte der Grundlagenforschung, Wien, Juli 2010] - Anzahl der BMWF-Mitgliedschaften in europäischen und internationalen Forschungsorganisationen und –infrastrukturen: 26 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF]
WZ 5	Schaffung eines Beratungssystems für Horizon 2020 durch die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und eines Anreizsystems im Wege der Leistungsverein-barungen mit den Universitäten	- Anzahl der erfolgreich eingeworbenen „Grants“ im Programm IDEEN, das unter Regie des Europäischen Forschungsrates (ERC) exzellente grundlagenorientierte Pionierforschung fördert: 70 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: (http://www.bmwf.gv.at/startseite/forschung/europaeisch/proviso/publikationen/] - Anzahl der ForscherInnen, die in der international anerkannten	- Anzahl der erfolgreich eingeworbenen „Grants“ im Programm IDEEN, das unter Regie des Europäischen Forschungsrates (ERC) exzellente grundlagenorientierte Pionierforschung fördert: 68 (10 Frauen, 58 Männer) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: (http://www.bmwf.gv.at/startseite/forschung/europaeisch/proviso/publikationen/] - Anzahl der ForscherInnen, die

		Datenbank von ICI Thomson als Highly Cited Scientists geführt werden und in Österreich forschen: 12 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: ICI Thomson] - Anzahl der BMWF-Mitgliedschaften in europäischen und internationalen Forschungsorganisationen und –infrastrukturen: 27 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF] - EU-Rückfluss-Indikator: mind. 2,5% [Berechnung: vertraglich gebundene Förderung für österreichische FörderwerberInnen : Gesamte vertraglich gebundene Förderung; Quelle: PROVISO, vgl. http://www.bmwf.gv.at/fileadmin/user_upload/proviso/PROVISO_UB7rp2875eha141211_WEB.pdf]	in der international anerkannten Datenbank von ICI Thomson als Highly Cited Scientists geführt werden und in Österreich forschen: 12 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: A. Schibany, H. Gassler (Joanneum Research): Nutzen und Effekte der Grundlagenforschung, Wien, Juli 2010]] - Anzahl der BMWF-Mitgliedschaften in europäischen und internationalen Forschungsorganisationen und –infrastrukturen: 26 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWF] - EU-Rückfluss-Indikator: 2,67% [Berechnung: vertraglich gebundene Förderung für österreichische FörderwerberInnen : Gesamte vertraglich gebundene Förderung; Quelle: PROVISO, vgl. http://www.bmwf.gv.at/fileadmin/user_upload/proviso/PROVISO_UB7rp2875eha141211_WEB.pdf]

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Ehestmögliche Zusammenführung der Wetterdienste zur Nutzung vorhandener Rationalisierungspotenziale (Bund 2008/12 und Bund 2011/6)
2. Straffung des „Programmdschungels“ zur Erhöhung der Effizienz und Transparenz bei Technologietransferprogrammen (Bund 2010/10)
3. Ermittlung und Festsetzung des Behandlungskostenzuschusses gemäß § 131b Abs. 2 ASVG (MedAustron) (Bund 2011/2)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu Empfehlung 1: Derzeit schon kooperieren die Wetterdienste im Hinblick auf Kosteneinsparungen und Verbesserungen der Dienstleistungen; so nutzen die Wetterdienste dzt. zu 95% dieselbe Infrastruktur. Eine Studie von Price Waterhouse Coopers zeigte ein sehr geringes Synergiepotential und gleichzeitig relativ hohe Kosten bei der Herauslösung des Flugwetterdienstes der Austro Control und einer Zusammenlegung mit der ZAMG. Die Zusammenarbeit wurde durch ein entsprechendes Übereinkommen weiter intensiviert.

Zu Empfehlung 2: Im Rahmen der Umsetzung der FTI – Strategie des Bundes wurde bereits eine Arbeitsgruppe („Wissenstransfer und Gründungen“) mit dem Ziel gebildet, Handlungsfelder abzustimmen, Umsetzungsschritte zu konkretisieren und Ergebnisverantwortlichkeiten zu definieren. Darüber hinaus wurde eine gemeinsame nationale Kontaktstelle (BMWF, BMWFJ, BMVIT) eingerichtet. Sie hat sich mit Einrichtungen anderer Mitgliedstaaten abzustimmen und Tätigkeiten im Bereich Wissenstransfer zu koordinieren.

Zu Empfehlung 3: Die Empfehlung hätte sich primär an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger, den Gesundheitsminister und die EBG GmbH als Betreibergesellschaft des Landes NÖ richten. Die Festsetzung des gesetzlich vorgesehenen Zuschusses bzw. der Vollzug des ASVG insbesondere des § 131b ASVG ressortiert nicht in das BMWF.

Globalbudget 31.03 Forschung und Entwicklung
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 31.03 Forsch. u. Entwickl.**	DB 31.03.01 Proj. u. Programme	DB 31.03.02 Basisfin. v. Inst.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,142		0,142
Erträge	**0,142**		**0,142**
Personalaufwand	20,031		20,031
Transferaufwand	301,771	43,002	258,769
Betrieblicher Sachaufwand	26,050	6,350	19,700
Finanzaufwand	0,001		0,001
Aufwendungen	**347,853**	**49,352**	**298,501**
Nettoergebnis	**-347,711**	**-49,352**	**-298,359**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 31.03 Forsch. u. Entwickl.**	DB 31.03.01 Proj. u. Programme	DB 31.03.02 Basisfin. v. Inst.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,142		0,142
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,006		0,006
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,148**		**0,148**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	42,193	6,350	35,843
Auszahlungen aus Transfers	301,771	43,002	258,769
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2,944		2,944
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**346,908**	**49,352**	**297,556**
Nettogeldfluss	**-346,760**	**-49,352**	**-297,408**

Untergliederung 33 Wirtschaft (Forschung)

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Das BMWFJ ist Impulsgeber und maßgeblicher Unterstützer für die unternehmensbezogene angewandte Forschung, Technologie und Innovation und konzentriert seine Aktivitäten auf jene Felder, in denen die Voraussetzungen für eine langfristige internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft und eine Sicherung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze sowie des Wirtschaftsstandortes Österreich geschaffen werden. Das BMWFJ unterstützt mit seinen Programmen und Maßnahmen die Ziele der Strategie der Bundesregierung für Forschung, Technologie und Innovation (FTI), wonach Österreich in den nächsten Jahren zu den innovativsten Ländern der EU aufsteigen und sich langfristig in der Gruppe der „Innovation Leader“ etablieren soll, das heißt in der Gruppe jener Länder, die an der Wissensgrenze forschen und an der technologischen Grenze produzieren.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**0,002**	**0,002**	
Auszahlungen fix	97,900	97,900	100,800	106,170
Summe Auszahlungen	**97,900**	**97,900**	**100,800**	**106,170**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-97,898**	**-100,798**	**-106,170**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	0,002		
Aufwendungen	97,900		
Nettoergebnis	**-97,898**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Stärkung der Innovationskraft der österreichischen Unternehmen durch weitere Intensivierung der Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft, durch Verbreiterung der Innovationsbasis und durch Ausbau des Technologietransfers
Warum dieses Wirkungsziel?
Als Hochlohnland kann Österreich seine Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität nur in dem Maß sichern und ausbauen, in dem die Transformation in eine wissensbasierte Wirtschaft gelingt. Dies setzt voraus, dass sich der Transfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft stetig intensiviert: Neu geschaffenes Wissen muss rascher zu seiner Verwertung finden. Dazu gilt es, Umfang und Niveau der in Österreich entwickelten und umgesetzten Innovationen substanziell zu steigern. Zunehmend mehr österreichische Unternehmen sollen sich durch Innovationen technologische oder marktorientierte Wettbewerbsvorteile erarbeiten, um im globalen Wettbewerb in Marktführerpositionen aufsteigen zu können. Voraussetzung dafür sind gesteigerte und ambitioniertere Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in den Unternehmen, getragen von hochqualifizierten Mitarbeiter/innen auf Basis der neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Förderprogramme und Maßnahmen zur
- Verbreiterung der Innovationsbasis, insbesondere Innovationsscheck für Einsteiger in Forschung & Entwicklung (F&E), Förderung innovationsorientierter Unternehmenskooperationen und Aufbau anwendungsorientierter FTI-Einrichtungen (Förderprogramm COIN), Förderung der Kooperativen Forschungsinstitute (Austrian Cooperative Research - ACR) und Technologiezentren (Verband der Technologiezentren Österreichs - VTÖ), zur
- Stärkung der Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere Kompetenzzentren (COMET), Christian Doppler Gesellschaft (CDG) sowie Research Studios Austria (RSA) und Laura Bassi Centres (LBC)
- Unterstützung von internationalen Forschungs- und Technologiekooperationen, insbesondere EUREKA, EUROSTARS (Details siehe: www.ffg.at/foerderangebot)
Wie sieht Erfolg aus?
- Systematisch F&E betreibende Unternehmen: Zielzustand 2013: 2.970; Istzustand 2011: 2946 [Berechnungsmethode: Anzahl der F&E durchführenden Erhebungseinheiten im Unternehmenssektor; Quelle: F&E-Vollerhebung der Statistik Austria]
- Anteil der KMU mit interner Innovation: Zielzustand 2013: 34,8%; Istzustand 2011: 34,4%; [Berechnungsmethode: SMEs innovating in-house as % of SMEs; Quelle: Innovation Union Scoreboard der EK]
- Aufstieg von der Grupper der Verfolger ("Innovation Follower") in die Führungsgruppe ("Innovation Leader") im Innovation Union Scoreboard bis 2020, d.h. der Summery Innovation Index (SII) liegt 20% über dem EU-Schnitt: Zielzustand 2013: SII=0,619; Istzustand 2011: SII=0,595; [Berechnungsmethode: Summary Innovation Index; Quelle: Innovation Union Scoreboard der EK]

Wirkungsziel 2:
Steigerung der Neugründung von wissens- und forschungsintensiven Unternehmen
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Gründungsdynamik bei technologiebasierten und innovativen Unternehmen hat noch hohes Entwicklungspotenzial. Laut einer vom Rat für Forschung und Technologieentwicklung beauftragten Studie ("Gründungsdynamik von Know-how-intensiven und technologieorientierten Unternehmen (KITU) in Österreich" unter www.rat-fte.at) entfallen von den rund 30.000 jährlichen Neugründungen nur zwischen 5 und 10% auf know-how-intensive und technologieorientierte Start-Ups. Der Anteil an jungen, schnell wachsenden Unternehmen ist im internationalen Vergleich deutlich unterdurchschnittlich. Eine Steigerung der Gründungen und deren Überlebensrate beschleunigen den Strukturwandel in Richtung Wissensgesellschaft. Die Wachstumsdynamik kleiner, offener Volkswirtschaften - wie auch Österreichs - weist eine besonders starke Abhängigkeit von internationalen Entwicklungen auf. Sowohl kurzfristig auftretende externe Impulse als auch längerfristige Trends erfordern hohe Anpassungsleistungen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Optimierung und Vervollständigung der bereits bestehenden Maßnahmen zur Förderung von Unternehmensgründungen und des Unternehmergeistes, insbesondere der Technologieprogramme der Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS) (Gründung von jungen innovativen technologieorientierten Unternehmen)
- Förderung entsprechender Aktivitäten des Verbands der Technologiezentren Österreichs (VTÖ)
- Relaunch Seedfinancing: Das Seedfinancing-Programm wird nunmehr als ein horizontales Programm allein vom BMWFJ durchgeführt und der Schwerpunkt LISA (Life Science Austria) integriert.
- Gründer-Technologiescheck (GTS): Weiterführung und Evaluierung des Programms (Scheck in der Höhe von 1000 EUR für spezifische technologieorientierte Dienstleistungen, wie Patentinformationen)
- Ausbau der Venture-Fonds-Initiativen: Die bestehenden Initiativen (VC Initiative, Cleantechfonds), die insbesondere die Investitionen in Frühphasevorhaben forcieren sollen, werden um eine weitere VC-Initiative ergänzt.
Wie sieht Erfolg aus?
- Wissens- und forschungsintensive Neugründungen: Zielzustand 2013: 1.590; Istzustand 2011: 1500 [Berechnungsmethode, Quelle: Schätzung BMWFJ]

Wirkungsziel 3:
Bessere Nutzung des in Österreich vorhandenen Potenzials an Fachkräften, insbesondere durch Erhöhung des Anteils von Frauen in Forschung, Technologie und Innovation.
Warum dieses Wirkungsziel?
Österreich weist bei der Verfügbarkeit hoch qualifizierter Arbeitskräfte einen zunehmend kritischen Engpass auf (vgl FEMtech; unter www.femtech.at) Vor allem mangelndes Interesse an technischen und naturwissenschaftlichen Fächern, ein geringer Anteil von Frauen in der Forschung und eine verhältnismäßig schwache Offenheit der Gesellschaft gegenüber Wissenschaft und Technologie stellen Hemmnisse auf dem Weg zum Innovation Leader, also in die Gruppe jener Länder, die an der Wissensgrenze forschen und an der technologischen Grenze produzieren, dar.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Gezielte Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung für Forschung und Innovation (z.B. Lange Nacht der Forschung) sowie für Frauen im Bereich FTI
- Nutzung der Erkenntnisse aus den Programmen w-fFORTE und Laura Bassi Centres bei der Weiterentwicklung von Förderprogrammen (Workshops mit Programmverantwortlichen, Implementierung von gendergerechten Auswahlprozessen)
- Lernen von best-practice- Modellen in Bezug auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie (z.B. Workshops für Programmverantwortliche aus Ressorts und Förderagenturen)
Wie sieht Erfolg aus?
- Anteil von Frauen in leitenden Positionen bei den von der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) im Auftrag des BMWFJ abgewickelten Programmen: Zielzustand 2013: 12%; Istzustand 2011: 11,1%; [Berechnungsmethode: Anteil an Frauen bei Ansprechpersonen Technik und Projektleitung; Quelle: FFG Jahresbericht]
- Beschäftigung in wissensintensiven Bereichen: Zielzustand 2013: 14,8% Istzustand 2011: 14,4%; [Berechnungsmethode: Beschäftigung in wissensintensiven Bereichen in % der Gesamtbeschäftigung; Quelle: Innovation Union Scoreboard der EK]

Untergliederung 33 Wirtschaft (Forschung)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001		
Finanzerträge	0,001		
Erträge	**0,002**		
Transferaufwand	96,108		
Betrieblicher Sachaufwand	1,792		
Aufwendungen	**97,900**		
Nettoergebnis	**-97,898**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,002	0,002	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,002**	**0,002**	
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,792	13,796	2,124
Auszahlungen aus Transfers	96,108	87,004	104,047
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**97,900**	**100,800**	**106,170**
Nettogeldfluss	**-97,898**	**-100,798**	**-106,170**

Untergliederung 33 Wirtschaft (Forschung)
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 33 Wirtschaft (Forsch.)**	GB 33.01 Wirtschaft (Forsch.)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001	0,001
Finanzerträge	0,001	0,001
Erträge	**0,002**	**0,002**
Transferaufwand	96,108	96,108
Betrieblicher Sachaufwand	1,792	1,792
Aufwendungen	**97,900**	**97,900**
Nettoergebnis	**-97,898**	**-97,898**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 33 Wirtschaft (Forsch.)**	GB 33.01 Wirtschaft (Forsch.)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,002	0,002
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,002**	**0,002**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,792	1,792
Auszahlungen aus Transfers	96,108	96,108
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**97,900**	**97,900**
Nettogeldfluss	**-97,898**	**-97,898**

Globalbudget 33.01 Wirtschaft (Forschung)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001		
Finanzerträge	0,001		
Erträge	**0,002**		
Transferaufwand	96,108		
Betrieblicher Sachaufwand	1,792		
Aufwendungen	**97,900**		
Nettoergebnis	**-97,898**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,002	0,002	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,002**	**0,002**	
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,792	13,796	2,124
Auszahlungen aus Transfers	96,108	87,004	104,047
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**97,900**	**100,800**	**106,170**
Nettogeldfluss	**-97,898**	**-100,798**	**-106,170**

Globalbudget 33.01 Wirtschaft (Forschung)

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Förderprogramme und Maßnahmen zur - Verbreiterung der Innovationsbasis; - Stärkung der Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft; - Unterstützung von internationalen Forschungs- und Technologiekooperationen. (Details siehe www.ffg.at/foerderangebot)	- Die Anzahl systematisch F&E&I betreibender Unternehmen steigt auf 2.970. - Der Anteil der Unternehmen, die ihre Forschungstätigkeit ausweiten liegt über 85% (FFG-Datenauswertung). - Die Anzahl von Unternehmen, die eine Forschungstätigkeit neu aufnehmen (FFG-Erstantragsteller) steigt auf 810. - Anteile der innovativen KMU, die mit anderen Partnern zusammenarbeiten (lt. IUS): mehr als 15%.	- Istzustand der Anzahl systematisch F&E&I betreibender Unternehmen 2011: 2.946 - Anteil der Unternehmen, die ihre Forschungstätigkeit ausweiten (FFG-Datenauswertung) Istzustand 2011: 85% - FFG-Erstantragsteller Istzustand 2010: 790 - Anteil der innovativen KMU, die mit anderen Partnern zusammenarbeiten (lt. IUS) 2011: 14.7%
WZ 2	- Optimierung und Vervollständigung der bereits bestehenden Maßnahmen zur Förderung von Unternehmensgründungen und des Unternehmergeistes. - Relaunch Seedfinancing. - Überprüfung Gründer-Technologiescheck (GTS) - Ausbau der Venture-Fonds-Initiativen.	- Die Anzahl der wissens- und forschungsintensiven Neugründungen steigt bis 2020 um jährlich durchschnittlich 3%. Zielzustand 2013: 1.590. - Steigerung der Überlebensrate von Neugründungen: Ein Indikator für die Überlebensrate wird entwickelt.	- Istzustand bei der Anzahl der wissens- und forschungsintensiven Neugründungen 2011: 1500. - Ein Indikator für die Überlebensrate von Neugründen steht derzeit noch nicht zur verfügung.
WZ 3	- Gezielte Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung für Forschung und Innovation sowie für Frauen im Bereich FTI. - Nutzung der Erkenntnisse aus den Programmen w-fFORTE und Laura Bassi Centres bei der Weiterentwicklung von Förderprogrammen. - Lernen von best-practice-Modellen in Bezug auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie.	- Der Anteil von Frauen in leitenden Positionen steigt bei den von der FFG im Auftrag des BMWFJ abgewickelten Programmen auf 12%. - Der Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven Bereichen steigt auf: 14,8%.	- Istzustand beim Anteil von Frauen in leitenden Positionen bei den von der FFG im Auftrag des BMWFJ abgewickelten Programmen 2011: 11,1%. - Istzustand beim Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven Bereichen 2011: 14,4%.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Bündelung der Forschungskompetenzen (Bund 2010/10)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
Die Komeptenzverteilung obliegt dem Gesetzgeber und liegt somit nicht im Ermessen des BMWFJ.

Globalbudget 33.01 Wirtschaft (Forschung)
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 33.01 Wirtschaft (Forsch.)**	DB 33.01.01 Koop. Wiss.-Wirts.	DB 33.01.02 Innov. Tech. Transf.	DB 33.01.03 Grün. innov. Untern.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001		0,001	
Finanzerträge	0,001		0,001	
Erträge	**0,002**		**0,002**	
Transferaufwand	96,108	44,998	34,110	17,000
Betrieblicher Sachaufwand	1,792	0,002	1,790	
Aufwendungen	**97,900**	**45,000**	**35,900**	**17,000**
Nettoergebnis	**-97,898**	**-45,000**	**-35,898**	**-17,000**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 33.01 Wirtschaft (Forsch.)**	DB 33.01.01 Koop. Wiss.-Wirts.	DB 33.01.02 Innov. Tech. Transf.	DB 33.01.03 Grün. innov. Untern.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,002		0,002	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,002**		**0,002**	
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,792	0,002	1,790	
Auszahlungen aus Transfers	96,108	44,998	34,110	17,000
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**97,900**	**45,000**	**35,900**	**17,000**
Nettogeldfluss	**-97,898**	**-45,000**	**-35,898**	**-17,000**

Untergliederung 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir arbeiten für einen Forschungs-, Technologie- und Innovationsstandort Österreich auf hohem Niveau, der mit der Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen die Wettbewerbsfähigkeit des relevanten Teils des österreichischen Unternehmenssektors und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze sichert und den großen Herausforderungen der Zukunft begegnen kann.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**0,008**	**0,008**	**3,064**
Auszahlungen fix	406,100	406,100	382,400	349,891
Summe Auszahlungen	**406,100**	**406,100**	**382,400**	**349,891**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-406,092**	**-382,392**	**-346,827**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	0,005		
Aufwendungen	410,735		
Nettoergebnis	**-410,730**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Steigerung der Forschungs-, Technologie- und Innovations-Intensität (FTI-Intensität) des österreichischen Unternehmenssektors
Warum dieses Wirkungsziel?
Nur mit innovativen Produkten und Dienstleistungen ist eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des österreichischen Unternehmenssektors sowie der Wertschöpfung und damit die verbundene Sicherung und Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze erreichbar. Die Steigerung der Intensität an Forschung, Technologie und Entwicklung intendiert, den Anteil innovativer Produkte und Dienstleistungen in Unternehmen zu erhöhen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Förderung der unternehmensorientierten und außeruniversitären Forschung und Technologieentwicklung durch
- Stärkung der Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere durch Kompetenzzentren (COMET) und spezifisch dafür ausgelegte Programme wie Brückenschlagprogramm der Forschungsförderungsgesellschaft (BRIDGE)
- Förderung innovationsorientierter Forschungs-, Technologie- und Innovations-Kooperationen (FTI-Kooperationen)
- Steigerung der Qualität und Quantität angewandter Forschung entlang der Themen des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT)

Wie sieht Erfolg aus?
Kennzahl 1: Steigerung der Anzahl der Unternehmen im Sektor Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E): Zielzustand 2013: 3.241; Istzustand 2009: 2.946
[Berechnungsmethode: Befragung, F&E durchführende Erhebungseinheiten (Unternehmen); Quelle: F&E-Statistik, Statistik Austria; Erhebung im 2-Jahres-Rhythmus; Berechnung eines Entwicklungspfades entsprechend FTI-Strategie, Ziele laut S.26, Punkt 2: Steigerung bis 2013 um10%; Steigerung bis 2020 um 25%]
Kennzahl 2: Steigerung der Beschäftigten in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E) im Unternehmenssektor: Zielzustand: 43.398 Vollzeitäquivalente (VZÄ); Istzustand 2009: 38.302,9 VZÄ
[Berechnungsmethode: Befragung, Beschäftigte in F&E im Unternehmenssektor; Quelle: F&E-Statistik, Statistik Austria; Erhebung im 2-Jahres-Rhythmus; Berechnung eines Entwicklungspfades basierend auf Entwicklung der VZÄ der Jahre 2006-2010, Annahme einer 3%-igen Steigerung p.a.]

Wirkungsziel 2:
Entwicklung von Technologien für eine moderne, effiziente, leistungsfähige und sichere Infrastruktur zur Bewältigung der großen Zukunftsherausforderungen Klimawandel und Ressourcenknappheit
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Mobilität von Menschen, Gütern und Informationen mit Berücksichtigung ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit zu garantieren, muss als zentrale Zukunftsherausforderung für einen leistungsfähigen Staat angesehen werden. Innovationen sind dabei die Grundlage und die Triebfeder jedes Wirtschaftssystems.

Es bedarf somit moderner Infrastruktur, um einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort zu sichern, Innovationen zu ermöglichen und ökologische, soziale und wirtschaftliche Problemstellungen zukünftig zu bewältigen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

Förderung der unternehmensorientierten und außeruniversitären Forschung und Technologieentwicklung in den Themenbereichen Mobilität, Energie, Produktion und IKT, insbesondere durch

- Stärkung der Struktur und Quantität der außeruniversitären Forschung
- Stärkung des Instruments „Innovationsfördernde öffentliche Beschaffung (IÖB)“
- Schutz des und Generierung eines geeigneten Umfelds für Innovationen

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 1: Steigerung der Vollzeitäquivalente im kooperativen Bereich (Dieser Teilbereich des Unternehmenssektors (der firmeneigene Bereich wird im Rahmen einer eigenen Erhebung erfasst) umfasst Einrichtungen, die hauptsächlich regelmäßig Forschung und Entwicklung für Unternehmen betreiben, unabhängig davon, ob die Einrichtung in der Absicht zur Erzielung eines Ertrages oder sonstigen wirtschaftlichen Vorteils tätig ist): Zielzustand 2013 3.950 VZÄ; Istzustand 2009: 3.625 VZÄ
[Berechnungsmethode: Befragung, Beschäftigte in F&E im Unternehmenssektor; Quelle: F&E-Statistik, Statistik Austria; Erhebung im 2-Jahres-Rhythmus]

Kennzahl 2: Steigerung der Patenterteilungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene: Zielzustand 2013: 5.900 erteilte Patente; Istzustand 2010: 5470 erteilte Patente
[Berechnungsmethode: Berechnung eines Entwicklungspfades basierend auf Entwicklung der vorangegangen Jahre und einer angenommenen Steigerung von 3%, Summe der Ebenen Österreich (ÖPA, erteilte Patente), Europa (EPO, granted patents by Country of residence of the patentee) und Welt (WIPO, Patent grants by country of origin and by office); Quelle: Österreichisches Patentamt Geschäftsbericht, EPO Annual Report und WIPO World Intellectual Property Indicators]

Wirkungsziel 3:

Steigerung der Zahl der Beschäftigten im Bereich Technologie und Innovation mit besonderem Augenmerk auf Erhöhung des Anteils der Frauen.

Warum dieses Wirkungsziel?

Arbeitskräfte im Bereich Technologie und Innovation sind eine Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreich sowie der Unternehmen in Österreich. Neben einer allgemeinen Steigerung der Zahl dieser qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen wird vor allem eine deutliche Erhöhung des derzeit unterdurchschnittlichen Anteils von Frauen auf diesen Arbeitsplätzen angestrebt.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

Zur Erhöhung des Frauenteils im Bereich FTI bedarf es zweierlei Ansätze. Eine rein quantitative Herangehensweise geht davon aus, dass neben dem wirtschaftlichen Nutzen durch eine gesteigerte Zahl an Arbeitskräften im Bereich FTI auch die absolute Zahl an Frauen in diesem Bereich steigt. Dafür sollen primär die weiblichen Beschäftigten beim wissenschaftlichen und höherqualifizierten-nicht-wissenschaftlichen Personal als auch die Quote weiblicher Beschäftigter im Bereich von Entscheidungenpositionen (Jury) in Bezug auf geförderte Forschungsvorhaben erhöht werden. Weiters sollen die Bewertungskriterien von Förderungen zur bevorzugten Förderung von Vorhaben im FTI Bereich nach genderspezifischen Kriterien weiterentwickelt werden.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 1:Erhöhung des Anteils an Frauen beim wissenschaftlichen und höherqualifizierten-nicht-wissenschaftlichen Personal im Unternehmenssektor inklusive kooperativen Bereich in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E): Zielzustand 2013: 18 %; Istzustand 2011: 15,8%
[Berechnungsmethode: Befragung, Anteil der Frauen an den Beschäftigten in F&E nach Durchführungssektoren und Beschäftigtenkategorien; Quelle: F&E-Statistik, Statistik Austria; Erhebung im 2-Jahres-Rhythmus]

Kennzahl 2: Überproportionale Steigerung der weiblichen Beschäftigten in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E) im Unternehmenssektor: Zielzustand 2013: 7400 VZÄ; Istzustand 2011: 6333 VZÄ
[Berechnungsmethode: Befragung, Anteil der Frauen an den Beschäftigten in F&E nach Durchführungssektoren und Beschäftigtenkategorien; Quelle: F&E-Statistik, Statistik Austria; Erhebung im 2-Jahres-Rhythmus; Berechnung eines Entwicklungspfades basierend auf Entwicklung aller VZÄ der Jahre 2006-2010, Annahme einer 4%-igen Steigerung p.a., dies entspricht einer erhöhten Steigerung gegenüber allen VZÄ um 1%]

Untergliederung 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,003		
Finanzerträge	0,002		
Erträge	**0,005**		
Transferaufwand	392,364		
Betrieblicher Sachaufwand	18,371		
Aufwendungen	**410,735**		
Nettoergebnis	**-410,730**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,005	0,006	0,794
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,001	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,001	0,001	2,270
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,008**	**0,008**	**3,064**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	15,371	14,631	10,889
Auszahlungen aus Transfers	390,725	367,765	339,002
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,004	0,004	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**406,100**	**382,400**	**349,891**
Nettogeldfluss	**-406,092**	**-382,392**	**-346,827**

Untergliederung 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 34 VIT (Forschung)**	GB 34.01 FTI
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,003	0,003
Finanzerträge	0,002	0,002
Erträge	**0,005**	**0,005**
Transferaufwand	392,364	392,364
Betrieblicher Sachaufwand	18,371	18,371
Aufwendungen	**410,735**	**410,735**
Nettoergebnis	**-410,730**	**-410,730**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 34 VIT (Forschung)**	GB 34.01 FTI
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,005	0,005
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,001	0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,008**	**0,008**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	15,371	15,371
Auszahlungen aus Transfers	390,725	390,725
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,004	0,004
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**406,100**	**406,100**
Nettogeldfluss	**-406,092**	**-406,092**

Globalbudget 34.01 Forschung, Technologie und Innovation

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,003		
Finanzerträge	0,002		
Erträge	**0,005**		
Transferaufwand	392,364		
Betrieblicher Sachaufwand	18,371		
Aufwendungen	**410,735**		
Nettoergebnis	**-410,730**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,005	0,006	0,794
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,001	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,001	0,001	2,270
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,008**	**0,008**	**3,064**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	15,371	14,631	10,889
Auszahlungen aus Transfers	390,725	367,765	339,002
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,004	0,004	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**406,100**	**382,400**	**349,891**
Nettogeldfluss	**-406,092**	**-382,392**	**-346,827**

Globalbudget 34.01 Forschung, Technologie und Innovation

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Förderung der unternehmensorientierten und außeruniversitären Forschung und Technologieentwicklung durch - Förderung innovationsorientierter Forschungs-, Technologie- und Innovations-Kooperationen (FTI-Kooperationen) - Steigerung der Qualität und Quantität angewandter Forschung entlang der Themen des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) Konkretisierung der Maßnahme: Verweis auf DB 3	Steigerung der Anzahl der Unternehmen im Sektor Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) 2013: 3.241; [Quelle: F&E-Statistik, Statistik Austria]	Anzahl der Unternehmen im Sektor Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) 2009: 2.946
WZ 1	Förderung der unternehmensorientierten und außeruniversitären Forschung und Technologieentwicklung durch - Förderung innovationsorientierter Forschungs-, Technologie- und Innovations-Kooperationen (FTI-Kooperationen) - Steigerung der Qualität und Quantität angewandter Forschung entlang der Themen des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) Konkretisierung der Maßnahme: Verweis auf DB 3	Steigerung der Beschäftigten in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E) im Unternehmenssektor 2013: 43.398 Vollzeitäquivalente (VZÄ); [Quelle: F&E-Statistik, Statistik Austria]	Beschäftigte in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E) 2009: 38.302, 9 VZÄ
WZ 1	Förderung der unternehmensorientierten und außeruniversitären Forschung und Technologieentwicklung durch - Stärkung der Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere durch Kompetenzzentren (COMET) und spezifisch dafür ausgelegte Programme wie Brückenschlagprogramm der Forschungsförderungsgesellschaft (BRIDGE)	Aufrechterhaltung der Anzahl der wissenschaftlichen Publikationen in Kompetenzzentren 2013: 800 [Quelle: Programmmonitoring FFG]	Anzahl der wissenschaftlichen Publikationen in Kompetenzzentren 2012: 800 Publikationen
WZ 1	Förderung der unternehmensorientierten und außeruniversitären Forschung und Technologieentwicklung durch - Stärkung der Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere durch Kompetenzzentren (COMET) und	Aufrechterhaltung der Patentanmeldungen aus Kompetenzzentren 2013: 40 [Quelle: Programmmonitoring]	Patentanmeldungen aus Kompetenzzentren 2012: 40 Patentanmeldungen

	spezifisch dafür ausgelegte Programme wie Brückenschlagprogramm der Forschungsförderungsgesellschaft (BRIDGE) - Förderung innovationsorientierter Forschungs-, Technologie- und Innovations-Kooperationen (FTI-Kooperationen)		
WZ 2	Förderung der unternehmensorientierten und außeruniversitären Forschung und Technologieentwicklung in den Themenbereichen Mobilität, Energie, Produktion und IKT, insbesondere durch - Stärkung der Struktur und Quantität der außeruniversitären Forschung (Konkretisierung der Maßanahme: Verweis auf DB 2)	Steigerung der Vollzeitäquivalente im kooperativen Bereich auf rund 3.950 VZÄ im Jahr 2013. [Quelle: F&E-Statistik, Statistik Austria]	VZÄ im kooperatien Bereich 2009: 3.625 VZÄ
WZ 2	Förderung der unternehmensorientierten und außeruniversitären Forschung und Technologieentwicklung in den Themenbereichen Mobilität, Energie, Produktion und IKT, insbesondere durch - Stärkung des Instruments „Innovationsfördernde öffentliche Beschaffung (IÖB)“	Konkretisierung der Maßnahme: Kennzahl im Aufbau; Implementierung durch die FFG im Zuge der Abwicklung der Förderanträge)	Kennzahl im Aufbau
WZ 2	Förderung der unternehmensorientierten und außeruniversitären Forschung und Technologieentwicklung in den Themenbereichen Mobilität, Energie, Produktion und IKT, insbesondere durch - Schutz des und Generierung eines geeigneten Umfelds für Innovationen	Steigerung der Patenterteilungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene 2013: 5900; [Quelle: Österreichisches Patentamt Geschäftsbericht, EPO Annual Report und WIPO World Intellectual Property Indicators] Nach Rücksprache mit dem ÖPA spiegelt die Kennzahl „Patenterteilungen“ die Entwicklung des geistigen Eigentums wieder. Konkretisierung der Maßnahme: Kennzahl im Aufbau; Implementierung durch die FFG im Zuge der Abwicklung der Förderanträge)	Erteilte Patente auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene 2010: 5470 erteilte Patente
WZ 3	Zur Erhöhung des Frauenteils im Bereich FTI bedarf es zweierlei Ansätze. Eine rein quantitative Herangehensweise geht davon aus, dass neben dem wirtschaftlichen Nutzen durch eine gesteigerte Zahl an Arbeitskräften im Bereich FTI auch die absolute Zahl an Frauen in diesem Bereich steigt. Dafür sollen primär die weiblichen Beschäftigten beim wissenschaftlichen und höherqualifizierten-nicht-	Überproportionale Steigerung der weiblichen Beschäftigten in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E) im Unternehmenssektor 2013: 7400 VZÄ; [Quelle: F&E-Statistik, Statistik Austria	Weibliche Beschäftigte in F&E im Unternehmenssektor 2009: 6.333 VZÄ

	wissenschaftlichen Personal als auch die Quote weiblicher Beschäftigter im Bereich von Entscheidungenpositionen (Jury) in Bezug auf geförderte Forschungsvorhaben erhöht werden. Weiters sollen die Bewertungskriterien von Förderungen zur bevorzugten Förderung von Vorhaben im FTI Bereich nach genderspezifischen Kriterien weiterentwickelt werden.		
WZ 3	Zur Erhöhung des Frauenteils im Bereich FTI bedarf es zweierlei Ansätze. Eine rein quantitative Herangehensweise geht davon aus, dass neben dem wirtschaftlichen Nutzen durch eine gesteigerte Zahl an Arbeitskräften im Bereich FTI auch die absolute Zahl an Frauen in diesem Bereich steigt. Dafür sollen primär die weiblichen Beschäftigten beim wissenschaftlichen und höherqualifizierten-nicht-wissenschaftlichen Personal als auch die Quote weiblicher Beschäftigter im Bereich von Entscheidungenpositionen (Jury) in Bezug auf geförderte Forschungsvorhaben erhöht werden. Weiters sollen die Bewertungskriterien von Förderungen zur bevorzugten Förderung von Vorhaben im FTI Bereich nach genderspezifischen Kriterien weiterentwickelt werden.	Erhöhung des Anteils an Frauen beim wissenschaftlichen und höherqualifizierten-nichtwissenschaftlichen Personal im Unternehmenssektor inklusive kooperativen Bereich in Forschung und experimenteller Entwicklung 2013: 18%; [Quelle: Statistik Austria]	Anteil an Frauen 2009: 15,8 %

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1.Einrichtung einer bundesweiten Forschungsförderungsdatenbank (Bund 2010/10)
2. Erstellung einer Compliance-Richtlinie zur Verhinderung von Mehrfach-förderungen und Quersubventionierungen (Bund 2011/3)
3. Fortsetzung des 2009 eingeschlagenen Weges einer leistungsorientierten Basismittelvergabe an die Austrian Institute of Technology GmbH (Bund 2011/3)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Seitens bmvit wird auf die Ressortstellungnahme im Rahmen der Prüfung, siehe dazu die angeführten Berichte des RH, sowie auf die Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum) verwiesen:
1: siehe RH-Bericht 2010/10, S. 130 und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)
2: siehe RH-Bericht 2011/3, S. 60 und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)
3: siehe RH-Bericht 2011/3, S. 54 und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)

Globalbudget 34.01 Forschung, Technologie und Innovation
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 34.01 FTI**	DB 34.01.01 Int. Kooperation	DB 34.01.02 FTI-Infrastruktur	DB 34.01.03 FTI-Förderung
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,003			0,003
Finanzerträge	0,002		0,001	0,001
Erträge	**0,005**		**0,001**	**0,004**
Transferaufwand	392,364	58,545	64,659	269,160
Betrieblicher Sachaufwand	18,371			18,371
Aufwendungen	**410,735**	**58,545**	**64,659**	**287,531**
Nettoergebnis	**-410,730**	**-58,545**	**-64,658**	**-287,527**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 34.01 FTI**	DB 34.01.01 Int. Kooperation	DB 34.01.02 FTI-Infrastruktur	DB 34.01.03 FTI-Förderung
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,005		0,001	0,004
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002		0,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,001			0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,008**		**0,003**	**0,005**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	15,371			15,371
Auszahlungen aus Transfers	390,725	58,545	63,475	268,705
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,004		0,004	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**406,100**	**58,545**	**63,479**	**284,076**
Nettogeldfluss	**-406,092**	**-58,545**	**-63,476**	**-284,071**

Untergliederung 40 Wirtschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
In den Jahren besonderer wirtschaftlicher Herausforderungen ist es wichtig, in der Zukunft Wachstumsimpulse zu setzen. Die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Österreich ist angesichts der globalen Konkurrenz eine wesentliche Herausforderung der nächsten Jahre.
Das Ziel des BMWFJ ist es, den Wirtschaftsstandort Österreich weiter zu verbessern, Wachstum zu forcieren und einen stabilen Aufschwung sicherzustellen.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**148,662**	**170,475**	**200,052**
Auszahlungen fix	421,370	421,370	445,480	408,739
Summe Auszahlungen	**421,370**	**421,370**	**445,480**	**408,739**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-272,708**	**-275,005**	**-208,687**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	148,234		
Aufwendungen	457,713		
Nettoergebnis	**-309,479**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen insbesondere kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU) und Tourismusunternehmen und Förderung des Unternehmergeistes
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Wachstumsdynamik kleiner, offener Volkswirtschaften - wie auch Österreichs - weist eine besonders starke Abhängigkeit von internationalen Entwicklungen auf. Sowohl kurzfristig auftretende externe Impulse als auch längerfristige Trends erfordern hohe Anpassungsleistungen. Unterstützung durch Verbesserung der Wachstumsbedingungen des Unternehmenssektors sowie Förderung von Unternehmensgründungen anzubieten, erhöht kurz- und langfristig Beschäftigungschancen, Wertschöpfung und Einkommen. Dabei muss insbesondere beachtet werden, dass rund 99,6% der österreichischen Unternehmen KMU sind. Um die weitere Internationalisierung und die Wettbewerbsfähigkeit des österreichischen Tourismus zu sichern und auszubauen, bedarf es verstärkter Bemühungen in den Bereichen Marketing und Qualität des Angebots.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Investitions- und Innovationsförderung, Zugang und Erleichterung von Finanzierung für Klein- und Mittelbetriebe (KMU)
- Forcierung von Unternehmensgründungen
- Verbesserung des Risikokapitalmarktes, um die Eigenkapitalsituation der österreichischen Unternehmen zu verbessern
- Aktivitäten der Österreich Werbung (www.autria.info/at)
- Förderung der kleinstrukturierten heimischen Tourismusbetriebe über die Österreichische Hotel- und Tourismusbank Gmbh
- Unterstützung österreichischer Umwelt- und Energietechnologien und deren Einsatz zur Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz durch strategische Planung und Ausrichtung nachhaltiger innovationsfördernder Rahmenbedingungen

Wie sieht Erfolg aus?
Indikatorenset Unternehmensentwicklung:
- Stabilisieren und Steigern des in den letzten Jahren schwankenden Unternehmensneugründungsniveaus über den Median der Jahre 2011 bis 2013: Zielzustand 2013: 28.000; Istzustand 2009: 28.000 [Berechnungsmethode: Anzahl der jährlichen Unternehmensneugründungen; Quelle: Statistik der Unternehmensdemographie, Statistik Austria]
- Aufhalten des sinkenden Trends der Überlebensrate von Unternehmen (bezogen auf 3 Jahre nach Neugründung); Zielzustand 2013: 69,5%; Istzustand 2009 69,5% [Berechnungsmethode: Überlebensrate von neu gegründeten Unternehmen, bezogen auf 3 Jahre nach Neugründung; Quelle: Statistik der Unternehmensdemographie, Statistik Austria]
- Halten der Beschäftigung bei Unternehmen (bezogen auf 3 Jahre nach Neugründung); Zielzustand 2013: 2,36 Beschäftigte pro überlebenden neugegründeten Unternehmen nach 3 Jahren; Istzustand 2009: 2,36 Beschäftigte pro überlebenden neugegründeten Unternehmen nach 3 Jahren; [Berechnungsmethode: Anzahl der Beschäftigten pro überlebenden neugegründeten Unternehmen nach 3 Jahren; Quelle: Statistik der Unternehensdemographie, Statistik Austria]

- Tourismus: Reduktion der Abhängigkeit von den drei größten Herkunftsmärkten (Deutschland, Österreich, Niederlande): Zielzustand 2013: 28%; Istzustand 2011: 27% [Berechnungsmethode: Anteil an Gesamtnächtigungen von Gästen, die nicht aus Deutschland, Österreich und den Niederlanden kommen; Quelle: Statistik Austria]

Wirkungsziel 2:
Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes, Verbesserung des unternehmensfreundlichen Umfeldes insbesondere Forcierung des Wettbewerbs, Erhalt und kulturtouristische Präsentation des historischen Erbes
Warum dieses Wirkungsziel?
Der internationale Standortwettbewerb wird ständig intensiviert. Daher muss der Wirtschaftsstandort laufend verbessert und international beworben werden. Außerdem muss er an neue Herausforderungen angepasst werden, zu denen insbesondere der Umbau hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft zählt. Das bedingt auch die effiziente Nutzung aller Ressourcen und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, zur Sicherung von Beschäftigung und sozialer Stabilität. Durch frühzeitige Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen können die Unternehmen langfristig Vorteile im internationalen Wettbewerb erhalten. Wettbewerb verhindert Monopolrenten, fördert Angebotsvielfalt, Innovationen und Investitionen. Die Wachstumsdynamik kleiner, offener Volkswirtschaften - wie auch Österreichs - weist eine besonders starke Abhängigkeit von internationalen Entwicklungen, wie auch anderen externen Faktoren (z.B. demographische Entwicklungen) auf. Sowohl kurzfristig auftretende externe Impulse als auch längerfristige Trends erfordern hohe Anpassungsleistungen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Aufrechterhaltung und Sicherung des Wettbewerbs durch Wettbewerbskontrolle und aktive Marktbeobachtung
- Standortmarketing, umfassendes Service für internationale Investoren (Austrian Business Agency - ABA)
- Nachhaltige, strukturelle Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen und Fortentwicklung von sicherheits- und umwelttechnischen Regelungen
- Modernisierung der Berufsausbildung/Attraktivierung der Lehre
- Mitwirkung an der Stärkung des Prinzips "Think Small First" (als Grundprinzip des "Small Business Act")
- Verbesserung und Weiterentwicklung der Geodaten- und Messtechnikinfrastruktur
- Festlegung und Umsetzung der Klimaziele im Einklang mit einem nachhaltigen Wachstum und dem Erhalt der industriellen Basis
Wie sieht Erfolg aus?
Indikatorenset Betriebsansiedelungen
- Halten der Betriebsansiedelungen über den Median der letzten 10 Jahre (155): Zielzustand 2013: Mehr als 183; Istzustand 2011: 183 [Berechnungsmethode: Median über die Anzahl der durch Vermittlung der ABA erzielten Betriebsansiedelungen der letzten 10 Jahre [2002 - 2011]; Quelle: Jährlicher Geschäftsbericht der Austrian Business Agency]
- Halten der Anzahl der Beschäftigten bei neuen Betriebsansiedlungen über den Median der letzten 10 Jahre (1.630): Zielzustand 2013: Mehr als 1.822; Istzustand 2011: 1.822 [Berechnungsmethode: Median über die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze in durch Vermittlung der ABA angesiedelten Unternehmen [Betriebsansiedelungen] der letzten 10 Jahre [2002 - 2011]; Quelle: Jährlicher Geschäftsbericht der Austrian Business Agency]

- Zahl der Lehrlinge unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung: Zielzustand 2013: 37,9% oder mehr; Istzustand 2011: gesamt 37,9% (47,3% männlich, 28,1% weiblich) [Berechnungsmethode: Prozentueller Anteil der Lehrlinge am Altersjahrgang der 15. Jährigen jeweils zum 31.12.; Quelle: Lehrlingsstatistik der WKO]

Wirkungsziel 3:
Stärkung der österreichischen Außenwirtschaft
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Österreichische Außenwirtschaft trägt wesentlich zu Wachstum und Beschäftigung bei und sichert damit Wohlstand. Im langjährigen Schnitt wird rund ein Drittel des Wirtschaftswachstums durch Nettoexporte von Waren und Dienstleistungen generiert. Knapp ein Drittel aller Arbeitsplätze, mehr als eine Million, hängt direkt oder indirekt von Exporten ab; eine zusätzliche Million Euro an Exporten schafft 8 Arbeitsplätze. Exportieren macht österreichische Unternehmen auch stärker: Eine FIW-Studie (Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft) zeigt, dass Exportfirmen nicht nur, gemessen an Umsatz und Beschäftigung, größer sind als nicht-exportierende Firmen, sondern auch im Schnitt mehr investieren, produktiver sind und höhere Löhne zahlen. Die Außenwirtschaft ist so Motor für eine zukunftsorientierte und innovative österreichische Wirtschaft. (http://www.fiw.ac.at/)
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Verbesserung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die Instrumente der Internationalisierungsoffensive, insbes. das von der Außenwirtschaftsorganisation (AWO) der WKO umgesetzte Maßnahmenpaket go-international (www.go-international.at)
- Etablierung der "Marke Österreich" (Nation Branding) zur Imagestärkung und Ermöglichung eines einheitlichen Außenauftritts

- Implementierung einer neuen serviceorientierten Außenwirtschaftskontrolle (Schwerpunkt Export)

Wie sieht Erfolg aus?

- Erhöhung der Exportquote; Zielzustand 2013: 60,9%; Istzustand 2011 (Prognose): 57,0% [Berechnungsmethode: Anteil der (Waren- und Dienstleistungs)Exporte am BIP in Prozent; Quelle: FIW (Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft)]
- Steigerung der Anzahl exportierender österreichischer Unternehmen; Zielzustand 2013: 43.000; Istzustand 2011: 41.000 [Berechnungsmethode: Schätzung der exportierenden Unternehmen; Quelle: WKÖ]

Wirkungsziel 4:

Stärkung der Versorgungssicherheit und Entwicklung der Ressourceneffizienz bei Energie und mineralischen Rohstoffen

Warum dieses Wirkungsziel?

Die Gewährleistung der Sicherheit bei der Versorgung mit Ressourcen ist eine Grundvoraussetzung für standortpolitische Entscheidungen, für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die Erhaltung der sozialen Tragfähigkeit. Ebenso von Bedeutung für die Wohlstandssicherung ist die Entwicklung eines nachhaltigen Energiesystems. Die Verfolgung dieses Ziels erfolgt insbesondere in Umsetzung der - im Einklang mit den EU-Zielvorgaben erarbeiteten - Energiestrategie Österreich.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Vorlage des Entwurfs eines Energieeffizienzgesetzes
- Intensivierung der Ökostromförderung
- Ausbau des Fernwärme- und Fernkälteleitungssystems
- Information und Bewusstseinsbildung (z.B. Pakt für Energieeffizienz, Rohstoffallianz)
- Stärkung der Förderung im Haushalts- und betrieblichen Bereich
- Fortführung der Thermischen Sanierung

Wie sieht Erfolg aus?

- Verringerung der Nettoimporttangente: Zielzustand 2013: 59%; Istzustand 2010: 61,7% [Berechnungsmethode: Quotient aus Importsaldo und Bruttoinlandsverbrauch; Quelle: Statistik Austria]
- Erhöhung des Anteiles erneuerbarer Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch mit dem Zielwert 34% in 2020: Zielzustand 2013: 31,5%; Istzustand 2010: 30,8% [Berechnungsmethode: Bruttoendenergieverbrauch errechnet sich aus dem energetischen Endverbrauch, dem Verbrauch von Strom und Fernwärme des Sektors Energie und den Transportverlusten von Strom und Fernwärme; Quelle: Statistik Austria]
- Stabilisierung des Energieverbrauches auf dem Niveau des Jahres 2005: Zielzustand 2013: 1110 PJ; Istzustand 2010: 1119PJ [Berechnungsmethode: Energetischer Endverbrauch ist die Energiemenge, die dem Verbraucher/der Verbraucherin für die Umsetzung in Nutzenergie (u.a. Raumheizung, Beleuchtung, mechanische Arbeit) zur Verfügung gestellt wird; Quelle: Statistik Austria]

Wirkungsziel 5:

Förderung von Frauen in Unternehmen, insbesondere Erhöhung des Frauenanteils in staatsnahen Betrieben (Management-, Vorstands-, bzw. Aufsichtsratspositionen) und Stärkung von deren Führungskompetenz (Gleichstellungsziel)

Warum dieses Wirkungsziel?

Der privatwirtschaftliche Sektor soll auf die positiven ökonomischen Effekte, die durch eine stärkere Einbindung von Frauen in führende Positionen erzielt werden, aufmerksam gemacht werden. Mit der Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten staatsnaher Betriebe kommt dem Staat eine Vorbildwirkung zu. Neben den erhöhten Karrierechancen für Frauen wirkt sich eine Frauenquote in Aufsichtsräten positiv auf die Stärkung des Wettbewerbes und des Standortes Österreich aus. Von dem Wegfall der sogenannten "gläsernen Decke" profitieren nicht nur Frauen, sondern auch Unternehmen, da Frauen andere Zugänge zu Themen und Entscheidungen mit sich bringen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Quotenregelung in staatsnahen Betrieben an denen der Bund mit 50 % und mehr beteiligt ist
- Lancierung des Führungskräfteprogramms "Zukunft.Frauen" durch Qualitätssicherung des Programms und Bewerbung
- Etablierung der öffentlich zugänglichen Aufsichtsrätinnen-Datenbank als Rechercheinstrument für Personalentscheidungen durch Bewerbung
(https://www.zukunft-frauen.at/app/Eingabe.aspx)

Wie sieht Erfolg aus?

- Frauenanteil an der Bundesquote der Aufsichtsratsgremien von Unternehmen an denen der Bund mit 50 % und mehr beteiligt ist und die im Bereich (Eigentümervertretung) des BMWFJ liegen; Zielzustand (2013): 25 % Aufsichtsrätinnen in 6 (75%) von 8 Unternehmen (an denen der Bund mit 50 % und mehr beteiligt ist und die im Bereich [Eigentümervertretung] des BMWFJ liegen); Istzustand (2011): 25% Ausichtsrätinnen in 3 von 8 Unternehmen (an denen der Bund mit 50 % und mehr beteiligt ist und die im Bereich [Eigentümervertretung] des BMWFJ liegen). [Berechnungsmethode: Anteil der Frauen an der Bundesquote der Aufsichtsratsgremien von Unternehmen an denen der Bund mit 50 % und mehr beteiligt ist; Quelle: Ministerratsbeschluss 139/11]

- Teilnehmerinnen am Führungskräfteprogramm "Zukunft.Frauen"; Zielzustand (2013): 60 Absolventinnen; Istzustand (2011): 45 Absolventinnen; (Berechnungsmethode: Anteil der Teilnehmerinnen am Führungskräfteprogramm; Quelle: Anzahl der ausgestellten Diplome)
- Registrierungen in der Aufsichtsrätinnendatebank: Zielzustand (2013): >199 Registrierungen; Istzustand (2011): 199 Registrierungen; (Berechnungsmethode: Anzahl der Registrierungen in der Aufsichtsrätinnendatenbank; Quelle: Aufsichtsrätinnendatenbank)

Untergliederung 40 Wirtschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	148,185		
Finanzerträge	0,049		
Erträge	**148,234**		
Personalaufwand	141,905		
Transferaufwand	162,946		
Betrieblicher Sachaufwand	152,860		
Finanzaufwand	0,002		
Aufwendungen	**457,713**		
Nettoergebnis	**-309,479**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	147,719	169,487	197,424
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,034	0,035	1,202
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,909	0,953	1,425
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**148,662**	**170,475**	**200,052**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	237,466	247,977	224,103
Auszahlungen aus Transfers	162,946	174,880	133,199
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	20,447	22,092	51,122
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,511	0,531	0,314
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**421,370**	**445,480**	**408,739**
Nettogeldfluss	**-272,708**	**-275,005**	**-208,687**

Untergliederung 40 Wirtschaft
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 40 Wirtschaft**	GB 40.01 Steuerung u.Services	GB 40.02 Transfer. Wirtschaft	GB 40.03 Eich- u.Vermessungsw.	GB 40.04 Historische Objekte
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	148,185	1,453	128,564	7,807	10,361
Finanzerträge	0,049	0,003	0,044		0,002
Erträge	**148,234**	**1,456**	**128,608**	**7,807**	**10,363**
Personalaufwand	141,905	67,447		66,803	7,655
Transferaufwand	162,946	0,023	162,782	0,041	0,100
Betrieblicher Sachaufwand	152,860	18,829	39,169	18,200	76,662
Finanzaufwand	0,002				0,002
Aufwendungen	**457,713**	**86,299**	**201,951**	**85,044**	**84,419**
Nettoergebnis	**-309,479**	**-84,843**	**-73,343**	**-77,237**	**-74,056**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 40 Wirtschaft**	GB 40.01 Steuerung u.Services	GB 40.02 Transfer. Wirtschaft	GB 40.03 Eich- u.Vermessungsw.	GB 40.04 Historische Objekte
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	147,719	1,454	128,094	7,809	10,362
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,034	0,009	0,002	0,014	0,009
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,909	0,244	0,534	0,116	0,015
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**148,662**	**1,707**	**128,630**	**7,939**	**10,386**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	237,466	84,718	38,834	82,464	31,450
Auszahlungen aus Transfers	162,946	0,023	162,782	0,041	0,100
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	20,447	0,499	0,002	1,194	18,752
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,511	0,310	0,001	0,176	0,024
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**421,370**	**85,550**	**201,619**	**83,875**	**50,326**
Nettogeldfluss	**-272,708**	**-83,843**	**-72,989**	**-75,936**	**-39,940**

Globalbudget 40.01 Steuerung und Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,453		
Finanzerträge	0,003		
Erträge	**1,456**		
Personalaufwand	67,447		
Transferaufwand	0,023		
Betrieblicher Sachaufwand	18,829		
Aufwendungen	**86,299**		
Nettoergebnis	**-84,843**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,454	1,601	2,057
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,009	0,009	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,244	0,289	0,197
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,707**	**1,899**	**2,255**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	84,718	90,667	77,489
Auszahlungen aus Transfers	0,023	0,123	2,994
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,499	0,608	0,493
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,310	0,330	0,128
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**85,550**	**91,728**	**81,103**
Nettogeldfluss	**-83,843**	**-89,829**	**-78,848**

Globalbudget 40.01 Steuerung und Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1, 2, 3 und 4	Unterstützung von Fachanwendungen durch Bereitstellung einer aufgabenadäquaten und zeitgemäßen IT-Infrastruktur im Backoffice-Bereich (d.h. Server-, Storage Area Network- und Netzwerk-Erneuerung, sowie Internet Protocoll Version 4 (IPv4)/IPv6 - Betrieb)	Durchgreifende Erneuerung der Server- und Netzwerkinfrastruktur und Datenmigration auf aktuelle Hardware- und Software-Technologien im Jahr 2013; Erreichbarkeit der BMWFJ-Homepage und von BMWFJ-Applikationen sowohl über IPv4- als auch über IPv6-Adressen möglich.	Istzustand 2012: IPv6-Erreichbarkeit ist derzeit nicht gegeben; Periodische Erneuerung der IT-Infrastruktur zum Erhalt/Steigerung der Leistungsfähigkeit der unterstützten Backoffice-Services
WZ 1, 2, 3 und 4	Bereitstellung einer hochqualitativen IT-Benutzer/innen- und Systembetreuung, um die Fachabteilungen bei einer effizienten Aufgabenerbringung bestmöglich zu unterstützen.	Verringerung der Fehleranfälligkeit bei Systemänderungen und Verkürzung der Entstörzeiten bei IT-Problemen; Zielzustand 2013: Sofortlösungsrate am Helpdesk von 75%.	Istzustand 2011: Sofortlösungsrate am Helpdesk liegt im Schnitt bei 66%.
WZ 1, 2, 3, 4 und 5	Durchführung von internen und externen Ausbildungsmaßnahmen zur weiteren Qualifizierung der Bediensteten.	Es wird eine hohe Qualifizierung der Bediensteten angestrebt. Ein breites Angebot an fachspezifischen Ausbildungsmaßnahmen soll dabei unterstützen. - Ausbildungstage je Mitarbeiter/in: Zielzustand 2013: Eine moderate Erhöhung der Ausbildungstage der Mitarbeiter/innen wird angestrebt. - Anteil von Frauen an Ausbildungsmaßnahmen: Zielzustand 2013: Eine konstante Frauenquote von 50% bei Ausbildungsmaßnahmen wird angestrebt.	- Ausbildungstage je Mitarbeiter/in: Istzustand 2011: 1,46 Ausbildungstage je Mitarbeiter/in. - Anteil von Frauen an Ausbildungsmaßnahmen: Istzustand 2011: Der Anteil der Frauen an der Grundausbildung beträgt ca. 46% und an den Fortbildungsveranstaltungen ca. 56%.
WZ 1, 2, 3 und 4	Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung, um die Leistungsfähigkeit und Motivation der Bediensteten zu erhalten bzw. zu unterstützen.	- Eine möglichst hohe Quote von Teilnahmen (tatsächlich in Anspruch genommene Angebote) an Maßnahmen (gesetzliche, primär präventive und informative Maßnahmen) der betrieblichen Gesundheitsförderung wird angestrebt. Zielzustand 2013: Anzahl der Teilnahmen mindestens auf dem Niveau der Kopfquote der chäftigten (Gesamtanzahl der Bediensteten im Ressort) halten auch bei zunehmenden budgetären Einschränkungen - Teilnahmequote von mind. 50% der Frauen soll gesichert bleiben,	Das BMWFJ wurde bereits mit dem Gütesiegel des "Österreichischen Netzwerks Betriebliche Gesundheitsförderung" (BGF) ausgezeichnet. Diesen Standard gilt es bis zur Rezertifizierung zu erhalten. Aufgrund der Evaluierung der Arbeitsplätze, den Ergebnissen von Befragungen, den Vorschlägen der Präventivkäfte, der Personalvertretung oder konkreten Einzel-Anfragen werden die einzelnen Maßnahmen ausgewählt, geplant und umgesetzt. - Teilnahmequote: Istzustand

		wobei gleichzeitig ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen anzustreben ist.	2011: Teilnahmequote entspricht dzt. dem 1,3-fachen der Kopfquote der Bediensteten. - Teilnahmequote von Frauen: Istzustand 2011: Dzt beträgt der Anteil teilnehmender Frauen ca. 69%.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Ausarbeitung von Vorschlägen für gesetzliche Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung im Zusammenhang mit der Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte (Bund 2011/8)
2. Entwicklung eines langfristigen Zielnetzes für den Bereich elektrische Energie (Bund 2011/8)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
Zu 1.: Die ÖREK (Österreichische Raumordnungskonferenz)-Partnerschaft „Flächenfreihaltung für linienhafte Infrastrukturvorhaben“ hat u.a. zum Ziel, Vorschläge für gesetzliche Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung für linienhafte Infrastrukturvorhaben auszuarbeiten.
Zu 2.: Ein "langfristiges Zielnetz" für den Bereich elektrische Energie ist im Rahmen des ElWOG 2010, BGBl I Nr 110/2010, welches am 23.12.2010 im Bundesgesetzblatt kundgemacht wurde, vorgesehen (§ 37 ElWOG 2010). Daneben noch ein zweites langfristiges Zielnetz aufzubauen, erscheint nicht sinnvoll.

Globalbudget 40.01 Steuerung und Services
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 40.01 Steuerung u.Services**	DB 40.01.01 Zentralstelle	DB 40.01.02 BMobV	DB 40.01.03 BWB	DB 40.01.04 Beschuss-wesen
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,453	0,758	0,150	0,211	0,114
Finanzerträge	0,003	0,002	0,001		
Erträge	**1,456**	**0,760**	**0,151**	**0,211**	**0,114**
Personalaufwand	67,447	61,891	1,420	2,108	0,469
Transferaufwand	0,023	0,023			
Betrieblicher Sachaufwand	18,829	15,772	0,954	0,783	0,473
Aufwendungen	**86,299**	**77,686**	**2,374**	**2,891**	**0,942**
Nettoergebnis	**-84,843**	**-76,926**	**-2,223**	**-2,680**	**-0,828**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 40.01 Steuerung u.Services**	DB 40.01.01 Zentralstelle	DB 40.01.02 BMobV	DB 40.01.03 BWB	DB 40.01.04 Beschuss-wesen
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,454	0,759	0,150	0,211	0,114
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,009	0,005	0,001	0,001	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,244	0,217	0,010	0,011	0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,707**	**0,981**	**0,161**	**0,223**	**0,116**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	84,718	76,336	2,220	2,868	0,902
Auszahlungen aus Transfers	0,023	0,023			
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,499	0,193	0,246	0,030	0,025
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,310	0,266	0,015	0,018	0,003
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**85,550**	**76,818**	**2,481**	**2,916**	**0,930**
Nettogeldfluss	**-83,843**	**-75,837**	**-2,320**	**-2,693**	**-0,814**

DB 40.01.05 Bundesvergabeamt
0,220
0,220
1,559
0,847
2,406
-2,186

DB 40.01.05 Bundesvergabeamt
0,220
0,001
0,005
0,226
2,392
0,005
0,008
2,405
-2,179

Globalbudget 40.02 Transferleistungen an die Wirtschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	128,564		
Finanzerträge	0,044		
Erträge	**128,608**		
Transferaufwand	162,782		
Betrieblicher Sachaufwand	39,169		
Aufwendungen	**201,951**		
Nettoergebnis	**-73,343**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	128,094	149,952	171,816
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	0,499
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,534	0,533	1,037
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**128,630**	**150,487**	**173,351**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	38,834	40,274	38,209
Auszahlungen aus Transfers	162,782	174,630	130,177
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,001	0,001	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**201,619**	**214,907**	**168,386**
Nettogeldfluss	**-72,989**	**-64,420**	**4,965**

Globalbudget 40.02 Transferleistungen an die Wirtschaft

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Umsetzung der Tourismusstrategie als Leitfaden zur Internationalisierung sowie Sicherung und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit des österreichischen Tourismus durch Ausbau des Tourismusmarketing durch Aktivitäten der Österreich Werbung und gezielte Förderung der kleinstrukturierten heimischen Tourismusbetriebe über die Österreichische Hotel- und Tourismusbank Gesellschaft m.b.H.	Erhöhung des Anteils an Gesamtnächtigungen von Gästen, die nicht aus Deutschland, Österreich und den Niederlanden kommen, auf 28% und damit weitere Diversifikation der Herkunftsmärkte.	Istzustand 2011: Der Anteil der drei wichtigsten Herkunftsmärkte (Deutschland, Österreich, Niederlande) an den Gesamtnächtigungen beträgt rund 73%. Dies bedeutet, dass 27% der Gäste aus anderen Herkunftsmärkten kommen.
WZ 2	Erstellung und Weiterentwicklung von Berufsbildern und Entwicklung von Instrumentarien zur Unterstützung für die Unternehmen bei der Lehrlingsausbildung sowie Förderung der Aufhebung der geschlechtsspezifischen Segregation des Lehrstellenmarktes.	- Zahl der Lehrlinge unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung: Zielzustand 2013: 37,9% oder mehr. - Anteil der drei häufigsten Lehrberufe an der Gesamtzahl der weiblichen Lehrlinge; Zielzustand 2013: weniger als 47,9%.	Istzustand 2011: gesamt 37,9% (männlich: 47,3%; weiblich: 28,1%) [Berechnungsmethode: Prozentueller Anteil der Lehrlinge am Altersjahrgang der 15. Jährigen jeweils zum 31.12.; Quelle: Lehrlingsstatistik der WKO] - Anteil der drei häufigsten Lehrberufe an der Gesamtzahl der weiblichen Lehrlinge; Istzustand 2011: 47,9%.
WZ 3	Im Rahmen der Internationalisierungsoffensive (derzeit IO III)/"go international" (www.go-international.at) werden, eingeteilt in 5 Clustern, österreichischen Unternehmen 36 Förderinstrumente angeboten. Durch die bereitgestellten Fördermittel sollen österreichische Exporteure und Investoren Unterstützung bei deren erfolgreicher Präsenz auf dem internationalen Markt erhalten.	- Steigerung der Anzahl exportierender österreichischer Unternehmen, Zielzustand 2013: 43.000. - Unterstützung von 300 österreichischen Investoren bei der Erschließung von Auslandsmärkten.	- Die IO III läuft bis zum 31.3.2012; eine Weiterführung des Förderprogrammes, im Rahmen einer IO IV wird auf Grund des Evaluierungsergebnisses der IO I und II, sowie der vorliegenden Halbzeitbilanz IO III empfohlen, hängt jedoch von der Budgetsituation Ende 2012 ab. - Anzahl der exportierenden österreichischen Unternehmen, Istzustand 2011: 41.000.
WZ 4	Vorlage des Entwurfs eines Energieeffizienzpakets unter Berücksichtigung von EU-Aspekten.	- Verringerung der Nettoimporttangente: Zielzustand 2013: 59%; - Stabilisierung des Energieverbrauches auf dem Niveau des Jahres 2005 (bis 2020 1100 PJ): Zielzustand 2013: 1110 PJ	- Verringerung der Nettoimporttangente: Istzustand 2010: 61,7% [Berechnungsmethode: Quotient aus Importsaldo und Bruttoinlandsverbrauch; Quelle: Statistik Austria] - Energieverbrauch Istzustand 2010: 1119PJ [Berechnungsmethode: nergetischer Endverbrauch ist die Energiemenge, die dem Verbraucher/der Verbraucherin

			für die Umsetzung in Nutzenergie (u.a. Raumheizung, Beleuchtung, mechanische Arbeit) zur Verfügung gestellt wird; Quelle: Statistik Austria]
WZ 1	Fortführung und Anpassung der bestehenden Förderungsprogramme zum Aufbau von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung mit Fokus auf KMU (kleinere und mittlere Unternehmen); Förderoffensive des Bundes für die Thermische Sanierung: forciert Energiesparen, Klimaschutz, Wachstum und Arbeitsplätze.	- Abschluss aws-Mehrjahresprogramm und Teilnahme von KMU-FG (KMU-Förderungsgesetz) an den Strukturfonds 2014+. - Ausgelöste Investitionsvolumina bei KMU im Jahr 2013: ca. 444 Mio. Euro. - Jährliche Bruttoinvestitionen der geförderten Gründer mind. doppelt so hoch wie Unternehmen mit 0-9 Mitarbeiter/innen [Basis Stat. Austria]. - Weiterführung und Anpassung der Kriterien an aktuelle Entwicklungen und Schwerpunkte der Förderoffensive thermische Sanierung.	- Im Hinblick auf das Mehrjahresprogramm der aws (2014-2016) und die Strukturfondsperiode 2014-2020 sind förderungspolitische Weichenstellungen vorzunehmen. - Ausgelöste Investitionsvolumina bei KMU im Jahr 2011: ca. 449 Mio. Euro. - Jährliche Bruttoinvestitionen von Unternehmen mit 0-9 MA: 26.000 Euro (Basis Leistungs- und Strukturstatistik Statistik Austria 2010). - Bisherige Förderoffensiven für die Thermische Sanierung 2009, 2011 und 2012.
WZ 5	Hebung des Frauenanteils an der Bundesquote der Aufsichtsratsgremien von Unternehmen, an denen der Bund mit 50 % und mehr beteiligt ist und die im Bereich (Eigentümervertretung) des BMWFJ liegen.	Zielzustand 2013: Hebung auf 25% Aufsichtsrätinnen in 6 (75%) von 8 Unternehmen (an denen der Bund mit 50 % und mehr beteiligt ist und die im Bereich [Eigentümervertretung] des BMWFJ liegen)	Istzustand 2011: 25% Aufsichtsrätinnen in 3 von 8 Unternehmen (an denen der Bund mit 50 % und mehr beteiligt ist und die im Bereich [Eigentümervertretung] des BMWFJ liegen)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Priorisierung der in der Energiestrategie Österreich vorgesehenen Maßnahmen nach ihrem Kosten–Nutzen–Verhältnis (Bund 2011/5)
2. Anstreben gesetzlicher Grundlagen zur Sicherung von Leitungstrassen (Bund 2011/8)
3. Unterlegung der Arbeitsschwerpunkte der Österreich Werbung mit quanti-fizierbaren Zielgrößen (Bund 2011/8)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu 1.: Ein entsprechendes Monitoring- und Evaluierungssystem von Energieeffizienzmaßnahmen wurde im Rahmen der Endenergieeffizienz-Richtlinie (2006/32/EG) innerösterreichisch etabliert. Dieses System wird laufend adaptiert.
Zu 2.: Eine Freihaltung der entsprechenden Flächen in der Flächenwidmung würde eine frühzeitige, räumlich detaillierte Festlegung von Trassen in der Infrastrukturplanung erfordern, was in den derzeitigen Planungsabläufen oft nicht möglich ist. Da eine Zuständigkeit des Bundes in dieser Frage nicht besteht, müsste primär bei den Raumordnungsgesetzen der Länder angesetzt werden. Auf das verfassungsrechtliche Berücksichtigungsgebot wird verwiesen. U.a. zur Umsetzung der vom RH empfohlenen "Flächenfreihaltung für Infrastrukturprojekte" wurde eine ÖREK-Partnerschaft „Flächenfreihaltung für linienhafte Infrastrukturvorhaben“ initiiert, die Möglichkeiten zu Verbesserungen im Bereich der Flächenfreihaltungen für linienhafte Infrastrukturen aufzeigen und deren Umsetzung vorbereiten soll. Aufgrund der vielfältigen involvierten Interessen (Bund, Länder, Gemeinden, Grundeigentümer, Umwelt- und Naturschutz, sonstige Infrastruktur etc.) ist nicht mit einem sehr schnellen Projekterfolg zu rechnen.
Zu 3.: Im Rahmen der Erstellung der Angaben zur Wirkungsorientierung für die UG 40 wurde auf Untergliederungsebene ein quantifizierbares Ziel formuliert, das insbesondere auch die Arbeit der Österreichwerbung betrifft.

Globalbudget 40.02 Transferleistungen an die Wirtschaft
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 40.02 Transfer. Wirtschaft**	DB 40.02.01 Wirtschafts-förd.	DB 40.02.02 UAMF
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	128,564	128,561	0,003
Finanzerträge	0,044	0,043	0,001
Erträge	**128,608**	**128,604**	**0,004**
Transferaufwand	162,782	162,781	0,001
Betrieblicher Sachaufwand	39,169	39,168	0,001
Aufwendungen	**201,951**	**201,949**	**0,002**
Nettoergebnis	**-73,343**	**-73,345**	**0,002**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 40.02 Transfer. Wirtschaft**	DB 40.02.01 Wirtschafts-förd.	DB 40.02.02 UAMF
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	128,094	128,090	0,004
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,534	0,533	0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**128,630**	**128,625**	**0,005**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	38,834	38,833	0,001
Auszahlungen aus Transfers	162,782	162,781	0,001
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,001		0,001
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**201,619**	**201,616**	**0,003**
Nettogeldfluss	**-72,989**	**-72,991**	**0,002**

Globalbudget 40.03 Eich- und Vermessungswesen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	7,807		
Erträge	**7,807**		
Personalaufwand	66,803		
Transferaufwand	0,041		
Betrieblicher Sachaufwand	18,200		
Aufwendungen	**85,044**		
Nettoergebnis	**-77,237**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	7,809	7,319	8,622
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,014	0,015	0,703
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,116	0,116	0,176
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**7,939**	**7,450**	**9,501**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	82,464	84,557	77,229
Auszahlungen aus Transfers	0,041	0,027	0,028
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,194	1,499	1,362
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,176	0,176	0,184
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**83,875**	**86,259**	**78,804**
Nettogeldfluss	**-75,936**	**-78,809**	**-69,303**

Globalbudget 40.03 Eich- und Vermessungswesen

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 2	Bereitstellen aktueller und flächendeckender Geobasisdaten für das gesamte Bundesgebiet und die Abgabe in elektronischen Abgabesystemen gemäß den Anforderungen des E-Government und der EU.	Zielzustand 2013: - Erfassung von 100% des Staatsgebietes - 5 jähriger Aktualisierungszyklus der digitalen Grundlagendaten für die staatliche Landkarte - Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben im Rahmen des Geodateninfrastrukturgesetzes - Erhöhung der registrierten Kund/innen im Onlineportal des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen (BEV) um 10%	Istzustand 2012: - Erfassung von 100% des Staatsgebietes - 7 jähriger Aktualisierungszyklus der digitalen Grundlagendaten für die staatliche Landkarte - Die Änderungen zum Geodateninfrastrukturgesetz liegen derzeit noch nicht vor. - Derzeit 5.000 registrierte Kund/innen im Onlineportal des BEV.
WZ 2	Bereithaltung und Weiterentwicklung der österreichischen Messtechnikinfrastruktur und Sicherstellung der internationalen Anerkennung und Gleichwertigkeit.	Zielzustand 2013: - Einhaltung des Durcheichungsgrades von größer 90% - Halten von 100% Anerkennung für alle Kalibrier- und Messmöglichkeiten	Istzustand 2012: - Derzeit 90% Durcheichungsgrad - Derzeit 100% Anerkennung

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Globalbudget 40.03 Eich- und Vermessungswesen
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 40.03 Eich- u.Vermessungsw.**	DB 40.03.01 Eich- u.Vermessungsw.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	7,807	7,807
Erträge	**7,807**	**7,807**
Personalaufwand	66,803	66,803
Transferaufwand	0,041	0,041
Betrieblicher Sachaufwand	18,200	18,200
Aufwendungen	**85,044**	**85,044**
Nettoergebnis	**-77,237**	**-77,237**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 40.03 Eich- u.Vermessungsw.**	DB 40.03.01 Eich- u.Vermessungsw.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	7,809	7,809
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,014	0,014
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,116	0,116
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**7,939**	**7,939**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	82,464	82,464
Auszahlungen aus Transfers	0,041	0,041
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,194	1,194
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,176	0,176
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**83,875**	**83,875**
Nettogeldfluss	**-75,936**	**-75,936**

Globalbudget 40.04 Historische Objekte

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	10,361		
Finanzerträge	0,002		
Erträge	**10,363**		
Personalaufwand	7,655		
Transferaufwand	0,100		
Betrieblicher Sachaufwand	76,662		
Finanzaufwand	0,002		
Aufwendungen	**84,419**		
Nettoergebnis	**-74,056**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	10,362	10,615	14,928
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,009	0,009	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,015	0,015	0,016
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**10,386**	**10,639**	**14,944**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	31,450	32,479	31,176
Auszahlungen aus Transfers	0,100	0,100	
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	18,752	19,983	49,267
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,024	0,024	0,002
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**50,326**	**52,586**	**80,446**
Nettogeldfluss	**-39,940**	**-41,947**	**-65,502**

Globalbudget 40.04 Historische Objekte

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 2	Die energetische Optimierung der Objekte im Rahmen der Sanierung wird weitergeführt.	Der Energieverbrauch der Objekte der Burghauptmannschaft Österreich (BHÖ) wird um 2% verbessert.	Als Ausgangswert gilt der Wert, der Ende 2012 festgestellt wird.
WZ 2	Erhaltung der historischen Bausubstanz durch Instandhaltung, Instandsetzung und Sanierung.	- Im Bauprogramm werden erhaltende Maßnahmen gegenüber den nutzungsverändernden Maßnahmen bevorzugt aufgenommen. - Die Umwegrentabilität im Bereich der Sanierung historischer Bauten liegt merkbar über dem Wert moderner Objekte - Das Verhältnis der Summe der Baupauschale zum Bauprogramm/Rahmenbauprogramm wird erhöht auf 37%.	Das Verhältnis der Summe der Baupauschale zum Bauprogramm/Rahmenbauprogramm beträgt 32,8%.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Darstellung von fiktiven Mieten für bundesinterne Mieterinnen und Mieter zur Steigerung des Kostenbewusstseins (Bund 2011/11)
2. Erfassung partieller Leerstehungen von Gebäuden (Bund 2011/11)
3. Erstellung von internen Richtlinien für Direktvergaben (Bund 2011/11)
4. Zügiger Abschluss der Evaluierung, Bereinigung und Neuzuordnung der Aufgaben der Burghauptmannschaft Österreich (Bund 2011/11)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu 1.-4.: Die Empfehlungen des Rechnungshofes wurden bereits bzw. werden von der Burghauptmannschaft Österreich im Jahr 2012 umgesetzt.

Globalbudget 40.04 Historische Objekte
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 40.04 Historische Objekte**	DB 40.04.01 BHÖ	DB 40.04.02 Bau/Liegenschaftsm.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	10,361	0,564	9,797
Finanzerträge	0,002		0,002
Erträge	**10,363**	**0,564**	**9,799**
Personalaufwand	7,655	7,640	0,015
Transferaufwand	0,100		0,100
Betrieblicher Sachaufwand	76,662	1,650	75,012
Finanzaufwand	0,002	0,001	0,001
Aufwendungen	**84,419**	**9,291**	**75,128**
Nettoergebnis	**-74,056**	**-8,727**	**-65,329**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 40.04 Historische Objekte**	DB 40.04.01 BHÖ	DB 40.04.02 Bau/Liegenschaftsm.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	10,362	0,563	9,799
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,009	0,005	0,004
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,015	0,015	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**10,386**	**0,583**	**9,803**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	31,450	8,894	22,556
Auszahlungen aus Transfers	0,100		0,100
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	18,752	0,050	18,702
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,024	0,024	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**50,326**	**8,968**	**41,358**
Nettogeldfluss	**-39,940**	**-8,385**	**-31,555**

Untergliederung 41 Verkehr, Innovation und Technologie

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir arbeiten für ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Verkehrs- und Telekommunikationssysteme, die für den Wirtschaftsstandort Österreich attraktiv sind und die Mobilität der Bevölkerung gewährleisten.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**492,096**	**482,102**	**310,031**
Auszahlungen fix	2.914,065	2.914,065	2.970,594	2.741,728
Summe Auszahlungen	**2.914,065**	**2.914,065**	**2.970,594**	**2.741,728**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-2.421,969**	**-2.488,492**	**-2.431,698**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	491,856		
Aufwendungen	4.066,096		
Nettoergebnis	**-3.574,240**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Verbesserung der Verkehrssicherheit
Warum dieses Wirkungsziel?
Verkehrsunfälle verursachen menschliches Leid und hohe volkswirtschaftliche Kosten. Die Senkung der Unfallzahlen ist daher aus sozialen, ökologischen und volkswirtschaftlichen Gründen geboten.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Umsetzung der Maßnahmen aus dem Verkehrssicherheitsprogramm 2011 bis 2020 mit dem Schwerpunkt auf Bewusstseinsbildende Maßnahmen
Wie sieht Erfolg aus?
Kennzahl 1: Anteil der bewusstseinsbildenden Sicherheitsempfehlungen, die durch Maßnahmen umgesetzt werden: Zielzustand 2013: 10 %; Istzustand 2011: 0%
[Berechnungsmethode: 100 / Anzahl der früheren (Zeitraum: 5 Jahre) im Rahmen von unabhängigen Sicherheitsuntersuchungen von Unfällen und Störungen ausgesprochenen Sicherheitsempfehlungen * Anzahl der im Anschluss an früher ausgesprochene Sicherheitsempfehlungen getroffenen Maßnahmen; Quelle: Bundesanstalt für Verkehr (BAV); Tätigkeitsbericht]
Kennzahl 2: Anzahl der durchgeführten Einsätze der technischen Unterwegskontrollen mit mobilen Prüfzügen zur Bewusstseinsbildung: Zielzustand 2013: 650 Einsätze; Istzustand 2011: 650 Einsätze
[Berechnungsmethode: rückblickende Zählung der Einsätze; Quelle: Bundesanstalt für Verkehr (BAV); Tätigkeitsbericht]

Wirkungsziel 2:
Sicherung der Mobilität von Menschen, Gütern und Informationen unter Berücksichtigung ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Vorhaltung und Ausbau der Infrastruktur ist Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich.Die nachhaltige Steuerung des Verkehrsaufkommens sowie die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Kommunikationsdiensten ist zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich notwendig. Die Veränderung des Modalsplits zu Gunsten umweltgerechter Verkehrsträger ist aus ökologischer und gesellschaftspolitischer Sicht geboten.Die Gewährleistung der Mobilität unter besonderer Berücksichtigung der Einführung neuer, umweltfreundlicher Mobilitätsformen und dem verkehrspolitischen Schwerpunkt der Förderung des öffentlichen Verkehrs ist eine Kernaufgabe des Ressorts.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Erarbeitung verkehrspolitischer Rahmenbedingungen insbesondere zur Förderung umweltfreundlicher Verkehrsträger und einer nachhaltigen Mobilität; Verträge mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) zur Bereitstellung der Infrastruktur bzw. Erbringung von Verkehrsdiensten, insbesondere Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung der Infrastruktur.
Wie sieht Erfolg aus?
Kennzahl 1: Anteil schadstoffarmer Lastkraftwagen (LKW) an der Gesamtfahrleistung: Zielzustand 2013: >30 %; Istzustand 2011: 15, 7%

[Berechnungsmethode: interne Hochrechnung: diese basiert auf vergangenheitsbezogenen Betrachtungen der tatsächlichen Entwicklung der Fahrleistungen auf Monatsbasis (seit Anfang 2010). Es wird eine saisonal bereinigte, also polynomische, Trendkurve herangezogen, wobei für deren Ausrichtung die Fahrleistung der jüngeren Vergangenheit stärker gewichtet wird. Zusätzlich fließen aber auch folgende Faktoren in die Abschätzung mit ein: Anzahl der Neuanmeldungen in den jeweiligen Emissionsklassen, Abschätzung einer preissensitiven Reaktion des Marktes, Gespräche über die Einschätzung mit anderen Europäischen Mautbetreibern (Benchmarking) sowie Abwägungen auf Basis der Kenntnis des Branchenumfeldes durch die ASFINAG; Quelle: ASFINAG]
Kennzahl 2: Personenkilometer im Schienenpersonenverkehr im Bereich der ÖBB-Personenverkehr (PV) AG: Zielzustand 2013: ca. 10, 5 Mrd. Personen-km; Istzustand 2010: ca. 10,2 Mrd. Personen-km
[Berechnungsmethode: Hochrechnung auf Basis von festen Zähltagen unter Berücksichtigung von Sonderterminen wie Feiertage, Ferien etc. bzw. sonstigen Ereignissen wie Wetterkatastrophen, Großereignissen etc. sowie mit Daten der laufenden manuellen und automatisierten Fahrgastzählung; Quelle: ÖBB-PV AG]

Wirkungsziel 3:
Sicherstellung der Gendergerechtigkeit in der Mobilität sowie eines gleichen Zugangs von Frauen und Männern zu allen Verkehrsdienstleistungen
Warum dieses Wirkungsziel?
Frauen und Männer haben unterschiedliche Bedürfnisse, Anliegen und Disparitäten. Um diesen, insbesondere im Rahmen der wirkungsorientierten Verwaltung, durch entsprechende Maßnahmen zukünftig verstärkt Rechnung zu tragen, bedarf es aber der Schaffung einer fundierten Wissensbasis und eingehender Analysen der jeweiligen Untergliederungen und Detailbudgets. So kann der jeweils erforderliche Handlungsbedarf identifiziert und spezifiziert werden, damit auch schließlich im Verkehrsbereich eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht wird, weil wissenschaftliche Studien belegen, dass Frauen und Männer u.a. auch ein unterschiedliches Mobilitätsverhalten aufweisen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Durchführung von mindestens 2 weiteren spezifischen Genderanalysen bis 31.12.2013, insbesondere in den Bereichen Verkehrssicherheit und Mobilität. Hierbei soll insbesondere u.a. Aspekten wie gegebenen Disparitäten, Nutzung der Infrastruktur, des Mobilitätsbedarfs und den Zugangsvoraussetzungen etc. besondere Berücksichtigung beigemessen werden, sowie aussagekräftige und effektive Kennzahlen und auch bereits erste Umsetzungsmaßnahmen hinsichtlich des identifizierten Handlungsbedarfes entwickelt werden.
Wie sieht Erfolg aus?
Anzahl durchgeführter Genderanalysen: Zielzustand 2013: ≥ 6; Istzustand 2011: 4

Untergliederung 41 Verkehr, Innovation und Technologie

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	446,794		
Finanzerträge	45,062		
Erträge	**491,856**		
Personalaufwand	67,002		
Transferaufwand	3.158,672		
Betrieblicher Sachaufwand	840,421		
Finanzaufwand	0,001		
Aufwendungen	**4.066,096**		
Nettoergebnis	**-3.574,240**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	491,745	481,756	309,672
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,024	0,032	0,011
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,327	0,314	0,347
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**492,096**	**482,102**	**310,031**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	891,700	868,460	954,693
Auszahlungen aus Transfers	2.017,610	2.044,260	1.769,563
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	4,453	57,621	17,374
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,302	0,253	0,097
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.914,065**	**2.970,594**	**2.741,728**
Nettogeldfluss	**-2.421,969**	**-2.488,492**	**-2.431,698**

Untergliederung 41 Verkehr, Innovation und Technologie
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 41 Verk. Innov.u.Techn.**	GB 41.01 Steuerung u. Service	GB 41.02 Verk.-Nachricht.w.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	446,794	33,053	413,741
Finanzerträge	45,062		45,062
Erträge	**491,856**	**33,053**	**458,803**
Personalaufwand	67,002	62,719	4,283
Transferaufwand	3.158,672	65,465	3.093,207
Betrieblicher Sachaufwand	840,421	29,426	810,995
Finanzaufwand	0,001		0,001
Aufwendungen	**4.066,096**	**157,610**	**3.908,486**
Nettoergebnis	**-3.574,240**	**-124,557**	**-3.449,683**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 41 Verk. Innov.u.Techn.**	GB 41.01 Steuerung u. Service	GB 41.02 Verk.-Nachricht.w.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	491,745	32,939	458,806
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,024	0,006	0,018
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,327	0,072	0,255
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**492,096**	**33,017**	**459,079**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	891,700	84,716	806,984
Auszahlungen aus Transfers	2.017,610	65,464	1.952,146
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	4,453	0,950	3,503
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,302	0,194	0,108
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.914,065**	**151,324**	**2.762,741**
Nettogeldfluss	**-2.421,969**	**-118,307**	**-2.303,662**

Globalbudget 41.01 Steuerung und Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	33,053		
Erträge	**33,053**		
Personalaufwand	62,719		
Transferaufwand	65,465		
Betrieblicher Sachaufwand	29,426		
Aufwendungen	**157,610**		
Nettoergebnis	**-124,557**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	32,939	32,795	35,970
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,006	0,007	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,072	0,060	0,097
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**33,017**	**32,862**	**36,066**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	84,716	84,806	71,650
Auszahlungen aus Transfers	65,464	92,462	58,628
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,950	0,745	0,166
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,194	0,190	0,097
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**151,324**	**178,203**	**130,541**
Nettogeldfluss	**-118,307**	**-145,341**	**-94,474**

Globalbudget 41.01 Steuerung und Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 2	Erarbeitung verkehrspolitischer Rahmenbedingungen insbesondere zur Förderung umweltfreundlicher Verkehrsträger und einer nachhaltigen Mobilität	Anteil schadstoffarmer LKW an der Gesamtfahrleistung: >30% [Quelle: ASFINAG]	Anteil schadstoffarmer LKW an der Gesamtfahrleistung 2011: 15,7 %
WZ 3	Durchführung von mindestens 2 weiteren spezifischen Genderanalysen bis 31.12.2013, insbesondere in den Bereichen Verkehrssicherheit und Mobilität. Hierbei soll insbesondere u.a. Aspekten wie gegebenen Disparitäten, Nutzung der Infrastruktur, des Mobilitätsbedarfs und den Zugangsvoraussetzungen etc. besondere Berücksichtigung beigemessen werden, sowie aussagekräftige und effektive Kennzahlen und auch bereits erste Umsetzungsmaßnahmen hinsichtlich des identifizierten Handlungsbedarfes entwickelt werden	Anzahl durchgeführter Genderanalysen: ≥ 6 Themenbereiche, die zur Identifizierung eines allfälligen Handlungsbedarfs beitragen: Neben Aspekten wie der Untersuchung des Anteils von Frauen und Männern sowie der Arbeitsplatz- und Einkommenssituation im jeweiligen Verkehrssektor soll insbesondere auch auf die Frage der Nutzung der Infrastruktur durch Frauen und Männer sowie die Darstellung des Mobilitätsbedarfes und der Zugangsvoraussetzungen abgestellt werden.	Anzahl durchgeführter Genderanalysen 2011: 4

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Präzisierung des Umfanges des Hauptbahnnetzes (Bund 2008/1)
2. Sicherstellen der Finanzierung des Gesamtprojekts Brenner Basistunnel durch die Eigentümerinnen und Eigentümer der Brenner Basistunnel BBT SE, damit durch das Vorziehen des Baus der Sondierstollen kein verlorener Aufwand entsteht (Bund 2008/5)
3. Konkretisierung und Operationalisierung der verkehrspolitischen Zielsetzungen des Bundes bezüglich der Personenverkehrsfinanzierung (Bund 2010/9)
4. Vornahme einer Evaluierung vor Fortführung von Förderungsprogrammen mit geringem Interesse (Bund 2011/4)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Die Empfehlungen des RH (Punkte 1 bis 4) haben keinen Konnex zum Globalbudget 41.01.

Globalbudget 41.01 Steuerung und Services
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 41.01 Steuerung u. Service**	DB 41.01.01 Zentralstelle	DB 41.01.02 KLIEN	DB 41.01.03 ÖPA
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	33,053	0,429		32,624
Erträge	**33,053**	**0,429**		**32,624**
Personalaufwand	62,719	48,144		14,575
Transferaufwand	65,465	0,158	65,000	0,307
Betrieblicher Sachaufwand	29,426	23,508		5,918
Aufwendungen	**157,610**	**71,810**	**65,000**	**20,800**
Nettoergebnis	**-124,557**	**-71,381**	**-65,000**	**11,824**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 41.01 Steuerung u. Service**	DB 41.01.01 Zentralstelle	DB 41.01.02 KLIEN	DB 41.01.03 ÖPA
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	32,939	0,432		32,507
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,006	0,004		0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,072	0,052		0,020
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**33,017**	**0,488**		**32,529**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	84,716	65,208		19,508
Auszahlungen aus Transfers	65,464	0,158	65,000	0,306
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,950	0,727		0,223
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,194	0,144		0,050
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**151,324**	**66,237**	**65,000**	**20,087**
Nettogeldfluss	**-118,307**	**-65,749**	**-65,000**	**12,442**

Globalbudget 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	413,741		
Finanzerträge	45,062		
Erträge	**458,803**		
Personalaufwand	4,283		
Transferaufwand	3.093,207		
Betrieblicher Sachaufwand	810,995		
Finanzaufwand	0,001		
Aufwendungen	**3.908,486**		
Nettoergebnis	**-3.449,683**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	458,806	448,961	273,702
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,018	0,025	0,011
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,255	0,254	0,251
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**459,079**	**449,240**	**273,964**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	806,984	783,654	883,043
Auszahlungen aus Transfers	1.952,146	1.951,798	1.710,936
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	3,503	56,876	17,209
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,108	0,063	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.762,741**	**2.792,391**	**2.611,188**
Nettogeldfluss	**-2.303,662**	**-2.343,151**	**-2.337,223**

Globalbudget 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 2	Verträge mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) zur Bereitstellung der Infrastruktur bzw. Erbringung von Verkehrsdiensten, insbesondere Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung der Infrastruktur.	Personenkilometer im Schienenpersonenverkehr im Bereich der ÖBB-Personenverkehr (PV) AG: ca. 10,5 Mrd. Personen-km [Quelle: ÖBB-PV AG]	Personenkilometer im Schienenpersonenverkehr im Bereich der ÖBB-PV AG 2010: ca. 10,2 Mrd. Personen-km
WZ 1	Umsetzung der Maßnahmen aus dem Verkehrssicherheitsprogramm 2011 bis 2020 mit dem Schwerpunkt auf Bewusstseinsbildende Maßnahmen	Anteil der bewusstseinsbildenden Sicherheitsempfehlungen, die durch Maßnahmen umgesetzt werden 2013: 10% [Quelle: Bundesanstalt für Verkehr (BAV); Tätigkeitsbericht]	Anteil der bewusstseinsbildenden Sicherheitsempfehlungen, die durch Maßnahmen umgesetzt werden 2011: 0% [Quelle: Bundesanstalt für Verkehr (BAV); Tätigkeitsbericht]
WZ 1	Umsetzung der Maßnahmen aus dem Verkehrssicherheitsprogramm 2011 bis 2020 mit dem Schwerpunkt auf Bewusstseinsbildende Maßnahmen	Anzahl der durchgeführten Einsätze der technischen Unterwegskontrollen mit mobilen Prüfzügen zur Bewusstseinsbildung : 2013: 650 Einsätze [Quelle: Bundesanstalt für Verkehr (BAV); Tätigkeitsbericht]	Anzahl der durchgeführten Einsätze der technischen Unterwegskontrollen mit mobilen Prüfzügen zur Bewusstseinsbildung: 2011: 650 Einsätze [Quelle: Bundesanstalt für Verkehr (BAV); Tätigkeitsbericht]
WZ 1	Umsetzung der Maßnahmen aus dem Verkehrssicherheitsprogramm 2011 bis 2020 mit dem Schwerpunkt auf Bewusstseinsbildende Maßnahmen	Durchführung einer bewusstseinsbildenden Kampagne (bei Bedarf in Kombination mit Fördermaßnahmen) abgestimmt auf Ergebnisse der Unfallstatistik und Evaluierung der Maßnahme	Durchführung bewusstseinsbildende Kampagne 2011: „Bekanntmachung der Radhelmpflicht
WZ 1	Umsetzung der Maßnahmen aus dem Verkehrssicherheitsprogramm 2011 bis 2020 mit dem Schwerpunkt auf Bewusstseinsbildende Maßnahmen	Förderung von Projekten zum Thema „aufmerksam. konzentriert. unterwegs“ (2. Ausschreibung Verkehrssicherheitsfonds) und Evaluierung der geförderten Projekte. Der Tätigkeitsbericht kann bei folgenden Email-Adressen angefordert werden: road.safety@bmvit.gv.at; pr3@bmvit.gv.at	Vertragserstellung bzw. laufender Abschluss der nötigen Verträge

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Bei Unterschreitung eines bestimmten Kosten–Nutzen–Verhältnisses hinwirken auf Abgeltung jener Kostenkomponenten und Projektanteile, die vorwiegend der Erreichung volkswirtschaftlicher und regionaler Ziele dienen, durch Kostenbeiträge Dritter (Bund 2008/9)
2. Überprüfung der Mitfinanzierung einer neuerlichen Erweiterung des U–Bahn–Netzes; Sicherstellung der Berücksichtigung von öffentlichen Interessen (Bund 2010/6)

3. Festlegung verkehrspolitischer Prioritäten bei der Förderung von Privatbahnen, Zuteilung der Fördermittel erst bei Vorliegen von Projektunterlagen und Bewilligungen und Rückforderung nicht widmungsgemäß verwendeter Fördermittel (Bund 2010/7)
4. Einführung eines Wirkungscontrollings für die Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Personenverkehr mit aussagekräftigen Erfolgsindikatoren (Bund 2010/9)
5. Vorläufige Sicherstellung von Flächen im Bundesstraßenplanungsgebiet durch ein geeignetes Rechtsinstrument (Bund 2011/8)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
Seitens bmvit wird auf die Ressortstellungnahme im Rahmen der Prüfung, siehe dazu die angeführten Berichte des RH, sowie auf die Behandlung der Berichte im Nationalrat verwiesen:
1: siehe RH-Bericht 2008/9, S. 173 ff und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)
2: siehe RH-Bericht 2010/6, S. 102 ff und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)
3: siehe RH-Bericht 2010/7, S. 124 ff und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)
4: siehe RH-Bericht 2010/9, S. 111 ff und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)
5: siehe RH-Bericht 2011/8, S. 435 ff und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)

Globalbudget 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 41.02 Verk.-Nachricht. w.**	DB 41.02.01 Gesamtverk. /Beteil.	DB 41.02.02 Schiene	DB 41.02.03 Telekommu nikation	DB 41.02.04 Straße
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	413,741	0,001	20,001		60,101
Finanzerträge	45,062	45,000			0,062
Erträge	**458,803**	**45,001**	**20,001**		**60,163**
Personalaufwand	4,283				2,234
Transferaufwand	3.093,207	99,857	2.902,018	2,803	6,146
Betrieblicher Sachaufwand	810,995	1,591	731,281	38,088	9,944
Finanzaufwand	0,001				0,001
Aufwendungen	**3.908,486**	**101,448**	**3.633,299**	**40,891**	**18,325**
Nettoergebnis	**-3.449,683**	**-56,447**	**-3.613,298**	**-40,891**	**41,838**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 41.02 Verk.-Nachricht. w.**	DB 41.02.01 Gesamtverk. /Beteil.	DB 41.02.02 Schiene	DB 41.02.03 Telekommu nikation	DB 41.02.04 Straße
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	458,806	45,001	20,001		60,165
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,018				0,006
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,255				0,004
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**459,079**	**45,001**	**20,001**		**60,175**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	806,984	1,591	731,281	38,088	11,842
Auszahlungen aus Transfers	1.952,146	99,857	1.764,957	2,803	6,146
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	3,503	0,008			0,501
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,108				0,023
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.762,741**	**101,456**	**2.496,238**	**40,891**	**18,512**
Nettogeldfluss	**-2.303,662**	**-56,455**	**-2.476,237**	**-40,891**	**41,663**

DB 41.02.05 Luft	DB 41.02.06 Wasser	DB 41.02.07 FMB/FÜ
0,001	58,432	275,205
0,001	**58,432**	**275,205**
	2,048	0,001
0,464	77,442	4,477
17,459	4,729	7,903
17,923	**84,219**	**12,381**
-17,922	**-25,787**	**262,824**

DB 41.02.05 Luft	DB 41.02.06 Wasser	DB 41.02.07 FMB/FÜ
0,001	58,432	275,206
		0,012
	0,251	
0,001	**58,683**	**275,218**
13,900	5,386	4,896
0,464	77,442	0,477
	0,922	2,072
	0,085	
14,364	**83,835**	**7,445**
-14,363	**-25,152**	**267,773**

Untergliederung 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

- Wir stehen für die umweltgerechte Entwicklung, den Schutz der Lebensräume in Stadt und Land, den effektiven Schutz vor Naturgefahren sowie die Ökologisierung der Flusslandschaften Österreichs.
- Die nachhaltige Produktion sicherer und hochwertiger Lebensmittel und nachwachsender Rohstoffe und Energieträger sowie die Erhaltung einer nachhaltigen Land-, Forst- und Wasserwirtschaft sind unsere Kernanliegen, für die wir uns auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene einsetzen.
- Im partnerschaftlichen Dialog erarbeiten wir innovative Konzepte für vitale ländliche Regionen zur Steigerung von Beschäftigung und Wertschöpfung. Der Schutz der Natur und die nachhaltige Nutzung des ländlichen Raums werden durch aufeinander abgestimmte Maßnahmen und Programme der Landwirtschafts- und Umweltförderung sichergestellt. Eine ausgewogene Berücksichtigung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Interessen ist uns wichtig.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**181,801**	**181,849**	**191,261**
Auszahlungen fix	773,898	773,898	817,040	795,891
Auszahlungen variabel	1.319,600	1.319,600	1.314,000	1.223,026
Summe Auszahlungen	**2.093,498**	**2.093,498**	**2.131,040**	**2.018,917**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-1.911,697**	**-1.949,191**	**-1.827,655**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	181,554		
Aufwendungen	2.099,370		
Nettoergebnis	**-1.917,816**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Stärkung des Schutzes der Bevölkerung und der Lebensräume vor den Naturgefahren Hochwasser, Lawinen, Muren, Steinschlag und Hangrutschungen

Warum dieses Wirkungsziel?
Der Schutz vor Naturgefahren hat große volkswirtschaftliche Bedeutung, da Naturkatastrophen jährlich Schäden in Höhe von vielen Millionen Euro verursachen und zahlreiche Menschenleben fordern. Maßnahmen zum Schutz vor Naturgefahren erhöhen die Sicherheit der Bevölkerung, reduzieren die wirtschaftlichen Schäden und führen zu einem gesteigerten Sicherheitsgefühl der Betroffenen. Investitionen in Schutzmaßnahmen und die Verbesserung der Schutzwälder sichern die Daseinsgrundfunktionen und bieten präventiven und nachhaltigen Schutz für den österreichischen Wirtschaftsstandort.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Umsetzung der EU-Hochwasserrichtlinie, Erhaltung,Verbesserung und Erneuerung der Wirkung von Schutzmaßnahmen gegen Naturgefahren und der Schutzwälder sowie Einzugsgebietsbewirtschaftung;
- Stärkung der Risikokommunikation über Naturgefahren durch flächendeckende Gefahrenzonenplanungen und deren öffentliche Informationsbereitstellung im Internet sowie institutionalisierte Kooperationen der Akteure im Naturgefahren- und Katastrophenmanagement auf nationaler Ebene (Naturgefahrenplattform) unter Berücksichtigung der Genderziele;

Wie sieht Erfolg aus?
Deckungsgrad der aktuellen Gefahrenzonenpläne und Abflussuntersuchungen: Zielzustand 2013: 95 %; Istzustand 2011: 90 % [Berechnungsmethode: Mittlerer Deckungsgrad der Gefahrenzonenpläne und Abflussuntersuchungen bezogen auf das gesetzlich festgelegte Planungsgebiet (Forstgesetz und Wasserrechtsgesetz); Quelle: Bundeswasserbauverwaltung, Wildbach- und Lawinenverbauung (WLV)]
Schutzfunktion in Wäldern mit Objektschutzwirkung: Zielzustand 2013: Ampelfarben: rot (geringe Schutzwirkung – kritisch) = 24 %, gelb (verminderte Schutzwirkung – kritisch-labil) = 34 %, grün (ausreichend hohe Schutzwirkung) = 42 %; Istzustand 2010: Ampelfarben: rot (geringe Schutzwirkung – kritisch) = 25 %, gelb (verminderte Schutzwirkung – kritisch-labil) = 34 %, grün (ausreichend hohe Schutzwirkung) = 41 % [Berechnungsmethode: Jährliche Abschätzung der Schutzfunktionalität unterlegt mit Erfahrungswerten aus praktischen Projektdurchführungen, wo standörtlich 30 Parameter erhoben werden (www.isdw.at – nähere Informationen); Quelle: BMLFUW]

Summe des geschaffenen Rückhalteraums für Wasser: Zielzustand 2013: 108,50 Mio. m^3 ; Istzustand 2011: 107,43 Mio m^3 [Berechnungsmethode: Summe des gesamten bestehenden und jährlich zusätzlich geschaffenen Rückhalteraums für Hochwasser; Quelle: Bundeswasserbauverwaltung, Wildbach- und Lawinenverbauung (WLV)]
Summe des geschaffenen Rückhalteraums für Feststoffe (Geschiebe, Holz, Schnee, Fels und Rutschungsmasse): Zielzustand 2013: 16 Mio. m^3 ; Istzustand 2011: 15,50 Mio. m^3 [Berechnungsmethode: Summe der gesamten bestehenden und jährlich zusätzlich geschaffenen entleerbaren Sedimentationsräume; Quelle: Wildbach- und Lawinenverbauung (WLV) sowie PSC-Controllingzahlen]

Wirkungsziel 2:
Nachhaltige Entwicklung eines vitalen ländlichen Raumes mit gleichen Entwicklungschancen für Frauen und Männer

Warum dieses Wirkungsziel?
Der ländliche Raum ist für viele Menschen in Österreich Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsumwelt. Die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums, insbesondere durch die Förderungsmaßnahmen sowohl im Bereich der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, wie auch der harmonischen Entwicklung der Regionen in ausgewogener Berücksichtigung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Anliegen, stellt dieses Lebensumfeld langfristig sicher. Sie gewährleistet gleiche Entwicklungschancen für Frauen und Männer. Dafür sind die Voraussetzungen sowohl fachlich-politischer als auch finanzieller Natur sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene sicherzustellen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Umsetzung des Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013; Konzeption, Festlegung von Prioritäten und Strategie, Ausformulierung von Maßnahmen und Abstimmung im Rahmen des Partnerschaftsprozesses für das Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums 2014 – 2020;
- Erarbeitung und Umsetzung eines Bildungs- und Beratungskonzepts im ländlichen Raum (http://www.lebensministerium.at/land/unternehmen-lw-2020/businessplan/herausforderung.html);
- Umsetzung des in der Studie „Evaluierung des Programms Ländliche Entwicklung 2007-2013 für den Bereich Chancengleichheit für Frauen und Jugendliche“ aufgezeigten Handlungsbedarfs (http://www.lebensministerium.at/land/laendl_entwicklung/evaluierung/le_studien/chancen.html);
- Rechtliche Betreuung bzw. Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2013;
- Rechtliche Betreuung der Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2020;

Wie sieht Erfolg aus?
Anteil der Bio- und Naturschutzflächen an der landwirtschaftlichen Fläche: Zielzustand 2013: 19 %; Istzustand 2010: 19 % [Berechnungsmethode: Bio- und Naturschutzflächen / landwirtschaftlich genutzte Flächen in Prozent; Quelle: Agrarstrukturerhebung, Statistik Austria]
Anteil der Bergbauernbetriebe an den landwirtschaftlichen Betrieben mit flächen- und/oder tierbezogenen Förderanträgen: Zielzustand 2013: 50 %; Istzustand 2010: 50 % [Berechnungsmethode: Anzahl der als Bergbauernbetriebe klassifizierten Betriebe / Anzahl von Betrieben mit Anträgen im Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem in Prozent; Quelle: Agrarstrukturerhebung, Statistik Austria]
Entwicklung des Erwerbseinkommens landwirtschaftlicher Unternehmen: Zielzustand 2013: 38 Tausend Euro; Istzustand 2010: 36 Tausend Euro [Berechnungsmethode: Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft und andere außerlandwirtschaftliche Erwerbseinkommen; Auswertung Buchhaltung Testnetz für den Grünen Bericht freiwillig buchführender Betriebe; Quelle: LBG Wirtschaftstreuhand]
Regionales Bruttoinlandsprodukt zu laufenden Marktpreisen in ländlichen Regionen: Zielzustand 2013: 190 Mrd. Euro; Istzustand 2011: 163,6 Mrd. Euro (Schätzung auf Basis Istzustand 2009) [Berechnungsmethode: Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; Summe aus überwiegend ländlichen und intermediären Regionen (Abgrenzung ländlicher Raum mit Hilfe des Eurostat „Urbanitätsindex“); Quelle: Eurostat]
Chancengleichheit von Frauen und Männern auf regionaler Ebene: Zielzustand 2013: 15 %; Istzustand 2011: 15 % (Schätzung auf Basis Istzustand 2008) [Berechnungsmethode: Zusammenfassung von 14 Einzelindikatoren zur Beurteilung der Verringerung der Chancenungleichheit, wobei ein niedriger Wert auf gleiche Chancen hindeutet; Quelle: WIFO]

Wirkungsziel 3:
Sicherung der flächendeckenden landwirtschaftlichen Produktion, der in- und ausländischen Absatzmärkte, der nachhaltigen Ernährung und der Versorgung mit heimischen Qualitätsprodukten

Warum dieses Wirkungsziel?
Durch eine flächendeckende, bäuerliche Landwirtschaft kann die Ernährung der österreichischen Bevölkerung mit regionalen Produkten gesichert und die Kulturlandschaft bewahrt werden. Dabei wird für die KonsumentInnen auf eine qualitativ hochwertige, umwelt- und klimaschonende Produktion von landwirtschaftlichen Rohstoffen und Lebensmitteln geachtet und für die österreichischen Erzeuger werden Absatzmöglichkeiten sowohl im In- wie auch im Ausland unterstützt.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Koordinierung, Einbringung und Verteidigung der österreichischen Position bei den Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2020 auf nationaler und EU-Ebene (http://www.lebensministerium.at/land/eu-international/gap/gap-2020.html);
- Steuerung der Kampagnen Exportinitiative und Genuss Region Österreich (http://www.exportinitiative.at, http://www.genuss-region.at);
- Rechtliche Betreuung bzw. Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2013;
- Rechtliche Betreuung der Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2020;

Wie sieht Erfolg aus?
Produktionswert der Landwirtschaft: Zielzustand 2013: 6,4 Mrd. Euro; Istzustand 2010: 6,4 Mrd. Euro [Berechnungsmethode: Summe der Werte aller in der Landwirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen; Quelle: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung, Statistik Austria]
Anteil des Agrarsektors an den Gesamtexporten: Zielzustand 2013: 7,1 %; Istzustand 2010: 7,1 % [Berechnungsmethode: Summe der Werte der Exporte von agrarischen Produkten und Lebensmitteln / Summe der Werte der Gesamtexporte Österreichs in Prozent; Quelle: Bundesanstalt für Agrarwirtschaft]
Selbstversorgungsgrad bei Fleisch, Getreide und Milch: Zielzustand 2013: 100 %; Istzustand 2010: 100 % [Berechnungsmethode: Mittelwert der Selbstversorgungsgrade bei Fleisch (109 %), Getreide (93 %) und Milch (128,8 %); Quelle: Versorgungsbilanzen für den pflanzlichen und tierischen Sektor, Statistik Austria / BMLFUW]
Anzahl der AMA-Gütesiegel- und Biobetriebe: Zielzustand 2013: 39.247 Betriebe; Istzustand 2010: 39.247 Betriebe [Berechnungsmethode: Summe der AMA-Gütesiegelbetriebe (25.587) und Biobetriebe (21.728) minus 17,4 % (Korrektur für Mehrfachteilnehmer); Quelle: BMLFUW / Agrarmarkt Austria]

Wirkungsziel 4:
Nachhaltige Sicherung der Wasserressourcen als Lebensgrundlage und Lebensraum für Mensch und Natur

Warum dieses Wirkungsziel?
Gewässer und Grundwasser unterliegen einem großen Nutzungsdruck durch die intensive Siedlungs- und Wirtschaftstätigkeit. Für die Erhaltung der Gewässer als natürliche Lebensräume, als Grundlage einer lebenswerten Umwelt und als langfristig nutzbare Ressource für kommende Generationen sind verstärkt Maßnahmen zu setzen, die auf Basis von vorausschauenden Planungen die Ausgewogenheit zwischen effizienter Nutzung und Schutz der Ressource sicherstellen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Steuerung und Umsetzung der Maßnahmenprogramme gemäß nationalem Gewässerbewirtschaftungsplan (NGP) (http://wisa.lebensministerium.at) sowie Anreizfinanzierung der Maßnahmen zur Erreichung der Erhaltungs- und Sanierungsziele;

Wie sieht Erfolg aus?
Konzentrationsänderung ausgewählter chemischer Schadstoffe in Oberflächengewässern: Zielzustand 2013: 90 %; Istzustand 2010: 92 % [Berechnungsmethode: Mittlere Konzentration der Schadstoffe Ammonium, Kupfer, Nickel und Zink bezogen auf den Wert 2004 in Prozent; Quelle: H2O-Fachdatenbank http://wisa.lebensministerium.at/h2o / BMLFUW]
Anteil der Gewässerabschnitte im guten ökologischen Zustand oder mit gutem ökologischen Potential: Zielzustand 2013: 36 %; Istzustand 2011: 36 % (Schätzung auf Basis Istzustand 2009) [Berechnungsmethode: Anteil der Wasserkörper im Berichtsgewässernetz $> 10\ km^2$ Einzugsgebiet in sehr gutem und gutem ökologischen Zustand oder gutem ökologischen Potenzial; Quelle: Nationaler Gewässerbewirtschaftungsplan NGP / BMLFUW]
Einhaltung der Qualitätsziele für Nitrat und Pestizide im Grundwasser: Zielzustand 2013: 84 %; Istzustand 2011: 81,51 % [Berechnungsmethode: Anteil der Messstellen, an denen die Qualitätsziele für Nitrat und Pestizidwirkstoffe erreicht werden; Quelle: H2O-Fachdatenbank http://wisa.lebensministerium.at/h2o / BMLFUW]
Summe der hydromorphologisch sanierten Gewässerabschnitte: Zielzustand 2013: 130; Istzustand 2011: 97 [Berechnungsmethode: Summe der Wasserkörper im Berichtsgewässernetz, an denen seit 2009 aus Mitteln des Umweltförderungsgesetzes finanzierte hydromorphologische Sanierungsmaßnahmen gesetzt wurden; Quelle: Umweltförderungsgesetz Förderungsdatenbank / BMLFUW; Kommunalkredit Public Consulting]

Wirkungsziel 5:
Nachhaltige Stärkung der Nutz-, Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkungen des Lebensraumes Wald

Warum dieses Wirkungsziel?
Heimischer Wald, der rund die Hälfte der Staatsfläche bedeckt, bildet mit seinen Wirkungen auf den Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen eine wesentliche Grundlage für die ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung

Österreichs. Durch das zeitgemäße Forstwesen werden seine nachhaltige Bewirtschaftung und sein Schutz als Grundlage zur Sicherung seiner multifunktionalen Wirkungen erreicht.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Entwicklung und Umsetzung des Programms Ländliche Entwicklung 2014-2020 im Rahmen des Österreichischen Walddialoges (ÖWAD) durch fünf Arbeitsgruppen zu den Themen Wald.Ökologie, Wald.Wirtschaft, Wald.Wasser.Naturgefahren, Wald.Gesellschaft.Bildung (Wissen), Wasser.Wasserrahmenrichtlinie;
- Verhandlung eines rechtlich bindenden Abkommens über die Wälder in Europa und follow-up zum Internationalen Jahr des Waldes mit Schwerpunkten erneuerbare Energie und Schutz vor Naturgefahren;

Wie sieht Erfolg aus?

Mobilisierte Holzmenge unter nachhaltigen Rahmenbedingungen (im Sinne § 1 Forstgesetz): Zielzustand 2013: 19,20 Mio. Festmeter; Istzustand 2011: 18,70 Mio. Festmeter [Berechnungsmethode: Addition der Summen aus Betriebsbefragungen (ab 200 ha Vollerhebung) ergänzt durch Stichproben (Kleinwald); Quelle: Holzeinschlagsmeldung, BMLFUW]
Von holz- und rindenbrütenden Käfern betroffene (auf Schadbäume reduzierte) Gesamtfläche: Zielzustand 2013: < 15 Tausend Hektar; Istzustand 2011: 10 Tausend Hektar [Berechnungsmethode: Addition der Summen aus Sachverständigenexpertisen; Quelle: Dokumentation der Waldschädigungsfaktoren, Bundesforschungs- und Ausbildungszentrum für Wald, Naturgefahren und Landschaft]
Bereitgestellte Waldbiomasse für energetische Nutzung: Zielzustand 2013: 5,50 Mio. Erntefestmeter ohne Rinde; Istzustand 2011: 5,07 Mio. Erntefestmeter ohne Rinde [Berechnungsmethode: Addition der Summen aus Betriebsbefragungen (ab 200 ha Vollerhebung) ergänzt durch Stichproben (Kleinwald); Quelle: Holzeinschlagsmeldung, BMLFUW]
Speicherung von Kohlenstoffäquivalenten in Holzprodukten aus heimischem Einschlag (Schnittholz, Platten, Papier und Karton): Zielzustand 2013: 6,16 Mio. Tonnen Kohlenstoff; Istzustand 2011: 6,01 Mio. Tonnen Kohlenstoff [Berechnungsmethode: Addition der Produktionsdaten für Schnittholz, Platten, Papier und Karton und Umrechnung in gespeicherte Kohlenstoffäquivalente; Quelle: Joint Forest Sector Questionaire (JFSQ), BMLFUW]
Prozentuelle Verteilung der Leitfunktionen des Lebensraumes Wald: Nutz-, Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkung: Zielzustand 2013: > 61,5 % Nutzfunktion, < 30 % Schutzfunktion, 7 % Wohlfahrtsfunktion, 1,5 % Erholungsfunktion; Istzustand 2010: 62,5 % Nutzfunktion, 29,7 % Schutzfunktion, 6,7 % Wohlfahrtsfunktion, 1,1 % Erholungsfunktion [Berechnungsmethode: Addition aus den GIS-Daten der genehmigten Waldentwicklungspläne; Quelle: Waldentwicklungsplan, BMLFUW]

Untergliederung 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	157,490		
Finanzerträge	24,064		
Erträge	**181,554**		
Personalaufwand	158,138		
Transferaufwand	1.798,435		
Betrieblicher Sachaufwand	142,243		
Finanzaufwand	0,554		
Aufwendungen	**2.099,370**		
hievon variabel	*1.319,600*		
Nettoergebnis	**-1.917,816**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	181,485	181,436	190,908
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,085	0,092	0,072
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,231	0,321	0,281
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**181,801**	**181,849**	**191,261**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	286,565	257,757	257,206
Auszahlungen aus Transfers	1.798,435	1.863,980	1.751,985
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	8,248	9,074	9,490
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,250	0,229	0,236
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.093,498**	**2.131,040**	**2.018,917**
hievon variabel	*1.319,600*	*1.314,000*	*1.223,026*
Nettogeldfluss	**-1.911,697**	**-1.949,191**	**-1.827,655**

Untergliederung 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 42 LFUW**	GB 42.01 Steuerung u.Services	GB 42.02 Landw. u. ldl. Raum	GB 42.03 Forst,Wasser,Naturg.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	157,490	0,474	14,408	142,608
Finanzerträge	24,064	24,021	0,033	0,010
Erträge	**181,554**	**24,495**	**14,441**	**142,618**
Personalaufwand	158,138	64,714	68,238	25,186
Transferaufwand	1.798,435	62,168	1.628,952	107,315
Betrieblicher Sachaufwand	142,243	30,414	60,179	51,650
Finanzaufwand	0,554	0,002	0,551	0,001
Aufwendungen	**2.099,370**	**157,298**	**1.757,920**	**184,152**
hievon variabel	*1.319,600*		*1.319,600*	
Nettoergebnis	**-1.917,816**	**-132,803**	**-1.743,479**	**-41,534**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 42 LFUW**	GB 42.01 Steuerung u.Services	GB 42.02 Landw. u. ldl. Raum	GB 42.03 Forst,Wasser,Naturg.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	181,485	24,495	14,413	142,577
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,085	0,008	0,071	0,006
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,231	0,230	0,001	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**181,801**	**24,733**	**14,485**	**142,583**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	286,565	93,603	121,433	71,529
Auszahlungen aus Transfers	1.798,435	62,168	1.628,952	107,315
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	8,248	0,529	7,173	0,546
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,250	0,250		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.093,498**	**156,550**	**1.757,558**	**179,390**
hievon variabel	*1.319,600*		*1.319,600*	
Nettogeldfluss	**-1.911,697**	**-131,817**	**-1.743,073**	**-36,807**

Globalbudget 42.01 Steuerung und Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,474		
Finanzerträge	24,021		
Erträge	**24,495**		
Personalaufwand	64,714		
Transferaufwand	62,168		
Betrieblicher Sachaufwand	30,414		
Finanzaufwand	0,002		
Aufwendungen	**157,298**		
Nettoergebnis	**-132,803**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	24,495	23,935	25,429
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,008	0,011	0,009
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,230	0,320	0,281
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**24,733**	**24,266**	**25,719**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	93,603	89,031	81,071
Auszahlungen aus Transfers	62,168	62,103	63,066
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,529	1,187	0,177
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,250	0,229	0,236
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**156,550**	**152,550**	**144,550**
Nettogeldfluss	**-131,817**	**-128,284**	**-118,831**

Globalbudget 42.01 Steuerung und Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 2 und 3	Rechtliche Betreuung bzw. Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2013	- Schulmilchhöchstpreise-Verordnung tritt bis 31.08.2013 in Kraft; - Mutterkuh- und Milchkuhzusatzprämien-Verordnung tritt bis 31.12.2013 in Kraft;	- Jährliche Festlegung der Höchstpreise sowie zusätzliche nationale Beihilfe (zu Indikator 1); - € 30,-- / Tier zusätzliche Mutterkuhprämie und 1,666 Mio. € zusätzliche staatliche Beihilfe für Milchkuhprämie (zu Indikator 2);
WZ 2 und 3	Rechtliche Betreuung der Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2020	Prüfung der Rechtsvorschläge der EU zur einheitlichen gemeinsamen Marktorganisation, zu den Direktzahlungen, zur Entwicklung des ländlichen Raums und zu horizontalen Vorschriften (Gesetzgebungs-vorschläge sowie anschließend delegierte und Durchführungs-Rechtsakte) bis 31.12.2013;	Vorstellung und Beginn der Prüfung der Vorschläge der Europäischen Kommission;

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Gestaltung der Bescheide in einer die Berechnung der Zahlungsansprüche nachvollziehbaren Form (Einheitliche Betriebsprämie) (Bund 2010/3)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
Die bessere Gestaltung der AMA-Bescheide mit nachvollziehbarer Berechnung der Zahlungsansprüche wird (spätestens) ab 2014 umgesetzt. Da Anzahl und Wert der Zahlungsansprüche aus der Referenzperiode 2000-2002 herrühren und zwischenzeitlich durch Einbeziehung weiterer Sektoren oder anderer Maßnahmen verändert wurden, ist die verbesserte Darstellung mit entsprechend großem (zeitlichem und verwaltungsmäßigem) Aufwand verbunden, sodass eine frühere Umsetzung kaum machbar sein wird. Das Jahr 2014 bietet sich auch wegen der neuen EU-Rechtslage (GAP 2020) an.

Globalbudget 42.01 Steuerung und Services
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 42.01 Steuerung u.Services**	DB 42.01.01 Zentralstelle	DB 42.01.02 Beteilig-ungen
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,474	0,474	
Finanzerträge	24,021	0,016	24,005
Erträge	**24,495**	**0,490**	**24,005**
Personalaufwand	64,714	64,714	
Transferaufwand	62,168	1,482	60,686
Betrieblicher Sachaufwand	30,414	30,414	
Finanzaufwand	0,002	0,002	
Aufwendungen	**157,298**	**96,612**	**60,686**
Nettoergebnis	**-132,803**	**-96,122**	**-36,681**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 42.01 Steuerung u.Services**	DB 42.01.01 Zentralstelle	DB 42.01.02 Beteilig-ungen
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	24,495	0,490	24,005
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,008	0,006	0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,230	0,230	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**24,733**	**0,726**	**24,007**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	93,603	93,603	
Auszahlungen aus Transfers	62,168	1,482	60,686
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,529	0,518	0,011
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,250	0,250	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**156,550**	**95,853**	**60,697**
Nettogeldfluss	**-131,817**	**-95,127**	**-36,690**

Globalbudget 42.02 Landwirtschaft und ländlicher Raum

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	14,408		
Finanzerträge	0,033		
Erträge	**14,441**		
Personalaufwand	68,238		
Transferaufwand	1.628,952		
Betrieblicher Sachaufwand	60,179		
Finanzaufwand	0,551		
Aufwendungen	**1.757,920**		
hievon variabel	*1.319,600*		
Nettoergebnis	**-1.743,479**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	14,413	14,962	15,196
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,071	0,070	0,063
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,001	0,001	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**14,485**	**15,033**	**15,259**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	121,433	110,876	114,878
Auszahlungen aus Transfers	1.628,952	1.666,940	1.557,677
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	7,173	7,183	8,216
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.757,558**	**1.784,999**	**1.680,771**
hievon variabel	*1.319,600*	*1.314,000*	*1.223,026*
Nettogeldfluss	**-1.743,073**	**-1.769,966**	**-1.665,512**

Globalbudget 42.02 Landwirtschaft und ländlicher Raum

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 2	Umsetzung des Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013; Konzeption, Festlegung von Prioritäten und Strategie, Ausformulierung von Maßnahmen und Abstimmung im Rahmen des Partnerschaftsprozesses für das Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums 2014 – 2020	- Die für die vollständige Umsetzung des Programms LE 07 – 13 erforderlichen Anpassungen und Änderungen sind bis 31.12.2013 eingebracht und bewilligt; - Vorbereitung des Abschlusses im Auslaufzeitraum 31.12.2015; - Der Partnerschaftsprozess für die Programmerstellung LE 14 – 20 sowie die nationale Partnerschaftsvereinbarung sind bis 31.12.2013 abgeschlossen; - Das Österreichische Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums ist bis 31.12.2013 bei der Europäischen Kommission zur Genehmigung eingebracht (http://www.lebensministerium.at/land/laendl_entwicklung/programmtext.html);	- Die Umsetzung des Programms LE 07 – 13 ist im Gange, die regelmäßige Berichterstattung (Monitoring und Evaluierung) zeigt eine im europäischen Vergleich überdurchschnittliche Durchführung (zu Indikatoren 1,2 und 3); - Eine wesentliche Anpassung der Finanztabellen des Programms LE 07 – 13 wurde im Begleitausschuss am 14.12.2011 beschlossen (zu Indikatoren 1,2 und 3); - Die Legislativvorschläge der Europäischen Kommission für die Ländliche Entwicklung 2020 wurden am 12.10.2011 vorgelegt (zu Indikator 4); - Die Projektstruktur zur Programmerstellung LE 2020 wurde erarbeitet (zu Indikator 3 und 4); - VertreterInnen des BMLFUW sind auf allen Ebenen des strat.at2020-Prozesses vertreten (zu Indikator 3 und 4);
WZ 2	Erarbeitung und Umsetzung eines Bildungs- und Beratungskonzepts im ländlichen Raum (http://www.lebensministerium.at/land/unternehmen-lw-2020/businessplan/herausforderung.html)	- Das Bildungskonzept für das mittlere landwirtschaftliche Schulwesen ist bis 31.12. 2013 erarbeitet, die Grundlagen für die Umsetzung sind erstellt; - Das Konzept für Beratungsmaßnahmen für landwirtschaftliche Betriebe ist in enger Abstimmung mit den Vorbereitungen für die Landwirtschaftliche Entwicklung 2014 – 2020 bis 31.12.2013 erstellt; - Die Entscheidung über die Durchführung und Finanzierung der landwirtschaftlichen Beratung ist bis 31.12.2013 getroffen;	- Ein Bildungs- und Beratungskonzept für den ländlichen Raum mit Schwerpunkt auf den landwirtschaftlichen Bereich ist in Ausarbeitung und das Modul betreffend das höhere landwirtschaftliche Schulwesen ist erarbeitet (zu Indikator1); - Landwirtschaftliche Beratung wird über Beraterverträge mit den Landwirtschaftskammern finanziert. Derzeit ist die Finanzierung von Beratungsmaßnahmen nicht möglich. Ab 2014 könnte sie durchgeführt werden (zu Indikator 2 und 3);
WZ 2	Umsetzung des in der Studie „Evaluierung des Programms Ländliche Entwicklung 2007-2013 für den Bereich Chancengleichheit für Frauen und Jugendliche“ aufgezeigten Handlungsbedarfs (http://www.lebensministerium.at/land/laendl_entwicklung/evaluier	- Mindestens zwei VertreterInnen jeder im BMLFUW mit der Abwicklung befassten Organisationseinheit sowie der eingerichteten programmverantwortlichen Landesstellen (Zielgruppe sind jene Personen, die mit der Abwicklung von Förderungen	- Der Begleitausschuss zur Begleitung der Umsetzung des Programms LE 07-13 (http://www.lebensministerium.at/land/laendl_entwicklung/Begleitausschuss.html) hat eine Arbeitsgruppe zum Thema „Chancengleichheit von Frauen und Jugendlichen

	ung/le_studien/chancen.html)	betraut sind) haben das Fachtraining „Chancengleichheit in der ländlichen Entwicklung“ bis 30.06.2013 absolviert; - Der erste Ländliche-Entwicklung-spezifische Lehrgang „Berufsbegleitende Managementweiterbildung für Frauen“ wurde bis 31.12.2013 durchgeführt und evaluiert;	im ländlichen Raum“ eingesetzt, diese hat eine Reihe von Vorschlägen für Maßnahmen ausgearbeitet (zu Indikator 1 und 2); - Die im Rahmen der Evaluierung durchgeführte Studie zu Chancengleichheit hat in einigen Bereichen Handlungsbedarf aufgezeigt (http://www.lebensministerium.at/land/laendl_entwicklung/evaluierung/le_studien/chancen.html) (zu Indikator 1 und 2);
WZ 3	Koordinierung, Einbringung und Verteidigung der österreichischen Position bei den Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2020 auf nationaler und EU-Ebene (http://www.lebensministerium.at/land/eu-international/gap/gap-2020.html)	- Österreichische Position bei der Behandlung der einzelnen EU-Verordnungen bis Ende 2013 durch Stellungnahmen im Sonderausschuss Landwirtschaft und Rat Landwirtschaft eingebracht; - Die Ergebnisse des Moduls „Zukunft der GAP“ im Rahmen der Initiative „Unternehmen Landwirtschaft 2020“ liegen bis Ende 2013 vor;	Das am 12.10.2011 in Brüssel präsentierte Verhandlungspaket (Legislativvorschläge) zur GAP 2020 stellt eine gute Verhandlungsgrundlage dar (zu Indikator 1 und 2);
WZ 3	Steuerung der Kampagnen Exportinitiative und Genuss Region Österreich (http://www.exportinitiative.at, http://www.genuss-region.at)	- Umsetzung der Kampagne „GRÖ bewegt“ und Zusammenführung von 4 Gastroinitiativen bis Ende 2013 abgeschlossen; - Fortsetzung der Exportinitiative-Stationen inkl. Koordinierung mit den Partnern (WKÖ, AMA, Weinmarketing) bis Ende 2013 durchgeführt;	- Ein Vorschlag für die Nutzung von Synergieeffekten bei den Gastroinitiativen wurde im Rahmen des Strukturreform-paketes 2012 präsentiert (zu Indikator 1); - 10-Jahre-Exportinitiative-Event (2012) und Konzept für die Folgejahre wird vorbereitet (zu Indikator 2);

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Berücksichtigung der langfristigen Prognosen der Schülerzahlen bei Standortüberlegungen und Investitionsentscheidungen (Bund 2011/9)
2. Einbeziehung des land– und forstwirtschaftlichen Schulwesens in eine umfassende Reform des österreichischen Schulwesens (Bund 2011/9)
3. Entwicklung aussagekräftiger Benchmarks und Kenndaten für die Bildungsausgaben der verschiedenen Schulsysteme (Bund 2011/9)
4. Erarbeitung einer an jener des BMUKK orientierten Controllingverordnung (Bund 2011/9)
5. Zusammenführung der Ausgaben–, Aufgaben– und Finanzierungsver-antwortung im Zuge einer Gesamtreform der Schulverwaltung (Bund 2011/9)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu Empfehlung 1: Kein rückläufiger Trend bei SchülerInnenzahlen, das Interesse an den landwirtschaftlichen Schulen ist enorm; die Überbuchung beträgt durchschnittlich 31,2 % bei den Aufbaulehrgängen und 22,1 % bei der fünfjährigen Regelform.

Zu Empfehlung 2: Die Agrarbildung bietet Lösungsmöglichkeiten, die in der Wirtschaft dringend benötigt werden (Verbindung widersprüchlicher Interessen wie Produktion und Schutz natürlicher Ressourcen). Sie wird zu einem zukunftsweisenden Edukationssystem. Reformmaßnahmen, wie die Oberstufe neu, werden umgesetzt.

Zu Empfehlung 3: Die Arbeitsgruppe Bund/Länder „Zukunft 2020“ startete am 2. Feber 2012. Es werden aussagekräftige Kennzahlen mit allen Bundesländern und Benchmarks entwickelt. KLR 2010 für höhere Schulen ergab durchschnittliche Kosten pro SchülerIn (ohne Overhead, Miete, Internat und Investition) von € 7.300,44.
Zu Empfehlung 4: Die Begutachtung der Controllingverordnung für das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen ist bereits erfolgt. Derzeit wird an der Überarbeitung des Entwurfes sowie der Umsetzung zur Übermittlung der Daten gearbeitet. Die Verordnung soll mit 1. September 2012 in Kraft treten.
Zu Empfehlung 5: Besonderheiten über Jahrzehnte gewachsen, haben sich bewährt, sollen erhalten bleiben. Im Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes festgehalten, Ländern nicht verwehrt, Lehrer außerhalb der vom Bund genehmigten Stellenpläne zu beschäftigen, finanzielle Verantwortung dafür ausschließlich das jeweilige Land.

Globalbudget 42.02 Landwirtschaft und ländlicher Raum
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 42.02 Landw. u. ldl. Raum**	DB 42.02.01 Ländl. Entwicklung	DB 42.02.02 Marktord., Fischerei	DB 42.02.03 Forsch./ Sonst.Maßn.	DB 42.02.04 Dienstst./ Landw.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	14,408		0,073	0,020	12,056
Finanzerträge	0,033		0,031	0,002	
Erträge	**14,441**		**0,104**	**0,022**	**12,056**
Personalaufwand	68,238				57,630
Transferaufwand	1.628,952	769,842	794,811	64,271	0,022
Betrieblicher Sachaufwand	60,179		1,672	15,585	37,023
Finanzaufwand	0,551				0,400
Aufwendungen	**1.757,920**	**769,842**	**796,483**	**79,856**	**95,075**
hievon variabel	*1.319,600*	*539,425*	*780,175*		
Nettoergebnis	**-1.743,479**	**-769,842**	**-796,379**	**-79,834**	**-83,019**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 42.02 Landw. u. ldl. Raum**	DB 42.02.01 Ländl. Entwicklung	DB 42.02.02 Marktord., Fischerei	DB 42.02.03 Forsch./ Sonst.Maßn.	DB 42.02.04 Dienstst./ Landw.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	14,413		0,104	0,022	12,056
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,071				0,062
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,001			0,001	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**14,485**		**0,104**	**0,023**	**12,118**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	121,433		1,672	15,585	88,856
Auszahlungen aus Transfers	1.628,952	769,842	794,811	64,271	0,022
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	7,173				5,599
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.757,558**	**769,842**	**796,483**	**79,856**	**94,477**
hievon variabel	*1.319,600*	*539,425*	*780,175*		
Nettogeldfluss	**-1.743,073**	**-769,842**	**-796,379**	**-79,833**	**-82,359**

DB 42.02.05 Dienststellen/Wein
2,259
2,259
10,608 0,006 5,899 0,151
16,664
-14,405

DB 42.02.05 Dienststellen/Wein
2,231 0,009
2,240
15,320 0,006 1,574
16,900
-14,660

Globalbudget 42.03 Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	142,608		
Finanzerträge	0,010		
Erträge	**142,618**		
Personalaufwand	25,186		
Transferaufwand	107,315		
Betrieblicher Sachaufwand	51,650		
Finanzaufwand	0,001		
Aufwendungen	**184,152**		
Nettoergebnis	**-41,534**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	142,577	142,539	150,283
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,006	0,011	0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**142,583**	**142,550**	**150,283**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	71,529	57,850	61,258
Auszahlungen aus Transfers	107,315	134,937	131,241
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,546	0,704	1,097
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**179,390**	**193,491**	**193,596**
Nettogeldfluss	**-36,807**	**-50,941**	**-43,313**

Globalbudget 42.03 Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Umsetzung der EU-Hochwasserrichtlinie, Erhaltung, Verbesserung und Erneuerung der Wirkung von Schutzmaßnahmen gegen Naturgefahren und der Schutzwälder sowie Einzugsgebietsbewirtschaftung	- Gefahren- und Risikokarten gemäß EU-Hochwasserrichtlinie: Fertigstellung bis Dezember 2013; - Anteil der Schutzwälder mit ausreichend hoher Schutzwirkung: 42 %	- Erstellungsprozess für Gefahren- und Risikokarten in Vorbereitung (Bund und Länder) (zu Indikator 1); - Schutzwälder: 41 % (zu Indikator 2);
WZ 1	Stärkung der Risikokommunikation über Naturgefahren durch flächendeckende Gefahrenzonenplanungen und deren öffentliche Informationsbereitstellung im Internet sowie institutionalisierte Kooperation der Akteure im Naturgefahren- und Katastrophenmanagement auf nationaler Ebene (Naturgefahrenplattform) unter Berücksichtigung der Genderziele	- Deckungsgrad der aktuellen Gefahrenzonenpläne/Abflussuntersuchungen: Bis Ende 2013 liegt der Deckungsgrad bei 95 %; - Die Naturgefahrenplattform (EXPERTISE.AT) – mit 20 % Anteil Naturgefahrenexpertinnen – legt dem Nationalrat bis 31.12.2013 den ersten Statusbericht „Naturgefahrenmanagement in Österreich“ vor;	- Deckungsgrad Gefahrenzonenplanungen: 90 % (zu Indikator 1); - Die Naturgefahrenplattform „EXPERTISE.AT“ ist – mit einem Anteil von 15 % Naturgefahrenexpertinnen – konstituiert (zu Indikator 2);
WZ 4	Steuerung und Umsetzung der Maßnahmenprogramme gemäß nationalem Gewässerbewirtschaftungsplan (NGP) (http://wisa.lebensministerium.at) sowie Anreizfinanzierung der Maßnahmen zur Erreichung der Erhaltungs- und Sanierungsziele	- Berichtslegung Istbestand gemäß § 55d Wasserrechtsgesetz bzw. Art. 5 Wasserrahmenrichtlinie: Bis 31.12.2013 wird die Ist-Bestandsanalyse an die Öffentlichkeit übermittelt; - Gewässermonitoring: Bis 31.12.2013 ist die Durchführung der überblicksweisen Überwachung des Gewässerzustandes gemäß Gewässerzustandsüberwachungs-VO abgeschlossen; - Finanzierungsinstrument: Bis 31.12.2013 liegt ein Entwurf eines Förderungsprogramms mit wasserbezogenen Maßnahmen im Rahmen der Förderung der Ländlichen Entwicklung 2014-2020 vor;	- Arbeiten zu Ist-Bestandsanalyse haben begonnen (zu Indikator 1); - Vergabeverfahren für externe Monitoringleistungen ist in Vorbereitung (zu Indikator 2); - Strategie- und Programmerarbeitung hat auf Grundlage der Verordnungs-entwürfe zur Ländlichen Entwicklung begonnen (zu Indikator 3);
WZ 5	Entwicklung und Umsetzung des Programms Ländliche Entwicklung 2014-2020 im Rahmen des Österreichischen Walddialoges (ÖWAD) durch fünf Arbeitsgruppen zu den Themen: Wald.Ökologie, Wald.Wirtschaft, Wald.Wasser.Naturgefahren, Wald.Gesellschaft.Bildung (Wissen), Wasser. Wasserrahmenrichtlinie	- Fertigstellung einer SWOT-Analyse (Stärken-Schwächen-Analyse) für jede Arbeitsgruppe entsprechend der vorgegebenen Programmprioritäten der EU als Basis für den Programmentwurf bis 31.01.2013; - Erarbeitung von Zielen, Maßnahmen und Indikatoren in den jeweiligen Arbeitsgruppen als Basis für den Programmentwurf bis 30.06.2013; - Erstellung des	- Die 5 Arbeitsgruppen zu den entsprechenden Themen sowie die Steuerungsgruppe und Stabstelle sind eingerichtet (zu Indikator 1 und 2); - Programm der Ländlichen Entwicklung 2007-2013 liegt vor (zu Indikator 3);

		Programmentwurfes für die Ländliche Entwicklung 2014-2020 basierend auf den Ergebnissen der Arbeitsgruppen durch die Stabstelle bis 31.12.2013;	
WZ 5	Verhandlung eines rechtlich bindenden Abkommens über die Wälder in Europa und follow-up zum Internationalen Jahr des Waldes mit Schwerpunkten erneuerbare Energie und Schutz vor Naturgefahren	- Bis Juni 2013 ist der Text für ein rechtlich bindendes Abkommen (Konvention) im Rahmen von vier Sitzungen des zwischenstaatlichen Verhandlungsausschusses ausverhandelt; - Themenaufbereitung und Veranstaltungen zu den Themen erneuerbare Energie und Schutz vor Naturgefahren sind bis 31.12. 2013 erfolgt;	- Verhandlungsmandat liegt vor, der Prozessablauf ist geklärt und eine erste Verhandlungsrunde hat stattgefunden (zu Indikator 1); - Schwerpunkte wurden definiert, Themenaufbereitung läuft, Veranstaltungen sind in Planung (zu Indikator 2);

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Aufnahme von Verhandlungen mit den Ländern über die Kofinanzierung der Beihilfen zur Behebung von Katastrophenschäden im Vermögen physischer und juristischer Personen, um österreichweit einheitliche Höhe der Beihilfen zu erreichen (Bund 2008/8)
2. Vorantreibung der Einführung eines möglichst einheitlichen Systems der Ressourcensteuerung bei den Forstdiensten (Bund 2009/5)
3. Aufhebung der Sonderstellung einiger Gewässer und damit zusammen-hängend Vereinheitlichung der Bundesbeiträge (Bund 2011/3)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu Empfehlung 1: Die Zuständigkeit für die Kofinanzierung der Beihilfen zur Behebung von Katastrophenschäden im Vermögen physischer und juristischer Personen liegt im Bundesministerium für Finanzen (lt. Katfond-Gesetz § 3 Z. 2).
Zu Empfehlung 2: Arbeitsgruppe Verwaltungsbenchmarking führt Sitzungen 1-2 Mal pro Jahr durch. Nächste Sitzung im Herbst 2012 geplant. Arbeitsschwerpunkte: Leitbilderstellung, Entwicklung von SOLL-Werten für definierte Leistungsbereiche und Entwicklung eines Forstschutzmonitoringsystems.
Zu Empfehlung 3: Siehe Stellungnahme BMLFUW im RH-Bericht Bund 2011/3 TZ 5.3 - findet aber eine Verstärkung durch die inzwischen notwendig gewordene deutliche Kürzung der Mittel für den Flussbau.

Globalbudget 42.03 Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 42.03 Forst,Wasser,Naturg.**	DB 42.03.01 Forst	DB 42.03.02 Wasser
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	142,608	71,588	71,020
Finanzerträge	0,010		0,010
Erträge	**142,618**	**71,588**	**71,030**
Personalaufwand	25,186	21,518	3,668
Transferaufwand	107,315	69,260	38,055
Betrieblicher Sachaufwand	51,650	17,374	34,276
Finanzaufwand	0,001		0,001
Aufwendungen	**184,152**	**108,152**	**76,000**
Nettoergebnis	**-41,534**	**-36,564**	**-4,970**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 42.03 Forst,Wasser,Naturg.**	DB 42.03.01 Forst	DB 42.03.02 Wasser
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	142,577	71,547	71,030
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,006	0,003	0,003
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**142,583**	**71,550**	**71,033**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	71,529	33,819	37,710
Auszahlungen aus Transfers	107,315	69,260	38,055
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,546	0,433	0,113
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**179,390**	**103,512**	**75,878**
Nettogeldfluss	**-36,807**	**-31,962**	**-4,845**

Untergliederung 43 Umwelt

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

- Unser Engagement gilt der Erhaltung und Verbesserung der Umweltqualität, der Erhaltung der Vielfalt des Lebens und der Kulturlandschaften, der nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen, der Abfallvermeidung und -verwertung sowie den Maßnahmen gegen den Klimawandel.
- Durch das Forcieren moderner Technologien, umweltschonender Mobilität und den gezielten Einsatz der Umweltförderung verbessern wir unsere Lebensgrundlagen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass auch künftige Generationen auf ausreichende Wasserressourcen in hervorragender Qualität zugreifen können und Versorgungssicherheit in allen Regionen gewährleistet ist.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**499,398**	**380,715**	**336,958**
Auszahlungen fix	658,251	658,251	998,277	670,755
Summe Auszahlungen	**658,251**	**658,251**	**998,277**	**670,755**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-158,853**	**-617,562**	**-333,796**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	499,398		
Aufwendungen	660,071		
Nettoergebnis	**-160,673**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Stärkung der Umwelttechnologien, green jobs (Arbeitsplätze im Sektor Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz) und der ökologischen (öffentlichen) Beschaffung zur Steigerung der Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum

Warum dieses Wirkungsziel?
Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum und die Ökologisierung der öffentlichen Beschaffung verbessern den Umwelt- und Klimaschutz und damit die Lebensqualität aller. Innovative Umwelttechnologien sind dafür eine Voraussetzung und durch gesteigerte Nachfrage nach umweltgerechten Technologien, Produkten und Dienstleistungen werden gleichzeitig neue zukunftsträchtige Arbeitsplätze und Leitmärkte geschaffen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Umsetzung des Masterplans green jobs / Umwelttechnologie durch Förderungsprogramme, die Entwicklung neuer grüner Berufsbilder und Setzung von Standards und Umsetzung des nationalen Aktionsplans für nachhaltige öffentliche Beschaffung durch Kriterien für nachhaltige öffentliche Beschaffung sowie Monitoring;

Wie sieht Erfolg aus?
Umsatz österreichischer Umwelt- und Energietechnologieunternehmen: Zielzustand 2013: 7,5 Mrd. Euro; Istzustand 2011: 6,8 Mrd. Euro (Schätzung auf Basis Istzustand 2007) [Berechnungsmethode: Hochschätzung des im Kalenderjahr erzielten Gesamtumsatzes der österreichischen Wirtschaft im Bereich Umwelttechnologie-Sachgüter; Quelle: WIFO]
Anzahl der Umweltbeschäftigten: Zielzustand 2013: 215 Tausend Vollzeitäquivalente (VZÄ); Istzustand 2010: 210 Tausend VZÄ [Berechnungsmethode: Gesamtzahl der gemäß der statistischen Erhebung zu Environmental Goods and Services beschäftigten Personen in Österreich; Quelle: Umweltstatistik, Statistik Austria]
Export von Umwelttechnologien: Zielzustand 2013: 4,7 Mrd. Euro; Istzustand 2011: 4,2 Mrd. Euro (Schätzung auf Basis Istzustand 2007) [Berechnungsmethode: Hochschätzung des im Kalenderjahr erzielten Exportvolumens der österreichischen Wirtschaft im Bereich Umwelttechnologie-Sachgüter; Quelle: WIFO]
Anteil der Vergabeverfahren öffentlicher Auftraggeber, in denen Umweltaspekte berücksichtigt wurden: Zielzustand 2013: 67 %; Istzustand 2011: 63 % (Schätzung auf Basis Istzustand 2008) [Berechnungsmethode: Verhältnis der Zahl der dem BMLFUW gemeldeten Vergabeverfahren mit Berücksichtigung von Umweltaspekten (derjenige Bestandteil der Tätigkeiten, Produkte oder Dienstleistungen einer Organisation, der Auswirkungen auf die Umwelt hat oder haben kann – Verordnung (EG) Nr. 761/2001) zur Zahl der gesamten gemeldeten Vergabeverfahren; Quelle: BMLFUW]
Beschäftigungseffekt von Fördermaßnahmen im Bereich Umwelt: Zielzustand 2013: 20.600 Vollzeitäquivalente (VZÄ); Istzustand 2011: 27.900 VZÄ [Berechnungsgrundlage: Input-Output-Modell WIFO; Quelle: Kommunalkredit Public Consulting]

Wirkungsziel 2:
Reduktion der Treibhausgasemissionen und Steigerung des Einsatzes von erneuerbaren Energien mit dem Ziel der Energieautarkie

Warum dieses Wirkungsziel?
Der Klimawandel bedroht die Menschheit und Umwelt, daher muss auch in Österreich ein Beitrag zum Welt-Klimaschutz, zur Erreichung der EU-Ziele zur Reduktion der Treibhausgase um 20%, der Erhöhung der Energieeffizienz um 20% und der Steigerung des Einsatzes erneuerbarer Energien um 20% zur Verminderung des Klimawandels geleistet werden. Die Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und die Ressourcenschonung sollen einen Beitrag zur Erreichung des Ziels der Energieautarkie liefern und die Lebens- und Wirtschaftschancen durch zukunftsträchtige Umwelttechnologie und green jobs (Arbeitsplätze im Sektor Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz) stärken.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Umsetzung der Klimastrategie und Energiestrategie und des Klimaschutzgesetzes durch Instrumente des Ressorts mittels legistischer Maßnahmen sowie mittels Förderungen, Impulsprogrammen, Anreizsystemen und Maßnahmen zur Bildung und Ausbildung im Umweltbereich und zur Sensibilisierung des Umweltbewusstseins;

Wie sieht Erfolg aus?
Reduktion der Treibhausgase (THG) gemäß THG-Emissionsinventur für den Nicht-Emissionshandelsbereich: Zielzustand 2013: 51,55 Mio Tonnen CO_2-Äquivalente; Istzustand 2010: 51,83 Mio. Tonnen CO_2-Äquivalente [Berechnungsmethode: THG-Emissionen ohne LULUCF (Land Use, Land Use Change and Forestry – Landnutzung, Landnutzungsänderung und Waldwirtschaft) abzüglich Emissionen der Emissionshandels-Sektoren (die ab 2013 geltende Aufteilung EH / Nicht-EH) wird auch für die Auswertung der Jahre vor 2013 herangezogen); Quelle: THG-Emissionsinventur der Umweltbundesamt-GmbH, jährlicher Klimaschutzbericht]
Anzahl sanierter Gebäude durch Förderprogramme (Umweltförderung im Inland): Zielzustand 2013: 779 Betriebe, 16.240 Wohnbauten; Istzustand 2011: 779 Betriebe, 16.240 Wohnbauten [Berechnungsmethode: Umweltförderung im Inland-Projektzahlen 2011 Hochrechnung (Stand November 2011); Quelle: Kommunalkredit Public Consulting]
Anteil der Biotreibstoffe im Treibstoff: Zielzustand 2013: 5,75 %; Istzustand 2011: 5,75 %; [Berechnung der Umweltbundesamt-GmbH gemäß EU RL 2003/30/EG und Kraftstoff-VO auf Basis der Meldungen der Kraftstoffinverkehrbringer; Quelle: Jährlicher Monitoringbericht „Biokraftstoffe im Verkehrssektor“ an die EK gemäß EU RL 2003/30/EG BMLFUW und Umweltbundesamt-GmbH]
Anzahl der Kraftfahrzeuge mit alternativen Antrieben: Zielzustand 2013: 18.000; Istzustand 2011: 14.000 [Berechnungsmethode: Kfz-Statistik-Erhebungen der Statistik Austria; Definition alternative Antriebe: nicht konventionelle mit fossilem Diesel und Benzin betriebene Kraftfahrzeuge; Quelle: Kfz-Statistik, Statistik Austria]

Wirkungsziel 3:
Erhaltung und Verbesserung der Umweltqualität und der biologischen Vielfalt, der Lebensqualität für Frauen und Männer sowie Schutz vor ionisierender Strahlung

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Reduktion des Eintrags von Schadstoffen, Chemikalien und Lärm in die Umwelt, die Verbesserung des Strahlenschutzes, die Schonung von Ressourcen und die Erhaltung der Natur und der biologischen Vielfalt erhöhen die Lebensqualität der Menschen und sichern auch künftigen Generationen die Lebensgrundlagen und Entfaltungsmöglichkeiten.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Entwicklung und Umsetzung des Maßnahmenpakets Luftreinhaltung insbesondere durch Umsetzung des Immissionsschutzgesetzes-Luft (IG-L) und seiner Verordnungen;
- Umsetzung der Wachstum-im-Wandel-Initiative (inklusive Gender-Aspekt), insbesondere werden als Ergebnis der Wachstum-im-Wandel-Konferenz im Oktober 2012 Maßnahmen zur Lebensqualität konkretisiert (http://www.lebensministerium.at/umwelt/nachhaltigkeit/green_economy/Wachstum_Wandel.html);
- Umsetzung und Weiterentwicklung des Maßnahmenpakets Naturschutz / biologische Vielfalt insbesondere der Nationalpark- und Biodiversitätsstrategie;

Wie sieht Erfolg aus?
Anteil der Messstellen mit Grenzwertüberschreitungen bei Feinstaub: Zielzustand 2013: ≤ 20 %; Istzustand 2011: 57 % [Berechnungsmethode: Prozentsatz der Messstellen, an denen der PM 10-Grenzwert (Feinstaub) für den Tagesmittelwert gemäß Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L) überschritten wird (die Auswertung erfolgt anhand des ab 2010 geltenden Grenzwerts; es werden nur IG-L-Messstellen mit mindestens 90 % Datenverfügbarkeit herangezogen); Quelle: Immissionsdatenverbund der Bundesländer und der Umweltbundesamt-GmbH]

Biodiversität: Zielzustand 2013:~ 30 % geschützte Flächen, verbesserter Schutz auf bestehenden Flächen; Istzustand 2011: 27 % [Berechnungsmethode: GIS-basiert; unter dem Begriff Biodiversität versteht man die Vielfalt der Arten, zwischen den Arten (genetisch) und der Lebensräume (BGBl. 213/1995); Quelle: Umweltbundesamt-GmbH]
Abhängigkeit der Lebensqualität von Frauen und Männern vom Zustand der natürlichen Umwelt: Zielzustand 2013: Frauen 65 %, Männer 65 %; Istzustand 2011: Frauen 62 %, Männer 59 % [Berechnungsmethode: Befragung im Rahmen des Mikrozensus; Bewertung der Umweltqualität als einer von neun Einflussfaktoren auf die Lebensqualität von Frauen und Männern; Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus Umweltbedingungen und Umweltverhalten im Auftrag des BMLFUW]

Wirkungsziel 4:
Nachhaltige Nutzung von Ressourcen und Sekundärrohstoffen, Entkoppelung des Anteils an zu beseitigenden Abfällen vom Wirtschaftswachstum

Warum dieses Wirkungsziel?
Ein effizienter und nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen, die bestmögliche Erfassung und Gestaltung von Stoff- und Ressourcenströmen sowie die weitgehende Kreislaufführung von (Sekundär-)Rohstoffen entlasten die Umwelt durch geringere Materialumsätze und damit geringere Mengen an Abfällen sowie geringere Emissionen an Schadstoffen und klimarelevanten Gasen und führen zudem zu positiven volkswirtschaftlichen Aspekten wie einer Verbesserung der Handelsbilanz und der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze (green jobs – Arbeitsplätze im Sektor Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz).

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Forcierung der Abfallvermeidung (Umsetzung des Abfallvermeidungsprogramms im Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2011, http://www.bundesabfallwirtschaftsplan.at/);
- Implementierung und Umsetzung des Ressourceneffizienz-Aktionsplans durch Schaffung von Anreizen für die verbesserte Ressourceneffizienz auf betrieblicher Ebene, systematische Erfassung und Bilanzierung des österreichischen Verbrauchs natürlicher Ressourcen sowie Forcierung der Bewusstseinsbildung für Ressourceneffizienz;
- Nominierung von Schadstoffen in REACH (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien) sowie Umsetzung einschlägiger Geschäftsmodelle (ChL – Chemikalienleasing);

Wie sieht Erfolg aus?
Ressourcenproduktivität: Zielzustand 2013: 1.630 Euro pro Tonne; Istzustand 2011: 1.500 Euro pro Tonne (Schätzung auf Basis Istzustand 2007) [Berechnungsmethode: Verhältnis BIP / DMC (DMC = Domestic Material Consumption = Inlandsmaterialverbrauch = Inlandsentnahme zuzüglich Importe abzüglich Exporte); Quelle: Statistik Austria]
Anzahl der Organisationen, die Umweltmanagementsysteme eingerichtet haben: Zielzustand 2013: 280 Organisationen; Istzustand 2011: 249 Organisationen [Berechnungsmethode: Gesamtzahl der Organisationen, die zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Jahres in einem gemäß Umweltmanagementgesetz (UMG) eingerichteten Register eingetragen sind; Quelle: Umweltbundesamt-GmbH]
Mengen von auf Deponien beseitigten Abfällen (ohne Bodenaushub): Zielzustand 2013: 3,3 Mio. Tonnen; Istzustand 2010: 3,5 Mio Tonnen [Berechnungsmethode: Summe der Massen aller abgelagerten Abfälle (ohne Bodenaushub); Quelle: Angaben der Deponiebetreiber gemäß Deponieverordnung, BMLFUW]
Recyclingquoten von Siedlungsabfällen: Zielzustand 2013: 88,5 %; Istzustand 2011: 87,7 % (Schätzung auf Basis Istzustand 2009) [Berechnungsmethode: Summe der verwerteten Massen von Altstoffen (Altpapier, -pappe, -karton, Altglas, Altmetalle-Verpackungen, Altmetalle-Schrott, Altkunststoffe, Altholz-Verpackungen und sperriges Altholz, Alttextilien, biogene Abfälle, Elektro- und Elektronik-Altgeräte) dividiert durch die Summe der Masse der getrennt erfassten Altstoffe; Quelle: Abfallbilanzen gemäß § 21 Abfallwirtschaftsgesetz 2002]
Anzahl sanierter Altlasten: Zielzustand 2013: 131; Istzustand 2011: 116 [Berechnungsmethode: Gesamtzahl der als saniert / gesichert in der Altlastenatlasverordnung ausgewiesenen Altlasten; Quelle: BMLFUW]

Wirkungsziel 5:
Sicherung der Versorgung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser und der umweltgerechten Entsorgung der Abwässer

Warum dieses Wirkungsziel?
Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung der Bevölkerung in Österreich zu sozial verträglichen Gebühren wurden mit großem finanziellen Aufwand von Seiten der öffentlichen Hand aufgebaut, sie bilden eine wichtige Grundlage für die Lebensqualität und den Wohlstand in allen Regionen Österreichs. Die weitere Infrastrukturerrichtung im ländlichen Raum sowie die Erhaltung der geschaffenen Infrastruktur ist die Voraussetzung dafür, den hohen Versorgungs-/Entsorgungsstandard in diesem Bereich der Daseinsvorsorge weiterhin beizubehalten und so die wertvollen Wasserressourcen durch schonenden Umgang auch für zukünftige Generationen als Lebensgrundlage zu erhalten.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Neuausrichtung der Förderung Siedlungswasserwirtschaft, um Investitionen für Neuerrichtung und Werterhaltung der Wasserinfrastruktur weiterhin zu sichern und eine für die Bevölkerung zumutbare Gebührengestaltung zu ermöglichen;

Wie sieht Erfolg aus?
An die öffentliche Wasserversorgung angeschlossene EinwohnerInnen: Zielzustand 2013: 7,40 Mio. Personen; Istzustand 2011: 7,39 Mio. Personen [Berechnungsmethode: Summe der angeschlossenen EinwohnerInnen (Basisjahr 2006); Quelle: Investitionskostenerhebung 2007, Umweltförderungsgesetz Förderungsdatenbank / BMLFUW; Kommunalkredit Public Consulting]
An die öffentliche Abwasserentsorgung angeschlossene EinwohnerInnen: Zielzustand 2013: 7,54 Mio. Personen; Istzustand 2011: 7,52 Mio. Personen [Berechnungsmethode: Summe der angeschlossenen EinwohnerInnen (Basisjahr 2006); Quelle: Investitionskostenerhebung 2007, Umweltförderungsgesetz Förderungsdatenbank / BMLFUW; Kommunalkredit Public Consulting]
Abwasserreinigungsleistung Stickstoffentfernung: Zielzustand 2013: 37,600 Tausend Tonnen pro Jahr; Istzustand 2010: 37,579 Tausend Tonnen pro Jahr [Berechnungsmethode: Jahressumme der in den kommunalen Kläranlagen entfernten Stickstofffrachten; Quelle: BMLFUW]
Abwasserreinigungsleistung Phosphorentfernung: Zielzustand 2013: 6,800 Tausend Tonnen pro Jahr; Istzustand 2010: 6,756 Tausend Tonnen pro Jahr [Berechnungsmethode: Jahressumme der in den kommunalen Kläranlagen entfernten Phosphorfrachten; Quelle: BMLFUW]
Erhobene Leitungslängen Wasserleitung und Kanal inklusive Leitungszustand für die Sanierungsplanung: Zielzustand 2013: 55 Tausend Kilometer; Istzustand 2011: 50 Tausend Kilometer [Berechnungsmethode: Summe der Leitungslängen für digitale Leitungskataster Abwasser und Wasser seit 2006; Quelle: Umweltförderungsgesetz Förderungsdatenbank / BMLFUW; Kommunalkredit Public Consulting]

Untergliederung 43 Umwelt

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	499,396		
Finanzerträge	0,002		
Erträge	**499,398**		
Transferaufwand	588,714		
Betrieblicher Sachaufwand	71,357		
Aufwendungen	**660,071**		
Nettoergebnis	**-160,673**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	499,398	380,715	336,958
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**499,398**	**380,715**	**336,958**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	69,457	356,919	145,941
Auszahlungen aus Transfers	588,714	641,103	524,703
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,080	0,255	0,111
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**658,251**	**998,277**	**670,755**
Nettogeldfluss	**-158,853**	**-617,562**	**-333,796**

Untergliederung 43 Umwelt
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 43 Umwelt**	GB 43.01 Allg. U-Politik	GB 43.02 Abfall- u. SWW
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	499,396	143,117	356,279
Finanzerträge	0,002		0,002
Erträge	**499,398**	**143,117**	**356,281**
Transferaufwand	588,714	223,389	365,325
Betrieblicher Sachaufwand	71,357	33,207	38,150
Aufwendungen	**660,071**	**256,596**	**403,475**
Nettoergebnis	**-160,673**	**-113,479**	**-47,194**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 43 Umwelt**	GB 43.01 Allg. U-Politik	GB 43.02 Abfall- u. SWW
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	499,398	143,117	356,281
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**499,398**	**143,117**	**356,281**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	69,457	31,307	38,150
Auszahlungen aus Transfers	588,714	223,389	365,325
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,080	0,080	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**658,251**	**254,776**	**403,475**
Nettogeldfluss	**-158,853**	**-111,659**	**-47,194**

Globalbudget 43.01 Allgemeine Umweltschutzpolitik

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	143,117		
Erträge	**143,117**		
Transferaufwand	223,389		
Betrieblicher Sachaufwand	33,207		
Aufwendungen	**256,596**		
Nettoergebnis	**-113,479**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	143,117	30,814	6,081
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**143,117**	**30,814**	**6,081**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	31,307	333,267	134,866
Auszahlungen aus Transfers	223,389	268,919	179,618
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,080	0,255	0,111
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**254,776**	**602,441**	**314,595**
Nettogeldfluss	**-111,659**	**-571,627**	**-308,514**

Globalbudget 43.01 Allgemeine Umweltschutzpolitik

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Umsetzung des Masterplans green jobs / Umwelttechnologie durch Förderungsprogramme, die Entwicklung neuer grüner Berufsbilder und Setzung von Standards und Umsetzung des nationalen Aktionsplans für nachhaltige öffentliche Beschaffung durch Kriterien für nachhaltige öffentliche Beschaffung sowie Monitoring	- Umsatz Österreichischer Umwelt- und Energietechnologieunternehmen: Zielzustand 2013: € 7,5 Mrd. Euro; - Anzahl der Umweltbeschäftigten: Zielzustand 2013: 215.000 Vollzeitäquivalente; - Anteil der Vergabeverfahren öffentlicher Auftraggeber, in denen Umweltaspekte berücksichtigt wurden: Zielzustand 2013: 67%; - Bis 31.12.2013 werden soziale Kriterien für die öffentliche Beschaffung festgelegt;	- Umsatz Österreichischer Umwelt- und Energietechnologieunter-nehmen: € 6,8 Mrd. Euro (zu Indikator 1); - Anzahl der Umweltbeschäftigten: 210.000 Vollzeitäquivalente (zu Indikator 2); - Anteil der Vergabeverfahren öffentlicher Auftraggeber, in denen Umweltaspekte berücksichtigt wurden: 63% (Schätzung auf Basis Istzustand 2008) (zu Indikator 3); - Soziale Kriterien für die öffentliche Beschaffung sind in Ausarbeitung (zu Indikator 4);
WZ 2	Umsetzung der Klimastrategie und Energiestrategie und des Klimaschutzgesetzes durch Instrumente des Ressorts mittels legistischer Maßnahmen sowie mittels Förderungen, Impulsprogrammen, Anreizsystemen und Maßnahmen zur Bildung und Ausbildung im Umweltbereich und zur Sensibilisierung des Umweltbewusstseins	- Reduktion der Treibhausgase gemäß Treibhausgas-Emissionsinventur für den Nicht-Emissionshandelsbereich: Zielzustand 2013: 51,55 Mio. Tonnen CO2-Äquivalente; - Teilnahme an klima:aktiv-Programmen: Zielzustand 2013: 18.500; - Anzahl der Kraftfahrzeuge mit alternativen Antrieben: Zielzustand 2013: 18.000; - Zielzustand 2013: ca. 900 zertifizierte SpritspartrainerInnen, AbsolventInnen des Lehrgangs „Jugend-Mobil-Coaches“, etc.	- Istzustand 2010: 51,83 Mio. Tonnen CO2-Äquivalente (zu Indikator 1); - Istzustand 2011: 15.500 (zu Indikator 2); - Istzustand 2011: 14.000 (zu Indikator 3); - Istzustand 2011: ca. 800 zertifizierte SpritspartrainerInnen, AbsolventInnen des Lehrgangs „Jugend-Mobil-Coaches“, etc. (zu Indikator 4);
WZ 3	Entwicklung und Umsetzung des Maßnahmenpakets Luftreinhaltung insbesondere durch Umsetzung des Immissionsschutzgesetzes-Luft (IG-L) und seiner Verordnungen	Anteil der Messstellen mit Grenzwertüberschreitungen bei Feinstaub: Zielzustand 2013: an ≤ 20 % der Messstellen;	Istzustand 2011: an 57 % der Messstellen;
WZ 3	Umsetzung der Wachstum-im-Wandel-Initiative (inklusive Gender-Aspekt), insbesondere werden als Ergebnis der Wachstum-im-Wandel-Konferenz im Oktober 2012 Maßnahmen zur Lebensqualität konkretisiert (http://www.lebensministerium.at/umwelt/nachhaltigkeit/green_economy/Wachstum_Wandel.html)	Bis 31.12.2013 wird ein Indikatorenset für Lebensqualität erarbeitet;	Es gibt kein Set von Indikatoren für Lebensqualität;
WZ 3	Umsetzung und Weiterentwicklung des Maßnahmenpakets Naturschutz / biologische Vielfalt insbesondere der Nationalpark- und	- Erster Entwurf für die aktualisierte nationale Strategie zur biologischen Vielfalt liegt bis 31.12.2013 vor und die zentrale Informationsstelle Neobiota ist in	- Nationale Biodiversitäts-Strategie (2005) & 2010 Zielsetzungen liegen vor; Umsetzungsevaluierung ist vorgesehen (Start 2012);

	Biodiversitätsstrategie	der Umweltbundesamt-GmbH eingerichtet; - Biodiversitätsziele 2020 bzw. darüber hinaus wurden bis 31.12.2013 unter Einbindung aller betroffenen Akteure definiert; - Kampagne vielfaltleben: Bis 31.12.2013 sind 50 weitere Gemeinden im vielfaltleben-Gemeindenetzwerk (insgesamt 144 Gemeinden); - Nationalparkstrategie: Im Rahmen des Projektes „Öffentlichkeitsarbeit Nationalparks Austria“ ist bis 31.12.2013 ein Relaunch des Webportals erfolgt und die erste Ausgabe des Nationalpark Austria Magazins publiziert;	Globale Biodiversitäts-Ziele 2011-2020 sowie EU-Biodiversitäts-Strategie 2020 liegen vor (zu Indikator 1 und 2); - Projekte zur Weiterführung der Biodiversitäts-Kampagne „vielfaltleben“ wurden gestartet (Schutzprojekte, Gemeindenetzwerk, Woche der Artenvielfalt, etc.) (zu Indikator 3); - Nationalparkstrategie wurde 2010 von Bund und Ländern beschlossen; Arbeitspakete zur Umsetzung vereinbart; Projekt „Öffentlichkeitsarbeit Nationalparks Austria“ gestartet (zu Indikator 4);

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Umgehende Einleitung mengenmäßig wirksamer Emissionsminderungen im Inland (Bund 2008/11)
2. Vorrangige Entwicklung neuer Förderungsprogramme zur Verringerung der Treibhausgasemissionen (Bund 2011/4)
3. Fortführung und Intensivierung der begonnenen Programme und Maß-nahmen zur Reduktion von Treibhausgasen (Bund 2011/4)
4. Überprüfung und Neuausrichtung des Anwendungsbereichs der Umwelt-förderung im Ausland (Bund 2011/4)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu Empfehlung 1: Ergänzend zur letzten Stellungnahme des BMLFUW (festgehalten im Bericht Bund 2011/4) wird auf das zwischenzeitlich in Kraft getretene Klimaschutzgesetz verwiesen, im Rahmen dessen gemeinsam mit den Ländern und anderen Ministerien Klimaschutzmaßnahmen mit Blick auf die Zielperiode 2013-2020 vorangetrieben werden. Andere wirkungsvolle Maßnahmen (z.B. Art. 15a BV-G Vereinbarung Gebäude, Bundesförderung thermische Sanierung) bleiben weiter aufrecht.
Zu Empfehlung 2: Zielgruppenorientierte Entwicklung neuer Förderprogramme erfolgt laufend und nach Maßgabe der energie- und klimapolitischen Herausforderungen (siehe Energiestrategie) sowie der vorhandenen budgetären Mittel. Dabei wird auf den tatsächlichen Förderbedarf sowie eine enge Abstimmung mit Aktivitäten anderer Förderinstrumente (im weiten Sinne) abgestellt.
Zu Empfehlung 3: Siehe Empfehlung 1 – Programme wie klima:aktiv oder die Bundesförderung thermische Sanierung werden fortgeführt. Im heurigen Jahr wurden auch im Rahmen des Klima- und Energiefonds wieder zahlreiche Förderungsaktionen im Bereich erneuerbarer Energieträger gestartet oder fortgeführt (z.B. Pelletskessel, thermische Solaranlagen).
Zu Empfehlung 4: Nach (der bereits erfolgten) Abstimmung mit der Umweltförderungskommission werden die legistischen Maßnahmen zum Auslaufen der Umweltförderung im Ausland in Kürze erfolgen.

Globalbudget 43.01 Allgemeine Umweltschutzpolitik
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 43.01 Allg. U-Politik**	DB 43.01.01 JI/CDM	DB 43.01.02 UFIA	DB 43.01.03 KLIEN	DB 43.01.04 Emissions-handel
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	143,117				140,500
Erträge	**143,117**				**140,500**
Transferaufwand	223,389		109,385	59,665	
Betrieblicher Sachaufwand	33,207	0,002	12,000		0,001
Aufwendungen	**256,596**	**0,002**	**121,385**	**59,665**	**0,001**
Nettoergebnis	**-113,479**	**-0,002**	**-121,385**	**-59,665**	**140,499**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 43.01 Allg. U-Politik**	DB 43.01.01 JI/CDM	DB 43.01.02 UFIA	DB 43.01.03 KLIEN	DB 43.01.04 Emissions-handel
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	143,117				140,500
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**143,117**				**140,500**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	31,307	0,002	12,000		0,001
Auszahlungen aus Transfers	223,389		109,385	59,665	
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,080				
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**254,776**	**0,002**	**121,385**	**59,665**	**0,001**
Nettogeldfluss	**-111,659**	**-0,002**	**-121,385**	**-59,665**	**140,499**

DB 43.01.05 Nh. Umwelt-schutz	DB 43.01.06 Strahlen-schutz
0,215	2,402
0,215	**2,402**
32,338	22,001
11,576	9,628
43,914	**31,629**
-43,699	**-29,227**

DB 43.01.05 Nh. Umwelt-schutz	DB 43.01.06 Strahlen-schutz
0,215	2,402
0,215	**2,402**
11,576	7,728
32,338	22,001
	0,080
43,914	**29,809**
-43,699	**-27,407**

Globalbudget 43.02 Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	356,279		
Finanzerträge	0,002		
Erträge	**356,281**		
Transferaufwand	365,325		
Betrieblicher Sachaufwand	38,150		
Aufwendungen	**403,475**		
Nettoergebnis	**-47,194**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	356,281	349,901	330,877
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**356,281**	**349,901**	**330,877**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	38,150	23,652	11,074
Auszahlungen aus Transfers	365,325	372,184	345,085
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**403,475**	**395,836**	**356,160**
Nettogeldfluss	**-47,194**	**-45,935**	**-25,282**

Globalbudget 43.02 Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 4	Forcierung der Abfallvermeidung (Umsetzung des Abfallvermeidungsprogramms im Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2011, http://www.bundesabfallwirtschaftsplan.at/)	- Bis 31.12.2013 erfolgt die Umsetzung von REVITAL (Reuse-Konzept) in 2 weiteren Bundesländern; - Bis 31.12.2013 werden Unterrichtsmaterialien zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen erstellt und Schulen zur Verfügung gestellt; - Bis 31.12.2013 werden 15 Best-Practice-Beispiele zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen aus Produktion, Handel und Gastronomie erarbeitet; - Bis 31.12.2013 wird der Mehrweganteil von Getränkeverpackungen auf dem Niveau von 2010 (25,3 %) stabilisiert;	- Revital in OÖ; Umsetzung in mehreren Bundesländern in Vorbereitung (zu Indikator 1); - Leitfaden für die Weitergabe von Lebensmitteln an soziale Einrichtungen herausgegeben (zu Indikator 2 und 3); - Empfehlungen der Sozialpartner zu Mehrweggetränkeverpackungen entsprechend dem Entschließungsantrag XXVI. GP Nr. 1369/A(E) vom 1. Dezember 2011 (zu Indikator 4);
WZ 4	Implementierung und Umsetzung des Ressourceneffizienz-Aktionsplans durch Schaffung von Anreizen für die verbesserte Ressourceneffizienz auf betrieblicher Ebene, systematische Erfassung und Bilanzierung des österreichischen Verbrauchs natürlicher Ressourcen sowie Forcierung der Bewusstseinsbildung für Ressourceneffizienz	- Offensive „Ressourceneffizienz und Umwelttechnologie“ im Rahmen von „Green Jobs Austria“ ist bis 31.12.2013 umgesetzt; - Ein zweiter Bericht zur Ressourcennutzung in Österreich wird im 4. Quartal 2013 vorgelegt; - Sonderpreis „Start-Up Ressourceneffizenz“ im Rahmen des Staatspreises für Umwelt- und Energietechnologien wird im Mai 2013 vergeben; - Evaluierung des Aktionsplans zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in Hinblick auf Ressourceneffizienzkriterien im 1. Quartal 2013; - Ein österreichisches „Netzwerk Ressourceneffizienz“ mit jährlichen Fachkongressen ist bis 31.12.2013 umgesetzt;	- Österreich legt als erster EU-Mitgliedsstaat in Reaktion auf die „Road Map Resource-Efficient Europe“ einen Ressourceneffizienz-Aktionsplan vor (zu Indikator 1); - BMLFUW und BMWFJ veröffentlichen erstmals eine Analyse des Verbrauchs natürlicher Ressourcen in Österreich (zu Indikator 2); - In der „Umweltförderung im Inland“ im Rahmen des Umweltförderungsgesetzes ist ein Förderschwerpunkt „Ressourceneffizienz“ eingerichtet (zu Indikator 3); - Die Umsetzung des Aktionsplans zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung läuft (zu Indikator 4); - Das Netzwerk Ressourceneffizienz hat sich mit der politischen Präsentation des Ressourceneffizienz-Aktionsplans konstituiert (zu Indikator 5);
WZ 4	Nominierung von Stoffen in REACH (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien) sowie Umsetzung einschlägiger Geschäftsmodelle (ChL – Chemikalienleasing)	- Aktive Meldung / Begleitung von mindestens vier Stoffen im REACH-System (Beschränkung, Zulassung oder Einstufung); - Aktive Teilnahme am EU-Vollzugsprojekt REACH – Enforce III (mindestens 20	- zwei Stoffe wurden für die Zulassung gemeldet; für zwei weitere war Österreich Berichterstatter innerhalb der EU-Chemikalienagentur (ECHA) (zu Indikator 1); - Österreich war eines des

		Vollzugsakte); - Neufassung der Kriterien zum global Chemical Leasing Award bis 31.12.2013; - Entwicklung von ChL–Modellen für Agrochemikalien bis 31.12.2013;	aktivsten Länder zu REACH-Enforce I (zu Indikator 2); - der global Chemical Leasing Award wurde Ende November zum zweiten Mal ausgeschrieben (zu Indikator 3); - Chemikalien-Leasing wurde im Landwirtschaftssektor noch kaum angewandt (zu Indikator 4);
WZ 5	Neuausrichtung der Förderung Siedlungswasserwirtschaft, um Investitionen für Neuerrichtung und Werterhaltung der Wasserinfrastruktur weiterhin zu sichern und eine für die Bevölkerung zumutbare Gebührengestaltung zu ermöglichen	Szenarienentwicklung: Bis Dezember 2013 sind umsetzbare Szenarien für ein adaptiertes Förderungssystem ausgearbeitet und liegen als Grundlage für die Finanzausgleichsverhandlungen vor;	Vorarbeiten haben begonnen, insbesondere betreffend Datenerhebung (Investitionskostenerhebung, Auswertungen und Berechnungen aus Förderungsdatenbank);

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs
1.Anstreben einer verbindlichen Regelung zur Heranführung der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen an den Stand der Technik der Emissionsbegrenzung (Bund 2007/06)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
Zu Empfehlung 1: Der Fachentwurf für eine künftige MBA (mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen)-Verordnung liegt vor und wird derzeit mit den betroffenen ExpertInnen und Ämtern der Landesregierung diskutiert. Die rechtliche Umsetzung wird für 2013 angestrebt.

Globalbudget 43.02 Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 43.02 Abfall- u. SWW**	DB 43.02.01 Sonst. Abfallwirt.	DB 43.02.02 Altlasten-sanierung	DB 43.02.03 SWW
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	356,279	0,265	0,002	356,012
Finanzerträge	0,002		0,001	0,001
Erträge	**356,281**	**0,265**	**0,003**	**356,013**
Transferaufwand	365,325	0,204	12,739	352,382
Betrieblicher Sachaufwand	38,150	11,349	23,070	3,731
Aufwendungen	**403,475**	**11,553**	**35,809**	**356,113**
Nettoergebnis	**-47,194**	**-11,288**	**-35,806**	**-0,100**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 43.02 Abfall- u. SWW**	DB 43.02.01 Sonst. Abfallwirt.	DB 43.02.02 Altlasten-sanierung	DB 43.02.03 SWW
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	356,281	0,265	0,003	356,013
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**356,281**	**0,265**	**0,003**	**356,013**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	38,150	11,349	23,070	3,731
Auszahlungen aus Transfers	365,325	0,204	12,739	352,382
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**403,475**	**11,553**	**35,809**	**356,113**
Nettogeldfluss	**-47,194**	**-11,288**	**-35,806**	**-0,100**

Untergliederung 44 Finanzausgleich

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Das Bundesministerium für Finanzen strebt die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und nachhaltig geordnete öffentliche Haushalte an und erfüllt den Auftrag der Bundesverfassung (Art. 13) zur diesbezüglichen Koordination der Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden. Die Regelung des Finanzausgleichs über Kostentragung, Besteuerungsrechte, Abgabenanteilen und Transfers berücksichtigt in einer Gesamtschau die Verteilung der Aufgaben auf Bund, Länder und Gemeinden.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**530,877**	**502,981**	**484,879**
Auszahlungen fix	48,813	48,813	51,769	51,281
Auszahlungen variabel	755,184	755,184	718,584	637,999
Summe Auszahlungen	**803,997**	**803,997**	**770,353**	**689,279**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-273,120**	**-267,372**	**-204,400**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	530,877		
Aufwendungen	803,997		
Nettoergebnis	**-273,120**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Nachhaltig geordnete öffentliche Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden zur Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.
Warum dieses Wirkungsziel?
Nachhaltig geordnete Haushalte sind Voraussetzung für eine Budgetpolitik, die mittel-bis langfristig ohne erhebliche Gegensteuerungsmaßnahmen aufrecht erhaltbar ist, die dauerhafte Erfüllung der staatlichen Aufgaben aller Gebietskörperschaften sichert und die europarechtlichen Verpflichtungen Österreichs – siehe dazu die Darstellung im Strategiebericht 2013-2016, Pkt. 3.2. „EU-Strategie zur Stabilisierung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion“ auf den Seiten 19 bis 23 – verwirklicht.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Koordinierung der Haushaltspolitik mit Ländern und Gemeinden mit den Instrumenten des österreichischen Stabilitätspakts, insbesondere im österreichischen Koordinationskomitee im Sinne der Art. 14 bis 17 des österreichischen Stabilitätspakts – ÖStP 2012 (Haushaltskoordinierung, Mittelfristige Ausrichtung der Haushaltsführung, Österreichisches Stabilitätsprogramm und Informationssystem).
- Vollzug der im Finanzausgleich vorgesehenen Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse nach den Vorgaben des Finanzausgleichsgesetzes 2008 (FAG 2008) bzw. weiterer relevanter Rechtsvorschriften.
- Einbringen von Reformvorschlägen in die Arbeitsgruppe „Grundsätzliche Reform des Finanzausgleichs“ zu den Bereichen Abgabenautonomie, Transfers und Kostentragung, Gemeindestruktur und –kooperationen und verstärkte Aufgabenorientierung.
Wie sieht Erfolg aus?
Gesamtstaatliches Maastricht-Defizit:
Zielzustand 2013: -2,3% des BIP, davon Bund -2,0% des BIP, Länder inkl. Wien -0,4% des BIP, Gemeinden 0,0% des BIP und SV +0,1% des BIP.
Istzustand 2011 (Daten lt. Notifikation September 2012): -2,5% des BIP, davon Bund -2,4% des BIP, Länder inkl. Wien -0,42% des BIP, Gemeinden +0,14% des BIP und SV +0,15% des BIP.
[Berechnungsmethode: Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG);
Quelle: Statistik Austria]

Wirkungsziel 2:
Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots in den Ländern im Rahmen der 15a Vereinbarung über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots

Warum dieses Wirkungsziel?
Mit der 15a Vereinbarung verpflichten sich Länder zusätzliche Kinderbetreuungsplätze insbesondere im Hinblick auf die Barcelona Ziele der Europäischen Union zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen. Die fristgerechte und vollumfängliche Auszahlung der Beträge des Bundes für die Länder und Gemeinden zur teilweisen Abdeckung dieses Mehraufwandes ist für die Umsetzung dieser Vereinbarung von hoher Bedeutung.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Vollzug der vorgesehenen Zweckzuschüsse nach Vorgaben §15a Vereinbarung
Wie sieht Erfolg aus?
Kinderbetreuungsquoten für Kinder bis zum Schuleintritt: Zielzustand 2013: 0-3 Jahre: 25%; 3-6 Jahre: 96%; Istzustand 2010: 0-3Jahre: 19%; 3-6 Jahre: 93,4% [Berechnungsmethode: Anteil der 0-3-jährigen bzw. 3-6-jährigen Kinder in Kinderbetreuungsangeboten im Vergleich zur gleichaltrigen Wohnbevölkerung; Quelle: Kindertagesheimstatistik der Statistik Austria - http://www.statistik.at/]

Untergliederung 44 Finanzausgleich

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	530,873		
Finanzerträge	0,004		
Erträge	**530,877**		
Transferaufwand	803,995		
Betrieblicher Sachaufwand	0,002		
Aufwendungen	**803,997**		
hievon variabel	*755,184*		
Nettoergebnis	**-273,120**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	530,877	502,981	484,879
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**530,877**	**502,981**	**484,879**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,002	0,002	0,000
Auszahlungen aus Transfers	803,995	770,351	689,279
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**803,997**	**770,353**	**689,279**
hievon variabel	*755,184*	*718,584*	*637,999*
Nettogeldfluss	**-273,120**	**-267,372**	**-204,400**

Untergliederung 44 Finanzausgleich
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 44 Finanz-ausgleich**	GB 44.01 Transfers	GB 44.02 Katastroph-enfonds
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	530,873	146,446	384,427
Finanzerträge	0,004	0,002	0,002
Erträge	**530,877**	**146,448**	**384,429**
Transferaufwand	803,995	419,568	384,427
Betrieblicher Sachaufwand	0,002		0,002
Aufwendungen	**803,997**	**419,568**	**384,429**
hievon variabel	*755,184*	*370,755*	*384,429*
Nettoergebnis	**-273,120**	**-273,120**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 44 Finanz-ausgleich**	GB 44.01 Transfers	GB 44.02 Katastroph-enfonds
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	530,877	146,448	384,429
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**530,877**	**146,448**	**384,429**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,002		0,002
Auszahlungen aus Transfers	803,995	419,568	384,427
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**803,997**	**419,568**	**384,429**
hievon variabel	*755,184*	*370,755*	*384,429*
Nettogeldfluss	**-273,120**	**-273,120**	

Globalbudget 44.01 Transfers an Länder und Gemeinden

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	146,446		
Finanzerträge	0,002		
Erträge	**146,448**		
Transferaufwand	419,568		
Aufwendungen	**419,568**		
hievon variabel	*370,755*		
Nettoergebnis	**-273,120**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	146,448	141,708	147,736
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**146,448**	**141,708**	**147,736**
Auszahlungen aus Transfers	419,568	409,080	377,438
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**419,568**	**409,080**	**377,438**
hievon variabel	*370,755*	*357,311*	*326,158*
Nettogeldfluss	**-273,120**	**-267,372**	**-229,703**

Globalbudget 44.01 Transfers an Länder und Gemeinden

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Koordination der Haushaltsführung mit Ländern und Gemeinden gemäß ÖStP 2012 im Österreichischen Koordinationskomitee	Die Aufgaben des österreichischen Koordinationskomitees gemäß Art. 14 Abs. 2 ÖStP 2012 im Jahr 2013 sind erfüllt. Zumindest zwei Tagungen des österreichischen Koordinationskomitees, davon zumindest eine auf politischer Ebene, wurden abgehalten.	Die Aufgaben des österreichischen Koordinationskomitees gemäß dem Österreichischen Stabilitätspakt wurden neu verhandelt und in Art. 14 Abs. 2 ÖStP 2012 festgelegt.
WZ 1	Die Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse werden auf Basis der bestehenden Rechtslage und der zu erwartenden Wirtschafts- und Abgaben- bzw. Kostenentwicklung anhand mittelfristiger Prognoserechnungen ermittelt.	- Die mittelfristigen Werte für Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse aus der Prognoserechnung entsprechen den bekannten Voraussagen für die Wirtschafts- und Abgaben- bzw. Kostenentwicklung. - Die Finanzausgleichspartner werden im Jahr 2013 über die mittelfristige Prognose bis spätestens 10. Juni korrekt und zeitgerecht informiert. Informationen an Länder und Gemeinden über die Höhe der prognostizierten aufkommensabhängigen länderweisen Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse werden spätestens vierzehn Tage nach Vorliegen neuer Abgabenprognosen an Länder und Gemeindebünde übermittelt.	- Die mittelfristigen Werte für Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse aus der Prognoserechnung entsprachen den bekannten Voraussagen für die Wirtschafts- und Abgaben- bzw. Kostenentwicklung. - Die Finanzausgleichspartner wurden im Jahr 2011 über die mittelfristige Prognose und über Abgabenprognosen korrekt und zeitgerecht informiert. Die länderweisen Anteile an einigen Transfers mussten allerdings von den Finanzausgleichs-partnern selbst errechnet werden.
WZ 1	Stärkung der Finanzkraft der Länder bzw. Gemeinden und Mitfinanzierung subnationaler Aufgabenerfüllung wie im Finanzausgleich vereinbart.	Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse sind nach den relevanten Rechtsvorschriften (insb.: gemäß §§ 20 bis 23 FAG 2008 sowie gemäß dem Katastrophenfondsgesetz 1996) vollzogen.	Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse sind nach den relevanten Rechtsvorschriften (insb.: gemäß §§ 20 bis 23 FAG 2008 sowie gemäß dem Katastrophenfondsgesetz 1996) vollzogen.
WZ 1	Das BMF fungiert auf Basis der eingeholten Gutachten als Reformpromotor in der Arbeitsgruppe „Grundsätzliche Reform des Finanzausgleichs“.	Das BMF hat bis Ende 2013 seine Position zur Reform des Finanzausgleichs definiert.	Vier Gutachten zu den Themen Reformoptionen und –strategien, Transfers und Kostentragung, Gemeindestruktur und –kooperationen und verstärkte Aufgabenorientierung lagen als Diskussionsgrundlage zur Reform des Finanzausgleichs vor, ein weiteres Gutachten zur Landesabgabenautonomie war in Ausarbeitung.
WZ 2	Sicherstellung, dass die Länder über die gem. Art. 15a B-VG-Vereinbarung vorgesehenen Mittel verfügen, um die Maßnahmen umsetzen zu können.	Auszahlungen sind im Juni 2013 sowie im Dezember 2013 erfolgt.	Auszahlung erfolgte im Dezember 2011.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Aufnahme einer realistischen Prognose des mittelfristigen Haushaltsziels und einer klare Definition der jeweiligen Maßnahmen zur Zielerreichung in die Stabilitätsprogramme (Bund 2011/5)
2. Ersatz des im Stabilitätspakt vereinbarten Sanktionsmechanismus durch eine wirksame Regelung (Bund 2011/5)
3. Hinwirken auf einen regelmäßigen wechselseitigen Informationsaustausch im Einvernehmen mit den Ländern im Hinblick auf eine effektive Haushaltskoordinierung (Bund 2011/5)
4. Prüfung von Möglichkeiten zur Verbesserung der Datengrundlage für Länder- und Gemeindedaten (Bund 2011/5)
5. Umgestaltung des Stabilitätspakts zu einem rollierenden Planungs-instrument (Bund 2011/5)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu Empfehlung 1: Die mittelfristigen Haushaltsziele wurden mit dem Österreichischen Stabilitätspakt 2012 neu vereinbart. Als Teil dessen Anhangs 1 zur Meldung über die mittelfristige Haushaltsplanung sind Maßnahmen zur Zielerreichung anzuführen und zu erläutern.
Zu Empfehlung 2: Der Sanktionsmechanismus wurde mit dem Österreichischen Stabilitätspakt 2012 reformiert.
Zu Empfehlung 3: Das Bundesministerium für Finanzen sieht die Empfehlung des Rechnungshofes zum Informationsaustausch bei der Haushaltskoordinierung als Unterstützung und Handlungsanleitung.
Zu Empfehlung 4: Im Einvernehmen mit Statistik Österreich und unter Einbeziehung auch des Rechnungshofes und weiterer Stake-Holder ist eine Novellierung der Gebarungsstatistik-Verordnung (wirksam 2013) geplant.
Zu Empfehlung 5: Empfehlung wurde mit den Österreichischen Stabilitätspakten 2011 bzw. 2012 umgesetzt.

Globalbudget 44.01 Transfers an Länder und Gemeinden
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 44.01 Transfers**	DB 44.01.01 Finanz kraftst.(var)	DB 44.01.02 Nahverkehr (var)	DB 44.01.03 Kranken anstal.(var)	DB 44.01.04 Transfers nicht var.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	146,446			146,444	0,002
Finanzerträge	0,002				0,002
Erträge	**146,448**			**146,444**	**0,004**
Transferaufwand	419,568	124,515	79,796	146,444	48,813
Aufwendungen	**419,568**	**124,515**	**79,796**	**146,444**	**48,813**
hievon variabel	*370,755*	*124,515*	*79,796*	*146,444*	
Nettoergebnis	**-273,120**	**-124,515**	**-79,796**		**-48,809**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 44.01 Transfers**	DB 44.01.01 Finanz kraftst.(var)	DB 44.01.02 Nahverkehr (var)	DB 44.01.03 Kranken anstal.(var)	DB 44.01.04 Transfers nicht var.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	146,448			146,444	0,004
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**146,448**			**146,444**	**0,004**
Auszahlungen aus Transfers	419,568	124,515	79,796	146,444	48,813
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**419,568**	**124,515**	**79,796**	**146,444**	**48,813**
hievon variabel	*370,755*	*124,515*	*79,796*	*146,444*	
Nettogeldfluss	**-273,120**	**-124,515**	**-79,796**		**-48,809**

DB 44.01.05 Bedarfszuw. Län(var)
20,000
20,000 *20,000*
-20,000

DB 44.01.05 Bedarfszuw. Län(var)
20,000
20,000 *20,000*
-20,000

Globalbudget 44.02 Katastrophenfonds

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	384,427		
Finanzerträge	0,002		
Erträge	**384,429**		
Transferaufwand	384,427		
Betrieblicher Sachaufwand	0,002		
Aufwendungen	**384,429**		
hievon variabel	*384,429*		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	384,429	361,273	337,143
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**384,429**	**361,273**	**337,143**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,002	0,002	0,000
Auszahlungen aus Transfers	384,427	361,271	311,841
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**384,429**	**361,273**	**311,841**
hievon variabel	*384,429*	*361,273*	*311,841*
Nettogeldfluss			**25,302**

Globalbudget 44.02 Katastrophenfonds

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Durch den Katastrophenfonds wird Hilfe an Geschädigte von Naturkatastrophen sichergestellt und werden Vorbeugungsmaß-nahmen gegen Naturkatastrophen finanziert.	Der Katastrophenfonds hat im Jahr 2013 nach Maßgabe der rechtlichen Voraussetzungen (Katastrophenfonds-Gesetz 1996) - bis zu 60% der Landeshilfe bei privaten Personen und Unternehmen, - bis zu 50% des Schadens bei Gebietskörperschaften zur Wiederherstellung der Infrastruktur und - Vorbeugungsmaßnahmen gegen Naturkatastrophen bis zum Ausmaß der budgetierten Mittel finanziert.	Der Katastrophenfonds hat im Jahr 2011 nach Maßgabe der rechtlichen Voraussetzungen (Anteil des Bundes zu den Schadensfällen) Hilfe geleistet und Vorbeugungsmaßnahmen finanziert.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Aufnahme von Verhandlungen mit den Ländern über die Kofinanzierung der Beihilfen zur Behebung von Katastrophenschäden im Vermögen physischer und juristischer Personen, um österreichweit einheitliche Höhe der Beihilfen zu erreichen (Bund 2008/8)
2. Definierung der förderbaren Maßnahmen und Kosten in einer einheitlichen für den gesamten Bundesbereich geltenden Form (Bund 2008/8)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
Zu Empfehlung 1 und 2: Zur Vorbereitung von Gesprächen wurde die Verbindungsstelle um Koordinierung einer Stellungnahme der Bundesländer ersucht.

Globalbudget 44.02 Katastrophenfonds
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 44.02 Katastroph - enfonds**	DB 44.02.01 KatFonds (var)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	384,427	384,427
Finanzerträge	0,002	0,002
Erträge	**384,429**	**384,429**
Transferaufwand	384,427	384,427
Betrieblicher Sachaufwand	0,002	0,002
Aufwendungen	**384,429**	**384,429**
hievon variabel	*384,429*	*384,429*
Nettoergebnis		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 44.02 Katastroph - enfonds**	DB 44.02.01 KatFonds (var)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	384,429	384,429
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**384,429**	**384,429**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,002	0,002
Auszahlungen aus Transfers	384,427	384,427
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**384,429**	**384,429**
hievon variabel	*384,429*	*384,429*
Nettogeldfluss		

Untergliederung 45 Bundesvermögen

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Das BMF ist ein zuverlässiger Partner bei der Umsetzung seiner Verpflichtungen in der EU und auf internationaler Ebene, und es trägt im Rahmen seiner Instrumente aktiv zur Standort- und Beschäftigungssicherung bei. Das BMF greift außenwirtschaftliche Interessen und Potentiale konsequent auf und stellt eine optimale Abstimmung zwischen den Instrumenten der Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit sicher.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**1.359,594**	**1.270,438**	**1.032,330**
Auszahlungen fix	1.360,438	1.360,438	1.723,879	1.563,108
Auszahlungen variabel	900,003	900,003	900,004	
Summe Auszahlungen	**2.260,441**	**2.260,441**	**2.623,883**	**1.563,108**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-900,847**	**-1.353,445**	**-530,777**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	1.021,873		
Aufwendungen	659,573		
Nettoergebnis	**362,300**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Sicherung der Stabilität der Euro-Zone

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Stabilität der Euro-Zone ist eine wesentliche Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und für Beschäftigung sowie für eine starke Rolle Europas im internationalen Finanz- und Währungssystem. Gerade für kleinere Staaten wie Österreich, die eine überdurchschnittlich hohe außenwirtschaftliche Verflechtung aufweisen, sind stabile Währungsbeziehungen von besonderem Wert.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Beteiligung am künftigen (permanenten) Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der zur Verfügung stehen wird, wenn die Stabilität der Euro-Zone insgesamt gefährdet ist.
- Sicherstellung einer konsequenten Anwendung sowohl des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes als auch der (neu geschaffenen) makroökonomischen Überwachung, um die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme des ESM möglichst gering zu halten.
- Verknüpfung jedweder Inanspruchnahme des ESM mit einem ambitionierten wirtschaftlichen und budgetären Anpassungsprogramm im Empfängerstaat, durch das die Rückkehr zur Schuldennachhaltigkeit sichergestellt wird.

Wie sieht Erfolg aus?
- Zusätzliche Kapitalabrufe: Zielzustand 2013: € 0,00; Zielzustand 2015: € 0,00; Istzustand 2011: € 0,00
[Berechnungsmethode: Abfrage Budgetstandsbericht; Quelle: BMF/Haushaltsverrechnungssystem des Bundes]

Wirkungsziel 2:
Verringerung des unternehmerischen Risikos bei Exportgeschäften und bei Investitionen

Warum dieses Wirkungsziel?
Der österreichische Exportsektor trägt wesentlich zur Wohlstands- und Einkommenssicherung bei; durch die Exporthaftungen und die Exportfinanzierung wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und gemeinsam mit den Aktivitäten der Austria Wirtschaftsservice ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Absicherung des österreichischen Wirtschafts- und Beschäftigungsstandortes geleistet.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Einräumung von Haftungen der Republik Österreich für Exportgeschäfte, Projektfinanzierungen und Investitionen im In- und Ausland

- Finanzierungen für vorgenannte Maßnahmen im Wege der Instrumente des Ausfuhrförderungsgesetzes und des Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetzes sowie des Garantiegesetzes und des Bundesgesetzes über die besondere Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU Förderungsgesetz).

Wie sieht Erfolg aus?
- Haftungsübernahmen für Exporte in Schwellenstaaten (Schwarzmeerregion inkl. Zentralasien, Afrika und Lateinamerika): Zielzustand 2013: € 400,0 Mio; Zielzustand 2015: € 500,0 Mio.; Istzustand 2011: € 340 Mio.
[Berechnungsmethode: Soll-Ist-Vergleich; Quelle: Geschäftsbericht der Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB), Exportservice-Jahresbericht]

Wirkungsziel 3:
Anhebung des Frauenanteils in Aufsichtsräten von Unternehmen, die dem Beteiligungsmanagement des BMF unterliegen und an denen der Bund mit zumindest 50% beteiligt ist

Warum dieses Wirkungsziel?
Aus dem letzten Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen und zusätzlichen Leistungen für Pensionen der öffentlichen Wirtschaft des Bundes 2007 und 2008 geht deutlich hervor, dass Frauen in den Aufsichtsräten eklatant unterpräsentiert sind, wobei ihr Anteil zuletzt bei 16,1 % gelegen ist. Mit Beschluss des Ministerrates vom 14. März 2011 hat sich die Bundesregierung daher verpflichtet, in den Unternehmungen, an denen der Bund mit 50 % und mehr beteiligt ist, einen Frauenanteil an der Bundesquote im jeweiligen Aufsichtsgremium von 25 % bis 31.12.2013 zu erreichen. Bis spätestens 31.12.2018 ist ein Anteil von 35 % zu erreichen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Monitoring der aktuellen Aufsichtsgremien und deren Funktionsperioden sowie Berücksichtigung des Wirkungsziels bei der Nominierung von BMF-Vertreter/innen in diesen Gremien.

Wie sieht Erfolg aus?
- Frauenanteil von Bundesvertreterinnen in den Aufsichtsgremien von Unternehmen, die dem Beteiligungsmanagement des BMF unterliegen und an denen der Bund mit zumindest 50 % beteiligt ist: Zielzustand 2013: 25 %; Zielzustand 2015: 30 %; Istzustand 2011: 16 %
[Berechnungsmethode: Anzahl der Bundesvertreterinnen in den Aufsichtsgremien (Abfrage); Quelle: BMF/Beteiligungsdatenbank]

Untergliederung 45 Bundesvermögen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	410,587		
Finanzerträge	611,286		
Erträge	**1.021,873**		
Transferaufwand	603,343		
Betrieblicher Sachaufwand	56,230		
Aufwendungen	**659,573**		
hievon variabel	*0,001*		
Nettoergebnis	**362,300**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.065,513	942,206	1.016,710
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	23,197	32,001	58,079
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	270,884	296,231	-42,459
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.359,594**	**1.270,438**	**1.032,330**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	56,228	52,417	41,823
Auszahlungen aus Transfers	569,467	235,555	178,597
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1.140,870	1.283,302	241,292
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	493,876	1.052,609	1.101,396
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.260,441**	**2.623,883**	**1.563,108**
hievon variabel	*900,003*	*900,004*	
Nettogeldfluss	**-900,847**	**-1.353,445**	**-530,777**

Untergliederung 45 Bundesvermögen
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 45 Bundesvermögen**	GB 45.01 Haftungen des Bundes	GB 45.02 Bundesverm.verwalt.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	410,587	390,875	19,712
Finanzerträge	611,286	33,600	577,686
Erträge	**1.021,873**	**424,475**	**597,398**
Transferaufwand	603,343	150,855	452,488
Betrieblicher Sachaufwand	56,230	27,903	28,327
Aufwendungen	**659,573**	**178,758**	**480,815**
hievon variabel	*0,001*	*0,001*	
Nettoergebnis	**362,300**	**245,717**	**116,583**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 45 Bundesvermögen**	GB 45.01 Haftungen des Bundes	GB 45.02 Bundesverm.verwalt.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.065,513	468,115	597,398
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	23,197		23,197
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	270,884	267,006	3,878
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.359,594**	**735,121**	**624,473**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	56,228	27,902	28,326
Auszahlungen aus Transfers	569,467	139,355	430,112
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1.140,870		1.140,870
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	493,876	493,504	0,372
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.260,441**	**660,761**	**1.599,680**
hievon variabel	*900,003*	*0,003*	*900,000*
Nettogeldfluss	**-900,847**	**74,360**	**-975,207**

Globalbudget 45.01 Haftungen des Bundes

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	390,875		
Finanzerträge	33,600		
Erträge	**424,475**		
Transferaufwand	150,855		
Betrieblicher Sachaufwand	27,903		
Aufwendungen	**178,758**		
hievon variabel	*0,001*		
Nettoergebnis	**245,717**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	468,115	363,143	424,533
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	267,006	292,504	-46,332
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**735,121**	**655,647**	**378,200**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	27,902	27,403	20,316
Auszahlungen aus Transfers	139,355	162,868	101,123
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	493,504	534,504	153,837
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**660,761**	**724,775**	**275,276**
hievon variabel	*0,003*	*0,004*	
Nettogeldfluss	**74,360**	**-69,128**	**102,924**

Globalbudget 45.01 Haftungen des Bundes

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 2	Unterstützung der regionalen Diversifizierung durch gezielten und abgestimmten Einsatz des Außenwirtschaftsförderungs-instrumentariums (Exportfinanz-ierung, Internationale Finanzinstitutionen (IFI) - Kooperationen, Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)	Erhöhung der Haftungsneuübernahmen (ohne Beteiligungsgarantien) für Exporte in Schwellenstaaten (Schwarzmeerregion, inkl. Zentralasien, Afrika und Lateinamerika) auf 400 Mio. Euro bis 2013	Die Haftungsneuübernahmen für Exporte in Schwellenstaaten betragen 2011 knapp 340 Mio. Euro

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Einsatz des Instrumentes der außerbudgetären Schulden und Bundeshaftungen im Zuge der Finanzierung von Straßenbauprojekten nur im unbedingt notwendigen Ausmaß (Bund 2008/9)
2. Vorgabe von weiterführenden, strategischen Zielsetzungen und Planungsinstrumente für die ASFINAG über den einjährigen, das Haftungsvolumen betreffenden Abstimmungsprozess hinaus (Bund 2008/9)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
1. und 2. Das BMF verweist auf bestehende Kontrollinstrumente gegenüber der ASFINAG die regelmäßig adaptiert und weiter entwickelt werden (Bund 2008/9, S 144).

Globalbudget 45.01 Haftungen des Bundes
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 45.01 Haftungen des Bundes**	DB 45.01.01 AusfFG	DB 45.01.02 AFFG	DB 45.01.03 So.Finanz haft.(fix)	DB 45.01.04 So.Finanz haft.(var)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	390,875	348,633	28,000	14,241	0,001
Finanzerträge	33,600	33,600			
Erträge	**424,475**	**382,233**	**28,000**	**14,241**	**0,001**
Transferaufwand	150,855	20,501	61,353	69,000	0,001
Betrieblicher Sachaufwand	27,903	27,903			
Aufwendungen	**178,758**	**48,404**	**61,353**	**69,000**	**0,001**
hievon variabel	*0,001*				*0,001*
Nettoergebnis	**245,717**	**333,829**	**-33,353**	**-54,759**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 45.01 Haftungen des Bundes**	DB 45.01.01 AusfFG	DB 45.01.02 AFFG	DB 45.01.03 So.Finanz haft.(fix)	DB 45.01.04 So.Finanz haft.(var)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	468,115	382,233	80,000	5,881	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	267,006	267,002		0,002	0,002
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**735,121**	**649,235**	**80,000**	**5,883**	**0,003**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	27,902	27,902			
Auszahlungen aus Transfers	139,355	20,501	60,353	58,500	0,001
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	493,504	492,502		1,000	0,002
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**660,761**	**540,905**	**60,353**	**59,500**	**0,003**
hievon variabel	*0,003*				*0,003*
Nettogeldfluss	**74,360**	**108,330**	**19,647**	**-53,617**	

Globalbudget 45.02 Bundesvermögensverwaltung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	19,712		
Finanzerträge	577,686		
Erträge	**597,398**		
Transferaufwand	452,488		
Betrieblicher Sachaufwand	28,327		
Aufwendungen	**480,815**		
Nettoergebnis	**116,583**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	597,398	579,063	592,177
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	23,197	32,001	58,079
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,878	3,727	3,874
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**624,473**	**614,791**	**654,130**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	28,326	25,014	21,507
Auszahlungen aus Transfers	430,112	72,687	77,474
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1.140,870	1.283,302	241,292
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,372	518,105	947,558
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.599,680**	**1.899,108**	**1.287,831**
hievon variabel	*900,000*	*900,000*	
Nettogeldfluss	**-975,207**	**-1.284,317**	**-633,701**

Globalbudget 45.02 Bundesvermögensverwaltung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Das BMF setzt sich in den zuständigen Gremien für eine strikte Einhaltung der Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits und/oder makroökonomischen Ungleichgewichts ein	- Durchschnittliches Budgetdefizit in der Euro-Zone: -2,9 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP); - durchschnittliche Verschuldung in der Euro-Zone: 92,6 % des BIP und keine Inanspruchnahme des ESM	- Durchschnittliches Budgetdefizit in der Euro-Zone (2011): -4,1% des BIP; - durchschnittliche Verschuld-ung in der Euro-Zone (Ende 2011): 88,0% des BIP. (Quelle: Europäische Kommission - Frühjahrsprognose)
WZ 3	Nominierung von Bundesvertreterinnen in die genannten Gremien	Erhöhung des Anteils an Bundesvertreterinnen in den Aufsichtsgremien der genannten Unternehmen auf 25 % (2013)	Der Anteil der Bundesvertreterinnen in den Aufsichtsgremien der genannten Unternehmen beträgt per 31. 12. 2011 16 %

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Globalbudget 45.02 Bundesvermögensverwaltung
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 45.02 Bundesver m.verwalt.**	DB 45.02.01 Kapitalbetei ligungen	DB 45.02.02 Bundes-darlehen	DB 45.02.03 Unbew. Bundesverm ög.	DB 45.02.04 Bes.Zahlung sverpfl.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	19,712	6,003		11,289	2,420
Finanzerträge	577,686	537,724	38,716	0,046	1,200
Erträge	**597,398**	**543,727**	**38,716**	**11,335**	**3,620**
Transferaufwand	452,488				452,488
Betrieblicher Sachaufwand	28,327	23,211		2,413	2,703
Aufwendungen	**480,815**	**23,211**		**2,413**	**455,191**
Nettoergebnis	**116,583**	**520,516**	**38,716**	**8,922**	**-451,571**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 45.02 Bundesver m.verwalt.**	DB 45.02.01 Kapitalbetei ligungen	DB 45.02.02 Bundes-darlehen	DB 45.02.03 Unbew. Bundesverm ög.	DB 45.02.04 Bes.Zahlung sverpfl.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	597,398	543,727	38,716	11,335	3,620
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	23,197	0,008		23,189	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,878		3,878		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**624,473**	**543,735**	**42,594**	**34,524**	**3,620**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	28,326	23,211		2,413	2,702
Auszahlungen aus Transfers	430,112				430,112
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1.140,870	240,870			
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,372		0,372		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.599,680**	**264,081**	**0,372**	**2,413**	**432,814**
hievon variabel	*900,000*				
Nettogeldfluss	**-975,207**	**279,654**	**42,222**	**32,111**	**-429,194**

DB 45.02.05 ESM (variabel)
900,000
900,000
900,000
-900,000

Untergliederung 46 Finanzmarktstabilität

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir sichern die Stabilität des österreichischen Finanzsektors, der ohne staatliche Unterstützung gestärkt am Markt agiert und im internationalen Wettbewerb gut positioniert ist.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**1.246,907**	**720,066**	**640,831**
Auszahlungen fix	1.088,640	1.088,640	1.892,830	79,591
Auszahlungen variabel	1.340,610	1.340,610	0,002	
Summe Auszahlungen	**2.429,250**	**2.429,250**	**1.892,832**	**79,591**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-1.182,343**	**-1.172,766**	**561,241**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	361,803		
Aufwendungen	1.095,939		
Nettoergebnis	**-734,136**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Stabilisierung der Banken und allgemein des Finanzsektors nach erfolgtem Ausstieg aus den öffentlichen Unterstützungsmaßnahmen.

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Krise hat ein unterstützendes Eingreifen des Staates erfordert, ohne dessen die Stablität des österreichischen Finanzsektors nicht gegeben wäre. Es ist aber nicht die Aufgabe des Staates über einen längeren Zeitraum in den Markt einzugreifen. Es ist daher erforderlich, dass Banken, die Partizipationskapital gezeichnet haben, das erforderliche Eigenkapital wieder am Markt aufnehmen bzw. über Unternehmenserfolge erwirtschaften.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Vertragliche Ausgestaltung, die vorzeitigen Ausstieg aus der staatlichen Unterstützung attraktiv macht (Anstieg der Dividenden, Auflagen).
- Verhandlung mit Banken über die Rückführung des Partizipationskapitals, sofern dies die Stabilität der Banken nicht gefährdet.
- Erarbeitung von Strategien für Umstrukturierungen bzw. für den Verkauf der Staatsanteile

Wie sieht Erfolg aus?
- Ausständiges Partizipationskapital: Zielzustand 2013: 80 %; Zielzustand 2015: 74 %; Istzustand 2011: 100 %
[Berechnungsmethode: Abfrage Budgetstandsbericht; Quelle: BMF/Haushaltsverrechnungssystem des Bundes]

Untergliederung 46 Finanzmarktstabilität

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	72,801		
Finanzerträge	289,002		
Erträge	**361,803**		
Transferaufwand	1.084,333		
Betrieblicher Sachaufwand	1,605		
Finanzaufwand	10,001		
Aufwendungen	**1.095,939**		
hievon variabel	*4,002*		
Nettoergebnis	**-734,136**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	372,903	470,063	640,831
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	874,002	250,001	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,002	0,002	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.246,907**	**720,066**	**640,831**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	11,806	2,402	2,391
Auszahlungen aus Transfers	1.080,833	1.640,426	77,200
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	250,002	
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1.336,609	0,002	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.429,250**	**1.892,832**	**79,591**
hievon variabel	*1.340,610*	*0,002*	
Nettogeldfluss	**-1.182,343**	**-1.172,766**	**561,241**

Untergliederung 46 Finanzmarktstabilität
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 46 Finanzmarktstabilit.**	GB 46.01 Finanzmarkt stabilit.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	72,801	72,801
Finanzerträge	289,002	289,002
Erträge	**361,803**	**361,803**
Transferaufwand	1.084,333	1.084,333
Betrieblicher Sachaufwand	1,605	1,605
Finanzaufwand	10,001	10,001
Aufwendungen	**1.095,939**	**1.095,939**
hievon variabel	*4,002*	*4,002*
Nettoergebnis	**-734,136**	**-734,136**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 46 Finanzmarktstabilit.**	GB 46.01 Finanzmarkt stabilit.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	372,903	372,903
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	874,002	874,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,002	0,002
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.246,907**	**1.246,907**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	11,806	11,806
Auszahlungen aus Transfers	1.080,833	1.080,833
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1.336,609	1.336,609
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.429,250**	**2.429,250**
hievon variabel	*1.340,610*	*1.340,610*
Nettogeldfluss	**-1.182,343**	**-1.182,343**

Globalbudget 46.01 Finanzmarktstabilität

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	72,801		
Finanzerträge	289,002		
Erträge	**361,803**		
Transferaufwand	1.084,333		
Betrieblicher Sachaufwand	1,605		
Finanzaufwand	10,001		
Aufwendungen	**1.095,939**		
hievon variabel	*4,002*		
Nettoergebnis	**-734,136**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	372,903	470,063	640,831
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	874,002	250,001	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,002	0,002	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.246,907**	**720,066**	**640,831**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	11,806	2,402	2,391
Auszahlungen aus Transfers	1.080,833	1.640,426	77,200
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	250,002	
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1.336,609	0,002	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.429,250**	**1.892,832**	**79,591**
hievon variabel	*1.340,610*	*0,002*	
Nettogeldfluss	**-1.182,343**	**-1.172,766**	**561,241**

Globalbudget 46.01 Finanzmarktstabilität

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	- Verhandlung mit Banken über die Rückführung des Partizipationskapitals, sofern dies die Stabilität der Banken nicht gefährdet.	- Ausgehend vom Wert 2011 (100 %) beträgt das ausständige Partizipationskapital 80 % (2013).	- Wert 2011: 100 %
	- Erarbeitung einer Strategie für den Verkauf der Staatsanteile der Kommunalkredit und der Österreichen Volksbanken AG (ÖVAG) bzw. für die Umstrukturierung der Hypo Alpe Adria Bank International	- Abstimmung und Festlegung der Strategie bis 31.12.2013.	- Strategie ist noch nicht ausformuliert

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Organisatorische Zusammenführung der beiden bankenaufsichtlichen Aufsichtsbereiche der FMA und der OeNB (Bund 2011/4)
2. Durchführung von Vergleichsstudien mit anderen Finanzmarktaufsichten in regelmäßigen Abständen (Bund 2011/4)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs
1. Mit der Aufsichtsreform 2008 sind im Bereich Prüfung und Analyse redundante Prozesse beseitigt und Schnittstellenprobleme in der Bankenaufsicht ausgeschlossen worden. Mittels einer gemeinsamen Datenbank ist ein einheitlicher Informationsstand beider Institutionen gewährleistet. Eine organisatiorische Zusammenführung in einer Institution würde keine weitere Verbesserung mehr bringen, gleichzeitig aber das Allfinanzkonzept der FMA signifikant beeinträchtigen, sofern die Zusammenführung in der OeNB erfolgt (Bund 2011/4, S 136).
2. Die FMA teilt mit, dass sie auch im Jahr 2010 an einer internationalen Benchmarkstudie teilnimmt, an der sich ausgewählte Aufsichtsbehörden beteiligen. Weitere Benchmark-Aktivitäten erfolgen in regelmäßigen Abständen im Rahmen der Konferenz Integrierter Aufsichtbehörden. Auch durch das EU-gesetzlich vorgesehene Programm zur Harmonisierung der materiellen Aufsichtsführung wird expliziet oder implizit laufend Benchmarking betrieben und werden Anpassungen in der Aufsichtsmethodik vorgenommen (Bund 2011/4, S 142).

Globalbudget 46.01 Finanzmarktstabilität
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 46.01 Finanzmarktstabilit.**	DB 46.01.01 Partizip-Kapitalbet	DB 46.01.02 Haftungen (fix)	DB 46.01.03 Haftungen (variabel)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	72,801	0,001		72,800
Finanzerträge	289,002	289,002		
Erträge	**361,803**	**289,003**		**72,800**
Transferaufwand	1.084,333	1.080,833	3,500	
Betrieblicher Sachaufwand	1,605	0,004	1,600	0,001
Finanzaufwand	10,001	6,000		4,001
Aufwendungen	**1.095,939**	**1.086,837**	**5,100**	**4,002**
hievon variabel	*4,002*			*4,002*
Nettoergebnis	**-734,136**	**-797,834**	**-5,100**	**68,798**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 46.01 Finanzmarktstabilit.**	DB 46.01.01 Partizip-Kapitalbet	DB 46.01.02 Haftungen (fix)	DB 46.01.03 Haftungen (variabel)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	372,903	289,003		83,900
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	874,002	874,002		
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,002	0,001		0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.246,907**	**1.163,006**		**83,901**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	11,806	6,004	1,800	4,002
Auszahlungen aus Transfers	1.080,833	1.080,833		
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002		
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1.336,609	0,001		1.336,608
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.429,250**	**1.086,840**	**1,800**	**1.340,610**
hievon variabel	*1.340,610*			*1.340,610*
Nettogeldfluss	**-1.182,343**	**76,166**	**-1,800**	**-1.256,709**

Untergliederung 51 Kassenverwaltung

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Die Kernaufgabe dieser Untergliederung ist die Kassenverwaltung des Bundes, insbesondere das Management von Veranlagungen des Bundes, der Siedlungswasserwirtschaft und der Katastrophenfonds sowie das Management der Rückflüsse aus der Europäischen Union.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen		**1.828,279**	**2.321,690**	**3.491,919**
Auszahlungen fix	337,471	337,471	335,597	345,632
Summe Auszahlungen	**337,471**	**337,471**	**335,597**	**345,632**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**1.490,808**	**1.986,093**	**3.146,287**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge	1.828,273		
Aufwendungen	312,365		
Nettoergebnis	**1.515,908**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Sicherstellung der jederzeitigen Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen des Bundes.
Warum dieses Wirkungsziel?
Der Bund muss bei Bedarf über die Kassenmittel verfügen können. Weiters dient eine ausreichende Liquidität zur Vorsorge für ungünstige Marktsituationen am Geld- und Kapitalmarkt.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Durch eine detaillierte Liquiditätsplanung, welche in Zusammenarbeit vom Schuldenmanagement, das gemäß Bundesfinanzierungsgesetz an die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur übertragen wurde, und den jeweiligen zuständigen Abteilungen im Bundesministerium für Finanzen erstellt und laufend aktualisiert wird.
Wie sieht Erfolg aus?
- Es steht für fällige Verpflichtungen jederzeit Liquidität bereit. Zielzustand 2013: Die Anzahl der nicht durchgeführten Zahlungen aufgrund mangelnder Liquidität = 0, Istzustand 2011: Die Anzahl der nicht durchgeführten Zahlungen aufgrund mangelnder Liquidität = 0.
- Kein negativer Kontostand am Hauptkonto des Bundes: Zielzustand 2013: Kontostand Hauptkonto > 0, Istzustand 2011: Kontostand Hauptkonto > 0.
[Quelle: Rechnungshof/Bundesrechnungsabschluss]

Wirkungsziel 2:
Aufrechterhaltung der sehr hohen Kreditqualität bei Kassenveranlagungen des Bundes.
Warum dieses Wirkungsziel?
Zur Minimierung des Kreditrisikos des Bundes ist eine risikoaverse Grundausrichtung des Liquiditätsmanagement des Bundes zu erhalten.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Reputationsrisiken werden auch bei der Auswahl der Vertragspartner berücksichtigt – kontrahiert wird mit Geschäftspartnern hoher Bonität.
Wie sieht Erfolg aus?
- Kapitalrückflüsse: Zielzustand 2013: Kapitalrückflüsse 100 %, Istzustand 2011: Kapitalrückflüsse 100 %.
[Berechnungsmethode: Anteil des vollständig zurückerstatteten Kapitals inklusive Zinsen aus Veranlagungen;
Quelle: Rechnungshof/Bundesrechnungsabschluss]

Untergliederung 51 Kassenverwaltung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.821,773		
Finanzerträge	6,500		
Erträge	**1.828,273**		
Transferaufwand	309,364		
Betrieblicher Sachaufwand	0,001		
Finanzaufwand	3,000		
Aufwendungen	**312,365**		
Nettoergebnis	**1.515,908**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.828,279	2.321,690	3.491,919
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.828,279**	**2.321,690**	**3.491,919**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	28,107	28,536	51,237
Auszahlungen aus Transfers	309,364	307,061	294,395
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**337,471**	**335,597**	**345,632**
Nettogeldfluss	**1.490,808**	**1.986,093**	**3.146,287**

Untergliederung 51 Kassenverwaltung
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 51 Kassenver-waltung**	GB 51.01 Kassenver-waltung
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.821,773	1.821,773
Finanzerträge	6,500	6,500
Erträge	**1.828,273**	**1.828,273**
Transferaufwand	309,364	309,364
Betrieblicher Sachaufwand	0,001	0,001
Finanzaufwand	3,000	3,000
Aufwendungen	**312,365**	**312,365**
Nettoergebnis	**1.515,908**	**1.515,908**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 51 Kassenver-waltung**	GB 51.01 Kassenver-waltung
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.828,279	1.828,279
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.828,279**	**1.828,279**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	28,107	28,107
Auszahlungen aus Transfers	309,364	309,364
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**337,471**	**337,471**
Nettogeldfluss	**1.490,808**	**1.490,808**

Globalbudget 51.01 Kassenverwaltung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.821,773		
Finanzerträge	6,500		
Erträge	**1.828,273**		
Transferaufwand	309,364		
Betrieblicher Sachaufwand	0,001		
Finanzaufwand	3,000		
Aufwendungen	**312,365**		
Nettoergebnis	**1.515,908**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.828,279	2.321,690	3.491,919
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.828,279**	**2.321,690**	**3.491,919**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	28,107	28,536	51,237
Auszahlungen aus Transfers	309,364	307,061	294,395
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**337,471**	**335,597**	**345,632**
Nettogeldfluss	**1.490,808**	**1.986,093**	**3.146,287**

Globalbudget 51.01 Kassenverwaltung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1	Durchführung einer vorausschauenden, laufend aktualisierten Liquiditätsplanung.	Kontostand am Hauptkonto des Bundes an jedem Tag des Jahres > 0. Keine Bereitstellungsgebühr für Kreditlinien bei Banken an keinem Tag des Jahres.	Kontostand am Hauptkonto des Bundes an jedem Tag des Jahres war > 0. Keine Bereitstellungsgebühr für Kreditlinien an keinem Tag des Jahres.
WZ 2	Anwendung strikter Bonitäts- und Governancekriterien bei der Auswahl von VertragspartnerInnen für kreditrisikobehaftete Transaktionen sowie laufendes Monitoring.	Kapitalrückflüsse inklusive Zinsen zu 100 %.	Istzustand 2011: Kapitalrückflüsse inklusive Zinsen zu 100 %.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Durchführung eigener, vorwiegend qualitativ angelegter Krisentests im Sinne eines umfassenden Risikomanagements; Vermeidung von Veranlagungen in intransparente Finanzprodukte (Bund 2009/8)
2. Aus Renditegesichtspunkten neben Taggeldern auch Einsatz längerfristiger risikoarmer Anlageformen (Bund 2009/8)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu Empfehlung 1: Die Empfehlungen des Rechnungshofes (Bund 2009/8) wurden bereits umgesetzt. Siehe dazu Nachfrageverfahren Bund 2010/14 (Seite 179).

Zu Empfehlung 2: Empfehlung des Rechnungshofes, welche im Nachfrageverfahren Bund 2010/14 noch mit „Umsetzung zugesagt“ eingestuft wurde, wird auf die Bundesfinanzierungsgesetznovelle, BGBl. I Nr. 67/2010, verwiesen. Es wurden Limits für kurzlaufende Transaktionen in den Richtlinien festgelegt, bei denen je nach Ratingkategorie und Größenklasse Laufzeiten bis zu zwölf Monaten möglich sind. Die genannte Novelle ist mit 1.10.2010 in Kraft getreten; somit wurde auch diese Empfehlung umgesetzt.

Globalbudget 51.01 Kassenverwaltung
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 51.01 Kassenver-waltung**	DB 51.01.01 Geldverkehr -Bund	DB 51.01.02 Siedlungs-wasserw.	DB 51.01.04 Transfer von der EU
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.821,773		332,465	1.489,308
Finanzerträge	6,500	4,500	2,000	
Erträge	**1.828,273**	**4,500**	**334,465**	**1.489,308**
Transferaufwand	309,364		309,364	
Betrieblicher Sachaufwand	0,001		0,001	
Finanzaufwand	3,000	3,000		
Aufwendungen	**312,365**	**3,000**	**309,365**	
Nettoergebnis	**1.515,908**	**1,500**	**25,100**	**1.489,308**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 51.01 Kassenver-waltung**	DB 51.01.01 Geldverkehr -Bund	DB 51.01.02 Siedlungs-wasserw.	DB 51.01.03 Sonderkon-ten-Bund	DB 51.01.04 Transfer von der EU
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.828,279	4,500	334,465	0,006	1.489,308
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.828,279**	**4,500**	**334,465**	**0,006**	**1.489,308**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	28,107	3,000	0,001	25,106	
Auszahlungen aus Transfers	309,364		309,364		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**337,471**	**3,000**	**309,365**	**25,106**	
Nettogeldfluss	**1.490,808**	**1,500**	**25,100**	**-25,100**	**1.489,308**

Untergliederung 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Die Kernaufgaben dieser Untergliederung sind die Aufnahme und die Verwaltung der Finanzierungen des Bundes inkl. der Durchführung von Währungstauschverträgen und Portfoliorestrukturierungsmaßnahmen.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Auszahlungen fix	6.508,013	6.508,013	7.947,146	6.827,513
Summe Auszahlungen	**6.508,013**	**6.508,013**	**7.947,146**	**6.827,513**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-6.508,013**	**-7.947,146**	**-6.827,513**

Finanzierungsvoranschlag- Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	95.730,519	93.359,334	67.641,777
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	89.403,074	82.219,737	63.280,089
Nettofinanzierung	**6.327,445**	**11.139,597**	**4.361,689**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Aufwendungen	7.321,212		
Nettoergebnis	**-7.321,212**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Bereitstellung der erforderlichen Finanzierungsmittel bei risikoaverser Grundausrichtung zu möglichst geringen mittel- bis langfristigen Finanzierungskosten.
Warum dieses Wirkungsziel?
Durch die Umsetzung des Wirkungsziels erhöht sich die Planbarkeit der Zinsausgaben ohne die Optimierung der Finanzierungskosten zu vernachlässigen und ist somit ein wirksamer Beitrag zur restriktiven Gestaltung der Ausgaben des Bundes und zur Finanzmarktstabilität.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Finanzierungsquellen werden hinreichend stark diversifiziert, d.h. eine gewisse Streuung nach Fälligkeiten, Finanzierungsinstrumenten, Regionen- und Investorentypen;
- Es wird durch intensiven Investorenkontakt der Vorteil und das Standing der „Republik Österreich“ am Markt im Vergleich zu anderen Emittenten herausgearbeitet;
- Vorrangige Aufnahme langfristiger fixverzinster Verbindlichkeiten;

Wie sieht Erfolg aus?
- Die Renditen der Republik Österreich für langfristige (ca. 10-jährige) staatliche Schuldverschreibungen liegen bezogen auf die Anzahl der Länder des Euroraumes: Zielzustand 2013: im niedrigsten Drittel; Istzustand 2011: im niedrigsten Drittel [Berechnungsmethode: Ranking, Quelle: Statistik Austria]

Wirkungsziel 2:
Langfristige Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität des Bundes.
Warum dieses Wirkungsziel?
Der Bund muss jederzeit seine Zahlungsverpflichtungen erfüllen können. Da dies aufgrund der Primärein- und -auszahlungen (ohne Finanzierungen) nicht sichergestellt ist, werden sowohl kurzfristige als auch langfristige Finanzierungen abgeschlossen. Die Belastung des Bundes durch Bereitstellungsgebühren aus dem Titel Kreditlinien für Banken soll vermieden werden.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Finanzierungsquellen werden hinreichend stark diversifiziert, d.h. eine ausreichende Streuung nach Fälligkeiten, Finanzierungsinstrumenten, Regionen- und Investorentypen wird vorgenommen.
- Herausarbeitung des Vorteils und des Standing der „Republik Österreich“ am Markt im Vergleich zu anderen Emittenten durch intensive Investorenkontakte.

Wie sieht Erfolg aus?
Bereitstellungsgebühr für Kreditlinien bei Banken: Zielzustand 2013: € 0,00 Bereitstellungsgebühr; Istzustand 2011:€ 0,00; [Quelle: SAP Treasury des Bundes]

Untergliederung 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Finanzaufwand	7.321,212		
Aufwendungen	**7.321,212**		
Nettoergebnis	**-7.321,212**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	6.508,013	7.947,146	6.827,513
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.508,013**	**7.947,146**	**6.827,513**
Nettogeldfluss	**-6.508,013**	**-7.947,146**	**-6.827,513**

Finanzierungsvoranschlag- Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	38.722,261	40.965,282	21.031,956
Einzahlungen aus der Aufnahme von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten	40.000,000	35.000,000	31.227,896
Einzahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	17.008,249	17.394,043	15.381,926
Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	0,009	0,009	
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**95.730,519**	**93.359,334**	**67.641,777**
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	32.796,431	29.653,962	16.395,669
Auszahlungen aus der Tilgung von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangener Geldverbindlichkeiten	40.000,000	35.000,000	31.117,649
Auszahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	16.606,634	17.565,766	15.766,770
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,009	0,009	
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**89.403,074**	**82.219,737**	**63.280,089**
Bundesfinanzierung	**6.327,445**	**11.139,597**	**4.361,689**

Untergliederung 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 58 Finanzier-ungen WTV**	GB 58.01 Finanzier-ungen WTV
Finanzaufwand	7.321,212	7.321,212
Aufwendungen	**7.321,212**	**7.321,212**
Nettoergebnis	**-7.321,212**	**-7.321,212**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 58 Finanzier-ungen WTV**	GB 58.01 Finanzier-ungen WTV
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	6.508,013	6.508,013
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.508,013**	**6.508,013**
Nettogeldfluss	**-6.508,013**	**-6.508,013**

Finanzierungsvoranschlag-Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	**UG 58 Finanzier-ungen WTV**	GB 58.01 Finanzier-ungen WTV
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	38.722,261	38.722,261
Einzahlungen aus der Aufnahme von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten	40.000,000	40.000,000
Einzahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	17.008,249	17.008,249
Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	0,009	0,009
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**95.730,519**	**95.730,519**
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	32.796,431	32.796,431
Auszahlungen aus der Tilgung von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangener Geldverbindlichkeiten	40.000,000	40.000,000
Auszahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	16.606,634	16.606,634
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,009	0,009
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**89.403,074**	**89.403,074**
Bundesfinanzierung	**6.327,445**	**6.327,445**

Globalbudget 58.01 Finanzierungen und Währungstauschverträge

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Finanzaufwand	7.321,212		
Aufwendungen	**7.321,212**		
Nettoergebnis	**-7.321,212**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	6.508,013	7.947,146	6.827,513
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.508,013**	**7.947,146**	**6.827,513**
Nettogeldfluss	**-6.508,013**	**-7.947,146**	**-6.827,513**

Finanzierungsvoranschlag- Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	38.722,261	40.965,282	21.031,956
Einzahlungen aus der Aufnahme von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten	40.000,000	35.000,000	31.227,896
Einzahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	17.008,249	17.394,043	15.381,926
Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	0,009	0,009	
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**95.730,519**	**93.359,334**	**67.641,777**
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	32.796,431	29.653,962	16.395,669
Auszahlungen aus der Tilgung von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangener Geldverbindlichkeiten	40.000,000	35.000,000	31.117,649
Auszahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	16.606,634	17.565,766	15.766,770
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,009	0,009	
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**89.403,074**	**82.219,737**	**63.280,089**
Bundesfinanzierung	**6.327,445**	**11.139,597**	**4.361,689**

Globalbudget 58.01 Finanzierungen und Währungstauschverträge

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2013	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2013)
WZ 1 und 2	Mittels eines relativ ausgewogenen Tilgungsprofils werden Risiken durch Spitzen beim Finanzierungsbedarf (zeitliches Klumpenrisiko) vermieden und eine bestimmte, gewichtete Kapitalbindungsdauer (Duration) angestrebt.	Angestrebte Durations-Bandbreite: Zielzustand 2013: 5-7 Jahre	Istzustand 31.12.2011: 6,41 Jahre
WZ 1 und 2	Das Refinanzierungsvolumen wird auf einem niedrigen Niveau im Verhältnis zur Gesamtverschuldung gehalten, indem das Tilgungsprfil relativ ausgewogen ausgestaltet wird. Die Rückzahlungen des Folgejahres werden im Verhältnis zur Gesamtverschuldung des aktuellen Jahres herangezogen.	- Angestrebtes Refinanzierungsvolumen: Zielzustand 2013: nicht mehr als 15% der Gesamtverschuldung des Bundes per Ende 2012; - In den Jahren 2013-2015 sollen nicht mehr als 40% der Gesamtverschuldung des Bundes per Ende 2012 fällig werden.	Istzustand 31.12.2011: 6,2% der Gesamtverschuldung des Bundes werden per Ende 2011 fällig. In den Jahren 2012-2014 werden 33,6% der Gesamtverschuldung fällig.
WZ 1 und 2	Aufrechterhaltung einer liquiden Referenzkurve (Benchmarkkurve) von Bundesanleihen um der Preisorientierungsfunktion für die Festlegung verschiedener Finanzierungssätze in Österreich gerecht zu werden, indem die Anleihen mit den entsprechenden Laufzeiten aufgestockt werden bzw. Syndikate mit entsprechenden Laufzeiten begeben werden.	- Für 5 verschiedene Fristigkeiten zwischen 2 und 30 Jahren soll die entsprechende Rendite für die jeweilige Fälligkeit vorhanden sein. - Die zugrundeliegenden Anleihen werden auf gängigen Handelssystemen und geregelten Märkten gehandelt.	- Istzustand 31.12.2011: für 11 verschiedene Fristigkeiten ist die entsprechende Rendite vorhanden. - Die zugrundeliegenden Anleihen werden auf gängigen Handelssystemen und geregelten Märkten gehandelt.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs

1. Laufende Beobachtung der Entwicklung auf dem Kapitalmarkt und Anpassung der Zusammensetzung des Finanzierungsportfolios an das Marktumfeld (Bund 2009/8)
2. Optimierung des zu erwartenden Ertrags im Verhältnis zum eingegangenen Risiko bei Derivativgeschäften (Bund 2009/8)
3. Laufende Aktualisierung des Limitwesens des Schuldenmanagements (Bund 2009/8)

Stellungnahme des haushaltsleitenden Organs zu den Empfehlungen des Rechnungshofs

Zu Empfehlungen 1-3: Die Empfehlungen des Rechnungshofes (Bund 2009/8) wurden bereits umgesetzt. Siehe dazu Nachfrageverfahren Bund 2010/14 (Seite 179).

In Bezug auf die 2. Empfehlung des Rechnungshofes, welche im Nachfrageverfahren Bund 2010/14 noch mit „Umsetzung zugesagt“ eingestuft wurde, wird auf die Bundesfinanzierungsgesetznovelle, BGBl. I Nr. 67/2010, verwiesen. Es werden für alle relevanten Risikoarten eigene Richtlinien erstellt, einschließlich adäquater Steuerungsmechanismen. Die genannte Novelle ist mit 1.10.2010 in Kraft getreten; somit wurde auch diese Empfehlung umgesetzt.

Globalbudget 58.01 Finanzierungen und Währungstauschverträge
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 58.01 Finanzier-ungen WTV**	DB 58.01.01 Finanz., WTV, Wertp.	DB 58.01.02 Kurzfr. Verpfl.
Finanzaufwand	7.321,212	7.307,376	13,836
Aufwendungen	**7.321,212**	**7.307,376**	**13,836**
Nettoergebnis	**-7.321,212**	**-7.307,376**	**-13,836**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 58.01 Finanzier-ungen WTV**	DB 58.01.01 Finanz., WTV, Wertp.	DB 58.01.02 Kurzfr. Verpfl.
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	6.508,013	6.494,177	13,836
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.508,013**	**6.494,177**	**13,836**
Nettogeldfluss	**-6.508,013**	**-6.494,177**	**-13,836**

Finanzierungsvoranschlag-Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	**GB 58.01 Finanzier-ungen WTV**	DB 58.01.01 Finanz., WTV, Wertp.	DB 58.01.02 Kurzfr. Verpfl.
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	38.722,261	38.722,261	
Einzahlungen aus der Aufnahme von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten	40.000,000		40.000,000
Einzahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	17.008,249	7.008,244	10.000,005
Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	0,009	0,009	
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**95.730,519**	**45.730,514**	**50.000,005**
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	32.796,431	32.796,431	
Auszahlungen aus der Tilgung von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangener Geldverbindlichkeiten	40.000,000		40.000,000
Auszahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	16.606,634	6.606,629	10.000,005
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,009	0,009	
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**89.403,074**	**39.403,069**	**50.000,005**
Bundesfinanzierung	**6.327,445**	**6.327,445**	

Zusammenfassung des Ergebnisvoranschlages nach Rubriken und Untergliederungen

(Beträge in Millionen Euro)

UG	Bezeichnung	Nettoerg. 2013	Erträge 2013	Aufw. 2013	Aufw. 2012	Aufw. 2011
	Recht und Sicherheit					
01	Präsidentschaftskanzlei	-7,843	0,043	7,886		
02	Bundesgesetzgebung	-134,318	2,310	136,628		
03	Verfassungsgerichtshof	-12,370	0,410	12,780		
04	Verwaltungsgerichtshof	-17,567	0,119	17,686		
05	Volksanwaltschaft	-9,985	0,130	10,115		
06	Rechnungshof	-30,784	0,118	30,902		
10	Bundeskanzleramt	-323,655	3,688	327,343		
	hievon variabel	*-88,500*		*88,500*		
11	Inneres	-2.406,210	112,191	2.518,401		
12	Äußeres	-403,320	3,995	407,315		
13	Justiz	-503,557	921,162	1.424,719		
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	-2.013,090	45,008	2.058,098		
15	Finanzverwaltung	-1.042,456	154,764	1.197,220		
16	Öffentliche Abgaben	46.426,214	46.426,214			
	Rubrik 0,1...	**39.521,059**	**47.670,152**	**8.149,093**		
	Arbeit, Soziales, Gesundheit u. Familie					
20	Arbeit	-1.137,794	5.352,301	6.490,095		
	hievon variabel	*-4.966,809*		*4.966,809*		
21	Soziales und Konsumentenschutz	-2.693,112	210,551	2.903,663		
22	Sozialversicherung	-9.930,297	35,903	9.966,200		
	hievon variabel	*-9.966,200*		*9.966,200*		
23	Pensionen	-6.323,397	2.350,159	8.673,556		
24	Gesundheit	-880,843	44,706	925,549		
	hievon variabel	*-607,000*		*607,000*		
25	Familie und Jugend	103,505	6.571,887	6.468,382		
	Rubrik 2...	**-20.861,938**	**14.565,507**	**35.427,445**		
	Bildung, Forschung, Kunst u. Kultur					
30	Unterricht, Kunst und Kultur	-8.415,965	77,946	8.493,911		
31	Wissenschaft und Forschung	-4.022,130	0,326	4.022,456		
33	Wirtschaft (Forschung)	-97,898	0,002	97,900		
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	-410,730	0,005	410,735		
	Rubrik 3...	**-12.946,723**	**78,279**	**13.025,002**		
	Wirtschaft, Infrastruktur u. Umwelt					
40	Wirtschaft	-309,479	148,234	457,713		
41	Verkehr, Innovation und Technologie	-3.574,240	491,856	4.066,096		
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	-1.917,816	181,554	2.099,370		
	hievon variabel	*-1.319,600*		*1.319,600*		
43	Umwelt	-160,673	499,398	660,071		
44	Finanzausgleich	-273,120	530,877	803,997		
	hievon variabel	*-755,184*		*755,184*		
45	Bundesvermögen	362,300	1.021,873	659,573		
	hievon variabel	*-0,001*		*0,001*		
46	Finanzmarktstabilität	-734,136	361,803	1.095,939		
	hievon variabel	*-4,002*		*4,002*		
	Rubrik 4...	**-6.607,164**	**3.235,595**	**9.842,759**		
	Kassa und Zinsen					
51	Kassenverwaltung	1.515,908	1.828,273	312,365		
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	-7.321,212		7.321,212		
	Rubrik 5...	**-5.805,304**	**1.828,273**	**7.633,577**		
	Summe Ergebnisvoranschlag...	**-6.700,070**	**67.377,806**	**74.077,876**		
	hievon variabel...	***-17.707,296***		***17.707,296***		

Zusammenfassung des Finanzierungsvoranschlages nach Rubriken und Untergliederungen

(Beträge in Millionen Euro)

UG	Bezeichnung	Nettofinbed. 2013	Einz. 2013	Ausz. 2013	Ausz. 2012	Ausz. 2011
	Allgemeine Gebarung					
	Recht und Sicherheit					
01	Präsidentschaftskanzlei	-7,806	0,028	7,834	8,096	7,458
02	Bundesgesetzgebung	-134,028	2,301	136,329	173,029	136,269
03	Verfassungsgerichtshof	-12,409	0,396	12,805	12,630	11,753
04	Verwaltungsgerichtshof	-18,041	0,105	18,146	16,940	15,686
05	Volksanwaltschaft	-10,062	0,147	10,209	7,331	6,316
06	Rechnungshof	-30,536	0,086	30,622	30,885	27,371
10	Bundeskanzleramt	-331,987	3,836	335,823	343,543	326,319
	hievon variabel	*-88,500*		*88,500*	*95,200*	*94,558*
11	Inneres	-2.390,147	114,879	2.505,026	2.470,161	2.294,927
12	Äußeres	-398,981	3,664	402,645	422,815	416,564
13	Justiz	-367,575	921,577	1.289,152	1.181,782	1.198,122
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	-2.100,814	48,538	2.149,352	2.232,344	2.158,243
15	Finanzverwaltung	-1.037,083	156,701	1.193,784	1.219,015	1.099,362
16	Öffentliche Abgaben	46.426,214	46.426,214			
	Rubrik 0,1...	**39.586,745**	**47.678,472**	**8.091,727**	**8.118,571**	**7.698,390**
	Arbeit, Soziales, Gesundheit u. Familie					
20	Arbeit	-1.053,974	5.351,819	6.405,793	6.191,291	6.034,241
	hievon variabel	*-4.964,089*		*4.964,089*	*4.763,300*	*4.423,415*
21	Soziales und Konsumentenschutz	-2.690,361	210,414	2.900,775	3.005,351	2.454,307
22	Sozialversicherung	-9.930,297	35,903	9.966,200	10.024,000	9.113,775
	hievon variabel	*-9.966,200*		*9.966,200*	*10.024,000*	*9.113,775*
23	Pensionen	-6.343,688	2.350,178	8.693,866	9.017,256	8.007,556
24	Gesundheit	-881,048	44,782	925,830	913,989	890,983
	hievon variabel	*-607,000*		*607,000*	*573,359*	*554,542*
25	Familie und Jugend	72,068	6.638,448	6.566,380	6.405,596	6.293,909
	Rubrik 2...	**-20.827,300**	**14.631,544**	**35.458,844**	**35.557,483**	**32.794,772**
	Bildung, Forschung, Kunst u. Kultur					
30	Unterricht, Kunst und Kultur	-8.422,783	80,081	8.502,864	8.316,926	7.847,830
31	Wissenschaft und Forschung	-4.021,375	0,640	4.022,015	3.847,532	3.632,275
33	Wirtschaft (Forschung)	-97,898	0,002	97,900	100,800	106,170
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	-406,092	0,008	406,100	382,400	349,891
	Rubrik 3...	**-12.948,148**	**80,731**	**13.028,879**	**12.647,658**	**11.936,165**
	Wirtschaft, Infrastruktur u. Umwelt					
40	Wirtschaft	-272,708	148,662	421,370	445,480	408,739
41	Verkehr, Innovation und Technologie	-2.421,969	492,096	2.914,065	2.970,594	2.741,728
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	-1.911,697	181,801	2.093,498	2.131,040	2.018,917
	hievon variabel	*-1.319,600*		*1.319,600*	*1.314,000*	*1.223,026*
43	Umwelt	-158,853	499,398	658,251	998,277	670,755
44	Finanzausgleich	-273,120	530,877	803,997	770,353	689,279
	hievon variabel	*-755,184*		*755,184*	*718,584*	*637,999*
45	Bundesvermögen	-900,847	1.359,594	2.260,441	2.623,883	1.563,108
	hievon variabel	*-900,003*		*900,003*	*900,004*	
46	Finanzmarktstabilität	-1.182,343	1.246,907	2.429,250	1.892,832	79,591
	hievon variabel	*-1.340,610*		*1.340,610*	*0,002*	
	Rubrik 4...	**-7.121,537**	**4.459,335**	**11.580,872**	**11.832,459**	**8.172,116**
	Kassa und Zinsen					
51	Kassenverwaltung	1.490,808	1.828,279	337,471	335,597	345,632
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	-6.508,013		6.508,013	7.947,146	6.827,513
	Rubrik 5...	**-5.017,205**	**1.828,279**	**6.845,484**	**8.282,743**	**7.173,145**
	Summe Allgemeine Gebarung...	**-6.327,445**	**68.678,361**	**75.005,806**	**76.438,914**	**67.774,588**
	hievon variabel...	***-19.941,186***		***19.941,186***	***18.388,449***	***16.047,315***

UG	Bezeichnung	Nettofinbed. 2013	Einz. 2013	Ausz. 2013	Ausz. 2012	Ausz. 2011
58	**Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit**					
	Finanzierungen, Währungstauschverträge	6.327,445	95.730,519	89.403,074	82.219,737	63.280,089
	Summe Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit...	**6.327,445**	**95.730,519**	**89.403,074**	**82.219,737**	**63.280,089**
	Summe Finanzierungsvoranschlag...		**164.408,880**	**164.408,880**	**158.658,651**	**131.054,677**

I.a Aufgliederung des Ergebnisvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen

(Beträge in Millionen Euro)

UG	Bezeichnung	Aufwendungen			
		Personal-aufwand	Transfer-aufwand	Betriebl. Sachaufw.	Finanz-aufwand
	Recht und Sicherheit				
01	Präsidentschaftskanzlei	5,180	0,001	2,705	
02	Bundesgesetzgebung	29,523	42,205	64,897	0,003
03	Verfassungsgerichtshof	6,421	2,017	4,342	
04	Verwaltungsgerichtshof	15,933	0,004	1,749	
05	Volksanwaltschaft	5,579	0,868	3,668	
06	Rechnungshof	25,940	0,235	4,727	
10	Bundeskanzleramt	59,660	211,938	55,745	
	hievon variabel		*88,500*		
11	Inneres	1.892,788	122,173	503,440	
12	Äußeres	124,111	173,340	109,864	
13	Justiz	666,857	64,777	693,085	
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	1.111,555	146,850	799,693	
15	Finanzverwaltung	667,483	148,444	381,292	0,001
16	Öffentliche Abgaben				
	Rubrik 0,1...	**4.611,030**	**912,852**	**2.625,207**	**0,004**
	Arbeit, Soziales, Gesundheit u. Familie				
20	Arbeit	83,635	5.910,540	495,920	
	hievon variabel		*4.952,100*	*14,709*	
21	Soziales und Konsumentenschutz	80,421	2.774,167	49,073	0,002
22	Sozialversicherung		9.966,200		
	hievon variabel		*9.966,200*		
23	Pensionen		8.673,176	0,380	
24	Gesundheit	27,359	841,290	56,899	0,001
	hievon variabel		*607,000*		
25	Familie und Jugend		5.884,906	583,476	
	Rubrik 2...	**191,415**	**34.050,279**	**1.185,748**	**0,003**
	Bildung, Forschung, Kunst u. Kultur				
30	Unterricht, Kunst und Kultur	3.502,283	3.909,537	1.082,082	0,009
31	Wissenschaft und Forschung	51,145	3.899,941	71,369	0,001
33	Wirtschaft (Forschung)		96,108	1,792	
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)		392,364	18,371	
	Rubrik 3...	**3.553,428**	**8.297,950**	**1.173,614**	**0,010**
	Wirtschaft, Infrastruktur u. Umwelt				
40	Wirtschaft	141,905	162,946	152,860	0,002
41	Verkehr, Innovation und Technologie	67,002	3.158,672	840,421	0,001
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	158,138	1.798,435	142,243	0,554
	hievon variabel		*1.319,599*	*0,001*	
43	Umwelt		588,714	71,357	
44	Finanzausgleich		803,995	0,002	
	hievon variabel		*755,182*	*0,002*	
45	Bundesvermögen		603,343	56,230	
	hievon variabel		*0,001*		
46	Finanzmarktstabilität		1.084,333	1,605	10,001
	hievon variabel			*0,001*	*4,001*
	Rubrik 4...	**367,045**	**8.200,438**	**1.264,718**	**10,558**
	Kassa und Zinsen				
51	Kassenverwaltung		309,364	0,001	3,000
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge				7.321,212
	Rubrik 5...		**309,364**	**0,001**	**7.324,212**
	Summe Ergebnishaushalt...	**8.722,918**	**51.770,883**	**6.249,288**	**7.334,787**
	hievon variabel...		***17.688,582***	***14,713***	***4,001***
	davon				
	Aktivitätsaufwand	*8.722,918*			
	Pensionsaufwand		***4.181,330***		

Erträge	
operative Vwt	Finanz-erträge
0,043	
2,290	0,020
0,410	
0,119	
0,130	
0,118	
3,685	0,003
112,191	
3,835	0,160
921,158	0,004
45,008	
154,126	0,638
46.426,214	
47.669,327	**0,825**
5.352,300	0,001
210,534	0,017
35,903	
2.350,159	
44,705	0,001
6.571,884	0,003
14.565,485	**0,022**
77,946	
0,311	0,015
0,001	0,001
0,003	0,002
78,261	**0,018**
148,185	0,049
446,794	45,062
157,490	24,064
499,396	0,002
530,873	0,004
410,587	611,286
72,801	289,002
2.266,126	**969,469**
1.821,773	6,500
1.821,773	**6,500**
66.400,972	**976,834**

I.b Aufgliederung des Finanzierungsvoranschlages nach nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen, Allgemeine Gebarung

(Beträge in Millionen Euro)

UG	Bezeichnung	Auszahlungen aus operative Vwt	Transfer	Investitions-tätigkeit	Darlehen/ Vorschüsse
	Recht und Sicherheit				
01	Präsidentschaftskanzlei	7,723	0,001	0,096	0,014
02	Bundesgesetzgebung	92,400	42,205	1,634	0,090
03	Verfassungsgerichtshof	10,614	2,017	0,154	0,020
04	Verwaltungsgerichtshof	17,752	0,004	0,368	0,022
05	Volksanwaltschaft	9,220	0,868	0,095	0,026
06	Rechnungshof	30,219	0,235	0,133	0,035
10	Bundeskanzleramt	114,139	218,874	2,635	0,175
	hievon variabel		*88,500*		
11	Inneres	2.364,471	122,173	16,456	1,926
12	Äußeres	222,318	173,340	6,889	0,098
13	Justiz	1.210,591	64,777	13,779	0,005
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	1.743,802	146,850	256,697	2,003
15	Finanzverwaltung	1.039,154	148,444	4,352	1,834
16	Öffentliche Abgaben				
	Rubrik 0,1...	**6.862,403**	**919,788**	**303,288**	**6,248**
	Arbeit, Soziales, Gesundheit u. Familie				
20	Arbeit	495,002	5.910,540	0,100	0,151
	hievon variabel	*11,989*	*4.952,100*		
21	Soziales und Konsumentenschutz	125,607	2.772,167	0,300	2,701
22	Sozialversicherung		9.966,200		
	hievon variabel		*9.966,200*		
23	Pensionen	0,380	8.693,461		0,025
24	Gesundheit	84,140	841,290	0,322	0,078
	hievon variabel		*607,000*		
25	Familie und Jugend	570,214	5.867,165		129,001
	Rubrik 2...	**1.275,343**	**34.050,823**	**0,722**	**131,956**
	Bildung, Forschung, Kunst u. Kultur				
30	Unterricht, Kunst und Kultur	4.552,992	3.910,817	36,791	2,264
31	Wissenschaft und Forschung	117,580	3.899,941	4,099	0,395
33	Wirtschaft (Forschung)	1,792	96,108		
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	15,371	390,725	0,004	
	Rubrik 3...	**4.687,735**	**8.297,591**	**40,894**	**2,659**
	Wirtschaft, Infrastruktur u. Umwelt				
40	Wirtschaft	237,466	162,946	20,447	0,511
41	Verkehr, Innovation und Technologie	891,700	2.017,610	4,453	0,302
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	286,565	1.798,435	8,248	0,250
	hievon variabel	*0,001*	*1.319,599*		
43	Umwelt	69,457	588,714	0,080	
44	Finanzausgleich	0,002	803,995		
	hievon variabel	*0,002*	*755,182*		
45	Bundesvermögen	56,228	569,467	1.140,870	493,876
	hievon variabel		*0,001*	*900,000*	*0,002*
46	Finanzmarktstabilität	11,806	1.080,833	0,002	1.336,609
	hievon variabel	*4,002*			*1.336,608*
	Rubrik 4...	**1.553,224**	**7.022,000**	**1.174,100**	**1.831,548**
	Kassa und Zinsen				
51	Kassenverwaltung	28,107	309,364		
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	6.508,013			
	Rubrik 5...	**6.536,120**	**309,364**		
	Summe Allgemeine Gebarung...	**20.914,825**	**50.599,566**	**1.519,004**	**1.972,411**
	hievon variabel...	***15,994***	***17.688,582***	***900,000***	***1.336,610***

Einzahlungen aus		
operative Vwt u. Trans	Investitions-tätigkeit	Dalehen/ Vorschüsse
0,017	0,003	0,008
2,219	0,007	0,075
0,372	0,004	0,020
0,087	0,001	0,017
0,130	0,002	0,015
0,061	0,005	0,020
3,688	0,002	0,146
112,191	1,066	1,622
3,478	0,101	0,085
921,162	0,019	0,396
45,008	0,022	3,508
154,754	0,084	1,863
46.426,214		
47.669,381	**1,316**	**7,775**
5.351,667	0,001	0,151
210,244	0,016	0,154
35,903		
2.350,159		0,019
44,702	0,005	0,075
6.571,887		66,561
14.564,562	**0,022**	**66,960**
77,946	0,053	2,082
0,326	0,010	0,304
0,002		
0,005	0,002	0,001
78,279	**0,065**	**2,387**
147,719	0,034	0,909
491,745	0,024	0,327
181,485	0,085	0,231
499,398		
530,877		
1.065,513	23,197	270,884
372,903	874,002	0,002
3.289,640	**897,342**	**272,353**
1.828,279		
1.828,279		
67.430,141	**898,745**	**349,475**

I.c Aufgliederung des Finanzierungsvoranschlages nach nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen, Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit

(Beträge in Millionen Euro)

UG	Bezeichnung	Auszahlungen aus				Einzahlungen aus			
		Tilgung von Finanzschulden	Tilg. v. zur Kassenstärk. eing. Geldverb.	Kapitalaustausch bei WTV	Erwerb v. Finanzalagen	Aufnahme von Finanzschulden	Aufn. v. zur. Kassenstärk. eing. Geldverb.	Kapitalaustausch bei WTV	Abgang v. Finanzanlagen
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	32.796,431	40.000,000	16.606,634	0,009	38.722,261	40.000,000	17.008,249	0,009
	Summe Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit...	**32.796,431**	**40.000,000**	**16.606,634**	**0,009**	**38.722,261**	**40.000,000**	**17.008,249**	**0,009**

I.d Summarische Aufgliederung des Ergebnisvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen

(Beträge in Millionen Euro)

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen	Aufgabenbereiche				
	Summe	**09**	**16**	**17**	**25**
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	66.400,972	12.952,140	52.387,167		43,816
Finanzerträge	976,834	0,024	258,051	4,500	
Erträge	**67.377,806**	**12.952,164**	**52.645,218**	**4,500**	**43,816**
Personalaufwand	8.722,918	156,708	1.129,915		1.077,785
Transferaufwand	51.770,883	30.541,104	1.551,029		7,279
Betrieblicher Sachaufwand	6.249,288	1.150,557	913,677		788,813
Finanzaufwand	7.334,787	0,002	10,007	7.324,212	
Aufwendungen	**74.077,876**	**31.848,371**	**3.604,628**	**7.324,212**	**1.873,877**
Nettoergebnis	**-6.700,070**	**-18.896,207**	**49.040,590**	**-7.319,712**	**-1.830,061**

Aufgabenbereiche							
31	**33**	**34**	**36**	**42**	**45**	**49**	**56**
83,549	875,240	45,878 0,004	10,040	145,375 24,054	837,579 45,061	389,548 606,360	499,398 0,002
83,549	**875,240**	**45,882**	**10,040**	**169,429**	**882,640**	**995,908**	**499,400**
1.774,794 12,087 205,597	479,712 21,909 397,478	197,384 5,828 203,240	35,958 157,198	110,640 1.758,911 98,305 0,002	2,234 6.331,854 798,808 0,001	70,029 1.506,714 62,011	0,090 588,714 72,674
1.992,478	**899,099**	**406,452**	**193,156**	**1.967,858**	**7.132,897**	**1.638,754**	**661,478**
-1.908,929	**-23,859**	**-360,570**	**-183,116**	**-1.798,429**	**-6.250,257**	**-642,846**	**-162,078**

I.d Summarische Aufgliederung des Ergebnisvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen

(Beträge in Millionen Euro)

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen					
	61	**76**	**82**	**84**	**86**
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers		-1.975,032	22,447		0,095
Finanzerträge	38,719	0,001			
Erträge	**38,719**	**-1.975,031**	**22,447**		**0,095**
Personalaufwand		54,526	13,806		2,616
Transferaufwand	7,005	925,258	430,952	57,109	135,785
Betrieblicher Sachaufwand		99,030	106,346		5,576
Finanzaufwand		0,001	0,001		
Aufwendungen	**7,005**	**1.078,815**	**551,105**	**57,109**	**143,977**
Nettoergebnis	**31,714**	**-3.053,846**	**-528,658**	**-57,109**	**-143,882**

91	**92**	**94**	**98**	**99**
	33,874	0,677 0,015	49,036 0,041	0,145 0,002
	33,874	**0,692**	**49,077**	**0,147**
3.163,384 13,717	2.922,283 225,269 854,054 0,006	120,843 3.584,909 83,796	553,585 157,298 197,678 0,554	20,010 758,485 40,733 0,001
3.177,101	**4.001,612**	**3.789,548**	**909,115**	**819,229**
-3.177,101	**-3.967,738**	**-3.788,856**	**-860,038**	**-819,082**

I.e Summarische Aufgliederung des Finanzierungsvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen

(Beträge in Millionen Euro)

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen	Aufgabenbereiche				
Allgemeine Gebarung	**Summe**	**09**	**16**	**17**	**25**
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	67.430,141	12.951,857	52.644,092	4,500	43,816
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	898,745	0,021	6,958		16,503
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	349,475	66,756	2,145		2,900
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**68.678,361**	**13.018,634**	**52.653,195**	**4,500**	**63,219**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	20.914,825	1.206,023	2.031,324	6.511,013	1.699,295
Auszahlungen aus Transfers	50.599,566	30.535,116	1.531,589		7,279
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1.519,004	0,488	271,546		255,866
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen	1.972,411	131,788	2,819		1,775
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**75.005,806**	**31.873,415**	**3.837,278**	**6.511,013**	**1.964,215**
Nettogeldfluss	**-6.327,445**	**-18.854,781**	**48.815,917**	**-6.506,513**	**-1.900,996**

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen	Aufgabenbereiche				
Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	**Summe**	**09**	**16**	**17**	**25**
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	38.722,261			38.722,261	
Einz.Aufn.vorübergeh. z.Kassenst.eingeg.Geldverb.	40.000,000			40.000,000	
Einz. infolge eines Kapitaltausches bei WTV	17.008,249			17.008,249	
Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	0,009			0,009	
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**95.730,519**			**95.730,519**	
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	32.796,431			32.796,431	
Ausz.Tilg.vorübergeh. z.Kassenst.eingega.Geldverb.	40.000,000			40.000,000	
Ausz. infolge eines Kapitaltausches bei WTV	16.606,634			16.606,634	
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,009			0,009	
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**89.403,074**			**89.403,074**	
Bundesfinanzierung	**6.327,445**			**6.327,445**	

Aufgabenbereiche							
31	**33**	**34**	**36**	**42**	**45**	**49**	**56**
83,549	875,170	45,882	10,040	169,381	882,642	1.050,451	499,400
1,036	0,019	0,005	0,004	0,028	0,008	874,013	
0,803	0,049			0,182	0,677	267,012	
85,388	**875,238**	**45,887**	**10,044**	**169,591**	**883,327**	**2.191,476**	**499,400**
1.953,984	741,363	388,896	193,130	202,791	796,597	130,361	70,864
12,087	21,909	5,828		1.758,911	5.201,325	1.491,713	588,714
6,296	4,123	9,931	1,284	1,856	0,509	901,453	0,440
0,569	0,054		0,029	0,201	0,309	1.830,123	
1.972,936	**767,449**	**404,655**	**194,443**	**1.963,759**	**5.998,740**	**4.353,650**	**660,018**
-1.887,548	**107,789**	**-358,768**	**-184,399**	**-1.794,168**	**-5.115,413**	**-2.162,174**	**-160,618**

Aufgabenbereiche							
31	**33**	**34**	**36**	**42**	**45**	**49**	**56**

I.e Summarische Aufgliederung des Finanzierungsvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen

(Beträge in Millionen Euro)

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen					
Allgemeine Gebarung	**61**	**76**	**82**	**84**	**86**
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	38,719	-1.975,669	22,447		0,095
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,003	0,009		0,006
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	6,790	0,030	0,001	0,001	0,008
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**45,511**	**-1.975,636**	**22,457**	**0,001**	**0,109**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit		152,635	67,125		8,100
Auszahlungen aus Transfers	7,005	925,258	430,952	57,109	135,785
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit		0,402	16,776		0,126
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen	2,548	0,039	0,020		0,003
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**9,553**	**1.078,334**	**514,873**	**57,109**	**144,014**
Nettogeldfluss	**35,958**	**-3.053,970**	**-492,416**	**-57,108**	**-143,905**

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen					
Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	**61**	**76**	**82**	**84**	**86**
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden					
Einz.Aufn.vorübergeh. z.Kassenst.eingeg.Geldverb.					
Einz. infolge eines Kapitaltausches bei WTV					
Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzanlagen					
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit					
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden					
Ausz.Tilg.vorübergeh. z.Kassenst.eingega.Geldverb.					
Ausz. infolge eines Kapitaltausches bei WTV					
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen					
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit					
Bundesfinanzierung					

91	**92**	**94**	**98**	**99**
	33,874 0,021	0,692 0,008 0,002	49,056 0,093 2,118	0,147 0,008 0,001
	33,895	**0,702**	**51,267**	**0,156**
13,717 3.164,610	3.754,089 225,323 30,572	201,575 3.584,909 1,991	738,088 157,298 12,399 2,134	53,855 756,846 2,946
3.178,327	**4.009,984**	**3.788,475**	**909,919**	**813,647**
-3.178,327	**-3.976,089**	**-3.787,773**	**-858,652**	**-813,491**

91	**92**	**94**	**98**	**99**

Detailbudget 10.01.94 Personal, das für Dritte leistet

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	7,386		
Erträge	**7,386**		
Personalaufwand	7,359		
Betrieblicher Sachaufwand	0,029		
Aufwendungen	**7,388**		
Nettoergebnis	**-0,002**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	7,386	8,231	6,887
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**7,386**	**8,231**	**6,887**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	7,388	8,227	6,887
Auszahlungen aus Transfers		0,006	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**7,388**	**8,233**	**6,887**
Nettogeldfluss	**-0,002**	**-0,002**	

Detailbudget 13.03.92 Bewährungshilfe Personal

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Personalaufwand	4,455		
Aufwendungen	**4,455**		
Nettoergebnis	**-4,455**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	4,455	4,072	3,537
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**4,455**	**4,072**	**3,537**
Nettogeldfluss	**-4,455**	**-4,072**	**-3,537**

Detailbudget 14.03.95 Personal, das für Dritte leistet

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	0,846		
Erträge	**0,846**		
Personalaufwand	0,835		
Betrieblicher Sachaufwand	0,012		
Aufwendungen	**0,847**		
Nettoergebnis	**-0,001**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	0,846	0,846	0,509
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,846**	**0,846**	**0,509**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,847	0,847	0,509
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,847**	**0,847**	**0,509**
Nettogeldfluss	**-0,001**	**-0,001**	

Detailbudget 15.01.91 Österreichisches Postsparkassenamt

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	24,015		
Erträge	**24,015**		
Personalaufwand	23,343		
Betrieblicher Sachaufwand	0,672		
Aufwendungen	**24,015**		
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	24,600	28,196	26,631
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**24,600**	**28,196**	**26,631**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	24,600	28,196	26,631
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**24,600**	**28,196**	**26,631**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 15.01.92 Amt der Münze Österreich AG

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	0,513		
Erträge	**0,513**		
Personalaufwand	0,512		
Betrieblicher Sachaufwand	0,001		
Aufwendungen	**0,513**		
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	0,514	0,640	0,495
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,514**	**0,640**	**0,495**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,514	0,640	0,495
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,514**	**0,640**	**0,495**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 15.01.93 Ämter gem. Poststrukturgesetz

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	785,716		
Erträge	**785,716**		
Personalaufwand	789,450		
Betrieblicher Sachaufwand	8,266		
Aufwendungen	**797,716**		
Nettoergebnis	**-12,000**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	800,257	922,831	836,910
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**800,257**	**922,831**	**836,910**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	812,257	934,831	836,910
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**812,257**	**934,831**	**836,910**
Nettogeldfluss	**-12,000**	**-12,000**	

Detailbudget 15.01.94 Amt der Bundesbeschaffung Gesellschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	0,232		
Erträge	**0,232**		
Personalaufwand	0,231		
Betrieblicher Sachaufwand	0,001		
Aufwendungen	**0,232**		
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	0,232	0,316	0,206
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,232**	**0,316**	**0,206**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,232	0,316	0,206
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,232**	**0,316**	**0,206**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 15.01.95 Amt der Finanzmarktaufsicht

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	2,655		
Erträge	**2,655**		
Personalaufwand	2,609		
Betrieblicher Sachaufwand	0,046		
Aufwendungen	**2,655**		
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	2,675	2,807	2,286
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,675**	**2,807**	**2,286**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2,675	2,807	2,286
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,675**	**2,807**	**2,286**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 15.01.96 Amt der Buchhaltungsagentur

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	15,891		
Erträge	**15,891**		
Personalaufwand	15,579		
Betrieblicher Sachaufwand	0,312		
Aufwendungen	**15,891**		
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	16,151	17,497	15,645
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**16,151**	**17,497**	**15,645**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	16,151	17,497	15,645
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**16,151**	**17,497**	**15,645**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 15.01.97 Amt für Bundespensionen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	2,480		
Erträge	**2,480**		
Personalaufwand	2,478		
Betrieblicher Sachaufwand	0,002		
Aufwendungen	**2,480**		
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	2,533	2,770	2,399
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,533**	**2,770**	**2,399**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2,533	2,770	2,399
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,533**	**2,770**	**2,399**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 20.01.91 Arbeitsmarktadministration Personalamt IEF

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	3,160		
Erträge	**3,160**		
Personalaufwand	3,143		
Betrieblicher Sachaufwand	0,017		
Aufwendungen	**3,160**		
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	3,160	3,365	3,096
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,160**	**3,365**	**3,096**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	3,160	3,364	3,096
Auszahlungen aus Transfers		0,001	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,160**	**3,365**	**3,096**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 24.01.91 Zentralstelle (Beamte/AGES)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	15,044		
Erträge	**15,044**		
Personalaufwand	14,957		
Betrieblicher Sachaufwand	0,087		
Aufwendungen	**15,044**		
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	15,044	14,180	0,034
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**15,044**	**14,180**	**0,034**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	15,079	14,180	13,313
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**15,079**	**14,180**	**13,313**
Nettogeldfluss	**-0,035**		**-13,279**

Detailbudget 30.01.94 Bundesinsititut für Bildungsforschung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	0,326		
Erträge	**0,326**		
Personalaufwand	0,480		
Aufwendungen	**0,480**		
Nettoergebnis	**-0,154**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	0,326		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,326**		
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,480		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,480**		
Nettogeldfluss	**-0,154**		

Detailbudget 30.04.91 Personal, das für Museen leistet

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	8,869		
Erträge	**8,869**		
Personalaufwand	9,568		
Betrieblicher Sachaufwand	0,301		
Aufwendungen	**9,869**		
Nettoergebnis	**-1,000**		

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	8,869		
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	0,001		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**8,870**		
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	9,869		
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen	0,005		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**9,874**		
Nettogeldfluss	**-1,004**		

Detailbudget 30.04.92 Personal, das für Theater leistet

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	3,353		
Erträge	**3,353**		
Personalaufwand	3,675		
Transferaufwand	0,001		
Betrieblicher Sachaufwand	0,131		
Aufwendungen	**3,807**		
Nettoergebnis	**-0,454**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	3,353	3,355	3,451
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	0,020	0,018	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,373**	**3,373**	**3,451**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	3,806	3,806	3,451
Auszahlungen aus Transfers	0,001	0,001	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,807**	**3,807**	**3,451**
Nettogeldfluss	**-0,434**	**-0,434**	

Detailbudget 31.01.91 Österreichischer Bibliothekenverbund und Service Ges.m.b.H.

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	0,390		
Erträge	**0,390**		
Personalaufwand	0,365		
Betrieblicher Sachaufwand	0,025		
Aufwendungen	**0,390**		
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	0,390		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,390**		
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,390		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,390**		
Nettogeldfluss			

Detailbudget 31.02.91 Ämter der Universitäten

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	605,600		
Erträge	**605,600**		
Personalaufwand	591,870		
Transferaufwand	0,001		
Betrieblicher Sachaufwand	13,729		
Aufwendungen	**605,600**		
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	605,600	605,600	536,136
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**605,600**	**605,600**	**536,136**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	605,599	605,599	536,136
Auszahlungen aus Transfers	0,001	0,001	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**605,600**	**605,600**	**536,136**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 40.01.91 Personal, das für Dritte leistet

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	15,172		
Erträge	**15,172**		
Personalaufwand	15,231		
Betrieblicher Sachaufwand	0,111		
Aufwendungen	**15,342**		
Nettoergebnis	**-0,170**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	15,172	14,366	13,453
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	0,017	0,021	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**15,189**	**14,387**	**13,453**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	15,172	14,366	13,453
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen	0,017	0,019	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**15,189**	**14,385**	**13,453**
Nettogeldfluss		**0,002**	

Detailbudget 41.01.91 Personal, das für Dritte leistet

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	6,070		
Erträge	**6,070**		
Personalaufwand	6,332		
Betrieblicher Sachaufwand	0,373		
Aufwendungen	**6,705**		
Nettoergebnis	**-0,635**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	6,070	6,412	5,496
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**6,070**	**6,412**	**5,496**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	6,070	6,412	5,493
Auszahlungen aus Transfers			0,003
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6,070**	**6,412**	**5,496**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 42.01.91 Personal, das für Dritte leistet

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	22,626		
Erträge	**22,626**		
Personalaufwand	22,233		
Betrieblicher Sachaufwand	0,393		
Aufwendungen	**22,626**		
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	22,626	22,588	21,611
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	0,009	0,030	0,016
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**22,635**	**22,618**	**21,626**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	22,626	22,707	22,082
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen	0,009	0,021	0,005
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**22,635**	**22,728**	**22,087**
Nettogeldfluss		**-0,110**	**-0,461**

Detailbudget 58.01.91 Finanzierungen, Währungstauschverträge, Wertpapiergebarung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Finanzerträge	2.434,587		
Erträge	**2.434,587**		
Finanzaufwand	9.741,963		
Aufwendungen	**9.741,963**		
Nettoergebnis	**-7.307,376**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	3.196,061	2.124,351	2.977,739
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**3.196,061**	**2.124,351**	**2.977,739**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	9.690,238	9.972,481	9.782,488
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**9.690,238**	**9.972,481**	**9.782,488**
Nettogeldfluss	**-6.494,177**	**-7.848,130**	**-6.804,749**

Finanzierungsvoranschlag- Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	38.722,261	40.965,282	21.031,956
Einz. infolge eines Kapitaltausches bei WTV	7.008,244	7.394,038	5.780,065
Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	0,009	0,009	
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**45.730,514**	**48.359,329**	**26.812,021**
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	32.796,431	29.653,962	16.395,669
Ausz. infolge eines Kapitaltausches bei WTV	6.606,629	7.565,761	6.054,663
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,009	0,009	
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**39.403,069**	**37.219,732**	**22.450,332**
Bundesfinanzierung	**6.327,445**	**11.139,597**	**4.361,689**

Detailbudget 58.01.92 Kurzfristige Verpflichtungen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Finanzerträge	0,010		
Erträge	**0,010**		
Finanzaufwand	13,846		
Aufwendungen	**13,846**		
Nettoergebnis	**-13,836**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	0,010	0,010	0,700
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,010**	**0,010**	**0,700**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	13,846	99,026	23,464
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**13,846**	**99,026**	**23,464**
Nettogeldfluss	**-13,836**	**-99,016**	**-22,764**

Finanzierungsvoranschlag- Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	BVA 2013	BVA 2012	Erfolg 2011
Einz.Aufn.vorübergeh. z.Kassenst.eingeg.Geldverb.	40.000,000	35.000,000	31.227,896
Einz. infolge eines Kapitaltausches bei WTV	10.000,005	10.000,005	9.601,861
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**50.000,005**	**45.000,005**	**40.829,757**
Ausz.Tilg.vorübergeh. z.Kassenst.eingega.Geldverb.	40.000,000	35.000,000	31.117,649
Ausz. infolge eines Kapitaltausches bei WTV	10.000,005	10.000,005	9.712,107
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**50.000,005**	**45.000,005**	**40.829,757**

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT
AMTSSIGNATUR

Unterzeichner	serialNumber=1026761,CN=Bundeskanzleramt,C=AT
Datum/Zeit	2017-11-28T01:00:06+01:00
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at Informationen zur Prüfung des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.bka.gv.at/verifizierung
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.